

School of Theology at Claremont



1001 1411786

KIRCHLICHES JAHRBUCH

1958



Theology Library

SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT

California

SOUTHERN CALIFORNIA SCHOOL
OF THEOLOGY
CLAREMONT, CALIF.

KIRCHLICHES JAHRBUCH 1958

KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

BX

8020

A2

K5

v. 85

1958

BEGRÜNDET VON JOHANNES SCHNEIDER

HERAUSGEGEBEN VON JOACHIM BECKMANN

85. JAHRGANG

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS • GERD MOHN

INHALT

KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE 1958

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier	1
1. Die weltpolitische Lage und der kirchliche Beitrag zu ihrer Ent-	
spannung	1
Auszug aus der Schlußbotschaft der Internationalen Missionskonferenz	
in Ghana	3
Pfingstbotschaft der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen	4
Kommuniqué über die Zusammenkunft von Vertretern der Orthodoxen	
Kirchen Rußlands und des Ökumenischen Rates der Kirchen	5
Die christliche Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Ent-	
wicklung (Studiendokument des Zentralausschusses des Ökumenischen	
Rates der Kirchen)	7
Botschaft der Prager Friedenskonferenz an die christlichen Gemeinden	9
Schreiben der Christlichen Friedenskonferenz an den Rat der EKD ...	10
Antwort des Ratsvorsitzenden	11
Aufruf des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates an die Kirchen	
und Völker	11
Aufruf des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes an die luth.	
Kirchen in aller Welt	12
2. Auswirkungen der Weltlage auf Deutschland und die Evangelische	
Kirche in Deutschland	12
Anfrage der Fraktionen des Bundestages an die Bundesregierung zur	
Lage der Menschen in der DDR	13
EntschlieÙung des Bundestages	13
3. Die Atomdiskussion in Deutschland und in der EKD	
a) Die Atomdebatte vor der Synode der EKD	18
EntschlieÙung des Bundestages vom Januar 1958	18
Erklärung von 44 Hochschullehrern	19
EntschlieÙung des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft deut-	
scher Lehrerverbände	20
Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften	21
„Kampf dem Atomtod“	21
Rededuell zwischen Bundestagspräsident D. Gerstenmaier und dem	
Abgeordneten Dr. Dr. Heinemann im Bundestag	22

Beschluß des Bundestages vom 25. 3. 1958	28
Schreiben der Kirchlichen Bruderschaften von Rheinland und Westfalen an die Mitglieder der Synode der EKD	29
Anfrage an die Synode der EKD	30
Erläuterung der Anfrage durch einen Unterausschuß der Kirchlichen Bruderschaften	33
Offener Brief von Propst D. Asmussen an Kirchenleitungen, Pfarrerschaft und kirchl. Mitarbeiter	34
Auszug aus einem Brief von Präses Wilm zu den Thesen der Kirchlichen Bruderschaften	37
Auszug aus dem Jahresbericht der württembergischen Kirchenleitung	37
Erklärung der Bischofskonferenz der VELKD	39
Schreiben von Landesbischof Lilje an die Pfarrer der Hannoverschen Kirche	41
Erklärung evangelischer Jugendleiter	44
Erklärung der Landessynode der Ev.-Luth. Kirche Bayerns	45
b) Die Atomdebatte auf der Synode der EKD	46
Bericht des Ausschußvorsitzenden Prof. Dr. Raiser	46
Diskussionsbeiträge aus der Debatte im Plenum	50
Beschluß der Synode der EKD	66
c) Die kirchliche Atomdebatte nach der Synode der EKD	67
Erklärung des Rheinischen Konvents	68
Erklärung des Kirchlich-Theologischen Arbeitskreises der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission	68
Aufruf an die Christen in aller Welt	69
Wort des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU an die ev. Christen Deutschlands	71
Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften	72
Stellungnahme des Rheinischen Konventes hierzu	73
4. Die dritte Tagung der zweiten Synode der EKD in Berlin	75
Erklärung von Präses Wilm vor Beginn der Verhandlungen	75
Erläuterungen der Vorlagen zum Erziehungsthema durch Generalsuperintendent Führ	77
Schreiben an die Leitungen der Gliedkirchen der EKD betr. die Beschlüsse der Synode	84
Ein Wort zur Schulfrage	85
Wort für den Erziehungsdienst der Kirche zur Beratung in den Gemeindegliederkirchenräten, Presbyterien, Gemeindekreisen	87
Wort der Synode an die evangelischen Eltern	89
Wort der Synode an die evangelische Jugend	90
Beschluß betr. Sorgen und Nöte christlicher Eltern und Kinder in den Gliedkirchen der DDR	91

Beschluß der Synode zur Konfirmationsfrage	92
Erklärung der Kirchenkonferenz zum Militärseelsorgevertrag	93
Auszug aus der Debatte im Plenum über diese Frage	93
Beschluß der Synode	101
Ansprache von Propst Grüber auf der Synode	101
 5. Die Wahrnehmung der politischen Verantwortung durch die Kirche	102
a) Das Verhältnis von Kirche und Staat	103
Auszug aus dem Vertrag zwischen dem Lande NRW und der Lippischen Kirche	103
Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR an den Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR	105
Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung der DDR und der evangelischen Kirchen in der DDR	105
Erklärung des Rates der EKD	106
Erklärung der Hauptversammlung des Reformierten Bundes „Jesus Christus, der Herr der Welt, und unsere öffentliche Verantwortung“	107
b) Stellungnahmen und Erklärungen im Zusammenhang mit Landtagswahlen	107
Aufruf der rheinischen Kirchenleitung zur Landtagswahl am 6. Juli	107
Erklärung des Politischen Arbeitskreises zu den Landtagswahlen in Bayern am 23. November	108
c) Teilnahme an anderen aktuellen Vorgängen des öffentlichen Lebens	108
1. Kirchliche Flüchtlingsarbeit	108
Aufruf des Beauftragten für Umsiedler- und Vertriebenenfragen der EKD	109
Erklärung des Diakonischen Rates an die Kirchen der Welt: Weitere ökumenische Hilfe für Deutschland notwendig	111
2. Seelsorge in der Industriegesellschaft	113
Memorandum der westfälischen Landessynode	113
3. Verkehrserziehungsaktion	117
Aufruf des Ratsvorsitzenden der EKD	117
4. Sorge für die Familien	118
Forderungen der Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	118
5. Gegen die Spielsucht	118
Schreiben des Landesbischofs Haug an Abgeordnete des Landtages von Baden-Württemberg	118
6. Feiertagsschutz	119
Erklärung des Ratsvorsitzenden der EKD zum Himmelfahrtstage	119
7. Beratung von Wehrpflichtigen	119
Wort der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend Deutschlands an die wehrpflichtigen jungen Christen	119

6. Das evangelisch-katholische Verhältnis	121
Wort der Landessynode der Ev. Kirche im Rheinland zur Mischehe	122
Gemeinsames Hirtenwort der deutschen katholischen Bischöfe über die Mischehe	122
Erklärung der lutherischen Bischofskonferenz zur Mischehe	126
Beileidsbezeugungen aus der ev. Kirche zum Tode des Papstes Pius XII.	128
7. Das Abendmahlsgespräch der EKD	130
Bericht über Vorbereitung, Verlauf und Ergebnis des Gespräches	130
II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik	
Vom Herausgeber	137
1. Die offiziellen Verhandlungen zwischen Staat und Kirche	137
a) Ausscheiden von Propst D. Grüber aus seinem Amt als Bevollmäch- tigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR	137
Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR an Propst Grüber	138
Ansprache von Propst Grüber auf der Synode der EKD	139
b) Kommuniqué vom 21. Juli 1958	142
Bericht des Oberkirchenrates in Schwerin über Störungen und not- wendigen Abbruch der Synodaltagung	142
Wortlaut des Kommuniqués mit einer Erläuterung von General- superintendent Führ	144
2. Eingriffe in das innere Leben der Kirchen	147
Einspruch des Rates des Bezirkes Schwerin gegen die neue Verfassung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs	147
Antwort des Oberkirchenrates	151
Beschwerde des Konsistoriums in Greifswald gegen Angriffe auf einzelne Pfarrer	152
Urteil gegen einen Pfarrer wegen einer nicht angemeldeten Aufführung des „Fischbecker Wandteppichs“	155
Auszug aus einem Bericht des Leiters der Jugendkammer-Ost über die Behinderung der kirchlichen Jugendarbeit im Sommer 1958	157
Weitere Dokumente über die Behinderung der kirchlichen Jugendarbeit	159
Der „Lange-Erlaß“ vom 12. Februar 1958.....	163
Einspruch der Kirchenkanzlei der EKD gegen die neue Erschwernis der Christenlehre durch diesen Erlaß	166
„Wegweisung“ für junge Christen an den Universitäten und Hoch- schulen der DDR	167
Verpflichtung der Neuimmatrikulierten an den Universitäten und Hochschulen der DDR	168
Verpflichtung für Theologen	169

3. Die weltanschaulichen Auseinandersetzungen	169
a) Der ideologische Angriff	169
„An einige Genossen über unsere Weltanschauung“ (Artikel des Ersten Sekretärs der Kreisleitung der SED Stralsund in der Ostsee- Zeitung)	170
Bericht über die Gründung des „Bundes ev. Pfarrer in der DDR“ in der „Neuen Zeit“	172
Die „Magdeburger Erklärung“ zu den Volkskammerwahlen am 16. November	174
b) Der Aufbau der atheistischen Gegenkirche	175
Die Zehn Gebote der sozialistischen Moral	175
Grundsätze und Erfahrungen bei der Gestaltung sozialistischer Feier- lichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod in Stalinstadt	176
c) Der Kampf um die Jugendweihe	182
Auszug aus einem Diskussionsbeitrag auf der Schulkonferenz der SED	182
Offener Brief an Frau Huschenhöfer und andere Mütter in Marnitz und Umgebung	183
Brief eines sächsischen Pfarrers an seine Synode	185
Wort des Bundes ev. Pfarrer zur Konfirmationsfrage	187
Schreiben des Landesbischofs der Ev.-Luth. Kirche Sachsens an die Pfarrer und Rundverfügung des Landeskirchenamtes	188
Rundfunkinterview mit Bischof Dibelius	192
Verordnung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens über die Konfir- mation 1959	193
Anweisung der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung	195
Beschuß der Synode der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen	195
Beschuß des Ev. Landeskirchenrates für Anhalt-Dessau zur Konfir- mation 1959	197
Zusammenfassung	198

III. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands

Von Erwin Wilkens	199
1. Allgemeines	199
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht von Bischof Lilje vor der General- synode der VELKD	200
„Motive, Gestalt und Ziele der VELKD“	203
2. Die Generalsynode der VELKD in Berlin-Spandau	208
Auszug aus einem Referat von Bischof Wester zur Frage der Stellung der Volksmission zur Taufe	210
Kundgebung der Generalsynode zur Volksmission	212
Die missionierende Kirche. 22 Thesen der Generalsynode	213

3. Politischer Dienst der Kirche	219
Erklärung der Bischofskonferenz der VELKD zum Atomkrieg	219
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht von Bischof Lilje vor der General- synode über die Lage der Kirche in der DDR	222
4. Innerkirchliches Leben	223
Theol. Gutachten des Theol. Ausschusses der VELKD zur Frage der Konfirmation vom 7. 1. 1951	224
Beschuß der 1. ordentlichen Generalsynode auf ihrer 3. Tagung über die liturgische Gestaltung der Konfirmationsfeier. Vom 21. 5. 1951	225
Stellungnahme des Theol. Ausschusses der VELKD zur gegenwärtigen Diskussion über die Konfirmationsfrage. Vom 16. 10. 1958	226
Richtlinien der Bischofskonferenz über Beichte und Abendmahl	228
Erklärung der Bischofskonferenz zur Mischehe	230
5. Zusammenwirken von Kirchenrecht und Staatskirchenrecht in der Ausbildung des Pfarrerstandes	232
Zur staatskirchenrechtlichen Grundlage der Augustana-Hochschule	233

IV. Die Evangelische Kirche der Union

Von F. R. Hildebrandt	237
1. Die Entwicklung und die Arbeit in den Gliedkirchen der Evange- lischen Kirche der Union	238
a) Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland	238
Auszug aus einer Gedächtnisschrift für den verstorbenen Präses D. Held	238
Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des neuen rheinischen Präses vor der Landessynode	239
Wort der Landessynode zur Mischehe	240
b) Die Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	240
Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des Bischofs vor der Synode ..	241
c) Die Synode der Ev. Kirche von Westfalen	243
Beschuß der Synode über „Vollmacht und Ziel aller Seelsorge“	243
Entschlieûung der Synode über „Seelsorge unter den Pastoren“	245
d) Die Synode der Ev. Kirche in Schlesien	247
Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung vor der Synode	247
Grußwort der Synode an Gemeinden und vereinsamte Gemeindeg- lieder im Gebiet der Neiûe	248
Auszug aus einem Bericht von Bischof Hornig über die innere und äuûere Lage der Kirche	249
Entschlieûung der Synode zum Abendmahlsgespräch der EKD	251

2. Die Entwicklung und Arbeit in der Evangelischen Kirche der Union	251
a) Ökumenische Kontakte	252
Ausführungen von OKR Thimme, Bielefeld, zu den „kirchenpolitischen Absichten“ der ökumenischen Regsamkeit	253
b) Arbeit innerhalb der Ev. Kirche in Deutschland	253
c) Besondere Arbeiten in der EKD	255

EVANGELISCHE JUGENDARBEIT IN DEUTSCHLAND

Von Manfred Müller	257
--------------------------	-----

I. Allgemeines	257
----------------------	-----

1. Geschichte und Aufgliederung	258
2. Evangelische Jugend seit 1945	259
Richtlinien für die evangelische Jugendarbeit in Deutschland vom 15. 5. 1946	260
3. Gemeinsame Linien der Arbeit	261

II. Gemeinsam wahrgenommene Arbeitsgebiete	264
--	-----

1. Die Mittelstelle für Werk und Feier	264
2. Der Sozialausschuß	267
3. Die evangelische Jugend auf dem Lande	269
4. Ökumenischer Arbeitskreis	273
5. Fragen der Jugendpolitik	275

III. Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Arbeitsformen	275
---	-----

1. Das Evangelische Jungmännerwerk Deutschlands/CVJM	275
Die „Pariser Basis“	276
a) Jungmännerarbeit	276
b) Jungenschaftsarbeit	277
c) Jungchararbeit	277
d) Großstadt-CVJM	278
e) Familienarbeit	278
f) Sing- und Posaunenarbeit	278
g) Eichenkreuz-Sport	279
h) CVJM-Soldatendienst	279
i) CVJM-Reisedienst	279

j) Lager- und Freizeitarbeit	280
k) Sekretärschule	280
l) Tagungen	281
m) Heimatlosen-Lagerdienst	281
n) Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands	281
o) Übernationaler Bund – YMCA	285
p) Das Weiße Kreuz	285
q) Zeitschriften	285
2. Der Evangelische Reichsverband weiblicher Jugend (Burckhardt- haus)	286
3. Die Schülerbibelkreise	290
a) Entwicklung der Schülerarbeit seit 1945 (für die BRD)	290
b) Sachfragen	291
c) Streuungsbreite	291
d) Die Arbeit der Schulwochen	291
e) Organisatorische Bemerkungen	291
4. Die Arbeitsgemeinschaft für evangelische Frauen- und Mädchen- Bibel-Kreise (MBK).....	292
5. Der Jugendbund für entschiedenes Christentum	294
6. Die Christliche Pfadfinderschaft	296
7. Der Evangelische Mädchen-Pfadfinderbund im Evangelischen Reichsverband weiblicher Jugend e. V. (Burckhardtthaus)	297
8. Die Gemeindejugend	299
9. Die freikirchlichen Jugendbünde	301
a) Methodistische Jugend	301
b) Das Jugendwerk der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland	303
c) Das Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (K. d. ö. R.)	305
d) Die Jugendarbeit im Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland	306

ÖKUMENISCHE BEWEGUNG

Von Hanfried Krüger	310
1. Integration des Internationalen Missionsrates mit dem Ökumeni- schen Rat der Kirchen	312
Stellungnahme des Verbindungsausschusses	312
Zustimmende Entschließung des Deutschen Evangelischen Missions- tages vom Herbst 1958	314
2. Die Basis des Ökumenischen Rates	315
Vorlage an den Zentralausschuß 1957 in New Haven	315

3. Studienarbeit	320
a) Allgemeines	320
Studiendokument der Kommission „Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter“	322
b) Faith and Order	326
c) Ökumenische Aktivität	329
4. Vorbereitung der dritten Vollversammlung.....	329
5. Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche und zur Orthodoxie ..	330
Stimmen zur Einberufung eines Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII.	331
Kommuniqué über die Zusammenkunft zwischen Vertretern des Mos- kauer Patriarchats und des Ök. Rates der Kirchen	333
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Dr. Visser't Hooft vor dem Zentralausschuß	334
Stellungnahme des Generalsekretariats des Ök. Rates der Kirchen zu der Botschaft der Hierarchie der Kirche von Griechenland	336
6. Internationale Probleme	336
Erklärung der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegen- heiten betr. die friedliche Auswertung der Atomenergie, Rüstungsbe- schränkung und ein gütliches Schlichtungsverfahren bei internationalen Spannungen	336
Resolution des Zentralausschusses „Christliche Verantwortung für eine geordnete Welt“	340
Ausführungen des Zentralausschusses zur teilweisen Einstellung der Atomversuche	341
Eingabe des Exekutivausschusses an die Atomkonferenz in Genf	342
Aufruf an die Mitgliedskirchen anläßlich der Vorgänge in Ungarn	343
Erklärung zu den Ereignissen im Nahen Osten	343
7. Regionale Entwicklungen	345
Erklärung des Zentralausschusses über die kirchliche Lage in China	346
Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Visser't Hooft über den Stand- ort der europäischen Christenheit auf der Konferenz in Nyborg	348
Auszug aus einem Bericht von Prof. Hromadka über die Christliche Friedenskonferenz in Prag	351
Auszug aus einer abschließenden Zusammenfassung des Sekretärs der Konferenz	352
Abschnitt X der Geschäftsordnung des Ök. Rates der Kirchen „Natio- nale Arbeitsgemeinschaften“	352
8. Konfessionelle Weltbünde und christliche Weltorganisationen	353
Auszug aus den 51 Thesen von Minneapolis „Die Einheit der Kirche in Christus“	354
Auszug aus einer Botschaft der Lambeth-Konferenz „an alle Gläubigen in Jesus Christus“	356
Erklärung der Evangelischen Allianz zum Integrationsplan	359
9. Kirchenunionen	360

10. Ökumene zu Hause	363
Zusammenstellung über die leitenden Gremien und Ausschüsse	364
Schreiben der Kirche von Schottland an den Ratsvorsitzenden der EKD betr. Abendmahlsgemeinschaft	367
Antwort des Ratsvorsitzenden	368
Thesen zur christlichen Taufe	370
11. Von Personen	375

KIRCHLICHE STATISTIK 378

I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen (nach dem Stand vom 31. 12. 1958)

Von Paul Zieger	378
Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen	379
Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt	380
Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts	382
Tabelle 4: Emeritierte, beurlaubte und Pfarrer im Wartestand	384
Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1958 emeritierten und im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer	385
Tabelle 6: Vermißte Pfarrer und Hilfsgeistliche	386
Tabelle 7: Ostpfarrer	387

II. Äußerungen des kirchlichen Lebens im Jahre 1956

Von Paul Zieger	388
Tabelle 1: Taufen im Jahre 1956	389
Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1956	390
Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe	391
Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1956	392
Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1956	393
Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1956	394
Tabelle 7: Trauungen geschiedener Eheleute	395
Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1956	396
Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1956 ...	397
Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1956	398
Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1956	400
Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1956	402
Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1956....	404
Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1956	405

III. Die Studierenden der evangelischen Theologie

Von Paul Zieger	406
Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der ev. Theologie an den einzelnen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den WS 1955/56, 1956/57 und 1957/58	408
Tabelle 2: Die Verteilung der Theologiestudierenden auf die einzelnen Universitäten und Hochschulen	409
Tabelle 3: Die Studierenden der ev. Theologie nach Fachsemestern	409
Tabelle 4: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfänger) in der BRD und in West-Berlin	410
Tabelle 5: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters	411

IV. Kircheneintritte und Austritte in den Jahren 1950–1956

Von Hans Engelmann	412
1. Allgemeine Übersicht	412
2. Die Kirchen in der DDR	413
3. Die Kirchen in der Bundesrepublik	414
4. Die Austritte im einzelnen	415
Schaubild 1: Kircheneintritte und Kirchenaustritte in sechs Landeskirchen	416
Schaubild 2: Aus der Kirche ausgetretene Männer und Frauen in fünf Landeskirchen	417
5. Eintritte, Übertritte, Wiedereintritte, Rücktritte	418
Schaubild 3: Kirchenübertritte und Kircheneintritte 1950 und 1956 ...	420

V. Das Religionsverzeichnis als Grundlage der Konfessionsstatistik

Von Paul Zieger	422
-----------------------	-----

Kirchliche Zeitgeschichte 1958

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier

Es ist um die Kirche so bestellt, daß, wer sachgemäß von ihr reden und zutreffend über sie berichten soll, zugleich von dem reden und über das berichten muß, was eigentlich und wesensmäßig ihr Gegenteil und Widerpart, zugleich aber Ort ihres Wirkens und Empfängerin ihres Dienstes ist: Wer über die Kirche redet und von ihrem Leben und Weg durch ein Jahr berichtet, muß auch Rechenschaft geben von der Lage der Welt in diesem Jahre und den Entwicklungen und Verwicklungen der Weltsituation. Die Kirche als Kirche Jesu Christi ist niemals „Kirche an und für sich“, sondern kann sich nur als eine ihrem Herrn in und an der Welt dienende Kirche verwirklichen. Darum muß sie sich mitbewegen lassen von den Ereignissen und Widerfahrnissen des allgemeinen Lebens und Teilhaberin sein der Fragen und Nöte, der Sorgen und Ängste der Welt – dieses Wort in seiner eigentlichen Bedeutung und Reichweite verstanden. In einer Welt, die durch die modernen Kommunikationsmittel voller Möglichkeiten zu gegenseitiger unmittelbarer Nähe ist, in der aber die modernen Vernichtungsmittel diese Nähe zu einer unmittelbaren gegenseitigen Bedrohung aller machen, trägt jede einzelne Kirche weltweite Verantwortung; ihre entscheidenden Fragen stellen Abschattungen, Ausschnitte, Brechungen und Sonderfälle der die Welt und die Weltchristenheit bewegenden Fragen dar. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat auch im Jahre 1958 die dem deutschen Volke auferlegten Lasten mitleidend und mitsorgend mitgetragen; bis an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit und der ihre Gemeinschaft zusammenhaltenden Kräfte hat sie die Lebensfragen ihres Volkes mitbedacht und an ihrer Lösung mitgearbeitet; aber indem sie das tat, hatte sie es nicht mehr nur mit Deutschland und der evangelischen Christenheit in Deutschland zu tun, sondern nahm eine Verantwortung wahr, die weit über die Grenzen ihrer selbst und unseres Volkes hinausgreift, denn die Fragen, die sie bewegten, waren nichts anderes als Konkretionen jener Fragen, die die Welt und die Weltchristenheit in Atem hielten.

1. DIE WELTPOLITISCHE LAGE UND DER KIRCHLICHE BEITRAG ZU IHRER ENTSPANNUNG

In einer Betrachtung zur Jahreswende 1957/58 schrieb ein führender Politiker der Bundesrepublik: „Die Weltlage ist kritischer, als es den Anschein haben mag.“ Der Ablauf des Jahres 1958 hat dem in dieser Feststellung enthaltenen Hinweis auf bedrohliche Möglichkeiten in beängstigender Weise recht gegeben; die Gefahrenschatten wurden Realität. Vor dem Hintergrund der seit dem Kriege die weltpolitische Konstellation und die internationale Politik beherr-

schenden Prämisse der Zweiteilung der Welt spielte sich nicht mehr nur die immer härter werdende Fortsetzung des Kalten Krieges ab, sondern darüber hinaus wurden an nahezu allen Wundrändern der Weltpolitik die latenten und potentiellen Krisenherde in höchst gefährdendem Maße virulent und akut. Die Ungewißheit des Jahresbeginnes verdichtete sich in der zweiten Jahreshälfte zu massiver Bedrohung des Weltfriedens; die Labilität der weltpolitischen Situation um die Jahresmitte verfestigte sich bis zum Jahresende in einer Weise und Richtung, die den Ministerpräsidenten der UdSSR, Nikita Chruschtschow, das Jahr 1958 als ein gutes Jahr, von dem er nur ungern Abschied nehme, bezeichnen ließen, während in den Neujahrsansprachen der Staatsmänner des Westens der Rede von den dunklen Wolken am Horizont der Weltpolitik, den ernststen Sorgen, davon die Herzen der Menschen voll seien, und den schweren Aufgaben, die es zu lösen gelte, das größere Gewicht zukam.

Ein erstes Alarmzeichen war die Bekanntgabe der stillschweigend vollzogenen Aburteilung und Hinrichtung der Führer des ungarischen Freiheitskampfes. Um die Mitte des Jahres brachen im Vorderen Orient Unruhen aus; sie veranlaßten die Landung britischer Fallschirmjäger in Jordanien und amerikanischen Truppen im Libanon. Der Frieden der Welt stand auf Messers Schneide, aber der Kreml löste den in der Luft liegenden dritten Weltkrieg nicht aus, und die Westmächte zogen ihre Soldaten zurück, ohne durch ihren Einsatz ein anderes Ergebnis als die Demonstration des Pulverfaßcharakters der weltpolitischen Lage erzielt zu haben.

Während es in den afrikanischen Kolonien Frankreichs erheblich kriselte und im Belgischen Kongo Beunruhigung sich abzuzeichnen begann, kam es an der chinesischen Küste zu langanhaltenden direkten Kampfhandlungen, indem rotchinesische Truppen die vorgelagerten Inseln beschossen und die nationalchinesischen Batterien Tschiang-Kai-scheks das Feuer erwiderten.

Waren bis dahin vor allem die außereuropäischen Konfliktzonen zwischen Ost und West die Herde aufbrechender Krisen, so wurde gegen Jahresende Europa zum Ort des Aufeinanderprallens der die Welt beherrschenden und zersplappenden Machtblöcke. Eine Regierungsumbildung in Finnland löste nicht nur im eigenen Lande Besorgnis aus. Eine überaus ernste Situation aber entstand, als Rußland den Hebel der Beunruhigung an der wohl empfindlichsten Stelle der Scheidelinie zwischen Ost und West ansetzte und den Regierungen der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den Vorschlag eines Berlin-Statuts unterbreitete, demzufolge der Viermächtestatus der Stadt beendet, Westberlin zur „freien Stadt“ erklärt und das Kontrollrecht über deren Zugangswege den Organen der DDR zugesprochen werden solle. Es liegt in der Natur der Sache und im Zuge der sowjetischen Politik, daß der Vorstoß gegen Berlin mehr als den Beginn einer neuen Blockade darstellt, vielmehr der Anfang und Ansatzpunkt eines Perspektivplanes ist, in dessen Vollzug nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Frage aufgerollt und das Kräftespiel der Weltpolitik in einem dem bolschewistischen Ziel der Weltrevolution und Weltherrschaft günstigen Sinne gelenkt werden soll. So entstand eine Situation, deren Ernst nicht nur für Deutschland, sondern für die Welt, unter anderem durch einen Kurseinbruch, wie man ihn seit Jahren nicht mehr erlebt hatte, demonstriert

wurde. Trotz aller angestregten politischen und diplomatischen Aktivität konnte die Lage bis zum Ende des Berichtsjahres weder bereinigt noch auch nur spürbar entschärft werden.

Von dieser zerrissenen, spannungsgeladenen Welt kann sich die Kirche nicht distanzieren noch von dem besorgten Dienst an ihr dispensieren. Freilich wird sie, wenn sie wirklich Kirche sein und als solche tätig werden will, kein politisches Rezept zur Entspannung und Entschärfung der Situation anbieten können; sie kann die verantwortlichen Staatsmänner und Regierungen nur bitten, warnen, mahnen, beschwören, alles für die Erhaltung des Friedens in der Welt zu tun, aber darüber hinaus kann sie als positiven Beitrag mit Ernst und Nachdruck ihre Funktion als eine alle Gegensätze übergreifende Gemeinschaft in die Waagschale werfen. Die zahlreichen Veranstaltungen und Begegnungen auf ökumenischer Ebene, die das Jahr 1958 zeitigte, sind Zeugen und Zeugnisse solcher Bemühungen der Kirche Jesu Christi in der Welt.

In unserem Zusammenhang sind nur diejenigen ökumenischen Ereignisse zu erwähnen, an denen die Evangelische Kirche in Deutschland entweder mitverantwortlich beteiligt oder durch die sie angesprochen und aufgerufen wurde, auch ihren Beitrag zur Linderung der großen Weltnöte und zur Lösung der großen Weltfragen zu leisten.

Um die Jahreswende 1957/58 trat in Achimota, in der Nähe der Hauptstadt des jungen afrikanischen Staates Ghana, die „*Internationale Missionskonferenz*“ zusammen, auf der 37 Nationen aller Erdteile vertreten waren. Zwar gelangte die Versammlung nicht zu neuen bedeutsamen Erkenntnissen und weittragenden Entschlüssen, aber eindrucksvoll klingt in ihrer Schlußbotschaft der Ruf zur Sammlung und zu der alle Grenzen und Unterschiede übergreifenden Gemeinschaft der Kirche und der Christenheit der Welt auf. Wir geben nachstehend den letzten Absatz der Botschaft wieder:

Die Sendung ist Christi Sendung, nicht unsere eigene. Hinweg über die Verworrenheit unserer zwischenkirchlichen Beziehungen, hinweg über die Sicherung unserer Organisation, hinweg über jedes Mißtrauen gegeneinander, hinweg über allen Stolz auf Zahlen und Größe, auf Hingabe und Frömmigkeit, ruft Er uns hinaus – hinaus über die Grenzen unserer Kirchen, hinaus über den bloßen Bereich zwischenkirchlicher Beziehungen, hinaus über die traditionellen Weisen missionarischer Arbeit, hinaus zu einer neuen Preisgabe an Ihn, hinaus zu einer neuen, realeren Verantwortlichkeit füreinander, hinaus in die Welt, in der Er der verborgene König ist, hinaus dem Tag Seiner offenbaren Königsherrschaft entgegen –, dem Tag, auf den die christliche Mission zugeht.

Wenige Tage nach dem Abschluß der Internationalen Missionskonferenz fand in Berlin unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius, dem europäischen Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen, eine *Zusammenkunft von leitenden Persönlichkeiten europäischer Kirchen* statt. Aufgabe dieser Begegnung war, die Möglichkeiten zu untersuchen, die für die Zusammenarbeit der europäischen Kirchen im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen bestehen und die geeignet erscheinen, das, was bisher an Arbeitsverbindungen und Zusammenarbeit bestand, auf eine breitere Basis zu stellen und entsprechende vorbereitende Maßnahmen zu planen und einzuleiten. Für wesentlich wurde der Beitrag orthodoxer, anglikanischer und evangelischer Kirchen aus dem Osten und aus Westeuropa gehalten.

Auf dem ökumenischen Treffen anlässlich der *Wiedereinweihung der Trinitatiskirche in Warschau* am 22. Juni 1958 wurden die Vorbesprechungen und Vorbereitungen für eine Zusammenkunft und die Zusammenarbeit der europäischen Kirchen fortgesetzt und vorwärtsgetrieben.

Die Christen zur Einigkeit aufzurufen, war das Anliegen der *Pfingstbotschaft der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen*:

Als Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen ergreifen wir die Gelegenheit dieses herrlichen Pfingstfestes, um unseren Mitgliedskirchen in allen fünf Kontinenten und auf den Inseln der Meere christliche Grüße zu senden. Gnade sei mit Euch allen und Friede von Gott dem Vater und unserem Herrn Jesus Christus.

Wir feiern heute das erste christliche Pfingstfest, da der Geist ausgegossen wurde auf alles Fleisch – „Parther und Meder und Elamiter, Einwohner von Mesopotamien, Judäa und Kappadozien, Pontus und Asien, Phrygien und Pamphylien, Ägypten und an den Enden von Libyen bei Kyrene und Ausländer von Rom, Juden und Juden-ge nossen, Kreter und Araber“ (Apg. 2, 9–11).

Der Geist ist ein Geist der *Einigkeit*. „Sie waren alle einmütig beieinander“, und der Geist „setzte sich auf einen jeglichen unter ihnen“ (Apg. 2, 1–3).

Laßt uns deshalb immer darum beten, daß der Geist der Einigkeit im Glauben unter uns herrsche, gemäß dem letzten Gebet, das unser Herr Jesus Christus auf Erden ge- betet hat.

Der Geist ist ein Geist der *Kraft*. „Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes emp- fangen“ (Apg. 1, 8).

Das Evangelium würde uns bei unserem schwachen Willen und unserem Mangel an Entschlußkraft wenig helfen, wenn es uns nur Anweisungen gäbe, wie wir am besten Ordnung in unser Leben und unsere Gemeinschaft bringen könnten, uns aber nicht die Fähigkeit geben würde, entsprechend zu handeln. Am ersten Pfingstfest wurden Män- ner und Frauen weit über sich selbst hinausgehoben und in ihrer Schwachheit stark gemacht, vieles zu tun und zu ertragen, wofür die Kirche noch heute Gott täglich preist.

Der Geist ist ein Geist des *Zeugnisses*. Er gibt selber Zeugnis und macht uns zu christ- lichem Zeugnis tüchtig. Ein Teil der Verheißung des ersten Pfingstfestes war ja dies: „Ihr sollt meine Zeugen sein bis an das Ende der Welt“ (Apg. 1, 8).

Und jener Tag war der Beginn der Weltmission der Kirche. Die drängende Sorge um die Ausbreitung des Evangeliums ist eine notwendige Vorbedingung für das Teil- haftigwerden an solchem Segen. Überdies muß unser Zeugnis „aller Welt“ und „aller Kreatur“ gelten. Wir dürfen es den „Enden der Erde“ nicht vorenthalten.

So laßt uns heute nicht nur das wunderbare Ausgießen des Geistes am ersten Pfingst- tag vor langer Zeit feiern, sondern laßt uns mit Gottes Gnade danach streben, die Einigkeit, die damals so klar sichtbar war, wieder zu erlangen, wie auch die Kraft, deren sich die ersten Christen erfreuten, und den Eifer für die weltweite Verkündigung des Evangeliums, der damals jedes Herz erfüllte. „Über alles aber“ laßt uns anziehen „die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit“ (Kol. 3, 14).

Möge Gottes reichster und kraftvollster Segen über uns alle kommen, wenn wir uns im Gebet vereinigen.

Die Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen

Bischof Sante Uberto Barbieri,

Buenos Aires

Bischof G. K. A. Bell, Canterbury

Dr. John Baillie, Edinburgh

Bischof Otto Dibelius, Berlin

Erzbischof Michael, New York

Bischof Henry Knox Sherrill, New York

Metropolit Juhanon Mar Thoma, Tiruvella

Als besonders bedeutsames Ereignis in der Geschichte der ökumenischen Bewegung und der zwischenkirchlichen Begegnungen ist die *Zusammenkunft von Vertretern der Orthodoxen Kirche Rußlands und des Ökumenischen Rates der Kirchen* anzusprechen, die nach zweimaliger Planung und zweimaliger Verschiebung am 7./9. August in Utrecht stattfand und die erste offizielle Begegnung seit der durch die orthodoxen Kirchen Osteuropas im Jahre 1948 ausgesprochenen Ablehnung des Ökumenischen Rates war. Es wäre verfrüht und würde eine Überforderung darstellen, von dem erstmaligen Zusammenkommen nach so langer Zurückhaltung und Entfremdung, auch wenn es sich in einer Atmosphäre betonter Herzlichkeit vollzog, sofort greifbare Ergebnisse zu erwarten; aber es muß als positiver Ertrag der Utrechter Konferenz gewertet werden, daß, obwohl auf vielen Gebieten die Ansichten des Moskauer Patriarchen und des Ökumenischen Rates auseinandergingen und nach wie vor auseinandergehen, auf beiden Seiten der Wunsch besteht, weiterhin in enger Fühlung miteinander zu bleiben. Damit haben sich Möglichkeiten einer Entwicklung angebahnt, die in ihren Auswirkungen sehr hoch eingeschätzt werden darf; wenn auch die Bedeutung der Zusammenkunft vornehmlich im Bereich kirchlicher Beziehungen und kirchlichen Geschehens liegt, so hat sie zweifellos auch einen politischen und weltpolitischen Aspekt.

Über Verlauf und Inhalt ihrer Gespräche unterrichteten die Konferenzteilnehmer die Öffentlichkeit durch folgendes Kommuniké:

1. Wir sind Gott dankbar dafür, daß nach einer langen Vorbereitungszeit eine Zusammenkunft zwischen Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands und des Ökumenischen Rates der Kirchen stattgefunden hat. An dem Treffen nahmen folgende Persönlichkeiten teil: Von seiten des Moskauer Patriarchats Metropolit Nikolai von Kruiza und Kolomna, Erzbischof Michael von Smolensk und Alexander Bujewsky, von seiten des Ökumenischen Rates Dr. Franklin C. Fry, Metropolit Jakobus von Melita und Dr. Visser't Hooft.

Diese erste Begegnung verfolgte naturgemäß zunächst den Zweck, besser miteinander bekannt zu werden. Diesem Ziele diente der Austausch von Informationen und die Klärung unserer beiderseitigen Positionen. So erreichten wir größeres Verständnis füreinander.

2. Unsere Bruderschaft in Christus war es, die unsere Begegnung möglich machte, und auf dieser Grundlage haben wir miteinander offen über das wirkliche Wesen und die Ziele der Kirchen gesprochen, die wir vertreten.

3. Wir erkannten, daß wir gemeinsamen Anteil haben an den Bemühungen um die Einheit der Christen und um die Sichtbarmachung ihrer Einheit im Leben der Kirchen. Die Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands erklärten, wie ihre Kirche für die Wiedervereinigung aller Christen betet und arbeitet. Die Abgesandten des Ökumenischen Rates der Kirchen legten dar, wie der Ökumenische Rat die kirchliche Einheit zu fördern trachtet, und zwar sowohl durch die theologische Arbeit der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung als auch durch viele andere Mittel, deren sich die Christen auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens bedienen.

4. Wir teilen die tiefe Sorge um den Frieden der Welt in Gerechtigkeit und Freiheit. Die beiden Delegationen drückten ihre Entschlossenheit aus, auf dieses Ziel hinzuwirken. Sie empfinden die ernste Verantwortung der Kirchen, in jedem Lande ihre Regierungen und ihre Völker aufzurufen, zur Verhütung des Krieges alles zu tun, was in ihrer Macht steht. In den letzten Jahren haben der Ökumenische Rat der Kirchen und das Moskauer Patriarchat ihre Überzeugungen hinsichtlich der großen inter-

nationalen Probleme unserer Zeit, wie Abrüstung, Atomkrieg und Kernwaffenexperimente, einander zur Kenntnis gebracht. Bei unserer Zusammenkunft haben wir dieses Gespräch über unsere beiderseitigen Standpunkte fortgesetzt. Weitere Kontakte werden nötig sein, um über die verschiedenen Wege zum Frieden, die jeder von uns geht, Übereinstimmung zu erzielen.

5. Der grundsätzlichen Bedeutung der Freiheit, zu der Christus die Menschen befreit hat, haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Jede Delegation gab ihre Ansichten darüber kund, auf welche Weise die Glaubensfreiheit in der Gesellschaft ihren Ausdruck finden sollte. Wir erörterten eine Anzahl spezieller Probleme, auf die die Kirchen stoßen, wenn sie ihrem Glauben in ihrem Leben und in ihrer Arbeit Ausdruck geben wollen. Unser Gespräch trug zu einem besseren Verständnis dieser Probleme bei.

6. Im Blick auf die Zukunft erklärten die Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands, sie würden dem Patriarchen und der Heiligen Synode ihrer Kirche Bericht erstatten und dies im Geiste voller Sympathie für die Grundsätze der ökumenischen Bewegung tun. Einen entsprechenden Bericht über das Treffen würden sie jenen orthodoxen Schwesterkirchen zuleiten, die an der Moskauer Konferenz von 1948 teilgenommen haben.

Die Delegierten des Ökumenischen Rates erklärten, sie würden dem Zentralausschuß Bericht erstatten und vorschlagen, daß – wenn die Heilige Orthodoxe Kirche von Rußland einverstanden wäre – Beobachter zu den Sitzungen des Zentralausschusses eingeladen werden sollten.

Die Delegierten danken Gott dem Herrn für das Vorrecht, im Geiste christlicher Liebe zusammenzukommen.

Eine Reihe *kleinerer ökumenischer Begegnungen* diene der Pflege und Vertiefung zwischenkirchlicher Beziehungen. Der *Nordisch-Deutsche Kirchenkonvent* trat in Ludwigslust (Mecklenburg) zusammen. Der *Deutsch-Französische Bruderrat* hielt eine Tagung. Eine Abordnung der pfälzischen Kirche besuchte kongregationalistische Gemeinden in England. Die rheinische und die westfälische Kirche empfingen den Besuch der Erzbischöfe Turs, Riga, und Kivit, Tablin, des orthodoxen Erzpriesters Rastorjugow, Moskau, und des ungarischen Professors Varga; in Berlin fand eine Zusammenkunft mit dem südindischen Bischof Newbigin statt. Aus der Reihe dieser Begegnungen kommt der *Reise einer deutschen Delegation* unter Führung von Präses D. Wilm *nach Moskau* besondere Bedeutung zu; obwohl sie in der kirchlichen Öffentlichkeit nicht unkritisiert blieb, diente sie doch dem zwischenkirchlichen Brückenschlag und erfüllte damit eine der wesentlichsten Aufgaben, die der Christenheit heute gestellt sind.

Im Zusammenhang der die Welt in Atem haltenden Ost-West-Spannung verdienen die sogenannten Entwicklungsländer besondere Beachtung, die durch den in ihnen aufgebrochenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gärungsprozeß zu Herden von Weltkrisen werden könnten. Ihnen hat die diesjährige Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, die im August 1958 in Nyborg (Dänemark) zusammentrat, seine Aufmerksamkeit zugewandt. Es wurde ein Studiendokument angenommen und den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Studium und zur Beachtung empfohlen. Dieser Appell an die christliche und mitmenschliche Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den unterentwickelten Ländern der Erde stellt, indem er die brüderliche Liebe und Hilfe der Kirchen und ihrer Glieder aufruft und den Staatsmännern und Wirtschaftspolitikern ihre Pflicht zur Mit-

menschlichkeit einschränkt, einen beachtlichen Beitrag zur Ausschaltung von Gefahrenmomenten dar.

DIE CHRISTLICHE VERANTWORTUNG FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG

Der kritische Stand der Bemühungen um eine beschleunigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erfordert die Aufmerksamkeit der Christen in aller Welt.

Zwei Drittel der Menschheit sind durch neue Hoffnungen und das ständig zunehmende Tempo des sozialen Umbruchs aufgerüttelt worden. Ein politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gärungsprozeß, der durch den Einfluß der modernen Technik aus der westlichen Welt und durch ein neues Bewußtsein von den Voraussetzungen menschlicher Würde ausgelöst wurde, vollzieht sich in den Gesellschaftsordnungen dieser Länder. In einer solchen revolutionären Situation sollten die Völker die lenkende Hand Gottes sehen und im Gehorsam den Forderungen der Gerechtigkeit und der aus unserem gemeinsamen Menschsein erwachsenden Verantwortung neue Beachtung schenken. Über alle Trennungen hinweg sind alle Menschen durch die Liebe Gottes Brüder und jetzt durch die ihnen von Gott geschenkten Erkenntnisse Nachbarn geworden. Wir stehen daher in einer gemeinsamen Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Interesse einer echten Weltgemeinschaft. Wenn auch bereits ein nützlicher Anfang gemacht worden ist, so fordert die ungeheure Größe der Aufgabe doch von den Nationen und – auf ihrem besonderen Gebiet – von den Kirchen eine noch größere Hingabe.

Der empfindliche Mangel an Kapital und technischen Experten ist der bestimmende Faktor in den meisten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Nur mit großzügiger Unterstützung von seiten der wirtschaftlich stärker entwickelten Länder in Nordamerika, Europa und Australien können Länder mit gut fundierten Aufbauplänen auf deren Verwirklichung hoffen und die menschlichen Tragödien vermeiden, die ein Mißlingen dieser Pläne mit sich bringen würde. Obgleich durch verschiedene Organe der Vereinten Nationen, durch bilaterale und multilaterale Hilfsabkommen, durch koloniale Aufbauprojekte und Privatinvestierungen bereits viel getan wurde, bleibt das Ergebnis soweit unzureichend. Es muß noch weit mehr getan werden, und zwar auf der Grundlage stärkerer Zusammenarbeit und größerer Ausdauer.

Gleichzeitig muß eine Beziehung geschaffen werden zwischen den Hilfsprogrammen und der Belebung des internationalen Handels, dem Problem der Bevölkerungszunahme, den eigenen Bemühungen der Entwicklungsländer auf dem Gebiet des Erziehungswesens und vielen anderen Aspekten einer wirtschaftlich gesunden Gesellschaft.

Im Blick auf diese Gesamtsituation müssen folgende wesentliche Punkte herausgestellt werden:

1. Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt bedingt die Aufstellung von aufeinander bezogenen Entwicklungsprogrammen auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie, der öffentlichen Dienste, des Erziehungs- und Gesundheitswesens. Die Christen sollten sich sowohl der Wechselbeziehung solcher Programme als auch der Auswirkungen bewußt sein, die diese tiefgreifenden Veränderungen im Leben der betroffenen Völker mit sich bringen.

2. Wirtschaftshilfe kann in verschiedener Form gewährt werden. Diese Vielfalt hat mancherlei Vorteile, macht jedoch eine bessere Koordinierung – vorzugsweise im Rahmen der Vereinten Nationen – notwendig, um eine rationelle Planung der Hilfsprojekte zu ermöglichen, eventuellen Mißbrauch zu verhüten und in der Öffentlichkeit eine aktivere Unterstützung zu erzielen. Vielleicht sind Regionalprojekte für die im Interesse einer wirksamen Zusammenarbeit und gegenseitigen Achtung erforderliche gemeinsame Planung besonders geeignet.

3. Weitaus mehr Spenden und großzügige Kredite sind erforderlich. Die Hilfsländer sollten für ihre Unterstützungsmaßnahmen eine langfristige Politik ausarbeiten. Wenn die einzelnen Länder wenigstens ein Prozent ihres Volkseinkommens für diese Zwecke frei machen könnten, würde das Bild bereits viel hoffnungsvoller aussehen. Damit die Völker ihre Verantwortung und ihr Versagen erkennen können, brauchen wir sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene eine klare Aufstellung darüber, was getan wird und in welcher Form es geschieht.

4. Wenn wir auf weitere Unterstützung drängen, sind wir uns dabei der mannigfaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewußt, die damit für die gebenden Länder verbunden sind. Damit könnte die Erhöhung privater Spareinlagen für Investierzwecke im Ausland oder – wo die Hilfe aus öffentlichen Mitteln gewährt wird – eine Steuererhöhung erforderlich werden. Auf der anderen Seite können solche Hilfsprojekte einem Land auch die vollere Ausnutzung seiner Produktionskapazität ermöglichen. Als Christen rufen wir die Nationen dazu auf, ihre Wirtschaftspolitik dementsprechend den Erfordernissen der Zeit anzupassen.

5. Die Handels- und Währungspolitik der stärker entwickelten Länder hat oft unverhältnismäßig starke Rückwirkungen auf die Aufbauprogramme und deren Durchführung in den weniger entwickelten Ländern. Jene Länder müssen daher die internationale Auswirkung ihrer Politik in vollem Umfang in Betracht ziehen. Das trifft besonders zu für ihre Einstellung zu Plänen für die Stabilisierung der Warenpreise, deren Unabhängigkeit oft eine lähmende Wirkung auf die unterentwickelten Länder hat.

6. Der Privatinvestierung im internationalen Rahmen kommt heute eine ganz besondere Bedeutung zu. Sowohl die gebenden als auch die empfangenden Länder müssen solche Investierung durch eine konstruktive Politik fördern und damit gemeinsam die Verantwortung für eine große Aufgabe tragen.

7. Die Wirtschaftshilfe wird nur dann die bestmöglichen Erfolge zeigen, wenn die treuhänderische Verwaltung dieser Entwicklungspläne in redlichen Händen liegt. Die Regierungen und ihre Führer sollten in ihren gegenseitigen Beziehungen peinliches Verantwortungsbewußtsein zeigen und sich der Notwendigkeit des öffentlichen Vertrauens bewußt sein.

Den Kirchen stellen sich in der gegenwärtigen Situation besondere Aufgaben:

a) Die Christen sollten dazu beitragen, daß in ihren eigenen Ländern die Entwicklungsprogramme bekannt werden und eine verantwortungsbewußte Haltung diesen Programmen gegenüber fördern.

b) Geschulten Kräften sollte geholfen werden, in einer hingebungsvollen und verständnisvoll durchgeführten Arbeit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihre Berufung zu sehen.

c) Christliche Institutionen in den wirtschaftlich noch wenig entwickelten Ländern sollten ihren eigenen praktischen Dienst im Blick auf die Erfordernisse eines dynamischen und ausgeglichenen Hilfsprogramms sorgfältig prüfen. Durch die neuen Möglichkeiten für christlichen Dienst auf diesem Gebiet werden erhöhte Anforderungen an das Potential der kirchlichen Institutionen gestellt.

d) Von besonderer Bedeutung ist die Seelsorge an den durch den sozialen Umbruch entwurzelten Menschen. Der Zusammenbruch der Familienordnung, des alten Stammes- und Gemeinschaftslebens ist eine Herausforderung für die christliche Verantwortung und den christlichen Dienst. Die christlichen Kirchen in diesen Gebieten brauchen die Fürbitte und die praktische Unterstützung der Kirchen in anderen Teilen der Welt.

Wir empfehlen den Kirchen, diesen Anliegen bei der Planung ihrer Arbeit für die kommenden Jahre aufmerksame und ernsthafte Beachtung zu schenken.

Das zweite große Problem, das im Jahre 1958 die Welt und die Weltchristenheit umtrieb, war die *Atomfrage*. Die Möglichkeit, daß auch der geringfügigste

lokale Konflikt sich zu einer Gefahr für die gesamte Menschheit ausweiten kann, ist uns durch das Vorhandensein der nuklearen Waffen beängstigend nahe auf den Leib gerückt. Jeder der großen politischen Machtblöcke, unter die die Welt verteilt ist und die eifersüchtig und mißtrauisch auf die Wahrung und Vergrößerung ihrer Einflußsphären bedacht sind, verfügt über Vorräte an A- und H-Bomben, Atomgranaten und -raketen, die ausreichen, alles Leben auf der Erde zu vernichten. Um die Entspannung der bedrohlichen Weltlage bemühen sich zwei internationale Konferenzen, bei denen auch die UdSSR vertreten ist. Die eine versammelt Atomsachverständige aus Ost und West und soll den Versuch machen, Regeln zu vereinbaren, die die Beendigung der Atombombenversuche ermöglichen, während die andere darüber beraten will, wie man überraschenden Angriffen vorbeugen und begegnen könne. Trotz monatelangen zähen Verhandeln, über dessen Erfolgsaussichten Presse und Rundfunk heute zuversichtlich, morgen pessimistisch berichteten, konnten greifbare und wirk-same Ergebnisse bisher nicht erzielt werden. Es steht zu hoffen, daß weder die Konferenzteilnehmer sich durch Enttäuschungen entmutigen lassen noch die sie entsendenden Nationen die zur Verhandlung der höchst vielschichtigen und umfangreichen Fragen erforderliche Geduld verlieren, sondern die Sehnsucht der Völker nach Frieden erfüllt wird.

Der Problematik der Atomwaffen und des Atomkrieges galten 1958 besonders angestrenzte Bemühungen der Kirchen.

Auf Veranlassung des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschecho-slowakei traten Anfang Juni Christen aus verschiedenen Kirchen und Ländern zu einer *Friedenskonferenz in Prag* zusammen. Die Zusammenkunft trug keinen offiziellen Charakter; der Teilnehmerkreis bestand nur zu einem Teil aus amt-lich entsandten Vertretern ihrer Kirchen. Die Fragestellung der Konferenz galt der Verantwortung und Aufgabe des Christen und der Kirchen in der heutigen Situation, vor allem im Hinblick auf die Atomgefahr; das Ziel der Verhand-lungen sollte sein, angesichts der gegenwärtigen bedrohlichen Lage Wege und Mittel zu finden, durch die die Kirchen und ihre Glieder zur Entspannung der internationalen Lage und zur Überwindung der durch die Erfindung und An-wendungsmöglichkeit atomarer und thermonuklearer Waffen in einem künf-tigen Kriege gegebenen Gefahren beitragen könnten. Das Ergebnis ihrer Ver-handlungen und Beratungen legte die Konferenz der Öffentlichkeit vor in einer

BOTSCHAFT AN DIE CHRISTLICHEN GEMEINDEN

Jesus Christus hat dem Tode die Macht genommen und das Leben und ein unvergänglich Wesen an das Licht gebracht durch das Evangelium. Deshalb sind alle, die seinem Liebesgebote gehorsam sind und ihm wahrhaftig gehören und sein Werk tun wollen, dazu berufen, allen Menschen, den Gläubigen wie Ungläubigen, aus allen Kräften zu dienen, daß sie das Leben haben.

Diese alte Sendung des Volkes Gottes steht um so mächtiger vor unseren Augen, wenn wir an die erschreckenden Möglichkeiten des Verderbens, ja Unterganges des gesamten Menschengeschlechtes denken, die durch die Kernwaffen und die ganze gegen-wärtige Kriegstechnik eröffnet werden. In dieser Lage gilt es klar zu sehen, daß der Krieg Tod, der Frieden aber Leben bedeutet. Deshalb ist jedes Spielen mit dem Gedan-ken eines Atomkrieges und das Vorbereiten eines solchen Krieges Aufruhr gegen Gott

und Verschuldung am Leben der Menschheit, für die Jesus Christus gestorben und auf-
erstanden ist.

Durch Ihn ist die Welt mit Gott versöhnt. Darum laßt uns dafür sorgen, daß die
Völker miteinander sich versöhnen und wir Christen aus allen Nationen dazu den
Anfang machen. Jesus Christus hat uns geliebt und befreit von aller Furcht. Darum
laßt uns der Angst wehren, die die Gefahr des Krieges erst recht heraufbeschwört.

Um seinetwillen dürfen wir Brüder sein. Darum helfst, daß Menschen und Völker dem
Mißtrauen absagen, Achtung voreinander und Verständnis füreinander haben und ein-
ander brüderlich begegnen.

In seinem Namen dürfen wir in Frieden den Herrn anrufen. Darum laßt uns immer
wieder beten um den Frieden der Welt. Lasset uns dabei aber nie vergessen, daß wir
selbst durch dieses Gebet verpflichtet werden, damit wir nicht um etwas beten, was wir
in unserem Tun verleugnen.

Durch ihn sind wir nüchtern gemacht. Darum lasset uns nicht durch Unterschätzung
und Verkleinerung der atomaren Gefahr verführt und betrogen werden. Lasset uns
einander warnen, daß wir auch nicht durch Gleichgültigkeit schuldig werden oder gar
durch Unachtsamkeit dem Verbrechen unsere Hand bieten. Laßt uns nicht von dem
Wahn verführen, daß die großen Weltprobleme durch Gewalt oder Druck oder kalten
Krieg gelöst werden können.

Angesichts der tödlichen Gefahr, die die Menschheit bedroht, laßt uns dafür ein-
treten und unsere Regierungen bitten, daß zur Entspannung eine atomwaffenfreie
Zone errichtet wird, daß die Atomversuche eingestellt, alle Massenvernichtungsmittel
geächtet und zerstört werden und daß die Staatsmänner zur Lösung der Weltprobleme
bald auf höchster Ebene zusammentreten.

Alle Völker sehnen sich nach Frieden.

Preis aber und Ehre und Frieden allen denen, die da Gutes tun (Röm. 2, 10).

Die gleichen Vorschläge – Einstellung der Atomversuche, Achtung und Zerstö-
rung aller Massenvernichtungsmittel, Errichtung einer atomfreien Zone und
Einberufung einer Gipfelkonferenz zur Lösung der Weltprobleme – unterbrei-
tete die Prager Konferenz den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten
Staaten und der Sowjetunion.

An den Rat der EKD erging folgender Brief:

Christliche Friedenskonferenz

Prag II, 4. Juni 1958

Liebe Brüder!

Indem wir Euch die anliegende Botschaft unserer eben beendeten Konferenz übergeben,
möchten wir Euch und die ganze Evangelische Kirche in Deutschland in brüderlicher
Liebe grüßen. Alle Dokumente dieser Konferenz werden Euch demnächst zugesandt
werden. Es ist unser Herzensbedürfnis, mit Euch in innigster Glaubensgemeinschaft zu
stehen und Euch über alles, was wir getan haben, zu informieren. Während unserer
Verhandlungen dachten wir unablässig an Euch in Dankbarkeit für das, was wir durch
das Zeugnis deutscher Brüder in den letzten Jahrzehnten empfangen haben. Das Ringen
der Bekennenden Kirche um die Echtheit des evangelischen Zeugnisses wie um die Sub-
stanz der Kirche Jesu Christi hatte eine stellvertretende Bedeutung für die europäische
Christenheit. Um so gespannter verfolgen wir Eure Entscheidungen in den Wirren der
Gegenwart, in den Tagen, wo wir alle am Rande eines dunklen Abgrundes schreiten.

Wir wissen wohl, daß die Last des Zusammenbruches vor dreizehn Jahren und der
Spaltung Eures Vaterlandes fast über menschliche Kräfte ist. Es liegt uns fern, Euch
zu belehren. Wir möchten nur unserer Sehnsucht Ausdruck geben, mit Euch als Sünder
in Buße und Reue einen neuen Anfang zu machen, auf alle Gewalt zu verzichten und

die Anfechtungen der zusammengebrochenen Vergangenheit in der Majestät des Glaubens und der Hoffnung zu überwinden. Darum bitten wir Euch inständig: Lasset die Welt ein reines, eindeutiges und einfältiges Zeugnis gegen die Massenvernichtungsmittel und gegen jede atomare Aufrüstung hören. Ihr würdet uns allen einen neuen unschätzbaren Dienst erweisen. Eure stellvertretende Sendung ist nicht erloschen. Sie besteht auch heute, vielleicht in noch gesteigertem Maße. Das Versagen unserer deutschen Brüder in der gegenwärtigen Gefahr würde, menschlich gesprochen, ihre führende Rolle in dem theologischen und kirchlichen Ringen endgültig brechen und unseren Völkern ein unermeßliches Unglück herbeiführen. In diesem Sinne bitten wir Euch, unsere Botschaft zu lesen. „Denn nun sind wir lebendig, wenn ihr stehet in dem Herrn“ (1. Thess. 3, 8).

Für das Präsidium der Christlichen Friedenskonferenz in Prag
Sekretär: Unterschrift Präsident: *Dr. Hayek*

Der Rat antwortete mit nachstehendem Schreiben seines Vorsitzenden:

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Der Vorsitzende

18. Juni 1958

Liebe und verehrte Brüder!

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der am 12. und 13. Juni d. J. versammelt war, hat Ihr Schreiben vom 4. 6. 1958 zur Kenntnis genommen. Er hat mich beauftragt, Ihnen für die freundliche Gesinnung, die aus Ihrem Briefe spricht, herzlich zu danken und Sie dessen zu versichern, daß es der Evangelischen Kirche in Deutschland immer ein herzliches Anliegen sein wird, mit den Schwesterkirchen rings um uns her in enger freundschaftlicher Verbindung zu stehen.

Auch wir sind immer bemüht gewesen, die Stimme des christlichen Gewissens gegen die neuen Massenvernichtungsmittel laut werden zu lassen. Wir haben uns freudig zu dem Wort bekannt, das die letzte Versammlung des Zentral-Komitees des Weltrates in New Haven gesprochen hat. Wir erlauben uns, Ihnen aus den Ergebnissen unserer letzten gesamtdeutschen Synode einiges Material zu übersenden, das die Haltung unserer Kirche zu den gegenwärtigen Weltproblemen deutlich macht.

Wir bitten mit Ihnen Gott, daß er der Menschheit Wege zeige, den Frieden zu erhalten, und daß er seine Verheißung auch an uns allen wahr machen möchte: Der Herr wird seinem Volk Kraft geben. Der Herr wird sein Volk segnen mit Frieden! (Ps. 29).

In aufrichtiger Verbundenheit Ihr ganz ergebener

Dibelius

Der Zentralausschuß des Rates der Kirchen nahm auf seiner *Tagung in Nyborg* (Ende August 1958) einen von einer aus Theologen, Atomwissenschaftlern und Politikern bestehenden Studienkommission erarbeiteten Bericht entgegen, den er nebst den kritischen, erläuternden und ergänzenden Beiträgen der Aussprache der Öffentlichkeit zum gründlichen Studium und als Ausgangsbasis für die weitere Arbeit an den einschlägigen Problemen übergeben hat, und richtete an die Kirchen und Völker folgenden Aufruf:

AUFRUF DES ZENTRALAUSSCHUSSES DES ÖKUMENISCHEN RATES
AN DIE KIRCHEN UND VÖLKER

Nyborg, 28. August 1958

Die Atommächte haben einen ersten Schritt getan, um die Versuche mit Atomwaffen einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Wir begrüßen diese ersten Anfänge zu

einer besseren Verständigung zwischen den Völkern. Zugleich bitten wir die Staatsmänner der Welt mit allem Ernst und aller Dringlichkeit, es nicht bei diesen Anfängen bewenden zu lassen, sondern tapfer auf dem begonnenen Wege vorwärts zu schreiten.

Wenn die Versuche mit Atombomben aufhören, wie wir das schon vor einem Jahr befürwortet haben, werden neue Anstrengungen folgen müssen, um die Produktion von Atomwaffen zu beenden und zu einer wirklichen Abrüstung zu kommen.

Voraussetzung dafür ist, daß Freundschaft und Vertrauen zwischen den Völkern sich entfalten. Was uns not tut, ist das, was wir eine „offene Welt“ nennen möchten – also eine Welt, in der die Menschen sich frei und offen begegnen und einander verstehen und einander vertrauen lernen können.

Wir rufen die Kirchen auf, dazu zu helfen, einer solchen „offenen Welt“ den Weg zu bereiten.

Wir kennen die großen Schwierigkeiten, die es hier zu überwinden gilt. Aber was bei den Menschen unmöglich scheint, ist nicht unmöglich bei Gott. Ihn bitten wir, daß er, der die Lasten und Sorgen der Menschheit auf sich genommen hat, uns führen und stärken wolle in unserem Mühen für den Frieden auf Erden.

Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes wandte sich mit einem Aufruf an die lutherischen Kirchen in aller Welt:

Das zu einer Sitzung in Straßburg versammelte Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes grüßt die Gliedkirchen in aller Welt und bittet sie, diese Entschließung aufzunehmen und allen ihren Gemeinden bekanntzugeben:

Wir müssen erkennen, daß in den vielen Bewegungen und Katastrophen, die die Welt erschüttern, Gott selbst am Werke ist, auch in den Verwirrungen und Nöten, die Menschen anrichten. Er rüttelt auch dadurch seine Christenheit wach zum fürbittenden Gebet. Im Gedenken an die Millionen von Flüchtlingen und Bedrückten, Hungernden und Heimatlosen in aller Welt sollen wir Gott darum bitten, daß er nicht das Böse Oberhand gewinnen, sondern in allem seinen guten und gnädigen Willen geschehen lasse. Wir wollen ihn bitten, daß auch in allem uns unverständlichen Geschehen sein Wort freien Lauf habe und sein Reich komme und die Menschen seinen Frieden nicht verlieren. Er möge allen Verantwortlichen Gedanken des Rechtes und des Friedens geben und sie zu Werkzeugen seines Willens machen.

2. AUSWIRKUNGEN DER WELTLAGE AUF DEUTSCHLAND UND DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Die spannungsgeladene Weltlage findet auf deutschem Boden ihren besonders schmerzlichen und immer schmerzhafter werdenden Ausdruck. Die Situation Deutschlands und der Evangelischen Kirche in Deutschland erhielt im Jahre 1958 durch die Fortdauer und Vertiefung der Trennung zwischen Ost und West, die sich seit Kriegsende als Spaltung von Land und Volk bitter konkretisiert, ihre kennzeichnenden Züge. Schmerzender noch als in früheren Jahren bekamen es Deutschland und die Evangelische Kirche in Deutschland zu spüren, daß die Scheidelinie zwischen zwei Welten, die nicht nur politisch und wirtschaftlich entgegengesetzt orientiert und organisiert sind, sondern durch einander ausschließende Weltanschauungen und Menschenbilder sowie einander widerstrebende Verständnisse der Begriffe Freiheit, Friede, Gerechtigkeit, Menschenwürde

voneinander getrennt sind, mitten durch Land, Volk und Kirche hindurchgeht. Hart an völlige Unterbindung streifende Einschränkungen aller Möglichkeiten zu menschlichen Kontakten zwischen den beiden Teilen Deutschlands machten es immer schwerer, den familiären Zusammenhalt aufrechtzuerhalten und menschliche Beziehungen zu pflegen; einschneidende Behinderungen schränkten den kulturellen Austausch auf ein kaum noch wahrnehmbares Mindestmaß ein. Darum richteten am 1. Oktober 1958 die Fraktionen des Bundestages eine große Anfrage zur Lage der Menschen in der DDR an die Bundesregierung:

1. Die seit Jahren dauernde Flüchtlingsbewegung aus dem sowjetischen Besatzungsbereich in das Bundesgebiet und nach Westberlin hat sich in letzter Zeit wieder verstärkt. Die Gründe dafür liegen in einer neuen, zutiefst bedauerlichen Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der mitteldeutschen Bevölkerung?

2. Neben dem allgemein verschärften Kurs scheint die Erschwerung der menschlichen Verbindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands durch das SED-Regime die mitteldeutsche Bevölkerung besonders zu belasten. Wie haben sich die menschlichen Kontakte und der kulturelle Austausch in neuerer Zeit entwickelt? Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, um von sich aus zur Erleichterung und Verbesserung des Verkehrs und der menschlichen Beziehungen beizutragen?

3. Was gedenkt die Bundesregierung innerdeutsch und international zu tun, um eine Besserung der Situation der mitteldeutschen Bevölkerung zu erreichen?

4. Der verstärkte Flüchtlingsstrom hat offenbar zu Schwierigkeiten der Unterbringung geführt. Was hat die Bundesregierung getan und was gedenkt sie notfalls zusätzlich zu tun, um das Los der Flüchtlinge zu erleichtern und ihre Eingliederung zu beschleunigen?

Diese Anfrage löste folgende einstimmig gefaßte Entschließung des Bundestages aus:

I.

Seit mehr als zehn Jahren dauert jetzt der Flüchtlingsstrom an, trotz aller Behinderungen und Sperren, die das Zonenregime zwischen die beiden Teile Deutschlands legt. Die Zahl von mehr als drei Millionen Flüchtlingen allein aus Mitteldeutschland ist der erschütternde Ausdruck der Existenz- und Gewissensnot, die auf der deutschen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder lastet. Er ist der Beweis, daß das, was den Menschen in Mitteldeutschland zugemutet wird, über die Grenze der Leidensfähigkeit hinausgeht. Er ist aber auch der klare Beweis, daß die Mitteldeutschen nicht in den ihnen aufgezungenen Verhältnissen leben wollen. Der Bundestag protestiert gegen die fortdauernde Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit. Es ist nicht nur ein Gebot politischer Klugheit und weitblickenden Verständigungswillens, sondern der reinen Menschlichkeit, den Deutschen in der Zone den Weg zu freier demokratischer Selbstbestimmung und zur gesamtdeutschen Gemeinschaft freizugeben.

II.

Der Deutsche Bundestag erhebt besonders Einspruch gegen die kaltherzige und heimtückische Knebelung der Freizügigkeit, durch die den Einwohnern der sowjetisch besetzten Zone das Reisen über die Zonengrenze hinweg nahezu unmöglich gemacht ist. Das krassste Zeichen der Unterbrechung der menschlichen Beziehungen ist der Rückgang des Reiseverkehrs um fast 85 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Deutsche

Bundestag wiederholt sein Verlangen, allen Deutschen das Reisen innerhalb Deutschlands endlich freizugeben. Daß von den Besuchern die jeweils im anderen Teil Deutschlands geltenden gesetzlichen und behördlichen Vorschriften zu beachten sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

III.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, gemeinsam mit den Regierungen der Länder und insbesondere auch mit dem Senat von Berlin weiterhin dafür zu sorgen, daß den Flüchtlingen bei ihrer ersten Aufnahme in die Obhut des freiheitlichen Deutschlands jede mögliche menschliche Rücksicht und Hilfe zuteil wird, und daß alles, was geschehen kann, für ihre wirtschaftliche und soziale Eingliederung getan wird. Aber die Aufnahme der Flüchtlinge darf nicht nur eine Pflicht der Behörden sein. Jeder einzelne Deutsche im Bundesgebiet ist aufgerufen, zu seinem Teil mitzuhelfen, um dem Flüchtling das tröstliche Gefühl wirklicher Geborgenheit zu geben. Der Welt muß gezeigt werden, daß sich die Deutschen nicht nur in Worten zu der Einheit ihres Volkes bekennen, sondern auch mit helfender Tat.

IV.

Die Bundesrepublik Deutschland ist sich bewußt, daß sie als Ordnung des staatlichen Lebens für die Zeit bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geschaffen wurde. Der Bundestag wiederholt feierlich den im Grundgesetz enthaltenen Appell, daß das ganze deutsche Volk aufgefordert bleibt, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Die Verpflichtung der Vier Mächte zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird hierdurch nicht berührt.

Der Deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensentschluß des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch getrennten Teilen, der nach der Beseitigung der nicht in deutscher Zuständigkeit liegenden Hindernisse herbeizuführen ist.

Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes ebnet, sobald eine Vereinbarung der Vier Mächte diese Möglichkeit beschlossen hat.

V.

Der Bundestag bekennt sich erneut zu seinem einmütigen Vorschlag eines Vier-Mächte-Gremiums, das gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage vorbereiten soll. Die Bundesregierung wird beauftragt, sich bei den Vier Mächten weiterhin für die Realisierung des Vorschlages nachdrücklich einzusetzen.

Wenige Tage nach diesem Beschluß erging das Berlin-Ultimatum der Sowjetunion und droht, die Funktion Berlins als des einzigen Ortes verhältnismäßig ungehinderter Ost-West-Begegnungen zur Aufrechterhaltung familiärer und verwandtschaftlicher Verbundenheit und zur Anbahnung und Pflege zwischenmenschlicher und kultureller Beziehungen zu beenden. Die damit drohenden Gefahren für den Zusammenhalt der Deutschen abzuwenden, bedarf es neben vielem anderen schöpferischer Gegenvorschläge des Westens, die von Moskau nicht ausgeschlagen werden können. Es entspricht dem ganzen Ernst der Lage, daß der Rat der EKD die Gemeinden aufrief, für die Erhaltung des Friedens und für die Einheit der evangelischen Kirche und des ganzen Volkes zu beten.

Auch die Gemeinschaft der evangelischen Christen und Kirchen in Deutschland, die ohnehin empfindlich gestört war, wird durch den sowjetischen Berlin-

Vorschlag tödlich gefährdet. Seit zwölf Jahren war Berlin für die evangelischen Kirchen und Christen im geteilten Deutschland eine unvergleichlich geeignete und gesegnete Herberge. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätten sich die Landeskirchen in Ost und West auf Grund der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie leben und ihren Dienst tun, der theologischen Gegensätze und verschiedenartiger politischer und sonstiger Bindungen weit mehr auseinandergelebt, wenn sie sich nicht in Berlin bei vielen Gelegenheiten immer wieder hätten zusammenfinden können. Die Bedrohung der Freiheit Berlins stellt eine akute Gefährdung zunächst der äußeren – aber auf die Dauer vielleicht nicht nur der äußeren – Einheit der EKD dar. Schon jetzt liegen die Dinge so, daß der EKD ihre Aufgabe, die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar zu machen, mehr und mehr erschwert und unmöglich gemacht wird. Kennzeichnend für die Absicht der Regierung der DDR, die auf ihrem Territorium liegenden Gliedkirchen zu isolieren, indem sie die Einheit und den Zusammenhalt der EKD sprengt, ist der Abbruch ihrer Beziehungen zur EKD durch die einseitige staatliche Erklärung, daß eine Vertretung des Rates der EKD bei der Regierung der DDR nicht mehr anerkannt werden könne, mit dieser Feststellung die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Rates bei der DDR-Regierung beendet sei und die Teilnahme von Ratsmitgliedern an Verhandlungen zwischen Staat und Kirche hinfällig werde.

Durch zahlreiche Ausreiseverbote wurde Männern der Kirche, die in verantwortlichen Positionen in den Gliedkirchen im Bereich der DDR stehen, die Teilnahme an Veranstaltungen auf gesamtkirchlicher und ökumenischer Ebene unmöglich gemacht, der geistliche Dienst leitender Amtsträger aus den westlichen Landeskirchen durch Verweigerung der Erlaubnis zur Einreise in die DDR verhindert. Das vor Jahr und Tag über Bischof D. Dr. Dibelius verhängte Verbot, als Bischof von Berlin die Funktionen seines Hirtenamtes in den auf dem Boden der DDR belegenen Teilen seines Sprengels wahrzunehmen und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der EKD an überlandeskirchlichen Veranstaltungen im Gebiet der DDR teilzunehmen, wurde weder aufgehoben noch gelockert. Die Presse der DDR wurde nicht müde, führende Männer der Kirche, vornehmlich den Ratsvorsitzenden, in häßlicher Weise anzugreifen und übel zu verleumden. Die Verhaftungen kirchlicher Amtsträger und Mitarbeiter und ihre Verurteilungen zu harten Strafen – erstmalig auch solche von katholischen Geistlichen und Mönchen – nahmen ihren Fortgang; Eingriffe in das kirchliche Publikationswesen und Beschlagnahmungen von Sonntagsblättern, Kirchenzeitungen und Amtsblättern kamen wiederholt vor. Die Abgeordneten der östlichen Gliedkirchen zur Synode der EKD wurden Wochen hindurch unter heftigem Druck gehalten, sich für die Absetzung der Erziehungsfrage von der Tagesordnung der Synode, für die Annullierung des Militärseelsorgevertrages und gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr auszusprechen und einzusetzen. An die Synode selbst wurden die gleichen Forderungen in tumultuari-scher Weise durch Demonstranten, in korrekter, aber kategorischer Form durch eine Abordnung gestellt. Die Landessynode einer östlichen Gliedkirche konnte ihre Beratungen nicht zu Ende führen, weil das Drängen von Demonstranten auf Fassung bestimmter Entschlüsse eine geordnete Verhandlungsführung unmöglich machte. Der nach der Annahme des Militärseelsorgevertrages 1957

fühlbar härter gewordene Kurs in der Behandlung der Kirche durch den Staat verstärkte sein kirchenfeindliches und antichristliches Gefälle. Mit allen Mitteln wurde die Propaganda für den Kirchenaustritt betrieben; Parteifunktionäre und Offiziere dürfen der Kirche nicht angehören; Internatsschüler und Insassen von Studentenwohnheimen wird der Austritt aus der Kirche mit größerer oder geringerer Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit nahegelegt.

Die entscheidenden Vorstöße und Einbrüche in das volkskirchliche Leben aber erfolgten auf dem Gebiet der evangelischen Unterweisung und in den Auseinandersetzungen um Konfirmation und Jugendweihe. Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums „zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß“ vom 12. Februar 1958 gibt linientreuen Schulleitern alle Möglichkeiten zu einer nachdrücklichen Behinderung der christlichen Unterweisung an die Hand und stellt die atheistische Schulaufsicht über den evangelischen Religionsunterricht her (Einzelheiten in dem Bericht über die Kirche in der DDR s. u. S. 163 f.). Jugendweihe und Jugendunterricht, die zu einer Angelegenheit des Staates wurden und von staatlichen Stellen gefördert werden, wurden mit dem Gehalt der atheistischen Weltanschauung erfüllt. Die Nichtteilnahme an diesem Unterricht muß häufig mit Benachteiligungen im gesellschaftlichen und beruflichen Fortkommen bezahlt werden. Unter diesem Druck ging die Zahl der an Christenlehre, Konfirmandenunterricht und Konfirmation teilnehmenden Kinder und Jugendlichen spürbar zurück, zumal in den Kirchen der DDR in der Frage der ohnehin problematischen Konfirmation viel Unklarheit, Unsicherheit und Unterschiedlichkeit der Meinungen besteht.

Parallel mit dem Kampf gegen die Kirche wurden erhebliche Bemühungen um den Aufbau einer atheistischen Gegenkirche mit entsprechenden Kulthandlungen bei Geburt, Eheschließung und Tod angestrengt.

Die schlechte und zunehmend sich verschlechternde Situation der Kirche in der DDR ließ den Vorsitzenden des Rates in seinem Rechenschaftsbericht vor der Berliner Synode mit großem Ernst die Frage stellen, ob der Christ in der DDR ein Bürger zweiter Klasse sei.

Zwar entspannten Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Regierung und Vertretern der Landeskirchen der DDR in der zweiten Jahreshälfte das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, jedoch sind die erwarteten Erleichterungen für Leben und Arbeit der Kirche nur in beschränktem Umfang eingetreten; der weitaus größere Teil der kirchlichen Hoffnungen blieb bis heute unerfüllt.

So steht die Kirche in der DDR immer wieder vor dem Zwiespalt, daß sie trotz aller Bedrückung um Gottes willen ja zu der ihr verordneten Obrigkeit zu sagen und der Versuchung zur politischen Reaktion und Rebellion zu wehren, aber ein klares Nein dazu zu sagen hat, daß durch staatliche Autorität der atheistische Materialismus zur verbindlichen Weltanschauung für alle Bürger erklärt und der Mensch zu einem Mittel zum Zweck herabgewürdigt wird.

Es ist eine notvolle Situation, in der die Kirche und die Christen in der DDR stehen. Sie fordert von der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland und in der Welt, der hart angefochtenen Kirche dadurch zu helfen, daß sie mutiger bekenne, treuer bete, fröhlicher glaube und brennender liebe.

Völlig anders als in der DDR ist die Lage und Stellung der Kirche in der

Bundesrepublik. Sie erfreut sich einer großen Freiheit ihrer Verkündigung und ihres Lebens. Ihr Dienst wird vom Staat nicht nur geduldet, sondern vielfach gewünscht und gesucht. Freilich wird auch im Westen von Jahr zu Jahr deutlicher erkennbar, daß die bisherige Form der Volkskirche langsam abbröckelt; aber das geschieht nicht unter Zwang und Druck, sondern stellt einen Entwicklungsvorgang dar, den die Kirche weder aufhalten kann noch wollen sollte, zumal sie die Freiheit hat, nach neuen Möglichkeiten kirchlicher Ordnung und Gestalt Ausschau zu halten und neue Wege zu erproben, um in der veränderten und unaufhörlich sich verändernden Welt Kirche zu sein, die allen dient, ohne alle durch die Automatik volkskirchlicher Organisation als Mitglieder zu erfassen.

Angesichts der diametralen Entgegengesetztheit der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, menschlichen und kirchlichen Situation in Ost und West, mit der Deutschland der weltpolitischen Lage schwersten und schmerzlichsten Tribut zahlt, besteht zweifellos die Gefahr des Auseinanderlebens, und die lange Dauer des Zustandes der Teilung und des Getrenntseins begünstigt die Gewöhnung daran. Es ist gerade der Kirche, und das heißt den Kirchen in aller Welt, vornehmlich aber der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgegeben, unbeirrbar Willens an der kirchlichen Einheit und Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland festzuhalten und erfinderische Liebe, tätige Hilfe und unablässige Fürbitte daranzusetzen, daß sie erhalten und vertieft werde. Noch blieb die Gemeinschaft evangelischer Christen in Ost und West trotz aller, in unserem Land als dem Ort unmittelbarsten Aufeinanderprallens der großen Machtblöcke besonders akuten Spannungen, auch im zehnten Jahre des Bestehens der Evangelischen Kirche in Deutschland bewahrt, aber aus einer vor Jahr und Tag noch gut begehbaren Brücke ist die durch die von der DDR herbeigeführte Lage der Dinge ein schmaler Steg geworden. Wir können uns nur dessen getrösten, daß auch durch Engpässe Gott seinen Weg geht und die Seinen zu führen vermag.

3. DIE ATOMDISKUSSION IN DEUTSCHLAND UND IN DER EKD

Die im weltpolitischen und ökumenischen Raum in Gang befindliche Atomdebatte wurde in Deutschland und innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland unter dem besonderen Gesichtspunkt der Einbeziehung der Bundeswehr in die Atomstrategie der Weltmächte im Hinblick auf die Lage unseres durch die Grenze zwischen den weltpolitischen Machtblöcken gespaltenen Landes mit großer Heftigkeit geführt. Hatte sie schon im Vorjahr die Gemüter so leidenschaftlich erregt, daß eine Steigerung nur schwer vorstellbar erschien, so wurde das damalige Aufgebot an furor politicus und rabies theologica, an Härte des Aufeinanderprallens der Meinungen und Schärfe der Diskussion, an Schwere der gegenseitigen Vorwürfe und an wechselseitigem Unverständnis, Mißverständnis und Mißtrauen übertroffen durch das, was die Atomdebatte des Jahres 1958 brachte. Sowohl im politischen wie im kirchlichen Raum wurde die bedauerliche Erfahrung gemacht, daß die Fähigkeit, aufeinander zu hören und

miteinander zu reden, gering ist, dafür aber die bedenkliche Tendenz besteht, den gegnerischen Standpunkt zu vergrößern, um ihn propagandistisch besser bekämpfen zu können, und das, was an ihm für die eigene Position unbequem ist, zu übersehen. Die Vertreter entgegengesetzter Auffassungen und Entscheidungen zu Fragen der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr standen einander weithin nicht mehr als Mitbürger und Mitchristen gegenüber, die zu gemeinsamen Fragen unterschiedliche Lösungsvorschläge haben, sondern als Fronten bitterer Unversöhnlichkeit, gegenseitiger Gereiztheit, Verhärtung und Verketzerung. Lediglich die Synode der EKD bildete bei kompromißloser und nüchterner Bezeugung des für wahr und recht Erkannten und unzweideutiger Offenheit der Aussprache eine Ausnahme, deren geistige Höhenlage und geistlicher Tiefgang weder in den ihr vorausgehenden noch den ihr nachfolgenden Auseinandersetzungen erreicht wurde.

a) Die Atomdebatte vor der Synode der EKD

Die Initialzündung zum Wiederaufleben der Atomdebatte gab die Bundestagsdebatte über die deutsche Außenpolitik vom 22./23. Januar. In zeitweise leidenschaftlich bewegten Aussprachen standen sich die Auffassungen der Bundesregierung und Regierungskoalition im Bundestag und der Opposition scharf gegenüber, ohne daß eine Übereinstimmung über den in der Außenpolitik einzuschlagenden Weg erkennbar geworden wäre. Einig waren sich die Fraktionen in dem Ziel der Entspannung der Atmosphäre zwischen Ost und West, um zu einer kontrollierten Abrüstung und auf dieser Grundlage zu der Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen, aber in der Frage der einzuschlagenden Wege prallten die Gegensätze hart aufeinander. Die Opposition vertrat den Standpunkt, die Bundesrepublik solle auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr verzichten und die Errichtung von Abschußbasen für Raketenwaffen auf ihrem Gebiet ablehnen, um einer Streuung des Besitzes an Kernwaffen und der Verstärkung des atomaren Wettrüstens zu wehren, da sonst nur der Zustand der Teilung Deutschlands, Europas und der Welt verfestigt werde. Demgegenüber waren Bundesregierung und Regierungsparteien der Meinung, keine Vorauszahlung an Zugeständnissen und Verzichten machen, sondern an der NATO und an dem Bundestagsbeschluß vom 16. Mai 1957 (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1957, S. 84) festhalten zu sollen. Gegen die Stimmen der SPD und bei Stimmenthaltung der FDP nahm der Bundestag am Ende eines sechzehnständigen Verhandlungstages folgende Entschließung an:

Die Bundesregierung wird ersucht, zur Sicherung des Friedens, zur Bewahrung der Freiheit und zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

1. sich dafür einzusetzen, daß Verhandlungen des Westens mit der Sowjetunion fortgesetzt und nach sorgfältiger diplomatischer Vorbereitung – gegebenenfalls durch eine Konferenz der Außenminister – in einer Konferenz auf höchster Ebene durchgeführt werden, die der Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West und dem Ziele der Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung dienen;

2. darauf hinzuwirken, daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine kontrollierte Abrüstung alsbald wieder aufgenommen werden, sei es im Rahmen der Ver-

einten Nationen oder auf einer Konferenz auf der Ebene der Außenminister, und daß bei der Vorbereitung dieser Verhandlungen jeder ernsthafte Vorschlag zur allgemeinen oder teilweisen Abrüstung geprüft und auf seine politischen und militärischen Folgen untersucht wird;

3. dafür Sorge zu tragen, daß bei den aufzunehmenden Verhandlungen nur solche Lösungen in Aussicht genommen werden, die nicht zu einer Anerkennung des Status quo in Europa führen, sondern geeignet sind, die deutsche Teilung zu überwinden;

4. ihre Bemühungen zur Koordinierung der Außenpolitik der westlichen Verbündeten energisch fortzusetzen.

Einer der Höhepunkte der Bundestagsdebatte des 23. Januar war die Rede von Dr. Dr. Heinemann, die in dem Satz gipfelte, daß Christus nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben sei. Nur mit tiefer Betrübnis kann man von der Reaktion der kirchlichen Öffentlichkeit Kenntnis nehmen, denn sie offenbarte in ihrer grellen Widersprüchigkeit die tiefe Uneinigkeit des deutschen Protestantismus in Fragen der Ethik des Politischen. So schrieb ein bekanntes kirchliches Blatt, das gegenwärtige deutsche Parlament habe „eine so unmittelbare und substantielle christliche Redeweise wahrscheinlich noch nicht gehört“. Ein anderes, nicht minder bekanntes kirchliches Organ aber bezeichnete Heinemanns Rede als „das Unerfreulichste dieses Tages“ und als „Exhibitionismus eines nicht mehr gedanklich kontrollierten Hasses“. Es ist verständlich, daß angesichts solcher Divergenz der Urteile, deren Beispiele sich im Laufe des Jahres mehren sollten und die auf in letzten Tiefenschichten wurzelnde Differenzen im Verständnis der Hl. Schrift, der Kirche und des politischen Dienstes der Kirche deuten, die bange Frage auftauchte und diskutiert wurde, ob an der Atomfrage nicht eine Kirchenspaltung aufbrechen könne.

Unmittelbar nach Abschluß der Bundestagsdebatte übergaben 44 *Hochschullehrer* der Öffentlichkeit folgenden Aufruf:

ERKLÄRUNG VON 44 HOCHSCHULLEHRERN

Die amtliche Schlußverlautbarung der NATO-Konferenz in Paris vom 19. Dezember 1957 und die Erklärung der Bundesregierung vom 23. Januar 1958 machen offenkundig, daß die Bundesrepublik in das System der Abschußrampen für Raketen und der Atomwaffenlager einbezogen werden soll. Millionen deutscher Menschen sind dadurch von tiefer Sorge und Unruhe erfaßt.

Die Aufrüstung mit Atomwaffen auf unserem Boden verschärft die gefährlichen Spannungen, macht die Hoffnungen auf Wiedervereinigung aussichtslos und bedeutet im Konfliktfall die endgültige, unabwendbare Vernichtung Deutschlands.

Die ersten, ja beschwörenden Stimmen kenntnisreichster und wahrhaft urteilsfähiger Wissenschaftler sind von den verantwortlichen Politikern in unbegreiflicher und folgenswerer Weise übergangen worden. Wir wenden uns daher an das ganze deutsche Volk, die Mahnungen und Warnungen der Wissenschaftler nicht unbeachtet zu lassen. Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen.

Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zur Pflicht geworden! Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und ein besserer Lebens-

standard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden? Die Fortsetzung und Steigerung des Wettrüstens aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen jedes sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs. Heute kommt es darauf an, den mitteleuropäischen Raum nicht in die tödlichen Fesseln atomarer Militärpolitik zu verstricken. Dieser Krisenherd muß von Atomwaffen frei bleiben. Das liegt im Interesse beider Teile unseres gespaltenen Vaterlandes und aller europäischen Völker. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein erster wesentlicher Schritt in die gemeinsame freiheitliche und friedliche Zukunft aller Deutschen.

Wollen die Gewerkschaften die Wissenschaftler angesichts der drohenden Gefahren allein lassen? Warum zögern und worauf warten sie? Ungeachtet verschiedener Auffassungen über Wirtschafts- und Sozialfragen fordern die Unterzeichner die Gewerkschaften auf, sich in dieser ersten entscheidenden Stunde mit ihnen zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung zu verbinden.

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem: *Hermann Diem, Dr. F. Eichholz, Dr. Julius v. Gierke, Dr. W. Hagemann, D. Renatus Hupfeld, Dr. Renate Riemede, D. Georg Wehrung, D. Ernst Wolf.*

Es folgte die

ENTSCHLISSUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES
DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER LEHRERVERBÄNDE

8. März 1958

Erneuter Protest gegen Atom-Mißbrauch

Mit großer Bestürzung stellt die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände fest, daß die eindringlichen Appelle höchster moralischer und geistiger Autoritäten in aller Welt immer noch nicht den Mißbrauch der Atomkraft verhindern konnten.

Anstatt miteinander zu wetteifern in der Ausweitung der Gebiete, in denen eine friedliche Verwendung der Atomenergie das Wohl der Menschen fördern könnte, suchen die Machtblöcke einander zu übertrumpfen durch ständig wachsende Vorräte an Atomwaffen mit sich ständig steigender Vernichtungskraft. Durch Fortsetzung unheilvoller Experimente gefährden sie Gesundheit und Bestand der Menschheit.

Von ihrem Gewissen getrieben und in Verantwortung für die Jugend unseres Volkes und aller Völker protestiert die in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände vereinigte Lehrerschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut gegen alle Maßnahmen, die solche Gefahren heraufbeschwören und vermehren. Sie fordert, daß die Warnung der Wissenschaftler und Ärzte, die Bitten der Frauen und Mütter ernst genommen und beachtet werden.

Sie fordert, daß alle Vorschläge, von wem auch immer sie gemacht werden – die zu einer Verminderung und schließlich zur Beseitigung der Gefahren führen sollen und können –, gewissenhaft geprüft und verwirklicht werden.

Entschieden verwahrt sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände dagegen, daß dieser aus ernster Sorge und tiefer Verantwortung geborene Protest – sei es im Westen, sei es im Osten – mißdeutet oder mißbraucht wird.

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände
Bernhard Plewe, 1. Vorsitzender

Aus dem kirchlichen Raum meldeten sich als erste die *Kirchlichen Bruderschaften* zu Wort und übergaben der Öffentlichkeit am 3. Februar 1958 folgende

Mülheim-Ruhr, 3. Februar 1958

Zu der Frage der atomaren Bewaffnung und der Errichtung von Raketenabschußbasen dürfen wir als Christen nicht schweigen. Auf Grund der Ereignisse der letzten Wochen ist damit zu rechnen, daß unser Land durch unsere Regierung in das atomare Wett-rüsten einbezogen wird.

In diesem entscheidenden Augenblick danken wir all den Männern und Frauen, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Wir bitten sie, in ihrem Tun und Reden nicht müde zu werden. Wir hoffen, daß dadurch ein verhängnisvoller Schritt für unser Volk vermieden wird.

Als Christen verpflichten wir uns, alle den Bürgern eines demokratischen Staates gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Durchführung der derzeitigen Militär-politik unserer Regierung entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Wir warnen alle Angehörigen der Bundesrepublik, ihre Kräfte zu diesem Tun zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten alle Angehörigen der DDR, ihre Regierung bei gleichem Handeln in gleicher Weise zu begegnen.

Das Atomrüsten hebt die Atomangst nicht auf, hindert aber daran, bessere Wege zu beschreiten.

Die Gemeinschaft am Evangelium bewährt sich heute darin, daß wir Christen uns in dieser Frage gegenseitig helfen und beistehen.

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland: *Linz*; Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft in Westfalen: *Kloppenburg*; Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft in Nordwestdeutschland: *Theodor Immer*; Die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg: *Dr. Werner*; Kirchlich-theologische Arbeitsgemeinschaft der Pfalz: *Creutz*; Kirchlich-theologische Arbeitsgemeinschaft in Hessen: *Dr. Berger*; Kirchlich-theologische Sozietät in Baden: *Güss*.

Immer heftigere und leidenschaftlichere Formen nahmen die Auseinandersetzungen an. Auf politischer Ebene wurden sie von den Gegnern der atomaren Auf-rüstung der Bundeswehr unter der Parole „Kampf dem Atomtod“ geführt. Eine Kundgebung in Frankfurt am Main am 23. März 1958 eröffnete die Aktion, zu der nachstehender Aufruf erging:

KAMPF DEM ATOMTOD

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht.

Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.

Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange durch den Atomtod unser Volk bedroht ist.

Dieser Aufruf, der in der ganzen Bundesrepublik verbreitet wird, trägt u. a. folgende Unterschriften:

Luise Albertz, Oberbürgermeister; *Dr. Rudolf Amelunxen*, Justizminister; *Stefan Andres*, Schriftsteller; *Heinrich Böll*, Schriftsteller; *Prof. Max Born*, Nobelpreisträger; *Max Brauer*, Bürgermeister; *Dr. Thomas Dehler*, MdB; *Walter Dirks*, Schriftsteller; *Axel Eggebrecht*, Schriftsteller; *Prof. Dr. Helmut Gollwitzer*; *Prof. Dr. Walter Hagemann*, Münster; *Prof. D. Oskar Hammelsbeck*; *Dr. Dr. Gustav Heinemann*, MdB, Bundesminister a. D.; *Prof. D. Hans Iwand*; *Hans H. Jahn*, Präsident der Freien Akademie der Künste, Hamburg; *Dr. Erich Kästner*, Schriftsteller; *H. Kloppenburg*, DD., Oberkirchenrat; *Prof. Eugen Kogon*; *Ernst Kreuder*, Schriftsteller; *Dr. Wilhelm Lehmann*, Schriftsteller; *Pfarrer Dr. Dieter Linz*; *Paul Löbe*, Reichspräsident a. D.; *Dr. Dr. h. c. Marie-Elisabeth Lüders*, MdB; *Prof. Wilhelm Maler*, Leiter der Westfälischen Musikakademie; *D. Martin Niemöller*, Kirchenpräsident; *Erich Ollenbauer*, MdB; *Georg Reuter*, stellv. Vorsitzender des DGB; *Willi Richter*, Vorsitzender des DGB; *Martha Saalfeld*, Schriftstellerin; *Paul Schallücke*, Schriftsteller; *Dr. Schaltenbrand*, Universitätsprofessor, Würzburg; *Prof. Dr. Carlo Schmid*, Vizepräsident des Deutschen Bundestages; *Fritz Steinhoff*, Ministerpräsident; *D. Hans Stempel*, Kirchenpräsident; *Bernhard Tacke*, stellv. Vorsitzender des DGB; *Prof. D. Heinrich Vogel*, Berlin; *Prof. Dr. Alfred Weber*, Universitätsprofessor, Heidelberg; *Prof. Dr. Walter Weitzel*, Universitätsprofessor, Bonn; *Helene Wessel*, MdB; *Prof. D. Ernst Wolf*, Universitätsprofessor, Göttingen.

Unmittelbar vor der Frankfurter Kundgebung begann im Bundestag die längste und leidenschaftlichste Debatte, die er je erlebte. Zwar war sie nicht frei von Entgleisungen, die der Würde des Hohen Hauses nicht entsprachen, aber sie wies auch Höhepunkte ernsten Ringens aus letzter Verantwortung auf. Einer dieser Höhepunkte war ein Redituell zwischen dem Bundestagspräsidenten D. Gerstenmaier und dem SPD-Abgeordneten Dr. Dr. Heinemann, das nicht nur die von den beiden großen Parteien vertretenen Anschauungen durch Männer zu Gehör bringen ließ, die ihr politisches Amt als bewußte evangelische Christen wahrnehmen und mitverantwortlich in der Arbeit der Kirche stehen, sondern vor allem dadurch ebenso aufschlußreich wie eindrucksvoll war, daß die Aussprache in dem für die politischen Entscheidungen höchstverantwortlichen Gremium Westdeutschlands einen ihrer Gipfel erklimmte, indem man einander nach der christlichen Verantwortung in der Politik und nach der gewissensmäßigen Vertretbarkeit politischer Erkenntnisse und Entscheidungen befragte. Wir bringen die Wechselrede Dr. Dr. Heinemann – Dr. Gerstenmaier im Auszug:

Dr. Dr. Heinemann (SPD):

... Wir lehnen, wie gesagt, die Fragestellung „NATO oder nicht?“ ab. Wir wollen, daß eine andere Lösung unternommen wird, die es möglich macht, aus der Inanspruchnahme durch die beiderseitigen Blockmächte herauszubleiben. Wir spekulieren nicht auf die Beseitigung der Sowjetunion, und wir lassen uns nicht trösten mit einem Rückzug in die Grenzen eines Reiches Karls des Großen. Wir wollen den Ausgleich und die Entspannung in einer mitteleuropäischen Verantwortung. Wir wollen die Herauslösung der Ostzone aus der Pfandhalterschaft, die die Sowjets an ihr genommen haben, um sich dagegen zu sichern, daß keine neuen militärischen Gefahren für sie erwachsen, genauso wie die Westmächte entsprechende Pfänder hier genommen haben.

... Ich komme zu einem anderen Punkt. Meine Damen und Herren, Sie sagen und

haben uns in vielfältiger Form dargelegt, daß die atomare Rüstung der Bundeswehr eine Notwendigkeit sei, daß sie zweckmäßig sei, daß sie die Bedingung sei dafür, daß wir existieren könnten, daß wir in der NATO bleiben könnten und so weiter. Erlauben Sie mir, daß ich Sie auf zwei Vorfragen aufmerksam mache, die zu beantworten unumgänglich ist, ehe Sie zu einer Entscheidung über atomare Bewaffnung kommen können. Die eine Vorfrage ist eine rechtliche und die andere eine ethische.

Was das Rechtliche anlangt, so wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß das Völkerrecht wenigstens zwei Grenzen in der Handhabung des Krieges setzt. Erlaubt ist keinesfalls Gewalt gegen Nichtkombattanten, und die Kriegsmittel sind begrenzt. Ich erinnere daran, daß zum Beispiel in der Haager Landkriegsordnung von 1907 der Satz steht: Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.

Ich erinnere daran, daß das Genfer Protokoll von 1925 – auch mit deutscher Beteiligung – Ähnliches sagt. Die neuen sogenannten Waffen sind die prinzipielle Außerkraftsetzung alles Kriegsrechts, sind das Ende aller Errungenschaften abendländischer Kultur.

Ich überlasse es Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, welches Gewicht Sie dieser völkerrechtlichen Frage geben wollen. Aber es gibt etwas darin, dem Sie nicht ausweichen können: Völkerrecht ist Bundesrecht. In Artikel 25 unseres Grundgesetzes steht, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind, es steht darin, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts den Gesetzen der Bundesrepublik vorgehen, daß sie unmittelbare Rechte und Pflichten für die Bewohner des Bundesgebietes erzeugen! Bitte, verübeln Sie mir nicht, daß ich auf diese Rechtslage aufmerksam mache. Eigentlich müßten Sie das ja tun. Sie bedeutet das Recht zur Gehorsamsverweigerung, ja sogar die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung, wenn es um Massenvernichtungsmittel geht. Um diese Frage kommen Sie nicht herum ... Bitte, stellen Sie sich dieser Frage! Bitte, machen Sie deutlich, wie Sie an dem als Bundesrecht geltenden Völkerrecht der Verwerfung von Massenvernichtungsmitteln vorbeikommen, ohne daß Sie sich hier eines Tages von Karlsruhe attestieren lassen müssen, daß es gegenüber einer atomar aufgerüsteten Bundeswehr unter allen Umständen das Recht, ja sogar die Pflicht der Dienstverweigerung gibt ...

Meine Damen und Herren! Ich sagte, es steht eine zweite Vorfrage vor Ihnen und vor uns allen: Sind Massenvernichtungsmittel verantwortbar, christlich verantwortbar? Sie brauchen mir nicht zu sagen, daß nach der Lehre der beiden großen Kirchen eine Wehrdienstpflicht unter bestimmten Voraussetzungen gegeben sei. Die Frage ist die, ob alles das, was die beiden großen christlichen Kirchen in Jahrhunderten gesagt und entwickelt haben, Bestand hat gegenüber Massenvernichtungsmitteln von heute? Das ist die Frage! ... Ich nenne die Atomwaffen Ungeziefervertilgungsmittel, bei denen diesmal der Mensch das Ungeziefer sein soll.

Ist die Anwendung solcher Mittel christlich verantwortbar? Diese Frage richte ich zumal an Sie, die Sie christliche Partei dem Namen und dem Anspruch nach sind. Sie werden nicht sagen können, daß es Vorfragen dieser Art nicht gebe. Sie werden anerkennen, daß zum Beispiel Selbstmord oder die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens in den Bereich solcher Vorfragen gehört. Sie werden mir auch nicht entgegenhalten können, daß hier ein Dilemma sei: die Sowjetunion habe ja die Atomwaffen, und wir hätten sie nicht, und dann drohe das bolschewistische System auch für uns. Es ist ja eben die Frage – und bitte, stellen Sie sich ihr! – ob irgendein Grund die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln rechtfertigt ...

Ich richte noch einmal die Bitte an Sie, folgendem Satz – nur diesem einen einzigen Satz – aus einer Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom Dezember vergangenen Jahres ihr Gehör zu schenken:

Die Synode bekennt sich zu der vergebenden Langmut Gottes, der seinen Menschen

auch in den notvollsten Verhältnissen das Leben schenkt und erhalten will bis an den Tag, an dem er selbst die Welt und ihre Geschichte an sein Ziel bringt.

Sie fragen uns, ob wir verantworten wollen, daß die Sowjetunion uns überwinden könnte. Ich frage Sie: Können Sie es verantworten, daß unser aller Selbstmord als die Alternative gegen ein politisches System ins Auge gefaßt wird? Am vergangenen Sonntag hat der Berliner Professor Heinrich Vogel in Frankfurt auf der Kundgebung gegen den Satz „Lieber tot als Sklave“ den Satz gestellt: „Lieber tot als Massenmörder“. Das, verehrte Damen und Herren, ist es, worum es geht, nicht aber um NATO oder nicht NATO ...

Wenn Sie sich jetzt plötzlich in einem Augenblick, wo Ihnen einmal aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Sprecher entgegentreten, die diese Fragen an Sie richten, zurückziehen wollen auf den Satz: Religion sei Privatsache, dann haben wir eine sehr bemerkenswerte Verkehrung der Fronten.

Sie können auch nicht ... mit durchschlagendem Gewicht antworten, daß angesichts der minimalen Anfälligkeit des Kreml für Fragen nach christlicher Verantwortung solche Fragen einseitig zu Lasten des Westens gingen. Meine Damen und Herren, ist die Geltung des Christlichen davon abhängig, daß es sich politisch auszahlt? Wollen Sie sich ernstlich mit dem Kreml so gleichschalten, daß Sie sagen, wir können uns nur nach dem gleichen Maßstab anreden lassen, wie der sich anreden läßt? Dann hören sie doch auf – und das war meine Bitte am 23. Januar –, davon zu sprechen, es ginge um Christentum gegen Marxismus. Professor von Weizsäcker hat auf einer Tagung in Loccum im November 1957 gesagt: Es schmerzt mich, zu sehen, daß heute die Christen, indem sie Realisten sein wollen, für ihre eigene Wahrheit oft am undurchdringlichsten sind. Sie sagen das, was alle wissen. Versäumen sie dadurch nicht – so fragte er –, der Welt das zu sagen, was nur sie sagen können? Das kann man freilich nur sagen, indem man es tut.

Meine Damen und Herren, die Verwerfung des politischen Satzes „Christentum gegen Marxismus“ beinhaltet in gar keiner Weise Anerkennung einer marxistischen Irrlehre. Wir bekämpfen mit Ihnen marxistische Ersatzreligion und bolschewistisches System. Marxistische Ersatzreligion und bolschewistisches System sind in der Sowjetunion eine Einheit. Das rechtfertigt aber nicht, hier aus Christentum und NATO eine Einheit zu machen ...

Das angebliche christliche Nein gegen einen politischen Gegner kann immer nur das Nein einer Weltanschauung mit ihrer Gesetzlichkeit, mit ihren handfesten Interessen sein. Und eben in dieser weltanschaulichen Umdeutung zu einer politischen Waffe wird das Christliche verfälscht, hier in der Bundesrepublik zum Ärgernis und drüben hinter dem Eisernen Vorhang zur Belastung derer, die sich zur christlichen Kirche bekennen. Deshalb meine Bitte, es zu lassen.

Ich habe dies alles im Zusammenhang mit der Vorfrage aufgeworfen, ob Massenvernichtungsmittel christlich verantwortlich sein können. Es ist mir neulich, am 23. Januar, entgegengerufen worden: „Aber Notwehr!“ Meine Damen und Herren, Notwehr ist ihrem Sinn und ihrem Charakter nach eine begrenzte Abwehr, aber Notwehr mit Massenvernichtung ist unmöglich.

Sie sagen: Aber wir wollen ja diese Massenvernichtungsmittel nur zur Abschreckung, zur Drohung! Meine Damen und Herren, was heißt das praktisch? Als Ihnen hier in der Diskussion vorgehalten wurde, Sie wollten den Atomkrieg, haben Sie sich leidenschaftlich dagegen gewehrt. Ich verstehe diese Abwehr, wenn Sie sagen: Natürlich beabsichtigen wir nicht den Atomkrieg. Nein, das tun Sie nicht, aber Sie müssen dennoch letzten Endes sagen, daß Sie den Atomkrieg wollen, weil Sie ihn ja wollen müssen, wenn Ihre Drohung ernst sein soll, wenn Ihre Drohung wirksam sein soll.

Mit den alten, sogenannten konventionellen Waffen konnte man drohen, weil ihre Anwendung eine ausführbare Handlung war. Aber mit Atombomben und Wasserstoff-

bomben zu drohen – ist das eine ausführbare Handlung, wenn die Drohung gegen einen Gegner exerziert wird, der mit diesen Waffen zurückschlagen kann? Diese Drohung ist entweder nicht ausführbar – dann ist sie politisch wirkungslos –, oder hinter dieser Drohung steht die Entschlossenheit, Atombomben und Wasserstoffbomben anzuwenden. Dann aber sind Sie in der Bedrängnis der Frage, ob Sie solches tun dürfen und tun können.

... Es bedrückt uns ja alle, daß diese Aussprache hier im Bundestag einen so tiefen Zwiespalt zwischen uns und vielleicht die Unmöglichkeit, ihn zu überwinden, offenbart hat, so sehr ich immer noch darauf hoffe, daß wir aufeinander hören. Aber sehen Sie, nicht nur dieser Bundestag hier erweist sich als so zerspalten! Kommt nicht eine ähnliche Gefahr auf den Deutschen Gewerkschaftsbund zu? Kommt nicht eine ähnliche Gefahr auf die Evangelische Kirche in Deutschland zu? Sie wissen, auf welche Vorgänge ich jetzt anspiele; sie hängen mit der bevorstehenden Synode zusammen.

Ich habe im Februar 1954 einmal einen Brief an den Herrn Bundeskanzler geschrieben ... Es war ein Brief zur Zeit der Berliner Konferenz, und ich habe dem Herrn Bundeskanzler damals gesagt: Herr Bundeskanzler, es wird der Zeitpunkt kommen, wo das deutsche Volk Ihnen in die letzten Konsequenzen Ihrer Politik nicht mehr folgen wird, und dann werden die Amerikaner die Getäuschten sein, und hier wird sich die politische Grundlage als brüchig erweisen. Vor vier Jahren! Fühlen wir nicht, daß dieser Zeitpunkt jetzt nahegekommen ist?

D. Dr. Gerstenmaier (CDU/CSU):

... Die Zumutung, daß wir im Alleingang, d. h. also ohne jede solide politische und militärische Rückendeckung, die Frage der Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands angehen sollen, haben wir, von welcher Seite aus sie auch immer kam, bis jetzt abgewiesen. Wir müssen sie auch heute mit kühlem Bedacht abweisen. Ich glaube, daß wir das tun müssen. Es wäre eine Zumutung, mit der unsere tatsächlichen Möglichkeiten illusionär überschätzt würden ...

Nein, mit unserer Macht ist es nicht so bestellt, daß wir allein durchsetzen könnten, was wir für Recht halten. Deshalb eben scheint mir auch, daß sich die Grundlinie unserer Politik als richtig erwiesen hat. Diese Grundlinie läßt sich zusammenfassend mit dem Satz beschreiben, daß wir erst festen Stand in der freien Welt gewinnen müssen, bevor wir ein freies und eigenes Wort und eine wirkungsvolle Aktion nicht nur für die Bundesrepublikaner, nein, für alle Deutschen ermöglichen können. Ohne festen und verlässlichen Stand der Bundesrepublik im Schutzsystem der freien Welt gibt es keine reale Möglichkeit der Einwirkung auf den politischen Verlauf und keine zureichende Sicherheit für uns ...

Die Situation, in der wir uns heute der SPD gegenübersehen, läßt sich im großen und ganzen in der dreifachen Feststellung zusammenfassen: Erstens, ob auf der ganzen Linie eine Abrüstung stattfinden wird oder ob, ganz egal, was wir in der Bundesrepublik machen, die nukleare Aufrüstung in der Welt weitergehen wird, darüber entscheidet, so wie die Dinge stehen, Moskau. Zweitens, ob es eine atomwaffenfreie, eine militärisch verdünnte Zone, ob es ein Sicherheitssystem in Europa geben wird oder nicht, darüber entscheidet heute wiederum Moskau. Und drittens, ob die Bundeswehr atomar bewaffnet wird oder bis auf einen Bundesgrenzschutz abgerüstet werden kann, darüber entscheidet leider heute auch Moskau.

Herr Dr. Heinemann hat recht: die Entscheidung darüber kann beeinflusst werden. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr auf einer Generalkondition steht und daß diese Generalkondition in dieser Debatte weder vom Tisch gewischt ist noch vom Tisch gewischt werden darf. Sie steht darauf, daß wir gesagt haben: die weitere Integration der Bundeswehr in die

NATO ist unvermeidbar und unabwendbar, wenn eine allgemeine kontrollierte Abrüstung nicht zustande kommt ...

Meine Damen und Herren, Sie können mich später darauf festnageln; aber ich möchte ausdrücklich in dieser Debatte positiv den Grundsatz aufstellen, daß es eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf keinen Fall geben wird, wenn die Gipfelkonferenz im Laufe der nächsten 12 oder 18 Monate zu ausreichenden, durchführbaren und kontrollierbaren Abrüstungsvereinbarungen kommt ...

Wir haben gesagt, daß weder für die Weltpolitik noch für Deutschland noch für die Bundesrepublik irgend etwas herauskommt, wenn wir ohne die mindeste Gegenleistung von seiten der Russen irgend etwas preisgeben. Ich habe schon oft gesagt, ich käme mir dabei vor wie ein Mann, der großspurig in der Welt steht, das Geld in den Hosentaschen hat und es auf die Straße wirft. In dieser großbramsigen Situation sind wir nicht, meine Damen und Herren! ...

Lassen Sie es uns ruhig einmal sagen! Ich treffe mich mit Herrn Dr. Heinemann in einem: ich unterschreibe für meine Person jedes Wort der Verdammung der Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungsmittel, wie sie in den offiziellen kirchlichen Verlautbarungen vorgenommen worden ist. Das unterschreibe ich, dazu stehe ich. Ich kann das nicht anders tun, als wie es alle kirchlichen Verlautbarungen von New Haven bis zum gegenwärtigen Augenblick – jedenfalls soweit sie offiziell sind – getan haben. Sie haben nämlich alle miteinander auf der gegenseitigen, allgemeinen, kontrollierten Abrüstung bestanden ...

Selbstverständlich ergibt sich daraus folgende Konsequenz: Gesetzt den Fall, die Russen würden aus dem einen oder anderen Grund – ich nehme gar nicht an, daß sie nur auf uns besonders achten werden – realen Abrüstungsmaßnahmen zustimmen, dann ist die Situation in diesem Hause auch im Blick auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eine grundlegend andere als heute. Das muß doch klar ausgesprochen werden. Dann gibt es also keine amerikanischen Sprengköpfe und Granaten, und dann können meinethalben auch die Matadore wieder nach Hause geschickt und verschrottet werden ...

In dieser Debatte hat nun der Satz des Bundeskanzlers eine Rolle gespielt, daß die Bundesrepublik bewaffnet oder unbewaffnet in einen atomaren Konflikt hineingezogen würde. Ich fürchte, der Satz ist mit größter Wahrscheinlichkeit richtig – soweit ich gesehen habe, auch im Bewußtsein der Opposition.

Welchen Sinn aber hat dann eine deutsche Bewaffnung, eine atomare Bewaffnung in der NATO? Die Antwort kann nicht damit gegeben werden, daß man sagt, in den Waagschalen liege das russisch-amerikanische Gleichgewicht, gleichgültig, ob die Bundeswehr atomar bewaffnet sei oder nicht. Die Antwort scheint mir vielmehr darin zu bestehen, daß ein militärisches Sonderstatut für die Bundeswehr in der NATO auf die Dauer zur militärischen Ausgliederung der Bundeswehr aus der NATO führt ... Das würden Sie gewiß nicht bedauern. Aber es würde nach meiner Überzeugung auch die politische Ausgliederung der Bundesrepublik aus der Bundesgenossenschaft und dem Schutzsystem des Westens unweigerlich zur Folge haben ...

Herr Dr. Heinemann, Sie haben sich heute morgen auf das Grundgesetz berufen; Sie haben, wenn ich Sie recht verstanden habe, dabei ausgeführt, daß es das Recht, ja die Pflicht des Bundesbürgers sein müsse oder wenigstens sein könne, den Dienst an Atomwaffen zu verweigern, und Sie haben mit dem Verweis auf völkerrechtliche Bestimmungen, die ich selbstverständlich akzeptiere, hier angekündigt, daß sich das Bundesverfassungsgericht mit dieser Frage noch zu befassen haben werde. Dieser Entscheidung sehen wir mit größtem Interesse entgegen; denn das Oberste Gericht unseres freiheitlichen Rechtsstaates würde damit vor die Frage gestellt sein, welches Maß von Einsatz es für möglich und für vertretbar hält für die Werte, die als oberste Werte, als unantastbar im Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes verankert sind. Hier handelt es

sich einfach darum: mit wieviel muß man bereit sein anzutreten, wenn man ein menschenwürdiges Leben nach den Geboten Gottes führen und schützen möchte?

Die Frage an das Bundesverfassungsgericht: Ist es das Recht, ja die Pflicht eines freiheitlichen Rechtsstaates, die Grundrechte seiner Bürger mit allen in dieser traurigen Welt heute adäquaten Mitteln zu schützen? Ist es das Recht, ist es die Pflicht eines freiheitlichen Rechtsstaates, das zu tun? Ja oder nein? ...

Weil es hier Brauch geworden ist, auch gelegentlich kirchliche Stimmen zu zitieren, möchte ich in diesem Zusammenhang auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der von kirchlicher Seite geltend gemacht worden ist und der mir wichtig erscheint. Der württembergische Landesbischof Haug hat in diesem Zusammenhang kürzlich davon gesprochen, daß auf diesem Wege der Kapitulation im Namen der Christlichkeit ein ganzes Volk in tote Seelen verwandelt werden könnte, ohne daß ein Schuß fiele, tote Seelen, die dann freilich auch einmal ohne allen Skrupel jede Atomkanone, zu welchem Zweck auch immer, bedienen würden. Die Leute, denen dieser Hinweis des württembergischen Bischofs in erster Linie gilt, halten es indessen nicht nur für moralisch und politisch geboten, sondern sogar für heilsnotwendig, nicht nur gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr anzugehen, sondern im Namen des Christentums auch auf den einseitigen Verzicht der Atomwaffen durch die Amerikaner und Engländer, selbstverständlich nicht nur in Deutschland, sondern konsequenterweise auch außerhalb Deutschlands, hinzuwirken. Offensichtlich ist ihnen dabei nicht aufgegangen, daß sie mit diesem Rigorismus nun gerade eines der wenigen realen Argumente der Opposition in diesem Hause stillschweigend mit ruinieren. Denn wenn die Forderung auf einseitige Demontage der Atomwand in unserem Rücken gerichtet wird, entfällt selbstverständlich das Argument, mit dem die SPD und die FDP bis jetzt gearbeitet haben, daß amerikanische Atomwaffen schon allein ein hinreichendes Gleichgewicht gegen die russische Atombewaffnung sein würden. Indem ich das sage, setze ich gewiß nicht die NATO mit dem Christentum gleich. In gar keiner Weise möchte ich das tun. Aber ich frage, ob es eigentlich erlaubt ist, mit dieser sehr pauschalen Schwarz-Weiß-Fragestellung beharrlich zu ignorieren, daß der Gegensatz hier nicht im Christentum oder Antichristentum liegt, sondern, daß es sich hier darum handelt, einen Gegensatz, der in dieser Welt besteht und der von fundamentaler Bedeutung ist, nicht zu verwischen. Dieser Gegensatz ist nicht der, ob die NATO christlich ist oder nicht, sondern der, ob die NATO die Schutzgemeinschaft einer freiheitlichen Welt ist und der Warschauer Pakt usw. eben das System einer nicht freiheitlichen, nach unserer Auffassung jedenfalls nicht freiheitlichen Welt ist ...

In einem wirklich bemerkenswerten Aufsatz über den Weg der SPD hat Herr Dr. Heinemann gemeint, daß der christlichen Gemeinde, wenn sie es vergessen würde, gesagt werden müßte, daß sie auf dem Nichts stehen soll und darf. Ich halte diese Aussage zwar für theologisch und christlich nicht richtig; aber ich will darüber hier nicht streiten. Ich möchte die SPD nur fragen, ob sie der Meinung ist, daß dies etwa auch ein Rezept für den Weg ihrer Partei oder sogar ein Rezept für den Weg des deutschen Volkes in den Wirren dieser Welt sein dürfe. Ich nehme an, daß die SPD diese Parole vom Auf-dem-Nichts-gehen-Dürfen nicht zur Grundlage ihrer Politik machen will. Was uns betrifft, so werden wir im Bewußtsein der uns zugefallenen Verantwortung solchen Abenteuern jedenfalls mit aller Entschiedenheit widerstehen.

Die Bundestagsdebatte über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr riß einen tiefen, bisher unüberbrückten Abgrund zwischen Regierung und Opposition auf. Der Vorsitzende der SPD, die bedauerlicherweise im Bund an der Mitverwaltung der Macht nicht beteiligt ist, sprach von einem drohenden nationalen Notstand und kündigte an, seine Partei werde eine Volksbefragung über die Atombewaffnung beantragen, als die Regierungsmehrheit des Bundestages am 25. März 1958 Folgendes beschloß:

1. Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, auch weiterhin getreu ihrer grundsätzlichen Auffassung bei allen internationalen Verhandlungen und Konferenzen, an denen sie teilnimmt oder auf die sie Einfluß hat,

a) für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl atomarer wie konventioneller Waffen einzutreten;

b) die Bereitschaft zu bekräftigen, daß die Bundesrepublik jedes derartige Abrüstungsabkommen annehmen wird, um dadurch zur Entspannung und zur Lösung der internationalen Probleme einschließlich der deutschen Frage beizutragen.

2. Solange der Kommunismus seine weltrevolutionären Ziele weiter verfolgt, die er noch im November 1957 auf der Tagung der kommunistischen Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau erneut bekräftigt hat, können Friede und Freiheit nur durch eine gemeinsame Verteidigungsanstrengung der freien Welt gesichert werden. Der Bundestag stellt fest, daß die Bundeswehr lediglich der Erhaltung des Friedens und der Verteidigung dient. Darum fordert er die Bundesregierung auf, bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens den Aufbau der deutschen Landesverteidigung im Rahmen der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fortzusetzen. In Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners müssen die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können.

3. Das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze erwartet, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird. Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, sich dafür mit allen Kräften einzusetzen.

4. Der Bundestag wiederholt seine Überzeugung, daß freie Wahlen die Grundlage der deutschen Wiedervereinigung bilden müssen. Er lehnt mit Entschiedenheit ab

a) den Abschluß eines Friedensvertrages für zwei deutsche Staaten;

b) Verhandlungen mit den Vertretern des derzeitigen Zonenregimes;

c) den Abschluß einer Konföderation mit diesem Regime.

5. Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung die dringlichste Aufgabe der deutschen Politik ist.

In einigen Ländern, deren Regierungsmehrheit von der SPD gestellt wird, wurden vorbereitende Maßnahmen für ein Volksbegehren getroffen; sie wurden jedoch abgebrochen, als die höchste verfassungsgerichtliche Instanz der Bundesrepublik Volksbefragungen für verfassungswidrig erklärte.

Wenn auch der Überhitzung der öffentlichen Auseinandersetzung über die Atomwaffen mit fortschreitender Zeit eine gewisse Erlahmung folgte, behielt die unausgestandene Frage doch ihre volksspaltende Kraft und ließ es selbst in der Berlin-Krise nur zu einer begrenzten Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition kommen.

Nicht minder hart als auf politischem Boden wurde im Raum der Kirche um die Atomfrage gerungen. Eine Anfrage der Kirchlichen Bruderschaften im Rheinland und in Westfalen an die Mitglieder der für Ende April einberufenen Synode der EKD mit zehn Thesen, die nach Meinung der Bruderschaft die einzig mögliche christliche Stellungnahme zu den Atomwaffen darstellen, und die Antworten, die diese Anfrage auslösten, machen die Tiefe des Grabens deutlich, der sich trennend durch die deutsche evangelische Christenheit hindurchzieht.

*im Rheinland und der Kirchlichen Bruderschaft in Westfalen
an die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland*

Düsseldorf-Dortmund, Anfang März 1958

Verehrte Synodale!

Wir erlauben uns, Ihnen anliegend eine Anfrage zur atomaren Bewaffnung vorzulegen mit der herzlichen Bitte, sie auf der kommenden Synode zu behandeln.

Wir alle – an welchem theologischen und politischen Ort wir auch immer stehen – sind gleichermaßen bedrängt durch die Verantwortung, die wir gemeinsam in dieser Sache tragen. Niemand unter uns wird die Schwierigkeiten verharmlosen wollen, die sich insbesondere daraus ergeben, daß einerseits das eigene Volk gegen den befürchteten Zugriff anderer ausreichend gesichert werden soll, daß andererseits die Entwicklung militärischer Sicherungsmittel zur Labilität des Gleichgewichts der furchtbaren Massenvernichtungsmittel geführt hat.

Mit Dank erinnern wir uns daran, daß sich die Synode wiederholt um eine Wegweisung in den uns heute bedrängenden Fragen bemüht hat. Aber wir haben uns gefragt – und das wird auch Ihnen Not machen –, wie es geschehen konnte, daß die Worte der Synoden so merkwürdig verhallt sind, daß die öffentliche Berufung darauf sogar von Christen getadelt wird und daß trotz theologisch richtiger Sätze keine Klarheit und Einmütigkeit über unser konkretes Handeln in der Nachfolge besteht. Wir begreifen nur zu gut, daß die Synode versucht ist, zu resignieren und weiterer Worte müde zu werden.

Aber haben wir Christen, hat die Synode wirklich alles gesagt, was wir zu sagen schuldig sind? Waren wir in unseren mancherlei Rücksichtnahmen und Verstrickungen zu klaren Glaubensentscheidungen frei genug? Haben wir uns nicht mit allgemeinen christlichen Aussagen oder unverbindlichen Ermahnungen begnügt? Sind wir nicht in Sorge um Einheit und Brüderlichkeit vorzeitig in zweitrangige Fragen ausgewichen? Von einem angesehenen Atomforscher werden wir gemahnt:

„Es schmerzt mich, zu sehen, daß heute die Christen, indem sie Realisten sein wollen, für ihre eigene Wahrheit oft am undurchdringlichsten sind. Sie sagen uns das, was alle wissen. Versäumen sie dadurch nicht, der Welt zu sagen, was nur sie sagen können?“

Die Bedrohung des Menschen als Geschöpf Gottes durch die Atomwaffen fordert uns Christen heute ebenso wie im Kirchenkampf die Judenfrage. Wir bitten die Synode inständig, dazu ein hilfreiches, andringendes, deutliches und konkretes Wort zu sagen, wir bitten sie, dafür zu sorgen, daß dies Wort durch die Predigt der Pfarrer und das Tatzeugnis der Gemeinde wirksam wird und daß die Synodalen selbst im öffentlichen Leben zu ihren Sätzen stehen. Die Synode wird bei all dem zu bedenken haben, daß unser Herr Jesus Christus durch die Predigt seiner Kirche und das Handeln der Christen in all ihrer Schwachheit der geängsteten Menschheit seine rettende Macht offenbaren will (vgl. Apologie IV, 189, lat. Text).

Beachten Sie bitte, daß es in der Anfrage um das Handeln der *Christen* in der Nachfolge geht. Wenn wir den militärischen Gebrauch der atomaren Kräfte als Sünde erkennen, dann gehört zu unserem gehorsamen Handeln auch, daß wir Christen dieser Sünde in unserem Land und Staat wehren. Dabei ist zu fragen, ob wir unsere Regierungen lediglich zum Verzicht auf Atomwaffen ermutigen sollten oder ob wir uns nicht auch darin als Friedensstifter zu bewähren haben, daß wir das Evangelium als Bereitschaft zur vergebenden Liebe praktizieren, daß wir dem Haß und dem Mißtrauen gegenüber den anderen entgegenwirken und daß wir Verhandlungsbereitschaft und Verständigungswillen stärken. Es ist unsere große Hoffnung, daß uns in diesem gehorsamen Handeln Einheit und Brüderlichkeit als Geschenk zufallen.

Es könnte sein, daß man auch von anderen theologischen Ansatzpunkten aus zu gleichen Ergebnissen kommen kann wie wir. Zur Erläuterung unserer Sicht dürfen wir Sie noch auf anliegenden Vortrag von Herrn Professor Gollwitzer „Die Christen und die Atomwaffen“ sowie auf Heft 64 der „Theologischen Existenz heute“ hinweisen, das Ende März unter dem Titel „Königsherrschaft Christi. Der Christ im Staat“ erscheinen wird und in dem wir grundsätzliche Vorträge und Thesen über das staatsbürgerliche Verhalten des Christen unter dem Anruf der Bergpredigt vorlegen. Um das klärende Gespräch zu fördern, stellen wir unsere Anfrage schon jetzt in der kirchlichen Presse zur Diskussion. Wir meinen nicht, daß nicht noch besser und deutlicher geredet werden könnte, und nichts wäre uns lieber, als wenn der Synode dies gelänge.

Mit freundlichen Grüßen

Simon Kloppenburg

ANFRAGE AN DIE SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

I.

Wie haben wir Christen uns gegenüber der Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie gegenüber ihrer politischen Einplanung zu verhalten?

Die bisherige Diskussion über diese Frage ist nicht nur durch gefühlsbetonte Einstellung und taktische Erwägungen belastet, sondern besonders durch zweierlei:

Entweder setzte sie spekulativ bei einer überkommenen Lehre über das Wesen des Staates und von daher über Sinn und Rechtfertigung der Gewaltanwendung und des Krieges an (im Rahmen etwa einer Theologie der Ordnungen);

oder sie setzte zwar theologisch legitim ein bei der Aufgabe des Staates, der „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“ hat (These 5 der Barmer Erklärung), übersah aber, daß damit gerade nicht *jede* Gewaltanwendung und *jedes* Mitmachen in einem Krieg uneingeschränkt gerechtfertigt, sondern *bedingt und begrenzt ist durch die politische Aufgabe der Wahrung von Recht und Frieden*. Sie unterließ es, die fortschreitende waffentechnische Entwicklung ständig mit der Frage zu begleiten, ob sie das Wesen des Krieges als letztes und gleichwohl problematisches Mittel politischer Auseinandersetzung nicht so verändert, daß Recht und Frieden durch ihn keinesfalls mehr gewahrt werden können.

Beide Gedankengänge kreisen mit der Frage nach der Berechtigung eines Krieges „an sich“ um vergangene Wirklichkeiten und Möglichkeiten und entziehen sich dadurch der Antwort des Gehorsams auf die Frage, vor die uns die atomare Aufrüstung *heute* stellt:

Dürfen wir als Christen unseren und unserer Mitmenschen irdischen Schutz der Erprobung, Herstellung, Lagerung und – in äußerster Konsequenz – der Anwendung atomarer Waffen anvertrauen und dürfen wir sie als Mittel der Politik einplanen? „Hier ist ein *vorbehaltloses Nein* geboten, weil spätestens mit den neuen Vernichtungswaffen der Krieg endgültig so bestialisch geworden ist, daß eine Teilnahme an ihm mit dem Willen Gottes unmöglich vereinbart werden kann“ (Gollwitzer).

1. Die neuen Waffen erlauben – schon durch ihre Beschaffenheit, nicht erst durch ihren Mißbrauch – keine Unterscheidung mehr zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Sie treffen wahllos alle Menschen des gegnerischen Volkes. Vom Krieg als Mittel der Rechtswahrung kann hier nicht mehr die Rede sein.

2. Die neuen Waffen führen nur zur Vernichtung des Gegners und erlauben als Kriegsziel keine andere Forderung als die der bedingungslosen Kapitulation. Sie erzwingen eine Gesinnung der absoluten Kampfausschaltung des Gegners; sie sind als Abschreckungs- und Kampfmittel nur brauchbar, sofern wir bereit sind, zur Verteidi-

gung der eigenen Güter, des eigenen Rechts und der eigenen Freiheit Millionen Menschen des anderen Lagers das Leben oder kommenden Generationen die Gesundheit zu nehmen. Von ihrem Miteinanderleben im Frieden als dem Ziel des Krieges kann dann nicht mehr die Rede sein.

3. Die neuen Waffen machen den allenfalls unter dem Gesichtspunkt der äußersten Staatsnotwehr erlaubten Verteidigungskrieg illusorisch. „Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Fall verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden“ (Synode der EKU). Wer sich auf einen atomaren Krieg einstellt, muß bereit sein, die Vernichtung auch des eigenen Volkes von vorneherein in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft unter der romantisch-idealistischen Parole „lieber tot als Sklav“ ist heidnisch. Ein Christ achtet die Gabe und Aufgabe des irdischen Lebens und wirft es nicht weg.

4. Die neuen Waffen treffen im Unterschied zu allen bisherigen die gänzlich Unbeteiligten ebenso wie die kommenden Generationen aller Kreatur, und zwar nicht erst in der Anwendung, sondern schon in der Erprobung. Die evangelische Kirche bekennt, daß ihr „durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen“ widerfährt (These 2 der Barmer Erklärung). Das verbietet ihr nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen. Dies Bekenntnis gebietet zugleich, im Gehorsam des Glaubens – wie überall, so auch hier – mit der Abwehr drohenden Verderbens selbst den Anfang zu machen und der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den „Realitäten“ des politischen Kalküls. Dieser Anfang ist ein Akt der Diakonie, den wir Christen der bedrohten und geängsteten Welt heute schulden. Mögen die Ungläubigen damit zögern, wir Christen dürfen und müssen ihn wagen im Vertrauen auf Gott, der diese Welt samt aller Kreatur in West und Ost auf den leidenden und siegenden Christus hin geschaffen hat und durch ihn und die Verkündigung seines Evangeliums erhalten will bis auf seinen Tag.

II.

Meint die Synode, diesem Bekenntnis nicht zustimmen zu können, so müssen wir sie fragen, wie sie uns durch Gründe der Schrift, des Bekenntnisses und der Vernunft widerlegen kann. Um der uns anvertrauten Menschen und um unserer selbst willen müssen wir darauf bestehen, daß wir auf diese Frage eine Antwort erhalten. Wir sind es der Synode schuldig, sie an ihre geistliche Verantwortung zu erinnern, da sie sich in der Wahrnehmung dieser Verantwortung als rechtmäßige Leitung der Kirche erweist. Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis gegeben.

Stimmt die Synode aber mit uns darin überein, daß den Christen angesichts der neuen Waffen ein vorbehaltloses Nein geboten ist, muß sie dann nicht dem Staat gegenüber rechtzeitig und deutlich sagen, daß auch in der Militärseelsorge rechte Verkündigung des Evangeliums die Bezeugung einschließt, daß sich der Christ an der Konstruktion, Erprobung, Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer Waffen sowie an der Ausbildung an diesen Waffen nicht beteiligen kann oder darf?

III.

Wir fragen darum die Synode, ob sie die folgenden zehn Sätze zur Unterweisung der Gewissen als Antwort auf die Frage nach dem Handeln des Christen angesichts der Atomwaffen mit uns gemeinsam sprechen kann:

1. *Der Krieg* ist das letzte, in allen seinen Gestalten von jeher fragwürdige Mittel politischer Auseinandersetzung zwischen Völkern und Staaten.

2. *Kirchen* aller Länder und Zeiten haben die Zubereitung und Anwendung dieses Mittels bis heute aus verschiedenen guten und weniger guten Gründen nicht für unmöglich gehalten.

3. Die Aussicht auf einen künftigen unter Gebrauch der modernen Vernichtungsmittel zu führenden Krieg hat eine neue Lage geschaffen, angesichts derer die Kirche *nicht neutral* bleiben kann.

4. Krieg als *Atomkrieg* bedeutet die gegenseitige Vernichtung der an ihm beteiligten Völker mit Einschluß unzähliger Menschen anderer Völker, die am Kampf beider Seiten nicht beteiligt sind.

5. Krieg als Atomkrieg ist damit als ein zur *politischen Auseinandersetzung untaugliches*, weil ihre Voraussetzung aufhebendes Mittel erwiesen.

6. Die Kirche und der einzelne Christ können darum zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur *Nein* sagen.

7. Schon die Vorbereitung eines solchen Krieges ist unter allen Umständen *Sünde gegen Gott und den Nächsten*, an der sich keine Kirche, kein Christ mitschuldig machen darf.

8. Wir verlangen darum im Namen des Evangeliums, daß der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen *sofort ein Ende gemacht* werde.

9. Wir fordern alle, die mit Ernst Christen sein wollen, auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.

10. Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist *christlich nicht vertretbar*. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.

Für die Theologische Sozietät in Baden: Pfarrer *Güß*, Karlsruhe; Oberlandesgerichtsrat *Emmerich*, Karlsruhe; Gutsbesitzerin *Hansch*, Karlsruhe; Pfarrer *Holz*, Oftersheim/Schwetzingen; Professor *D. Hupfeld*, Heidelberg; Studentenpfarrer *Schröter*, Heidelberg; Vikarin *Dr. Schulte*, Heidelberg.

Für den Evangelischen Arbeitskreis Unterwegs in Berlin-Brandenburg: Professor *Dr. Kupisch*, Berlin; Pfarrer *Schrader*, Berlin.

Für die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen: Redaktor *Dr. Fahlbusch*, Weende über Göttingen; Pfarrer *Marquart*, Göttingen; Oberstaatsanwalt *Reimann*, Göttingen, und andere.

Für die Kirchliche Bruderschaft in Hessen-Nassau: Pfarrer *Dr. Berger*, Frankfurt, und andere. Aus Hessen liegen ferner 49 Einzelunterschriften von Pfarrern vor.

Für die Kirchliche Bruderschaft in Nordwestdeutschland: Pfarrer *Blockemann*, Bunde/Leer; Hauptlehrer *Bloem*, Kleinheide/Ostfriesland; Pfarrer *Immer*, Hinte/Emden.

Für die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft der Pfalz: Landgerichtsrat *Dr. Schläfer*, Kaiserslautern; Pfarrer *Kaffka*, Annweiler/Pfalz; Pfarrer und Stud.-Rat *Kronauer*, Kaiserslautern, und andere.

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland: Pfarrer *Linz*, Köln; Pfarrer *Buckert*, Duisburg; Vikar *Haarbeck*, Mülheim/Ruhr; Pfarrer lic. *Immer*, Duisburg; Pfarrer *Köhnen*, Mettmann; Pfarrer *Locher*, Wuppertal; Pfarrer *Mayer*, Duisburg; Vikarin *Neumärker*, Waldbröl; Landeskirchenrat *Quaas*, Düsseldorf; Pfarrer lic. *Quistorp*, Kleve; Pfarrer *Rohrerämer*, Wallach/Niederrhein; Pfarrer *Scherffig*, Düsseldorf; Vikarin *Schlomka*, Koblenz; Pfarrer *Schüler*, Elversberg/Saar; Pfarrer *Streiter*, Godt/Niederrhein; Landgerichtsrat *Dr. Simon*, Düsseldorf; Pfarrer *Vowe*, Moers.

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft in Westfalen: Oberkirchenrat *Kloppenburger*, DD, Dortmund; Diplomkaufmann *Suppert*, Dortmund; Pfarrer *Schmidt*, Dreis-Tiefenbach/Siegen; Pfarrer *Diestelkamp*, Steinheim; Pfarrer *Bischoff*, Gelsenkirchen; Pfarrer *Wandersleb*, Herne; Pfarrer *Wilkens*, Herford; Pfarrer *Niemöller*, Bielefeld; Pfarrer *Wisseler*, Lüdenscheld; Pfarrer *von Oppen*, Datteln; Superintendent *Bach*, Bochum.

Für die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg: Pfarrer *Dr. Werner*, Stuttgart; Dekan *Weber*, Stuttgart; Bürgermeister a. D. *Günther*, Freudenstadt; Vikar *Holzträger*,

Heilbronn; Studienrat *Schlenker*, Ulm; und 179 weitere Pfarrer und Gemeindeglieder aus allen Teilen Württembergs.

Weitere Einzelunterschriften, darunter von bekannten Theologen, liegen vor aus Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kassel, Oldenburg, Osnabrück, Schleswig, Tübingen, Wuppertal und der DDR.

Insgesamt lagen bis Anfang März 364 Unterschriften vor. Die Liste ist noch nicht abgeschlossen. Die Namen aller Unterzeichneten werden der Synode noch zugeleitet werden.

Im Februar 1958.

Ein Unterausschuß der Kirchlichen Bruderschaften erläuterte die „Anfrage an die Synode“ mit nachstehenden Feststellungen:

I.

Zu „Anfrage“ Abschnitt II: „Nach unserer Erkenntnis ist für die Kirche in dieser Frage jetzt der status confessionis gegeben.“

1. Der status confessionis ist durch die Kirche selbst weder herbeizuführen noch zu planen, weder als Drohung zu benutzen noch einfach zu dekretieren; vielmehr wird die Kirche ohne ihr Zutun je und dann in den status confessionis versetzt.

Der status confessionis ist also zunächst und im weitesten Sinn jeweils durch die geschichtlichen Bedingungen des Daseins der Kirche in der Welt gegeben, muß von ihr erkannt, festgestellt und beantwortet werden.

2. Die der Kirche gebotene Antwort besteht dann darin, daß sie in allen ihren Gliedern in der Situation, in der sie und die Welt stehen, dem Wort Gottes gehorsam die von ihm geforderte Entscheidung bezeugt, allen Gewalten gegenüber zu diesem Zeugnis steht und bereit ist, die daraus sich ergebenden Folgen zu tragen.

3. Dieses Zeugnis darf nicht einfach darin bestehen, daß die Kirche auf frühere Zeugnisse verweist und sie nachspricht, sondern sie hat darin zu bekennen, was Gottes Wort in der Gefährdung, in der die Christenheit und die Welt hier und jetzt stehen, bedeutet, wozu es mahnt, wovor es warnt und womit es sie tröstet.

4. Ein solches Zeugnis entscheidet auch über unser Tun und Lassen, wie es über unseren Glauben entscheidet. Es lockt und ruft und macht unüberhörbar deutlich, daß die Kirche auch heute nicht anders Kirche Jesu Christi sein kann als so, daß sie zu diesem Zeugnis steht und ruft: „Hierher, wer dem Herrn angehört!“

5. Dabei hat sie es Gott zu überlassen, was dieses Zeugnis des Glaubens und Gehorsams für die Einheit und die Zukunft der Kirche in der Welt bedeutet. Es ist ihr ebenso verwehrt, die Einheit und den Zusammenhalt der Kirche über die Wahrheit und das Heil der Menschen zu stellen, wie es ihr verwehrt ist, Trennungen zu wollen oder Spaltungen von sich aus herbeizuführen.

II.

Zu „Anfrage“ III, These 10: „Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.“

1. Der Glaube an Gott den Schöpfer verwehrt uns, Massenvernichtungsmittel herzustellen, zu lagern und Menschen an solchen Mitteln auszubilden, deren Erprobung die dem Menschen anvertraute Schöpfung Gottes gefährdet und deren Gebrauch sie vernichtet.

2. Der Glaube an Jesus Christus verwehrt es uns, Massenvernichtungsmittel herzustellen, zu lagern und Menschen an solchen Mitteln auszubilden, deren Erprobung und möglicher Gebrauch den Menschen in seinem durch Christus neu geschenkten Menschsein verrät und für ihn im politischen Handeln menschliche Berechnung über die Geltung der Königsherrschaft Christi setzt.

3. Der Glaube an den Heiligen Geist verwehrt es uns, Massenvernichtungsmittel herzustellen, zu lagern und Menschen an solchen Mitteln auszubilden, deren Erprobung und möglicher Gebrauch dazu führt, daß die Geister des Mißtrauens, der Angst und des Hasses das Handeln der Völker bestimmen, anstatt daß dem Geist der Versöhnung und des Friedens im Namen Christi Raum gegeben wird.

Auf die harte Herausforderung der bruderschaftlichen Thesen antwortete Propst D. Asmussen mit zehn nicht minder zugespitzt formulierten Gegenthesen, die er in einem Offenen Brief an Kirchenleitungen, Pfarrerschaft und kirchliche Mitarbeiter entwickelte:

An die Diener der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Heidelberg, 14. 3. 1958

Verehrte Herren!

Auch Sie werden beobachtet haben, daß die evangelische Kirche durch einzelne Personen und Gruppen erneut in den politischen Raum vorstößt. Wie so oft in den Jahren seit 1945 sind diese Gruppen wieder dabei, die christliche Substanz unserer Kirche anzugreifen, auf billige Zustimmung zu hoffen und das Vertrauenskapital unserer Kirche zu vertun – von der Gefährdung unseres Gemeinwesens ganz zu schweigen. Meine Bitte geht dahin, daß Sie das nicht mehr zulassen und nicht mehr verzeihend und verstehend den Dingen ihren Lauf lassen.

Der neue Vorstoß begann mit Heinemanns Bundestagsrede. Ihr Kernsatz ist auch Ihnen noch im Gedächtnis: „Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ An dieser Stelle erntete er – auch daran werden Sie sich noch erinnern – sehr starken Beifall. Es ist leider nicht anzunehmen, daß dieser Beifall der vergebenden und erlösenden Gnade Gottes galt. Er galt – und darauf muß auch dieser Satz berechnet gewesen sein – dem wirkungsvollen, wenn auch fragwürdigen Versuch, alle jene Erscheinungen im Marxismus in Vergessenheit geraten zu lassen, *gegen welche* Christus nun in der Tat gestorben ist: den Terror, die Entmenslichung des Menschen und Absetzung Gottes. Nimmt man das nicht an, dann hat der Satz an dieser Stelle überhaupt keinen Sinn.

Jetzt folgt der zweite und dritte Akt in einem: Die sogenannten Bruderschaften haben eine „Unterweisung der Gewissen“ zur Atomfrage herausgegeben. Diese Unterweisung soll von der Synode der EKD behandelt werden. Presseberichte (Frankfurter Rundschau vom 12. 3.) wollen wissen, daß die Antragsteller mit dem Austritt aus der EKD gedroht haben. *Zugleich* aber haben „eine Gruppe Synodaler“ den Antrag gestellt, die vorgesehene Synode, die sich mit den kirchlichen Jugendfragen in der Zone beschäftigen sollte (Ersatz der Taufe, Jugendweihe, Behinderung des kirchlichen Unterrichts), zu verschieben, „weil die Behandlung dieses Themas geeignet sei, neue Belastungen zwischen Staat und Kirche in der Sowjetzone herbeizuführen“ (Frankfurter Allgemeine, 12. 3.). Erst beide Vorstöße zusammen ergeben ein vollkommenes Bild: Erziehungsfragen? Nein! Sie belasten das Verhältnis zu den Sowjets. Abschaffung der Atomwaffen? Ja! Offensichtlich sind die Sowjets augenblicklich nicht gegen diesen Protest.

Gegen die 10 Thesen der Heinemannschen Bruderschaften stelle ich zehn andere Thesen. Bitte erwägen Sie, ob diese Gegenthesen nicht wohlbegründet sind in guten Gründen der Vernunft und in Gottes Wort!

1. Wer aus einer Synode ein Propagandainstrument für eine bestimmte Politik machen will, zerstört beide, die Synode und das uns von Gott bis zur nächsten Wahl gegebene Parlament. Es ist unmöglich, daß die Synodalen die unumgänglich nötigen Vorkenntnisse mitbringen, die eine fruchtbare Behandlung dieses Themas ermöglichen. Unser Parlament mag uns passen oder nicht passen. Aber niemand beauftragt oder

ermächtigt uns mit Recht, ein Gegenparlament in Szene zu setzen, und das mit der Absicht, unser Parlament im Inland und Ausland in seinem Kredit zu schädigen.

2. Wer den Eindruck erweckt, als bedürfe es nur eines Atomstreiks der Christen in Westdeutschland, um uns vor Atombomben zu bewahren und unschuldig zu erhalten, macht sich nicht nur für seine Person der Simplifikation schuldig, sondern verführt auch die Leute, von der Arbeit und der Verantwortung der Regierung simpel zu denken. Schon jetzt ist im Zusammenhang mit ähnlichen Aktionen der fast verbrecherische Eindruck erweckt, als zerfalle unser Volk in solche, die *für*, und in die guten Menschen, die *gegen* Atombomben sind. Auf einer solchen Basis ist eine gesunde Auseinandersetzung und Beratung unmöglich. Wehe, wenn es gerade die Kirche ist, die sich so schuldig macht!

3. Wer als Minderheit unter Androhung von Gewalt oder von Zertrennung von Kirche und Volk sein politisches Ziel zu erreichen sucht – und sei es in Sachen der Atombombe –, strebt mit innerer Notwendigkeit einer Oligarchie entgegen, in welcher die Wenigen über die Vielen herrschen. Die Versuchung zur Oligarchie hat seit 1945 in gewissen evangelischen Kirchen nicht abgenommen, sondern zugenommen. Das läßt sich beweisen. Wir alle können nur wünschen, daß jeder Politiker dieser Versuchung der Herrschaft der Wenigen widersteht. Wenn es viel evangelische Pfarrer sind, die hinter dieser Aktion Heinemann usw. stehen, dann sind es tausend. Die Zahl der hinter ihnen stehenden Laien ist so klein, daß sie nicht in Prozenten auszudrücken ist. Heinemanns Partei hat das bewiesen. Wenn diese Gruppe trotzdem so viel in der evangelischen Kirche bedeutet, dann deshalb, weil andere sich *nicht* rühren.

4. Wer Bewegungen gegen die atomare Bewaffnung inszeniert und dabei wissen kann, daß er auf die atomare Bewaffnung der einen Hälfte der Welt überhaupt keinen Einfluß hat, muß sich nicht beklagen, wenn festgestellt wird, daß er mit seinem Krieg gegen die Atombombe derjenigen Hälfte der Welt Hilfestellung leistet, auf die er keinen Einfluß hat. Es ist schlechthin unvorstellbar, daß Heinemann und Niemöller diese Binsenwahrheit weder wissen noch bedacht haben.

5. Wer nicht will, daß unser Gemeinwesen atomare Waffen hat, muß uns sagen, wodurch das so verringerte Rüstungspotential auf einen wirksamen Bestand gebracht werden kann. Es ist ja durchaus möglich, daß unser Parlament sich gegen die Atomwaffen entscheidet. Weder die Regierungsparteien noch die Opposition werden einen solchen Beschluß anders als zitternd fassen. Wieso sollte es verantwortlich sein, wenn kirchliche Gruppen über diese Fragen sprechen, sich aber selbst dispensieren, jene Verantwortlichkeiten wahrzunehmen, die sich aus einem Beschluß für die Atombomben ebenso ergeben wie aus einer gegenteiligen Entscheidung? Kann man auf diese Weise kirchliche Verantwortung wahrnehmen?

6. Wer die kirchliche Betreuung der Jugendlichen in Taufe, Unterricht und Konfirmation zugunsten einer Bewegung gegen die Atombombe glaubt zurückstellen zu können, muß sich gefallen lassen, daß wir ihn so verstehen, als sei ihm der Leib wichtiger als die Seele, die Politik wichtiger als die Kirche, das Überleben wichtiger als das Leben nach Gottes Bild. Unsere Politiker tun ganz recht, wenn sie sich diesem Kanon nicht anschließen. Mag der Grundsatz: „Lieber tot als Sklav“ „heidnisch“ sein, so ist der Grundsatz: „Überleben auf jeden Fall“ unterheidnisch!

7. Wer sich mehr fürchtet vor der Atomwaffe als vor der Ertötung der Seelen, hat bereits jeden christlichen Glaubensartikel verraten. Wir können nicht darüber hinwegsehen, daß es die gleichen Kräfte sind, welche die neue Bewegung gegen die Atomwaffe starten, und die seit Jahren bereits erstaunlich wortkarg waren, wo es sich um die Ertötung der Seelen in der Zone handelte, und die bereits in zwölf Monaten die ungarische Tragödie vergessen haben. Leib und Leben ist nicht so wichtig, wie eine unverletzte Seele.

Die Entscheidung, welche die sogenannten Bruderschaften jetzt von der Synode ver-

langen, ist diese: Zieht endlich die Konsequenzen aus dem Glauben, daß das animalische Leben mehr ist als der Geist.

8. Wollen die Kreise, die sich zu Wort gemeldet haben, „der bedrohten und geängsteten Welt“ eine „Diakonie“, einen Dienst der Liebe erweisen, dann sollen sie zu allererst sagen, warum diese heute bedroht und geängstet ist. Sie ist es, weil die Sowjets unser Gut einplanen, unsere Familien zerbrechen, unsere Freiheit knechten, unsere Menschenehre vernichten und unseren Glauben abschaffen wollen. Wer das verschweigt oder beschönigt, der ist zu jener Diakonie untauglich. Denn die Diakonie ist ohne Wahrheit unmöglich. Unseren Politikern gebührt die Last des Kompromisses, der Kirche die Ehre des Absoluten.

9. Wer die Anwendung atomarer Waffen schlechthin als Sünde bezeichnet, der muß um der Wahrheit und um der Wahrhaftigkeit willen bezeugen, daß die mit Recht gefürchteten Folgen atomarer Kriegsmittel nur die Folge „atomarer“ Geistes-Leistungen sind. Die Propaganda in der Politik, die Automation und der Staatskapitalismus in der Wirtschaft sind auch atomare Waffen im Kampf der Menschen untereinander, vor allem, weil sie ohne Atomblitz und ohne Atompilz bleiben. Die so entstehenden „Verbrennungen“ sind so gefährlich, daß sie erst nach Generationen sich auswirken und daß die Ärzte sie noch nicht einmal als Schädigungen erkannt haben. Die Veränderung der „Gene“ durch diese „unblutigen“ Waffen werden noch nicht einmal gehant. Die Größe, welche das aber deutlich wissen müßte, ist die Kirche. Indem aber sie die Gefahr vereinseitigt, vernebelt sie den Horizont.

10. Wer „im Namen des Evangeliums“ über die Atombombe spricht, kann nicht übersehen, daß die Atombombe eine Strafrute in der Hand Gottes ist. Wer sie abwenden will, muß, vor allem als Vertreter der Kirche, zur Buße rufen und zum Gebet. Von dem allen steht in dem neuen Zehn-Punkte-Programm nicht „ein“ Wort. Darum ist dieses Programm auch nicht ergangen „im Namen des Evangeliums“. Wäre das der Fall, dann würde dieses Programm als *kirchliches* Dokument zum Ausdruck bringen, daß die Atombombe als Zuchtrute in Gottes Hand ein Zeichen von dem kommenden Jüngsten Tage ist. Damit würden unsere Politiker in Stand gesetzt, ihres Amtes als Politiker zu walten und also zu fragen, was der Mensch heute zu tun hat, wenn morgen der Jüngste Tag einbricht. Wenn aber die Theologen ihre Sache versäumen und sich als Politiker etablieren, dann muß alles falsch werden. Und auf diesem Wege sind wir heute.

Aus diesen und anderen Gründen bitte ich Sie: Lassen Sie sich und Ihre Gemeinden doch nicht mehr minorisieren!

Es grüßt Sie Ihr ergebener

Hans Asmussen

Die Diskussion, die die Thesen der Bruderschaften auslöste und die die Spalten der weltlichen und kirchlichen Presse sowie die Tagesordnungen vieler Konferenzen füllte, nahm erheblichen Umfang an. Aus Raumgründen müssen wir auf ihre Wiedergabe verzichten, um nur mehr oder minder amtliche und offizielle Stimmen zu Wort kommen zu lassen.

Das größte Unbehagen, auch bei manchen Freunden der Bruderschaft, verursacht die zehnte These, die die Auflösung der kirchlichen Gemeinschaft mit den in der Atomfrage Andersdenkenden androht und dabei völlig verkennt, daß es zu Wesen und Art der Kirche Jesu Christi gehört, einander auch bei der härtesten Gegensätzlichkeit der Anschauung und Entscheidung nicht loszulassen, sondern den, der anders denkt und anders sich entscheidet, selbst wenn er ein Querkopf ist, als Bruder festzuhalten. Zu denen, die an dieser Stelle den Bruderschaften widersprachen, gehörte unter anderen der ihnen nahestehende und gleich ihnen

die Atombewaffnung der bundesdeutschen Truppen ablehnende westfälische Präses D. Wilm. In einem auf seiner Reise nach Moskau geschriebenen Brief erklärte er:

... 5. Wenn ich schließlich noch zu der ... Aussage der Kirchlichen Bruderschaften Stellung nehme, so ist mir das wahrlich nicht leicht. Denn es ist ja so, daß ich weitgehend mit ihnen übereinstimme. Ich unterschreibe ihren Satz voll und ganz, daß die Kirche und der einzelne Christ zu einem als Atomkrieg zu führenden Krieg im voraus nur nein sagen können. Ich bin mit ihnen der Meinung, daß wir nicht nur uns, sondern allen Menschen, den Christen und Nichtchristen, den Politikern und Soldaten hier nur noch sagen können: „Da dürft ihr um Gottes und der Menschen willen nicht mehr mitmachen!“ Aber ich kann dem Andersdenkenden nicht die Glaubensgemeinschaft auf-sagen, wenn er noch meint, er könne mit den Atomwaffen den Frieden retten. Ich kann ihm sagen: „Du irrst! Dein Irrtum kann furchtbare Folgen haben! Darum warne ich dich! Ich sage dir: Hände weg!“ Aber ich kann ihm nicht sagen: „Du verleugnest die drei Artikel des christlichen Glaubens!“ Denn ich habe nicht das Recht, ihm vorzuwerfen, er wolle bewußt den Atomkrieg. Es ist doch denkbar, daß er wirklich den Frieden will. Ich muß versuchen, ihn zu überzeugen, und ihm alles klarzumachen, was nach meiner Meinung hier klarzumachen ist. Aber ihm gilt doch auch noch das Evangelium von dem, der gekommen ist, die Sünder selig zu machen. Das gilt ihm ebenso wie mir! So glaube ich, die Kirchlichen Bruderschaften bitten zu müssen, ihre These an diesem Punkte noch einmal zu bedenken und daran zu denken, daß sie sich hier und so nicht zu Richtern machen dürfen. Ganz abgesehen davon, daß sie hiermit die Kirche in höchste Gefahr bringen.

In dichter Folge ergingen nun Stellungnahmen und Erklärungen kirchlicher Gremien und leitender Amtsträger zur Frage des Atomkrieges überhaupt und der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im besonderen.

In dem Jahresbericht der Kirchenleitung vor dem 5. Württembergischen Landeskirchentag am 25. März 1958 führte Landesbischof D. Haug aus:

In der Tat zeigt sich in der atomaren Aufrüstung die andere ungeheure Bedrohung unseres Volkes und der ganzen Welt. Zweifellos ist auch damit eine ganz schwere Verantwortung oder richtiger gesagt Mitverantwortung auf die Christen in Deutschland und der Welt gelegt, auf uns Christen und auf unsere Kirchen in Deutschland ganz besonders in einem Augenblick, in dem die atomare Bewaffnung unserer Bundeswehr zur Entscheidung steht.

Kein Christ hat das Recht, in dieser Frage irgendwie Vogel-Straußpolitik zu treiben. In der atomaren Aufrüstung geht es um Leben und Tod, und zwar nicht mehr nur von einzelnen oder vielen Menschen wie bisher in bewaffneten Auseinandersetzungen, sondern von ganzen Völkern und auf weite Sicht um den Bestand der Menschheit überhaupt. Das ist so noch nie der Fall gewesen. Aber im Licht des göttlichen Wortes geht es auch in dieser neuen Lage nicht um die biologische Lebenserhaltung um jeden Preis, weder für den einzelnen noch für das Volk noch für die ganze Menschheit, sondern um die Erhaltung des Lebens in der Freiheit für die Entscheidung des Glaubensgehorsams. Denn allein dazu erhält Gott unser Leben, die Völker und die Menschheit – auf den Tag der Vollendung seines Gerichts und seiner Gnade, auf die Zukunft unseres Herrn. Schon darum erscheint es mir unmöglich, daß wir als Christen und als Kirche in der Atomwaffenfrage genauso reden wie die, die nichts davon wissen oder wissen wollen, daß unser Herr ein Leben ohne Gott Tod heißt und nicht Leben.

Das gilt auch von den Hoffnungen, die man heute unter einem merkwürdigen Ab-sehen vom Worte Gottes auch innerhalb der evangelischen Christenheit auf *unsere* Ent-

scheidungen für oder gegen die atomare Aufrüstung setzt. Die Befürworter der atomaren Aufrüstung hoffen, daß durch das Gleichgewicht der atomaren Rüstung in Ost und West, durch die Balance des unvorstellbaren Schreckens der Ausbruch des Atomkrieges verhindert werde (wie etwa der Gaskrieg im letzten Weltkrieg), ja, daß darüber hinaus Kriege überhaupt unmöglich gemacht werden. Die anderen verbinden mit dem Verzicht auf die Herstellung, Bereitstellung und Anwendung der Atombombe die Hoffnung, die Gegensätze zu entspannen und auch den Gegner, der auf die Atombombe noch nicht verzichtet, durch die eigene Vorleistung moralisch zu überwinden und zu verpflichten. Im ersteren Fall baut man auf die Vernunft; in der Tat müßte man aus der beiderseitigen tödlichen Bedrohung den logischen Schluß ziehen, die Weltpolitik auf die friedliche Koexistenz umzustellen, anstatt in der Logik des Wahnsinns hemmungslos weiter wettzurüsten. Aber seit wann geht es in der Welt vernünftig zu? Als Christen wissen wir das anders, auch als Deutsche; *ein* Wahnsinniger am Steuer oder ein wahnsinnig gewordenes Volk kann die Weltkatastrophe auslösen. Wir müssen mit der Möglichkeit einer Massenvernichtung wohl oder übel rechnen.

Nicht weniger fragwürdig ist die Aussicht auf die Abwendung der Gefahr, falls der Westen *einseitig* auf den Besitz und die Anwendung von Atombomben verzichten wollte; die Gefahr bleibt riesengroß, daß der Westen sich damit einer erpresserischen Übermacht ausliefert. Das Ergebnis könnte erst recht ein Massensterben sein – ein Massensterben vielleicht zunächst nicht im biologischen, aber im theologischen Sinn, nämlich ein „Leben“ in der Unfreiheit der Entscheidung für Gott und die Mitmenschlichkeit, in der Unfreiheit zur Verkündigung und zum Bekenntnis des Glaubens, ein Dasein unter dem Zwang zur Lüge und zur Mitwirkung bei Unterdrückung und Gewalttat. Und ob dann nach menschlichem Ermessen nicht erst recht am Ende der furchtbare Zusammenstoß der beiden großen Weltmächte kommen könnte, kommen müßte? So gibt es in der gegenwärtigen Weltsituation, soweit ich sehe, keine menschliche Entscheidung und Tat, die mit Sicherheit eine Katastrophe verhindert. So ernst sind die Gerichte Gottes über die Welt und die Kirche unserer Tage. Es gibt nur *einen* Ausweg, der eine klare Verheißung Gottes hat, nicht ohne weiteres die Verheißung irdischer Lebenshaltung und künftiger Friedenszeiten, aber die Verheißung wahren Lebens und des kommenden Reiches Gottes, daß schon mitten in dieser selbstmörderischen vergehenden Welt Gerechtigkeit und Friede und Freude in dem Heiligen Geiste ist: Das ist die Umkehr zu Gott und der Glaube an Jesus Christus. Den haben *wir* zu gehen und unseren Mitmenschen in unserem Volk und der ganzen Völkerwelt mit dem ganzen Ernst und der ganzen Freudigkeit eines Ultimatums Gottes an unsere Zeit zu verkündigen. Die Kirche darf und muß die Atomfrage nicht isoliert behandeln; für sie ist die atomare Aufrüstung nur ein neues Symptom der Krankheit zum Tode, an der die gefallene Welt darniederliegt. Darum kann die Kirche auch in dieser Lage nur zu dem Arzte rufen, der die Krankheit zum Tode an der Wurzel heilt.

Das heißt natürlich keineswegs, daß wir als Christen und als Kirche zu der politischen Frage der atomaren Aufrüstung nicht auch ganz konkret zu reden und zu raten hätten. Aber *was* haben wir als Christen, insbesondere wir im Westen Deutschlands, jetzt zu sagen und zu tun?

Ich würde von mir aus sagen und vorschlagen:

1. Wir haben uns weiterhin mit allem Nachdruck an die Regierungen und Parlamente der atomwaffenbesitzenden Weltmächte zu wenden mit der Forderung eines sofortigen Stops der Atombombenteste, eines unter den Weltmächten zu vereinbarenden, gegenseitigen und kontrollierten Stops in der Atomwaffenproduktion und einer stufenweisen gegenseitigen kontrollierten Abrüstung der atomaren und konventionellen Waffen im Sinne des Fünfpunkteprogramms von New Haven.

Ich würde gerne noch einen Schritt weiter gehen und sagen:

2. Wir haben uns auch für den bedingten Verzicht auf weitere Ausdehnung der

Atomrüstung einzusetzen und dem Westen, insbesondere auch unserer Bundesrepublik Mut zu einer versuchsweisen einseitig befristeten Vorleistung auf Zeit zu machen und ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen, um unsererseits alles zu vermeiden, was das Ingangkommen der atomaren und konventionellen Abrüstung jetzt hindern kann.

3. Ob wir darüber hinaus einen *einseitigen* Verzicht auf den Besitz und den Einsatz von Atombomben und auf die Androhung ihrer Anwendung fordern dürfen, ungeachtet aller möglichen Konsequenzen, ist theologisch und politisch gesehen eine andere und sehr schwere Frage, die auch von Christen verschieden beantwortet werden kann. Mir scheint die Mitverantwortung der Kirche für die praktische Wehrlosmachung unseres Landes gegenüber einem mit atomaren und allen anderen Waffen ausgerüsteten und damit zu jeder Erpressung fähigen Gegner auch vor Gott ebenso groß, wenn nicht gar noch größer, als die Mitverantwortung für die atomare Rüstung, wenn sie zum Schutz des Friedens und der Freiheit geschieht. Ich bestreite nicht, daß man auch für einen solchen einseitigen und bedingungslosen Verzicht „aus Glauben“ eintreten kann, so wenig dies wohl von einer politischen Partei oder Gruppe „kollektiv“ geschehen wird, man kann damit aber auch „Gott versuchen“. Keinesfalls scheint es mir möglich und erlaubt, diesen einseitigen und unbedingten Verzicht als die für Christen in unserer Lage einzig mögliche Entscheidung zu fordern und um dieser Entscheidung willen einander die Gemeinschaft des Glaubens aufzukündigen.

Gerechtfertigt sind wir weder durch die eine noch durch die andere Entscheidung, sondern durch Christi Blut allein; schuldig werden können wir auf beiden Wegen. Und auf beiden Wegen können und sollen wir miteinander unser Vertrauen nicht auf unsere Entscheidung setzen, sondern auf Gottes Überlegenheit über unsere Verlegenheiten und Kurzsichtigkeiten und ihn in dieser ersten Stunde der Welt um die gütige Erhaltung seiner Schöpfung auf seinen großen Tag hin und um unsre gnädige Errettung bei Tag und Nacht gemeinsam anrufen.

Zu den zehn Thesen, die die „*Kirchliche Bruderschaft*“ im Rheinland und die in Westfalen, unterstützt von anderen Bruderschaften und Kreisen, auch von der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg als Anfrage an die Synode der EKD gerichtet haben, wird die Synode im Rahmen ihrer bevorstehenden Tagung Ende April Stellung nehmen. Ich möchte dieser Stellungnahme der EKD-Synode nicht vorgreifen, aber auf meine persönliche Verantwortung gegen zwei Punkte in diesen zehn Thesen vorsorglich meinen Einspruch anmelden, erstens gegen die Formulierung der These 8, die im Namen des Evangeliums fordert, daß „der Vorbereitung des Atomkrieges“ im Bereich unseres Landes und Staates ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen sofort ein Ende gemacht werde, als ob Rüstung für den Fall eines Krieges und zur Verhinderung desselben und Vorbereitung eines Krieges ein und dasselbe wären. Und zweitens gegen den Inhalt von These 9 und 10, die in dieser „Anfrage“ an die Synode der EKD kategorisch und diktatorisch erklären, ein anderer Standpunkt als der der Kirchlichen Bruderschaften oder Neutralität der Atomwaffenfrage gegenüber sei *christlich nicht vertretbar*, beides bedeute die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens. In beiden Punkten werden nach meiner Überzeugung politische und theologische Kurzschlüsse vollzogen, die Kirche und Staat schwer verwirren könnten.

Die Bischofskonferenz der VELKD gab am 16. April 1958 folgende Erklärung bekannt:

I.

Es ist Pflicht der Christenheit, mit allen ihr gegebenen Mitteln dafür einzutreten, daß ein Atomkrieg abgewendet wird. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Christenheit, an der Verhinderung von Kriegen und an der organisatorischen Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten.

Wir stellen aber fest: Theologische, politische oder moralische Erklärungen, die in unverbindlicher Allgemeinheit gehalten sind, müssen wirkungslos bleiben. Der Appell an die Angst vermehrt nur die Panik in der Welt. Vorschläge, die die Sachlage in unzulässiger Weise vereinfachen und keine Wege zur praktischen Durchführung weisen, können dem christlichen Gewissen nicht genügen.

II.

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat in einer Verlautbarung auf der Tagung seines Zentralausschusses in New Haven im August 1957 folgende Punkte hervorgehoben:

- a) Einstellung der Kernwaffenexperimente durch internationale Absprachen.
- b) Produktionsstop für Kernwaffen unter möglichst wirksamen Kontrollmaßnahmen.
- c) Entwicklung von Maßnahmen zur stufenweisen Abrüstung der nationalen Streitkräfte in Atom- und konventionellen Waffen bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen.
- d) Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke, ebenfalls unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen.
- e) Errichtung eines wirksamen Systems für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und die friedliche Anpassung an veränderte Verhältnisse.

In ihrer Gesamtheit bilden alle diese Punkte einen Rahmenvorschlag für verantwortungsbewußtes Handeln gegen die Atomgefährdung im Ganzen.

Der Zentralausschuß fügt hinzu: Wir dringen mit allem Nachdruck darauf, daß – als ein erster Schritt – Regierungen, die Atomexperimente durchführen, diese wenigstens für eine Versuchsperiode aufgeben, und zwar entweder zusammen oder einzeln in der Hoffnung, daß andere dasselbe tun, auf daß neues Vertrauen entstehe und so die Grundlage für zuverlässige Absprachen gelegt werde.

Wir machen uns diese Verlautbarung zu eigen.

III.

Es gehört nicht zum Amt der Kirche, aus Gottes Wort verbindliche politische Einzelanweisungen über die Durchführung der Abrüstung zu geben. Aber es ist ihre Aufgabe, die Gewissen aller derer, die hier Verantwortung tragen, anzureden und sie zu bitten, alle Vorschläge, die zu einer Entspannung führen, sorgfältig zu prüfen und alles zu tun, um zwischen den Völkern eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

IV.

Die eigentliche Pflicht der Christenheit bleibt es, zu bezeugen, daß Gott auch im atomaren Zeitalter im Regimente sitzt und daß der Glaube an ihn die Furcht überwindet. Es ist unsere gewisse Zuversicht, daß der auferstandene Christus auch in einer vom Tode bedrohten Welt der Sieger ist. Wir wissen, daß das Gebet dem Christen Anteil gibt an Gottes Weltregierung. Wir bitten ihn, er wolle uns durch das drohende Gericht zur Buße führen, uns unsere Sünde vergeben und seine Barmherzigkeit nicht von uns abwenden.

So spricht der Herr: „Bessere dich, Jerusalem, ehe sich mein Herz von dir wende und ich dich zum wüsten Lande mache, darinnen niemand wohne!“ (Jer. 6, 8).

Der Landesbischof von Hannover, D. Lilje, richtete nachstehendes Schreiben an die Pfarrer seiner Landeskirche:

Liebe Amtsbrüder!

Die Frage nach der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr wie nach den atomaren Waffen überhaupt quält und beunruhigt unsere Gemeinden sehr. Auch wir Prediger werden immer wieder darauf angeredet. Ich möchte deshalb den Amtsbrüdern einige Gedanken zur Behandlung dieser Frage vorlegen. Dabei gehe ich freilich von der Voraussetzung aus, daß die umfangreiche Diskussion, die darüber in der Öffentlichkeit entstanden ist, den Amtsbrüdern bekannt ist.

I.

Mit lapidarer Deutlichkeit muß vorweg gesagt werden, daß die Christenheit keinen Atomkrieg will und das Ihre zu tun verpflichtet ist, ihn zu verhindern. An dieser Feststellung ist nicht zu deuteln. Es grenzt an Unrecht, wenn in der innerkirchlichen Erörterung dieses Problems der Eindruck erweckt wird, als gäbe es Menschen, die hierüber im unklaren wären. Es kann keinen Christen geben, der sich der Forderung, den Ausbruch eines Atomkrieges zu verhindern, entziehen könnte.

Man muß noch weitergehen: In der heutigen Lage ist der Krieg nicht mehr als das geeignete Mittel politischer Entscheidungen anzusehen. Das hat schon die Weltkirchenkonferenz von Amsterdam 1948 gesagt. Es ist Aufgabe der Christenheit, an der organisatorischen Sicherung des Weltfriedens mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu arbeiten. Über das alles ist kein Zweifel möglich.

Das schwierigste Problem in der ganzen Diskussion ist aber die Gefahr der Simplifikation, der falschen, unzulässigen Vereinfachung. Man muß daher deutlich hinzufügen, daß die christliche Verkündigung diese Gefahr vermeiden muß. Wer den Atomkrieg verhindern will, muß klare Vorstellungen darüber haben, wie das geschehen soll.

Gegen diese Regel scheint mir das Schreiben der Kirchlichen Bruderschaften an die Synodalen (dessen Text als bekannt vorausgesetzt werden kann) zu verstoßen. Es heißt dort, daß auf Grund von These 2 der Barmer Erklärung geboten sei, „der Wirklichkeit des Wortes Gottes mehr zu vertrauen als den ‚Realitäten‘ des politischen Kalküls“. Diese Antithese läuft auf politische Unverantwortlichkeit hinaus. Der Staatsmann ist verpflichtet, die „Realitäten“ des politischen Kalküls so gründlich und ernsthaft wie nur möglich zu durchdenken. Wenn er anders handeln wollte, würde er alle christliche Ethik schlechthin verraten.

Infolgedessen ist es mit einem „vorbehaltlosen Nein“ nicht getan.

II.

An dieser Stelle unterscheidet sich die oft zitierte Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen von New Haven (August 1957) so deutlich von den Thesen der Kirchlichen Bruderschaften, daß eine Verwechslung überhaupt nicht möglich ist. Denn während die Bruderschaften das gesamte Problem in einer eigentümlich undeutlichen Allgemeinheit erörtern, hat der Weltrat der Kirchen mit größter Sorgfalt alle Zusammenhänge dieses Problems durchdacht und berücksichtigt, als er seine Verlautbarung machte.

Ich will vorweg darauf aufmerksam machen, warum ich es für unerlässlich halte, hart an den Realitäten zu bleiben. Die Welt, die ohnehin den Eindruck hat, daß wir in der christlichen Verkündigung sowieso nur poetische Metaphern und andere Ungenauigkeiten gebrauchen, wenn wir von Auferstehung, Sündenvergebung und dergleichen reden, muß in ihrem Mißverständnis nur bestärkt werden, wenn die Christen auch in der Atomfrage ungenaue, allgemeine Aussagen tun.

Zum Sachlichen: Kein Streit – wirklich kein Streit! – herrscht darüber, daß der Atomkrieg mit allen der Kirche erlaubten Mitteln verhindert werden muß. Aber gerade deshalb muß diese Forderung klar begründet und gegen Mißverständnis und Mißbrauch geschützt sein. Darauf achtet die Erklärung des Ökumenischen Rates im Unterschiede zu den Thesen der Kirchlichen Bruderschaften. Sie hat in der knappsten und klarsten Form alle Erwägungen einbezogen, die man anstellen muß, wenn man den Atomkrieg nicht nur theologisch verneinen, sondern tatsächlich verhindern will. Infolgedessen spricht sie von den Kernwaffen-Experimenten, vom Produktionsstop, von der stufenweisen Abrüstung sowohl in Atomwaffen wie in traditionellen Waffen und von dem wichtigsten Punkt, nämlich einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle.

Das Schwächste an den Thesen der Kirchlichen Bruderschaften besteht darin, daß sie weder die Einzelheiten einer wirksamen Verhinderung des Atomkrieges durchdenken noch auch auf internationale Kontrolle drängen.

Aus der bisherigen Diskussion (z. B. der Stellungnahme von Gollwitzer) geht hervor, daß man auf die Forderung einer internationalen Absprache bewußt verzichtet und eine einseitige Vorausleistung Westdeutschlands für richtig hält. Ich kann diesen Gedankengang weder für logisch noch für ethisch richtig halten. Es wird kaum bestritten werden können, daß eine einseitige Abrüstung Deutschlands die Kriegsgefahr nicht vermindert, sondern vermehrt. Das ist vielfach ausgeführt, zuletzt von Emil Brunner in seinem Aufsatz „Pazifismus als Kriegsursache“ (Neue Züricher Zeitung vom 12. April 1958).

Es wird auch nicht bestritten werden können, daß eine Forderung, die man nicht an alle zu richten wagt, nicht als ernsthaft bezeichnet werden kann. Vor allem aber ist die Isolierung und Simplifizierung der Frage unerträglich, weil dadurch der Kern des Problems praktisch umgangen wird. Wer die Welt vor einem drohenden Krieg bewahren will, muß die *allseitig* kontrollierte Abrüstung fordern (und zwar in allen Waffenarten), alles übrige ist nutzlos und entspricht nicht der ethischen Verantwortung, die in diesen Fragen vom Christen gefordert ist. (Wenn immer wieder im Blick auf die westliche Aufrüstung gesagt wird, vorhandene Atomwaffen hätten die Tendenz, gebraucht zu werden, dann ist schlechterdings nicht einzusehen, warum nur westliche und nicht auch östliche Atomwaffen diese Neigung haben sollten.)

III.

Hierzu noch einige Einzelheiten:

1. Es empfiehlt sich dringend, die Verlautbarungen von New Haven zur Richtschnur unserer öffentlichen Stellungnahme zu machen. Sie bekommen ihr eigentliches ethisches Gewicht und ihre Stoßkraft dadurch, daß sie die wesentlichen Möglichkeiten durchdacht haben und ein grundsätzliches, lückenloses und realisierbares Programm vertreten. Dadurch unterscheiden sie sich von leeren allgemeinen Deklamationen, vor allem emotionaler Art.

2. In der Verkündigung soll der Pfarrer keinen Zweifel daran lassen, daß wir aus Gründen des christlichen Gewissens die verantwortlichen Staatsmänner der Welt immer wieder auf ihre Pflicht anreden müssen, die Gefahr des Atomkrieges zu bannen. Je sorgfältiger, gründlicher, überlegener und entschlossener sie es tun, desto eher werden sie diesem Ziel näher kommen.

Man muß aber der Tendenz widersprechen, der Kirche mehr an Verantwortung aufzubürden, als sie tragen kann. Die Wissenschaftler, deren grundlegende Entdeckungen am Anfang stehen, sind ebenso zur Mitverantwortung aufgerufen wie die Politiker. Die Kirche trägt die Verantwortung dafür, die Gewissen der Staatsmänner anzureden und den Ausbruch eines Atomkrieges zu verhindern. Aber sie kann diese Verantwortung nicht allein tragen.

Zu den betrüblichsten Begleiterscheinungen der innerkirchlichen Diskussion gehört ein Doppeltes:

a) Es gibt eine eigenartige Nervosität der Diskussion, die nicht nur damit erklärt werden kann, daß die drohenden Gefahren uns allen unter die Haut gehen. Es gibt eine Weise, mit der Angst der Menschen vor einem Atomkriege umzugehen, die nicht dem Evangelium gemäß ist. Der auferstandene Christus ist der Sieger über die vom Tode bedrohte Welt. Diese Überzeugung darf nicht einfach aus unseren öffentlichen Äußerungen zu dieser Frage verschwinden. Die Aufgabe der Christenheit besteht nicht darin, die Furcht zu vermehren, sondern sie im Namen Christi überwinden zu helfen. Das geschieht durch Buße, Glaube, Gebet und gehorsames Hören auf das Wort Gottes.

b) Noch bedrückender ist, wieviel echtes Pathos es in der Erörterung dieser Frage gibt, während gleichzeitig die Predigt der Kirche so oft müde und kraftlos ist. Sind die großen Themen unseres Glaubens, die Auferstehung Christi von den Toten, die Vergebung der Sünden, die Erneuerung zu freudigem Gehorsam, geringerer Intensität der Verkündigung wert? Kann eine Kirche überhaupt in Ordnung sein, die an einem Punkt wie der Atomrüstung mit ihrer Verkündigung in hellen Flammen lodert, während sie an den entscheidenden Stellen ihrer Verkündigung nur in schwacher Flamme brennt?

Diese Erwägungen haben die lutherische Bischofskonferenz zu der Erklärung¹ geführt, die ich dem Text beifüge. Wir haben sie, wie man leicht erkennen kann, sorgfältig durchdacht; aber wir haben sie nicht der Öffentlichkeit übergeben mit Rücksicht auf die bevorstehende Synode. Das Vorgehen der Kirchlichen Bruderschaften verdient schwere Kritik, weil sie ihre Anfrage in einer eigenartigen, unduldsamen, das Ergebnis synodaler Beratungen vorwegnehmenden Radikalität in breitester Öffentlichkeit vortragen haben. Sie sind nicht davor zurückgeschreckt, die Einheit der EKD vorweg in Frage zu stellen und mit der Bildung einer neuen „Bekennenden Kirche“ zu drohen – lauter schlechthin unmögliche Vorgänge. Während die ersten sechs Sätze uns in einer Einigkeit vorfinden, bei der ein Dissensus überhaupt nicht denkbar ist, sind die letzten Sätze, vor allem These 8 und 10, unerträglich. Ist es zu verantworten, wenn so ungeschützt, wie es in These 8 geschieht, von „der Vorbereitung dieses Krieges im Bereich unseres Landes und Staates“ die Rede ist? Kann man überhaupt von einem brüderlichen Hören aufeinander sprechen, wie es Artikel 1 der Grundordnung der EKD fordert, wenn so diktatorisch wie in These 10 gesagt wird: „Ein gegenteiliger Standpunkt ist christlich nicht vertretbar“ oder gar die dogmatisch ungeheuerliche Aussage hinzugefügt wird, die Abweichung sei „Verleugnung aller drei Artikel christlichen Glaubens“? Als erschreckend kommt hinzu, daß die Brüder, die diesen Angriff auf die Synode vortragen, sich um das vorgeschlagene Thema der Erziehung offensichtlich überhaupt nicht kümmern. Jeder Christ aber weiß, daß an dieser Stelle im Osten längst der status confessionis gegeben ist. Kein Wort über die totale Mißachtung des Menschen – kein Wort der Hilfe für die hart kämpfenden Brüder und Gemeinden – kein Wort der Kritik an der östlichen Politik – kann das in Ordnung sein? Wir werden ein hartes und deutliches Gespräch auf der bevorstehenden Synode führen müssen.

Meine Ausführungen haben nur die Absicht, den Brüdern eine Hilfe in der Klärung dieser Diskussion zu bieten. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir in der Beurteilung der politischen Zusammenhänge nicht von vornherein alle einig sein werden. Ich erwarte nicht, daß meine politischen Anschauungen kritiklos übernommen werden. Aber was wir einander schuldig sind ist dies, daß wir unsere Überlegungen gegenseitig sorgfältig bedenken und christlich prüfen. In diesem Sinne bitte ich Sie meine Ausführungen aufzunehmen.

Mit herzlichem Gruß Ihr *Lilje*

1. S. oben, S. 39 f.

Bekannte evangelische Jugendleiter übergaben der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es heißt:

Unsere Regierung steht vor der Frage, ob die Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet werden soll. Mit vielen anderen Menschen unseres Landes sind wir angesichts der Tragweite dieser Entscheidung in großer Unruhe. Wir sind es vor allem darum, weil wir als evangelische Jugendleiter für junge Menschen verantwortlich gemacht sind, die durch die Beschlüsse unserer staatlichen Organe in dieser Sache noch viel unmittelbarer betroffen sein werden als wir.

Synoden, Bruderschaften und Lehrer unserer Kirche haben zur Frage der atomaren Waffen mehrfach mit großem Ernst Stellung genommen. Wir berufen uns auf sie und stellen fest:

1. Als Christen sagen wir Ja zum Staat und zu seinem Auftrag, das Recht und den Frieden zu schützen. Wir verkennen nicht, daß zu den Mitteln des Staates Macht und Gewalt gehören.

2. Dieses Ja schließt aber die Verpflichtung ein, zwischen angemessenen und unangemessenen Mitteln der Gewalt zu unterscheiden und den Mißbrauch der Macht des Menschen zu verhindern. Ein mit atomaren Waffen ausgerüstetes Heer ist nach allem, was wir über diese Waffen wissen, kein verantwortliches Mittel staatlicher Macht und Gewalt. Atomare Waffen können von uns nur als Mißbrauch der Macht des Menschen verstanden werden.

3. Wie immer man das fünfte Gebot im Zusammenhang der Kriegsfrage bisher verstanden haben mag, wir sind überzeugt davon, daß der Satz „Du sollst nicht töten!“ den Einsatz zumindest der atomaren Waffen und also auch die Vorbereitung auf einen Atomkrieg strikt verbietet, mögen die Motive dazu noch so stark und einleuchtend sein.

4. Als Christen schulden wir unseren Mitmenschen und dem Staat, in dem wir leben, das Zeugnis des Friedens und den eindringlichen Hinweis auf die konkrete Bedeutung des Gebotes Gottes, wie es sich uns beim Studium der Heiligen Schrift und im Ernstnehmen der geschichtlichen Situation aufdrängt. In diesem Sinne sehen wir uns genötigt zu der dringenden Bitte:

a) an die verantwortlichen Politiker unseres Landes, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen Verzicht zu leisten;

b) an die Leitung unserer Kirche, mehr zu tun, um in dieser Frage zu einem einheitlichen und klaren Ratschlag an die Gemeinden zu kommen und den Staat zu einem Verzicht auf die atomare Bewaffnung zu ermutigen;

c) an unsere Mitchristen und vor allem an die jungen Menschen, die sich zum evangelischen Glauben halten:

Prüft und entscheidet in der Verantwortung vor Gott, ob Ihr direkt oder indirekt an einem atomaren Krieg, an der Rüstung zu einem solchen Krieg oder an der militärischen Übung mit atomaren Waffen beteiligt sein dürft.

Wir, die Unterzeichneten, müssen für uns selbst diese Frage mit Nein beantworten und werden diese Entscheidung den uns anvertrauten Menschen gegenüber vertreten und begründen.

Hans A. de Boer, Jugendsekretär, Heilbronn; *Pastor Fritz Bopp*, Reichswart, Kassel; *Werner Brölsch*, Landesjugendpfarrer, Bremen; *Peter Dienel*, Prediger, Münster in Westfalen; *Walther Horstmeier*, Landesjugendpfarrer, Witten; *Theodor Jänicke*, Berlin-Dahlem; *Ulrich Kabitz*, Referent, Stuttgart; *Anne-Lise Knischewski*, Sozialsekretärin, Wuppertal; *Peter Krusche*, Landesjugendpfarrer, Nürnberg; *Georg Kugler*, Vikar, Nürnberg; *Ernst Lange*, Pastor, Gelnhausen; *Gerhart Orth*, Landesjugendpfarrer, Oldenburg i. O.; *Dr. Irene Pinkau*, Referentin, Stuttgart; *Walther Posth*, Landesjugendpfarrer, Wuppertal; *Johannes Rau*, Verlagsleiter, Wuppertal; *Gerhard Schlin-*

gensiepen, Pastor, Wuppertal; *Dr. Hans Schmidt*, Studentenpfarrer, Tübingen; *Jürgen Schroer*, Pastor, Wuppertal; *Martin Schröter*, Studentenpfarrer, Heidelberg; *Hanna Schultzen*, Jugendleiterin, Gelnhausen; *Gerhard E. Stoll*, Redakteur, Wuppertal; *Peter Stolt*, Jugendpfarrer, Hamburg; *Ilse Ueckert*, Geschäftsführerin, Stuttgart; *Christa Weiß*, Schriftleiterin, Gelnhausen; *Dr. Jörg Zink*, Pastor, Gelnhausen.

Die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns beschloß am 25. April 1958 folgende Erklärung:

I.

Es ist die Pflicht und Verantwortung aller Christen, in allen Ständen einzutreten für die Sicherung und Erhaltung des Rechtes und des Friedens. Es ist unser aller Pflicht, mitzuwirken zur Verhinderung jedes Krieges, insbesondere eines Atomkrieges, ebenso aber auch zur Sicherung und Erhaltung der persönlichen, geistigen und Gewissensfreiheit.

Über die politischen Wege und Mittel zur Sicherung von Recht und Leben können Christen verschiedener Meinung sein. Aber wir alle sind tief bewegt von der bedrängenden Lage, in der die einen mehr die Gefahr des Atomkrieges, die anderen mehr die Gefahr des Verlustes aller menschlichen Würde und Freiheit befürchten.

II.

Keinem Christen kann die Anfechtung in der politischen Entscheidung erspart werden. Wie er sich auch entscheidet, immer bleibt er der Möglichkeit des Schuldigwerdens und des Irrtums ausgesetzt. Einen wahren Trost in solcher Anfechtung bekommt niemand auf Grund eines bestimmten politischen Handelns. In solcher Anfechtung hilft allein der Zuspruch des Evangeliums, daß der Glaube an Jesus Christus den Schuldiggewordenen rettet. Dabei bleiben die Menschen, auch die in schwerer politischer Verantwortung stehenden, mit ihrer Last in der Gemeinschaft der Gläubigen gehalten und von ihrer Fürbitte getragen.

III.

In dieser Lage warnen wir vor dem Mißbrauch des Evangeliums zu politischen Zwecken. Die Heilige Schrift sagt: „Werdet doch einmal recht nüchtern!“ (1. Kor. 15, 3. 4). Darum wenden wir uns gegen Irrtümer, die viele Gewissen verwirren und gleichermaßen die kirchliche Verkündigung wie die Erfüllung der politischen Aufgaben gefährden.

Es wäre ein Mißbrauch des Evangeliums, die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an bestimmten politischen Aktionen wie etwa gegen den „Atomtod“ aus dem Bereich des politischen Ermessens herauszulösen und als eine christliche Pflicht im Namen des Evangeliums zu bezeichnen und zu fordern. Es ist gegen die evangelische Freiheit, die Gemeinschaft im Evangelium mit anderen Christen wegen ihrer politischen Sicht und ihrer politischen Entscheidung in Frage zu stellen.

IV.

Ein ernstes Anliegen ist uns die rechte Seelsorge an den Soldaten. Die Synode versteht diesen Dienst als einen geistlichen Auftrag, zu dem die Kirche auf Schrift und Bekenntnis ordinierte Pfarrer ruft. Wir sind Gott dankbar für die hier gegebene Freiheit zu evangelischer Predigt und Seelsorge. Auch der Soldat braucht einen brüderlichen Zuspruch und die Gemeinschaft seiner Kirche.

Die Sorge um die rechte Ausrichtung des kirchlichen Dienstes an den angefochtenen Menschen unserer Zeit drängt uns zu diesem Wort. Ebenso bekunden wir damit unseren Willen, an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festzuhalten.

Durch die abgedruckten Dokumente, die stellvertretend für eine Fülle von Verlautbarungen stehen, waren die Fragen, denen sich die Synode zu stellen hatte,

mit der denkbar größten Radikalität und Präzision gestellt, aber ebenso die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten klar erkennbar gemacht, die sich schon dem gegenseitigen Verstehen der verschiedenen Anschauungen und erst recht der Überwindung der Gegensätze in den Weg stellten.

b) Die Atomdebatte auf der Synode der EKD

Es ist in den letzten Jahren geradezu ein Stück synodaler Tradition geworden, daß das eigentliche Thema der Synode durch die Erörterung von Fragen des politischen Lebens überwuchert und in die zweite Reihe gedrängt wird. Das war bei der außerordentlichen Synode 1956 so, der sich die Frage nach der Einheit der Kirche in Ost und West unter der Hand in die nach der Wiedervereinigung Deutschlands verwandelte; der Vorgang wiederholte sich auf der ordentlichen Synode 1957, auf der das Hauptthema der Diakonie durch die Diskussion über den Militärseelsorgevertrag an den Rand geschoben wurde, und das gleiche ergab sich auf der Synodaltagung 1958: nicht nur das Interesse der publizistischen Berichterstattung, sondern auch die angespannte Aufmerksamkeit, die leidenschaftliche Teilnahme und das angestrenzte Ringen der Synodalen galten den Fragen nach Krieg und Frieden, atomaren und konventionellen Waffen, Pflicht zur Landesverteidigung und Kriegsdienstverweigerung. Trotzdem wird man nicht sagen dürfen, daß damit außerhalb oder am Rande der Kirche liegende Dinge ein unberechtigtes Schwer- und Übergewicht bekommen und genuin kirchliche Belange in den Hintergrund gedrängt hätten. Christliche Kirche ist zum Dienst in und an der Welt da; und wo es, wie es bei der Atomfrage der Fall ist, um Leben oder Tod der Welt geht, ist sie mit besonderer Dringlichkeit auf den Plan gerufen. Man mag es bedauern, daß die Erziehungsfrage im Plenum der Synode nicht in der ihr gebührenden Weise zum Austrag kam – daß die EKD sich in ihrem höchsten Gremium der Lebensfrage Deutschlands, Europas und der Menschheit mit solchem Ernst stellte, sollte man nicht bedauern. Noch nie allerdings war die Synode so tief in die politische Zerspaltung und Parteiung unseres Volkes hineingezogen, noch nie waren die theologischen Differenzen so tiefgreifend, noch nie war die Zerreißprobe so hart wie dieses Mal. Es war ja auch die erregendste, die Gesamtproblematik des Verhältnisses von Kirche und Welt, Evangelium und Politik, christlichem Glauben und politischem Handeln wie in einem Brennspiegel zusammenfassende Frage, die mit der Atomfrage zur Aussprache stand. Wie weit der Spannungsbogen der Gegensätze, wie verzweifelt das Ringen im Ausschuß, in dem als Sachverständige Professor Dr. C. F. von Weizsäcker und Professor D. Gollwitzer mitarbeiteten, und im Plenum waren, bezeugen der Bericht des Ausschußvorsitzenden Professor Dr. Raiser und ausgewählte Gesprächsbeiträge aus der Plenardebatte.

Syn. Dr. Raiser:

Hochwürdige Synode!

Der Herr Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat uns bei der Eröffnungssitzung unserer Synode in seinem Rechenschaftsbericht schon gesagt, daß

und warum die Frage der Verwendung von Atomwaffen in unserer Welt auf die Tagesordnung der Synode gesetzt worden ist. Ich brauche das deshalb nicht noch einmal zu begründen. Sie alle in diesem Saal wissen auch, daß es sich um ein Problem handelt, das die ganze Menschheit in eine wachsende Bedrängnis, ja in schwere Not versetzt, die Menschheit in aller Welt, aber auch und in mancher Hinsicht in ganz besonderer Weise unser gespaltenes deutsches Volk. Dabei handelt es sich nicht nur um eine politische Frage, sondern zugleich um eine Frage an die Christenheit und an die christlichen Kirchen: Was sagt ihr dazu, daß es dergleichen gibt und daß wir fürchten müssen, daß Kirche mit solchen Waffen geführt werden?

Die Frage, die uns gestellt war, ist die, ob die Christenheit – und nun müssen wir es auf uns beziehen –, ob die Evangelische Kirche in Deutschland dazu ein eigenes Wort sagen kann, und ob sie ein Wort sagen kann, das in irgendeiner Weise in die Welt hineinwirkt.

Der Ausschuß, der zur Beratung darüber eingesetzt worden ist, war schon rein äußerlich deswegen in einer notvollen Lage, weil er in der Plötzlichkeit, in der diese Aufgabe auf die Synode zukam, und angesichts der Tatsache, daß das nicht das einzige Thema der Synode war, nur eine sehr beschränkte Zeit für seine Beratungen hatte. Dabei war für die Kundigen von vornherein klar, und für uns ist es von Stunde zu Stunde der Beratungen klarer geworden, daß die kurze Zeit, die wir hatten, nicht ausreichen konnte, um die Probleme in ihrem vollen Umfang zu entfalten, geschweige denn sie zu lösen.

Der Ausschuß war aber auch aus einem anderen Grund in einer schwierigen Lage. Wir waren uns bewußt, daß das, was wir hier erarbeiten würden, auf ein ganz ungewöhnliches starkes Interesse der Öffentlichkeit stoßen würde. Das ist uns schon daran deutlich geworden, daß die Synode mit Tausenden von Eingaben in dieser Frage bestürmt worden ist, einer Zahl, wie sie die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland noch nie erlebt hat. Hätten wir uns gemeinsam darangemacht, alle diese Eingaben einzeln zu prüfen, so wären wir bis heute allein mit dieser Arbeit noch nicht fertig, geschweige daß wir Ihnen irgendein Ergebnis hätten vorlegen können. Aber wir haben einige Brüder gebeten, sich dieser Mühe zu unterziehen und uns zu berichten. Es hat sich gezeigt, was zu vermuten war, daß von den Tausenden von Eingaben ein beträchtlicher Teil solche sind, die aus dem Raume der DDR gekommen sind, unter einer bestimmten politischen Vorstellung von der Aufgabe der Synode und mit dem dringenden Wunsch, ihr muß sagen: der Forderung, der für die Synode unangemessenen Forderung, die Synode möge für eine bestimmte politische Zielsetzung eintreten. In diesem Falle sollte nach unserem Eindruck die Kirche als ein Werkzeug in der politischen Auseinandersetzung mißbraucht werden. Aber wir können und wollen nicht nur so von diesen Eingaben sprechen. Auch bei vielen Eingaben, bei denen das politische Interesse im Vordergrund stand und ein Mißverständnis darüber vorlag, was die Kirche sei und leisten könne, war auf dem Grunde eine schwere und echte Besorgnis und Bedrängnis der Menschen zu spüren, die uns diese Eingaben gesandt haben. Überdies waren es nicht nur solche politischen Eingaben; es waren unzählige aus West und Ost von einzelnen Christen, von Gruppen von Christen, solchen, die sich zu diesem Zweck zusammengeschlossen hatten, solchen, die schon lange zusammengearbeitet haben, die uns – seien es nur einzelne Wünsche, seien es ganze formulierte Anträge – vorgelegt haben: das, liebe Synode, das, Evangelische Kirche in Deutschland, muß dich doch überzeugen, bitte, übernimm es! Die wichtigste dieser Eingaben, die die weiteste Resonanz im Westen gefunden hat, hat gleichfalls der Herr Vorsitzende des Rates schon in seinem Rechenschaftsbericht erwähnt, die Eingabe der Kirchlichen Bruderschaften von Rheinland und Westfalen, die eine große Zahl von Unterschriften auch aus anderen Gebieten Deutschlands erhalten hat.

Der Ausschuß hat sich bemüht, sich vom inneren und vom äußeren Druck, unter dem

er stand, soweit freizuhalten, daß er Raum bekam für seine Beratungen und Entschlüsse. Er hat die ihm wesentlich erscheinenden Gedanken aus diesen Eingaben, insbesondere die bereits erwähnten Thesen der Bruderschaften, in allem Ernst erwogen; er hat sich auf der anderen Seite entschieden distanziert von allen rein politisch gemeinten Forderungen und Drohungen. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, daß diese Forderungen und Drohungen an die falsche Adresse gerichtet sind. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat und erstrebt selbst keine politische Macht, sie steht aber auch nicht im Dienst der politischen Mächte dieser Welt. Der Auftrag, den sie an den Menschen auszurichten hat, ist grundsätzlich anderer Art, und sie kann nicht vorsichtig genug sein, sich streng an diesen Auftrag zu halten.

Welche Antwort hat der Ausschuß nun gefunden auf die ihm vorgelegte Frage? Ich möchte sie gewissermaßen in drei Stufen entwickeln.

Das Erste: Die Völker dieser Erde sind in große, einander politisch entgegengesetzte Machtblöcke gespalten, die zugleich in ideologischen Fronten erstarrt sind. Ihr Ringen um die Macht ist überdies durch völlig veränderte Formen der kriegerischen Auseinandersetzung bestimmt, die auf die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und die Möglichkeiten der technischen Anwendung dieser naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zurückzuführen sind. Alle diese Tatsachen, die Sie kennen und die ich nur in Erinnerung zu rufen brauche, haben eine gefährliche Verwilderung der Sitten im Zusammenleben der Völker, eine neue Barbarei besonders auch der Kriegführung zur Folge gehabt, die das Leben des einzelnen und das Leben der Völker auf dieser Erde bedroht. Die alten, in früheren Jahrhunderten entwickelten rechtlichen und ethischen Maßstäbe und Normen zur Bändigung der politischen Mächte und zur Humanisierung des Krieges erweisen sich offenbar in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, als nicht mehr zulänglich. Es steht daher nicht nur vor uns, sondern vor der gesamten zivilisierten Menschheit die Aufgabe einer Umgestaltung des Völkerrechts, einer Umgestaltung, ja eines neuen Versuches der politischen Ethik. Das Endziel dieser Bestrebungen muß sicherlich das sein, was auch der Herr Vorsitzende des Rates in seinem Bericht als das Endziel genannt hat: die Abschaffung des Krieges.

Aber, liebe Brüder und Schwestern, es konnte nicht die Aufgabe unseres Ausschusses in den kargen Stunden, die er zur Verfügung hatte, sein, auch nur zu versuchen, zu dieser Aufgabe, die die Menschheit und alle, die sich für ihr Schicksal mitverantwortlich fühlen, für die nächsten Jahre und Jahrzehnte beschäftigen muß, einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Da ist eine Arbeit auf lange Sicht zu leisten für die Juristen, für die Theologen, für die Politiker und für alle, die hier mitzudenken fähig und bereit sind. Was aber die Kirche schon jetzt und jederzeit tun kann und tun muß und was, wie wir glaubten, auch die Evangelische Kirche in Deutschland in dieser Stunde tun sollte, das ist die ständige, unablässige Mahnung zum Frieden, die Mahnung zur Vermeidung der Barbarei in der Kriegführung, die Warnung auch vor einer bedenkenlosen Ausnützung aller technischen Möglichkeiten, die die moderne Naturwissenschaft den Menschen an die Hand gibt.

Nun die zweite Stufe: Zu den schrecklichen Möglichkeiten, von denen ich eben sprach, die die Technik heute zu entwickeln vermag auf Grund von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen erst der letzten Jahrzehnte, gehören – wie wir alle wissen – die Mittel zur Massenvernichtung. Im Vordergrund der Diskussion in der Welt steht dabei heute die Atombombe. Wir alle wissen aber, daß es noch andere Mittel der Massenvernichtung gibt, die möglicherweise auf uns zukommen.

Die Synode hat schon in den Tagungen der beiden letzten Jahre gegen die Verwendung solcher Mittel Stellung genommen. Sie weiß sich in dieser entschiedenen Stellungnahme einig einmal mit den verschiedenen Synoden der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland, die in den letzten Jahren und noch bis in die allerletzten Monate hinein zur gleichen Frage gesprochen haben; die Synode weiß sich aber in dieser Frage

auch enig mit den in der Ökumene vereinigten christlichen Kirchen der Welt. Der Weltrat der Kirchen hat dazu auf seiner letzten Tagung im August 1957 in New Haven eine Erklärung beschlossen, in der es heißt, daß eine Kriegführung, bei der alle Methoden erlaubt sind, mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott nicht mehr vereinbar sei, und in der daher eine allgemeine Abrüstung und insbesondere auch die Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert oder doch nach der Möglichkeit ihrer Einstellung dringlich gefragt wird. Das war im August vorigen Jahres. Die Bemühungen um eine Abrüstung der großen Mächte sind seitdem in der Welt der Politik um keinen Schritt weitergekommen. Wir nehmen dankbar davon Kenntnis, daß die Sowjetunion kürzlich einen Anfang damit gemacht hat, die Kernwaffenversuche einzustellen. Wir als Kirche brauchen nicht zu fragen, aus welchen politischen Motiven und mit welchen politischen Hintergedanken das geschah, es genügt uns, daß einmal ein Anfang gemacht worden ist, und wir hoffen, daß dem die anderen zu folgen vermögen.

Der Ausschuß schlägt vor, die Synode möge sich die schon im August des letzten Jahres in New Haven ausgesprochenen Mahnungen und Forderungen zu eigen machen und sie auch hier wiederholen. Aber freilich, wir brauchen uns nicht der Kleingläubigkeit zeihen, wenn wir uns in aller Nüchternheit sagen, daß entscheidende Fortschritte auf diesem Gebiet der Abrüstung offenbar so lange nicht zu erwarten sind, als die Politik der Weltmächte von dem Geist des äußersten Mißtrauens beherrscht ist.

Und nun das Dritte: Während wir uns in den bisher genannten Fragen nach einer eingehenden Aussprache über die Situation, in der wir uns befinden und über die Gesichtspunkte ihrer Beurteilung ohne Mühe darüber einigen konnten, welches Ziel die Kirche hier anzustreben hat, ist uns eine solche Einigung nicht möglich gewesen in der uns alle tief beunruhigenden Frage, vor der wir nun standen: Ist es in der gegenwärtigen ganz konkreten politischen Weltsituation einem Volk erlaubt, vielleicht sogar geboten, zur Erhaltung seiner Freiheit, zur Erhaltung vor allem der Gewissensfreiheit und zur Erhaltung des Friedens einen Gegner, der selbst schon im Besitz von Massenvernichtungswaffen ist, auch seinerseits mit solchen Waffen abzuschrecken, um es nicht erst bis zum Äußersten kommen zu lassen? Oder ist – und das war die andere Meinung – schon der erste Schritt, solche Waffen in den Dienst der politischen Gewalt zu stellen, für den Christen Sünde, eine Sünde, von der er auch dann lassen muß, wenn er sieht, daß er damit möglicherweise Leben und Freiheit für sich und für sein Volk opfert?

Wir haben um diese Frage in diesen zwei Tagen, die uns gegeben waren, hart – und ich kann sagen –, fast verzweifelt miteinander gerungen; denn es ist uns in diesem Ringen alsbald deutlich geworden, daß es sich hier nicht um eine Frage politischer Zweckmäßigkeit handelt, deren Entscheidung wir den Politikern überlassen dürfen, sondern daß es hier für den Christen zugleich um eine Frage des rechten Glaubensgehorsams geht. Wir haben schwer daran gelitten, und wir leiden schwer daran, daß es keiner der beiden Gruppen, die sich in unseren Beratungen in dieser Frage gebildet hatten, gelungen ist, die andere von der Notwendigkeit und Richtigkeit ihres Weges zu überzeugen. Wir werden auch weiterhin nicht aufhören können, darum zu ringen, daß wir die Wahrheit in dieser Frage gemeinsam bekennen können. Aber wir haben zugleich immer deutlicher erkannt, daß, solange uns das nicht gelungen ist und wir uns in dieser Not gegenüberstehen, wir doch und vielleicht gerade deswegen nicht voneinander lassen dürfen, daß keiner von uns berechtigt ist, den anderen, der in dieser Frage anderer Meinung ist, aus der Gemeinschaft derer auszuschließen, die an den Herrn unserer Kirche glauben und die in dieser Verwirrung der Geister allein von seiner Vergebung leben.

Wenn wir also in dieser Frage zu keiner gemeinsamen Meinung gekommen sind und Ihnen vorschlagen, das auch öffentlich zu bekennen, so muß ich Sie, liebe Brüder, und alle, die die von uns nun vorgelegte Erklärung auslegen werden, von vornherein mahnen – und ich kann die Mahnung dazu nicht eindringlich genug aussprechen, obwohl ich weiß, daß sie an viele vergeblich gerichtet ist –, diese Zweigung unter uns nicht in dem

Sinne zu verstehen, in dem in der Welt der politischen Schlagworte heute die politischen Gegensätze gekennzeichnet werden. Es war nicht die Meinung zwischen uns, daß der eine für, der andere gegen die Atombombe sei; es war nicht die Meinung zwischen uns, daß der eine für eine bedenkenlose atomare Aufrüstung, der andere für eine bedingungslose Abrüstung sei. Das sind die Vokabeln einer Welt, die in der Angst um das eigene Leben lebt, nicht in der Angst vor der Sünde. Wir waren der Meinung, daß wir als Christen zu dieser Welt anders stehen, daß uns auch in diesem Problem die Frage nach der Sünde zu bedrängen hat, nicht die, ob wir unser Leben behalten oder verlieren. Bei dieser Sicht der Dinge fanden wir uns zu unserem gemeinsamen Erschrecken vor die grausame Alternative gestellt, daß wir entweder bis zur Wehrlosigkeit gehen oder aber auch die Atombewaffnung der beiden großen Mächtegruppen würden hinnehmen müssen mit der vagen Hoffnung, daß sich auf diese Weise ein Gleichgewicht herstellen lasse. Wir mußten erkennen, daß der mittlere Weg zwischen diesen beiden schrecklichen Konsequenzen, den wir suchten und den die meisten in unserem Volk suchten, sich möglicherweise, ja wahrscheinlich insofern als trügerisch erweist, als er unser Gewissen nicht beruhigen könnte. Dennoch müssen und wollen wir an die Regierungen, die diese Frage politisch zu behandeln haben, die eindringliche Forderung richten, es nicht bis zu jener radikalen Alternative kommen zu lassen, sondern der Menschheit und zumal unserem gespaltenen deutschen Volk diese notvolle Entscheidung zu ersparen. In diesem Sinne blieb uns als gemeinsames Wort die dringende Bitte an die Regierungen, alles zu tun, um eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte in Ost und West zu vermeiden.

Syn. D. Vogel:

Hochwürdige Synode! Liebe Brüder und Schwestern!

In der Vorlage des Ausschusses steht folgender Satz, den ich zunächst noch einmal wiederhole: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief; sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann.“ Nicht nur ich, sondern wir alle sind der Überzeugung: die Synode ist es nicht nur sich selber, sogar nicht nur der Kirche, die wir hier in allen ihren Gemeinden vertreten, sondern der Öffentlichkeit im weitesten Sinne des Wortes schuldig, diese Gegensätze auf der Synode offen und öffentlich klar in Erscheinung treten zu lassen; und zwar nun gerade hinsichtlich der Begründungen, die zu einer verschiedenen Erkenntnis bzw. Entscheidung führten. Und so lassen Sie mich denn den Versuch machen, zu sagen, um welche Erkenntnis und Entscheidung es uns – oder in aller Bescheidenheit zunächst gesagt –, es mir geht. Und zwar zum vornherein so, daß es gilt, die Frage zu hören coram Deo (auf deutsch: vor Gott) und Antwort zu suchen im Gehorsam gegen das Wort der Heiligen Schrift.

Es ist ein ganzer Sturm, ja ein Orkan von Fragen auf uns gerichtet – nicht nur in all den Delegationen! Ich möchte es noch einmal sagen: selbst wenn die Formen gelegentlich tumultuarisch sind, sollten wir hindurchhören auf den Grund der Sorge, der Angst, der Unruhe. Wir sollten uns gefragt sein lassen nicht nur von solchen Delegationen, sondern von Ungezählten, die sich überhaupt nicht geäußert haben, die aber – das darf man doch sagen – in Millionen und aber Millionen ihre Erwartung bis in diesen Raum hineinbringen. Wir sind wirklich so gefragt – ich sage jetzt zunächst: *von Menschen*, und zwar in einer geradezu ungeheuerlichen Menschheitssituation, wie kaum eine Synode je gefragt worden ist. Wir sind aber wiederum gefragt *durch Gott selbst*, durch sein Wort. Das ist die eigentliche Tiefendimension der Entscheidung, vor der wir stehen. Wenn es so ist, daß Gott uns fragt, gerade indem ein solcher Ansturm von Fragen, menschlichen

Fragen, auf uns eindringt – ins Reine oder ins Unreine geredet, aus welchen Motiven nur immer im Vordergrunde oder auch im Hintergrunde bestimmt –, wenn es so ist, dann stehen wir in der Tat vor einer letzten Frage, die zu letzter Entscheidung ruft. Und nun, sehen Sie, geht es eben darum, daß eine Synode, die ja wahrhaftig kein politisches Parlament ist, versuchte so zu antworten, daß sie sich getraute, darüber zu schreiben: Gottes Wort sagt es uns; wenn wir auf Gottes Wort hören, dann müssen wir das sagen. Ich will jetzt nicht auf die Vorlage eingehen, die wir noch im Gehör haben. Damit das, was weiter zu sagen ist, nicht etwa mißverständlich ist, will ich Ihnen in aller Offenheit verraten: ich werde trotz allem für diese Vorlage mitstimmen. Aber das meine ich nun freilich, daß in dieser Vorlage auch noch nicht von ferne die Entscheidung zum Ausdruck kommt, zu der wir gefordert sind, und daß wir nun also doch vor der Frage stehen, was wir im Hören auf die Schrift zu antworten hätten.

Man kann die Frage, die uns gestellt ist – also: wie denn ein Christenmensch sich zu den Atomwaffen zu stellen hätte, bzw. was die Kirche Jesu Christi mitten im Atomzeitalter zu den Massenvernichtungsmitteln, und dann also zu einem mit solchen Mitteln etwa geführten Krieg zu sagen hat –, man kann sie beantworten mit Gründen der Vernunft, der moralischen, der politischen Vernunft. Und in dieser Richtung wäre dann zu sagen: es ist Verbrechen, es ist Wahnsinn. Man kann insbesondere, wenn man Bürger dieses unseres gespaltenen Vaterlandes ist, die Landkarte zur Hilfe nehmen und noch einmal sagen: atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte – ich rede offen –: Verbrechen, Wahnsinn. Aber nicht darum geht es bloß, sondern jetzt geht es doch eigentlich um ein Einziges, um das, was uns, die wir im Ausschuß doch in der Ablehnung des atomaren Krieges alle einig waren, so unsagbar Not gemacht hat: Wo der eigentliche Dissens unter uns aufbrach, das war die Frage, ob es so ist, wie wir sagen – nicht nur ich, sondern viele in dieser Synode, ich denke an die Bruderschaften, deren Frage hier mitten in unseren Raum hineinreicht – also: ob es so ist, wie wir sagen: *es ist Sünde*, die ganze Sache mit den Massenvernichtungsmitteln. *Es ist Sünde*, sich überhaupt darauf einzulassen. Nicht erst ihre Anwendung, sondern schon ihre Herstellung, ihre Bereitstellung ist Sünde. Darum geht es.

Ich bin gefragt worden: wie kommt ihr zu einem solchen absoluten Urteil? Wie könnt ihr in einem Stadium, wo die Forschungen in dieser Frage noch nicht von ferne abgeschlossen sind, wo auch neue Erfindungen mannigfache Veränderungen bringen, wo es eine ganze gleitende Skala gibt von ganz kleinen Atomwaffen zu kleinen über größere bis zu den grauenhaften nuklearen hin – wie könnt ihr in diesem Stadium zu einem solchen absoluten Urteil kommen?! Verwechselt ihr da nicht eure Meinung, eure vielleicht wirklich mit letztem Ernst gespeiste Meinung mit Gottes Wort? Es ist ein furchtbar Ding, liebe Brüder und Schwestern, wenn man seine eigene Meinung mit Gottes Wort gleichsetzt! Und das ist der Ernst der Frage, die auf uns selber gerichtet ist. Aber nun frage ich Sie und lassen Sie mich das, was mir in meinem Hören auf die Heilige Schrift im Ohr ist, in der Gestalt solcher *Fragen* an Sie bringen. Ich darf es tun mit Worten, die die Dekane der Theologischen Fakultäten in der Deutschen Demokratischen Republik damals auf ihre Verantwortung genommen haben. Sie haben mich ausdrücklich gebeten, diese Sache noch einmal an diese Synode zu bringen. Was haben wir damals gesagt? „In den atomaren Waffen werden Gottes Gaben mißbraucht, sowohl die Kräfte der Natur wie der menschliche Verstand. In den atomaren Waffen wird der Mensch, der Gott zum Ebenbild geschaffen worden ist, für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten. Und in diesen Waffen wird Gottes Güte gelästert.“ Wenn ich das auf einen einzigen Satz bringen sollte – und es ist gut, in einer ganz ersten Frage alles auf ein einziges zu konzentrieren –, dann lassen Sie es mich heute noch einmal so sagen: *Den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es das Evangelium von Jesus Christus uns sagt, zum Gegenstand von Massenvernichtungsmitteln auch nur in Gedanken machen zu wollen, ist Sünde, ist Sünde!* Sünde ist noch mehr als Verbrechen

und Wahnsinn. Wer nur in moralischen und rationalen Kategorien denken kann, wird's nicht verstehen zumal ein Wort wie Sünde dem kirchlich-frommen Vokabular anheimgefallen ist. Aber Sünde, das wiegt schwerer als Himmel und Erde. Sünde, das wiegt schwerer als jeder erdenkliche Zweck, den einer nennen könnte, und wäre es die Rettung der ganzen Welt – schwerer als die Rettung der östlichen Welt, wie sie dort sagen: des Friedens inklusive aller Errungenschaften der Oktoberrevolution, wiegt schwerer als die Rettung des ganzen sogenannten christlichen Abendlandes mit allem, was einer nennen könnte an Kulturwerten, die dort mit Dank gegen Gott gewahrt werden können und sollen. *Sünde*, wenn man's in seiner Qualität wirklich hört, das setzt eine letzte Entscheidung. Und es ist nicht Hochmut, es ist nicht Anmaßung, ist auch nicht Unbarmherzigkeit gegen die anderen, Intoleranz oder dergleichen mehr, wenn die Erkenntnis, liebe Brüder: das ist Sünde! – wenn sie in jener Letztlichkeit geltend gemacht wird, die dann freilich in eine Entscheidung fordert. So habe ich auch das Wort der Bruderschaften gehört. Also: Diese Synode hat es doch im Jahre 1956 selber einstimmig ohne Stimmenthaltung gesagt – ich zitiere aus dem damaligen Beschluß: „Es gibt keinen Zweck, durch den die Massenvernichtungsmittel, ihre Herstellung und Anwendung gerechtfertigt (oder heißt es da: geheiligt) werden können.“ Es gibt wirklich *keinen* Zweck. Und nun fragen wir: folgt daraus nicht etwas ganz Einfaches – ich drücke es jetzt grob aus –, also: jedem zugerufen, den es angeht: Hände weg davon! Wenn es wirklich so ist, daß dieser Abgrund – ihn noch einmal zu schildern ist unnötig – von Hiroshima angefangen bis zu dem hin, was die nuklearen Bomben bedeuten würden, ist es uns doch wohl bewußt –, also: wenn dieser Abgrund wirklich eine ganze Menschheit bedroht, und wenn es nicht nur der Abgrund des eigenen Todes ist, sondern wenn es der Abgrund der Mordschuld, der Massenmordschuld ist – ja, liebe Brüder und Schwestern, wenn wir zu diesem Abgrund nein sagen, dann gilt doch: keinen einzigen Schritt in dieser Richtung! Dann gilt doch hier ein Nein, wie es eben zur Sünde gesprochen werden muß.

Sind wir damit wirklich Häretiker, wie man mir heute noch gesagt hat? Ist's wirklich so, wie ich mit Trauer und mit Zorn gelesen habe in dem Aufruf der Bundesregierung, von allen ihren Mitgliedern nach der Zeitung unterzeichnet – da heißt es: „Bis dahin müssen wir die Politik der Sicherheit für das deutsche Volk fortsetzen; wir dürfen uns nicht durch falsche Propheten irremachen lassen.“ Wer ist gemeint? Wir sind ja doch wohl gemeint! Und nun – Vater Luther hat gesagt: daß Hurerei und Raubmord und was einer nennen kann, eine Bagatelle wäre (ich gebe es frei wieder) gegenüber dem, daß jemand der Häresie sich schuldig machte, daß er zum Häretiker, zum falschen Propheten würde. Denn wenn ich einen Raubmord begehe, dann begehe ich ihn an diesem einzelnen Menschen, und das ist freilich als Sünde vor Gott von unendlichem Gewicht; aber nicht wahr, was die Wirkung betrifft, so kann ich als falscher Prophet Völker und Zeitalter verführen. Also, wie kann man so etwas sagen? Und wenn man denn so etwas sagt, dann antworten wir, und zwar mit Worten der Heiligen Schrift – jetzt sage ich's so: wir – ob die andern es im Ohr haben, das weiß ich nicht – aber wir haben im Ohr zum Beispiel, was im Jesaja-Buch im 28. Kapitel steht im 15. Vers: „Ihr sprecht“ – also hören Sie's recht: *wir* haben das im Ohr! – „Ihr sprecht: wir haben mit dem Tod einen Bund und mit der Hölle einen Vertrag gemacht; wenn eine Flut dahergeht, wird sie uns nicht treffen!“ – Ja, liebe Brüder und Schwestern, ist es nicht doch wirklich die Frage, die von *daher* auf uns eindringt? Denken Sie – ich zitiere wieder die Schrift – an das Gegenüber von Jeremia und Hananja, wie Hananja das hölzerne Joch, das Gott auf den Nacken des Propheten gelegt hatte, herunterriß, und dann das eiserne Joch an die Stelle trat –. Also, es könnte doch sein, daß dies doch *diese* Situation ist, daß es sich nicht nur um SOS-Rufe angesichts eines drohenden Untergangs der Kultur oder meinethalben sogar des Bestandes der Menschheit handelt, sondern eben um das, was *Sünde* und *Gottes Zorn* hier in sich beschließt. Also, wenn wir sagen: es

handelt sich hier nicht um Meinungen, sondern das hören wir in der Schrift, von da her denken wir, von da her sprechen wir unser Nein und abermals nein, auch schon im Anfang nein – dann sagen Sie bitte uns nicht, wir wären – was denn? – Pharisäer, erbarmungslos, intolerant, wir wollten andere Leute vergewaltigen und anderes mehr. – Sehen Sie, wenn wir auf den Antrag, den ich hier auf die Synode gebracht habe – Sie haben das im Anfang in der ersten Plenarsitzung gehört –, verzichtet haben, nämlich darauf verzichtet haben, ihn hier zur Abstimmung zu stellen, dann eben darum, damit *keinem Gewalt* geschieht. Parlamente mögen sich ihrer Majoritätsbeschlüsse getrösten; eine kirchliche Synode kann und will das nicht tun. Sie kann sich dann so auf den Mund geschlagen sein lassen. Aber, nicht wahr, das kann und darf ja nicht bedeuten, daß geschwiegen würde und daß die Sache nicht mit dem Ernst gesagt würde, den sie faktisch hat. Sehen Sie, nun sagt man: ja, darin sind wir ja einig. Und in dem Beschluß, der vor Ihnen liegt, steht Gott sei Dank das einmütige Zeugnis: wir verwerfen den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg. Und ich bitte auch, es nicht ganz zu überhören: der Bericht bittet darum, es eben nicht, *nicht* dahin kommen zu lassen, daß es zu einer atomaren Bewaffnung einer deutschen Armee kommt. Ja, das steht da, und wir wollen's nicht überhören. Dennoch muß klar sein, daß, wenn man wirklich sagt: das ist Sündel!, und wenn man sich da nicht verwirren läßt und eine gleitende Skala vom Kleinen bis schließlich zu dem unannehmbar Großen hin, wenn man also Sünde eben wirklich so behandelt, wie Sünde behandelt sein will – dann darf man doch nicht meinen, man könnte mit Abschreckung und Drohung dieser Sünde begegnen – dann nämlich nicht, wenn das Abschreckungsmittel *selber* im Zeichen dieser *Sünde* steht. Meinen Sie – ich darf einmal so fragen –, meinen Sie, daß es dem Teufel imponiert, wenn man sagt: Warte mal, gegebenenfalls werde ich dir mit einer Teufelei antworten!? Meinen Sie, daß man die Sünde wirklich mit Sünde bekämpfen kann? Das heißt Öl ins Feuer gießen, und ich sage das jetzt im *geistlichen* Sinn.

Ich weiß auch, daß die Politiker in der Würde ihrer Verantwortung Mittel und Wege zu suchen haben, auf denen es dann also zu einer konkreten Gestalt des Neins käme, zur totalen Ächtung und Abschaffung aller atomaren Waffen. Und ich weiß, daß man ihnen diese Arbeit nicht einfach als Theologe abnehmen kann. Sie haben ihr Amt, und das hat seine Würde und will von ihnen in der Tat im Gebrauch politischer Vernunft wahrgenommen sein. Aber das, was der Theologe – was sage ich –, das, was *die christliche Gemeinde* im Hören auf Gottes Wort zu tun hat, ja, das sollten wir tun, nämlich sagen – ich wiederhole den Satz von vorhin –: der Mensch, der von Gott so geliebt wurde, wie es uns das Evangelium von Jesus Christus sagt, und nicht nur geliebt *wurde*, sondern geliebt *wird*, und zwar jeder Mensch, in Moskau und New York, in Berlin und Paris oder was Sie hier nennen wollen, dieser Mensch darf nicht einmal als Objekt der Massenvernichtungsmittel *gedacht* werden, geschweige denn mit den Teufelsdingern *behandelt* werden. Es ist grauenhaft, auch nur zu denken, daß dieser Mensch en masse, ob Säugling oder noch nicht geboren, ob schuldig oder unschuldig, ausgerottet werden sollte wie ein Schwarm giftiger Fliegen. Das ist es, was uns – jetzt denke ich auch an das Wort der Bruderschaften – sagen läßt: das ist *Sünde gegen den dreieinigen Gott*, gegen den Schöpfer, gegen den Versöhner, gegen den Erlöser. Vielleicht könnten wir damit in der Tat den Staatsmännern einen unerhörten Dienst leisten für ihre verantwortliche Beratung und Entscheidung, wenn dieser Ruf der christlichen Kirche, wollte Gott, über eine ganze Welt hin in ihren Ohren wäre und immer von neuem in Ohren, Herz und Gewissen gebracht würde. Wir leben im *circulus vitiosus*, in dem furchtbaren fehlerhaften Kreislauf der Angst. Die Angst richtet das Furchtbare unter uns an, und zwar die Angst des Menschen vor dem Menschen. Viel ärger als alle zerstörenden Faktoren in der Weltpolitik scheint heute die Angst zu sein, ärger als etwa die Machtsucht, mit dem Fremdwort gesagt, der Imperialismus. Die Angst ist es, die uns wie in einem dämonischen Bann im Kreis herumlaufen läßt, nach der Weise: ja aber der andere, ja aber

der andere! Nun käme doch alles darauf an – lassen Sie mich das Bild noch ein wenig konkretisieren –, daß der elektrische Stromkreis der Angst an einer Stelle unterbrochen würde, daß da sozusagen ein Kurzschluß einträte im Teufelskreis. Diesen Kurzschluß zu vollziehen, das ist die Sache der *christlichen Gemeinde*, und das ist denn die Sache der Gemeinde, die als *Synodos* versammelt ist. Ich will nicht im einzelnen davon reden, was im Teufelskreis der Angst alles zum Teufel geht! Da geht zum Teufel Recht und Würde des Staates. Der Staat – ich denke an Barmen – hat zwar gegebenenfalls mit den Mitteln der Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen, dafür, daß die menschliche Existenz in Gemeinschaft ermöglicht wird und erhalten bleibt. Wenn er aber zu solchen Mitteln, wie es die Massenvernichtungsmittel sind, greift, zerstört er sich selber in seinem Wesen. Des zum Zeichen wird die Demokratie im Zeichen dieser Mittel an der entscheidenden Stelle mit Notwendigkeit hineingerissen in die Diktatur ganz weniger Männer, die im Ernstfall über Anwendung oder Nichtanwendung solcher Mittel zu bestimmen haben. Also: Recht und Würde des Staates wird hier von innen heraus zerstört und die Verteidigungspflicht dazu. Ich rede jetzt gar nicht lange davon, daß es mir ein völliger Nonsens zu sein scheint, mit einer Bumerangwaffe – wenn man das überhaupt Waffe nennen dürfte, was keine Waffe, sondern ein Massenvernichtungsmittel ist – sich verteidigen zu wollen. Die Waffe schlägt ja zurück, der Mord wird zum Selbstmord. Aber davon will ich nicht weiter reden, sondern nur dieses eine sagen: Es ist einfach ein *Teufelsbund*, wenn Sie es modern ausdrücken wollen: ein Bund mit dem *Nihilismus*! Die Sache mit der Wasserstoffbombe ist durch und durch nihilistisch. Ihr Abwurf ist ein nihilistischer Akt, darum kann man nichts, gar nichts damit retten. Man wird vielmehr alles, was man retten wollte, sei es Recht, sei es Freiheit, sei es Friede oder auch nur das menschliche Leben, in actu eo ipso, eben damit, daß man das tut, schon zerstört haben. Darin setzt sich bloß die dämonische Konsequenz fort, die der Sache innewohnt. Ich könnte fortfahren in dieser Richtung, was das eigentlich für den Menschen heraufführt. In eins mit dem Nihilismus führt das eine tiefe Hoffnungslosigkeit herauf, eine Sinnlosigkeit auf dem Grunde des Lebensgefühls. Man redet im allgemeinen nicht davon, aber sie denken es alle, unsere *jungen Menschen*, die nach Leben und Zukunft hungern, sie denken im stillen: wenn das geschehen *kann*, was hat's dann überhaupt für Sinn, zu leben und zu wirken. Die meisten fragen nur nach der Wirklichkeit, also ob das Schreckliche wirklich passiert, und dann trösten sie sich damit, daß man ihnen sagt: wahrscheinlich, höchstwahrscheinlich wird in absehbarer Zeit der große Krieg, der nukleare Krieg, nicht ausbrechen. Gott gebe es, liebe Brüder und Schwestern, daß er nicht, daß er nie ausbricht! Aber jetzt sage ich: die *Möglichkeit*, das ist eine komische Kategorie, sie ist nämlich die Kategorie der *Angst*, und zwar so, daß, wenn das möglich ist, daß der Mensch das mit dem Menschen tut, die Frage nach uns greift: wo bleibt Menschenwürde, Menschenbestimmung, Menschenfreiheit, und was Sie nennen wollen?! Nur eine einzige Kraft gibt es, die den Kampf mit dem Dämon dieser Möglichkeit aufnimmt, das ist *Jesus Christus*, der für uns Gekreuzigte und Auferstandene. Ich bestreite, daß in dieser Sache mit Humanismus, östlichem oder westlichem, letztlich etwas auszurichten ist. Ich bestreite, daß die Waffen der ratio, der Vernunft, werden sie noch so gut angewandt, die Schlacht gewinnen können. Nicht mehr und nicht weniger tut hier not, als der Satz, den wir in den russischen Kathedralen als einen unsäglichen Triumphgesang jetzt gerade vor wenigen Wochen immer von neuem gehört haben, „Christus ist auferstanden. Er ist wahrhaftig auferstanden!“ Sie, liebe Brüder und Schwestern, und Sie da oben auf der Tribüne, Sie alle, liebe Brüder und Schwestern, hätten das hören müssen, diese Antwort: Er ist wahrhaftig auferstanden! Ich bitte Sie, wenn man *das* hört, und wenn man *so* antwortet, ist dann wirklich noch Raum für dieses Teufelszeug?! Dann darf man doch *getrost nein sagen*, und darf die Sache wirklich dem überlassen, der der Pantokrator ist, der Herr der Herrscher, der König der Könige, der Herr über alle Gewalten und Mächte, sichtbare und unsichtbare. Das war

es, was ich mit dem Versuch, Ihnen darzulegen, worum es nach unserer Erkenntnis der Schrift geht, Ihnen hier zu sagen hatte. Mögen Sie es gehört haben als die Frage und den Ruf *von der Heiligen Schrift her!* Wenn Sie uns von der Schrift her nicht widerlegen können, dann, liebe Brüder und Schwestern, dann dringt die Frage eben einfach durch und *dringt auf Entscheidung!*

Syn. Metzger:

Liebe Brüder und Schwestern!

Ich glaube, Bischof Bender hat mit Recht bei der Erörterung dieser Frage Nüchternheit verlangt. Nüchternheit ist nicht zu verwechseln mit einer Haltung der inneren Unbeteiligung. Ich glaube, ohne innere Beteiligung, ohne innere Erregung können wir über diese Frage überhaupt nicht sprechen; denn wir wissen, daß viel zuviel auf dem Spiel steht. Aber zur Nüchternheit gehört, daß wir uns – das ist keine Frage der Fachleute – über die Tatsachen Klarheit verschaffen. Und wenn wir als Christen Gewissensentscheidungen treffen wollen, gehört es mit zu unserer Aufgabe, auch die Tatsachen klar zu sehen.

Ich möchte sagen, daß viele Gegensätze einfach daraus zu erklären sind, daß die Tatsachen verschieden beurteilt werden oder vielleicht auch nicht genügend scharf gesehen werden. Vielleicht wehrt sich mancher auch dagegen, die Tatsachen genügend scharf zu sehen, weil das nicht in sein Konzept paßt, und in der Gefahr sind wir auch immer, daß wir ein Konzept haben und daß wir die Tatsachen vergewaltigen, anstatt daß wir die Tatsachen sehen und danach das Konzept richten.

Wir haben von Brüdern, die bei dem Spannungsbogen auf der entgegengesetzten Seite stehen, gehört, daß sie der Meinung sind, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen, das heißt also auch vor allen Dingen mit nuklearen Waffen, mit Massenvernichtungsmitteln, vor Gott verantwortet werden kann.

Ich will zunächst einmal von den Tatsachen ausgehen. Wir haben uns darüber im Ausschuß auch unterhalten, und wir haben einen Sachverständigen dabei gehabt, der uns dazu Wertvolles sagen konnte. Wir haben dabei gehört, daß es heute so ist, daß es kleine, sogenannte taktische Atomwaffen gibt, die unter Umständen nicht als Massenvernichtungsmittel angesehen werden können, nämlich dann nicht, wenn sie, wo Menschenanhäufungen nicht vorhanden sind, abgeworfen werden, wenn sie auf ein strategisches Ziel, das menschenleer ist, abgeworfen werden.

Das wären die Ausnahmen. Aber darüber kann doch, glaube ich – und Bischof Bender hat mit Recht verlangt, daß wir von den konkreten Dingen ausgehen –, kein Zweifel bestehen, daß in unseren heutigen Verhältnissen, wenn ein Krieg beginnt, und wenn es der Krieg mit atomaren Waffen ist, der Atomkrieg hemmungslos da sein wird. Das bedeutet doch, daß durch die Verteidigung mit diesen Massenvernichtungsmitteln alles das zerstört wird, was man zu verteidigen vorgibt. Damit ist doch die Verteidigung durch sich selbst aufgehoben, und damit ist, glaube ich, auch die Frage von Bischof Bender beantwortet. Es ist doch einfach unrichtig, wenn uns heute gesagt wird, daß wir mit nuklearen Waffen unsere Sicherheit garantieren könnten und daß die nuklearen Waffen ausgerechnet dazu da seien, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten; wenn diese Sicherheit, das, was wir darunter verstehen, nämlich unsere äußere existentielle Sicherheit, nicht garantiert sein soll, dann brauchen wir nur den Gedanken zu hegen, daß nukleare Waffen angewendet werden sollen. Nun wird in der Argumentation oft genug gesagt – wir hören das ganz offiziell –, wir wollen ja die nuklearen Waffen gar nicht anwenden, wir wollen sie nur haben, wir wollen abschrecken, der Gegner soll damit daran gehindert werden, sie seinerseits anzuwenden. Ich glaube, das ist eine Argumentation, die

in sich selbst nicht schlüssig ist. Wenn ich wirklich das will, was ich sage, nämlich die Waffen nicht anwenden, sondern sie nur besitzen, dann ist der Abschreckungsfaktor nicht mehr da. Der Gegner muß ja wissen, daß man, wenn man diese Waffen hat, sie im Ernstfall anwendet, sonst kann er davon nicht abgeschreckt werden. Deshalb kann es keinen Zweifel geben, daß, wenn man die nuklearen Waffen erst einmal hat, man auch bereit sein wird, sie im gegebenen Fall anzuwenden. Es liegt das vor, was der Jurist den *dolus eventualis* nennt.

Nun haben wir auch im Ausschuß wiederholt die Argumentation gehört, daß vor Gott jede einzelne Seele gleich wertvoll sei. Dagegen kann nichts gesagt werden. Aber ich kann mich nicht davon überzeugen, daß die Tötung eines einzelnen Menschen genauso zu bewerten ist wie die Tötung von Hunderttausenden, ja, wenn der nukleare Krieg kommt, von Millionen von Menschen. Da ist auch in der Schuld ein Unterschied, und wir Christen sollten uns, glaube ich, nicht dazu hergeben, das zu bagatellisieren, sondern wir sollten das mit dem ganzen Gewicht sagen, das dabei notwendig ist, damit wir unsere Verantwortung kennen. Bischof Dibelius hat ja daraus die Konsequenzen gezogen; er hat eindeutig erklärt, der Krieg mit Atomwaffen ist Massenmord an fremden Völkern und am eigenen Volk. Und ich möchte gern, daß wir dieses Wort sehr genau hören, daß es auch im Osten sehr genau gehört wird; denn ich glaube, daß einiges von dem, was gegen Dibelius gesagt worden ist, durch dieses Wort hinfällig wird. Denn es ist ein eindeutiges Wort. Wenn ich mich dazu bekenne, daß Krieg mit Atomwaffen Massenmord ist, dann bekenne ich mich dazu, daß er Sünde ist; dazu bedarf es keiner großen theologischen Deduktion; wenn ich die Zehn Gebote ernst nehme und weiß, daß Töten Sünde ist, dann ist Massenmord erst recht Sünde. Ich für meine Person kann es nicht begreifen, daß man daran deuteln kann. Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß man einen wegen einer gegenteiligen Meinung aus der Gemeinschaft der Kirche ausschließen kann; ich muß aber doch gestehen, daß es Stellungnahmen und Standpunkte gibt, die für mich unvollziehbar sind, die ich nicht verstehen kann. Das muß um der Wahrheit willen deutlich gesagt werden. Es gibt in der Tat entgegengesetzte Standpunkte, wo ich sagen kann, jeder darf aus seiner Erkenntnis heraus das vollziehen, was sich als Konsequenz ergibt. Aber man kann unter Umständen eine Erkenntnis nicht einmal dem Gedanken nach vollziehen, geschweige denn im Gewissen. Das trifft für mich für die atomare Bewaffnung zu. Ich halte diese Aussprache für außerordentlich wichtig. Es muß herauskommen, was wir denken; wir müssen zu diesen Dingen Stellung nehmen, und wir können unsere Meinung nicht einfach verschweigen.

Ich sage also: Die These, die im Tatsächlichen liegt, nämlich, daß man mit Atomwaffen Verteidigung leisten könne, daß man damit Sicherheit garantieren könne – diese These ist falsch, und damit fällt die wichtigste Voraussetzung für die atomare Bewaffnung weg, und damit wird erhärtet, was Bischof Dibelius sagte, daß man den Krieg mit Atomwaffen verwerfen muß ...

Wenn wir als Christen nicht nur für die grundsätzlichen Entscheidungen verantwortlich sind, sondern wenn wir, um mit Ernst Christen sein zu können, in die Konkrektion hineingehen wollen, müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie unsere Politik aussehen muß. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie wir Politik machen oder wie wir helfen, daß Politik gemacht wird, die es verhindert, daß überhaupt die Alternative, von der so oft fälschlicherweise gesprochen wird, eintritt, nämlich daß es entweder die Sicherheit und Freiheit mit Atomwaffen gäbe oder die Unfreiheit, daß ohne atomare Rüstung mit dem Verlust der Sicherheit und Freiheit gerechnet werden müsse. Es ist die Aufgabe der Politik, aus christlicher Verantwortung darum zu ringen, daß eine andere Alternative gefunden wird.

Mein Beitrag soll eine Hilfe geben, die Vorlage, hinter der ich voll stehe, richtig zu interpretieren. Ich möchte dies tun, indem ich die Frage beantworte, was ich als jemand, der in dem Ausschuß mitgearbeitet hat, aus der Debatte gelernt habe. Damit Sie meine Aussagen richtig verstehen, erlaube ich mir, Ihnen zuvor klar zu sagen, wie ich auf die Grundfragen, die sich uns stellten, persönlich geantwortet habe:

1. Ich stehe voll hinter der Aussage, daß jedes Massenvernichtungsmittel unvereinbar ist mit dem christlichen Gewissen, und freue mich, daß der Appell, die Atombombenversuche einzustellen, als wichtiger praktischer Vorschlag herausgestellt worden ist.

2. Ich hätte aus politischen Gründen im Bundestag, dem ich nicht angehöre, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gestimmt, weil ich das Bewußtsein eines machtgeladenen Westdeutschlands innenpolitisch und außenpolitisch mit Rücksicht auf Wiedervereinigung und Abrüstung für belastend und gefährlich ansehe.

Was hat sich nun für mich als Lehre aus der Debatte ergeben?

a) *Zur Frage des konsequenten Pazifismus:* Ich bin überzeugt, daß ich mir nach dem Verlauf unserer Debatte die Frage nach dem konsequenten Pazifismus erneut ernst stellen muß. Denn wie immer wir uns auch persönlich entscheiden mögen: ich sehe nach den gewonnenen Einsichten keine Möglichkeit, bei irgendeiner bewaffneten Einheit, die in Ost und West in einem atomar bewaffneten Verband operiert, durch eine Einzelentscheidung frei von Schuld zu bleiben oder sich irgendwie herauszuhalten. Dort, wo in dem Wort der Bruderschaften, in den Aussagen von Prof. Gollwitzer und anderen diese pazifistische Konsequenz durchschien, da sind mir heute diese Aussagen am überzeugendsten. Obwohl ich bisher die Frage, ob ich es meinem Nachbarn oder Freund überlassen darf, meinen Bereich, wenn er widerrechtlich angegriffen wird, zu verteidigen, nicht im Sinne der altbekannten pazifistischen Ideen zu beantworten vermag, bin ich der Meinung, daß wir uns angesichts der technischen Entwicklung alle der Frage des konsequenten Pazifismus neu stellen müssen.

b) Es sind uns eine ganze Reihe von Zwischenlösungen angeboten worden, nach denen man zu den nuklearen Waffen grundsätzlich nein sagt, die bisherigen konventionellen Waffen notgedrungen aber doch gelten läßt. Da, wo diese Zwischenlösungen theologisch begründet wurden, ist durch die Debatte mein Mißtrauen als Laie gegen die Begründung politischer Entscheidungen, die von Theologen unmittelbar aus der Bibel abgeleitet wird, angewachsen, auch wenn solche Zwischenlösungen persönlich sehr echt und menschlich überzeugend vertreten wurden. Wir Laien müssen uns noch mehr dagegen wehren, daß uns die systematisch alles unmittelbar aus der Schrift ableitende Denkweise der Theologen aufoktroiert wird, bzw. als die in einer Synode allein mögliche Ableitung hingestellt wird. Ich sehe in dem Versuch dieser theologischen Ableitung auch einen Bruch in dem Votum der Bruderschaft und in einigen anderen Äußerungen. Die Frage, wo in der Beurteilung die Massenvernichtungsmittel anfangen und ob zwischen Atombomben und Bombenteppichen alter Art wirklich theologisch so grundsätzlich unterschieden werden kann, ist für mich hier nicht überzeugend beantwortet worden. Wenn sich solche theologischen Begründungen in unserer besonderen Situation beispielsweise dann noch mit dem Argument vermischten, daß es ja nicht zu einem Kampf Deutscher gegen Deutsche kommen dürfe, so war mir diese Mischung erst recht suspekt.

c) *Zur Aufgabe der Machtverwaltung.* Es gibt gelagerte Atombomben, es gibt Soldaten. Darum handelt es sich nach meiner Überzeugung für die Christen nicht in erster Linie um die „Pflicht der Verteidigung“, von der unsere Vorlage spricht. Sondern es handelt sich auch darum, daß verantwortliche Menschen, Christen, die beispielsweise so eingestellt sind wie ich, etwas dafür tun oder sich dafür einsetzen, daß die vorhandenen, bereitgestellten Massenvernichtungsmittel nicht angewendet werden. Die

Christen sollten in dieser Situation etwas zu einem Ethos internationaler Zusammenarbeit beitragen, das es den Mächten, in deren Hand es liegt, diese Waffen einzusetzen, unmöglich macht, sie in der Tat einzusetzen. Gewiß: die Welt braucht Quäker, Menoniten, konsequente Pazifisten, die durch ihr entschlossenes Nein eine ständige Warnung und Gewissens-Mahnung darstellen. Aber dies kann nicht *die* christliche Lösung sein! Prof. Vogel hat gefragt, was Sünde ist: Es gibt auf Erden keinen Naturschutzpark, der den Teufel ausgattert. Wir können durch eine Emigration aus der Machtverwaltung der Sünde nicht gänzlich entfliehen. Wenn wir uns der Aufgabe der Machtverwaltung, nämlich dafür Sorge zu tragen, daß die vorhandenen Massenvernichtungsmittel nicht angewendet werden, entziehen, so halte ich dies auch für Sünde.

Ich bitte diese Erwägungen, die ich aus der Debatte im Ausschuß zog, die zum Teil in die Vorlage einbezogen sind, anzunehmen.

Syn. Dr. Müller:

Hohe Synode!

Ich möchte zunächst als Vorbemerkung ein kleines Mißverständnis abwehren, das sich vielleicht an eine Bemerkung von Bruder Middendorff anschließen könnte. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so wollte er andeuten, daß eine Mehrheit in dieser Synode oder überhaupt in der Kirche für eine totale Verwerfung der Verteidigung mit Atomwaffen eintreten würde. Ich möchte nur feststellen, daß darüber weder im Ausschuß noch irgendwo irgendeine Abstimmung gewesen ist, die darüber einen Hinweis geben könnte. Ich sage das, damit nicht etwa der Gedanke auftaucht, es hätte sich hier eine Mehrheit einer Minderheit aus Rücksichtnahme unterworfen. Der Ausschuß war der Meinung, daß es sich um Gewissensfragen handelt, die überhaupt nicht mit Mehrheitsabstimmungen entschieden werden können. Und nun möchte ich zunächst sagen, worin wir nach meiner Meinung einig sind. Wir sind einig darin, daß der Atomkrieg die Menschheit in einer unvorstellbaren Weise bedroht, daß die physische Vernichtung der ganzen Menschheit hier in unser Gesichtsfeld getreten ist. Wir sind darüber einig, daß auch sogenannte saubere Bomben zum totalen Atomkrieg führen können und daß darum auch diese Mittel eine tiefe Gefährlichkeit in sich tragen. Wir sind darüber einig, daß die Frage nach dem gerechten Krieg heute neu gestellt ist. Wir können diese Frage nicht mehr genauso beantworten wie Martin Luther, wenn wir auch sagen müssen, daß wir nicht einfach die Frage nach dem gerechten Krieg beiseiteschieben können. Soviel scheint unter uns in Einigkeit feststellbar zu sein, daß wir es ablehnen, wenn zur Gewinnung von Rechten Eroberungskriege gemacht werden. In diesem Sinne hat man ja das Reden vom gerechten Krieg in der Reformationszeit verstanden, daß nämlich ein Fürst, wenn er eine gerechte Sache hat, auch zum Kriege ausziehen kann. Aus diesen Gründen dürfte auch unter uns Einmütigkeit darüber bestehen, daß wir etwa das Suez-Unternehmen nicht billigen. Wir sind einig, daß sich alle Kräfte darauf einstellen müssen, einen Krieg zu verhindern.

Der Unterschied unter uns besteht darin, daß die eine Seite sagt, für den Christen bestehe nur die Möglichkeit zu sagen: Ich mache nicht mit. Mein Einsatz besteht darin, andere zu gewinnen, daß sie auch nicht mitmachen.

Die anderen sagen, das genüge für einen Christen nicht, er müsse wirklich auch als Politiker etwas dagegen tun, er müsse Mittel einsetzen, um den Krieg zu verhindern.

Ich bin der Meinung, daß auch ein Krieg mit klassischen Waffen gefährlich ist; denn ein solcher Krieg kann eine Zündschnur sein, die letzten Endes zu einer Atomladung führt. Das gilt auch von Polizeitruppen-Verteidigung. Ich glaube, daß Polizeitruppen-Verteidigung und Räume, in denen nur diese stattfindet, sogar psychologisch gefährlicher sind. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß das Vakuum in der gegen-

wärtigen Situation die größte Gefahr ist, weil nämlich in diesem Vakuum Zündschnüre liegen. Die Konflikte der letzten Zeit, bei denen wir Angst hatten, ob sie nicht zu einem Atomkrieg führen, waren in einem solchen Vakuum, das heißt in Gegenden, in denen wehrlose Völker preisgegeben waren und wo sich dieser Völker eine Verzweiflung bemächtigte. Diese kann unter Umständen auf die ganze Welt übergreifen. Ich erinnere an Ungarn, ich erinnere an Algerien; man könnte andere Beispiele herbeiführen. Ich glaube deswegen, daß man nicht sagen kann: Je größer das Pulverfaß, das heißt die Menge der zusammengetragenen Waffen ist, um so größer ist die Gefahr. Sie wird größer, wenn eine Zündschnur zu dieser Ladung geht. Die ganze Ladung muß also entschärft werden.

Und hier besteht ein kleiner Unterschied. Die einen sagen: Ich rühre die ganze Ladung nicht an; und andere sagen: Nein, es muß eine reale Garantie erstrebt werden, es muß eine wirkliche gemeinsame Abrüstung angestrebt werden, und dazu muß man im Gleichgewicht bleiben. Wir haben heute in der Zeitung gelesen, daß in den benachbarten Staaten der Bundesrepublik auf östlicher Seite 90 Raketenbasen errichtet sind. Wir können also nicht einfach sagen: „Wir fangen nicht an, dann fangen die anderen auch nicht an“, sondern wir müssen uns bemühen, Mittel zu finden, daß der Krieg verhindert wird, daß die Gefahr eingedämmt wird, daß sie abgeschreckt wird, nicht etwa so abgeschreckt, daß dadurch eine Provokation entstehen könnte, aber so abgeschreckt, daß die andere Seite weiß: Es ist für mich ein gefährliches Risiko.

Einseitige Wehrlosigkeit schafft Zündstoff; selbst die Gandhi-Methode ist gefährlicher Zündstoff. Ich bin im vorigen Jahr in Südafrika gewesen; dort haben die Schwarzen nur die Gandhi-Methode. Wir sahen, daß dort die Atmosphäre ständig steigt und der wirkliche Zündstoff, der zum Krieg führt, wächst. Wenn dort kein Gegengewicht gegen eine atomare Anwendung besteht, dann kann es eines Tages so weit sein, daß selbst die Polizei mit Atomwaffen ausgestattet ist. Wir wissen, daß selbst Rechtsstaaten, wenn kein Gegengewicht der Macht da ist, Atomwaffen anwenden, sonst wäre die Atombombe von Hiroshima nicht losgegangen. Bei Staaten, die keine Gegengewichte haben, ist die Versuchung groß, daß sie in ihrer Verlegenheit ein politisches Problem einfach mit Atomwaffen erledigen. Wir sind überzeugt, daß Hitler die Atombombe angewendet und den Gaskrieg begonnen hätte, wenn er gewußt hätte, daß er in diesen Waffen überlegen ist, oder daß die Gegenseite darin völlig ungerüstet ist. Einseitige und partielle Abrüstung schafft ungeheure Vorteile für diejenigen, die bedenkenlos rüsten. Darum müssen wir sagen, daß es heute leider auch einen psychologischen Krieg gibt, der den Ausgleich der Kräfte zerstören soll, und dieser psychologische Krieg ist ein Spiel mit dem Feuer. Wir müssen aufpassen, liebe Brüder und Schwestern, daß wir nicht plötzlich eine solche Zündschnur mit entflammen.

Wir sind uns alle darüber einig, daß es eine tiefe Tragik ist, wenn wir eine Friedenssicherung durch Abschreckung – andere sagen durch Terror – herbeiführen müssen. Aber eines ist sicher, daß die Friedensbedrohung durch Terror noch unchristlicher ist. Wir wissen, daß wir zwischen diesen beiden Alternativen wählen müssen, daß – wenn wir auf die Friedenssicherung durch Abschreckung verzichten – dann die Friedensbedrohung durch Terror Wirklichkeit wird. Und wir können nicht sagen: Ich lasse andere für mich sündigen. Ich erinnere daran, daß wir voriges Jahr immer wieder die Frage nach der deutschen Neutralitätspolitik aufgeworfen haben. Dabei wurde die Frage gestellt, wie wir die Neutralität Deutschlands garantieren können. Brüder, die heute für die Abrüstung eintreten, haben sich damals darauf berufen, daß die Amerikaner Atomkraft und Atomwaffen haben. Ich selber habe in meinem Artikel – wie Sie wissen, Bruder Heinemann – darauf hingewiesen. – Dr. Bauer, der anwesend ist, kann das bezeugen. – Wenn wir Christen in einer Lage sind, daß wir den Frieden anders nicht sichern können, dann dürfen wir diese Sicherung nicht auf andere abschieben.

Hohe Synode!

Die entscheidende Frage lautet: Ist atomare Rüstung eine für Christen vertretbare Möglichkeit, eine vor Gott vertretbare Möglichkeit, etwas, was unter ethischen Aspekten gesehen werden kann, oder schlechthin Sünde. Die These – Atomwaffe ist Sünde schlechthin –, diese These und die damit gegebene Frage scheint mir eine falsch gestellte, ja geradezu erschreckend primitive Frage zu sein. Denn hier handelt es sich um ein tiefschichtiges, komplexes Gebilde, um eine Sache, bei der sich die politischen, militärischen Fragen und Möglichkeiten und Gesichtspunkte überkreuzen, eine Frage, die eine unerhörte Sachkenntnis fordert. Damit aber stehen wir vor der Frage politischer Verantwortung. Ist es nicht ethische Pflicht für die Politiker, für die Staatsmänner, für die Parlamente, dafür Sorge zu tragen, zu schützen, soweit es ihnen möglich ist, die bedrohte Freiheit und Würde des Menschen zu bewahren? Ist es nicht ethische Pflicht gegenüber der Menschlichkeit, einen Damm gegen die Unmenschlichkeit aufzuwerfen? Ist es nicht hohes Ethos, alles zu tun, um die Tötung der Seelen, einen Massenmord der Seele zu verhüten?

Ich möchte genauso kompromißlos wie Bruder Vogel formulieren: Es kann verantwortungslos, ja gewissenlos, unethisch, in der Tat Sünde sein, auf Abrüstung schlechthin zu verzichten oder gar zum Atomstreik aufzurufen im Namen des christlichen Glaubens. Die Frage der Herstellung, der Verwendung, des Besitzes von Atomwaffen kann eine ethische Forderung von höchster Bedeutung sein, denn auch diese schrecklichen Mittel können in den Dienst der Nächstenliebe treten. Es kann lieblos sein, auf Atomwaffen zu verzichten. Der christliche Gehorsam kann auch in dieser Gestalt echter politischer Entscheidung für atomare Rüstung sichtbar werden.

Was ergibt sich hieraus für die politisch-ethische Haltung der christlichen Kirche? Es muß als ein Mißbrauch des Evangeliums angesehen werden, wenn erklärt wird, im Namen des Evangeliums, im Namen Gottes dürft ihr euch unter keinen Umständen daran beteiligen. Hohe Synode, das bedeutet nichts Geringeres, als daß hier ein neues Gesetz aufgerichtet wird, und ich fürchte, daß hier theologisch eine Verwechslung vorliegt zwischen christlichem Gehorsam, der sich ganz verschieden realisieren kann, und einer Gesetzhlichkeit. Bruder Vogel hat sich wiederholt auf die Heilige Schrift berufen und – wenn ich recht gehört habe – vor allem an die Auferstehung Jesu erinnert. Die Erinnerung an diese zentrale Botschaft ist mir aus der Seele gesprochen, das wissen alle, aber ich frage Bruder Vogel: Liegt hier nicht doch so etwas wie eine Verwechslung vor zwischen der Auferstehung Jesu und der Parusie des Herrn? Das ist doch charakteristisch für die Auferstehung, daß die Menschen noch in der Welt der Sünde bleiben, daß der Interimszustand bis zur Wiederkunft des Herrn noch fort dauert. Man beruft sich auf die Heilige Schrift. Ich frage: Könnte es nicht sein, daß hier an Stelle Luthers Tolstoj tritt und eine einseitige tolstojische Deutung der Bergpredigt zur Richtschnur erhoben wird? Ich komme auch nicht daran vorbei, daß das Bekenntnis unserer Reformation gerade diese Auffassung sehr kritisch als schriftwidrig ablehnt.

Gestatten Sie, Hohe Synode, wenn ich vom Standpunkt der Lutherischen Kirche eine Behauptung wage in bezug auf Feststellungen, die wir bei Gollwitzer lesen können, nämlich daß Christen, welche sich an diesen Dingen der atomaren Bewaffnung beteiligen, nicht in einem seligen Stand stehen können, sondern sie in der Sünde stehen, es geht dabei um ihre Seligkeit. Ich muß es in aller Ruhe und Sachlichkeit aussprechen: Diese Behauptung stellt eine massive Irrlehre dar und bedeutet nicht eine gleichberechtigte christliche Möglichkeit. Sie brauchen sich über diesen Satz nicht aufzuregen, denn er besagt in keiner Weise Exkommunikation, aber um der Wahrheit willen, um des Hörens auf Schrift und Bekenntnis willen, um der Sauberkeit einer echten theologischen Entscheidung willen, muß das ausgesprochen werden.

Auch ich habe mich seit Jahren, auch auf der letzten Synode, für die Einheit unserer brüderlichen Gemeinschaft in unserem Kirchenbund, der Evangelischen Kirche in Deutschland, eingesetzt – das sind Kostbarkeiten, ein Vermächtnis! Auch die von mir so scharf herausgearbeiteten Kontraste sind nicht in der Lage, diese Gemeinschaft, diese Brüderlichkeit zu zerstören oder in Frage zu stellen. Ich bitte, auch diese Feststellung nicht zu überhören. Aber wir wenden uns mit Leidenschaft gegen jede Politisierung der Kirche und gegen jede Überfremdung der Kirche durch politische Gesichtspunkte. Und darum frage ich: Worin besteht heute der Auftrag der Kirche im Atomzeitalter?

Ich stehe unter dem bedrückenden Gefühl, daß in der EKD ständig der Schwerpunkt verlagert wird. Es gibt jedoch nur eine Sendung der Kirche: die Christusverkündigung, den Christustrost und seine Vergebung. Darum geht es, das ist das Zentrum, das ist das A und O; das andere sind nur gewisse Folgerungen, die gezogen werden können. Aber der Mittelpunkt muß bleiben.

Was hat die Kirche zu sagen? Das Einzige und Entscheidende, was nur die Kirche sagen kann, nämlich die Schuldverstrickung in der politischen Welt mit Atomwaffen und ohne Atomwaffen ist unentrinnbar und unlösbar. Hier stehen wir am Ende jeder moralischen Selbstrechtfertigung. Ich könnte mir zum Beispiel auch nicht den Satz von H. Asmussen zu eigen machen, der sagte, „das Atombombenschicksal sei die Zuchtrute Gottes“. Das ist gewiß richtig, aber ich würde ergänzend sagen, Seuchen und andere Heimsuchungen sind auch Zuchtruten Gottes, und doch müssen sie bekämpft werden. Also, das Wort „Zuchtrute Gottes“ meint nur die eine Seite. Zugleich aber gilt die Erkenntnis: hier in diesem atomaren Schicksal vollzieht sich eine fürchterliche Enthüllung der menschlich-dämonischen Möglichkeiten, hier offenbart sich der Abgrund der Sünde; aber ich kann nicht sagen, die Atomwaffe ist gleich Sünde. Aber hier, in dieser Situation wird brennpunktartig die fürchterliche Möglichkeit des von Gott gefallen Menschen offenbar. In dieser Lage sagt uns das Hören auf Gottes Wort und das Evangelium von Christus nach dem Verständnis der Reformation Entscheidendes: Den Regierungen in aller Welt wird eine unerhört große Verantwortung zugemutet, dieses Mittel der Atomwaffe für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu gebrauchen. Zugleich aber kommt es darauf an, im Namen Jesu Christi allen Angefochtenen eine Tröstung der Gewissen, die Vergebung der Schuld, zuzusprechen. Und diese Tröstung gilt den Politikern und Soldaten. Das ist der einzig entscheidende seelsorgerliche Dienst. Christen dürfen auch im Atomzeitalter ihres Glaubens getrost sein.

Syn. D. Niemöller:

Worum geht es? Es geht nicht in erster Linie um eine politische Frage. Wir sind Synode, und wir haben als Kirche zu reden. Wir sind als Kirchen zusammengekommen, wir sollen als Synode auf eine Anfrage von Christen antworten. Gegenstand der Anfrage heißt: Wie steht der Christ? Wie hat er sich zu verhalten im Blick auf die Atomwaffen? – In der Vorlage, die Sie bekommen haben, ist keine Antwort gegeben, weil wir im Ausschuß nicht in der Lage sind, auf diese Frage: „Wie hat sich der Christ zur Atomwaffe zu verhalten?“ eine eindeutige Antwort zu finden. Das ist ein Faktum! Und auf Grund dieser Tatsache haben wir festgestellt, wo wir eigentlich sind. Und da sind Unterschiede an den Tag gekommen. Diese Unterschiede sind in dem Wort, das Ihnen vorgelegt ist, ausgedrückt. Diese Unterschiede reichen von dem, was Vogel gesagt hat, und nun will ich nicht sagen, bis zu dem, was demgegenüber Bender gesagt hat; aber was Müller gesagt hat, das ist sehr deutlich der andere Teil des Spannungsbogens. Soweit sind wir Christen, wenn wir gefragt werden: „Wie stehen wir zur Atomwaffe?“, nicht *beieinander*, sondern *auseinander*! Und die Frage, die schmerzlich bleibt und mit uns geht, war: Ist dieses Auseinander etwas, was uns weiter und ganz auseinander treibt, oder ist es etwas, was uns zueinander treiben muß? Und sind wir bereit, dieses Zueinander zu wagen? Also,

wir haben darauf verzichtet – und Gott sei Dank haben wir verzichtet –, etwas anderes als Feststellungen zu treffen. Wir haben nicht gesagt: Die einen, die sagen: völlig unmöglich, ist Sündel, das sind die unverbesserlichen Scholastiker. *Das* haben wir *nicht* gesagt, sondern nur hingestellt: Die einen sagen so und die anderen so in der Frage – und haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es doch gelingen möchte, über diese Dinge durch die Gnade Gottes einmal hinwegzukommen und daß wir uns darum bemühen wollen.

Die an mich gestellte Frage heißt: Weshalb siehst du das als *Sünde* an?

Ja, liebe Brüder, als ganz schlichter Mann – ich habe zwar auch Theologie studiert, genausoviel wie Bruder Künneth – sage ich, die Frage nach dem sündigen Charakter dieser sogenannten Waffe heißt: Kann sie zu etwas Gutem verwandt werden? – Darauf antworten einige von uns: Es ist nicht Sünde, denn diese Waffe kann zu einer abgestuften Abschreckung gebraucht werden.

Liebe Brüder und Schwestern, ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wenn ein Vater dem Kinde mit der Rute droht, dann ist die Rute nicht Sünde, wenn aber der Vater seinem Kinde mit der geladenen Pistole droht, ist es Sünde! Und, bitte, exerzieren Sie es an dem Beispiel durch – wir wissen sehr genau, was Sünde ist. Bruder Künneth, das brauchen Sie uns nicht erst zu erzählen, daß wir in einem sündigen Zusammenhang stehen. Aber eine ganz andere Frage ist, wie man sich in diesem Zustand mit einer neuen Situation befaßt. Es gibt eine Sünde mit der erhobenen Hand, mit der wir uns von Gott trennen. Die Kirche hat dazu zu sagen: „Tut das nicht!“ Es erstaunt mich, daß ein Theologe den Unterschied zwischen Gesetz und Gesetzlichkeit nicht kennt. Herr Professor Künneth, das ist nicht eine neue Gesetzlichkeit, sondern ein neues Gesetz, das jetzt offenbar wird. Wir haben damit nicht gesetzlich zu verfahren, sondern müssen es christlich exerzieren, wir haben auf dieses Gesetz hinzuweisen: „Wer solches tut, der tut Sünde!“

So, das ist meine theologische Auffassung von dieser unserer heutigen Situation. Und dann heißt es plötzlich: Was sollen dann aber die Staatsleute machen? Liebe Brüder, wolle die Synode sich freundlichst Gedanken darüber machen, ob in der Bibel geschrieben steht, daß ein Christ selbstverständlich unter allen Umständen Staatsmann sein kann!? *Das* ist doch die Frage, wieweit kann ein Christ Staatsmann sein? Wir sind doch zu dem Herrn Christus gerufen, und wenn ich es vor dem Herrn Christus nicht mehr verantworten kann, dann kann ich diesen und jenen Posten nicht bekleiden! Das ist doch eine sehr eindeutige Geschichte, die in der Kirchengeschichte wieder und wieder an den Tag gekommen ist und die uns in den heutigen Tagen wieder passiert. Wir müssen jedenfalls zu dieser Frage Stellung nehmen. Man sagt uns: es könnte mit taktischen Atomwaffen abgehen. Liebe Brüder, ich erinnere an ein Kommuniqué, das ein nicht unbedeutender Mann, der Bundesverteidigungsminister, vor seiner Amerikareise gegeben hat, wo er sagte, es muß Klarheit darüber bestehen, daß der erste Gewehrsschuß mit nuklearen Explosionen beantwortet wird. – *Das* ist die Wirklichkeit! Nun wollte ich sagen, die Synode hat im Jahre 1957 die Massenvernichtungsmittel expressis verbis verworfen. (Zwischenruf: 1956!) Auch 1957! Was wir heute erleben, was wir im Ausschuß erlebt haben, ist die betrübliche Tatsache, daß wir damals den Mund zu voll genommen haben; denn jetzt sind bei uns – und das haben wir festgestellt – Synodale, evangelische Christen, die diese Rechtfertigung doch versuchen ... (Unruhe in der Versammlung) ... Bitte schön, daran gibt es kein Vorbei! Das geht immer so mit den großen Worten, mit denen das persönliche Engagement nicht verbunden ist. Wenn in die Welt hineinposaunt wird, es muß unvorstellbar sein, daß Deutsche gegen Deutsche kämpfen – 1948 in Eisenach und jetzt! –, wen kümmert es heute noch? Und die paar Leute, die aus Gewissensgründen sagen: „Das kann ich nicht, und auch die Kirche hat so gesagt!“, die haben heute in der Bundesrepublik keinen gesetzlichen Schutz. Wir sind auf dem Rückzug, und wir müssen irgendwo wieder Tritt miteinander gewinnen. Besser – im Blick auf das Ganze –: wir stellen heute fest, wie ernst dieses Auseinandersein wirklich für uns ist, als wir betrügen

uns mit irgendwelchen sanft lautenden Formulierungen. Darum begrüße ich das Wort, wie es – in seiner Armut und Nacktheit, die es uns im Spiegel vorhält – heute dasteht, und ich würde die Synode dringend bitten – ich muß gleich weg –: Nehmen Sie das Wort so an! Wir wissen dann, wo wir weitermachen sollen, wo wir zum Weitermachen und zum Weitermachen miteinander und gerade miteinander gefordert und gerufen sind.

Syn. Säußerlich:

Herr Präses, verehrte Synodale!

In der Reihe der Brüder, die in dieser Aussprache zu den uns alle bedrängenden Problemen gesprochen haben, bin ich der erste, der im Raum der Deutschen Demokratischen Republik seinen Wohnsitz hat. Infolgedessen werden Sie verstehen, daß ich von dem besonderen Standort her spreche, in dem ich mich nun eben befinde.

Vor einigen Monaten hat ein hoher Staatsfunktionär der DDR zu mir gesagt: Ich weiß, die Kirche hat ihre eigene Weise, für den Frieden einzutreten, aber ich erwarte, daß sie es tut. Ich meine, das ist ein gutes Wort gewesen, ein Wort, das wir in der DDR leider nur allzu selten hören. Wir als Kirche – und sie hat nach der Verfassung der DDR das Recht, von ihrem Standort aus zu den großen Fragen der Öffentlichkeit und des Lebens unseres Volkes Stellung zu nehmen – sind gefragt, ob wir das auch immer beachten. Man kann selbstverständlich auch die Gegenfrage stellen, beachtet das die Gegenseite?

Ich darf noch einmal an die etwa fünf- bis sechstausend Eingaben erinnern, die aus dem Raume der Deutschen Demokratischen Republik allein das Präsidium der Synode erhalten hat; und die Eingaben, die die einzelnen Synodalen erhalten haben, gehen in die Zehntausende. Selbstverständlich wissen wir alle, daß diese Eingaben nicht nur spontan erfolgt sind, aber wir haben unter diesen Eingaben eine ganze Anzahl, die wir ernst nehmen müssen, wenn etwa unsere Gemeindeglieder uns beschwören, um Christi willen zu den Fragen der Zeit – und das ist insbesondere zur Atomabrüstung – ein befreiendes Wort zu sprechen. Und auch die anderen Eingaben, die in der Sprache der Politik einhergehen, müssen wir hören. Wir selbst reden nur zu oft auch politisch und haben dazu auch ein Recht. Wenn wir es tun – und das ist auf dieser Synode und in dieser Aussprache zuweilen geschehen –, dann müssen wir es uns aber gefallen lassen, daß wir auch einmal politisch angedeutet werden.

Aber der Synode kann es nicht aufgegeben sein, eine politische Antwort zu geben und zu finden, sondern sie muß ein kirchliches Wort sprechen. Die Frage, die ich zu stellen habe, ist die, ob das Wort, das der Ausschuß Ihnen vorgeschlagen hat, ein solches Wort ist. Wir werden gefragt werden, ganz konkret, wenn wir in die DDR zurückkehren: Welche Stellung habt ihr zum Rapacki-Plan bezogen, was habt ihr gesagt zu der Erklärung der Sowjetunion, daß sie die Atombombenversuche einstellt, wie habt ihr euch zur Bewaffnung oder in Aussicht genommenen Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen gestellt? Hier ist die Synode gefordert. Ich persönlich habe hier einen ganz klaren Standpunkt. Ich persönlich würde aus meiner politischen Einsicht heraus einen Weg, wie ihn der Rapacki-Plan vorschlägt, bejahen, denn es ist ein Weg des Versuchs, Deutschland allmählich herauszuholen aus der Verklammerung jedes der beiden Teile in einen der großen Weltmachtblöcke, der Versuch einer Neutralisierung Deutschlands, zumindest der Anfang dazu. Aber ich weiß, daß eine ganze Anzahl von Brüdern der Meinung ist, daß nur eine kontrollierte Abrüstung der Weg zu einer echten Entspannung sein könnte. Da ich aber die eine wie die andere Auffassung als eine politische Sache ansehen müßte, die vom Evangelium her nicht zu entscheiden ist, werde ich keinerlei Anträge in der Richtung stellen, etwa nun für eine bestimmte politische Konzeption zu votieren. Kirchlich ist es, daß die Kirche den Staatsmännern, den verantwortlichen Staatsmännern im politischen Raum, das Gewissen schärft und daß sie

sie bittet. Ich bin dafür dankbar, daß diese Form des Wortes gewählt worden ist – die Kirche bittet, und es sind sehr konkrete Bitten, die wir aussprechen, die Bitte an die Politiker der Welt, zu prüfen, ob eine allgemeine Abrüstung in langsamer Aufeinanderfolge möglich ist. Wir bitten die Politiker, ob es möglich ist, die Atomwaffenversuche einzustellen oder wo es bereits geschehen ist, ob sie bereit sind, auf eine Wiederaufnahme dieser Versuche zu verzichten. Wir bitten unsere Regierungen in den beiden deutschen Staaten, alles zu tun, was dem Frieden dient, um damit eine mögliche atomare Aufrüstung und Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden. Ein solches Bitten ist zugleich eine Wahrnehmung des Wächteramtes der Kirche und schließt eine ernste Warnung in sich. Wir haben aber darüber hinaus unseren Gemeinden zu sagen – und das steht in irgendeiner Weise auch im Anfang unseres Wortes –, daß wir als Gemeinde Jesu Christi die Pflicht haben, dafür Sorge zu tragen, daß der Haß nicht weiter gesät wird, weder hüben noch drüben. Wir haben dafür zu sorgen und dafür zu kämpfen, daß das Mißtrauen in der Welt, das erst durch die Angst hervorgerufen ist, abgebaut wird. Wir haben für den Frieden zu beten, und wenn wir das tun, wenn wir das sagen, daß wir für den Frieden beten, dann ist das keine faule und bequeme Ausflucht, als ob wir damit die Hände in den Schoß legen wollten und nichts tun. Wenn ich für mein Kind bete oder eine Mutter für ihr Kind, dann weiß sie sich für dieses Kind verantwortlich, und wenn ich für eine Sache bete, weiß ich auch, daß ich mich für diese Sache einzusetzen habe. Wenn wir Christen für den Frieden beten, ist das für uns ein Impuls, für den Frieden der Welt tätig zu werden, nun aber eben in einem kirchlichen Sinne, nicht in irgendeiner politisch akzentuierten Weise.

Uns geht es darum, daß die Welt erhalten bleibe, soweit uns Gott der Herr die Gnade schenken will. Wir möchten darum auch mit unseren Äußerungen vorsichtig sein. Herr Prof. Künneth hat die These von Asmussen zurückgewiesen, als sei die Atombombe die Zuchtrute Gottes. Ich würde aber auch vorsichtig sein mit einer Äußerung, wie sie hier gefallen ist, daß unter Umständen die atomare Aufrüstung Dienst am Nächsten sein kann. Wir können uns als Theologen über das, was damit gemeint ist, durchaus verständigen, aber der Mann der Straße hat für diese Vokabeln kein Verständnis, denn er versteht sie anders, als sie von uns gemeint sind. Wir müssen überhaupt, wenn wir uns im politischen Raum wieder verständigen wollen, eine ganz neue Sprachregulierung schaffen. Wir Theologen reden in einer Sprache, die die anderen nicht verstehen und verstanden haben. Wenn wir dann in der Sprache der anderen angerebet werden, wird es deutlich, daß das, was wir gemeint haben, von ihnen mißverstanden worden ist.

Meine Zeit geht zu Ende. Die große Frage, die zwischen uns in diesen Tagen immer wieder zur Erörterung gestanden hat, ist die Frage, ob die Weisheit der Römer zu Recht besteht *si vis pacem, para bellum* – wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg – oder ob jene andere Meinung die richtigere ist, die, wenn ich mich recht erinnere, auf einem goldenen Füllhalter gestanden hat, mit dem einst Stresemann und seine Vertragspartner einen wichtigen internationalen Vertrag unterschrieben haben – *si vis pacem, para pacem* –, wir wollen zu unserem Teil in jeder Weise dafür Sorge tragen, daß der Frieden der Welt erhalten und nicht gefährdet werde. Und wenn wir in der Wahl der Mittel, die zu diesem Ziel führen, nicht immer einig sind, wollen wir uns gegenseitig nicht verketzern, sondern um Verständigung und eine einheitlichere Erkenntnis ringen, von der wir in unserem Schlußwort unseres Antrages gesagt haben, daß sie uns ein Anliegen unserer Herzen sein soll und bleiben wird.

Bischof D. Dr. Lilje:

Herr Präses, hochwürdige Synode!

Unser Gespräch hat sich immer wieder der Frage zu stellen versucht, was wir aus dem Evangelium für die Frage lernen, die uns hier quält. Ich fühle mich verpflichtet, auf

einen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen, der, wenn ich recht gehört habe, noch nicht hier ausgesprochen ist, und das ist die Frage: Welche Verheißung gibt uns für unsere Erwägung das Evangelium? Können wir die Tatsache ganz außer acht lassen, daß am Ende die Wiederkunft unseres Herrn bezeugt werde, und daß uns klar und deutlich vorausgesagt ist, daß die Gemeinde den Schrecken der Endzeit nicht entgehen, und – wenn nicht diese Tage verkürzt würden, auch die Auserwählten nicht gerettet würden?

Das steht in der Heiligen Schrift. Es ist sicherlich nicht ohne Grund, daß wir in den sehr lebhaften Auseinandersetzungen der letzten Tage nicht die Möglichkeit gehabt haben, auch darauf hinzuweisen. Wenn ich diesen Gesichtspunkt noch anrühre, dann nur deswegen, damit wir uns alle klar darüber sind, daß wir, was auch immer wir über den Frieden sagen, das als eine Aussage über *diesen*, den gegenwärtigen Weltlauf meinen. Es ist schon viel wert, wenn das unter uns klar ist.

Das, was wir aber über die Aufgaben, den Frieden zu schaffen, sagen, ist, liebe Brüder und Schwestern, nicht undeutlich, und es wäre ein Unglück, wenn die Diskussion, die wir gehabt haben, dazu führen würde, die klare und eindeutige Aussage zu unterhöhlen, die hier gemacht ist. Hier ist gesagt worden, daß wir den Frieden wollen und die Massenvernichtungsmittel und den damit geführten totalen Krieg verwerfen. Wenn wir das sagen, gibt es keinen, der sagen darf, wir meinten es nicht. Es ist nicht unwichtig, sich klarzumachen, daß sich hierin die Erkenntnis der Christenheit erkennbar gewandelt hat. Überall über dies Erdenrund hin sagen heute Christen, daß die Möglichkeit der Verhinderung des Krieges in der gegenwärtigen Form eine Aufgabe ist, die nicht als utopisch abgewiesen werden kann. Das sagt die Christenheit offiziell seit 1947 in Amsterdam. Ich wiederhole, wer hat das Recht, zu sagen, ihr meint das nicht so? Wenn wir trotzdem in den schweren Auseinandersetzungen dieser Tage entdeckt haben, daß unter uns eine Verlegenheit besteht, dann darf ich zunächst einmal eine sehr nüchterne Aussage tun.

Es tut auch einer Synode gut, einer konkreten Synode, die ja nicht einfach *die* Kirche Christi ist, wenn sie erkennt, daß sie an diesem Stück nicht mehr weiß als die Welt, in der wir leben. Es ist die gleiche Verlegenheit der gesamten Welt, in der wir sind. Es ist gut und nützlich, daß wir ruhig und deutlich ausgesprochen haben: hier sind Unterschiede. Um eines muß man allerdings bitten, daß diese Unterschiede nicht simplifiziert werden. Infolgedessen bin ich bereit, es zu hören, daß in den Tagen – soviel ich verstanden habe – niemand sich als einen konsequenten theoretischen Pazifisten erklärt hat. Ich werde mich hüten, einen Bruder, der etwas anderes als ich für richtig hält, durch Konsequentmacherei zu etwas zu drängen – und bitte, daß es umgekehrt genauso ist. Es geht denen, die etwas anderes denken, nicht um den Wunsch, daß in der nächsten Woche der Atomkrieg ausbrechen möchte, sondern um die Frage: Wie kann man ihn verhindern? In diesem unterscheide ich mich deutlich von Bruder Niemöller. Der Weg, den der Ökumenische Rat beschritten hat – das muß man deutlich sehen –, besteht nicht darin, eine allgemeine Aussage zu machen, sondern in großer und nüchterner Sorgfalt darüber nachzudenken: Wie kann man es erreichen, daß ein Atomkrieg verhindert wird? Es täte der ganzen Welt einschließlich der frommen Welt gut, wenn sie sorgfältig lesen würde, was in New Haven ausgesprochen worden ist. Es ist erst in diesen Tagen vom CCIA ein verändertes Fünfpunkteprogramm vorgelegt worden, das schon auf das russische Angebot, die Testate zu stoppen, eingeht. Man sieht an der Sorgfalt dieser Tätigkeit, daß man mit größter Genauigkeit darüber nachdenken muß, wie man das in dieser Welt macht. Ich gehöre zu denen, die meinen, das sei eine unabweisbare christliche Pflicht; wer dem ausbiegt, den muß ich fragen, ob er seine christliche Pflicht tut. Ich halte es auch für eine christliche Aussage und sage es mit Nachdruck und Ernst, daß es zu den Aufgaben der Kirche gehört, an diesem Punkt zu sagen: alle sollen es tun, alle Mächte der Welt sollen sich an diesen Bemühungen beteiligen. Das ist nicht Kon-

sequenzmacherei, sondern das ist eine Aussage, die man zu tun hat, wenn man Gott gehorchen will in der gegenwärtigen verwickelten politischen Situation.

Am Schluß sage ich nur noch dies und unterbiete damit freiwillig die zehn Minuten, nachdem soviel Gutes und Ernsthaftes gesagt ist: Wir sind ja hier angesichts der ernüchternden Erkenntnis, daß wir im Augenblick nicht viel mehr wissen als die Welt, für uns vor die Frage gestellt, ob wir daran auseinanderbrechen und ob das unsere Einheit zerstört. Ich sage mit dem gleichen Ernst und Nachdruck: Die Einheit, die wir im Dritten Artikel bekennen, kann durch keinen solchen Dissensus zerstört sein, oder es ist nicht die Einheit des *credo unam sanctam ecclesiam*. Ich bitte die Brüder, die eine andere Meinung haben, sich klarzumachen, daß wir unter Gott stehen, der eine an seiner Stelle, der andere an der anderen Stelle.

Und wenn die Kirche das der Welt deutlich macht, daß man angesichts von Fragen, die alle quälen, die viele mit einer tödlichen Furcht erfüllen, doch unter Gott stehen kann, dann bleibt die Kirche bei ihrer entscheidenden Aufgabe, die sie der Welt schuldig ist.

Das heiße Ringen endete mit der Annahme nachstehender Entschlieung:

BESCHLUSS

Die Synode der EKD grt die Gemeinden in Ost und West. Wir danken Gott, daß wir durch seine Gnade zusammengehalten werden. In dieser Gemeinschaft treten wir für den Frieden ein.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom kumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefaßt wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott.

Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung, nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der sogenannten konventionellen Waffen führen kann.

Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen.

Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.

Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann.

Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mhen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.

Dieser Beschluß ist gewiß ein Eingeständnis der Armut und Ratlosigkeit – nicht grundlos war die Klage des Synodalen Professor Dr. Hammelsbeck: „Wir kommen so ratlos zurück, wie wir hergekommen sind“ – und hat manche enttäuscht, die auf eine klare eindeutige Stellungnahme gewartet hatten, aber eben mit dieser Erwartung die Möglichkeiten einer Synode überschätzten und überforderten. Trotzdem sollte das Ergebnis der synodalen Aussprache nicht gering geachtet werden; vielmehr ist es in mehrfacher Hinsicht positiv zu bewerten. Die Synode hat der Versuchung widerstanden, durch eine kompromilerische über-

brückungsformel den Ernst der Frage zu vertuschen und die Gegensätze zu überkleistern, vielmehr hat sie ein nüchternes, nichts beschönigendes und nichts verharmlosendes Wort gesagt, indem sie ihre Ohnmacht bekannte, in dieser Frage eine gemeinsame Antwort zu geben. Sie hat sich dadurch zu der Solidarität der Verlegenheit mit der Welt bekannt und sich gemeinsam mit ihr auf die Suche nach einem Ausweg gemacht. Zum anderen: Die Synode ist beieinandergeblieben und hat die Gefahr der Kirchenspaltung gebannt; sie hat weder nach der einen noch nach der anderen Seite eine Exkommunikation ausgesprochen; sie hat sich die Verleugnungsthese der Bruderschaften nicht zu eigen gemacht, sondern man ging – von wenigen bedauerlichen Ausnahmen abgesehen – in echter Brüderlichkeit auch mit dem Andersdenkenden um, hielt sich von politischen Unterstellungen und Verdächtigungen fern und bezichtigte einander weder der Schwärzerei noch des restaurativ-scholastischen Dogmatismus. Drittens hat die Synode ausgesprochen, was aller Uneinigkeit zum Trotz gemeinsam gesagt werden kann – und des Gemeinsamen ist mehr als üblicherweise gesehen und gesagt wird – und ist über die bisherigen kirchlichen Verlautbarungen insofern noch hinausgegangen, als sie nicht nur den mit Massenvernichtungsmitteln gefährdeten totalen Krieg verwirft, sondern in die Forderung nach allgemeiner Abrüstung auch die konventionellen Waffen einbezieht. Endlich, und das ist wohl das Wichtigste, spricht die Synode am Ende ihrer Entschließung aus, daß sie das Eingeständnis der bestehenden tiefen Gegensätze nicht als das letzte Wort kirchlicher Aussagemöglichkeiten ansehe.

c) Die kirchliche Atomdebatte nach der Synode

Nach der Synode flaute die Lebendigkeit und Heftigkeit der innerkirchlichen Auseinandersetzung über die Atomfrage ab, doch kam es noch zu einer ganzen Reihe von Äußerungen. Nicht alle vermochten die beachtliche Höhenlage der synodalen Aussprache mit ihrer Fülle von neuen Gesichtspunkten, ihrem beträchtlichen theologischen Tiefgang und ihrer echten Brüderlichkeit zu bewahren; einige von ihnen fallen sogar in einen Stil der Argumentation und der Behandlung andersdenkender Brüder zurück, der nach der Synode eigentlich nicht mehr hätte verwandt werden dürfen. Keiner dieser Verlautbarungen gelang es, neue Erkenntnisse beizutragen, dadurch der kirchlichen Atomdebatte vorwärts zu helfen und sie dem Ziel gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung einen Schritt näher zu bringen.

Es bleibt abzuwarten, ob nicht das abseits vom Rampenlicht der Öffentlichkeit in der Stille fortgeführte Grundsatzgespräch fruchtbarer sein wird als die öffentliche Debatte, in der auf beiden Seiten Entgleisungen unterliefen, über die die Berichterstattung jedoch schweigen möchte. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Beiträge der nachsynodalen innerkirchlichen Atomdiskussion.

Noch ehe das Ergebnis der Synode der Öffentlichkeit bekannt war, konstituierte sich in Düsseldorf als Gegen gründung gegen die Kirchlichen Bruderschaften der Rheinische Konvent und wandte sich mit nachstehender Erklärung an die Öffentlichkeit:

ERKLÄRUNG DES „RHEINISCHEN KONVENTS“

vom 30. April 1958

Die Lage der Evangelischen Kirche in Deutschland ruft zum Handeln. Die „Kirchlichen Bruderschaften“ haben in die Atomdebatte eingegriffen mit dem Anspruch, sie allein hätten im Namen des Wortes Gottes die richtige Entscheidung getroffen; wer nicht auf ihrer Seite sei, verleugne den christlichen Glauben in allen Stücken. Damit droht die Spaltung der evangelischen Kirche.

Diese Gefahr gebietet die Sammlung aller, die der Herrschaft von Gruppen in der Kirche widersprechen und der drohenden Spaltung widerstehen.

Deshalb hat sich innerhalb der Rheinischen Kirche am 30. April 1958 in Düsseldorf eine Sammlungsbewegung konstituiert unter dem Namen „Rheinischer Konvent“.

Der „Rheinische Konvent“ tritt ein für die Besinnung auf das Zeugnis des Evangeliums, wie es die Theologische Erklärung von Barmen in einer schweren Stunde zusammengefaßt hat.

Wir bejahen im Sinne dieser Erklärung den Dienst der Kirche in der Welt und an der Welt.

Wir mißbilligen die Einmischung der Kirche und ihrer Amtsträger in politische Entscheidungen, die nicht ihres Amtes sind.

Wir treten ein für das brüderliche Wesen der Kirche und widersetzen uns der Herrschaft von Gruppen und Parteien. Sammlung und Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde.

Wir treten ein für die Wahrung der Bekenntnisse der Reformation und für das friedliche Zusammenleben lutherischer, reformierter und unierter Christen in einer Kirche.

Der „Rheinische Konvent“ ruft also auf zur Besinnung auf den Auftrag der Kirche Jesu Christi und zur gehorsamen Erfüllung dieses Auftrages allein. Er tritt einer schwärmerischen Theologie, wie sie besonders in der letzten Zeit laut geworden ist, entschieden entgegen.

Der Kirchlich-Theologische Arbeitskreis der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche veröffentlichte eine

ERKLÄRUNG ZUR FRAGE DER ATOMAREN AUFRÜSTUNG

I.

Die Auseinandersetzung der atomaren Aufrüstung hat in unserer Kirche viel Verwirrung angerichtet. In vielen Fällen blieb sie zu sehr an der Oberfläche haften. Die Wurzel unserer Ratlosigkeit und Angst ist unser zerbrochenes Verhältnis zu Gott. Wissenschaft und Technik sind weithin zu Mitteln geworden, mit denen wir aus eigener Kraft Herren der Welt sein wollen. Aber dabei werden wir die Opfer unserer eigenen Errungenschaften.

Darin zeigt sich der Zorn Gottes, der die Menschen mit den Folgen ihres Abfalls straft. Auch wir Christen stehen in diesem Schuldzusammenhang. Wir müssen den Bußruf Gottes hören, denn die gegenwärtige Atomnot ist nicht nur ein technisches und politisches Problem, sondern fordert in erster Linie die Erneuerung des Herzens (Eph. 4, 23).

II.

Dieses eigentliche Anliegen der Kirche tritt bei den Kreisen in den Hintergrund, die heute „im Namen des Evangeliums“ bestimmte politische Entscheidungen fordern. Es ist gegen das klare Zeugnis der Heiligen Schrift, wenn die Zugehörigkeit zur christ-

lichen Gemeinde davon abhängig gemacht wird. Dadurch wird aus dem Evangelium ein neues Gesetz, die Politik wird klerikalisiert und die Kirche politisiert. Die daraus entstandene Gefahr für die Verkündigung der Kirche muß klar erkannt werden.

III.

Nach der Lehre der Heiligen Schrift hat jede Staatsregierung den Auftrag, den Menschen, sein Leben und seine Freiheit zu schützen. Darum sind ihr in dieser von Gott gelösten Welt Gewalt und Mittel der Macht gegeben. Jedoch ist der Krieg, gleichviel mit welchen Waffen er geführt wird, kein legitimes Mittel der Politik, sondern die Folge einer gescheiterten Politik. Darum ist es Aufgabe der Politiker, in Verantwortung vor Gott mit allen ihnen notwendig erscheinenden Mitteln den Krieg zu verhindern und das Zusammenleben der Völker in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

Wir sind nicht der Meinung, daß die Kirche dem politischen Geschehen gleichgültig gegenüberstehen darf. Vor allem ist der Kirche das Gebet aufgetragen. Mit ihm greift sie aktiv in das Weltgeschehen ein, denn dem Gebet gelten die größten Verheißungen Gottes.

Zugleich wissen wir uns als Christen verpflichtet, für den Frieden zu arbeiten. Darum helfen wir mit, die Vorurteile und Gegensätze, die zwischen den Völkern und Menschen bestehen, abzubauen. Mit tiefer Sorge sehen wir die Gleichgültigkeit unter den Menschen, die Lieblosigkeit und die Versuche, aus eigener Kraft mit Anwendung von Gewalt aus der hoffnungslosen Lage der Menschheit heraus zu kommen.

Im Blick auf die gegenwärtige Weltlage halten wir es für notwendig, daß die Kirche nach dem Maße ihrer Einsicht auch konkrete Vorschläge zur Entspannung und Schaffung einer neuen Atmosphäre macht, wie es zum Beispiel in der Erklärung des Weltkirchenrates in New Haven vom 24. Juli 1957 geschehen ist.

IV.

Wir meinen nicht, alle Fragen der Atomnot beantwortet zu haben. Wir bitten alle Glieder unserer Kirche zu bedenken, daß keine politische Entscheidung uns von der Angst befreien und vor dem Sterben schützen kann; denn diese Welt vergeht.

Über dieser vergehenden Welt aber waltet Gott als ihr Herr, und alles steht in Seiner Hand. Er ruft uns alle durch die Kirche zu Jesus Christus, der uns in aller Angst Geborgenheit schenkt, uns aus dem Tode ins Leben reißt und uns schon in dieser friedlosen Welt in Seinen Frieden hinein nimmt.

Rummelsberg, den 25. Mai 1958

E. Flurschütz Kirchenrat
Vorsitzender des Arbeitskreises

H. Luther, Dekan
Obmann der Gesellschaft

Wenige Tage später wurde ein von acht bekannten Theologen unterzeichneter Aufruf an die Christen in aller Welt bekanntgegeben, der lange vor der Synode erarbeitet, aber mit Rücksicht auf die Synodaltagung bisher nicht veröffentlicht war.

ERKLÄRUNG

Berlin, den 28. Mai 1958

I.

Die im Westen und im Osten aufgestapelten Atombomben genügen, um alles Leben dieser Erde zu vernichten und sie in eine Wüste zu verwandeln, in der kein Leben mehr gedeihen kann.

Es handelt sich nicht mehr um Waffen, die zur Abwehr des Bösen gegen einen erkennbaren Feind auf ein begrenztes Ziel zur Anwendung gebracht werden könnten, sondern um Massenvernichtungsmittel, mit denen die Menschen, die doch Gott gehören, wie Ungeziefer ausgerottet werden sollen.

Atomphysiker und andere Wissenschaftler haben mit beschwörenden Worten vor diesen ungeheuerlichen Gefahren gewarnt.

Staatsmänner und Politiker haben eindringliche Appelle an die Weltöffentlichkeit gerichtet.

Kirchliche Synoden und ökumenische Tagungen haben angesichts der Bedrohung des menschlichen Lebens durch den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens mahnende Worte gesprochen.

Die atomaren Rüstungen werden fortgesetzt.

Der Teufelskreis von Mißtrauen und Abschreckung besteht fort.

Der Zirkel der Angst macht die Völker bereit, die Vorbereitung ungeheurer gegenseitiger Verbrechen zu dulden und mitzumachen. Der einzelne aber verfällt im Gefühl seiner Ohnmacht der Resignation und Apathie.

II.

Wir Christen laden vor Gott und unseren Mitmenschen schwerste Schuld auf uns, wenn wir jetzt schweigen.

Gottes Wort, wie es in der Botschaft der Bibel als das Wort des Schöpfers und Herrn der Welt laut wird, gebietet uns, in dieser Stunde im Blick auf die Herstellung, Erprobung und Anwendung dieser dämonischen Werkzeuge das vorbehaltlose Nein auszusprechen.

In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand und die Kräfte der Natur mißbraucht.

In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten.

In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.

Die Massenvernichtungsmittel sind deshalb durch keinen erdenklichen Zweck zu rechtfertigen. Ihre Anwendung ist ein nihilistischer Akt, in dem alles verleugnet und verloren wird, was man damit zu verteidigen gedenkt, und seien es Freiheit und Menschenwürde, Frieden und Gerechtigkeit.

Die Menschheit, die sich vermißt, mit den Massenvernichtungswaffen Gottes Schöpfung total vernichten zu können, wird unter seinem Fluch und Gericht stehen in Zeit und Ewigkeit.

Im Jüngsten Gericht wird Gottes Frage jeden einzelnen überfallen: Wo ist dein Bruder Abel?

Im Jüngsten Gericht werden wir uns alle vor Jesus Christus verantworten müssen, der sich selber den Bruder der Hungrigen, der Flüchtlinge, der Nackten und der Gefangenen nennt.

Wir werden uns an jenem Tage nicht durch politische Argumente, durch den Hinweis auf einen ideologischen Zweck und durch die Berufung auf Kampf um Recht und Freiheit rechtfertigen können, wenn wir in dieser Sache wegen Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott verklagt werden.

III.

Wir Christen dürfen in dieser Sache weder mitmachen noch uns auch nur neutral verhalten in der falschen Meinung, daß hier nur politischen und militärischen Fachleuten das Urteil zustehe.

Dies bedeutet nach unserer Erkenntnis für die Christen in Deutschland, daß sie der

atomaren Bewaffnung einer der bestehenden deutschen Armeen und der Errichtung von Raketenbasen auf deutschem Boden mit allem Nachdruck widersprechen und sich an solchen Unternehmungen nicht beteiligen sollten.

Wir bitten die Christen in den Ländern, die schon Atomwaffen besitzen, das Ihre zu tun, um die Erzeugung und Erprobung von nuklearen Waffen und die Drohung mit ihrer Anwendung zu Ende zu bringen.

Wir bitten die Christen in den Ländern, die noch keine Atomwaffen haben, dafür zu sorgen, daß auch in ihren Ländern keine Atomwaffen hergestellt oder stationiert werden.

Alle sollten klären und öffentlich aussprechen, was sich für sie aus der Erkenntnis ergibt, daß ein mit Massenvernichtungsmitteln geführter Krieg Sünde wider Gottes heiligen und gnädigen Willen ist. Die Stunde ist ernst und fordert von jedem Christen eine klare, biblisch begründete Erkenntnis und einsatzbereite Haltung.

Professor D. Martin Fischer, Berlin; Professor D. H. Gollwitzer, Berlin; D. Dr. Heinrich Grüber, Berlin; Dr. Dr. Gustav Heinemann, Essen; Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Cottbus; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Universitätsprofessor D. Heinrich Vogel, Berlin; Bischof Dr. Johannes Vogt, Herrnhut.

Dann meldete sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, der am 6./7. Juni in Essen seine 7. Bundestagung hielt, zu Wort:

AN DIE EVANGELISCHEN CHRISTEN DEUTSCHLANDS

Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt.

Sie treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf. Sie vermessen sich, diejenigen, die aus christlicher Verantwortung in ihrem Amt die Landesverteidigung ernst nehmen, der Verleugnung aller drei christlichen Glaubensartikel zu zeihen, ja, sie Atheisten zu nennen.

Daß die atheistisch-kommunistische Ideologie mit allen modernen Mitteln einer Diktatur die freie Welt zu übermächtigen sucht, wird verharmlost oder verschwiegen.

Der Friede ist unser kostbarstes Gut. Wir stellen nur die Wirklichkeit des Friedens gegen die Illusion eines Friedens, die die Kapitulation aus der Angst vorbereitet.

Die allgemeine kontrollierte Abrüstung der konventionellen und nuklearen Waffen ist unser oberstes Ziel. Aber bis dahin – täuschen wir uns nicht! – beruht die Wirklichkeit des Friedens auf der indirekten Verteidigung: dem Gleichgewicht der Kräfte.

Die bequeme Ausflucht in den allzu billigen Frieden ist die eigentliche Kriegsgefahr – nicht anders als 1939. Die pazifistische Schwäche seiner Gegner hat Hitler damals ermutigt, sein Risiko gering einzuschätzen.

Als evangelische Christen in der öffentlichen Verantwortung beschwören wir daher die berufenen Vertreter der evangelischen Kirche, wachsam und nüchtern die Geister zu scheiden, uns immer neu in der Verantwortung des Friedens zu rufen, aber sich nicht in politische Entscheidungen drängen zu lassen. Das ist nicht ihres Amtes.

Wir rufen unser Volk auf, an unsere Landsleute in Mitteldeutschland zu denken, die von uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Befreiung vom sowjetisch-ideologischen Joch vertrauensvoll erwarten. Die Gewissensnot drüben ist grauenhaft. Wenn wir nicht frei bleiben, können sie nicht frei werden.

Wir bitten unser Volk, nicht den Parolen der unverbindlichen Vorleistung der einseitigen Abrüstung und der Kapitulation in Raten zu folgen.

Wir beschwören unser Volk, nüchtern eingedenk zu bleiben, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit Opfer, Mut und Disziplin kosten – wider alle Angst vor dem Kommunismus und der Atombombe.

Laßt uns in der Kraft des Glaubens alle Angst überwinden.

Am 11. Juni gab der Arbeitskreis Kirchlicher Bruderschaften folgende Erklärung zu der Berliner Synode 1958 ab:

1. Der Synode lag eine Anfrage der Bruderschaften in zehn Sätzen vor, in denen die Christen aufgefordert werden, sich unter allen Umständen der Mitwirkung schon an der Vorbereitung auf einen Atomkrieg zu versagen. Ein gegenteiliger oder ein neutraler Standpunkt der Kirche wurde als christlich nicht vertretbar bezeichnet.

Die Synode hat sich diese Sätze nicht zu eigen gemacht. Sie hat sie aber auch nicht widerlegen können. Die Synode hat die Anfrage der Bruderschaften nicht beantwortet, aber sie hat anerkannt, daß die atomare Aufrüstung eine Frage des Glaubensgehorsams und der gesamtkirchlichen Verantwortung ist.

2. Die von der Synode festgestellten gegeneinanderstehenden Überzeugungen: Mitmachen sei Sünde vor Gott – und: Mitmachen könne ein Dienst der Nächstenliebe sein, können nicht nebeneinander bestehen bleiben.

Wir werden darum weiterhin die Gewissen unterweisen, daß das Vertrauen zu Gott und der Gehorsam des Glaubens jegliche Beteiligung an der atomaren Aufrüstung ausschließen. Wir werden nicht aufhören, zum konkreten Bekennen aufzurufen. Wir fordern von den Vertretern der gegenteiligen Ansicht die Begründung aus dem Evangelium.

Im Oktober 1958 traten die Kirchlichen Bruderschaften zu einer Arbeitstagung unter dem Thema „Die Einheit der Kirche in Glauben und Gehorsam“ zusammen. Es wurde eine theologische Erklärung erarbeitet, deren dritter Teil die Thesen 7, 9, 10 der bruderschaftlichen Anfrage an die Synode (s. oben, S. 32) in einer gemäßigten Formulierung, aber inhaltlich unverändert wieder aufnimmt.

THEOLOGISCHE ERKLÄRUNG

Auf die Frage: „Was heißt Jesus Christus in der atomaren Bedrohung der Welt zu bekennen?“, antworten die vom 2. bis 4. Oktober 1958 in Frankfurt am Main versammelten Vertreter Kirchlicher Bruderschaften in Deutschland:

I.

Die christliche Gemeinde verkündigt Jesus Christus, den einen Offenbarer des einen gnädigen Willens Gottes. Damit bekennt sie, daß Jesus Christus der Herr der Welt ist. Ihm sind auch alle Bereiche des Lebens untertan, in denen die Menschen Wahrheit suchen, Recht setzen und Macht ausüben. Das ist zwar der Welt noch verborgen, der Kirche aber im Glauben gewiß.

Es gibt keine Werte und Ordnungen, Prinzipien und Ideale für das menschliche Leben, durch die das eine Wort Gottes, Jesus Christus, gedeutet, begrenzt oder suspendiert werden kann; ihre Anerkennung und Anwendung bedürfen und unterliegen vielmehr stets der Begrenzung, Interpretation und Korrektur durch ihn.

II.

Jesus Christus ist am Kreuz gestorben, damit auch wir, der Sünde gestorben, in der Kraft seiner Auferstehung mit dem Tun der guten Werke ihm leben.

Die Heilstat Jesu Christi wird verleugnet, wenn sie nicht als *Zuspruch und Anspruch* gepredigt wird. Der Zuspruch der Rechtfertigung ist immer zugleich der Ruf zur Umkehr in der Heiligung des Lebens. Wie die Rechtfertigung den Sünder *ganz* rechtfertigt, so gilt die Heiligung unserem *ganzen* Leben. Deshalb ist auch das politische Dasein dem Anspruch des Glaubensgehorsams nicht entzogen.

III.

Das neue Leben aus dem Evangelium Jesu Christi schließt in sich die tätige Mitverantwortung der Gemeinde wie des einzelnen für die Erhaltung menschlichen Lebens und darum auch die durch Gottes Geduld ermöglichte Einrichtung menschlicher Rechtsordnungen. Die Mitverantwortung der Christen für den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen und sie vor dem Mißbrauch der Macht zu bewahren. Der christliche Glaube erkennt den Staat an als von Gott in seiner Gnade gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden soll bis zum Ende der Tage.

In der Wahrnehmung dieser Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und -ausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser Sache, die wir als Sünde erkennen, ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Beides theologisch rechtfertigen zu wollen, führt in Irrlehre und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung.

Wer diese unsere Warnung vor den Massenvernichtungsmitteln als Einladung zum Glauben an die Verheißung des Evangeliums versteht, der hat uns recht verstanden. Indem wir in dem neuen Leben der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt, vertrauen und gehorchen, dürfen wir der Verheißung Gottes gewiß sein. So werden wir befreit von der Angst, daß Mächte der Finsternis Kirche und Welt ohne seine Zulassung zugrunde richten könnten. „In solcher Freiheit aus dem Glauben gehört unser Tun zum Regiment Christi, der sein Reich dadurch vor der Welt bekundet und in unserer Schwachheit seine Macht offenbart“ (vgl. Apol. IV, 189). Diese Erkenntnisse verbinden uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und der Tat.

Der Rheinische Konvent antwortete auf die Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften mit folgender

STELLUNGNAHME

Der Vorstand des Rheinischen Konvents hat sich auf seiner Sitzung am 8. Oktober 1958 in Köln mit der kirchlichen Lage befaßt, die durch die Frankfurter Tagung der Kirchlichen Bruderschaften erneut verschärft worden ist. Die Kirchlichen Bruderschaften haben bekanntlich erklärt, wer ihr unbedingtes Nein zur Atombewaffnung nicht mitspreche, verleugne den christlichen Glauben.

Der Vorstand des Rheinischen Konvents sieht diese Stellungnahme als bedauerlich und für die Kirche verhängnisvoll an. Dabei macht sich der Rheinische Konvent keineswegs zum Befürworter der Atomwaffen; er weist aber die Auffassung der Kirchlichen Bruderschaften entschieden zurück, daß die Frage nach den Atomwaffen das zentrale Problem des christlichen Glaubens sei, und daß es sich an der Stellungnahme zu dieser Frage entscheide, ob jemand Christ ist oder nicht.

Der Rheinische Konvent hat bereits früher die Erwartung ausgesprochen, die Kirchlichen Bruderschaften müßten ihre Auffassungen am Worte Gottes prüfen. Eine Begründung aus dem Worte Gottes hat auch die Frankfurter Tagung nicht geliefert; sie kann auch nicht geliefert werden.

Angesichts der zunehmenden Entkirchlichung, über die sich der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Dr. Beckmann, kürzlich besorgt geäußert hat, bringt der Vorstand des Rheinischen Konvents seine große Sorge zum Ausdruck, daß die Kirchlichen Bruderschaften, indem sie das Atomproblem zur Glaubensfrage machen, faktisch die

Entkirchlichung fördern. Eine streitende Kirche, in der Andersdenkende ohne zureichenden Grund gerichtet werden sollen, kann die Gleichgültigen und Entfremdeten nicht gewinnen.

Der Rheinische Konvent sieht mit Bedauern, wie die Kirchlichen Bruderschaften fortfahren, die Kirche auf das Feld politischer Entscheidungen zu führen und wie sie damit in das Amt der Obrigkeit greifen.

Zudem lähmt und entzweit der Atomstreit die kirchlichen Synoden, Presbyterien und Pfarrkollegien und gefährdet den Zusammenhalt der gesamten Evangelischen Kirche in Deutschland mit einer Frage, die nicht das Zentrum des Evangeliums betrifft, und in der verschiedene Standpunkte wohl möglich sind.

Der Rheinische Konvent wünscht die Abschaffung der Massenvernichtungsmittel in aller Welt, Frieden und ein freies Leben für alle Völker. Er ruft alle evangelischen Christen auf, sich der Ausfechtung des Atomstreits mit angeblichen Argumenten des christlichen Glaubens entschieden zu versagen und vielmehr auf Frieden und Einigkeit in der Kirche bedacht zu sein.

Der Vorstand des Rheinischen Konvents hat beschlossen, Anfang des kommenden Jahres eine Tagung abzuhalten, die der Klärung der aufgeworfenen Fragen und der Abwehr falscher Lehren gewidmet sein soll.

Der Überblick über die kirchlichen Äußerungen zur Atomfrage nach der EKD-Synode sei beschlossen mit einer aus besonderem Anlaß erfolgten Entschließung der Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Dezember 1958):

Die Synode bittet alle Pfarrer, Kirchenvorstände und Gemeinden, die mit der Erklärung der Kirchenleitung vom 13. Mai 1957² ausgesprochene Aufgabe der christlichen Verkündigung angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel ernstlich zu prüfen und anzufassen.

Sie erwartet, daß alle sich in ihrer persönlichen und gemeinsamen biblischen und theologischen Arbeit um die uns gestellten Fragen der Stellung zu diesen Vernichtungsmitteln, ja zum Kriege überhaupt, in eigener Verantwortung mühen und Antwort aus dem Evangelium suchen.

Es kann und darf keinem Glied unserer Kirche das Recht bestritten werden, seine christliche Erkenntnis zu bezeugen.

Die Synode ist sich bewußt, daß trotz unserer Gemeinsamkeit in der Zielsetzung keineswegs Übereinstimmung in allen Fragen gegeben ist, insbesondere nicht alle politischen Fragen der Wege zur Überwindung der Massenvernichtungsmittel und des Krieges überhaupt beantwortet sind. Sie muß vielmehr feststellen, daß in der Beantwortung dieser Fragen offenkundige Gegensätze unter uns vorhanden sind.

Die Synode erwartet, daß sich ein jeder ernstlich bemüht, seine Auffassung so zu vertreten, daß er das Gebot der Liebe gegenüber denen, die seine Erkenntnisse nicht teilen, nicht verletzt.

Auch im Blick auf die unter uns aufgetretenen Gegensätze erklärt die Synode:

„Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.“

2. S. Kirchl. Jahrbuch 1957, S. 88.

4. DIE DRITTE TAGUNG DER ZWEITEN SYNODE DER EKD IN BERLIN 26.–30. APRIL 1958

Noch nie hat eine kirchliche Synode so im Brennpunkt der Erwartung und Beachtung durch die Öffentlichkeit von Welt und Kirche, aber auch noch nie unter so massivem politischem Druck gestanden wie die Synode dieses Jahres. Das hat seinen Grund in den Beratungsgegenständen, deren jeder einen hochpolitischen Aspekt hatte. Das eigentliche, von langer Hand vorbereitete Thema der Synode war das Problem der Erziehung; durch die politische Entwicklung der letzten Monate waren die Fragen des Atomkrieges und der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr sowie die der Militärseelsorge hinzugekommen, deren Behandlung sich die Synode nicht entziehen konnte. Während der Westen mit Spannung und oft auch der falschen Erwartung einer kirchlichen Legitimation politischer Standpunkte vor allem der synodalen Entscheidungen zur Atomfrage und zur Militärseelsorge entgegensah, war für die DDR auch das Erziehungsthema von höchstem politischem Interesse. Deshalb wurden schon Wochen vor dem Zusammentritt der Synode die Synodalen aus den Gliedkirchen im Bereich der DDR unter schweren propagandistischen Druck gesetzt, für die Absetzung des Erziehungsthemas von der Tagesordnung, die Aufhebung des Militärseelsorgevertrages und die Annahme der Thesen der Kirchlichen Bruderschaften einzutreten. In Presse und Rundfunk wurde gegen die Synode und leitende kirchliche Amtsträger, besonders gegen Bischof D. Dr. Dibelius, gehetzt. Da und dort wurde in Aussicht gestellt, man werde die Mitglieder der Synode, die Bürger der DDR seien, zur Rechenschaft ziehen, wenn sie unverrichteter Sache heimkehrten. Tausende von Eingaben – zum weitaus größten Teil aus der DDR – meldeten die gleichen Forderungen an. Diesem Vorspiel entsprach der Auftakt der Synode in Ostberlin: Demonstranten, deren Lärm, den Bericht des Ratsvorsitzenden störend, in den Sitzungssaal drang, verlangten Einlaß und Gehör, stellten die bekannten Ansinnen und stießen Drohungen gegen Bischof D. Dr. Dibelius aus; sie ließen sich in teilweise recht stürmischen Verhandlungen erst beruhigen, als nach Schluß des Berichts eine siebenköpfige Delegation vorgelassen wurde, deren Sprecher, ein Lehrer und Abgeordneter des Ostberliner Stadtparlaments, in korrekter, aber apodiktischer Form namens „aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und, wie wir wissen, auch der meisten Bürger der Bundesrepublik“ nochmals die genannten Begehren vortrug. Der Präses der Synode antwortete: „Wir haben Ihre Ausführungen mit gebührender Achtung entgegengenommen.“

Angesichts des massiven Druckes von außen wurde dankbar aufgenommen, daß vor Beginn der Verhandlungen Präses D. Wilm folgende Erklärung abgab:

Präses D. Wilm:

Verehrte Synodalen!

Ehe diese Synode die Verhandlungen beginnt und um ihr an einem ganz bestimmten Punkt den unabdingbaren Raum für ihre Arbeit freizumachen, bitte ich, mir zu erlauben, im Namen vieler Synodaler aus Westdeutschland den Brüdern und Schwestern aus der DDR ein Wort sagen zu dürfen. Dieses Wort bezieht sich darauf, daß Mitglieder

dieser Synode, die im Gebiet der DDR leben, durch Äußerungen in der Presse wie auch politischer Dienststellen, von denen sie dazu ausdrücklich geladen oder aufgesucht wurden, darauf hingewiesen worden sind, was man von ihnen bezüglich ihrer Stellungnahme auf der Synode erwartet, ja sogar darauf hingewiesen worden sind, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich etwa nicht so verhalten sollten, wie man es von ihnen wünscht.

Es geht mir jetzt nur darum, was das für die Arbeit und die Entscheidungen dieser Synode bedeutet. Es ist manches Wort unter uns darüber geredet und geschrieben worden, ob es richtig und gut ist, die Synode zu diesem Zeitpunkt zu halten und sie damit mitten in so schwere und ernste Fragen hineinzustoßen, die auch die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen bestimmen.

Wenn wir dafür eingetreten sind, daß die Synode zu dem einmal festgesetzten Zeitpunkt stattfindet und weder dem seit langem festgesetzten Hauptthema über Kirche und Erziehung noch dem dazugekommenen Thema über die Stellung der Kirche zu den Atomwaffen ausweicht, so war es dabei für uns unaufgeblüht, daß die Synode und jedes ihrer Mitglieder über die eine wie über die andere Frage in der Freiheit eines Christenmenschen reden und entscheiden kann. Wir sind aufs tiefste darüber bestürzt und erschrocken, daß eine solche Einflußnahme auf Synodale erfolgt ist, und meinen, daß damit der Synode und der Sache, um die es hier geht, aber auch der Sache des Friedens, um die es denen geht, die solche Einflußnahme getan haben, ein schlechter Dienst getan ist. Wir bitten einander, daß jeder von uns so reden und entscheiden möchte, wie er es nach seiner Glaubenserkenntnis und Gewissensentscheidung tun muß. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen jede Beeinflussung, woher sie auch kommen mag. Wir sind uns darüber klar, daß auf dieser Synode kein Segen liegen kann, ja daß sie überhaupt keine fruchtbare Arbeit tun kann, wenn wir nicht in dieser Freiheit voreinander und zueinander stehen. Es geht dabei um die Einheit und Freiheit der Kirche; denn beide sind in Gefahr, wenn wir hier unfrei wären, ob wir zur DDR oder zur Bundesrepublik gehören, ob wir zur Frage der Erziehung oder zur Frage der Atombewaffnung uns so oder so meinen entscheiden zu müssen.

So möge auch – das ist unser Wunsch – über der Synode dieses Jahres der Spruch dieses Jahres stehen, daß wir „in der Freiheit bestehen, zu der uns Christus befreit hat“, und uns allein von seinem Geist leiten lassen. Es möge gelten, was wir vorhin singend gebetet haben:

O Herr, behüt vor fremder Lehr,
daß wir nicht Meister suchen mehr
denn Jesum Christum mit rechtem Glauben
und ihm aus ganzer Macht vertrauen – –
Nun hilf uns, fröhlich und getrost
in dein'm Dienst beständig bleiben,
die Trübsal uns nicht abtreiben!

Die Synode ließ sich weder zu einer Änderung ihrer Tagesordnung bewegen noch davon abbringen, über ihre Verhandlungsgegenstände anders als in der vollen Freiheit, die die Bindung an das Wort Gottes gibt, zu beraten und zu beschließen. Eine Zeitung der DDR quittierte diese Entscheidung mit der Schlagzeile: „Synode mißachtet Volkswillen“.

Der große Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden, Bischof D. Dr. Dibelius, befaßte sich in seinem ersten Teil mit der Lage der Kirche in der DDR und der kirchlichen Erziehung und gipfelte in der Frage: „Ist der Christ, der bewußte, praktizierende evangelische Christ in der Deutschen Demokratischen Republik ein Bürger zweiter Klasse?“ Zum *Erziehungsthema* nahm die Synode fünf Refe-

rate, deren drei von Referenten aus östlichen Gliedkirchen gehalten wurden, und die von einem Vorbereitungsausschuß in sorgfältiger einjähriger Arbeit vorbereiteten Vorlagen entgegen. Generalsuperintendent Führ, Berlin, erläuterte sie und die Aufgabe des mit ihrer Bearbeitung zu beauftragenden Ausschusses:

Herr Präses! Hochwürdige Synode!

Das Arbeitsthema unserer Synode: „Kirche und Erziehung“, das ich hiermit zur Behandlung einzubringen habe, hat von Woche zu Woche eine immer größere Beachtung gefunden, weit über den Rahmen unserer Kirche hinaus. Diese Beachtung brandete gestern bis an die Türen unseres Raumes und kam ja auch hierin selber zu Wort. Diese Tatsache wollen wir doch zuerst einmal anerkennen. Es zeigt uns dieses Interesse, ganz gleich, wie es im einzelnen motiviert ist, doch auch dies: eine so schematische Trennung von Kirche und Staatsleben, wie sie der vergangenen Generation als Patentlösung von beiden Seiten doktrinar vorschwebte, ist unrealistisch. Wenn man nun auch bei den Gesprächen, die um dieses Thema geführt wurden, bei Briefen, die in Fülle uns erreichten, bereits wissen wollte, welche restaurativen Forderungen von der Synode auf dem Schulsektor erhoben werden würden, oder wenn man gar wissen wollte, daß dieses Thema nur deshalb gewählt worden sei, um gegen die Erziehung in der Deutschen Demokratischen Republik zu opponieren, so zeigt das, wie wenig man heute in der Lage und bereit ist, das Handeln und die Arbeit der Kirche von kirchlichen Voraussetzungen aus zu verstehen. Uns aber, die wir daran arbeiten wollen, nötigt diese starke und oft unsachliche Beachtung unseres Arbeitsthemas, über den Grund, weshalb wir uns diesem Thema zuwenden, besonders nachzudenken. Dabei habe ich die Zuversicht, daß dadurch von den Unterstellungen und Befürchtungen manches entkräftet werde.

I.

1. Als sich unsere Synode im Jahre 1955 in Espelkamp einer Besinnung über den Dienst der Kirche in der veränderten Arbeitswelt zuwandte, ja schon als sie 1954 in Spandau über die Stellung der Ehe und der Familie in der modernen Gesellschaft nachzudenken hatte, war die Synode mehrfach bei ihren Arbeiten vor die Frage nach der Erziehung geführt worden.

Gestatten Sie mir, daß ich wenigstens für einen Augenblick unseren Gesichtskreis noch weiter ziehe! Im Januar des Jahres hat die Gesamtafrikanische Konferenz in Abadan erklärt: innerhalb der modernen sich verändernden Gesellschaft habe die Kirche eine dreifache Funktion wahrzunehmen; die Konferenz der Jungen Kirchen in Afrika stellte neben den prophetischen und neben den seelsorgerlichen Dienst die erzieherische Aufgabe der Kirche. Die Bearbeitung der Erziehungsfrage hat in der Kirche bereits ökumenische Maße angenommen!

2. Die Strukturlinien dieser sich verändernden Welt sehen wir in der veränderten politischen Lage, in der veränderten Art des Zusammenlebens der Völker, sehen wir in den grundlegenden Änderungen des einmal für klassisch gehaltenen wissenschaftlichen Bildes der Natur, wobei die technischen Erfolge, von Jahr zu Jahr sich steigernd, nur ein besonderes Symptom sind. Wir sehen diese Veränderungen in der weiteren Technisierung und Automation der Arbeit des Menschen. Wir erkennen sie, wenn wir die ethische Ratlosigkeit des Menschen bemerken, wenn wir ihn selber, den Menschen, wenn wir uns selbst in der beklemmenden Angstsituation finden, in die wir angesichts der ungebändigten Machtfülle eingeschlossen sind. Wir Christen stehen dabei inmitten einer nachchristlichen Gesellschaft, die weithin selbstverständlich atheistisch sein will. Über die Ausrichtung des kerygmatischen Auftrages der Kirche inmitten einer veränderten Welt nachzudenken, ist längst selbstverständlich geworden. Mitten im Wirbelsturm dieser sich verändernden Welt – wobei wir doch wohl noch nicht meinen, daß der Baro-

meterstand bereits schon im Steigen sei – werden wir uns nun fragen müssen: wie kann unter diesem Verkündigungsauftrag die Kirche ihren Erziehungsdienst ausrichten? Wie ist christliche Erziehung heute zu tun?

3. Von diesem weltweiten Hintergrund her dürfte es doch wohl überzeugend sein, daß die brennende Aktualität dieses Themas nicht in den schmerzlichen Einzelereignissen liegt. Damit wird jene Verdächtigung, die ich im Anfang erwähnte, von selbst zurückgewiesen sein, als müsse es einer Synode unter diesem Thema darum gehen können, die Schule in einem der beiden deutschen Staaten diffamieren zu wollen. Es wird gut sein, zu bemerken: eine Kirche, die so die Veränderung unserer Welt bejaht, wie es auch in einem Teil des Berichts des Herrn Ratsvorsitzenden so deutlich Ausdruck fand, kann nicht eine Institution sein, die an vergangene Privilegien um ihrer selbst willen sich festklammern will. Die Kirche weiß um ihren Auftrag. Sie weiß, daß hinter diesem Auftrag ihr lebendiger Herr steht, für den es keine Bereiche gibt, die seiner Herrschaft entzogen werden können. Das ist eine Erkenntnis, zu der unsere Kirche in einer schon einmal sehr notvollen Zeit geführt wurde. Und wir meinen, daß diese Erkenntnis nicht nur biblisch gut fundiert, sondern auch unserer Kirche und uns selbst neu von unserem Herrn bestätigt worden ist. Unserem Auftrag und dieser Erkenntnis sind wir verpflichtet. *Hier* liegt der Grund dafür, daß die Synode sich diesem Thema stellen muß.

4. Wenn dieses Thema nun eine unvermeidbare Spitze hat, dann ist diese Spitze zuerst gegen die Kirche selber gerichtet. Wir werden erwägen müssen, ob das, was sich heute christliche Erziehung nennt, wirklich Erziehungsdienst unter den Augen des lebendigen Herrn Jesus Christus ist. Dabei bleibt unser Blick auf Ihn selber gerichtet und nicht zuerst darauf, ob ein militanter Atheismus oder eine vielleicht gar unter einem christlichen Mantel sich verbergende Gottlosigkeit die Arbeit der Kirche zu beirren oder zu bedrohen versucht.

II.

Bei der Frage nach der Ausrichtung des Erziehungsdienstes der Kirche werden wir uns freilich verschiedener Notstände auf dem Gesamterziehungsgebiet unserer Jugend nicht verschließen dürfen.

a) Bei der Vorbereitungsarbeit wurde uns von Brüdern aus den *westlichen* Gliedkirchen eindrücklich geschildert, wie in ihren Gebieten die öffentliche Meinung gegenüber dem Schul- und Bildungswesen bis in diese Monate hinein in einer Besorgnis erweckenden Gleichgültigkeit verharret hatte, die sie die drängenden erzieherischen Aufgaben erst jetzt anfangen läßt zu erkennen. Es wurde beklagt, daß die Schulen noch nicht die Aufgabe recht begriffen haben, wirklich in die moderne Arbeitswelt und in die moderne Gesellschaft mit ihren freiheitlichen Erfordernissen hinein zu erziehen. Angesichts der Umwälzungen innerhalb der Struktur der Gesellschaft halte die Erziehungsarbeit weithin noch immer fest an Prinzipien, die aus vergangenen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Verfassungen stammten. Die Ziele, die jene lebendige pädagogische Reformbewegung der zwanziger Jahre einmal aufgeworfen hatte, seien, so wurde uns versichert, in bestimmten institutionellen Erziehungs-Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik erheblich mehr realisiert als im erzieherischen Raum der Bundesrepublik Deutschland.

Im Gesamtgefüge des Unterrichts wird natürlich die christliche Unterweisung davon mitbetroffen werden. Die evangelische Kirche wird hier aber über ihren eigentlichen Dienst hinaus zu einer Samariterpflicht an der nachwachsenden Generation und zu einem Notdienst für die gesamte erzieherische Arbeit gerufen.

b) Wenden wir uns der erzieherischen Lage in den *östlichen* Gliedkirchen zu, so ist hier ein einheitlicher erzieherischer Wille nicht zu leugnen, dem es um ein weltanschaulich gefülltes Ziel geht, um die Bildung und Hebung des sozialistischen Bewußtseins, und zwar vom Kleinkind bis zum Vollakademiker. Wir wissen, welcher Raum der

kirchlichen Erziehungsarbeit dabei in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gesichert ist. Was aber von dem gewährleisteten Raum geblieben ist, das wird uns hernach gesagt werden. Den Seelsorgern unserer Gemeinden konnte es nicht verborgen bleiben, wieviel Gewissensnot, wieviel ernsteste Besorgnis hier Eltern und Kinder bedrückt. Der Herr Ratsvorsitzende hat sich hier schon zum Sprecher der Betroffenen gemacht und hat wiederholen müssen, was 1956 und 1957, also vor Abschluß des Militärseelsorgevertrages, unsere Synode auf dem Schulsektor bereits an Sorgen hatte. So wenig sich das Arbeitsthema speziell auf die Fragen im Erziehungsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik ausrichtet, so läßt sich doch das nicht übersehen, wenn wir es redlich und verantwortlich unserer Obrigkeit gegenüber meinen. Überdies hat eine Anordnung des Volksbildungsministeriums der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Februar des Jahres, die in ihren Formulierungen mehrdeutig ist, den Eindruck erweckt, als ob auch der kirchliche Unterricht nach Form und Inhalt dem Schulleiter unterstellt werden soll. In Ostberlin, das ja in mancher Hinsicht beachtliche Unterschiede zeigt – von den guten Unterschieden stelle ich heraus den größeren Anteil an Pfarrerskindern an der Oberschülerschaft, den immer wieder ausgesprochenen Willen zu befriedigenden Regelungen –, in Ostberlin hatte sich eine inhaltlich ähnliche Anordnung, die schon vor zwei Jahren erlassen wurde, auch nach dem Urteil von Magistratsmitgliedern bereits als undurchführbar und unrealistisch erwiesen.

c) Wenn die Kirche die erzieherische Situation im *Gesamtgebiet* unserer Kirche überblickt, so steht vor uns vor allem der Mensch selbst: der erziehende Mensch und der zu Erziehende. In beiden Teilen unseres großen Kirchengebietes wird uns der *Lehrer* geschildert als der, dem die für den Erzieher wirklich nötige Freiheit des Gewissens und des Herzens in seinem Dienst noch immer nicht gesichert ist. Im Westen muß er seine Arbeit unter dem Wechselfieber einander bekämpfender Weltanschauungen mit und ohne christliche Firmierung ausrichten; vor allem aber fehlt es dort seinem Berufsstand an der so notwendigen sozialen Resonanz. Im Osten steht seine Arbeit unter dem dogmatischen Leitsatz, mit dem die weltanschauliche Seite des Marxismus forciert wird: „Die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus muß zur Grundlinie des gesamten Unterrichts werden.“

Für die *Schüler* aber ist hüben wie drüben etwas sehr Einfaches zu wünschen: daß die Schule nach Jahrzehnten beunruhigendsten Umorganisierens doch einmal zur Ruhe komme, nicht zu einer lebensfremden Friedhofsstille, aber zu der Ruhe der Sachbezogenheit, zu der Ruhe, in deren Geborgenheit Ehrfurcht vor dem Leben – um das es auch bei der Atomfrage geht – und Bindung an echte Autorität wachsen können, in der das Leben heil werden kann. Fast möchte ich erinnern an ein Wort Luthers an Melancthon: man dient Gott auch durch die Muße, ja durch nichts so sehr als durch die Muße!

d) Bei der Vorbereitungsarbeit der Synode wurde uns aber deutlich, und Sie, verehrte Konsynodale, werden es bei der Bearbeitung des Erziehungsthemas ebenfalls erkennen, die Frage nach dem Erziehungsauftrag der Kirche läßt sich nicht einschränken auf die institutionelle Unterweisung der Kirche und den Erziehungsfaktor „Schule“. Wir haben vielmehr zu fragen, welchen Weg wird – und zwar in beiden Teilen unseres Kirchengebietes – unsere Jugend selber gehen? Ist sie richtig charakterisiert, wenn sie als die skeptische Jugend bezeichnet wird, im Unterschied zu der Haltung, die die Jugend früher, vielleicht zu unserer Zeit, hatte?

Weiß eigentlich diese Jugend, die so anders ist als die Jugend unserer Zeit, als die Jugend noch um 1945 und 1950, was das Evangelium ist? Die Kirche wird sich fragen müssen: Wie ist dieser Jugend das Evangelium von Jesus Christus heute so auszurichten, daß sie merkt: das Evangelium von Jesus Christus ist mehr noch als die von ihr erwartete Hilfe zur Bewältigung der auf sie einstürmenden Lebensfragen, daß sie merkt: das Evangelium ist befreiende Kraft auch in der veränderten Welt, auch in der Welt der

Automation, auch im VE-Betrieb? Die Synode wird dabei das Wort hören, das die Jugend der Kirche auf dem Kirchentag von Frankfurt an uns gerichtet hat und das Ihnen vorliegt. Wir werden versuchen müssen, darauf Antwort zu geben.

Im Blick auf dieses alles hatte der Vorbereitende Ausschuß vorgeschlagen, das Thema in der ganzen Weite der Synode anzubieten und zu formulieren: „Der Weg der Jugend heute – und die Kirche“. Ich bedaure es, daß diese Formulierung nicht angenommen ist – vielleicht wäre manches Mißverständnis von da aus nicht aufgekommen. Ist diese Formulierung nun auch nicht gewählt, um die Weite dieser Sicht kommen wir nicht herum.

e) Vor allem aber möchte die Synode gebeten sein, die gesamte breite Front der erziehenden Mächte in den Blick zu bekommen. Neben den institutionellen Mächten, zu denen wir außer der Schule doch von nicht geringerem Einfluß die Fabrik, das Geschäft, den Sport, die Parteien, die Jugendorganisationen, Presse, Theater, Kino, Rundfunk, Fernsehen rechnen – daneben stehen die nichtinstitutionellen Erziehungsfaktoren, das alles, was wir im ganzen als Umwelt bezeichnen, das Fluidum, in dem der junge Mensch lebt und das durch eine mehr oder weniger gelenkte, durch eine mehr oder weniger bemerkbare oder nicht bemerkbare Propaganda noch seine besondere Eigenart erhalten kann.

III.

Mit dem allen aber wird unsere Synode und damit unsere Kirche an eine entscheidende Stelle geführt werden.

Sollen wir bei der Frage nach der Erziehung bei der Meinung bleiben, in einer Zeit, da alles schwankend gesonnen ist, ist es am besten, selber fest zu bleiben und *möglichst* alles beim Alten zu lassen? Man wird sich dann zwar doch einigen Änderungen nicht verschließen können, bleibt aber bestrebt, im Augenblick nur zu halten, was zu halten ist, und nur zu wahren, was zu wahren ist. Wer wollte sich dem verschließen, daß dieser Haltung durchaus etwas Imponierendes innewohnt! Es erscheint so, als wäre diese Haltung gegründet in der ruhigen Gewißheit: alles steht in den Händen des einen Herrn, der selber schon das kommende Geschlecht führen und prägen wird.

Neben dieser gelassenen Haltung steht die Haltung des Protestes. Ganz gewiß wird die Synode erwägen müssen, was sie im Notdienst, zu dem sie in dem einen Teil ihres Kirchengebietes geradezu gerufen ist, was sie im Notdienst, zu dem sie in dem andern Teil ihres Kirchengebietes sich gefordert sieht, tun kann, was sie tun kann im Blick auf die Eltern, auf die Kinder. Die Synode wird erwägen müssen, was sie noch unternehmen kann an wirklich förderlichen und hilfreichen Schritten.

Aber die Synode möge davor bewahrt bleiben, in der Haltung des Protestes ihre Aufgabe erfüllt zu sehen. Die Kirche, die sich der modernen Welt zugewandt weiß, kann sich nicht in solcher Haltung zufrieden geben. Wir müssen in aller Nüchternheit die Lage unserer Gemeinden überschauen; sie ist fraglos in dem Kirchengebiet des Ostens eine sehr viel andere und in mancher Hinsicht ernstere als in dem westlichen Gebiet, aber gerade darum auch von einer besonderen Verheißung. In allen aktuellen Schwierigkeiten und in allen Bedrängnissen und Nöten dürfen wir zuletzt nicht die Hand von Menschen sehen, sondern die Hand, die harte und darin gnädige Hand dessen, der da, wo er Altgewordenes und uns Vertrautes, von uns liebevoll noch Gepflegtes niederreißt, Neues bauen will – der seine Kirche neu bauen will. Dann werden wir den angefochtenen Eltern und Kindern in unseren Gemeinden wirksam helfend zur Seite treten können, wenn wir ihnen diese Zuversicht wecken aus dem letzten Grund, aus dem Wort unseres Gottes. Unsere Kirche möge davor bewahrt bleiben, in den Verdacht zu kommen, sie wolle nur an sich selbst und an die Erhaltung der gewohnten Form ihrer Existenz denken. Was die Kirche tut, tut sie nicht für sich. Das muß klar und deutlich bleiben. In der harten Führung unserer Kirche durch die letzten zweieinhalb Jahrzehnte haben wir doch erkannt, haben wir erkennen dürfen, daß die Gemeinde Gottes ihre Existenz

nicht für sich selbst hat. Sie ist im 1. Timotheus-Brief bezeichnet als Pfeiler und Grundfeste der Wahrheit. Ein Pfeiler und eine Grundfeste sollen tragen. Deshalb muß auch ihr Reden und Handeln im Bereich der Jugendfrage diesen diakonischen Charakter haben! Die Kirche handelt für die Kleinen!

Die Kirche, und daher auch unsere Synode, darf zu diesem wagenden „Nach vorn“ rufen in einer großen Getrostheit. Sie weiß, daß alles seinen Bestand hat durch Jesus Christus, und daß nichts ist ohne ihn (Kol. 1). Der positive Gehalt dieses Satzes muß uns eindrücklich werden. Hier kann am Wege der Kirche allerdings eine sehr aktuelle Erkenntnis des Kreuzes warten, des Kreuzes, das doch wohl aber allein die Verheißung zu einem wirklich neuen Leben hat.

IV.

Will die Synode nun an dieses ganze weitschichtige Aufgabengebiet herangehen, so steht sie damit vor einer Reihe von Grundfragen, von denen sieben noch kurz genannt sein sollen.

a) Wir werden davon ausgehen, daß in dem gesamten Dienst der Kirche der Auftrag der Verkündigung des Evangeliums von dem lebendigen Herrn das Eigentliche ist. Im Neuen Testament läßt sich jedoch schon ein Unterschied bei der Ausrichtung dieses Dienstes bemerken – zwischen der vorösterlichen Jüngergemeinde und der Gemeinde, wie sie sich am Ende der neutestamentlichen Zeit darstellt. Die ausgesandten Jünger sollten möglichst zu allen Städten des jüdischen Landes kommen; wo sie nicht aufgenommen wurden, sollten sie den Staub von den Füßen schütteln. Sie sollten grüßen, sollten Frieden bringen, sollten die Ankunft des Reiches Gottes melden. Ihr Auftrag hieß: Evangelisieren. Hier ging es wohl um das Verkündigen in seiner reinsten Form. Die Gemeindeverhältnisse aber in der späteren, in der apostolischen Zeit, wie sie aus den spätpaulinischen Briefen und aus den Pastoralbriefen, aus I. Johannes und I. Petrus deutlich werden, zeigen andere Verhältnisse. Die gewordenen Gemeinden verkündigen auch, und sie erziehen! Der Erziehungsdienst unserer Kirche ist nun darauf zu prüfen, wie weit seine Formen unserem Verständnis des Evangeliums und des Menschen entsprechen. Deshalb fragen wir: Wie muß der *Erziehungsdienst* der Kirche recht ihrem *Verkündigungsauftrag* zugeordnet werden?

b) Wir werden dabei nicht völlig der Frage nach dem *Inhalt* evangelischer Unterweisung ausweichen dürfen. Kernstück kirchlicher Unterweisung wird immer der Inhalt des *zweiten Artikels* unseres Glaubensbekenntnisses sein. In dem Jahrzehnt des nationalsozialistischen Kirchenkampfes mußte dieses Kernstück das Zentrum der kirchlichen Unterweisung sein. Heute tritt daneben die Forderung nach einer neuen aktualisierenden Auslegung des *ersten Artikels*: Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erden. Heute hat jedes Wort dieses kurzen Satzes sein besonderes Gewicht. In einer Zeit, in der wir meinen, daß der Herr der Kirche selber seine Gemeinden neu und ganz anders baut, als wir das bisher gewohnt waren, in einer Zeit, da die Gemeinde zu einer Gemeinschaft des Hörens und Betens, des Ringens um eine gemeinsame Bewältigung gemeinsam durchlittener Anfechtungen wird, da sie zu einer Gemeinschaft folgensweren Entscheidens wird, bekommt der *dritte Artikel* eine über die noch übliche Behandlung im Unterricht weit hinausgehende Bedeutung.

c) Daß die Weise unseres Unterrichtens, daß das *Wie kirchlicher Unterweisung* einer gründlicheren Betrachtung bedarf, als wir ihm in der vergangenen Zeit aus aktuellen und aus sachlichen Gründen zuwenden konnten, wird unter allen, die einen Einblick in die methodische Lage unseres kirchlichen Unterrichtens haben, keiner Begründung bedürfen. Die Grundordnung unserer Evangelischen Kirche in Deutschland setzt unserem gemeinsamen Arbeiten hier sehr früh die Grenze. Von dem Arbeitsthema der Synode sollten aber hierzu wenigstens Anregungen ausgehen bis hin in den Vorbereitungsdienst unserer Prediger und Katechetten, und vor allem in die Predigerseminare unserer jungen Theologen. Diese Anregungen sollten auch nicht Halt machen vor dem Zaun, mit dem

die unterrichtliche Verwendung unseres Kleinen Katechismus durch seinen Charakter als Bekenntnisschrift umhegt erscheint. Denn unsere heutige Welt patriarchalistisch verstehen zu wollen, ist doch nicht nur romantisierende Verharmlosung, sondern Ungehorsam gegen den, der gesagt hat: „Heute, so ihr meine Stimme hört, verstocket eure Herzen nicht“ (Psalm 95; Hebr. 3).

Einer Besinnung über Inhalt und Form kirchlicher Unterweisung ist die Frage nach dem Verhältnis von *Konfirmation* und *Jugendweihe* benachbart. Hier ist jeder Entschluß folgenswer für unsere Gemeinden, für die Eltern und Kinder. Wir dürfen aber nicht mehr die fast schon behaglich gepflegten Kontrovers-Erörterungen des Konfirmationsproblems weiter gedeihen lassen. Wir brauchen dringend Entscheidung über das, was wesentlich an der Konfirmation ist, und wann sie – ganz abgesehen von der besonderen Aktualität durch die Jugendweihe – im Blick auf die jungen Menschen selbst und im Blick auf die Gemeinden am besten zeitlich angesetzt sein soll. Auch hier ist die Arbeit unserer Synode grundordnungsgemäß bestimmten Einschränkungen unterworfen. Sie dürfen uns aber nicht hindern, den Leitungen der Gliedkirchen eine fordernde Anregung zu geben. Unsere Synode erachte ich dabei als verpflichtet, die bisherige einheitliche Regelung der Konfirmation im Gebiet wohl aller unserer Gliedkirchen zu erhalten.

d) Auch das *Ziel* evangelischer Erziehung wird erörtert werden müssen. Christliche Erziehung vermittelt nicht den Anfang des Glaubens, der dann durch eine ergänzende Gnadenwirkung wachsen könne. Erziehung schafft nicht ganze, ja auch nicht halbe Gerechte – solchen unreformatorischen Gedanken öffnen wir uns nicht. Wir erziehen auch nicht nach einem Leitbild, wie die Ideologien unserer Zeit. Für die Kirche gilt, was Epheser 6, 4 steht: „Zu erziehen in der Zucht und Vermahnung des Herrn.“ Was es um das Ziel des Erziehungsdienstes der Kirche sein kann, wird uns hernach dargelegt werden.

e) Das Erziehungsthema verlangt Klarheit darüber, wo der *Raum* der Erziehung ist. In einer Zeit, in der sich die Kleinfamilie als außerordentlich lebensstark erwiesen hat, in der die Erziehungspflicht und das Erziehungsrecht und die Erziehungsmöglichkeit der *Familie* aber durch vielerlei Umstände gefährdet ist, wird die Synode den Eltern es schuldig sein, ihnen das göttliche Mandat der Vaterschaft und der Mutterschaft zu verkündigen. Biblisch-theologisch steht hier der Begriff des „Hauses“. Hier lauert in Verbindung mit der schon vorhin erwähnten Frage der Konfirmation die nach der *Kinder-taufe*. Die evangelische Kirche, gleich welchen Bekenntnisses, wird guttun, von vornherein darauf acht zu geben, daß sie bei den hier wartenden Anfechtungen nicht den so sehr plausibel sich anbietenden methodistischen oder baptistischen Lösungen verfällt. Zu dem Raum der Familie tritt der Raum der *Gemeinde*. Je mehr unsere Kirche das wird – wenn das heute Gottes Wille ist –, was die Christenheit in neutestamentlicher Sicht war: Christenheit in Diaspora, desto zuversichtlicher hoffen wir, daß die Gemeinden lebendige Glieder am Leibe des Herrn werden. Gerade dann werden die Gemeinden den Eltern Hilfen geben können, die deutlich machen: Christenmenschen sind in starker Hoffnung der Zukunft und nicht in repristinatorischer Sehnsucht der Vergangenheit zugewandt.

f) Erziehungsdienst läßt gewiß in erster Linie an das Gesunde denken. Eine Synode, die sich noch in der Woche des guten Hirten versammelt hat, wird nicht vergessen, daß sie auch in ihrem Erziehungsdienst an die Elenden und Geringen, an die *Hilflosen*, daß sie auch an die *Schwererziehbaren* gewiesen ist. Ich möchte wohl wünschen, daß wir die Erziehungsarbeit, die in der Inneren Mission geschieht, nicht übersehen. Gemeinden, die ihre Existenz unter eschatologischer Sicht verstehen, schauen auch das Elend der Menschen um sie herum mit anderen Augen an.

g) Und endlich: Die Synode wird zu überlegen haben, wie die Kirche dem *Erziehungsanspruch der anderen erziehenden Mächte* recht begegnet. Wir bestreiten ihnen

nicht ihr Recht auf Erziehung, schon gar nicht der Obrigkeit. Wir wollen auch nicht mit dem Dienst der Kirche ergänzend etwas hinzufügen als ein unter Umständen auch wieder zu entbehrendes Superadditum. Der Erziehungsdienst der Kirche ist ganz anderer Art. Darum reiht sie ihren Erziehungsanspruch nicht ohne weiteres ein unter die Reihe der Erziehungsansprüche, die den Menschen heute sonst umfassen. Sie darf nicht so reden und handeln, daß ihr Zeugnis von Gott mißverstanden werden kann als die parteiische Vertretung einer Antiideologie.

Wir werden den Gehorsam gegen den lebendigen Herrn neu bewähren müssen, gegen den Herrn, von dem die zweite Barmer These redet, der der Herr wirklich dieser Welt mit ihrer erschütternd selbstverständlichen Gottlosigkeit und auch mit ihrem militant sein wollenden Atheismus ist, der der Herr auch der Gewalten ist, deren Vertretern die Verkündigung unserer Kirche den Anspruch des Herrn noch nicht hat vernehmbar werden lassen. Die Kirche, die ihren Erziehungsdienst neu ergreift, wird erkennen, allein ihr Herr gibt ihr Recht und Pflicht, Gnade und Verheißung zum Erziehen. Nicht das Schwergewicht des Althergebrachten, nicht ein allgemeiner Kulturbegriff, nicht eine staatliche Sicherung, die wir gewiß nicht leichtfertig drangeben, vielmehr sie begehren und, wo und soweit sie gewährt wird, in wacher Dankbarkeit annehmen, sondern das wagende und nachfolgende Handeln unter dem Leiten unseres Herrn hat für uns richtungsweisend zu sein. Daß wir in dieser Nachfolge gehorsam seien, das sei das begehrenswerte Ziel, nur dies allein, für die Erziehung und für unser eigenes Beraten, Entschließen und Handeln.

V.

a) Der *Ausschuß der Synode* wird dann grundsätzlich das Verhältnis zwischen christlicher Unterweisung und den Anforderungen der anderen großen institutionellen Erziehungsfaktoren neu bedenken müssen. Das Ergebnis dieser Arbeit wird gewiß über den Rahmen der Kirche selbst hinaus wirken, aber die Synode wird es zuerst den Leitungen ihrer Gliedkirchen zuwenden wollen. Ihnen wird sie in Wahrnehmung ihrer – ich zitiere die Grundordnung – Sorge um die Erhaltung übereinstimmender Grundsätze in den wesentlichen Fragen kirchlichen Lebens auch ihre Hilfe zur Neuordnung der Konfirmation zur Verfügung zu stellen haben.

Die Synode wird sich an die Eltern, und zwar in Ost und West, wenden müssen, die in der Anfechtung der gärenden Veränderung unseres Lebens besonders Weisung und Zuspruch nötig haben, und die Synode wird ihnen helfen müssen, in dieser Zeit ihr Elternamt unter dem Willen Gottes zu erkennen.

Die Synode wird die Jugend direkt anreden wollen, zumal die Kirche von ihr selbst gefragt ist, und wird mit ihr zusammen in offener Partnerschaft versuchen zu tun, was sie nur vermag, um die Junge Gemeinde Heimat in ihrer Kirche finden zu lassen.

Die Synode wird den Lehrern und Katecheten Zuspruch geben wollen, die – unterschiedlich in den beiden Teilen unseres Kirchengebietes – in besonderer Weise dessen bedürfen; möge es dabei gelingen, altes Mißtrauen, wo es noch vorhanden ist, endlich zu überwinden!

Vor allem aber wird die Synode sich an die Leitungsorgane der Gemeinden wenden müssen, um mit ihnen die Erziehungsaufgaben vom Kern ihres Lebens, von Gott her durchzudenken, und um den Gemeinden zu helfen, das Führen Gottes in den Widerfahrnissen der Kirche zu erkennen und dieses Führen in getroster Gewißheit zu bejahen.

Für dieses alles legt der Vorbereitungsausschuß dem Ausschuß der Synode Arbeitsmaterial vor – in einigen Fällen in doppelter Ausarbeitung. Dem Ausschuß bleibt endlich darüber hinaus zu erwägen, was der Synode für Schritte zu empfehlen sind, um die Stimme der Kirche und ihrer Glieder in rechter Weise bei unseren Obrigkeiten vernehmbar zu Gehör zu bringen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß das gelingt!

b) Möge dem Entschließen der Synode es geschenkt werden, so zu reden oder zu handeln, daß für alle erkennbar wird: was die Kirche zur Beschäftigung mit diesem

Thema treibt, ist die Sorge um das Menschsein der kommenden Generation, an die sie mit ihrem Verkündigungsauftrag sich gewiesen weiß. Es wird deutlich werden, wie sehr unser eigenes Geschick mit der rechten Ausrichtung dieses Auftrages, mit der rechten Weise des Erziehens verbunden ist.

Hier wird der weite Kreis unseres Arbeitsgebietes berührt von der anderen ersten Sorge um den Frieden der Welt, um die Beherrschung der atomaren Kräfte und um ihre Bändigung für Leben erhaltende und Leben fördernde Ziele. In der Sorge um die Erhaltung des Menschseins berührt sich das Arbeitsthema mit jener einen großen Frage unserer Zeit, der unsere Synode sich ja keineswegs zu verschließen versucht, wie sie sich ihr in ihren früheren Tagungen schon immer gestellt hat, und wie es nun unser Arbeitsprogramm deutlich zeigt.

Dabei sollte schließlich die Tatsache, daß wir der ersten Frage nach dem Weg unserer Jugend und dem Dienst, den die Kirche ihr zu leisten hat, nicht ausweichen, allen, die dieser Synode mit wachem Verständnis begegnen wollen, ein Zeichen sein für unsere Zuversicht, daß Gottes unverdiente Güte abwenden wird, was den Weg nicht nur unserer Jugend, sondern von uns allen bedroht.

In entscheidungsvoller Stunde wurde dem damals für die Leitung des Volkes Gottes verantwortlichen Mann ein Wort gesagt, das wir heute vernehmen möchten: „Siehe – ich habe dir geboten, daß du getrost und freudig seist!“ (Josua 1).

Nachdem die Vorlagen im Ausschuß I unter Leitung von Dekan Dipper überarbeitet worden waren, wurden sie dem Plenum der Synode vorgelegt. Die Synode verabschiedete folgende Entschlüsse:

An die Leitungen der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich bei ihrer Tagung vom 26. bis 30. April 1958 ernstlich mit der Frage beschäftigt, welche Folgerungen aus dem Auftrag der Kirche, die ihr anvertraute Botschaft Menschen weiterzusagen, im Blick auf Unterricht und Erziehung heute zu ziehen sind. Was sie im einzelnen glaubt dazu sagen zu müssen, hat sie in folgenden Ausarbeitungen niedergelegt:

1. Wort zur Schulfrage;
2. Wort für den Erziehungsdienst der Kirche zur Beratung in den Gemeindekirchenräten, Presbyterien, Gemeindekreisen;
3. Wort der Synode an die evangelischen Eltern;
4. Wort der Synode an die evangelische Jugend;
5. Beschluß betr. Sorgen und Nöte christlicher Eltern und Kinder in den Gliedkirchen der Deutschen Demokratischen Republik;
6. Beschluß betr. Neuordnung der Konfirmationsfrage.

Die Synode möchte dadurch helfen, daß alle, die es angeht, die Eltern und Erzieher, evangelische Lehrer und Katecheten, kirchliche Mitarbeiter und kirchliche Körperschaften in allen Gemeinden freudig an diese Arbeit gehen. Sie hat sich dabei von der Erkenntnis leiten lassen: Wenn der Herr der Kirche es zuläßt, daß manche bisherigen Wege und Methoden schwieriger oder gar unmöglich werden, dann will er seine Kirche zu neuen Möglichkeiten, Wegen und Formen ihrer Arbeit hinführen. Die Leitungen der Gliedkirchen mögen mithelfen, daß die Gemeinden die vielfältigen Aufgaben christlichen Erziehungsdienstes vom Evangelium und vom Gottesdienst her neu durchdenken und Liebe und Phantasie darauf verwenden, alle Möglichkeiten für die Erfüllung dieser ihrer Aufgabe zu prüfen und zu verwirklichen.

Die Synode bittet die Kirchenleitungen dabei, folgendes besonders zu bedenken:

1. Wenn die Kirche heute ihren Verkündigungs- und Erziehungsdienst recht ausführen will, muß sie der Auslegung des ersten Artikels ihres Glaubensbekenntnisses eine vermehrte Beachtung zuwenden.

2. Ebenso bedürfen die Methoden und Formen ihrer kirchlichen Arbeit und ihres Unterrichtes verstärkter Beachtung. Deshalb bittet die Synode alle Kirchenleitungen bei der Ausbildung der Kandidaten, der Prediger und Katecheten und der sonstigen Mitarbeiter der Kirche, bei der Zurüstung der Helfer, bei der Durchführung von Visitationen, bei der Arbeit der Konvente und Rüstzeiten diesen theologischen und methodischen Fragen genügend Raum zu geben.

3. Brennend werden diese Probleme heute vor allem bei der Frage nach der Konfirmation. Über ihr Verständnis und ihre Durchführung wird seit Jahren in unserer Kirche gerungen, und diese Frage ist durch die Durchführung der Jugendweihe besonders aktuell geworden. Die Synode hat deshalb einen Ausschuß eingesetzt, der den Gliedkirchen helfen will, bei der Durchdenkung dieser Frage zu einheitlichen Ergebnissen zu kommen. Die Synode bittet die Kirchenleitungen, alles zu tun, in der Frage der Konfirmation möglichst bald zu einer Lösung zu kommen. Auch hier sollte sich die Kirche nicht vor neuen Wegen scheuen, aber allen Ernstes darum ringen, daß auch in dieser Frage die Gemeinschaft zwischen den Kirchen innerhalb der EKD erhalten bleibt.

Die Synode bittet die Leitungen der Gliedkirchen, das ihr übersandte Material auf jedem ihr geeignet erscheinenden Weg ihren Gliedern und Mitarbeitern zuzuleiten und alles zu tun, daß wir im Gehorsam gegen den Herrn der Kirche die von ihm gewollten neuen Wege finden und gehen.

EIN WORT ZUR SCHULFRAGE

Weil der Mensch von Gott geschaffen und durch Jesus Christus erlöst und befreit ist, ist die Kirche verpflichtet, die damit begründete Würde des Menschen zu bezeugen. Das gilt besonders für das Gebiet der Erziehung, deren der heranwachsende Mensch bedarf.

Erziehung kann nur in Freiheit und Wahrhaftigkeit geschehen. Deshalb erklärt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß über Schule und Lehrer keinerlei kirchliche Bevormundung ausgeübt werden darf. Die sittliche und wissenschaftliche Verantwortung der Erzieher für alle Lehrgehalte und das gesamte Schulleben duldet keine weltanschauliche Bevormundung, gleich welcher Art.

Die Kirche will unvoreingenommen dazu mithelfen, daß eine solche freie Schule den jungen Menschen leiblich, geistig und seelisch in den Stand setzt, die Aufgaben des heutigen Daseins menschlich zu bewältigen.

Entscheidend ist für den Weg der Jugend, welche Gehalte die Schule durch ihren Unterricht und ihre Lehrfächer vermittelt. Sie werden nach Auswahl und Schwergewicht dadurch bestimmt, welches geistige Erbe die Gegenwart geprägt hat und welche künftigen Aufgaben vermutlich vor ihr liegen. Diese weltlichen Fragen müssen sachgerecht, ohne weltanschauliche Überhöhung aber auch ohne konfessionelle Enge und ohne ideologischen Zwang gelöst werden. Die Kirche kann hier um des Menschen willen, dessen Werden und Sein ihre vornehmste Sorge ist, nur warnen, über der Sache nicht den Menschen, über der Leistung nicht die Erziehung, über der Masse des Stoffes nicht die Bildung zu vergessen. Sie mahnt, diese Aufgaben so wahrzunehmen, daß nicht Menschen verschiedener Gesinnung an dem Kinde zerren, sondern daß sie in Achtung vor einander und vor dem heranwachsenden Menschen sich zu gemeinsamem Dienst an ihm miteinander verbinden.

In dieser Freiheit ist Raum für die evangelische Unterweisung, für Lehrer und Schüler, die als Christen in der Gemeinschaft der Schule leben möchten. Um derselben Freiheit willen tritt die evangelische Kirche dafür ein, daß kein Lehrer Vorteil oder Nachteil haben darf, wenn er Religionsunterricht erteilt oder nicht erteilt.

Es gehört zu den hohen Aufgaben der Staatsführung, diese Freiheit der Erziehung innerhalb und außerhalb der Schule zu gewährleisten. Erfüllt der Staat diesen Auftrag,

so werden ihm dankbare Bürger heranwachsen, die ihn in Freiheit bejahen und zu verantwortlicher Mitarbeit im gesellschaftlichen und politischen Leben bereit sind. Wo immer der Staat diese Freiheit verletzt und die Schule zu einem Instrument einer Weltanschauung macht, die mit Zwang durchgesetzt werden soll, untergräbt er seine eigene Autorität. Dann wird der Lehrer zum Funktionär und Techniker, der nicht mehr glaubwürdig erziehen kann. Die Kinder aber werden verführt, nicht mehr nach der Wahrheit zu fragen, sondern immer die zweckmäßige Antwort zu suchen, die ihnen das Fortkommen sichert und die Existenz ihrer Eltern nicht gefährdet. So wird der Mensch nicht erzogen, sondern zerstört; die Eltern aber sehen sich in ihrem Erziehungsauftrag bedrängt und können nicht zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Schule gelangen.

Die Kirche erinnert in der Freiheit, zu der allein Christus befreit, an die hohen Aufgaben auf dem Gebiet der Erziehung. Wird sie nicht gehört, so wird sie sich nicht erbittern lassen, sondern dennoch dazu helfen, daß Menschen heranwachsen, die im Ganzen der Gesellschaft dienen, ohne ihren Glauben zu verleugnen. Gottes Wort ist nicht gebunden.

Die Kirche ist zu einem freien Dienst an einer freien Schule bereit.

Im einzelnen geben wir folgendes zu bedenken:

Die Schule hat in unserer technisierten und versachlichten Welt eine unvergleichlich größere Erziehungsaufgabe als früher. Dies darf aber nicht dazu führen, daß die Schule an die Stelle des Elternhauses tritt. Die christliche Gemeinde wird dafür sorgen müssen, daß die Gemeinsamkeit dieser erzieherischen Verantwortung gestärkt wird.

Die evangelische Christenheit soll weltoffen alle Schul- und Unterrichtsversuche bejahen, die die erzieherische Kraft der Schule stärken und ihre bildende Wirkung mehren. Manches Alte kann fallen, manches Neuerprobte sollte gefördert werden.

So sind weithin Kindergärten und Tagesheimschulen Maßnahmen der Barmherzigkeit für die in der modernen Industriegesellschaft besonders bedrohten Kinder.

Die Vierzehnjährigen sind heute für die moderne Arbeitswelt körperlich, seelisch und geistig nicht reif genug. Darum sollten die Bestrebungen gefördert werden, den Übergang der Jugendlichen in die Berufswelt zu erleichtern, sei es durch Schulzeitverlängerung oder andere pädagogische Maßnahmen. Sonst droht sich das Unrecht der Kinderarbeit in unserem Jahrhundert zu wiederholen. Der gesamte Aufbau des mittleren und höheren Schulwesens sollte erneut durchdacht werden. Dabei sowie bei der Auslese für alle weiterführenden Schulen müssen standespolitische und soziale Vorurteile als überwunden gelten. Deshalb ist die Mitarbeit der Christen dort besonders wichtig, wo es gilt, den begabten Jugendlichen von der Volks- und Berufsschule ab Ausbildungswege zu erschließen, um ihnen den Zugang zu Berufsstellungen zu öffnen, in denen sie ihre Gaben entfalten können.

Die Stellung und Bedeutung der Schule als Erziehungs- und Bildungsstätte ist abhängig von den Lehrern, die in ihr wirken.

An dem katastrophalen Mangel an Lehrern und Katecheten für alle Schularten ist die christliche Gemeinde mitschuldig; denn sie sollte alle erzieherischen und pflegerischen Berufe mit besonderer Sorgfalt und Achtung fördern.

Die Lehrerbildung muß den heute an die Schule zu stellenden Anforderungen entsprechen und den jungen Lehrer geistig mündig machen. Wir halten es für notwendig, daß die Lehrerbildung statt in ängstlicher Sorge um konfessionelle Prägung bestimmter Fächer in der evangelischen Freiheit geschieht.

Die Volksschule und die Bildung ihrer Lehrer darf sich nicht länger an vergangene Vorstellungen und Formen ausrichten. Der Volksschule und ihren Lehrern ist nur nach vorwärts zu helfen.

Der Schule und den Lehrern müssen für ihre Arbeit geistig und wirtschaftlich die bestmöglichen Grundlagen und Voraussetzungen, auch im Blick auf die Studienförderung,

gegeben werden. Von der Errichtung der notwendigen Schulbauten und der Senkung der Klassenfrequenzen hängt es ab, ob die Schule ihre Aufgabe erfüllen kann.

Die evangelische Kirche unterhält vielfach eigene Schulen und Heime, um damit eine Erziehung aus evangelischer Glaubenshaltung heraus zu verwirklichen und zugleich Notständen abzuhelpen. Alles Gesagte hinsichtlich der Freiheit, Wissenschaftlichkeit und Weltoffenheit gilt in besonderem Maße für diese Schulen. Sie helfen, junge Glieder unserer Gemeinden für menschenführende Berufe zu gewinnen. Die Landeskirchen sind dankbar, wenn der Staat dafür aufgeschlossen ist, diese Schulen zu schützen und zu unterstützen.

WORT FÜR DEN ERZIEHUNGSDIENST DER KIRCHE ZUR BERATUNG
IN DEN GEMEINDEKIRCHENRÄTEN, PRESBYTERIEN, GEMEINDEKREISEN

Liebe Pfarrer und Katecheten, liebe Älteste und Mitarbeiter in den Gemeinden unserer Gliedkirchen!

(Wir überlassen die Formulierung der Anrede an die Pfarrer, Katecheten, Lehrer, Ältesten und Mitarbeiter den zuständigen Kirchenleitungen.)

Unser Wort richtet sich an Euch und an alle, die um ihres Glaubens und Gewissens willen ihre Erziehungsaufgabe im Geiste Jesu Christi erfüllen möchten. Wir können hier nicht alle Fragen grundsätzlich klären, wir wollen Euch nur helfen, Eure Aufgabe klar zu erkennen, gemeinsam anzufassen und entschlossen durchzuführen. Es bedarf einer gründlichen Durcharbeitung und Weiterführung. Ihr müßt dieses Wort auf Eure Verhältnisse anwenden. Dazu sollten die verschiedenen Lebensalter, Geschlechter und Berufe in gleicher Weise beitragen.

Erziehung im Geiste Jesu Christi unterscheidet sich von aller weltlichen Erziehung dadurch, daß sie vom Gottesdienst der christlichen Gemeinde ausgeht.

Das soll an sechs Punkten gezeigt werden:

1. *Wortverkündigung.* Die Predigt, wenn sie in der Vollmacht des Geistes Jesu Christi geschieht, ist nicht Menschen-, sondern Gotteswort. Damit sie recht verkündigt und aufgenommen wird, bedarf es beim Prediger und beim Hörer des Gebetes um den Heiligen Geist.

Verkündigung ist zugleich Unterweisung in der christlichen Wahrheit, die klar und bestimmt gegen alle Irrlehren abgegrenzt werden muß. Sie ist auch immer Mahnung und Trost für die im Glauben und Gewissen angefochtene Gemeinde. Deshalb muß sie freimütig und verstehend, mit Wahrhaftigkeit und Güte auf deren besondere Lage eingehen.

Unter solcher Verkündigung erzieht Gott die Gemeinde zum Gehorsam im Glauben und zur Nachfolge Jesu Christi.

2. *Die Liturgie.* Sie ist Verherrlichung Gottes durch Gebet, durch Lob- und Dankopfer. Sie ist aber zugleich ein gemeinsames Bekennen. Dadurch erzieht sie zur Gemeinschaft unter dem Worte Gottes. Die Gebote Gottes, ausgewählte Worte und Abschnitte der Heiligen Schrift, das apostolische Glaubensbekenntnis, das Gebet des Herrn, besondere Stücke des Katechismus und Lieder der Kirche werden gelernt, wiederholt und eingeübt, damit wir alle in der Liturgie mithandeln können.

3. *Die Sakramente.* Durch das Sakrament der Heiligen Taufe wird der Mensch zum Gliede am Leibe des gekreuzigten und auferstandenen Christus. Im Sakrament des Heiligen Abendmahls ist Christus selbst in seiner Gemeinde persönlich gegenwärtig. Indem wir teilhaben an seinem Leib und Blut, nimmt er uns hinein in sein Leiden und Sterben und in den Sieg seiner Auferstehung und schenkt uns Gemeinschaft untereinander.

Die christliche Unterweisung soll den jungen Gliedern der Gemeinde zur Freude an

diesen Gaben verhelfen und sie in die Gemeinschaft des Gottesvolkes aller Zeiten hineinnehmen.

4. *Die Bibelarbeit.* Die Gemeinde hört durch den Heiligen Geist im Glauben die Heilige Schrift nicht als Menschen-, sondern als Gotteswort. Viele junge Menschen stoßen sich an der menschlichen Gestalt der Bibel. Aufgabe der Bibelarbeit ist es, das Urteilsvermögen der Gemeinde zu schärfen, sie in der Gewißheit des Glaubens zur Freiheit des Denkens heranzubilden und so zu wohlausgerüsteten und tapferen Bekennern des Evangeliums zu erziehen.

Darum muß das Wort Gottes in Gemeindebibelstunden, in Männer- und Frauenkreisen, in der Jungen Gemeinde und in den Studentengemeinden im Blick auf das gegenwärtige Leben im gemeinsamen Gespräch ausgelegt und angewendet werden.

5. *Seelsorge und Diakonie.* Christliche Seelsorge und Diakonie will dem Menschen nach Leib, Seele und Geist helfen. Sie verwirklicht sich in der brüderlichen und schwesterlichen Verbundenheit der Christen untereinander. Sie gibt Hilfe und Rat, wenn einer vor schweren Entscheidungen steht. Sie spricht Trost und Mut zu, wenn jemand in Schuld geraten ist. Sie versteht zu hören, aber sie will die Menschen nicht überreden. Sie verfolgt keine menschlichen Zwecke, aber sie versagt ihren Dienst keinem, der ihn braucht und begehrt. Das ist Werk und Wesen aller Erziehung unter Christen.

Wo in der Gemeinde Diakonie lebendig ist, werden dann auch Kinder und Jugendliche Freude am Helfen gewinnen.

6. *Der Unterricht der Kirche.* Die christliche Unterweisung der Kirche hat ihre Aufgabe darin, alle, die auf den Namen Jesu Christi getauft sind oder die christlichen Unterricht begehren, einzuführen in die heilige Geschichte Gottes mit seiner Gemeinde, die ihrem kommenden Herrn entgegengeht.

Wie die Kirche dieser Aufgabe durch Unterweisung und Erziehung gerecht wird, wird mit von den jeweils gegebenen Verhältnissen, den Bedürfnissen und Fähigkeiten der einzelnen Altersstufen und von pädagogischen Erkenntnissen bestimmt.

a) *Die kirchliche Unterweisung an unseren Kindern*, wie sie im Religionsunterricht und in der Christenlehre geschieht, hat die Aufgabe, die Kinder einzuführen in das elementare Wissen um Bibel und Kirche und ihnen zu helfen, im gottesdienstlichen Leben ihrer Gemeinde heimisch zu werden.

b) *Der Konfirmandenunterricht* leitet an zu eigenem Erfassen der Botschaft der Bibel und bereitet vor auf den Empfang des Heiligen Abendmahls.

c) *Die Jugend- und Studentenarbeit* leitet an zur Vertiefung und Ausweitung biblischer Erkenntnisse und gibt Lebenshilfe für den Alltag des jungen Menschen.

d) *Der Erwachsenenunterricht* ist heute besonders nötig, um dem Einzelnen biblische Kenntnisse zu vermitteln und ihn für Auseinandersetzungen zuzurüsten. Solcher Unterricht bei den erwachsenen Gliedern unserer Gemeinden geschieht auch in den verschiedenen Formen von Rüstzeiten und Rüstkursen, wie sie sich mancherorts schon bewährt haben.

e) In allen Gemeinden gewinnt der *Kindergottesdienst* wieder ganz besondere Bedeutung. Es sei an die Zeiten um 1940 erinnert. Damals wurde die Unterweisung der jungen Generation in nicht wenigen Gemeinden auf den Kindergottesdienst und auf Kinderbibelstunden konzentriert, weil eine geregelte und geordnete Unterweisung der Schulkinder an den Wochentagen tatsächlich nicht mehr möglich war. Sucht in Euren Gemeinden auch heute nach neuen Wegen! Sammelt Eure Kinder und bleibt ihnen das Evangelium nicht schuldig.

Überall wo die Kirche diese Aufgaben angreift, wird es zuerst darauf ankommen, daß alle hauptberuflichen und freiwilligen Mitarbeiter der Gemeinde zusammenstehen und zusammenwirken. Einer muß den anderen achten, und jeder muß wissen, daß niemand ohne den anderen arbeiten kann.

Unterweisung und christliche Erziehung sind Gnadengaben des guten Hirten Jesus

Christus an seine Gemeinde. Wir wollen sie dankbar annehmen und darum bitten, daß sie in ihrer ganzen Fülle unter uns fruchtbar werden. Gott will mit seiner Kirche etwas Neues. Wenn auch die Gemeinde zu einer kleinen Schar in einer den Herrn Christus ablehnenden Gesellschaft werden sollte – wir ahnen alle erst, was das bedeutet! –, so bleibt sie doch unter der Verheißung ihres Herrn: „Fürchte dich nicht, du kleine Herde, denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben!“ (Luk. 12, 32).

WORT DER SYNODE AN DIE EVANGELISCHEN ELTERN

Liebe Eltern!

Ihr werdet wissen, daß die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland sich auf ihrer Tagung in Berlin 1958 mit dem Weg der Jugend in unserer Zeit befaßt hat.

Es wird uns und Euch nicht immer leicht, einen Zugang zur heutigen Jugend zu finden. Das ist nicht verwunderlich. Denn diese Jugend ist zwar nicht schlechter als die Jugend früherer Zeiten, aber sie ist anders. Wo sie vorbehaltlos die moderne Welt bejaht, erscheint uns Älteren manches fremd und fragwürdig. Darum ist auch ihr Lebensgefühl in vieler Hinsicht verschieden von dem unsern. Das erschwert unseren Umgang mit der Jugend.

Es wäre nicht gut, wenn wir dabei übersehen würden, daß es auch die junge Generation nicht leicht hat. Sie trägt an den Folgen einer Vergangenheit, für die nicht sie verantwortlich ist, sondern wir Älteren.

Der junge Mensch durchleidet – oft unbewußt – all die Nöte, die unsere Zeit durcheinanderbringen. Der junge Mensch muß sich – ohne schon feste Richtpunkte zu haben – zurechtfinden in einer Welt, die Freiheit nur allzu leicht mit Zügellosigkeit verwechselt oder zu früh Bindungen auferlegt. Der junge Mensch steht nicht bloß vor dem Ansturm ständig wachsender Anforderungen in Ausbildung und Beruf, sondern auch vor einer verwirrenden Fülle von Angeboten zur Zerstreuung. Darum sollten wir Älteren nicht vorschnell den Stab über die Jugend brechen.

Damit ist freilich noch lange nicht alles getan. Ihr habt es gewiß schon beobachtet, daß der junge Mensch auf der Suche ist nach einem bergenden Elternhaus und nach einem ernsthaften Gespräch mit Vater und Mutter, obwohl gelegentlich ein gegenteiliger Eindruck vorherrschen mag. Darum, liebe Eltern, kommt doch Euren Kindern entgegen! Geht ihnen an die Hand! Nehmt Euch Zeit, wenn Eure Kinder mit ihren Fragen aus Schule und Beruf zu Euch kommen wollen! Gewährt ihnen das so oft vermißte Geleit! Wenn *Ihr* das nicht tut, dann tun es vielleicht andere, die es nicht gut mit Euren Kindern meinen. Helft Euren Kindern zu einem sauberen Verhältnis zum anderen Geschlecht und habt gerade hier Vertrauen zu ihnen! Lernt es in der Gemeinde miteinander, wie Eltern und Kinder gemeinsam den Feierabend oder das Wochenende in einer guten Weise gestalten und erleben können! Prüft sehr gewissenhaft, ob wirklich Vater *und* Mutter zur Arbeit gehen müssen! Auch der beste Kindergarten ist Ergänzung, aber kein vollwertiger Ersatz für eine sorgfältige Erziehung im Elternhaus, die nicht früh genug beginnen kann. Vor allem betet für Eure Kinder; betet auch mit Euren Kindern! Erzählt ihnen die biblischen Geschichten! Macht ihnen Jesus lieb. Singt mit ihnen unsere Gesangbuchlieder! Laßt Euch nicht davon abhalten, mit Euren Kindern zusammen zum Gottesdienst zu gehen, und zwar auch nach der Konfirmation. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß der junge Mensch ein sehr feines Empfinden hat für die Echtheit und Glaubwürdigkeit unseres Christseins.

Im übrigen seid Ihr, liebe Eltern, bei all diesem wahrhaftig nicht einfachen Bemühen um Eure Kinder nicht allein. Ihr seid dabei begleitet von vielen anderen, die sich mit Euch für sie verantwortlich wissen: Lehrer und Katecheten, Jugendleiter und Pfarrer. Denkt an sie! Betet für sie! Arbeitet mit ihnen vertrauensvoll zusammen und sagt ihnen gelegentlich auch ein Wort des Dankes für ihren schweren Dienst! Sie brauchen es.

Und vergeßt schließlich das Wichtigste nicht: Eure Kinder sind getauft, wie Ihr auch. Sie gehören also – wie wir alle – dem Herrn, der seine Herrschaft mit keinem anderen teilt. Er aber läßt niemand aus seiner Hand fallen, es sei denn, daß jemand sich selber dieser Hand entzieht. Für jeden, der um diesen Ernst und Trost der Taufe weiß, steht es zum Beispiel fest, daß Konfirmation und atheistische Jugendweihe unvereinbar sind. Macht Euren Kindern Mut, diese und alle anderen Entscheidungen ihres Lebens von Christus her zu treffen! Es bleibt bei dem Wort der Heiligen Schrift, das von Jesus Christus sagt: Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darin wir sollen selig werden.

WORT DER SYNODE AN DIE EVANGELISCHE JUGEND

Liebe evangelische Jugend!

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich auf ihrer Tagung in Berlin mit einigen Eurer Fragen befaßt.

Sie möchte nun versuchen, darauf einzugehen, obwohl ihr die Unterschiede Eurer Lage in den beiden Teilen unseres Vaterlandes bewußt sind. Die Synode bittet Euch, folgendes – auch in Euren Gruppen und Kreisen – zu bedenken und zu besprechen:

1. Wir sehen, daß die *Spannung zwischen der jungen und der älteren Generation* heute nicht mehr so stark ist wie früher. Wahrscheinlich hat uns die gemeinsame Ratlosigkeit gegenüber dem immer schwieriger werdenden Alltag näher zusammengeführt. Aber sind wir wirklich beieinander? Schweigen wir nicht gerade dann, wenn wir ernsthaft miteinander reden sollten? Nur zu leicht erwächst aus diesem Schweigen ein Mißtrauen, das uns an einer wirklichen Gemeinschaft hindert. Seid überzeugt, daß Eure Väter und Mütter, Eure Paten und Seelsorger, Eure Lehrer und Meister darunter nicht weniger leiden als Ihr selbst. Darum sollten wir mehr voneinander wissen, uns mehr umeinander mühen, mehr miteinander leben und mehr füreinander da sein. Dazu müssen wir uns Zeit nehmen.

2. Wir sehen, daß Euch Eure *örtliche Kirchengemeinde* nicht überall wirklich zur Heimat wird. Es ist leider wahr: Wir haben in unserem Vaterland Tausende von Predigtstationen, aber wenig persönliche Gemeinschaft der Predigthörer. Das darf nicht so bleiben. Darum bitten wir Euch, daß Ihr gemeinsam mit Euren Pfarrern, Euren Gemeindekirchenräten und mit den andern Gemeindekreisen nach Wegen forscht, wie in Eurer Gemeinde mehr Gemeinschaft im Gottesdienst und im Alltag entstehen kann. Tragt auch dafür Sorge, daß Eure Jugendkreise offen sind für die vielen jungen Menschen, die keine rechte Geborgenheit in Familie und Haus haben.

3. Wir sehen, daß Ihr nachdrücklich von uns *Hilfen zur Bewältigung des Lebens* erwartet. So berechtigt dieser Wunsch ist, so schwer ist er zu erfüllen. Wir befinden uns ja mit Euch zusammen im gleichen Umbruch der Zeit. Deshalb erwartet bitte von uns keine Patentlösung für die uns alle gemeinsam bedrängende Frage, wie man heute das Leben meistern soll. Als evangelische Christen können wir einander die persönliche Entscheidung ebenso wenig abnehmen, wie wir einander abspesen dürfen mit frommen Allgemeinplätzen. Aber Gott bietet uns ein Doppeltes an: Wir können uns darauf verlassen, daß sein Wort uns im Dschungel unserer Zeit Raum schafft für den nächsten Schritt. Und wir können – einsam und gemeinsam! – unseren Herrn fragen: „Was willst Du, daß wir heute tun sollen?“ Er wird antworten zu seiner Stunde. Seine Antwort ist dann die wirksamste Lebenshilfe.

4. Wir sehen, daß Ihr erkannt habt: Gott ist Herr über alle Lebensbereiche. Darum gibt es auch eine *politische Verantwortung für uns Christen*. Wir werden aber dabei besonders achten müssen auf die Lauterkeit unserer Motive und auf die Gründe, die einen andern nicht zu den gleichen Entscheidungen haben kommen lassen. Daß die

evangelische Christenheit in den politischen und militärischen Fragen unseres zerteilten Volkes keine einheitliche Meinung gefunden hat, belastet uns schwer. Helft auch Ihr mit, daß die Bruderschaft der Christen darunter nicht zerbricht. Und wehret aller parteipolitischen Gefangenschaft der Kirche. Der Ruf zur Nachfolge Christi darf nicht übertönt werden durch irgendein politisches Programm.

5. Wir sehen, daß gerade Ihr unter der *Zertrennung unseres Volkes* schwer zu leiden habt. Bis zur Wiedervereinigung, die wir von Gott erbitten und für die wir uns einzusetzen haben, nehmen wir die gegenwärtige staatliche Ordnung in jedem Teil unseres Vaterlandes ernst. Dabei wollen wir nicht schweigen, wo wir Gottes Gebote verletzt sehen, und wollen uns hüten, menschliche Gesellschaftsordnungen zu vergötzen.

6. Wir sehen, daß Euch nicht selten der *Vorwurf der Entscheidungslosigkeit* gemacht wird. Ihr könnt mit Recht dagegen einwenden, daß Ihr sie ja bei uns Älteren gesehen und gelernt habt. Wir sind Euch tatsächlich an dieser Stelle vieles schuldig geblieben. Das ist begreiflich angesichts des Zusammenbruchs jener Welt, in der wir aufgewachsen sind. Und doch gibt es unter uns zwei unveränderliche Wirklichkeiten: die eine ist der lebendige Gott, der um Jesu Christi willen unser Vater ist. Und die andere ist der Mensch, der um Jesu Christi willen unser Bruder ist. Es hat noch niemand gereut, wenn er sich für diese beiden Wirklichkeiten entschieden hat. Es lohnt sich, dafür Opfer zu bringen.

7. Wir sehen, daß nur wenige von Euch ihren *Pfarrer* oder ein anderes Gemeindeglied *als Seelsorger in Anspruch nehmen*. Den Grund dafür sucht Ihr darin, daß wir Älteren „den Riß zwischen Wort und Leben beständig zu verdecken suchen“. Ihr werdet verstehen, daß uns dieser Vorwurf hart trifft. Wir wollen nichts beschönigen. Vielmehr wollen wir uns mit Euch dorthin weisen lassen, wohin der Herr Christus uns alle ruft, nämlich unter sein Kreuz. Dort wird unser aller Leben entlastet von jeder heimlichen und offenbaren Belastung. Dort ist das Ende aller Schwierigkeiten zwischen alt und jung. Dort werden wir eins in der Gewißheit: „Jesus Christus ist uns von Gott gemacht zur Weisheit, zur Gerechtigkeit, zur Heiligung und zur Erlösung“ (1. Kor. 1, 30).

BESCHLUSS BETR. SORGEN UND NÖTE CHRISTLICHER ELTERN UND KINDER IN DEN GLIEDKIRCHEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Mit Bewegung hat die Synode gehört, welche Sorgen und Nöte christliche Eltern und Kinder in den Gliedkirchen der Deutschen Demokratischen Republik haben. Sie hat daraus ersehen müssen, wie schwer es Christen, die sich an das bei der Taufe ihrer Kinder gegebene Gelübde gebunden wissen, gemacht wird, am Aufbau ihres Staates teilzunehmen. Alle Synodalen aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik könnten noch mehr Beispiele dafür mitteilen. Die Synode möchte aber vermeiden, daß durch Darlegung weiteren Materials, das propagandistisch ausgewertet werden könnte, der Graben zwischen Christen und Nichtchristen, zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik vertieft werde. In dieser Angelegenheit sind von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik am 20. März 1958 dem Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl und von der Kirchenkanzlei – Berliner Stelle – am 19. April 1958 dem Ministerium für Volksbildung ausführliche Mitteilungen übersandt worden, auf die bis heute die Kirche ohne Antwort geblieben ist.

Die Synode beauftragt daher drei Mitglieder in Verbindung mit einer Vertretung des Rates, ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Ministerpräsident Grotewohl, zu erbitten, um die Sorgen der Christen im Blick auf die Erziehung ihrer Kinder in aller Offenheit zu Gehör zu bringen und um gemeinsam mit den Vertretern des Staates nach Wegen zu suchen, die sowohl den Anliegen des Staates wie denen der Christen gerecht werden. Sie bittet den

Rat der EKD, den Bevollmächtigten bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu beauftragen, diese Verhandlung umgehend vorzubereiten.

Im Blick auf diese Beauftragung sieht die Synode von einer Erörterung dieser Angelegenheit im Plenum ab.

Die Synode hat die Zuversicht, daß damit der Weg frei gemacht werde, Menschen, die aus ihrem christlichen Glauben heraus den Atheismus ablehnen müssen, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder mit unverletztem Gewissen als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik heranwachsen zu lassen.

Leider war es so, daß die Synode unter dem Zeitdruck, der durch die überlastete Tagesordnung und den durch sachliche Schwierigkeiten der Aussprache im Atomausschuß verzögerten Abschluß der Ausschußberatungen entstanden war, den Entschließungen zur Erziehungsfrage nicht die gebührende eingehende und aufmerksame Besprechung angedeihen lassen konnte; es ist gleicherweise bedauerlich, daß sie in der Folgezeit in der kirchlichen Öffentlichkeit nicht die Beachtung gefunden haben, die sie trotz der – schon in der Synode geltend gemachten – Bedenken gegen den Stil der einen oder anderen Verlautbarung verdienen. Insbesondere das Wort zur Schulfrage hätte in den Kreisen der Beteiligten und Interessierten einer eingehenden Erörterung bedurft, denn es ist geeignet, das Verhältnis von Schule und Kirche zu klären und zu vertiefen.

Besondere Not in der DDR bereitete die Frage der *Konfirmation* angesichts der staatlich geforderten und geförderten Jugendweihe. Kinder, Eltern, Pfarrer und Gemeinden befinden sich in großer Unklarheit und Unsicherheit. Die seit langem anhängige Frage einer Neuordnung der Konfirmation wird angesichts dieser Gewissensnot höchst dringlich. Zu dieser notwendigen Neuordnung konnte die Synode weder Vorschläge vorlegen noch Entscheidungen treffen; sie konnte und wollte aber einen Anstoß geben, die Neugestaltung der Konfirmation in Erwägung zu ziehen, zugleich aber verhindern, daß sie uneinheitlich vorgenommen wird und solcherart erhebliche Unterschiede zwischen den Landeskirchen aufbrechen. Darum beschloß die Synode:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland bittet die Leitungen ihrer Gliedkirchen, die *Konfirmationsfragen* neu zu ordnen. Damit hierbei möglichst nach übereinstimmenden Grundsätzen verfahren und die einheitliche Auffassung und Gestaltung der Konfirmation gefördert werde, bittet die Synode gemäß Grundordnung Art. 6 und 23 Abs. 1 den Rat der EKD, einen Koordinierungsausschuß zu bestellen. Die Synode schlägt vor, daß der Rat für diesen Koordinierungsausschuß vier Mitglieder bestellt, seinen Vorsitzenden bestimmt und die Leitungen der Gliedkirchen bittet, in diesen Ausschuß vier Mitglieder aus lutherischen, vier Mitglieder aus unierten Gliedkirchen und ein Mitglied aus den Kirchen reformierten Bekenntnisses zu entsenden.

Angesichts der Lage der Konfirmation in den Gemeinden in West und Ost bittet die Synode den Rat, unverzüglich die Bildung und den Zusammentritt dieses Ausschusses zu veranlassen.

Der Rat hat der Bitte der Synode entsprochen und einen Ausschuß eingesetzt, dessen Vorsitz Präses D. Dr. Beckmann führt. Im Laufe der Berichtszeit wurde die Ausschußarbeit so weit gefördert, daß im Sommer 1959 dem Rat ein Ergebnisbericht vorgelegt werden kann.

Über die Behandlung der *Atomfrage* auf der Synode ist aus Gründen des sachlichen Zusammenhanges an anderer Stelle (s. oben, S. 46 ff.) berichtet worden.

Das dritte heiße Eisen, das die Synode anzufassen hatte, war der *Militärseelsorgevertrag* von 1957. Bevor die Synode in die Beratung eintrat, legte Landesbischof D. Dr. Lilje ihr folgende Erklärung der Kirchenkonferenz vor.

1. Der Militärseelsorgevertrag hat ausschließlich den Zweck, die Verkündigung des Evangeliums und die Ausübung der Seelsorge an den evangelischen Gemeindegliedern in der Bundeswehr zu ermöglichen. Er bedeutet keine Bindung an eine politische Zielsetzung. Außerkirchliche Stellen haben auf die seelsorgerliche Tätigkeit der Militärgeistlichen keinen Einfluß.

2. Der Militärseelsorgevertrag gilt nur für die Gliedkirchen in der Bundesrepublik, die ihm zugestimmt haben. Für die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik hat der Vertrag keine Wirksamkeit. Er ist von keiner Gliedkirche in der Deutschen Demokratischen Republik übernommen worden.

3. Durch Beschluß des Bundestages vom 25. März 1958 ist für den Fall, daß alle Bemühungen um eine allgemeine kontrollierte Abrüstung scheitern, die Möglichkeit einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr geschaffen. Die Kirchenkonferenz hält es danach für erforderlich, daß die sich daraus für die Militärseelsorge ergebenden Folgen von den beteiligten Gliedkirchen überprüft werden.

Mit Recht tritt diese Erklärung der These der DDR-Propaganda, mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages sei die EKD eine institutionelle Verflechtung mit der NATO-Politik eingegangen, und der nicht minder falschen Behauptung einer Beteiligung der östlichen Gliedkirchen an dem Vertragswerk entgegen. Weder ist die EKD mit dem Aufbau der Militärseelsorge eine politische Bindung eingegangen, noch sind die Synodalen Vertreter ihrer Kirche, sondern Angehörige eines gesamtkirchlichen Organs, noch hat jemals eine Beteiligung der Gliedkirchen in der DDR an dem Vertrag und an der Militärseelsorge stattgefunden.

Schwierig wurden die Verhandlungen über die Militärseelsorge durch Anträge, die unter Hinweis auf die Möglichkeit der Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen jegliche vertraglich geregelte Militärseelsorge überhaupt abgeschafft wissen wollten, da Seelsorge in einer solchen Armee zum einzigen Inhalt und Auftrag nur den Aufruf zum bedingungslosen Verzicht auf atomare Waffen haben könne. Damit legte sich der dunkle Schatten der innerkirchlichen Uneinigkeit in der Atomfrage bedrückend auch über die Aussprache zur Militärseelsorge. Die Feststellung des Synodalen Professor Dr. Raiser, daß die Militärseelsorge in der Synode und in der Öffentlichkeit in unzulässiger Weise zum Prügelknaben für alle Leiden des Protestantismus gemacht werde, entbehrte nicht der Berechtigung.

Die gegen den Vertrag entstandenen und bestehenden Bedenken und der Wunsch nach einer Vertragsänderung oder -auflösung wurden durch die Synodalen D. Jacob, Cottbus, und D. Iwand vorgetragen.

Syn. D. Jacob:

Herr Präses, Hohe Synode!

Als wir vor einem Jahr den damals vorgelegten Entwurf des Militärseelsorgevertrages hier in diesem Raum berieten, war es unser Bemühen, unter streng geistlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten, wie Verkündigung und Sakramentsverwaltung und Seelsorge heute an den evangelischen Christen im Soldatenstand ausgerichtet werden können. Wir hatten damals den Wunsch, zu einer solchen Regelung dieser kirchlichen Aufgabe

der Seelsorge an den Soldaten – in welcher Form immer – auch im Blick auf die evangelischen Angehörigen in den Nationalen Streitkräften der Deutschen Demokratischen Republik zu kommen. Unsere Wünsche und Erwartungen haben sich bekanntlich zerschlagen. Die Tatsache ergibt sich, daß Militärseelsorge nur in den westlichen Gliedkirchen geübt wird und geübt werden kann. Im Blick darauf, daß wir faktisch heute in zwei deutschen Staaten leben, wird dieser Sachverhalt für uns im Osten äußerst schwierig. Er bringt uns in schwere Konflikte, ja, er wird für uns untragbar. Es ist also für uns Synodale aus der Deutschen Demokratischen Republik, die wir zugleich Bürger dieses Staates sind, in diesem Staat weiter als Christen leben wollen und damit auch von Römer 13 her die gegebenen Realitäten zu respektieren haben, unmöglich, eine Mitverantwortung für eine Militärseelsorge länger mitzutragen, die nur im Westen geübt wird und auf deren Durchführung wir praktisch keinen Einfluß nehmen können. Außerdem gibt es viele Fragen, die bei der vorigen Synode, jedenfalls von den meisten von uns – und ich muß mich hier selbst ganz mit einschließen –, nicht klar genug gesehen wurden, Fragen, die heute jedenfalls zu einer grundsätzlichen Überprüfung der mit dem Militärseelsorgevertrag verbundenen Fragen zwingen. Insbesondere ist es die schwierige Frage nach dem Inhalt der Verkündigung an die Soldaten in einer atomar bewaffneten Armee. Dem ungeheuren Gewicht dieser Fragen haben wir nun bis zur Zerreißprobe im Ausschuß zwei Tage standgehalten und haben im letzten Respekt voreinander und in der Gemeinschaft unter dem Evangelium diese Fragen heute hier offen lassen müssen, weil wir uns nicht durch eine Kampfabstimmung gegenseitig vergewaltigen wollten.

Die ungeheure Not – und das Wort ist heute mehrfach ausgesprochen worden –, der ganze Ernst, die ungeheure Ratlosigkeit in dieser Sache sind ja doch heute im Plenum uns allen deutlich geworden. Diese Frage nach der Verkündigung an die Menschen in einer atomaren Armee, eine Frage, die jedenfalls vor einem Jahr von den meisten von uns nicht als aktuell angesehen wurde, ist jetzt natürlich durch die jüngste politische Entwicklung äußerst dringlich geworden. Ich muß persönlich sagen, daß ich für den Beschluß des Bundestages betreffend atomarer Ausrüstung auch aus politischen Gründen keinerlei Verständnis habe. Diese Frage greift – das wird uns allen deutlich sein – nun wirklich – und das ist auch hier heute jedem offenbar geworden – ins Zentrum des Bekenntnisses der Kirche. Nach der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, Artikel 4, ist aber die Klärung und die Beantwortung solcher Fragen von letztem geistlichen Gewicht eine Sache bekenntnisgebundener Landeskirchen. Deshalb muß auch von hier aus gefordert werden, daß die Fragen der Militärseelsorge, die rechtlichen, die verwaltungsmäßigen und auch vor allem die geistlichen Fragen nach dem Inhalt der Verkündigung und der Seelsorge ausschließlich auf die beteiligten und damit verantwortlichen Landeskirchen übergehen. Wir als Synodale aus der Deutschen Demokratischen Republik können die Verantwortung hier nicht mehr mittragen und sind dankbar, daß viele Synodale der Gliedkirchen aus der Bundesrepublik dafür Verständnis gehabt haben. Wir möchten daher in Unterstreichung des Antrages des Ausschusses den Rat hier noch einmal bitten, diesen Antrag wirklich als äußerst dringlich anzusehen, ihn mit ganzem Nachdruck durchzuführen, und zwar mit möglichster Beschleunigung mit dem Ziel, daß die Evangelische Kirche in Deutschland und damit unsere Synode als solche nicht mehr auf der Basis des bisherigen Militärseelsorgevertrages für eine einheitlich durchgeführte Militärseelsorge verantwortlich sind.

Syn. D. Iwand:

Verehrte Synodale!

Sie erinnern sich gewiß noch, daß wir hier vor einem Jahr beim Abschluß des Militärseelsorgevertrages uns in einer gewissen Differenz gegenüberstanden, und zwar darum,

weil meine Freunde und ich große Sorge wegen der Folgen dieses Vertrages hatten. Wir haben damals darum gebeten, die Dinge doch noch einmal zu erwägen und etwa für die westlichen Landeskirchen gesondert durchzuführen, weil wir Sorge hatten, daß die Belastungen, die dieser Vertrag für die Einheit der evangelischen Kirche bedeuten kann, zu groß werden, weil wir nicht verstehen konnten, daß im Abwägen der beiden Dinge, der Einheit der evangelischen Kirche und dieses Vertrages, das größere Gewicht nicht auf der Einheit liegen sollte. Ich habe dann nach dieser Richtung hin einen Antrag für diese Synode gestellt, der am 23. Januar in die Hände unseres Herrn Präses gelangte, und habe erst nach Rückkehr von meiner Reise nach der UdSSR festgestellt, daß inzwischen um diesen Punkt ein großer politisch aufgezogener Streit entbrannt ist. Ich bedaure das sehr und möchte das auch hier einmal sagen. Unter solchem Druck kann natürlich eine Synode niemals zu einer echten Entscheidung kommen. Wenn ich heute in der DDR Pfarrer oder Theologie-Professor wäre, würde ich mich durch einen solchen Druck nicht bestimmen lassen, meine Meinung irgendwie zu ändern. Ich finde das ganz unerhört, und wenn irgend etwas dazu beitrüge, das Urteil der Synode in dieser Sache zu verwirren, dann kann es nur dieser Einsatz von außen sein. Ich bin sehr glücklich darüber, daß die Beschlußfassung unseres Ausschusses nicht dahin wird ausgelegt werden können, daß wir hier einem politischen Druck nachgegeben haben.

Aber lassen Sie mich noch einige Dinge dazu sagen, die nun auf einem anderen Gebiet liegen. Auf der einen Seite geht es um die Einheit der evangelischen Kirche. Wir haben, als wir die Ehre und die Möglichkeit hatten, in Moskau dem Herrn stellvertretenden Außenminister Sorin unsere Sorgen und Wünsche vorzutragen, unter der Führung unseres Delegationsführers, Präses Wilm, als die erste Bitte *die* vorgetragen, man möchte uns helfen, in diesen großen Schwierigkeiten die Einheit der evangelischen Kirche zu bewahren. Wir haben zwar keine Zusage, aber Verständnis für diesen Wunsch gefunden, um so mehr, als er auch seinerseits als Ziel der von Rußland betriebenen Politik *das* festhielt, daß auf weite Sicht diese beiden deutschen Staaten wieder zueinander wachsen müßten, und bei diesem Aneinanderwachsen der beiden Staaten würde die Verbindung der evangelischen Christenheit – das hat er nicht gesagt, aber das haben wir geltend gemacht – nicht ohne Bedeutung sein. Wir müssen aber, wenn wir heute etwas in unserem ersten Wort sagen, wir bäten die Staaten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Einheit der evangelischen Kirche zu erhalten, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, dann umgekehrt sagen, wir müßten von der Kirche aus alles tun, um diese uns noch geschenkte Freiheit, die in den letzten Jahren teilweise sehr erstaunlich war – ich erinnere an die Synode in Eisenach –, nicht zu stark zu belasten, und wir dürfen uns nicht hineinnehmen lassen – soweit das möglich ist – in den machtpolitischen Gegensatz, der nun über unserem getrennten Vaterland noch liegt. Darum sollte man auch die Militärseelsorge nicht so hoch einschätzen, wie es teilweise geschehen ist.

Darf ich dazu noch ein Wort sagen, meine Herren Brüder. Es sind hier eigentlich immer nur positive Worte zur Militärseelsorge gesprochen worden. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Wenn ich mich an meine eigene Soldatenzeit erinnere, am Schluß des ersten Weltkrieges, und wenn ich mich vor allem an das erinnere, was mir sehr ernsthafte, mir sehr nahestehende Freunde, deren christliches und pfarramtliches Bewußtsein mir ein Vorbild gewesen ist, was gerade sie mir über ihre Zeit als Militärseelsorger erzählten, so ist das nichts anderes – allerdings im Kriege – als eine große Leidenszeit gewesen. Ich denke an junge Pfarrer wie Olschewski, an Prof. Schniewind und Prof. von Soden. Die haben uns erzählt, wie es ihnen ergangen ist, wenn sie den Versuch machten, wirklich das Evangelium zu predigen. Das war im ersten Weltkrieg, vom zweiten weiß ich nichts. Ich hätte da nicht Militärpfarrer sein sollen. Entschuldigen Sie! Und ich bin auch der Meinung, daß in einer atomar ausgerüsteten Armee es nicht recht angeht, Militärpfarrer zu sein. Sie werden anderer Meinung sein. Bitte, lassen Sie mich

das ganz so sagen. Sie alle kennen aus Gollwitzers Schrift das schreckliche Gebet, das vor dem Abflug der Flugzeuge von einem Pfarrer gesprochen wurde, ehe die Flugzeuge nach Hiroshima und Nagasaki flogen. Wir wissen, daß schreckliche Gebete dieser Art in der Kirchengeschichte immer gehalten worden sind, von den Ketzerverbrennungen bis zu diesen Aktionen. So etwas möchte ich nicht mitmachen, und ich möchte auch niemand durch eine Gesetzgebung in Versuchung bringen, dabei auch nur entferntest mitmachen zu müssen. Bitte, denken Sie an die schrecklichen Gebete offizieller Art, die man noch aus dem Dritten Reich bei uns lesen kann. Ich empfehle, die Blätter der Landeskirchen daraufhin anzusehen. Das geht doch alles nicht. Auch das Gebet steht unter dem Gebot unseres Glaubens und Bekenntnisses. Ich habe vor einigen Tagen eine Kollektion solcher Gebete gelesen, einer sehr bekennnistreuen Landeskirche. Was ist da etwa zum 20. Juli gesagt worden? Ich weiß es aus eigener Erfahrung; ich habe diese Gebete nicht beten können, nicht in der Welt, und wenn ich hätte dafür sterben müssen.

Und darum bitte ich um zwei Dinge: Erstens, wenn jetzt die Militärseelsorge verändert wird, so bitte ich, sie doch so zu verändern und umzulegen, daß die Evangelische Kirche in Deutschland, das heißt der Rat der EKD, die eigentliche Führung und die Einheit der evangelischen Kirche, nichts mehr damit zu tun hat. – So verstehe ich das! Und zweitens, das Gegenüber von Kirche und Militär bitte ich doch so zu gestalten, daß, wenn es irgendwie möglich ist, das Zeugnis, das der Prediger ausgerichtet hat, in so enger Verbindung mit der Gemeinde steht, daß der Soldat – entschuldigen Sie, wenn ich das sagen muß – nicht nur in der Militärgemeinde zu Hause ist. Ich jedenfalls bin als Soldat, wenn ich dann wieder in der Heimat war, immer lieber in eine Zivilgemeinde gegangen und habe mir meine Uniform ausgezogen, weil es ein ganz anderes Singen, Beten und Erleben ist als in dem Notwerk der Militärgemeinde.

In der Aussprache wurden jedoch auch Stimmen laut, die für die in dem Vertragswerk getroffene Regelung der Militärseelsorge eintraten und einer grundlegenden Änderung oder Auflösung des Vertrages widerrieten. Wir geben die Gesprächsbeiträge des Synodalen Putz und des amtierenden Militärbischofs Prälat D. Kunst wieder:

Syn. Putz:

Hobe Synode!

Ich möchte Sie, liebe Brüder und Schwestern, bitten, daß wir das Anliegen der Verkündigung des Evangeliums an die Soldaten gemeinsam vertreten und nicht den Herrn Militärbischof sozusagen als den einzigen Sachverständigen in diesen Dingen allein lassen. Deswegen möchte ich Sie bitten, daß wir uns – ebenso wie voriges Jahr – kurz an den Schwerpunkt dessen erinnern und uns darauf zurückrufen lassen, worum es bei dieser Sache geht. Es ist jetzt die Gefahr, daß in einer neuen Schau der Stunde oder einer neuen Diagnose der Stunde das eigentliche und unaufgebbare Anliegen der Seelsorge an den Soldaten, wie es die Synode voriges Jahr einhellig aufgezeigt und bekannt hat, verwischt wird. Es ist unser aller Meinung, und niemand kann es im Ernst bestreiten, daß der Predigt-Auftrag an die Soldaten begründet ist in dem Predigt-Auftrag Jesu Christi selbst und daß dieser Auftrag sachgemäß in Bindung an Schrift und Bekenntnis durch ordinierte Pfarrer ausgerichtet wird.

Das ist *die Aufgabe*. Es geht zunächst bei den Soldaten nicht um eine Standes-Predigt, sondern es geht für die Soldaten, vor allem unter den modernen Verhältnissen, um die Möglichkeit des Sonntags-Gottesdienstes, der normalen Predigt, der normalen Seelsorge und der Sakramentverwaltung. Ich habe das bedrückende Gefühl, daß vor allem in der breiten Öffentlichkeit nicht mit der genügenden Deutlichkeit und Sorgfalt zur Kenntnis

genommen wird, daß das eine ganz elementar wichtige und große Sache ist, wenn bei den Soldaten der Sonntags-Gottesdienst, die normale Predigt, die Karfreitags-Predigt, die Oster-Predigt, die Pfingst-Predigt und die Predigt nach dem Kirchenjahr überhaupt geschehen kann. Es ist das gar nicht selbstverständlich.

Deswegen ist der zweite Punkt, auf den wir achten müssen und der in diesem Vertrag in einer großartigen Weise zwischen Staat und Kirche ausgehandelt wurde, die *Freiheit* dieser Verkündigung. Die Freiheit der evangelischen Verkündigung der Soldatenpfarrer steht und fällt selbst mit der Bindung dieser Soldatenpfarrer an Schrift und Bekenntnis ihrer Kirche. Diese Freiheit ist uns im Artikel 4 ausdrücklich gewahrt, nach dem der Soldatenpfarrer als Amtsträger an seine Gliedkirche gebunden ist. Mit dieser Freiheit, die in der festen Bindung des Pfarrers und seiner Verkündigung an seine Kirche besteht, ist aber auch etwas ganz Wichtiges ständig unter den Soldaten gegeben. Nämlich in einer solchen Pfarrer-Existenz unter den Soldaten ist nicht nur ein Zeichen, sondern auch immer wieder so etwas wie eine Reagenz und Sicherung gegeben, ob auch die Freiheit des Christenmenschen bei den Soldaten selbst geachtet wird. Es ist einfach wahr, daß in einer Truppe im zweiten Weltkrieg, etwa bei einer Division, die Freiheit der Soldaten, auch in einer gewissen Menschenwürde und christlichen Freiheit zu stehen, schlicht damit signalisiert wurde, daß ein Pfarrer der Bekennenden Kirche noch als Divisionspfarrer möglich war; das ist einfach Tatsache. Das kann man doch nicht unterschätzen.

Es ist doch auch unwidersprechlich, was der Landesbischof Dietzfelbinger voriges Jahr am Schluß der Debatte zum Seelsorgevertrag ausgedrückt hat. Mit diesem Dienst des Pfarrers bei den Soldaten ist etwas gegeben und realisiert, was wir in einer gefährlichen Welt als Bruderdienst an angefochtenen Menschen bezeichnen. Also das ist gemeint, was man in einer Predigt auf Grund des Hebräer-Briefes so aussagen könnte: „Er schämte sich nicht, ihr Bruder zu sein.“ Es ist wahr, daß der Dienst des Soldaten vor allem in unserem Volk, selbstverständlich durch die viele Schuld, die aufgetürmt worden ist, schwer angefochten ist. Aber nicht nur objektiv ist er angefochten, sondern schwer angefochten ist er in den Herzen dieser Menschen selbst. Es ist doch einfach nicht christlich und in Jesu Christi Wort nicht geboten, sich wegzustellen und zu sagen: Ich will nichts damit zu tun haben.

Wir müssen infolgedessen in einem Punkt 4 auch von der *Belastung*, auch von der *Anfechtung* dieser Existenz reden, die sich ja in einem Zwischenzustand befindet. Und da muß ich sagen, Bruder Iwand, auf das Gesamtbild, das Sie leider entworfen haben, kann ich nicht eingehen. Es stimmt einfach nicht! Das, was Sie gesagt haben, trifft in Bausch und Bogen auf das Gros der Seelsorger unter den Soldaten im zweiten Weltkrieg nicht zu. Ich müßte sonst Feldbischof Dr. Dohrmann und unserem Bruder Münchmeier schwer Unrecht tun, die unter schwerstem Druck und unter schwerster Anfechtung die Personalpolitik bei der Militärseelsorge so ausgerichtet haben, daß gerade die Bekenntnispfarrer dort hineingewiesen worden sind, wo es irgend möglich war. Ich müßte umgekehrt argumentieren und das Gegenteil bezeugen von dem, was Sie sagten. Aber jedenfalls liegt zwischen dem ersten Weltkrieg und dem zweiten Weltkrieg in der Verkündigung an die Soldaten bei uns das Erlebnis, ja die Züchtigung des Kirchenkampfes. Wir haben uns, jedenfalls die Pfarrer, die im zweiten Weltkrieg unter den Soldaten waren, ob sie Divisionspfarrer waren oder ob sie als Pfarrer im Soldatenstand Dienst taten, ständig verpflichtet, eben gerade keine „Militärpredigten“ zu halten, keine irgendwelche Durchhaltspredigten zu halten. Vielmehr haben wir uns strengstens verpflichtet, schon von Anfang an eine Verkündigung zu üben, wie sie in unseren Zivilgemeinden daheim auf Grund unseres Ordinationsgelübdes und ohne irgendwelche militärischen Effekte geschehen müßte, also eine Karfreitags-Predigt, eine Oster-Predigt. Und zwar wollten gerade die Soldaten nicht, daß in diese Predigt etwas militärisch Aktuelles hineinkäme, sondern sie waren besonders dankbar dafür, wenn sie in diesem Gottes-

dienst, in diesem Beten und Singen etwas von ihrer Heimatgemeinde atmen konnten, mit der sie verbunden waren.

Das sind die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges! Müssen wir also nicht diesen Brüdern, die unter großen Opfern sowohl in soziologischer als auch in sozialer und finanzieller Hinsicht von unserem Bruder Kunst aus ihren Zivilgemeinden herausgenommen worden sind, die diesen Dienst in Redlichkeit übernommen haben, müssen wir denn nicht diesen Leuten, die ein so schwieriges Amt angetreten und zu verwalten haben, die ein solch schwer zu bewältigendes geschichtliches Erbe der Vergangenheit vor sich sehen, müssen wir denen nicht *Mut* machen? Müssen wir nicht Mut machen denen, die in diese Sache tapfer eintraten, die die ersten Schritte tun und ihre Erfahrungen sammeln, daß sie in strenger Konzentration auf ihre eigentliche Predigtaufgabe, ihre Verkündigung, Sakramentsverwaltung ihr Amt üben? Ja, daß sie *dabei* bleiben? Und müssen wir ihnen nicht Mut machen, daß sie den Menschen, die nun in diesem anfechtungsreichen Stand eines Soldaten stehen, als Menschen und Brüder einfach zur Seite stehen und für die da sind, irgendwie als Boten der Kirche Jesu Christi?

Ich komme zum Schluß: Ich erinnere Sie daran, daß ich selbst und andere Synodale voriges Jahr von vornherein den Militärseelsorgevertrag allein von und für die Kirchen der Bundesrepublik wollten. Um der Einheit der EKD in Ost und West willen haben wir dann gemeinsam beschlossen! Aber, wenn es nun sein muß, daß heute dieser Antrag auf Umstellung auf die Westkirche kommt – so muß eines aber doch wenigstens klar sein: Es ist Pflicht, es ist unabweisbare Pflicht der Westkirchen, den Männern im Soldatenstand als Christenmenschen den Dienst des Evangeliums in dieser anfechtungsreichen Zeit nicht zu versagen! Es ist Predigtbefehl Christi! Und es muß klar sein, daß wir an der Sache, am Inhalt der Militärseelsorge, wie es im Vertrag beschrieben ist, nichts ändern. Sondern wir sollten uns in neuer Besinnung eher gegenseitig Mut machen, gerade bei den Soldaten in christlicher Verkündigung und Bruderschaft zu bleiben.

Militärbischof D. Kunst:

Herr Präses, hochwürdige Synode!

Gern möchte ich im Grundsatz zu dem Stellung nehmen, was Günter Jacob hier vorgetragen hat, aber die Zeit ist vorangeschritten, und das, was gesagt werden mußte, ist auch im Ausschuß schon gesagt worden. Ich will damit die Verhandlungen nicht aufhalten. Ich möchte wohl auch gern ein Wort zu dem sagen, was Prof. Iwand hier ausgesprochen hat, vor allem möchte ich ihm sagen, wenn er zitierte „ich möchte bei so etwas nicht mitmachen“: es gibt keinen Pfarrer, der an dem Punkt anders dächte als er. Ich kann mir auch nicht sehr viel Nutzen davon versprechen, die Gebetbücher aus der nationalsozialistischen Zeit oder Gebetbücher aus dem ersten Weltkrieg zu studieren. Man müßte dann auch sagen, daß diese Gebetbücher nicht nur von Militärgeistlichen, sondern auch von zivilen Geistlichen gebraucht worden sind. Ich würde es für viel nützlicher gehalten haben, wenn Sie unser Militärgesangbuch genommen hätten und uns das vorhielten. Darauf hätten wir uns anreden lassen, aber nicht auf das, was früher in Militär- und Zivilgemeinden war. Wir wären dankbar, wenn Sie zur Kenntnis nehmen wollten, daß sämtliche Soldaten in Zivilgemeinden einbezogen sind. Es gibt nicht eine einzige Militärgemeinde, bisher keine einzige, sondern genau das, was Sie haben möchten, ist bis jetzt erfolgt und ist im Vertrag als Regelfall angesehen.

Aber wegen dieser Dinge hätte ich mich mit Sicherheit nicht zum Wort gemeldet. Ich muß aber in einer anderen Sache ein Wort sagen. Heute vormittag hat Herr Kirchenpräsident Niemöller mit großer Heftigkeit in diese Versammlung gerufen, daß es eben keine Freiheit der Wortverkündigung in der Militärseelsorge gäbe. Er hat gesagt, am Ende bestimmt das Verteidigungsministerium, was gepredigt wird. Ich hätte ihm sofort

geantwortet, wenn nicht die Rednerliste geschlossen gewesen wäre. Der unmittelbare Erfolg seiner Ansprache ist gewesen, daß ich von der Presse gefragt worden bin, in welcher Weise der Verteidigungsminister in das innere Leben der Kirche eingreife, ob wir etwa unsere Predigten zur Zensur vorlegen müßten und ähnliches. Ich halte dieses Mißverständnis für möglich, weil Bruder Niemöller es wegen der beschränkten Redezeit in großer Kürze nur hat sagen können und ihm wahrscheinlich im Augenblick nicht in Erinnerung war, daß wir diesen Punkt im Ausschuß sehr sorgfältig behandelt haben. Deswegen lege ich Wert darauf, nun zu sagen, was er gemeint hat, um dann wenigstens in Grenzen darauf zu antworten. Ich bin eine solche Antwort nicht nur der Öffentlichkeit schuldig, nicht nur meinen Brüdern im Amt, die bisher das Amt tragen, sondern ich bin dies auch dem Vertragspartner der Evangelischen Kirche in Deutschland schuldig.

Es muß gesagt werden, daß bisher nicht in einem einzigen Fall auch nur der Anschein erweckt worden ist, als wolle eine militärische oder zivile Stelle im Verteidigungsministerium oder draußen im Lande in das innere Leben der Kirche oder damit in die Verkündigung eingreifen. Ich sage noch einmal: nicht in einem einzigen Fall auch nur der Anschein der Beschneidung der Freiheit. Was Bruder Niemöller gemeint hat, ist dieses: Er hält für Freiheit der Wortverkündigung, wenn ein Militärpfarrer akkurat das sagen kann, was Heinrich Vogel heute nachmittag hier im Plenum gesagt hat. Da hat er nicht mehr und nicht weniger gesagt, daß nicht nur die Herstellung der nuklearen Waffen, auch das Bedienen, die Ausbildung an diesen Waffen nicht nur Verbrechen und Wahnsinn – so wörtlich: nicht nur Verbrechen und Wahnsinn –, sondern schreckliche Sünde, vom ewigen Heil ausschließende Sünde ist. Das meinte Bruder Niemöller als Freiheit der Wortverkündigung. Er sagte, das müsse möglich sein, daß so etwas vor den Soldaten ausgesprochen wird.

Nun, was ist denn – ich will mich der Frage nicht entziehen –, was ist denn nun der Auftrag, den der Militärpfarrer hat? Er soll nicht nur sagen: Meine Jungs, ihr dürft keine drei Frauen haben, ihr dürft nicht den Griff in die falsche Kasse tun, ihr müßt ehrlich und ordentlich sein. Natürlich, das soll auch sein. Aber er soll nicht predigen, als hätten wir 1910. Predigt er wie damals, dann wäre das nicht nur altmodisch, dann wäre es falsch. Er bliebe nämlich seinen Soldaten das schuldig, was sie brauchen, das lösende Wort für die jetzige Situation. Das ist er ihnen schuldig. Wie will er diesen Auftrag ausrichten, wenn er nicht zu den Fragen spricht, die uns in diesen Tagen in der Synode beschäftigen? Wie denkt sich eigentlich die Synode den Dienst eines Militärpfarrers an einer Schule für die Generalstäbler oder für die innere Führung? Was soll der Pfarrer denn da zu den nuklearen Waffen sagen? Da wird doch über die Dinge nicht nur allgemein gesprochen, sondern wenn der Dienst vorbei ist, kommt der eine und andere Offizier und fragt seinen Pfarrer. Dann kann er doch nicht sagen: bin ich nicht zuständig! Ich sage also ausdrücklich: Der Pfarrer muß sich stellen, und deswegen hat wahrscheinlich nicht nur die Bruderschaft auf eine Antwort der Synode gewartet. Ich könnte mir denken, daß die Militärpfarrer viel dringender auf eine Antwort gewartet hatten als mancher, der den Aufruf mit unterschrieben hat.

Aber jetzt komme ich zu dem, was er zu tun hat. Er hat Gewissensschärfung zu betreiben, und zwar nun wiederum nicht nur im Blick auf die Zehn Gebote, er hat Gewissensschärfung zu betreiben im Blick auf die neue Frage nach dem Krieg. Er darf nicht mehr über den Krieg reden, wie es der heilige Augustin getan hat. Und natürlich muß er Gewissensschärfung betreiben im Blick auf die nuklearen Waffen, daß das nicht am Ende ein Handwerk wird, wobei sich im Grunde keiner etwas denkt, wo er einfach mitmacht. Es ist die Dienstpflicht des Pfarrers, daß er hier Gewissensschärfung betreibt.

Aber nun darf ich noch ein Wort zur Freiheit der Wortverkündigung sagen. Es ist in unserer Kirche unbestritten, daß ein Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen unserer Fürsprache und Fürbitte gewiß sein darf. Bisher war in allen evangelischen

Kirchen Deutschlands auch unbestritten, daß man auch Soldat sein könne. Das war bisher unbestritten und ist auch durch den Synodalbeschluß von heute nachmittag nicht aufgehoben. Nun kann man vielleicht davon ausgehen, daß Leute Soldaten geworden sind nach einer sorgfältigen Gewissensprüfung und nun meinen: jetzt in meinem Soldatenstande möchte ich den Zusppruch des Evangeliums haben. Kein Mensch wird es für möglich halten, daß ich mich auf eine solche Preislage begeben und darüber ein Wort verliere, ob man Waffen segnen darf. Aber was hier unter uns bedacht werden muß, ist doch, daß Seelsorge zunächst einmal heißt, daß ich in die Haut meines Bruders hineinkrieche, so wie der Herr Christus in unsere Haut gekrochen ist. Vielleicht kann ich es deutlicher machen: Wir werden in Zukunft Läger für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bekommen. Halten Sie es für richtig, in diese Ersatzläger einen Pfarrer hineinzuschicken, der sagt: Nach meiner Überzeugung gibt es nur eins, daß ihr für das Vaterland eintretet und Soldat werdet. Das ist doch dasselbe, als wenn ein Militärpfarrer sagen könnte: Was ihr macht, ist Verbrechen und Wahnsinn, zieht die Uniform aus und werdet Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen!

Aber es gibt noch eine andere Kategorie, die hier mit angeführt werden muß. Was passiert nun, wenn es Militärpfarrer auf der Kanzel gibt, die das sagen, was Bruder Vogel heute nachmittag gesagt hat? Einmal passiert eins nicht, daß dem Verteidigungsminister erlaubt wird, den Pfarrer in ein Disziplinarverfahren zu verwickeln. Dies passiert nicht, der Staat kann es nicht. Es kann deshalb nicht zu einem Disziplinarverfahren kommen, weil der Staatsvertrag nicht nur in Artikel 4, sondern in einer Reihe von anderen Stellen vollständig klarstellt, wer darüber bestimmt, was in der Militärseelsorge gepredigt und was nicht gepredigt wird – jedenfalls kein Organ des Staates. Wenn aber der Staat es nun in hohem Maße anstößig finden würde – und das würde er mit Sicherheit –, was würde da passieren? Dann würden wir den Staatsvertrag aufschlagen und dort lesen, was in Artikel 27 steht, da heißt es: „Die Vertragsschließenden werden eine etwa in Zukunft zwischen ihnen entstehende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung einer Bestimmung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beseitigen.“ Dies hätte dann zu geschehen, denn hier wäre eine Meinungsverschiedenheit, wie das im einzelnen zu begreifen sei, daß die Kirche allein über Lehre und Bekenntnis in der Verkündigung und der Seelsorge bestimmt. Hier wäre ein Punkt, wo gesprochen werden müßte. Da der Fall bis heute nicht eingetreten ist, kann ich Ihnen keinen Erfahrungsbericht vorlegen. Aber zunächst einmal muß klargestellt sein: wenn ein Militärpfarrer für sich die Freiheit in Anspruch nimmt, das zu sagen, was Bruder Vogel gesagt hat, kann er unter keinen Umständen in ein Disziplinarverfahren verwickelt werden. Die Bundesregierung ist im übrigen in voller Klarheit dieses Risiko eingegangen und hat gesagt: ja, dieses Risiko will ich tragen, ich unterschreibe euch diesen Vertrag.

Ich bitte zu verstehen, daß ich dies mit einer gewissen Sorgfalt habe sagen müssen, damit keine falsche Vorstellung von dem entsteht, wie Militärseelsorge in ihrer inneren Substanz heute ausgerichtet wird. Ich verhehle Ihnen freilich nicht, daß die ganze Diskussion für mich insofern etwas Bestürzendes gehabt hat, als in diesem Zusammenhang keiner, weder im Ausschuß noch außerhalb des Ausschusses, mich darauf angedeutet hat oder wenigstens in einer Fußnote gesagt hätte: immerhin, unsere jungen Brüder in der DDR dürfen ja nicht einmal eine Bibel im Spind haben. Von Seelsorge sprechen wir da überhaupt nicht. Nicht einmal die Eigenseelsorge, daß der Junge sein Gesangbuch und seine Bibel liest, ist erlaubt.

Ich hätte es, um klarzustellen, wie die Dinge stehen, für gut gehalten, wenn daran erinnert würde; aber es muß dabei bleiben. Wie die Dinge bis jetzt stehen, haben wir keine Veranlassung zu glauben, daß die Bundesregierung in der Frage der Freiheit der Wortverkündigung vertragsuntreu sein wolle.

Als Ergebnis der Aussprache wurde folgender *Beschluß* gefaßt:

Synode beauftragt den Rat, einen Ausschuß einzusetzen mit dem Auftrag, den Militärseelsorgevertrag zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich einer Überleitung der Militärseelsorge in die ausschließliche Zuständigkeit der beteiligten Landeskirchen, und dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Der Ausschuß hat in der Berichtszeit unter Vorsitz von Vizepräsident D. Lücking seine Arbeit aufgenommen und so weit gefördert, daß dem Rat der EKD in einer seiner ersten Sitzungen des Jahres 1959 eine Vorlage gemacht werden konnte.

Erwähnt werden muß noch eine von der Synode mit langanhaltendem Beifall und ungewöhnlich lebhafter Zustimmung aufgenommene temperamentvolle Erklärung von Propst D. Dr. Grüber:

Propst D. Dr. Grüber:

Herr Präses, hochwürdige Synode!

Wir haben den Bericht des Herrn Ratsvorsitzenden gehört, und ich glaube, es ist nötig, daß auch einmal Stellung genommen wird zu der Begleitmusik, die diesem Bericht vorausging und ihm nachfolgte.

Es sind in der Presse konkrete Vorwürfe erhoben worden. Man hat mit viel Fleiß aus fünf Jahrzehnten Aussprüche gesammelt und zusammengestellt, um den Synodalen ein Bild von Bischof Dibelius zu zeichnen. Ich brauche hier nicht zu betonen, daß ich in vielen Punkten grundsätzlich anderer Meinung bin als Bischof Dibelius, in politischer, kirchenpolitischer und theologischer Hinsicht. Vielleicht unterscheiden wir uns auch im Temperament und in der Lebensführung. Er ist ein Verfechter des episcopalen Prinzips und ich ein ebenso eifriger Vertreter der synodalen Ordnung. Aber alles das hindert uns doch nicht – ich glaube, darin sind wir alle einig –, uns zu verbitten, daß von Menschen, die über weniger Sach- und Personenkenntnis als wir verfügen, das Bild von Bischof Dibelius verzerrt wird (Beifall). Man glaubt eben Worte aus der Vergangenheit, zum Teil aus dem Zusammenhang gerissen, zum Teil auch unrichtig wiedergegeben – wie das Wort aus Evanston, das er nie gesprochen hat –, zusammenstellen zu müssen.

Die Frage ist nicht die, was ein Mann vor 30 oder 40 Jahren gesagt hat, sondern die Frage ist die: Was sagt der Mann heute? Was er zum Frieden und zur atomaren Bewaffnung zu sagen hat, das haben wir im Bericht gehört. Wir fragen: steht er heute zu seinen Worten und zu seiner Meinung? und ist er bereit, diese seine Worte existentiell unter Beweis zu stellen, auch wenn Opfer von ihm verlangt werden? und dessen sind wir gewiß! Ebenso denken wir, daß er in christlicher Verantwortung bereit ist, zu tun, was in seinen Kräften steht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die ihm als Bischof einer Kirche obliegen, die auf drei Hoheitsgebiete verteilt ist.

Meine Freunde, ich frage: Wer hat in den letzten Jahrzehnten seine Meinung nicht geändert, oft sogar mehrfach? Ich habe vor 60 Jahren auch gesungen: „Der Kaiser ist ein lieber Mann und wohnt in Berlin, und wär' es nicht so weit von hier, so führ ich heut noch hin!“ Nun, auch wenn die Dinge heute anders wären, würde ich es heute nicht mehr singen. Martin Niemöller hat auch seine Meinung geändert. (Heiterkeit und Unruhe in der Versammlung.) Er war 1914/18 auf einem U-Boot und ging dann auf die Kanzel, und jetzt ist er der Präsident der Friedensgesellschaft; Heinemann und sein guter Freund Iwand haben sich beim Kapp-Putsch mit dem Gewehr gegenübergestanden, heute stehen sie Arm in Arm in der Friedensfront. Ich hatte 1933 eine andere Meinung über Potsdam und über die Judenfrage als Bischof Dibelius. Auf derselben Kanzel

in der Marienkirche habe ich die gegenteilige Meinung geäußert über die Möglichkeit, in der H-Bombe eine Garantie für den Frieden – einer pax technica – zu sehen. Das ist nicht das Wesentliche. Bischof Dibelius ist 1934 als Kur-Prediger an der Riviera gewesen und nicht da geblieben, was er hätte tun können, sondern er kam hierher zurück und hat seine Meinung immer klar und deutlich vertreten, und er war als Bruder in der Bekennenden Kirche ein tapferes und demütiges Vorbild, das uns oft beschämte und immer stärkte (Beifall). 1937 haben wir zur gleichen Zeit im Gefängnis gesessen. In diesem Gefängnis hatte vorher einmal Ernst Thälmann gesessen, den Bischof Dibelius da besucht hat. Man könnte auch solche Tatsachen und viele andere einmal registrieren.

Bischof Dibelius hat nicht vom sicheren Port Rundfunk-Reden gehalten, teils für Hitler, teils gegen Hitler, wie andere. Man darf denken von ihm, wie man will, er ist *nie* ein Befehlsempfänger gewesen, sondern er vertrat seine Meinung. Er hat mehr als andere ein inneres Anrecht darauf, sich von 1945 an der Neuordnung beteiligt zu haben, ein ganz anderes Recht als die vielen Remigranten, die damals – wohlgenährt und mit ausgeruhten Nerven – sich gewaltsam nach vorn drängten und die mit wenigen, allerdings sehr rühmlichen Ausnahmen, uns Männer des Widerstandes beiseite schieben wollten. Diese Remigranten sind ja immer die schlechtesten Berater der Besatzungsmächte gewesen und geblieben. Das ist auch verständlich, weil sie ja die entscheidenden Jahre deutscher Geschichte hier nicht miterlebt haben. Was wir an Not in Deutschland und gerade hier in Berlin erlebt haben und noch erleben, das geht mehr auf das Schuldkonto dieser Männer als auf das der Besatzungsmächte. Diese Partisanen der Besatzungsmächte hatten ja für den Dienst des Pontifex, der Entspannung sucht, nur hämische und ablehnende Bemerkungen. Vor zehn Jahren habe ich gesagt: Pontifex oder Partisane. Ich wiederhole: Trotz aller Verschiedenheit ist Bischof Dibelius für mich ein Pontifex und kein Partisane. Ich glaube, darin stimmen wir alle überein. Das möchte ich allen Partisanen an dieser Stelle und an jeder gewünschten Stelle deutlich sagen (langanhaltender Beifall).

Die Beurteilung der Synode wird anerkennen müssen, daß eine Zerreißprobe von ungeheurer Härte ehrlich, redlich, würdig und brüderlich ausgestanden und bestanden wurde.

Es war schon ein gutes Ergebnis, daß keine Winkelzüge und Vertuschungsmanöver versucht wurden, um vor Welt und Gemeinde die eigene Ratlosigkeit und den inneren Zwiespalt zu verdecken. Mehr aber bedeutet es, daß man bemüht war, über alle Gräben der Trennung hinweg aufeinander zu hören, und trotz ernster und tiefgreifender Verschiedenheit der Sicht, des Urteils und der Entscheidung in der Gemeinschaft des Glaubens, der Liebe, der Hoffnung und der Fürbitte unter dem Wort Gottes beieinander blieb.

5. DIE WAHRNEHMUNG DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG DURCH DIE KIRCHE

Wie die evangelische Christenheit in Deutschland ihre Verantwortung in der Atomfrage wahrgenommen hat, ist in anderem Zusammenhang (s. oben, S. 17 ff.) dargestellt worden. Hier ist über ihre Stellungnahme zu anderen, weniger erregenden Fragen und Vorgängen im politischen Raume zu berichten.

a) Das Verhältnis von Kirche und Staat

Für das Verhältnis von Kirche und Staat in der Bundesrepublik ist mit Dank festzustellen, daß von der Regierung in Bund und Ländern der Dienst der Kirche nicht nur nicht behindert, sondern anerkannt und vielfach gefördert wird. Eines der Symptome für das freundliche Klima bilden die Staats-Kirchenverträge. Am 6. März 1958 wurde ein solcher zwischen dem Lande Nordrhein-Westfalen und der Lippischen Landeskirche abgeschlossen; er wurde notwendig, weil das Verhältnis der beiden Partner bisher nicht vertraglich geordnet war. Die wichtigsten Vertragsartikel bestimmen:

Artikel 1

Der Freiheit, den evangelischen Glauben zu bekennen und auszuüben, gewährt das Land Nordrhein-Westfalen den gesetzlichen Schutz.

Artikel 5

1. Das Land Nordrhein-Westfalen leistet an die Lippische Landeskirche einen Zuschuß zu den Ausgaben der landeskirchlichen Verwaltung (Dotation).

Artikel 6

Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs wird das Land Nordrhein-Westfalen der Lippischen Landeskirche Beihilfen zur Besoldung und Versorgung des Pfarrerstandes im Rahmen und nach Maßgabe der für die übrigen Kirchen in Nordrhein-Westfalen geltenden Grundsätze bereitstellen.

Artikel 8

1. Zum Vorsitzenden einer Behörde der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde sowie zum Inhaber eines kirchlichen Amtes, mit dem der Vorsitz oder die Anwartschaft auf den Vorsitz einer solchen Behörde verbunden ist, wird niemand ernannt werden, von dem nicht die zuständige kirchliche Stelle durch Anfrage bei der Landesregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.

2. Eine Ernennung im Sinne des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn der Vorsitz der Behörde mit einem synodalen Amt als solchem verbunden ist oder der Vorsitzende der Behörde von der Synode gewählt wird.

3. Es besteht Einverständnis darüber, daß als politische Bedenken im Sinne des Abs. 1 nur staatspolitische, nicht dagegen kirchliche oder parteipolitische gelten. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten hierüber (Artikel 13) wird die Landesregierung auf Wunsch die Tatsachen angeben, aus denen sie die Bedenken herleitet. Die Feststellung bestrittener Tatsachen wird auf Antrag einer von Kirche und Staat gemeinsam zu bestellenden Kommission übertragen, die zu Beweiserhebungen und Rechtshilfeersuchen nach den für Verwaltungsgerichte geltenden Vorschriften befugt ist.

Artikel 9

1. Angesichts der in diesem Vertrag zugesicherten Dotation wird ein Geistlicher als Vorsitzender oder Mitglied einer Behörde der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde, ferner als Leiter oder Lehrer an einer der praktischen Vorbildung der Geistlichen gewidmeten Anstalt nur angestellt werden, wenn er

- a) Deutscher im Sinne des Artikel 116 des Grundgesetzes ist,
- b) ein zum Studium an einer deutschen Universität berechtigendes Reifezeugnis besitzt,

c) ein mindestens dreijähriges theologisches Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule zurückgelegt hat.

2. Wird in einem solchen Amt ein Nichtgeistlicher angestellt, so findet die Vorschrift des Abs. 1 zu a) Anwendung.

3. Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den in Abs. 1 und 2 genannten Erfordernissen abgesehen werden; insbesondere kann das Studium an anderen deutschsprachigen Hochschulen als den in Abs. 1 zu c) genannten anerkannt werden.

4. Das an einer anderen deutschsprachigen Hochschule oder an einer holländischen Hochschule zurückgelegte theologische Studium wird auf Wunsch der Kirche entsprechend den Grundsätzen, die für andere geisteswissenschaftliche Fächer gelten, als dem theologischen Studium an einer deutschen Hochschule gleichberechtigt anerkannt.

Artikel 11

1. Die Landesregierung trägt dafür Sorge, daß an der Universität Münster zwei für die Ausbildung reformierter Theologiestudenten vorwiegend geeignete Lehrstühle eingerichtet und besetzt werden.

2. Vor der Anstellung eines ordentlichen oder außerordentlichen Professors an der Theologischen Fakultät der Universität Münster wird auch der Lippischen Landeskirche Gelegenheit zu gutachtlicher Äußerung in bezug auf Bekenntnis und Lehre des Anzustellenden gegeben werden.

3. Die der Anstellung vorangehende Berufung, das heißt das Angebot des betreffenden Lehrstuhls durch den Kultusminister, wird in vertraulicher Form und mit dem Vorbehalt der in Abs. 2 vorgesehenen Anhörung geschehen. Gleichzeitig wird die kirchliche Verwaltungsbehörde benachrichtigt und um ihr Gutachten ersucht werden, für welches ihr eine ausreichende Frist gewährt werden wird.

4. Etwaige Bedenken gegen Bekenntnis und Lehre des Anzustellenden werden von der kirchlichen Verwaltungsbehörde nicht erhoben werden, ohne daß sie sich mit Vertretern der übrigen Kirchen, die von diesen unter Berücksichtigung des Bekenntnisses der befragten Kirche zu bestimmen sind, beraten und festgestellt hat, ob ihre Bedenken überwiegend geteilt werden. Das Ergebnis wird in dem Gutachten angegeben werden. Bei einer ohne Widerspruch der Fakultät erfolgenden Berufung wird die kirchliche Verwaltungsbehörde vor der etwaigen Einleitung des in Satz 1 vorgesehenen Verfahrens durch Vermittlung des Kultusministers in eine vertrauliche mündliche Fühlungnahme mit der Fakultät eintreten, auf Wunsch der kirchlichen Verwaltungsbehörde oder der Fakultät unter Beteiligung eines der evangelischen Kirche angehörigen Vertreters des Ministeriums.

5. Solange das Gutachten nicht vorliegt, wird eine Veröffentlichung der Berufung nicht erfolgen.

6. Die Lippische Landeskirche ist berechtigt, eine Anstalt mit Hochschulcharakter zur wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Geistlichen zu errichten und zu unterhalten.

Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik muß mit großer Sorge angesehen werden. In der ersten Jahreshälfte war die Situation durch zunehmende Spannung und wachsenden staatlichen Druck gekennzeichnet; die Kirche in der DDR wurde je mehr und mehr zur Kirche in der Bedrängnis, so daß sich die Konferenz der Kirchenleitungen im Gebiet der DDR genötigt sah, den obersten Verwaltungsstellen der DDR eine Denkschrift zuzuleiten, die die Beschwerden der Kirche sachlich darlegte und durch sorgfältig nachgeprüfte Beispiele belegte. Diese Denkschrift schließt mit der Frage: „Können wir, die wir aus unserem Glauben heraus für uns die atheistische Weltanschauung ablehnen müssen, noch als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik leben,

ohne daß uns wesentliche bürgerliche Rechte versagt oder beschnitten werden?“ Immer stärker wurden die staatlichen Organe in den Dienst der atheistischen Propaganda gestellt; die Lehrerschaft wurde angehalten, sich für die Jugendweihe einzusetzen, deren Freiwilligkeit immer mehr ausgehöhlt wurde. Für den Kirchenaustritt wurde allerorten intensiv geworben, der systematische Aufbau einer atheistischen Gegenkirche staatlich gefördert. Verunglimpfungen und Verleumdungen kirchlicher Einrichtungen und Amtsträger, Behinderungen der kirchlichen Arbeit durch amtliche Maßnahmen, Verhaftungen und Verurteilungen von Pfarrern und kirchlicher Mitarbeiter durch die Gerichte der DDR, staatspolizeiliche Eingriffe in das kirchliche Publikationswesen, Behinderung der christlichen Unterweisung durch Anordnungen des zuständigen Staatsministeriums, das staatliche Verbot, die ordnungsgemäß beschlossene Kirchenordnung der Ev.-Luth. Kirche Mecklenburgs in Kraft zu setzen, usw. sind Symptome der unfreundlichen Einstellung des Staates gegenüber der Kirche. Die Beziehungen der Regierung der DDR zur EKD wurden offiziell abgebrochen. Der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, schrieb an den Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Propst D. Dr. Grüber:

Sehr geehrter Herr Propst!

Mit Schreiben vom 12. Mai gaben Sie Kenntnis, daß eine Delegation der evangelischen Kirche mir einen Besuch abstatten möchte. Ihr Besuch bei Herrn Staatssekretär Eggerath am 30. April wurde nicht als Antrag für den Empfang einer Delegation, sondern nur als Information gewertet.

Angesichts des Ablaufes der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im April 1958 in Berlin und der Behandlung des Militärseelsorgevertrages kann eine Vertretung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr anerkannt werden. Mit dieser Feststellung ist die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beendet. Auch die Begleitung der Delegation durch ein Mitglied des Rates ist damit hinfällig geworden.

Ich bin dagegen bereit, eine Delegation der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik zu empfangen, deren Teilnehmer ihren Wohnsitz innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Berlin haben.

Sollte Herr Bischof D. Mitzenheim, der als Vertreter des Rates der EKD für die Begleitung der Delegation genannt wurde, als Beauftragter der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik die Delegation begleiten, so werden keine Bedenken erhoben.

Die angestregten Bemühungen der Kirche um Entspannung der Lage führten um die Jahresmitte zu Verhandlungen, deren Ergebnis in einem Kommuniqué niedergelegt ist.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl wurden am 2. Juni, 23. Juni und 21. Juli 1958 auf kirchlichen Wunsch Beratungen mit Vertretern der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt, um störende Faktoren in den Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und den Leitungen der evangelischen Kirchen zu beseitigen.

An diesen Beratungen, die vom Geiste der Verständigungsbereitschaft getragen waren, nahmen außer dem Ministerpräsidenten der Minister des Innern, Maron, der Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, der Staatssekretär und Leiter des Büros des

Präsidiums des Ministerrates, Plenikowski, und von seiten der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik die Bischöfe D. Mitzenheim und D. Krummacher, Generalsuperintendent Führ, Propst Hoffmann und Maschinenschlosser Gerhard Burkhardt teil. Zur Vorbereitung dieser Beratungen fanden außerdem beim Staatssekretär für Kirchenfragen mehrere Besprechungen statt, an denen weitere Vertreter des Staates und der Kirchen teilnahmen.

Der im Jahre 1957 zwischen der Evangelischen Kirche (EKD) und der Deutschen Bundesrepublik abgeschlossene Militärseelsorgevertrag und dessen politische und staatsrechtliche Auswirkungen nahmen in den Beratungen einen breiten Raum ein. Nach längerer Erörterung dieser Frage erklärten die kirchlichen Vertreter, daß die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an diesen Vertrag nicht gebunden sind und daß der Militärseelsorgevertrag für die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und für deren Geistliche keine Gültigkeit hat.

Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.

Die Besprechung der von den Vertretern der evangelischen Kirchen vorgebrachten Beschwerden führte zu dem Ergebnis, daß der gegen den Staat erhobene Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten wird. Die Regierung erklärte: jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

So weit von den Vertretern der Kirchen Beschwerden über die Durchführung der Anordnung des Ministers für Volksbildung vom 12. Februar 1958 über die Sicherung der Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vorgetragen wurden, ist eine Überprüfung zugesagt.

Die Klärung und Erledigung noch offener Einzelfragen wurden dem Staatssekretär für Kirchenfragen und den dafür in Frage kommenden Organen überwiesen. Beide Seiten erklärten ihre Bereitwilligkeit, durch klärende Aussprachen etwaige Mißstände in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu beseitigen.

Die Aufnahme des Kommuniqués innerhalb der Kirchen der DDR war zwiespältig. Der Rat der EKD gab dazu nachstehende Erklärung ab:

Angesichts der schweren Belastungen, denen das Verhältnis von Kirche und Staat ausgesetzt war, begrüßt der Rat die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß jeder Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genieße und die ungestörte Religionsausübung unter dem Schutz der Republik stehen soll. Der Rat gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die große Zahl der von der Kirche vorgebrachten Beschwerden eine befriedigende Erledigung findet und dadurch das Verhältnis von Kirche und Staat im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eine wesentliche Besserung erfährt. Insbesondere hofft der Rat, daß sich die in einem Beschluß der Synode der EKD vom April 1958 ausgesprochene Zuversicht erfüllt, daß durch die Verhandlungen der Weg frei gemacht werde, Menschen, die aus ihrem christlichen Glauben heraus den Atheismus ablehnen müssen, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder mit unverletztem Gewissen als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik heranwachsen zu lassen.

Leider wurden die in den Besprechungen gemachten Zusagen von Erleichterungen nur zu einem Teil eingelöst; gegen Ende des Jahres versteifte sich die Lage erneut,

und die Situation der Kirche war und blieb notvoll. Jedoch hielt der 1957 abge-
rissene, aber auf Grund des Beschlusses 1958 wieder angeknüpfte Faden des
Gesprächs zwischen Kirche und Staat noch, wenn er auch zunehmend dünner
wurde. Diese Tatsache ist nicht ohne jede Verheißung und sollte darum nicht
gering bewertet werden, so unangebracht übertriebene Hoffnungen und Erwar-
tungen sind. Auch schwache Mittel können in der Hand des Herrn der Kirche
große Folgen für den Bau seines Reiches haben.

Die staatliche Bedrückung der Kirche in der DDR und die Inanspruchnahme
des Rechts auf Atomwaffen durch die Bundesrepublik ließen die Grundsatzfrage
nach Wesen, Recht und Grenze des Staates aufbrechen. Ihr stellte sich die Haupt-
versammlung des Reformierten Bundes auf ihrer Tagung in Bremerhaven und
legte in drei Sätzen einige grundlegende Erkenntnisse nieder:

JESUS CHRISTUS, DER HERR DER WELT, UND UNSERE ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG

Das Gespräch der Hauptversammlung über die öffentliche Verantwortung kam zu fol-
genden Ergebnissen:

Um für Recht und Frieden in der noch nicht erlösten Welt zu sorgen, nimmt Jesus
Christus, der Herr der Welt, den Dienst der Obrigkeiten in Anspruch.

1. Die Obrigkeit ist also nicht souverän, sondern darf unter diesem einigen Herrn
nach dem Maß menschlichen Vermögens ihren Dienst verrichten.

2. Die Obrigkeit ist in ihren Entscheidungen nicht sich selber überlassen. Sie kann
nicht Entschlüsse nach ihrem Gutdünken fassen, sondern im Vertrauen und Gehorsam
diesem Herrn gegenüber.

3. Indem die Obrigkeit nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Ver-
mögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgt, ist
sie auch in der Auswahl dieser Gewaltmittel nicht sich selber überlassen.

Das Gespräch mußte aus Zeitmangel abgebrochen werden, als sich folgende Frage
abzeichnete:

Sind die neuerfundenen und hergestellten Machtmittel, die bisher in den Händen
einiger Mächte sind, Machtmittel, die den Obrigkeiten von Gott überlassen sind, um
ihren Dienst, für Recht und Frieden zu sorgen, auszuüben, oder sind diese Machtmittel
selbstherrlich geschaffen worden und werden sie so gehandhabt?

Die Hauptversammlung ist dankbar, daß sie die Erkenntnis der ersten drei Sätze
einmütig aussprechen konnte. Sie bittet aber die Mitglieder des Bundes, das Gespräch
unter dem Wort mit aller Dringlichkeit fortzusetzen.

b) Stellungnahmen und Erklärungen im Zusammenhang mit Landtagswahlen

In den Bundesländern Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen fanden 1958
Wahlen zu den Landtagen statt. Die Rheinische Kirchenleitung erließ dazu fol-
genden Aufruf:

AUFRUF DER RHEINISCHEN KIRCHENLEITUNG ZUR LANDTAGSWAHL AM 6. JULI

Wie bei der Bundestagswahl des vorigen Jahres rufen wir den Gliedern unserer Kirche
in das Bewußtsein, daß wir in einem demokratischen Staat leben, für dessen politischen
Weg jeder Bürger mitverantwortlich ist. Wir bitten deshalb unsere Gemeindeglieder,

diese Verantwortung durch Beteiligung an der kommenden Landtagswahl wahrzunehmen.

Wir erinnern an unseren vorjährigen Hinweis, daß in der Demokratie notwendigerweise mehrere Parteien um unsere Stimmen werben. Die evangelische Kirche legt es niemandem nahe, einer bestimmten Partei oder bestimmten Kandidaten seine Stimme zu geben oder zu versagen. Die Wahlentscheidung jedes einzelnen ist Sache seiner politischen Einsicht und gewissenhaften Prüfung. Das Evangelium rüstet uns aus, nüchtern die Geister zu prüfen und das Beste des ganzen Volkes zu suchen.

Dankbar stellen wir fest, daß alle demokratischen Parteien Männern und Frauen christlichen Glaubens Raum für politisches Wirken geben. Die Wahrung christlicher Anliegen im öffentlichen Leben ist nicht Sache nur einer Partei. Auch für den gegenwärtigen Wahlkampf gilt unsere Mahnung: Trotz verschiedener politischer Entscheidungen gehören wir als Glieder der Gemeinde Jesu Christi zusammen und achten uns als Brüder. Die gemeinsame Fürbitte für das Ganze darf nicht aufhören.

Zu den Landtagswahlen am 23. November in *Bayern* erließ der vom Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrat in München berufene Politische Arbeitskreis folgende Erklärung:

Evangelische Christen dürfen bei der kommenden Landtagswahl nicht abseits stehen, denn jeder Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens steht unter der Verantwortung vor Gott. Wer nur Zuschauer spielen will, hat kein Recht zu Kritik und Klage.

Es gibt keine ideale Partei. Evangelische Christen haben Freiheit und Spielraum in ihrer politischen Entscheidung, soweit diese nicht Gottes Gebot widerstreitet.

Zum aktiven politischen Handeln gehören Sachkenntnis, klares Urteil und Zivilcourage. Danach beurteilen wir die Männer und Frauen, denen wir unsere Stimme geben. Konfessionszugehörigkeit ist für uns nicht allein ausschlaggebend; wir sind aber dankbar, wenn wir bewußt evangelische Christen wählen können, die zum politischen Handeln bereit und fähig sind.

Evangelische Christen wissen um die Macht der Fürbitte. Mit unserer Fürbitte wollen wir die Landtagswahl mittragen. Unsere Politiker sollen wissen, daß für sie auch gebetet wird. Evangelische Christen bleiben auch nach dem Wahlakt in politischer Verantwortung. Das Maß ist verschieden, aber niemand darf sich davon entbinden. Wir dürfen die Politiker, da sie sich besonders zu verantworten haben, nicht allein lassen.

c) Teilnahme an anderen aktuellen Vorgängen des öffentlichen Lebens

Die Aufmerksamkeit, Mitverantwortung und Mitarbeit der Kirche an den Aufgaben des öffentlichen Lebens galt nicht nur den Fragen und Entscheidungen von weltweiter Bedeutung, sondern allen Nöten und Sorgen äußerer und innerer Art, von denen die Menschen betroffen werden.

1. Die *Kirchliche Flüchtlingsarbeit* wurde nicht nur fortgesetzt, sondern unter der tatkräftigen Leitung des Beauftragten für Umsiedler und Vertriebenenfragen, Bischof D. Wester, verstärkt. Die Tatsache, daß in Durchführung der Potsdamer Beschlüsse vom August 1945 achtzehn Millionen Deutsche entwurzelt wurden, daß mindestens jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik Vertriebener (nach 1945), Sowjetzonenflüchtling (seit 1953) oder Spätaussiedler aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie (seit 1957) ist, stellt eine erschütternde Illustration des Wortes des Flüchtlingsberaters des Ökumenischen Rates der Kirchen Elfart Rees vom „Jahrhundert der heimatlosen Menschen“ dar.

In einem Appell, der zur Leibsorge und Seelsorge an den Aussiedlern aufruft, wandte sich Bischof D. Wester an die Kirchengemeinden:

Evangelische Kirche in Deutschland

Der Beauftragte für Umsiedler- und Vertriebenenfragen

WAS KANN DIE KIRCHENGEMEINDE FÜR DIE AUSSIEDLER TUN?

Woher sie kommen

Aus den deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, die unter polnischer Verwaltung stehen, aus Ost- und Südost-Mittleuropa und aus der Sowjetunion treffen seit November 1956 im verstärkten Maße – auch heute noch wöchentlich etwa 3000 Deutsche in der Bundesrepublik ein. Sie sind Nachzügler der großen Deutschenvertreibung der Jahre 1944–1947. Die Sehnsucht nach ihren Angehörigen, die Liebe zu Deutschland und das Verlangen nach Geborgenheit läßt sie ihre bisherige Heimat verlassen. Bisher kamen 200 000 Aussiedler, der Strom läßt noch nicht nach.

Nach ihrer Isolierung als Deutsche in einer volksfremden Umgebung hatten sie sich in den deutschen Restgemeinden zusammengeschlossen. Schwere Jahre mit ernststen Schädigungen an Leib und Seele haben sie alle hinter sich. Sie suchen auch bei uns den Halt in der Gemeinde. Besonders in der ersten Zeit, wenn all das Neue und Ungewohnte auf sie einstürzt, ist es wichtig, ihnen brüderlich beizustehen. Sie kennen ihre Kirche als eine Einheit in Seelsorge und Diakonie.

Erste Hilfe in der Gemeinde

Die Lagerpfarrämter oder Lagerdienststellen von Innerer Mission und Hilfswerk geben dem Ortspfarrer wenige Tage nach der Beendigung des Lageraufenthaltes Nachricht über Namen und Anschrift der neuen Gemeindeglieder. Diese Mitteilung ist nicht für die Akten der Gemeinde bestimmt, sondern soll Anlaß zum Handeln der Gemeinde sein.

Hierzu einige Hinweise:

1. Der Aussiedler muß besucht werden, damit die Gemeinde erfährt, wo ihre Hilfe einzusetzen hat. Das ist eine gute Aufgabe für Männer- und Frauenkreise; nicht alles muß der Pfarrer oder die Gemeindegliedlerin selber erledigen.
2. Die Aussiedler müssen in der Gemeinde begrüßt werden, am besten sonntags von der gottesdienstlichen Gemeinde, nötigenfalls in Verbindung mit einer Bitte an die Gemeinde, zum Beispiel: gesucht werden Bettwäsche, Ofen, Kochtöpfe usw. für die betreffenden Familien.
3. Auf dem Wege in die neue Umwelt und insbesondere zu den Behörden sollte ein „Pate“ aus der Gemeinde den Aussiedler begleiten, nur so wird er seine Scheu vor Behörden verlieren. Unter uns vertrauten Begriffen wie: Arbeitsamt, Sozialamt, Einwohnermeldeamt usw. kann er sich oft nichts vorstellen.

Meistens sind folgende Gänge gemeinsam zu machen:

- a) zur polizeilichen Anmeldung,
- b) zum Arbeitsamt wegen Vermittlung einer Arbeitsstelle oder wegen der Arbeitslosenhilfe,
- c) zum Vertriebenen- oder Flüchtlingsamt wegen Ausstellung des Flüchtlingsausweises A,
- d) zur Schulbehörde wegen der Einschulung schulpflichtiger Kinder (Förderschulen siehe unten).

4. Aussiedler haben oft keine rechte Vorstellung von dem Wert des Geldes bei uns. Ihre „Begrüßungsgabe“, die sie in Friedland erhalten haben, wird leicht für Dinge

verwandt, die zwar nicht dringend benötigt werden, preislich aber wesentlich günstiger liegen als in Polen: zum Beispiel Textilien, Schuhe. Auch hier muß der „Pate“ raten.

5. Die örtliche Stelle von Innerer Mission und Hilfswerk, die Gemeindehelferin und der „Pate“ dürfen den Aussiedler nicht mehr aus dem Auge lassen, bis er sich so weit eingelebt hat, daß er zur Gemeinde gehört und in allen seinen Sorgen und Nöten von sich aus fragt.

Wer hilft weiter?

Dazu müssen die Pfarrer und ihre Helfer wissen, wo sie sich notfalls Auskunft holen können und wohin sie den Aussiedler schicken müssen. Hier einige Hinweise:

Die zuständige Behörde ist das Kreis- oder Stadtflüchtlingsamt.

Übersetzungen von Urkunden und Zeugnissen werden, falls örtlich keine Möglichkeit besteht, vom Hilfskomitee für evangelische Deutsche aus Polen, Hannover, Seilwindestraße 9–11, vorgenommen. Die Dokumente sollen eingeschrieben dorthin geschickt werden.

Ausländische Führerscheine werden bei den Dienststellen des ADAC oder bei der Verkehrspolizei auf Antrag umgeschrieben.

Handwerkliche Abschlußzeugnisse werden von der örtlichen Handwerkskammer anerkannt.

Plätze in Altersheimen vermitteln, falls am Ort keine Möglichkeit besteht, die Landesverbände der Inneren Mission.

Evangelische Förderschulen mit Internaten für junge Aussiedler, besonders zwischen 15 und 25 Jahren (nicht mehr schulpflichtig) bestehen in allen Bundesländern. Die Kosten dafür übernehmen im allgemeinen die Sozial- bzw. Wohlfahrtsämter. Über die Einweisungsmöglichkeiten unterrichtet die „Landesmeldestelle für junge Aussiedler“. Alle jungen Aussiedler und deren Eltern müssen überzeugt werden, daß es richtiger ist, vor einer Arbeitsaufnahme für zirka ein Jahr einen Förderkursus zu besuchen, um denselben Bildungsstand zu erreichen wie westdeutsche Volksschulabgänger. Nur so ist es möglich, die jungen Aussiedler beruflich so unterzubringen, daß sie nicht unzufrieden werden. Es gibt Förderschulen für Mittel-, Fach- und Oberschüler, die über den Volksschulabschluß hinaus helfen.

In jedem Falle weiß die zuständige Landesmeldestelle Bescheid.

Pakete in die alte Heimat: Viele Aussiedler wollen den Zurückgebliebenen gerne und bald ein Paket schicken. Auch hierzu soll die Gemeinde Gaben zusammentragen. Das bindet und hilft den Aussiedlern, sich in der neuen Umgebung heimisch zu fühlen.

Die rechtlichen Bestimmungen zugunsten der Aussiedler sind in dem grünen „Wegweiser für Aussiedler“, überreicht vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, zusammengefaßt, der jeder Aussiedlerfamilie in Friedland mitgegeben wird. Er kann auch von der Gemeinde beim Lagerpfarramt Friedland angefordert werden. Dort wird auf die einschlägigen Erlasse für die Aussiedler in juristisch einwandfreier Form hingewiesen. Nur braucht der Aussiedler im allgemeinen jemanden, der ihm diese Formulierungen verständlich macht.

Alle diese Hinweise sind wichtig für jeden, der wirklich helfen möchte. Entscheidend aber ist es, daß wir dem, der solcher Hilfe bedarf, das Herz öffnen! Er muß sagen dürfen, was ihn plagt. Und wir sollten ihn „mit uns leben lassen“ und auch das Selbstverständlichste mit ihm teilen. Dann wird er eines Tages gestehen: „So, jetzt bin ich hier zu Hause!“

Bischof D. Wester, Schleswig

Weil die Fülle der diakonischen Aufgaben im Zusammenhang der Sorge für Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler die Kräfte der deutschen evangelischen Kirchen übersteigt, zumal die Landeskirchen im Gebiet der DDR nicht helfen können, sondern selbst auf die ständige, gern gewährte finanzielle Hilfe der

westlichen Gliedkirchen angewiesen sind, wandte sich der Diakonische Rat mit einer Grundsatz-Erklärung an die Kirchen der Welt:

WEITERE ÖKUMENISCHE HILFE FÜR DEUTSCHLAND NOTWENDIG

Die aus Mitgliedern der ökumenischen Hilfsorganisationen und Vertretern der diakonischen Arbeit in Deutschland bestehende Kommission hat im Anschluß an eine Erörterung der schwebenden Fragen der ökumenischen Beteiligung an Hilfsmaßnahmen den Wunsch nach einer Grundsatzerklärung ausgesprochen, inwieweit in der Evangelischen Kirche in Deutschland Notstände bestehen, die in Zukunft noch die Hilfe der Bruderkirchen jenseits der Grenzen dringend erwünscht machen.

Der Diakonische Rat von Innerer Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland entspricht diesem Wunsche im Geist

dankbaren Rückblicks auf zwölf Jahre hindurch empfangene vielfältige Hilfe beim „Kirchlichen Wiederaufbau“ sowie bei der Bemühung, die Nachkriegsnöte in Deutschland mit seinem millionenfältigen Flüchtlingsstrom zu lindern;

zugleich *tiefempfundener Verpflichtung*, die Aufgaben ökumenischer Diakonie seitens des deutschen Protestantismus aktiv und hingebend mitzutragen angesichts vielfältiger Lasten und Nöte, die heute vielen Bruderkirchen in der Welt auferlegt sind;

endlich in jenem *brüderlichen Freimut*, in dem wir bisher bitten durften, so daß wir gewiß sind, auch heute nicht lästig zu fallen, wenn wir unsere Sorgen aussprechen und um ökumenischen Beistand nachsuchen.

I.

Der Teil des deutschen Protestantismus, der östlich der notvollen, unser Land zerschneidenden Grenzen liegt, ist bis zur Stunde auf brüderliche Hilfe von außen angewiesen.

15 Millionen evangelischer Christen in etwa 8000 Gemeinden, allermeist lutherischen Bekenntnisses, bedürfen der Stärkung ihres Glaubens und der Unterstützung für ihre Aufgaben, die sie in den raschen politischen und sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Wandlungen ihres Gebietes zu erfüllen haben.

Diese notwendige Unterstützung wird ihnen heute sehr viel mehr als noch vor fünf Jahren seitens der Kirchen und Gemeinden Westdeutschlands zuteil. Es ist nicht mehr als recht und billig, dies auch in Zukunft zu erwarten.

Es ist jedoch von außerordentlicher Bedeutung, daß man diese Hilfe *nicht* zu einem Problem des deutschen Protestantismus erklärt und sich seitens des Weltrats der Kirchen und der konfessionellen Weltbünde unter Hinweis auf Kraft und Möglichkeit der westdeutschen Bruderkirchen von einem Mittragen der Lasten zurückzieht. Die Kirchen und Gemeinden in der DDR bedürfen der Fürbitte wie auch der Zeichen der Liebe aus der Ökumene. Dies ist ihnen weit über den Wert der materiellen Hilfe hinaus eine Stärkung auf ihrem von Gott verordneten Weg und bringt ihnen Impulse der Erneuerung ihres eigenen Glaubensgehorsams, die sie nicht entbehren können.

So wagen wir auch im Jahre 1958 *um die finanzielle Hilfe von zwei bis zweieinhalb Millionen Franken zu bitten.*

Mit dem tiefen Dank für alle bisher erfahrene Liebe verbinden wir die Hoffnung, daß diese Liebe unseren Bruderkirchen im Osten Deutschlands angesichts ihrer besonderen Lage auch in Zukunft nicht fehlen werde. Wir sind gewiß, daß der Herr der Kirche diese Saat des Wohltuns heute und morgen reich segnen wird, sowohl denen, die sie empfangen, wie auch denen, welche die Opfer mit Freude bringen.

II.

Auch 1957 ist das Gebiet der Bundesrepublik von etwa 400 000 Menschen überflutet worden, die aus dem Gebiet der DDR und als „Spätaussiedler“ aus den früheren

deutschen Ostgebieten kamen, so daß nunmehr seit 1945 über zwölf Millionen Flüchtlinge in Westdeutschland aufzunehmen waren. Selbst für das wirtschaftlich wieder erstarkte Westdeutschland bedeutet dieser Zustrom von meist mittellosen, materiell und seelisch weithin erschöpften Menschen eine schwere Last nach vielfacher Richtung hin. Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Seelsorge, der Schaffung von Wohnungen und der Erziehung von Jugendlichen und anderes mehr verschlingen sich zu schweren Problemen für staatliche Stellen und die Diakonie unserer Kirche. Zeichen dafür ist, daß die Leerung der Lager mit Hunderttausenden von Insassen – eine wahrhaft dringende Aufgabe! – deshalb nicht gelingen will, weil Woche für Woche Tausende nachströmen. Wir bitten herzlich, diese Bürde in unseren ökumenischen Bruderkirchen zu würdigen, zumal ihr Druck sich seit zwölf Jahren Monat für Monat, ja Tag für Tag neu auf uns legt. Es bedarf starken Glaubens und nimmermüder, erfinderischer und tätiger Liebe, um angesichts dieser Last nicht der Resignation zu erliegen.

Unsere karitativen Anstalten und gemeindlichen Diakoniestationen stehen deshalb vor der Tatsache, daß immer neu alte und kranke, bedürftige und um den Neuaufbau ihrer Existenz schwer ringende Menschen um Hilfe und Fürsorge bitten. Angesichts dieser Situation hat das seit mehreren Jahren laufende, mit großer Dankbarkeit aufgenommene *Anstaltenprogramm* – sowohl in den Spenden von Lebensmitteln wie von Textilien via Rohbaumwolle – eine außerordentliche Bedeutung.

Die Hilfe für die offene Fürsorge unserer kirchlichen Gemeinde- und Bezirksstellen an Alten, Kindern und Kranken erfährt dadurch wesentliche Stärkung. Es ist heute geradezu der ökumenische Beitrag zur innerdeutschen Flüchtlingssituation in ihrem noch immer riesigen Ausmaß.

Erneut erklären wir darum: Soweit nicht vordringlichere Hilfsaufgaben in anderen Notgebieten der Welt die beschränkten Mittel unserer Bruderkirchen beanspruchen, sind wir für eine Fortsetzung dieses *Unterstützungsprogramms* in Ergänzung der eigenen Bemühungen der deutschen Kirchen herzlich dankbar.

III.

Wir wissen mit Dank, daß sich der Ökumenische Rat der Kirchen durch seine Abteilung für „Zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst“ – wie auch der „Lutherische Weltdienst“ – mit besonderer Hingabe der „*Heimatlosen Ausländer*“ in Deutschland angenommen und seit geraumer Zeit in deren jährlichem Etat beträchtliche Mittel für den Dienst an ihnen zur Verfügung gestellt hat, nicht zuletzt, indem ein Stab von Mitarbeitern dafür in unserer Mitte unterhalten wurde; internationale Hilfs- und Auswanderungsprogramme haben Zehntausenden dieser besonderen Opfer des zweiten Weltkrieges geholfen.

Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen unternimmt jetzt in Verbindung mit der Bundesregierung besondere Anstrengungen, um die letzten Lager zu räumen und den ca. 28 000 heimatlosen Ausländern zur Integration in das normale deutsche Leben zu verhelfen.

Wir wollen nach Kräften diese Bemühungen mitunterstützen, wie wir schon in den letzten Jahren in steigendem Maße aus öffentlichen und kirchlichen Mitteln in Deutschland an der Linderung dieser Nöte mitgewirkt haben, da ihre Beendigung und eine Lösung aller Probleme von ihrem Ursprung her sehr schwer ist.

Wir sind der Meinung, daß die deutschen und besonders die kirchlichen Anstrengungen noch gesteigert werden sollten; und daß in dem gleichen Maße eine Reduzierung der ökumenischen Mittel und Hilfskräfte erfolgen kann. Wir möchten jedoch unsererseits aussprechen, daß wir noch für längere Zeit besonders dankbar sein werden, gerade auf diesem schwierigen Arbeitsgebiet die Hilfe „brüderlicher Mitarbeiter“ (fraternal workers) aus den befreundeten Kirchen als Mitträger der Verantwortung, die zuerst unserer deutschen Kirche obliegt, zu erhalten.

In der gewissen Überzeugung, daß uns der langjährige Dienst der Bruderkirchen in unseren Nöten und Lasten mehr als nur materielle Hilfe, vielmehr reichen geistlichen Segen und ein Beispiel opferbereiter Liebe gegeben hat, möchten wir im Nacheifern mit unseren Bruderkirchen in der Welt wachsen an dem, der unser Haupt ist, Christus; wir möchten wachsen in allen Stücken, vornehmlich im Dienst der Liebe an den Elenden und Armen, in denen uns unser Herr selbst begegnet.

2. Zur *Seelsorge in der Industriegesellschaft* verabschiedete die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen (Ende Oktober 1958) ein umfassendes Memorandum:

Die Sendung Jesu ist die Antwort Gottes auf das Elend des Menschen. Der Auftrag des Herrn nötigt die Gemeinde, den Menschen an seinem Ort zu sehen und aufzusuchen.

Die Dringlichkeit der Aufgabe

1. Viele Menschen leben in der Industriegesellschaft praktisch ohne Gott. Sie vernehmen nicht mehr das Sprechen Gottes mit uns. Ihr Gebet ist verkümmert oder gar erstorben, sie haben kein Gespür mehr für das Walten Gottes in unserem Leben. Statt dessen fühlen sie sich anderen Einflüssen und übergeordneten Mächten ausgeliefert.

2. Das Leben in der Industriegesellschaft führt viele Menschen in die Vereinzelung und in die äußere und innere Vereinsamung. Das Familienleben ist vom Berufsleben getrennt.

3. Im Beruf werden die Menschen vor hohe Anforderungen gestellt, die alle Kräfte in Anspruch nehmen. Die Arbeitszeit wird zwar verkürzt, die Arbeit aber intensiviert. Diese seelische und körperliche Belastung bewirkt in der Freizeit ein starkes Ruhebedürfnis und nimmt die Kraft zur Sammlung und Stille. Der schnellebige Rhythmus von Arbeit und Freizeit, die Enge der Wohnung und der Lärm der Umwelt läßt sie nicht zur Ruhe und zur Sammlung kommen.

4. In ihrer Vereinzelung und Vereinsamung sehnen sich die Menschen nach Gemeinschaft. Sie warten auf das Gespräch, in dem es ihnen vor allem daran liegt, sich auszusprechen. In diesem Gespräch wird es dann deutlich, daß die Menschen auf Seelsorge warten. Sie verlangen nach Lebenshilfe für ihr Familienleben und ihr Berufsleben. Besonders aufgeschlossen für das besinnliche Gespräch sind sie bei Enttäuschungen durch Menschen, in Krankheitstagen oder wenn sie in Trauer sind.

5. Die Seelsorge am Menschen in der Industriegesellschaft ist so vielseitig, daß sie nicht durch den Pfarrer allein getan werden kann. Wir brauchen dafür die Erfahrung und die Sachkenntnis der berufstätigen Christen und der erfahrenen Hausfrauen und Mütter. Die Seelsorge in der Industriegesellschaft ist deshalb eine Aufgabe der Gemeinde.

I. Die Aufgabe an allen Gesellschaftsschichten im Betrieb

Die industrielle Arbeitswelt ist überwiegend sachbezogen. Die zur Bewältigung der Funktion und zur Lebens- und Existenzsicherung notwendigen Fragestellungen sind fast ausschließlich sachbezogener Art: Kosten, Leistung, Produktion, Lohn, Zeit, technische Maßeinheiten – der vom Glauben geforderte Mensch hat es aber mit sinnbezogenen Größen zu tun. Er fragt nach einem Sinn, der mehr ist als Zahl, dennoch sieht er sich in ein System von Sachzusammenhängen gestellt, in dem die Zahl entscheidet.

So ist zu verstehen, daß Gerechtigkeit und Ehrlichkeit nicht mit individuell moralischen Appellen hergestellt werden können. Es sind Hinweise auf notwendige Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung erforderlich.

Die vielen noch bewußte Konfliktsituation des Betriebes und der Gesamtwirtschaft ist in jedem Falle ein guter Anknüpfungspunkt für den Seelsorger. Er muß in der Lage

sein, zu hören, sich über Sachverhalte belehren zu lassen, um dann erst aus einer Solidarität der Schuld, des Versagens, der Unwissenheit, der Ratlosigkeit den Zuspruch zu geben. Diese Solidarität umfaßt Redenden und Hörenden, die industrielle Welt und die Christenheit. Der Industriemensch ist in eine Zwangsgemeinschaft gestellt, in der nicht zunächst mitmenschliche Beziehungen entscheiden, sondern Funktionszusammenhänge. Diese Situation und eine auch unter Christen verbreitete optimistische Auffassung vom „guten Menschen“ führen zu Enttäuschungen am Nächsten, die es einem schwer machen, Bruder zu sein.

Der Seelsorger muß in die alltägliche Welt hineinsprechen; das muß sich in Gedankenführung, Redeweise und Bildwahl ausdrücken. Hilfe kann nur durch das *einfache* Wort gebracht werden.

1. Besondere seelsorgerliche Aufgaben an der Arbeiterschaft

a) Auch unter Arbeitern ist ein moralisches Sündenverständnis kennzeichnend und weit verbreitet. Sie haben das Gefühl, daß alle Ärgerlichkeiten nur an den moralischen Mängeln der andern liegen. Der Arbeiter kann nun tatsächlich die Norm des Verhaltens im Betrieb nur in geringem Umfang bestimmen. Darum neigt er dazu, seine persönliche Verantwortung für Änderung in Betrieb und Wirtschaft auszuklammern. Der Vergleich mit anderen Gesellschaftsschichten der Betriebsgemeinschaft scheint dieser Meinung der Arbeiter recht zu geben. Denn der Druck, die Hetze, die die menschlichen Beziehungen stören, kommen – so meint man – ja nur von „oben“. Aus dieser Situation folgt bei der Arbeiterschaft oft eine Haltung der selbstbewußten Rechtschaffenheit. Was Sünde als stolze Gottesferne tatsächlich ist, kann hier nur im eingehenden, persönlichen Gespräch verstanden und angenommen werden.

b) Der abhängige Arbeitnehmer, der im Betrieb ohne viel Bewegungsfreiheit innerhalb einer straff disziplinierten Maschinerie eingesetzt ist, findet innerhalb und außerhalb des Betriebes vorgeformte und ihm nicht beeinflusbar erscheinende Institutionen vor, die von ihm verlangen, daß er sich ihnen anpaßt. Wenn die Verkündigung die Freiheit des Christen in den Zwängen der modernen Gesellschaft bezeugt, so muß die Seelsorge Wege aufzeigen, wie diese Freiheit tatsächlich praktiziert werden kann. Das wird nur im Gespräch möglich sein. Dazu ist die Kenntnis der Situation des Arbeiters im Betrieb für den Seelsorger unerlässlich; er kann sie durch praktische Mitarbeit oder durch Betriebsbesuche erwerben.

c) Der Arbeiter ist mißtrauisch gegen Worte, weil er selbst des Wortes nicht so wie Angehörige anderer Gesellschaftsschichten mächtig ist. Auch politische Erfahrungen haben die Überzeugung verstärkt, daß man durch Worte oft für „dumm verkauft“ worden ist. So wirken Worte entweder über Gebühr faszinierend, oder sie klingen im Ohr des Arbeiters abgegriffen. Wo also aus dem Wort von der Sündenvergebung nicht ein neues Leben unter Menschen folgt, da ist in den Augen der Arbeiterschaft das Wort von der Gnade wie ein der Inflation verfallener Papierschein. In der Forderung nach Tatchristentum kann natürlich auch ein moralisches Mißverständnis des christlichen Glaubens enthalten sein, zugleich ist sie eine Mahnung an eine Christenheit, deren Bekenntnis nicht Früchte trägt.

2. Besondere seelsorgerliche Aufgaben an der Mittelschicht

Der Mittelschicht im Betrieb obliegen auch Aufgaben der Menschenführung. Zugleich aber ist sie verantwortlich für die Ausführung der betrieblichen Anordnungen, die sich auf die Produktion beziehen.

Trotz guten Willens, menschlich zu sein, scheinen sich Leistungsdruck und Menschlichkeit weithin auszuschließen. So resigniert man oder wird hart. Die Mittelschicht leidet

in besonderer Weise an der Spannung, die Sachanforderungen und das menschliche Wollen in Übereinstimmung zu bringen. Bei vielen überwiegen Skepsis und Enttäuschung. Man hat sich mit einigen persönlichen Ansätzen die Finger verbrannt und jetzt keinerlei Neigung mehr, sich auf das „Menschliche“ im Betrieb einzulassen, man sagt: „Anständigkeit ist Dummheit.“ Es fehlt auch an den rechten Maßstäben von Distanz und Verbrüderung. Der irrige Glaube, Autorität sei ausschließlich eine Sache der Persönlichkeit, ist gerade in dieser Schicht sehr häufig. Viele reiben sich an dieser Überforderung auf. Hier ist es Aufgabe der Seelsorge, das Wissen um eine Ordnung, um das „Amt“, das schützen soll, zu vertiefen und die falsche Vorstellung vom idealen Vorgesetzten zu berichtigen.

Es hat auch den Anschein, als herrsche in der Mittelschicht die Meinung vor, Gerechtigkeit sei das Streben, persönlich eine saubere Weste zu behalten. Die Seelsorge muß hier aufzeigen, daß Gerechtigkeit sich von dem Bemühen her klärt, dem „anderen“ gerecht zu werden. Es ist auch oft notwendig, klarzumachen, daß man unter Umständen selbst schuldig wird, wenn man dem anderen gerecht werden will. Auch im Arbeitsleben können wir nur aus Vergebung leben.

3. Besondere seelsorgerliche Aufgaben an selbständigen und beauftragten Unternehmern

Folgende Ansatzpunkte für das seelsorgerliche Gespräch mit den Unternehmern erscheinen wichtig:

a) Zunächst muß die Situation der Unternehmer klar gesehen werden. Die gesamtwirtschaftlichen und betrieblichen Zusammenhänge, in denen der Unternehmer steht, müssen erkannt und als gegeben anerkannt werden. Durch die Abhängigkeit der Gestaltung des betrieblichen Lebens von der allgemeinen Marktlage wie auch durch die das betriebliche Leben bestimmenden Gesichtspunkte der Produktivität, der Wirtschaftlichkeit, Rationalisierung, Technisierung ist die Entscheidungsfreiheit der Verantwortlichen gerade im Hinblick auf die Bewältigung der menschlichen Problematik des Betriebes begrenzt, bei Großbetrieben durch das Eigengewicht des Apparates noch mehr erschwert. Das Leitbild von einer völlig unabhängigen Unternehmerpersönlichkeit, an deren guten Willen und Nächstenliebe lediglich zu appellieren sei, muß auf seiten der Kirche abgebaut werden, die Eingebundenheit des Unternehmers in die Sachzusammenhänge ist ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen.

b) Aber auch auf seiten eines Teiles der Unternehmer herrscht noch das erwähnte Leitbild einer unabhängigen Unternehmerpersönlichkeit vor. Ihre Kirchlichkeit ist zum Teil noch mit der Vorstellung einer patriarchalischen Betriebsordnung gekoppelt. Mitunter wird sogar der Einsatz der Kirche zur Wahrung dieser patriarchalischen Ordnung vermißt. Aus einem falschen Verständnis der Nächstenliebe, die nur als individuelle Hilfsmaßnahme von Fall zu Fall auf Grund der persönlichen Initiative verstanden wird, ergibt sich der Irrweg, Patriarchalismus und äußere Kirchlichkeit zu koppeln.

Zur Überwindung dieses Mißverständnisses kommt es in der Seelsorge darauf an, die Nächstenliebe auch als eine Bemühung um eine möglichst gerechte Ordnung auszulegen.

c) Einige andere aktuelle Fragen, die in seelsorgerlichem Gespräch mit Unternehmern heute naheliegen: Welche positive Möglichkeit bietet die erhöhte Technisierung, die eigenen Arbeiter stärker auf ihre menschliche Verantwortung anzuregen? – Wie kann die Durchführung der Technisierung, Rationalisierung, Arbeitszeitverkürzung, von Entlassungen usw. vermenschlicht werden? – Wie kann der Versuchung widerstanden werden, daß die Verantwortlichen im Betrieb den durch die unsichere Arbeitsmarktlage bedingten Machtzuwachs ausnützen? – Bis zu welchem Grade ist es erforderlich, daß der Unternehmer im Augenblick einer wirtschaftlichen Krise seinen eigenen Lebensstil einschränkt? – Ist sich der Unternehmer der großen vorbildhaften Bedeutung

bewußt, die er in seiner persönlichen Haltung in seinem Familienleben, in seinem Gottesdienstbesuch für die Öffentlichkeit genießt? Sieht die Gemeinde ihren Auftrag, dem Unternehmer die geistlichen Lebenskräfte zu geben, die er für seine verantwortliche Tätigkeit nötig hat?

II. Hinweise für Aufgaben im Raum der Familie und Nachbarschaft

1. Folgende Auswirkungen der Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung sind bemerkenswert:

Die Monotonie vieler Arbeiten schafft ein besonderes Bedürfnis nach Ausgleichsbeschäftigung, auch wenn die Zusammenhänge dem Betroffenen selbst nicht bewußt sind. – Das Ausmaß, in dem Familienangehörige, Freunde und Nachbarn durch häufigen Arbeitszeitwechsel voneinander isoliert werden, ist besonders im Drei-Schicht-System beachtlich. – Durch die wechselnde Arbeitszeit wird die Entwicklung gesunder Lebens- und Freizeitgewohnheiten erschwert. – Die Aushäusigkeit ganzer Familien am Sonntag nimmt zu. – An die Menschen in freien und sozialen Berufen werden erhöhte Anforderungen gestellt. Oft erweitert sich ihre Arbeitszeit. – An Wochenenden und Feiertagen erhöhen sich die dienstlichen Anforderungen bei Verkehrsbetrieben und im Gaststätten-gewerbe.

2. Einige Konsequenzen für die Gruppenseelsorge

Es ist wichtig, die Gottesdienstzeiten an die Schlaf- und Freizeitbedürfnisse der berufstätigen Menschen anzupassen. Unter Umständen sollte man in einem Wohnbereich die Gottesdienste zu verschiedenen Zeiten halten und sich bemühen, Gottesdienstgelegenheiten an Ausflugsstraßen und -orten zu schaffen.

Die Gemeindeveranstaltungen sollte man mehr abstellen auf: familiäre Gemeinsamkeit, auf Wechselschicht, auf das Bedürfnis nach kleinen und losen Gruppen ohne zu enge und regelmäßige Bindungen, auf das Durchbrechen der sozialen Isolierung einzelner und ganzer Familien durch das Schaffen von Gelegenheiten zu Geselligkeit, auf brauchbare Modelle für Lebens- und Freizeitgestaltung.

3. Einige Konsequenzen für die Einzelseelsorge

Das freie Wochenende sollte durch Beschäftigung in der Familie ausgefüllt werden.

Der erweiterte Freizeitgewinn stellt die Frage nach dem Lebensstandard und verschärft folgende Probleme: Soll man den Verdienst bewußt erhöhen durch Schwarzarbeit, freiwillige Übernahme von Nacht- und Sonntagsarbeit oder durch die Mitarbeit der Ehefrau, um in der freien Zeit noch mehr konsumieren zu können? Man meint sich etwas zu vergeben, wenn man sich im Lebensstandard offensichtlich von Nachbarn und Kollegen unterscheidet. Es wird also zu einer aktuellen Aufgabe der Seelsorge, den Menschen vom Geld unabhängige Freizeitinhalte zu zeigen, sie zu lehren, daß Leistungswettbewerb und Konsum nicht die einzigsten und wichtigsten Maßstäbe sind. Es gilt, zur Bescheidung auf manchen Gebieten zu ermutigen und zum Beispiel die Sorge für die eigene Gesundheit und für die körperliche und geistig-seelische Entwicklung der Kinder als primäre Pflicht herauszustellen.

Da die alleinstehenden berufstätigen Frauen nirgends mehr beheimatet sind, sollten die Gemeinden sich besonders um sie kümmern und ihnen zu geeigneten Gemeinschaftsformen helfen. Bei der älteren alleinstehenden Frau muß der Erschöpfung nach der Arbeit besonders Rechnung getragen werden. Sie verläßt abends nach Rückkehr von der Arbeit nicht gern noch einmal das Haus. Sie muß also entweder zu Hause besucht

werden oder Gelegenheit haben, unmittelbar nach der Arbeit im Klub Erholung zu finden.

Die Angehörigen bestimmter Berufe, zum Beispiel Ärzte, Eisenbahner, Kellner, sind zeitlich so beansprucht, daß sie nur selten einen freien Sonntag kennen. Die Gemeinde sollte diesen stellvertretenden Dienst anerkennen und sich ihrer annehmen. Bei allen, die am Freizeitgewinn teilnehmen, sollte auf die Aufgabe in der Familie, aber auch auf neue Möglichkeiten gemeindlicher Mitarbeit hingewiesen werden.

Alle diese Vorschläge dienen der Vorarbeit für die eigentliche Seelsorge, den Menschen vor das Angesicht Gottes zu rufen.

Im Wissen um unseren Auftrag bitten wir die Presbyterien und Mitarbeiter der Gemeinden:

1. mit Männern und Frauen aus der industriellen Arbeitswelt und unter Hinzuziehung der Sozialsekretäre eine Aussprache vorzubereiten, in der die verantwortlichen Mitarbeiter der Gemeinde auf die Not der in diesem Beitrag angesprochenen Gruppen hören und sie besser verstehen lernen;

2. die so gewonnene Beziehung durch Besuch und Gespräche am Arbeitsplatz, mit den Vertretern der Gewerkschaft und der Betriebsleitung zu vertiefen und die Ergebnisse in offenen Kreisen durchzusprechen;

3. die angesprochenen Männer und Frauen dieser Gruppen zu bitten, vor der versammelten Mitarbeiterschaft auch der Jugend- und Frauenarbeit der Gemeinde in Kurzberichten eine Einführung in ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu geben, um so diesen Mitarbeitern eine Zurüstung für ihren seelsorgerlichen Dienst zu vermitteln;

4. mit den Mitarbeitern die ganze Gemeinde zu bitten, sich selbst der Seelsorge zu öffnen und sich zu bemühen, an der Behebung der zutage getretenen Nöte und Spannungen mitzuarbeiten;

5. die bei diesen Versuchen gemachten Erfahrungen dem Herrn Superintendenten und dem Sozialamt Villigst weiterzugeben.

3. Zur *Verkehrserziehungsaktion* 1958 im Bundesgebiet, die der Bundesverkehrsminister gemeinsam mit den zuständigen Bundes- und Länderbehörden, der Bundesverkehrswacht, der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, dem Bund für alkoholfreien Verkehr, der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr der Suchtgefahren und anderen durchführte, erließ der Vorsitzende des Rates der EKD nachstehenden Aufruf:

Die große Zahl der Unfälle im Autoverkehr lastet nach wie vor auf den Herzen aller, die die Verhältnisse in unserem Volksleben überdenken. Jeden Tag werden Unfälle gemeldet, und fast immer ist aus diesen Berichten zu entnehmen, daß der Alkohol dabei eine große Rolle gespielt hat.

Es ist selbstverständliche Pflicht eines Christen, dazu zu helfen, daß diesem Notstand ein Ende bereitet wird. Wir stehen unter dem unabdingbaren Gebot Gottes, das Leben unserer Mitmenschen wie unser eigenes zu achten und zu schützen und auch alles zu vermeiden, was uns an dem Tod eines anderen mitschuldig machen könnte. Diesem Gebot Gottes gehorsam zu sein, ist Christenpflicht. Wir werden dieser unserer Pflicht nur gerecht werden, wenn wir es nicht nur jedem, der sich an das Steuer eines Autos setzt, immer wieder vorhalten, daß selbst kleine Mengen von Alkohol die Sicherheit des Fahrens herabmindern, sondern, wenn wir überhaupt das Unsrige dazu tun, daß die Menschen nicht zum Sklaven des Alkohols werden.

Es ist möglich, die Unfallziffer auf ein Minimum herabzudrücken. Und weil es möglich ist, muß es geschehen.

Die Pflicht der Nächstenliebe muß ernst genommen werden. Die evangelische Kirche muß darauf vertrauen, daß jeder, der zu ihr gehört, daraus die Folgerungen zieht und damit unserem ganzen Volke den Dienst erweist, den wir ihm schuldig sind.

4. Der *Sorge für die Familie* in der industriellen Massengesellschaft nahm sich die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen an; sie fordert

1. Ein System von Steuern, Abgaben und Beiträgen, das an die Stelle des Individualprinzips das Familienprinzip stellt.

2. Ein System von Sparprämien und Steuererleichterungen, das gleichfalls auf die Familie ausgerichtet ist.

3. Angemessene Entlastung der Familie von den Kosten der Schul- und Berufsausbildung.

4. Wirtschaftliche Förderung der Mädchenerziehung sowie -ausbildung für die künftigen Aufgaben als Hausfrauen und Mütter. Gleichzeitig Einführung und Ausbau des 9. Schuljahres.

5. Wirtschaftliche Förderung der Familienerholung.

5. Gegen die *Spielsucht*, der die bundesrepublikanische Bevölkerung wöchentlich 20 Millionen Mark opfert, wandte sich Landesbischof D. Haug – leider vergeblich – in einem Schreiben an einige Abgeordnete des Landtages von Baden-Württemberg vor Erlass eines Gesetzes über die Zulassung des Zahlenlottos im südwestdeutschen Bundesland.

Sehr geehrte Abgeordnetel

Zunächst möchte ich Ihnen meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, daß Sie bei den Verhandlungen des Baden-Württembergischen Landtags auch in der zweiten Lesung gegen die Zulassung des Zahlenlottos gestimmt haben. Mit großer Sorge beobachte ich seit Jahren, daß sich in der Bundesrepublik immer neue Formen des Glücksspiels durchsetzen. Zu den altbekannten Lotterien sind eine Reihe von Spielbanken getreten, der Fußballtoto ist eingeführt worden, Spielhallen und Spielautomaten schießen wie Pilze aus der Erde. Nun sollen die Menschen auch noch die Möglichkeit bekommen, ihr Geld dem Lotto nachzuwerfen.

Wohl wird darauf hingewiesen, daß praktisch von weiten Kreisen der Bevölkerung Baden-Württembergs bereits Lotto gespielt wird, und daß die dadurch erzielbaren Einnahmen außer Landes gehen. Mir scheint dies keine genügende Begründung für einen so folgenschweren Schritt. Jedermann weiß, daß beim Glücksspiel viele verlieren müssen, damit wenige gewinnen. Immer wieder berichtet die Presse von Jugendlichen und Erwachsenen, die von der Spielsucht besessen sogar nach fremdem Geld griffen, um ihre Einsätze bezahlen zu können. Täglich wird zur Zeit von einem großen Skandal wegen Veruntreuung von Lottogeldern berichtet. Müßte unter diesen Umständen nicht wenigstens ein Land den Mut haben, zu dem Standpunkt zu stehen, den noch vor wenigen Jahren sämtliche Landesregierungen eingenommen haben?

Wir alle haben die große Sorge, daß die Menschen in der Bundesrepublik immer stärker dem Sog rein materialistischen Denkens verfallen. Wird dies nicht geradezu staatlich sanktioniert, wenn nur aus finanziellen Erwägungen wider bessere Einsicht eine weitere verführerische Möglichkeit zum Glücksspiel geschaffen wird? Mit der Zulassung des Lotto übernimmt der Staat eine nicht geringe Mitverantwortung für das Unrecht, das von ungefestigten Gliedern unseres Volkes in der Spielleidenschaft an ihrer Familie oder auch an fremdem Eigentum geschieht, und derselbe Staat, der die Verlockung sanktioniert, straft den Gestrauchelten.

Ich kann Sie daher nur noch einmal sehr ermutigen, auch bei der dritten Lesung gegen das Gesetz zu stimmen und zu versuchen, noch weitere Abgeordnete für Ihre Haltung zu gewinnen.

Nicht versäumen möchte ich zu sagen, daß es nach meiner Meinung dem Staatsbewußtsein nicht dient, wenn der Staat sich Mittel für die unabweisbaren Aufgaben

der sportlichen Ertüchtigung und der Förderung kultureller Einrichtungen aus Toto und Lotto, also unter Ausnutzung menschlicher Schwächen, nämlich der Spielsucht und des Strebens nach unerarbeitetem Geld, beschafft. Wenn uns diese Aufgaben wirklich am Herzen liegen, werden sich auch Wege zu einer sauberen Finanzierung dieser Dinge finden lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

D. Haug

Nach fehlgeschlagenem Vorstoß erklärte der Landesbischof vor dem Landeskirchentag am 25. März:

Wir halten das Lotto mindestens für so giftig wie Nitrit und bedauern, daß nicht von unserem Bundesland aus durch eine Gegenbewegung gegen das nur wirtschaftliche und eben darum auch wirtschaftlich verkehrte rein materialistische Denken und Handeln auch verantwortlicher Staatsmänner und Parlamente in der Bundesrepublik gewarnt wird. Unsere Kirche hält sich bereit, zu einer solchen Offensive anzutreten.

6. *Feiertagsschutz.* Gegen die öffentliche Unsitte des *Mißbrauchs des Himmelfahrtstages* wandte sich der Vorsitzende des Rates der EKD in einer Erklärung, die der Presse, den Rundfunk- und Fernsehanstalten, den Industrie- und Handelskammern sowie den Verbänden des Einzelhandels und des Gaststätten-gewerbes zugeleitet wurde.

ERKLÄRUNG ZUM HIMMELFAHRTSTAGE

Seit Jahren hat es sich immer mehr eingebürgert, den Himmelfahrtstag nicht nur im Volksmund, sondern auch in der Publizistik, in Rundfunk- und Fernsehsendungen und vor allem in der geschäftlichen Werbung als „Vatertag“ zu bezeichnen. Hierdurch wird die Öffentlichkeit daran gewöhnt, den Sinn dieses Feiertages im Einkauf entsprechender Geschenke und in der Veranstaltung „feuchtfröhlicher“ Herrenpartien zu sehen. Diese Unsitte stellt eine Verfälschung und Entwürdigung des Himmelfahrtstages dar und verletzt die religiösen Empfindungen der christlichen Bevölkerung.

Im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland bitte ich daher alle Institutionen und Organisationen, die Einfluß auf die Publizistik und auf die geschäftliche Werbung haben, mit Nachdruck dafür einzutreten, daß die geschmacklose Bezeichnung des Himmelfahrtstages als „Vatertag“ künftig unterbleibt.

7. Zur *Beratung von Wehrpflichtigen* gab die „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands“ ein Wort seelsorgerlicher Orientierung über die mit der Wehrpflicht zusammenhängenden Fragen und Entscheidungen und zur Gewissensschärfung wehrpflichtiger junger Christen heraus:

Das Bundesgesetz über die allgemeine Wehrpflicht stellt jeden Mann im wehrpflichtigen Alter vor eine Entscheidung, die genau bedacht und ehrlich vollzogen sein will und die vor dem Gewissen des einzelnen als Entscheidung bestehen können muß. Solche Entscheidungen treffen Christen nicht, ohne den Rat der Brüder gehört und deren Fragen beantwortet zu haben. Wir wollen und müssen uns also gegenseitig dazu helfen, daß wir unsere Entscheidungen im Glauben fällen und andere Entscheidungen unserer Brüder im Glauben tragen und achten. Wir haben kein Wort des Herrn, das alle Christen einmütig für oder gegen den Dienst mit der Waffe entscheiden läßt.

Alle Wehrpflichtigen im Sinne des Gesetzes vom 21. Juli 1956 (Wehrpflichtgesetz § 1-3) haben dieser Pflicht nachzukommen, entweder in Gestalt des Dienstes mit der Waffe oder gegebenenfalls in Gestalt des sogenannten zivilen Ersatzdienstes oder des waffenlosen Dienstes in der Bundeswehr (§ 25-27). Wir haben kein Recht, dem Staat,

dessen Bürger wir sind, eine solche Dienstverpflichtung seiner Bürger zu verweigern. Aber wir haben zu verantworten, in welcher Gestalt dieser Dienst von einem jeden von uns geleistet werden soll. Das heißt: alle Wehrpflichtigen haben eine Entscheidung vor ihrem Gewissen zu vollziehen. Der Entscheidung für die Ableistung des Dienstes mit der Waffe muß ebenso eine Gewissensentscheidung vorausgehen wie der zur Kriegsdienstverweigerung.

Der Krieg und die Teilnahme der einzelnen Menschen an ihm ist nicht etwas Normales, sondern etwas Ungeheuerliches, in das man nicht blind hineinstolpern darf, sondern das man nur mit Grauen auf sich nehmen kann oder muß. Wer das nicht weiß oder nicht wahrhaben will und also zu beschönigen versucht, kann der erforderlichen Entscheidung nicht gerecht werden. Erst wer das weiß, kann aber auch das Gewicht der Verpflichtung ermessen, die er für den Schutz des Rechtes derer besitzt, die sich nicht wehren können. Erst wer das weiß, kann auch das Gewicht der Frage ermessen, ob und wie eine Verteidigung angesichts der Entwicklung der Waffentechnik möglich und zu verantworten ist.

Alle Bürger eines Staates stehen in einer Verpflichtung füreinander. Es ist aber zu unterscheiden zwischen dieser Verpflichtung und einem Mitläufertum, das sich an der Linie des traditionell Üblichen und der des möglichst ungeschorenen persönlichen Fortkommens orientiert. Es ist in der Regel zu spät, sich erst im Kriegsfall auf diese Verpflichtung zu besinnen oder an sie erinnert zu werden.

Die Entscheidung zwischen Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung ist als Bewährung dieser Verpflichtung ein Akt politischer Verantwortung, die von Christen im Glauben, im Gehorsam gegen ihren Herrn praktiziert werden will. Die Tatbestände sind sorgfältig zu prüfen. Die Gründe und Gegengründe haben sich vor dem Gewissen des einzelnen zu rechtfertigen, werden vor ihm abgewogen. Gewissensentscheidung von Christen ist die Frucht des Hörens auf das Wort Gottes, des Gebetes, des ernsthaften Gespräches mit Brüdern, auch mit solchen, die die politischen Tatbestände anders beurteilen.

Die folgenden Fragen sollen vor leichtfertigen Lösungen warnen, die Bedeutung der zu entscheidenden Frage aufzeigen und damit auf eine wirkliche Entscheidung hinführen, die dem Ernst unserer Verpflichtung vor Gott und den Menschen gerecht wird.

Haben Sie sich überhaupt schon ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt? Haben Sie etwas getan, um die Gründe für und gegen den Dienst mit der Waffe wirklich kennenzulernen und zu verstehen? Wen haben Sie dabei zu Rate gezogen?

Wer meint, sich für den zivilen Ersatzdienst oder für den waffenlosen Dienst in der Bundeswehr entscheiden zu müssen, muß auf folgende Fragen antworten können:

a) Sind Sie sicher, daß Sie Ihre Entscheidung nicht auf Grund einer Abneigung gegen das vielfach harte Leben eines Soldaten und die damit verbundene Opferbereitschaft getroffen haben? Ein Widerwille ist kein Grund, seinen Mitmenschen einen Dienst zu versagen. Der zivile Ersatzdienst wird kaum leichter sein als der Dienst mit der Waffe. Wehrdienstverweigerung ist eine zu ernste Angelegenheit, als daß sie eine Möglichkeit für Drückeberger sein könnte. Ihre Entscheidung muß eine Antwort auf die Frage sein, wo Sie der Gemeinschaft am besten dienen können.

b) Gottes Gebot sagt: „Du sollst nicht töten.“ Damit meint Gott nicht, daß es genügt, reine Hände behalten zu wollen, sondern er ermahnt uns, unsere Nächsten zu lieben. Sind sie sicher, daß Sie Ihre Entscheidung aus Liebe zum Nächsten und nicht aus dem Verlangen nach persönlicher Unberührtheit und Makellosigkeit treffen? Das Gebot der Nächstenliebe kann von uns Taten fordern, die auch solchen Wünschen zuwider sind.

c) Wer das Gebot „Du sollst nicht töten“ durch die Verweigerung des Wehrdienstes befolgt, wird den übrigen Geboten in ebensolchem Ernst gehorchen müssen. Hier liegt ein wesentlicher Prüfstein für die Echtheit einer Entscheidung.

Wer glaubt, sich zum Dienst mit der Waffe entscheiden zu sollen, muß auf folgende Fragen antworten können:

a) Nehmen Sie diesen Dienst mit der Waffe auf sich, um auf diese Weise größeres Ansehen zu gewinnen oder aus der Notwendigkeit, der Gemeinschaft zu dienen, in der Sie leben? Was für alle Berufe zutrifft, gilt für den Stand des Soldaten ganz besonders: Wer seine Entscheidung durch berufliche und gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten und finanzielle Vorteile bestimmen läßt, geht an seiner Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber ebenso vorbei wie derjenige, der aus Abneigung dem Soldatenstand gegenüber den Dienst mit der Waffe verweigern möchte. Das gleiche trifft für den zu, der sich der Wehrpflicht in Gestalt des Dienstes mit der Waffe unterwirft, um nicht etwa als Kriegsdienstverweigerer später berufliche und gesellschaftliche Nachteile erleiden zu müssen.

b) Wissen Sie, daß der Dienst mit der Waffe kein ehrenhafterer Dienst als jeder andere Dienst an der Gemeinschaft ist? Die Bundeswehr ist weder die Schule des Mannstums noch eine Einrichtung zur Befriedigung des Erlebnisdranges junger Menschen. Ihre Berechtigung und ihr Sinn liegen darin, Menschen für einen schrecklichen Ernstfall auszubilden, in dem sie töten und zerstören müssen in der Hoffnung, andere dadurch vor dem Getötet- und Zerstörtwerden zu bewahren. Wer das beschönigt, zersetzt das Ethos der Bundeswehr. Er kann den Aufgaben nicht gerecht werden, die dieser Dienst und die Gemeinschaft, in der er Dienst tut, an ihn stellen. Wer die Bundeswehr als Möglichkeit betrachtet, endlich fliegen, zur See fahren oder einen anderen langgehegten Wunsch erfüllen zu können, der hat den Ernst der Entscheidung nicht begriffen. Ebenso wenig hat das Bild von Paraden, Staatsempfangen oder Vorführungen vor der Öffentlichkeit irgend etwas mit dem zu tun, was Dienst mit der Waffe heißt und was uns heute dazu nötigen darf, diesen Dienst zu üben.

c) Gottes Gebot sagt: „Du sollst nicht töten.“ Es kann keine Rede davon sein, daß dies Gebot nur für Friedenszeiten gelte. Die politische Entwicklung oder der endliche Kriegsfall selber rechtfertigen das Töten nicht. Daß im Kriegsfall der Soldat auf den Befehl seines Offiziers, der Offizier auf den Befehl seiner Regierung hin tötet und die Regierung vielleicht zu einem Verteidigungskrieg gezwungen wird, den sie nicht angefangen und nicht gewollt hat, nimmt dem einzelnen seine Verantwortung für die ihm befohlene Tat nicht ab. Auch darf sich unsere Entscheidung als Antwort auf Gottes Gebot nicht vom Verhalten der Gegenseite, von ihrem Friedens- oder Abrüstungswillen bestimmen lassen.

Die Frage heißt also nicht, ob das Töten erlaubt sei, wenn es um die Erhaltung unseres Landes, unserer Kultur, unserer Freiheit gehe. All das ist durch die Entwicklung atomarer Waffen fraglich geworden. Wir alle sind heute von neuem vor die Frage gestellt, ob überhaupt getötet werden darf, welche Nächsten dabei geschützt werden dürfen und welche Mittel dabei angemessen sind.

6. DAS EVANGELISCH-KATHOLISCHE VERHÄLTNIS

Im Verhältnis der beiden großen Kirchen in Deutschland in der Nachkriegszeit scheint sich nach dem ersten Stadium, in dem die Una-Sancta-Bewegung den Ton angab, und einem zweiten Stadium, das den optimistischen Schwung durch kleine Zwischenfälle konfessionellen Haders dämpfte, eine dritte Phase anzubahnen, in der beide Partner des konfessionellen Verhältnisses im eigenen Lager die Positionen klären und sich sachlich gegeneinander abgrenzen. Dabei dürfte es zu neuen kontroverstheologischen Auseinandersetzungen kommen, aber es möchte sein, daß sie, indem sie sich auf der Voraussetzung kritischer Durchleuch-

tung des eigenen Standpunktes vollziehen, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen.

Seit eh und je ist die Frage der Mischehe ein neuralgischer Punkt im Verhältnis der Konfessionen. Ihre konfessions-egoistische Betrachtung und Behandlung bringt in viele Familien, deren Zahl durch das Einströmen von Flüchtlingen in konfessionsfremdes Gebiet und die Mobilität der modernen Gesellschaft erheblich gewachsen ist, Gewissensnot und Unfrieden. Es ist bezeichnend und besorgniserregend, daß unter den nicht kirchlich getrauten Ehen die Mischehen einen großen Anteil stellen und die konfessionellen Mischehen eine bedenkliche Scheidungsanfälligkeit zeigen.

Im ersten Monat der Berichtszeit wurde von evangelischer wie von katholischer Seite die Mischehenfrage in die kirchliche Öffentlichkeit vorgetragen. Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland beschloß eine Kanzelabkündigung, die am 9. Januar in allen rheinischen Gemeinden bekanntgegeben wurde.

WORT DER LANDESSYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND ZUR MISCHEHE

vom 9. Januar 1958

Die Landessynode richtet zur Frage der Mischehe folgendes Wort an die Gemeinden und ihre Glieder:

Seit Kriegsende nehmen die Mischehen ständig zu. An nicht wenigen Orten hat ihre Zahl 50% der Eheschließungen überschritten. In den Mischehen entstehen in vielen Fällen ernste, vorher nicht geahnte Nöte. Diese beginnen bereits bei der Entscheidung über die Trauung und verschärfen sich im Blick auf die Taufe und Erziehung der Kinder. Die von Gott gewollte Gemeinschaft der Ehe wird nicht nur durch die Verschiedenheit des Glaubens, sondern auch durch weithin unbekannte, dem Evangelium widersprechende Bestimmungen des katholischen Kirchenrechts bedroht. Eine Einwilligung in die katholische Trauung und Kindererziehung bringt unsere evangelischen Gemeindeglieder in die Gefahr, sich ihrer Kirche zu entfremden.

Aus seelsorgerlicher Verantwortung bitten wir unsere Gemeindeglieder: Haltet Eurer evangelischen Kirche die Treue! Laßt Euch von niemand zur katholischen Trauung überreden! Gebt nicht um eines falschen Friedens willen Versprechungen ab, die Euch zeitlebens belasten!

„So bestehet nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat“ Gal. 5, 1.

Am 13. Januar 1958 wurde von allen katholischen Kanzeln ein von langer Hand vorbereitetes gemeinsames Hirtenwort der deutschen katholischen Bischöfe verlesen, das eine programmatische Erklärung zur Mischehenfrage darstellt und durch die dargelegte grundsätzliche Sicht der Mischehe und die über die evangelische Eheauffassung gefällten Urteile Beunruhigung und Unbehagen unter den evangelischen Gemeinden und ihren Gliedern anrichtete.

GEMEINSAMES HIRTENWORT

*der deutschen katholischen Bischöfe über die Mischehe am 13. Januar 1948
in den Kirchen der katholischen Diözesen Deutschlands verlesen*

Geliebte Erzdiozesanen! Aus der Presse und dem Rundfunk wißt ihr, daß auf der letzten Bischofskonferenz die Mischehe im Mittelpunkt unserer Sorgen und Beratungen

gestanden hat. Die Zahl der Mischehen ist zu einer Hochflut angestiegen. Das Herz der Kirche blutet um Hunderttausende, die ihr verlorengehen. Wir Bischöfe können nicht länger schweigen. Würden wir weiter schweigen, wären wir keine guten Hirten. Wir wollen niemand wehe tun. Unser Wort gilt nicht denen, die in einer Mischehe leben. Sie möchten wir herzlich bitten und mahnen: Tut in der Ehe als katholische Christen treu eure Pflicht! Laßt euren Glauben vor dem andern Ehegatten stets liebenswert erscheinen! Handelt so, daß ihr vor Gott bestehen könnt! Das Wort, das wir in tiefer Hirten-sorge sprechen müssen, gilt denen, die vor dem Tor der Ehe stehen; es gilt auch den Eltern unserer heranwachsenden Kinder.

Wer vor der Mischehe warnt, stört nicht den konfessionellen Frieden. Auch nicht-katholische Religionsgemeinschaften beklagen die Mischehe. Auch sie wissen, daß die Ehe für die Begegnung der Konfessionen kein guter Boden ist. Wer in der Mischehe lebt, leidet mehr als andere unter dem Unglück des gespaltenen Glaubens, oft mehr, als er zu tragen instande ist. Wer also vor der Mischehe warnt, hilft vor solchem Leid und seelischen Konflikten bewahren; er dient dem religiösen Frieden.

Einheit und Zwiespalt des Glaubens in der Ehe

Liebe Erzdiozesanen! Die christliche Ehe ist das Abbild der Liebe Christi zu seiner Braut, der heiligen Kirche: Mann und Frau, in Liebe verbunden wie Christus mit seiner Kirche. Diese Liebe vermag nur dann die heilige und verklärende Kraft für das ganze Eheleben zu sein, wenn beide, Mann und Frau, eins sind im Glauben an Gott, an Christus und seine Kirche. „Was für ein Lebensband ist es doch, das zwei Gläubige umschließt zu einer Hoffnung, einem Gelübde, einer Lebensordnung, einem Dienst ...“, so schrieb im dritten nachchristlichen Jahrhundert der Kirchenschriftsteller Tertullian. „Beide dienen demselben Herrn, sie beten zusammen, sie beugen zusammen ihre Knie und halten das Fasten miteinander. Einer lehrt den andern, einer mahnt den andern, einer trägt den andern. Zusammen sind sie im Hause Gottes und beim Mahle des Herrn ... Keiner verheimlicht etwas vor dem andern, keiner meidet den andern oder fällt ihm zur Last ... Nicht verstohlen wird das Kreuzzeichen gemacht, nicht schüchtern das Dankgebet, nicht stumm der Tischsegen. Psalmen und Lieder erklingen zwischen den beiden, und sie wetteifern miteinander, wer dem Herrn am besten singe. Solches sieht und höret Christus und freut sich. Er gibt ihnen seinen Frieden. Wo die beiden sind, da ist auch er. Wo er ist, da findet der Böse keinen Platz.“

So wurde vor 1700 Jahren die christliche Ehe besungen. Man stelle neben dieses Bild das Bild der Mischehe. Was jene Ehe vor 1700 Jahren im tiefsten trug und glücklich machte, das Einssein im Glauben, fehlt den Hunderttausenden von Mischehen unserer Tage. Mitten durch diese Ehen geht ein tiefer religiöser Riß. Was der eine Gatte glaubt und liebt, lehnt der andere ab: die heilige Beichte, das heilige Meßopfer, die heilige Kommunion, die Verehrung der Heiligen, das Priestertum, das Papsttum, das Beten für die Toten. Beide leben religiös in verschiedenen Welten, jeder einsam auf seinem Ufer. Sie spüren das und leiden darunter. Was tun sie? Was Menschen in solcher Lage tun: sie suchen über das, was sie in ihrer Liebe trennt, zu schweigen. Was heißt das? Da lebt in einer jungen Mischehe eine katholische Frau. Sie schaut in den Frühlingsabend und denkt, ob sie wie früher in die Maiandacht gehen soll. Sie geht nicht. Sie weiß ja, er hat dafür kein Verständnis, und sie will ihm nicht wehe tun. In der Schublade liegen die religiösen Bilder ihres Jungmädchenzimmers. Wie gern möchte sie die liebgewordenen Bilder an die Wand des neuen Heimes hängen! Sie tut es nicht. Sie weiß ja, er mag das nicht, und sie will ihm nicht wehe tun. Die Religion, die von Eheleuten gleichen Glaubens als stärkste Bindung, als Glück höchster Harmonie und tiefer Trost erlebt wird, sie wird in der Mischehe als Mißklang und Störung empfunden und versinkt dann mehr und mehr im Hintergrund. Ist das nicht eine furchtbare

Tragik? Die Folgen für den katholischen Teil? Er spürt, wie ihm der warme Atem einer katholischen Atmosphäre fehlt. Er findet ja im andern Teil kein Echo, kein Verstehen und keine Stütze. Und dann nehmen nach einer erschütternden Regel die Dinge ihren Lauf: ihm schwindet die Glaubensfreude; er wird müde und kälter; es folgen Gleichgültigkeit und Resignation.

Und noch ein anderes wächst aus dem Zwiespalt des Glaubens. Nach Gottes Willen soll die Ehe beiden Gatten Sicherheit und Trost, Rückhalt und Geborgenheit geben bis in die Todesstunde. Der katholische Teil glaubt, daß die Ehe sakramental und unauflöslich ist. Der evangelische Teil glaubt nicht an die Sakramentalität und urteilt anders über die Unauflöslichkeit. Sind nicht Protestanten weithin der Meinung, es sei kein Unrecht, sich scheiden zu lassen und eine neue Ehe zu schließen? Trägt nicht eine solche Auffassung eine weitere Unsicherheit in die Mischehe? Die Statistik sagt, daß Mischehen in besonderem Maße gefährdet sind und weit häufiger als andere Ehen geschieden werden.

Die gefährdeten Kinder

Liebe Erzdiözesanen! Der Zwiespalt zwischen den Eltern wächst in die Kinder. Es kommt der Tag, da in der Seele des Kindes die Fragen aufzusteigen beginnen: „Warum macht der Vater kein Kreuzzeichen? Warum betet er kein Ave Maria, keinen ‚Engel des Herrn‘? Warum geht er nie in die heilige Messe? Warum hat er keinen Rosenkranz?“ Auf den Weißen Sonntag fällt ein tiefer Schatten. Die katholische Mutter kniet mit dem Kind an der Kommunionbank. Der evangelische Vater steht abseits und schweigt. Die Kinder wachsen in die Jahre der Reife, und mit ihnen wachsen Unruhe und Glaubenszweifel. Beide, Vater und Mutter, gehen vor den Kindern religiös auf verschiedenen Wegen. Und in der jugendlichen Seele bohren die Fragen: „Was ist denn richtig? Welchem Elternteil soll ich folgen?“

Was sagt die Statistik über das Los der Kinder aus gemischten Ehen? Über die Hälfte dieser Kinder geht von vornherein der Kirche verloren; unter ihnen sind viele Kinder, deren Eltern vor der Trauung die katholische Kindertaufe und -erziehung feierlich versprochen haben. Und die Kinder, die katholisch getauft und erzogen wurden? Auch sie halten zum großen Teil nicht stand. In der dritten Generation – so haben genaue Beobachtungen ergeben – ist die Nachkommenschaft aus gemischten Ehen in der Regel nicht mehr katholisch.

Man wird fragen und mit Recht fragen, warum die Kirche trotz des strengen Verbotes der Mischehe und angesichts dieser Lage noch Mischehen erlaube. Wenn die Kirche keine Dispens erteilen würde, wären die Dinge noch schlimmer. Viele katholische Christen würden in Eigenwilligkeit und Verblendung auf jene Verbindung nicht verzichten und sich mit einer nichtkirchlich geschlossenen Ehe begnügen. Die Folgen? Sie wären vom Sakramentsempfang und im Falle des Todes vom kirchlichen Begräbnis ausgeschlossen, und die Nachkommenschaft ginge dann sicher der Kirche verloren. Wenn die Kirche dispensiert, so ist das keine Billigung der Mischehe, sondern eine tief-schmerzliche Duldung, um größere Übel zu verhüten. Die Kirche handelt wie jene Mutter, die blutenden Herzens die Erlaubnis gibt, daß ihrem kranken Kind ein Glied abgenommen wird, um wenigstens das Leben des Kindes zu retten.

Die gemischte Bekanntschaft

Liebe Erzdiözesanen! Der katholische Christ, der die Mischehe und ihre Folgen in Ruhe überdenkt, wird sie aus innerster Überzeugung ablehnen. Auch der junge katholische Christ wird sie ablehnen, weil ihm alle Halbheit, gerade in dieser vielleicht wichtigsten Entscheidung seines Lebens zuwider ist. Wenn jedoch eine gemischte Bekanntschaft ihn

innerlich bindet, gewinnen allmählich die Neigungen des Herzens, des Gefühls, des Gemütes die Oberhand. Die Liebe raubt ihm mehr und mehr die Klarheit des Denkens und treibt ihn in die Selbsttäuschung. Was heißt das? Da hat ein junger Katholik ein evangelisches Mädchen kennengelernt. Er glaubt, es sei alles in Ordnung, wenn dieses mit der katholischen Trauung und Kindererziehung einverstanden sei. Daß dann nicht alles in Ordnung ist, daß die Mischehe nach der erschütternden allgemeinen Regel ein furchtbares Unglück bedeutet, sieht er nicht. Oder er ist vermessen genug, sich einzureden, für ihn werde schon die ersehnte seltene Ausnahme zutreffen. Was er wünscht, glaubt er. Er verfällt dem tödlichen Irrtum jenes Bergsteigers, der im Angesicht des Gipfels jede Warnung ausschlägt und in falscher Einschätzung seiner Kräfte Unmögliches versucht. Worauf es also entscheidend ankommt? Daß die gemischte Bekanntschaft, die das klare Urteilsvermögen raubt, nicht angeknüpft wird!

Hier tragen auch die Eltern eine große Verantwortung. Sie können nicht hindern, daß ihre Söhne und Töchter in den Betrieben, Büros und Fabriken Tag um Tag andersgläubigen Menschen begegnen. Aber sie können in der katholischen Atmosphäre der Familie ihre Kinder so erziehen, daß wahre Glaubensfreude und eine tiefe Liebe zu Christus und seiner heiligen Kirche in die Herzen der Kinder hineinwachsen. Wer sähe nicht, daß dies das Allerwichtigste ist?! Dann werden ihre heranwachsenden Söhne und Töchter, bei aller Achtung für Menschen anderer Überzeugung, ihre Freizeit nicht wahllos in interkonfessionellen Gemeinschaften, sondern möglichst in Kreisen Gleichgesinnter, in katholischen Vereinen, Gruppen und Gesellschaften verbringen und dort Geselligkeit pflegen und Freundschaft suchen. Sie werden nicht leichtsinnig eine gemischte Bekanntschaft beginnen. Warum nicht? Weil sie in apostolischer Verantwortung spüren, wie sehr die Kirche unter den Mischehen leidet. Weil sie wissen, welchen Schmerz eine Mischehe ihren Eltern bereiten würde. Wenn aber der Glaube nicht warm ist, wenn ein Sohn, eine Tochter sieht, daß bei den Eltern das Bankkonto und die beruflich-gesellschaftliche Stellung der künftigen Schwiegertochter, des künftigen Schwiegersohnes mehr wiegen als die Einheit des Glaubens in der Ehe – wenn der Sohn oder die Tochter weiß, daß die Eltern zwar nicht gerade erfreut sein werden, aber dann doch die Dinge laufen lassen und wie so viele Eltern heute sagen werden: „Du bist alt genug und mußt selber wissen, was du tust“ –, ja, dann ist die verhängnisvolle Bahn frei für die gemischte Bekanntschaft und die gemischte Ehe. Eltern können in Pflichtvergessenheit ihre Mitverantwortung abschütteln, dem Gerichte Gottes aber können sie nicht entfliehen.

Liebe Erzdiozesanen! Die Eheschließung ist einer der entscheidendsten Schritte im Leben eines Menschen. Die Wahl des Lebensgefährten und die Bindung an ihn entscheidet in hohem Maße nicht nur über den eigenen Glauben, sondern auch über Religion und Glauben von Kindern und Kindeskindern. Ihr alle, die ihr noch vor den Toren der Ehe steht, betet, daß ihr die Schwere eurer Verantwortung erkennt und in der Gnade Gottes die Kraft besitzt, den Weg zu gehen, den wir Bischöfe euch heute gewiesen haben.

In tiefer Hirtensorge haben wir Bischöfe diesen Weg erneut weisen müssen. Ihr wißt, worum es geht. Die Einheit des Glaubens in der Ehe lieben und den Zwiespalt des Glaubens in der Ehe fürchten! In unseren Städten und Dörfern muß wieder wie früher wahrhaft katholisch über die Mischehe gedacht werden. Jeder von euch, ob alt oder jung, kann hier helfen; durch seine Gesinnung, durch sein Wort, durch sein Verhalten. Wer hier hilft, dient einem echten Apostolat; er dient der katholischen Ehe und Familie und damit der heiligen Kirche in unserem Vaterland.

Es segne euch der allmächtige Gott, der Vater und der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

In einigen Diözesanblättern hat das Hirtenschreiben als letzten Absatz:

Ein besonderes Wort richten wir Bischöfe in sorgender Hirtenliebe an euch, ihr Brüder und Schwestern in der Diaspora. Wie schwer ist euer Weg, wenn es geht um die Bewahrung des heiligen Glaubens und um die Gründung einer echten katholischen Familie! Wie groß sind gerade für euch die Gefahren, zu einer Mischehe ein schnelles Ja zu sagen! Ihr steht ja vor so viel Schwierigkeiten in einer oft glaubensfremden Umgebung. Ihr jungen Christen habt dort ja so wenig Gelegenheit, einen Lebensgefährten kennenzulernen, der unseres Glaubens ist. Wir Bischöfe sehen das mit wachsender Sorge und wissen, daß ihr in besonderem Maße unseres Gebetes und unserer Hilfe bedürft. Ihr sollt aber auch wissen, daß wir alle auf euch in besonderer Weise rechnen, auf eure Glaubenstreue, auf eure Ausdauer in der Bewährung, auf eure Verantwortung für die Zukunft unserer heiligen Kirche in eurer Diasporaheimat. Denkt daran, daß von eurer Entscheidung in dieser wichtigen Frage nicht nur das Schicksal eurer engeren Familie abhängt, sondern weithin auch das Schicksal der Kirche in der Zerstreuung. Stehet fest im Glauben! Haltet fest an der Lehre der Apostel und an der brüderlichen Gemeinschaft!

Es versteht sich von selbst, daß die evangelische Kirche zu diesem Hirtenschreiben nicht schweigen und seine Aufstellungen nicht unwidersprochen hinnehmen konnte. Stellvertretend für die deutsche evangelische Christenheit nahm sich die Bischofskonferenz der VELKD der Aufgabe einer klaren, nüchternen, seelsorgerlichen evangelischen Antwort an, die zugleich als Ausgangsbasis für ein interkonfessionelles Gespräch zur Entkrampfung der Mischehenfrage mithelfend geeignet ist, obwohl sie nicht an die Adresse der katholischen Kirche und Bischöfe, sondern an die der evangelischen Christen gerichtet ist:

ERKLÄRUNG DER LUTHERISCHEN BISCHOFSKONFERENZ

vom 5. Juni 1958

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands wendet sich mit folgendem Wort über die Mischehe an Pfarrer und Gemeinden:

Umsiedlung und Binnenwanderung haben die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung in allen Gegenden unseres Vaterlandes weitgehend verändert. Evangelische und katholische Christen leben heute enger zusammen als je zuvor. Dadurch ist auch die Zahl der zwischen evangelischen und katholischen Christen geschlossenen Ehen wesentlich angestiegen. In der Mischehe begegnen sich die Konfessionen so unmittelbar wie an keiner anderen Stelle. Jede solche Begegnung verpflichtet uns, für einen echten Frieden zwischen den christlichen Kirchen zu wirken. Aber zugleich wird in der Mischehe auch die schwere Last der Zerspaltung der Christenheit bis in die Familien hinein schmerzlich spürbar.

Wir trauen es dem Worte Gottes zu, daß es uns auch in den Nöten der glaubensverschiedenen Ehe hilft, als Christen zu handeln.

I.

Als erstes sagen wir vom Worte Gottes her: *Auch die Mischehe ist Ehe.*

Gott der Herr hat nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift den Ehestand eingesetzt: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehilfin machen, die um ihn sei.“ Nicht Menschen machen die Ehe. Sie werden in der Ehe durch Gottes Ordnung aneinander gebunden und von ihr gehalten. Der eheliche Bund, den zwei Menschen miteinander schließen, steht unter dem Segen des Schöpfers. Höher als durch Gottes Wort

kann in der Christenheit die Ehe nicht geehrt werden, auch nicht dadurch, daß sie zu einem Sakrament erklärt wird. Die Heilige Schrift kennt kein Sakrament der Ehe.

Die Ehe ist nach Gottes Willen unauflöslich. „Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.“ Auch die Mischehe ist echte, gültige Ehe und steht unter dem Schutz und Gebot unseres Herrn.

Der Ehestand ist von Gott geordnet und wird von ihm erhalten. Unser Herr Jesus Christus heiligt ihn und macht ihn reich. Deshalb können Christen ihre Ehe nur als Glieder der Gemeinde Christi führen. Es ist für evangelische Christen selbstverständlich, daß ihre Ehe in der evangelischen kirchlichen Trauung durch das Evangelium gesegnet und von der Fürbitte der Gemeinde getragen wird. Darum wird auch das evangelische Gemeindeglied, das die Ehe mit einem Katholiken eingeht, auf die evangelische Trauung mit Zuspruch, Fürbitte und Segnung nicht verzichten.

II.

Zum zweiten müssen wir darauf aufmerksam machen: *Wer eine Mischehe eingeht, nimmt eine schwere Last auf sich.*

Nichts verbindet die Eheleute so fest wie die Einmütigkeit im Glauben. Die Zugehörigkeit zu verschiedenen Konfessionen macht es den Eheleuten oft schwer, zur vollen inneren Gemeinschaft zu kommen und ihrem Bekenntnis treu zu bleiben. Wer am Glaubensleben seiner Kirche lebendig Anteil nimmt, wird gerade in der Mischehe unter der Verschiedenheit der Konfessionen leiden. Um die kirchliche Trauung können nicht nur die Verlobten, sondern auch ihre Familien miteinander hadern. Die verantwortungsvolle Aufgabe der religiösen Kindererziehung kann bittere Auseinandersetzungen durch viele Jahre bringen. Wenn am Morgen und am Abend das gemeinsame Gebet die Familie verbinden möchte und wenn am Sonntag die Glocken zum Gottesdienst rufen, tut sich die Kluft der Glaubensverschiedenheit immer von neuem schmerzvoll auf. Es ist verständlich, wenn viele den Ausweg darin sehen, daß sie die Glaubensfragen als bedeutungslos beiseite schieben. Aber wir sind durch den verschiedenen Glauben in unserem Denken und in unserer Lebensführung stärker geprägt, als wir oft selber wissen. Die Frage nach der Wahrheit wird sich eines Tages doch regen.

Wir bitten alle jungen Leute, die über ihrer Liebe die Schwierigkeit der Glaubensverschiedenheit vergessen: Unterschätzt die schwere Last der Mischehe nicht! Verachtet nicht das hohe Gut des gemeinsamen Glaubens in der Ehe!

III.

Zum dritten erklären wir: *Der evangelische Christ gehört nicht unter das kanonische Recht der römisch-katholischen Kirche.*

Auch wir wissen, daß die Gemeinde Jesu Christi in dieser Welt nicht ohne das Gebot Gottes und ohne kirchliche Zucht leben kann. Wir rufen alle Gemeindeglieder auf, sich einer vom Evangelium bestimmten Ordnung des kirchlichen Lebens willig einzufügen.

Gehören zwei Eheleute verschiedenen Konfessionen an, so kann es nicht anders sein, als daß sie mit den unterschiedlichen Ordnungen ihrer Kirchen in Konflikt geraten. Seitdem aber die römisch-katholische Kirche im Jahre 1918 die bis dahin in Deutschland geltenden Bestimmungen wesentlich verschärft hat, sind die Partner einer Mischehe häufig einem Gewissensdruck durch Kirchengesetze unterworfen, die wir nicht als mit dem Evangelium vereinbar ansehen können. Diese Behandlung der Mischehenfrage von seiten der römisch-katholischen Kirche ist gerade unter den heutigen Umständen der gemeinsamen christlichen Aufgabe nicht förderlich.

Nach diesem neuen Recht ist für die römisch-katholische Kirche eine durch einen evangelischen Pfarrer eingesegnete Mischehe keine gültige Ehe. Demgegenüber stellen wir fest: Eine einmal geschlossene Ehe wird, auch wenn die Eheleute verschiedenen Konfessionen angehören, durch kirchliche Rechtssatzung nicht ungültig.

Wir bitten alle Evangelischen, die vor einer Ehe mit einem Katholiken stehen: Gebt nicht um eines nur scheinbar billigen Friedens willen Versprechungen ab, die euch zeit-lebens belasten! Haltet auch in der Ehe, die ihr schließt, eurer Kirche die Treue! Besteht darauf, daß die evangelische Erziehung eurer Kinder gesichert ist!

Wir bitten alle Gemeindeglieder, auch in den Fragen, die durch die Mischehe ent- stehen, ihren evangelischen Glauben zu bekennen und sich nicht durch Verlockungen oder Druck irremachen zu lassen.

Der evangelische Christ ist frei vom Recht der römisch-katholischen Kirche.

IV.

Schließlich stellen wir fest: *Das Evangelium zeigt uns neue Wege zur Hilfe in den Nöten der Mischehe.*

Jesus Christus trägt auch die Last und Schuld seiner zerspaltenen Christenheit. Darum können wir, auch wenn uns der schwere Kampf um die Wahrheit nicht erspart bleibt, doch einander in der Geduld Christi tragen. Wo Eheleute trotz der Glaubens- verschiedenheit gemeinsam auf Gottes Wort hören, das gemeinsame Glaubensbekenntnis der Christenheit sprechen, gemeinsam das Vaterunser beten, da können sie auch in einer solchen Ehe gemeinsam dem Herrn Jesus Christus dienen, auf dessen Namen sie beide getauft sind.

Es muß uns Christen erschrecken, daß eine große Zahl von Mischehen überhaupt nicht kirchlich getraut wird. Wir müssen es auch als Schuld empfinden, wenn der Streit um die Mischehe zum Anwachsen der Gleichgültigkeit gegen den christlichen Glauben führt.

Darum ermahnen wir die Pfarrer, Kirchenvorsteher und Gemeinden, sich der Gemeindeglieder, die in einer gemischten Ehe leben, besonders treu anzunehmen, die Gewissen zu schärfen und zu trösten. Wir bitten sie, besorgt zu sein, daß der evange- lische Christ, der trotz aller ersten Bedenken eine Mischehe eingeht, auf seinem Wege beraten, gemahnt und gestärkt wird.

Wir wollen helfen, daß in der evangelisch eingesegneten Mischehe der evangelische Teil seines Glaubens froh werden kann. Wir wollen auch helfen, daß der katholische Teil kirchlich nicht heimatlos wird, sondern durch den gemeinsamen Glauben an Jesus Christus gehalten bleibt. Wo sich der evangelische Teil hat katholisch trauen lassen, müssen wir zu helfen suchen, daß beide, Wahrheit und Liebe, zu ihrem Recht kommen.

Wir vertrauen darauf, daß das Evangelium mehr Kraft und Verheißung hat als die Gesetzlichkeit. Wir wollen auch in der Seelsorge an Eheleuten in glaubensverschiedenen Ehen dem Geist des Evangeliums treu bleiben.

Daß die evangelische Christenheit und Kirche ehrlich und aufrichtig Anteil nahm, als das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Pius XII., starb, war selbst- verständlich.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, sandte an Kardinal Frings folgendes Telegramm:

Im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland spreche ich Eurer Eminenz die herzliche und aufrichtige Teilnahme am Heimgang des Papstes Pius XII. aus. Der geheiligten Persönlichkeit dieses Papstes werden auch wir in ehrfurchtsvoller Dankbar- keit gedenken.

An den Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, richtete Bischof Dibelius fol- genden Brief:

Die evangelische Kirche nimmt an der Trauer der römisch-katholischen Kirche um den Heimgang des Papstes aufrichtigen und herzlichen Anteil. Jeder, der einmal Gelegenheit gehabt hat, mit dem heimgegangenen Papst persönlich zu sprechen, hat einen tiefen

Eindruck von der vergeistigten und wahrhaft geistlichen Persönlichkeit dieses Mannes mitgenommen. Und daß ihm das Schicksal Deutschlands ein besonders herzliches Anliegen gewesen ist, hat er oftmals öffentlich bekundet. Mitten in der traditionellen Pracht des römischen Zeremoniells hat Pius XII. sich eine ergreifende Schlichtheit bewahrt. Und mit welcher Hingabe er ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheit den unzähligen Wünschen um persönliche Empfänge gerecht zu werden bemüht war, ist der ganzen Welt bekannt. Was er für seine eigene Kirche bedeutet hat, entzieht sich dem Urteil eines evangelischen Bischofs. Wir Evangelische können nur mit ehrfürchtigem Respekt am Sarge dieser großen Persönlichkeit stehen.

Der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof D. Dr. Lilje, schrieb zum Tode Pius' XII.:

Mit dem Tode des Papstes hat die römisch-katholische Kirche eine Persönlichkeit verloren, deren Heimgang über die Grenzen der katholischen Kirche hinaus in weiten Teilen der evangelischen Christenheit tiefe Anteilnahme weckt. Die Wärme seiner Frömmigkeit, die Aufrichtigkeit seines christlichen Wollens, aber auch seine lautere Menschlichkeit, seine Bereitschaft, dem Frieden in der Welt zu dienen, sind weit über die Grenzen der katholischen Kirche hinaus eindrucksvoll gewesen. Wenn er zu den großen Fragen des öffentlichen Lebens das Wort ergriff, hat er dazu beigetragen, Klarheit des ethischen Urteils und Kraft zur sittlichen Entscheidung zu verbreiten. Daß er seit seiner Tätigkeit als Nuntius in München und Berlin eine besondere Aufgeschlossenheit für das deutsche Volk an den Tag gelegt hat, die sich auch in den schweren Jahren der Bedrückung und Not als verstehende Liebe äußerte, sichert ihm ein dankbares Gedenken über das Grab hinaus.

Kirchenpräsident D. Niemöller erklärte:

Von vielen frommen Gebeten in allen Teilen der Erde begleitet ist Papst Pius XII. hinübergegangen in die Ewigkeit. Fast zwei Jahrzehnte hat er die Hand am Steuer seiner römisch-katholischen Kirche gehabt, in die Kirchengeschichte wird er – aller menschlichen Voraussicht nach – als einer der großen Päpste eingehen, der den Beruf und die Gaben hatte, zugleich ein bedeutender Kirchenmann und ein bedeutender Staatsmann zu sein.

Wir deutschen Evangelischen werden zwar unsere Vorbehalte haben und behalten; durch die Förderung der Marienverehrung durch diesen Papst ist der Graben zwischen den Konfessionen nicht unerheblich verbreitert und vertieft worden, und die Konkordatsabschlüsse, die er als Nuntius in Bayern und beim Reich zustande brachte, behalten für uns Protestanten einen bitteren Beigeschmack. Aber der Papst kann, nach dem bekannten Wort, nicht ‚Ghibelline‘ sein, er hat in erster Linie und im Konfliktfall stets und natürlicherweise die Interessen seiner Kirche wahrzunehmen.

Und doch sind wir Papst Pius über seinen Tod hinaus – auch als evangelische Deutsche – tief dankbar. Er war ein großer Freund unseres deutschen Volkes, unter dem er einen beträchtlichen Teil seines Lebens zugebracht hat, und er hat sich niemals zu dem allgemeinen Verdammungsurteil anderer verführen lassen, sondern hat als einer der ersten nach Hilfe für die notleidenden Menschen unseres Volkes gerufen. Er wußte auch um den gemeinsamen geistlichen Widerstand, der in unserem Volk geleistet wurde, und hat sich gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern eindeutig zu den dieses Widerstandes wegen ins KZ geworfenen Christen aller Konfessionen bekannt und sie durch Gaben und Grüße gestärkt. Das sollten und wollen wir diesem Papst nicht vergessen.

Und er war ein starker Freund des Friedens. Frühzeitig hat er die großen Gefahren der nuklearen Waffen, ihrer Erprobung und Anwendung erkannt und die Menschheit bereits in seiner Osterbotschaft 1954 vor ihrem Gebrauch gewarnt. Wenn er später

dennoch mit der Möglichkeit einer legitimen Anwendung solcher Mittel rechnete (in seiner bekannten Weihnachtsbotschaft), so gehört das zu jenen Schranken, denen auch und gerade ein Oberhaupt der römischen Kirche unterworfen bleibt, daß ihn nämlich die allgemein anerkannte und geltende Theologie bindet.

Pius XII. hat mit seinem Leben nicht nur seiner Kirche, er hat auch unserem Volke, er hat auch der Menschheit gedient, und das soll ihm unvergessen bleiben.

Als beschwerlich wurde jedoch im Zusammenhang mit dem Tode Pius' XII. und der Inthronisation Johannes' XXIII. empfunden, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen und die in einigen Bundesländern getroffene Anordnung der Trauerbeflaggung der öffentlichen Schulen, die auch die evangelischen Bekenntnisschulen betraf, der evangelischen Toleranz zumuteten, was ihr um der Achtung des Gewissens willen nicht hätte auferlegt werden sollen. Sowohl über solche Vorkommnisse wie über die zentralen Fragen der Lehre werden noch viele Gespräche zwischen den Kirchen geführt werden müssen, bis ein wirklicher konfessioneller Friede zustande kommt; daß sie geführt werden und man sich auch in der Glaubensspaltung brüderlich begegnen kann, ist ein gutes Zeichen.

7. DAS ABENDMAHLSGESPRÄCH DER EKD

Als bedeutsames Ereignis in der Geschichte der deutschen evangelischen Christenheit bezeichnete es der Vorsitzende des Rates der EKD, daß am 25. Juli 1958 der Rat und die Kirchenkonferenz die erläuternden Berichte der damit beauftragten Kommissionsmitglieder Professor D. Gollwitzer, Bischof D. Dr. Meyer und Professor D. Kreck über Verlauf und Ergebnis der zehnjährigen Arbeit der Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD entgegennehmen konnten.

Den Anstoß zu dem Abendmahlsgespräch der EKD, dessen aufschlußreiche Vorgeschichte in das 19. Jahrhundert zurückreicht, gab eine Entschließung der Zweiten Kirchenversammlung in Treysa vom 5. bis 6. Juni 1947: „Die Kirchenversammlung bittet den Rat der EKD, sich darum zu bemühen, daß ein verbindliches theologisches Gespräch über die Lehre vom Heiligen Abendmahl im Hinblick auf die kirchliche Gemeinschaft zustande kommt.“ Der Rat entsprach der Bitte und beauftragte die Kirchenkanzlei, zu einem Abendmahlsgespräch einzuladen.

Eröffnung und Vollzug des Gesprächs standen unter einer doppelten Voraussetzung: Einmal, daß einer kirchenrechtlichen Entscheidung über die Frage der Abendmahlsgemeinschaft die theologische Klärung der Abendmahlslehre vorausgehen habe, und zum anderen, daß die Freiheit des Gesprächs von kirchenpolitischen Absichten und Zwecken gewährleistet sein müsse.

Auftrag und Grundlage des Abendmahlsgesprächs umschrieb die von der Kirchenkanzlei der EKD ausgehende Einladung folgendermaßen:

„Die Aufgabe besteht darin, daß ein freies theologisches Gespräch geführt wird. Die Freiheit des Gesprächs wird aber bestimmt sein müssen durch kirchliche Verbindlichkeit. Die Grenze des Gesprächs ist darin zu sehen, daß das Thema nicht ‚an sich‘ behandelt werden soll. Es soll vielmehr im Blick auf diejenige Wirklichkeit behandelt werden, der alle Theologie zu dienen hat: das Leben der heiligen Kirche und Gemeinde. – Drei Gesichtspunkte werden das Gespräch bestimmen: 1. Im Kirchenkampf und im Kriege ist das Abendmahl in unseren Gemeinden neu entdeckt worden. Es ist einfach etwas geschehen, was zu theologischer Besinnung verpflichtet und sich auswirken wird auch

auf das Verhältnis der Konfessionen untereinander. 2. Die Bindung an unsere Konfession ist nicht hinfällig geworden. Sie bestimmt uns viel mehr, als wir uns dessen gemeinhin bewußt werden. Wir können auch nicht, abgesehen von dieser Bindung, Theologie treiben. 3. Innerhalb der neutestamentlichen Wissenschaft hat sich gerade auch im Blick auf das Heilige Abendmahl etwas ereignet, was nicht ohne Folgerung bleiben kann für die kirchliche Existenz.“

I.

Das erste Abendmahlsgespräch der EKD fand vom 30. September bis 1. Oktober 1947 in *Frankfurt am Main* statt. Es wurde von Professor D. J. Schniewind geleitet; Teilnehmer waren außer dem Präsidenten der Kirchenkanzlei, D. H. Asmussen, die Professoren der exegetischen und dogmatischen Theologie D. G. Bornkamm, D. Delekat, D. Käsemann, D. Dr. Schlink, D. Schniewind, D. Sommerlath, D. Stauffer, D. Vogel und D. Weber. Da ein auf Wunsch des Vertreters des Reformierten Bundes, D. Niesel, vorgesehenes Referat von Dr. E. Schweizer über den Stand der neutestamentlichen Forschung in der Abendmahlsfrage wegen Verhinderung des Referenten ausfallen mußte, wurden in gemeinsamer Arbeit die neutestamentlichen Abendmahlstexte exegetisiert. Anschließend trug D. Sommerlath eine systematische Besinnung über den Stand der Abendmahlslehre vor. D. Jeremias hatte vor dem Gespräch Thesen zur Exegese der Abendmahlstexte versandt, auf die in der Aussprache Bezug genommen, deren ausführliche Behandlung jedoch bis zu seiner persönlichen Teilnahme an einem späteren Gespräch zurückgestellt wurde.

Einen Tagungsbericht, der außer einem Vorwort des Herausgebers eine Darstellung des Gesprächsverlaufs durch D. Schniewind nebst Ergänzungen von D. Sommerlath und das Referat von D. Sommerlath enthält, gab D. Dr. Schlink 1952 unter dem Titel „Abendmahlsgespräch“ (Verlag A. Töpelmann) heraus; die Thesen von D. Jeremias sind in der Monatsschrift „Evangelische Theologie“, 1947, S. 60 ff., veröffentlicht.

II.

Die für den 24. bis 26. Februar 1948 einberufene Tagung zur Fortsetzung des Abendmahlsgesprächs mußte wegen Reise- und anderer Schwierigkeiten abgesagt werden. Der Tod von D. Schniewind hatte dann eine erhebliche zeitliche Unterbrechung des Gesprächs zur Folge. Seine Wiederaufnahme, die eigentlich einen neuen Anfang darstellt, erfolgte durch einen auf Anregung von Moderator D. Niesel in der Sitzung vom 8. Juni 1950 gefaßten Beschluß des Rates der EKD, der D. Niesel mit der Einladung beauftragte. Nachdem in der Sitzung vom 5. Oktober 1950 beschlossen worden war, für die Fortsetzung des Abendmahlsgesprächs einen eigenen Ausschuß in neuer Zusammensetzung zu bilden, ermächtigte der Rat der EKD durch Beschluß vom 5./6. Dezember 1950 seine Mitglieder D. Niesel und D. Dr. Hertrich folgende theologischen Lehrer zur Mitarbeit einzuladen: D. G. Bornkamm, D. J. Jeremias, D. E. Käsemann, Dr. K. G. Kuhn, D. E. Michel, D. A. Oepke, Dr. E. Schweizer, D. E. Bizer, D. W. v. Loewenich, D. E. Wolf, D. E. Sommerlath, D. W. Elert, Rektor Dietzfelbinger, D. O. Weber, D. W. Kreck, D. H. Gollwitzer, D. P. Brunner, D. H. Iwand, D. H. Vogel, D. Dr. E. Schlink DD., D. F. Delekat. Als Gast und Protokollführer sollte der theologische Referent der Kirchenkanzlei (1950–1953 OKR Osterloh, 1953–1957 OKR Dr. Dr. Niemeier) an dem Gespräch teilnehmen.

Die Professoren D. Elert und D. v. Loewenich äußerten grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben, jedoch nahm D. v. Loewenich an späteren Tagungen der Kommission teil. Die Kommissionsmitglieder D. Dietzfelbinger und D. Hertrich nahmen nur an der ersten Tagung der neugebildeten Kommission teil, schieden aber aus dem weiteren Vollzug der Arbeit aus und haben deshalb gebeten, aus der Kommission und der Mitverantwortung entlassen zu werden. Im Verlauf des Gesprächs wurde Bischof D. H. Meyer (Lübeck) als Kommissionsmitglied berufen.

Die Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD trat in ihrer neuen Zusammensetzung zu dem zweiten Gespräch am 6. und 7. April 1951 in *Hamburg* zusammen. Teilnehmer waren D. Sommerlath, D. Oepke, D. Iwand, D. Dr. Delekat, D. Hertrich, D. Niesel, D. Dietzfelbinger, D. Kuhn, D. Brunner, D. Dr. Schlink, D. Kreck, D. Käsemann, D. Michel, D. Jeremias, D. Schweizer. Folgende Referate wurden gehalten: Professor D. Käsemann: „Kritische Bemerkungen zum synoptischen Abendmahlproblem“; Professor D. Jeremias: „Solches tut zu meinem Gedächtnis“; Professor D. Kuhn: „Über den ursprünglichen Sinn des Abendmahls und sein Verhältnis zu den Gemeindemahlen der Sektenschrift“.

Das Tagungsprotokoll wurde von Dr. Lohse (Hamburg) erstellt. Das Referat von Professor Kuhn ist in „*Evangelische Theologie*“, 1950/51, S. 508 ff., veröffentlicht.

III.

Referate und Aussprache des Hamburger Abendmahlsgesprächs ließen es geraten erscheinen, nicht vorschnell in die Erörterung der konfessionellen Problematik einzutreten, sondern den Einsatz bei der Interpretation der neutestamentlichen Texte zu nehmen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer erneuten Behandlung der exegetischen und hermeneutischen Fragen. Der weiteren Erhebung des neutestamentlichen Befundes und dem Übergang von der Exegese in die Systematik diente die dritte Tagung der Kommission für das Abendmahlsgespräch, die nach vielen Terminschwierigkeiten und -verschiebungen vom 13. bis 15. Oktober 1952 in Hannover stattfand. Die Gesprächsleitung lag bei Landesbischof D. Dr. Lilje und Moderator D. Niesel. Teilnehmer waren die Professoren D. Bizer, D. Bornkamm, D. Delekat, D. Gollwitzer, D. Jeremias, D. Käsemann, D. Kreck, D. Kuhn, D. v. Loewenich, D. Michel, D. Schweizer, D. Wolf. Es referierten:

Professor D. Schweizer über: „Probleme der Exegese von Joh. 6“; Professor D. Delekat über „Methodenkritische und dogmatische Probleme angesichts der gegenwärtigen Exegese der neutestamentlichen Abendmahlstexte“; Professor D. Wolf über: „Dogmatisch-systematische Probleme angesichts der gegenwärtigen Exegese der neutestamentlichen Abendmahlstexte“ (Korreferat).

Eine Zusammenfassung der Aussprache, die vor allem die Fragen der Stiftung des Abendmahls und der Elemente behandelt, erstellte D. Gollwitzer.

Das Referat von D. Schweizer ist unter dem Titel „Das johanneische Zeugnis vom Herrenmahl“ in „*Evangelische Theologie*“, 1952/53, S. 341 ff., veröffentlicht; das Referat von D. Delekat erschien in „*Evangelische Theologie*“, 1952/53, S. 389 ff.

Ein Bericht über die Gespräche von Frankfurt 1947, Hamburg 1951 und Hannover 1952 wurde von OKR Osterloh in der „*Evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung*“ Nr. 3 vom 1. Februar 1953 veröffentlicht und im „*Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen*“ nachgedruckt.

In der „*Theologischen Literaturzeitung*“ (Nr. 3/1955, S. 130 ff.) veröffentlichte D. Oepke einen Aufsatz: „Kann die Auslegung der Abendmahlstexte des Neuen Testaments für das Abendmahlsgespräch der Kirchen hilfreich sein?“

Am 26. März 1953 erstattete OKR Osterloh dem Rat der EKD Bericht über den Stand des Abendmahlsgesprächs. Der Rat erklärte sich damit einverstanden, daß die Kommission in der bisherigen Weise weiterarbeite, und sah keine Veranlassung, ihr neue Vorschläge zu machen.

IV.

Auf Grund des Gesprächs in Hannover ergab sich die Frage, ob und inwieweit die konfessionellen Aussagen über das Abendmahl angesichts des durch die neuere Forschung erhobenen neutestamentlichen Befundes noch Bedeutung haben können oder revidiert werden müssen. Der Erörterung dieser Frage diente die vierte Zusammenkunft der Kommission für das Abendmahlsgespräch, die am 11. und 12. März 1954 in

Berlin-Schwanenwerder stattfand. Die Gesprächsleitung hatten Moderator D. Niesel und OKR Dr. Dr. Niemeier. Teilnehmer waren die Professoren D. Delekat, D. Jeremias, D. Sommerlath, D. Brunner, D. Käsemann, D. Wolf, D. Schweizer, D. Oepke, D. v. Loewenich, D. Kreck, D. Bizer, D. Vogel. Es wurden folgende Referate gehalten:

Professor D. Kreck: „Die reformierte Abendmahlslehre angesichts der heutigen exegetischen Situation“; Professor D. Brunner: „Zur Methodik eines verbindlichen theologischen Gesprächs über die Lehre vom Heiligen Abendmahl in der EKD“.

Das Referat von D. Kreck ist in „Evangelische Theologie“, 1954, S. 193 ff., abgedruckt; D. Brunner hat sein Referat in seiner Schrift „Grundlegung des Abendmahlsgesprächs“ (J. Stauda-Verlag 1954), S. 13–33, veröffentlicht.

Einen Bericht über die vierte Tagung der Kommission für das Abendmahlsgespräch erstattete Dr. Dr. Niemeier im „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“ 1954 (Nr. 88, S. 120).

Zum bisherigen Ablauf des Abendmahlsgesprächs und zu Grundsatzfragen der Abendmahlslehre und der Abendmahlsgemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland nahm D. Dr. Delekat in einer Schrift „Theologie und Kirchenpolitik, eine Auseinandersetzung über Abendmahl und Abendmahlsgemeinschaft in der EKD“ (Theologische Existenz heute, Neue Folge, Nr. 46, München 1955), Stellung.

Für den weiteren Vollzug der systematischen Besinnung darüber, inwieweit die in den Bekenntnisschriften der lutherischen und der reformierten Kirche getroffenen Feststellungen zur Abendmahlslehre durch die Ergebnisse der heutigen exegetischen Arbeit praktisch in Frage gestellt und im Zusammenhang eines Gesprächs zwischen den beiden Konfessionen vor die Aufgabe einer neuen Beantwortung geführt werden, erwies sich auf Grund des vierten Abendmahlsgesprächs eine Bestandsaufnahme des dogmen- und theologiegeschichtlichen Befundes als erforderlich.

V.

Dieser von der Tagung in Berlin-Schwanenwerder gestellten Aufgabe unterzog sich die Kommission für das Abendmahlsgespräch auf ihrer Tagung in *Darmstadt* am 13. und 14. April 1955. Daran nahmen unter Leitung von Moderator D. Niesel die Professoren D. Bizer, D. Brunner, D. Delekat, D. Gollwitzer, D. Jeremias, D. Kreck, D. Meyer, D. Oepke, D. Schweizer, D. Wolf teil. Die Referate wurden von Professor D. Bizer über: „Die Abendmahlslehre in den lutherischen Bekenntnisschriften“ und Professor D. Kreck über das Thema: „Zur Abendmahlslehre des Heidelberger Katechismus“ gehalten. Beide Referate sind unter dem Titel „Die Abendmahlslehre in den reformatorischen Bekenntnisschriften“ in der Schriftenreihe „Theologische Existenz heute“, Neue Folge, Nr. 47, 1955, veröffentlicht.

Nachdem das Abendmahlsgespräch den Weg über die Erhebung des neutestamentlichen Befundes und die Erörterung des engeren Problems des Verständnisses, der Bedeutung und des gegenseitigen Verhältnisses der überkommenen konfessionellen Formulierungen zur Abendmahlslehre bis zur Behandlung der Frage nach dem heutigen Verständnis der Abendmahlstexte gegangen war – wobei die Frage der Abendmahlsgemeinschaft und der kirchenrechtlichen Entscheidung darüber offengelassen wurde –, hielt die Kommission eine Zusammenfassung der bisher geleisteten Arbeit für notwendig und möglich. Sie beschloß, zwei Unterkommissionen einzusetzen, die unter der Überschrift „Was hören wir als Glieder der einen apostolischen Kirche als entscheidenden Inhalt des biblischen Zeugnisses vom Abendmahl?“ einen Ergebnisbericht der bisherigen Kommissionsarbeit erstellen und nach gegenseitiger Abstimmung der Gesamtkommission als Grundlage für ein dem Rat der EKD zu erstattendes ratsames Gutachten vorlegen sollte. Der Bonner Unterkommission gehörten die Professoren D. Gollwitzer, D. Bizer, D. Iwand und D. Kreck, der Heidelberger Unterkommission die Professoren D. Brunner, D. Dr. Schlink und D. G. Bornkamm an.

Die beiden Unterkommissionen, die zunächst unabhängig voneinander ihre Arbeit aufnahmen, traten am 22. und 23. Oktober 1956 und am 29. und 30. April 1957 in Frankfurt am Main zu gemeinsamer Beratung zusammen. In mühevoller Arbeit einigten sich die Teilnehmer auf sechs gemeinsame Thesen, während bei drei Sätzen eine gemeinsame Aussage noch nicht erreicht werden konnte.

VI.

Dieses Ergebnis der Unterkommissionsarbeit bildete den Verhandlungsgegenstand der sechsten Zusammenkunft der Kommission für das Abendmahlsgespräch, die am 1. und 2. 11. 1957 in *Arnoldshain* stattfand. Anwesend waren die Professoren D. Bizer, D. Bornkamm, D. Brunner, D. Delekat, D. Gollwitzer, D. Iwand, D. Jeremias, D. Käsemann, D. Kreck, D. Kuhn, Bischof D. Meyer, D. Michel, D. Niesel, D. Dr. Schlink, D. Wolf, als Gast zeitweise Kirchenpräsident D. Niemöller. Die Kommission beschloß auf Grund eingehender Beratung acht gemeinsam formulierte und von allen Anwesenden einmütig angenommene Sätze nebst einem ihrem Verständnis dienenden Vorpruch. Die Zustimmung der an der Teilnahme an den Beratungen verhinderten Kommissionsmitglieder D. v. Loewenich, D. Schweizer, D. Vogel, D. Weber wurde schriftlich eingeholt und erklärt. Das Einverständnis von D. Sommerlath konnte nicht erreicht werden.

Die der Kommission für das Abendmahlsgespräch von der Kirchenversammlung in Treysa gestellte Aufgabe ist insoweit erfüllt, als ein verbindliches theologisches Gespräch über bestimmte Fragen der Lehre vom Heiligen Abendmahl geführt wurde, dessen Ergebnis in der nachstehenden Thesenreihe nebst Vorpruch niedergelegt ist.

ZUM VERSTÄNDNIS DER GEMEINSAM FORMULIERTEN UND EINMÜTIG ANGENOMMENEN SÄTZE ÜBER DAS HEILIGE ABENDMAHL

In den von der Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD am 1. und 2. 11. 1957 auf Grund längerer Vorarbeiten gemeinsam formulierten und einmütig angenommenen Sätzen wird gesagt, was Theologen lutherischen, reformierten und unierten Bekenntnisses innerhalb der EKD, bestimmt durch den Ertrag der neueren exegetischen Arbeit am N. T., heute auf die Fragen nach Wesen, Gabe und Empfang des Heiligen Abendmahls gemeinsam antworten können.

Diese Sätze beanspruchen nicht, eine volle Entfaltung der theologischen Lehre vom Abendmahl zu bieten. Daher konnten die einzelnen Mitarbeiter auf bestimmte, ihnen wichtige Einzelaussagen verzichten; sie sind aber der Überzeugung, damit nichts zugunsten eines Kompromisses ausgelassen zu haben, was zum Verständnis von Wesen, Gabe und Empfang des Heiligen Abendmahls unerlässlich ist.

Was dieser Ertrag der bisherigen Arbeit für die Fragen der Abendmahlsgemeinschaft und der Kirchengemeinschaft bedeutet, bedarf weiterer theologischer Bemühungen.

Die Art und Weise, in der die Arbeit bisher getrieben wurde, hat sich nach Ansicht der Kommission bewährt und läßt erwarten, daß ein Weitergehen auf dem beschrittenen Wege nicht ohne Frucht bleiben wird.

WAS HÖREN WIR ALS GLIEDER DER EINEN APOSTOLISCHEN KIRCHE ALS ENTSCHEIDENDEN INHALT DES BIBLISCHEN ZEUGNISSES VOM ABENDMAHL?

These 1

(1) Das Abendmahl, das wir feiern, gründet in der Stiftung und im Befehl Jesu Christi, des für uns in den Tod gegebenen und auferstandenen Herrn.

(2) Im Abendmahl läßt der erhöhte Herr die Seinen an seinen Tisch und gibt ihnen jetzt schon Anteil an der zukünftigen Gemeinschaft im Reiche Gottes.

These 2

(1) Im Abendmahl handelt Jesus Christus unter dem, was die Kirche tut, selbst als der durch sein Wort im Heiligen Geist gegenwärtige Herr.

(2) Das Abendmahl gehört wie die Predigt, die Taufe und der sonderliche Zuspruch der Sündenvergebung zu den Weisen, in denen Christus uns die Gaben des rettenden Evangeliums zueignet.

These 3

(1) Das Abendmahl ist eine gottesdienstliche Handlung der im Namen Jesu versammelten Gemeinde.

(2) Im Abendmahl ist das Mahl unlöslich verbunden mit der Verkündigung des Heilstodes Jesu, die durch mündliches Wort geschieht.

(3) Unter Gebet, Danksagung und Lobpreis werden Brot und Wein genommen, die Einsetzungsworte des Herrn gesprochen und Brot und Wein der Gemeinde zum Essen und Trinken dargereicht.

(4) Im Abendmahl gedenken wir des Todes Christi, durch den Gott ein für allemal die Welt versöhnt hat; in ihm bekennen wir die Gegenwart des auferstandenen Herrn unter uns und warten in Freude auf seine Wiederkunft als die zur Herrlichkeit in der Vollendung Berufenen.

These 4

Die Worte, die unser Herr Jesus Christus beim Reichen des Brotes und des Kelches spricht, sagen uns, was er selbst in diesem Mahle allen, die hinzutreten, gibt: Er, der gekreuzigte und auferstandene Herr, läßt sich in seinem für alle in den Tod gegebenen Leib und seinem für alle vergossenen Blut durch sein verheißendes Wort mit Brot und Wein von uns nehmen und nimmt uns damit kraft des Heiligen Geistes in den Sieg seiner Herrschaft, auf daß wir im Glauben an seine Verheißung Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit haben.

These 5

Darum wird das, was im Abendmahl geschieht, nicht angemessen beschrieben,

a) wenn man lehrt, Brot und Wein würden durch die Stiftungsworte des Herrn in eine übernatürliche Substanz verwandelt, so daß Brot und Wein aufhören, Brot und Wein zu sein;

b) wenn man lehrt, im Abendmahl würde eine Wiederholung des Heilsgeschehens vollzogen;

c) wenn man lehrt, im Abendmahl würde ein naturhafter oder übernatürlicher Stoff dargereicht;

d) wenn man lehrt, es handele sich um einen Parallelismus von leiblichem und seellichem Essen als zwei voneinander getrennten Vorgängen;

e) wenn man lehrt, das leibliche Essen als solches mache selig, oder das Anteilbekommen am Leib und Blut Christi sei ein rein geistiger Vorgang.

These 6

(1) Jesus Christus, der uns aus Gottes todbringendem Zorngericht gerettet hat, ist zugleich Anfang und Haupt einer neuen Schöpfung.

(2) Durch ihn sind wir als die, die seinen Leib und sein Blut empfangen, zusammengeschlossen zu seinem Leib, der Kirche, und werden des verheißenen Neuen Bundes teilhaftig, den Gott durch Jesu Blut gestiftet hat.

(3) Das Abendmahl stellt uns in die Gemeinschaft der Brüder und bezeugt uns damit, daß das, was uns in dieser Weltzeit knechtet und trennt, in Christus durchgebrochen ist und der Herr in der Mitte der begnadigten Sünder den Anfang einer neuen Menschheit setzt.

These 7

(1) Das Abendmahl stellt uns auf den Weg des Kreuzes Christi. Das Kreuz Christi weist uns in die Wirklichkeit in dieser Welt. Wo wir schwach sind, da ist die Gnade Gottes mächtig. Wenn wir sterben, leben wir mit ihm. Noch ist sein Sieg verborgen unter Anfechtung und Leiden. Darum speist uns der Herr durch sein Mahl, um uns zu stärken in dem Kampf, in den er die Seinen sendet, und uns zu wappnen gegen alle Schwärmerei und alle Schaffheit, damit wir nicht entweder in falschen Träumen das Künftige vorwegnehmen oder verzagt die Hand sinken lassen.

(2) In der Gemeinde, der er sich im Abendmahl gibt, sind wir Brüder. Diese Gemeinschaft lebt allein in der Liebe, mit der er uns zuerst geliebt hat. Wie er sich unserer angenommen hat – der Gerechte der Ungerechten, der Freie der Unfreien, der Hohe der Niedrigen –, so sollen auch wir allen denen, die uns nötig haben, teilgeben an allem, was wir sind und haben.

These 8

(1) Der Glaube empfängt, was ihm verheißen ist, und baut auf diese Verheißung und nicht auf die eigene Würdigkeit.

(2) Gottes Wort warnt uns vor jeder Mißachtung und jedem Mißbrauch des Heiligen Abendmahls, damit wir uns nicht an der Hoheit dieser Gabe versündigen und Gottes Gericht auf uns ziehen.

(3) Weil der Herr reich ist für alle, die ihn anrufen, sind alle Glieder seiner Gemeinde zum Mahle gerufen, und allen ist die Vergebung der Sünden zugesagt, die nach der Gerechtigkeit Gottes verlangen.

Ihre Zustimmung zu vorstehenden Thesen nebst Präambel erklärten: *D. Bizer, D. Bornkamm, D. Brunner, D. Delekat, D. Gollwitzer, D. Iwand, D. Jeremias, D. Käsemann, D. Krecke, D. Kuhn, D. v. Loewenich, D. Meyer, D. Michel, D. Niesel, D. Dr. Schlink, D. Schweizer, D. Vogel, D. Weber, D. Wolf.*

Dem Wunsche der Kirchenkonferenz gemäß wurden auf Beschluß des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland der Bericht über Verlauf und Ergebnis des Abendmahlsgesprächs und die dem Rat und der Kirchenkonferenz erstatteten Erläuterungen der Öffentlichkeit von Kirche und Gemeinde übergeben, damit sie in gründlicher Besinnung und Bemühung bedacht würden und das Abendmahlsgespräch zum Segen der Kirche Jesu Christi in Deutschland und in der Welt fruchtbar fortgesetzt werde. Noch steht in der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (Artikel 4, Satz 4) der schmerzliche Satz: „Über die Zulassung zum Heiligen Abendmahl besteht innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland keine volle Übereinstimmung.“ Um diese Last, die wie in einem Brennspiegel das ekklesiologische Problem der Evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen evangelischen Christenheit zusammenfaßt und widerspiegelt, zu lösen, bedarf es bei allem Wissen um die Vorläufigkeit des theologischen Erkennens weiterer energischer theologischer Arbeit an diesen Fragen. Sie ist inzwischen nicht nur in einer ausgedehnten kritischen Auseinandersetzung mit den Arnoldshainer Thesen angelaufen, sondern hat auch in zustimmenden Äußerungen ihren Niederschlag gefunden. Es wird aber noch einige Geduld erfordern, bis ein zweiter Arbeitsgang des Abendmahlsgesprächs den Ertrag des ersten für die Fragen der Abendmahlsgemeinschaft und Kirchengemeinschaft fruchtbar machen können wird. Über und bei vor aller angestregten und gedulden theologischen Arbeit bedarf es aber vor allem des anhaltenden Gebetes um den Schöpfer Geist, daß er uns in die eine Wahrheit und die wahre Einheit leite.

II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Vom Herausgeber

Das Jahr 1958 ist von den Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik als ein sehr hartes Jahr erfahren worden. Zu Beginn des Jahres verschärfte sich der Kampf von Woche zu Woche, er erreichte seinen Höhepunkt bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Propst D. Grüber mußte sein Amt als Bevollmächtigter des Rates bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik niederlegen. Doch dann kam die Atempause, da auf Initiative der Kirchen wieder einmal zwischen Staat und Kirche verhandelt wurde. Diese Verhandlungen fanden ihren Abschluß in dem recht problematischen und von vielen kritisierten Kommuniqué vom 21. Juli 1958. Es gilt jedoch, nicht nur die negativen Seiten dieser Erklärung zu sehen. Schließlich mußte die Regierung der DDR eine Bestimmung, die für jede demokratische Regierung selbstverständlich ist, die auch in der Verfassung der DDR verankert ist, noch einmal feierlich wiederholen, nämlich, daß in der DDR volle Glaubens- und Gewissensfreiheit bestehe. Diese Tatsache ist also allen Ernstes von den Vertretern der Kirche bestritten worden. Daß sie ein Recht dazu hatten, hat die weitere Entwicklung bewiesen. Die Eingriffe in das innere Leben der Kirchen haben nicht nachgelassen. Besonders der „Lange-Erlaß“ hat die Arbeit der Kirche an der Jugend schwer getroffen. Der Kampf um die Jugendweihe läuft weiter auf höchsten Touren. Es ist im letzten Jahr deutlich geworden, daß die Jugendweihe nicht isoliert betrachtet werden darf. Sie ist nur ein Teil in jenem umfassenden Versuch, eine „atheistische Gegenkirche“ aufzubauen. Für diesen Versuch stellt der Staat seine Autorität, seine Kräfte und seine Mittel zur Verfügung. Angesichts dieser Situation ist der Weg der Kirchen sehr mühsam geworden. Beachtet werden muß auch, daß im Jahre 1958 zwar die absoluten Ziffern der Republikflüchtigen gegenüber den Vorjahren zurückgegangen sind, es sind jedoch in einem sehr großen Maße Menschen aus den Kreisen der Bevölkerung fortgegangen, die bislang die Arbeit der Kirche in erster Linie getragen haben, zum Beispiel freie Intelligenz (Ärzte und Wissenschaftler), selbständige Kaufleute und Handwerker. Das Problem der Pfarrerflucht ist in diesem Zusammenhang akut geworden, wenn hier auch noch nicht von einer Gefahr für die Kirchen gesprochen werden kann.

Die hier aufgezeigten Linien seien nun im einzelnen belegt.

1. DIE OFFIZIELLEN VERHANDLUNGEN ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE

*a) Ausscheiden von Propst D. Grüber aus seinem Amt
als Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*

Mit Schreiben vom 17. Mai 1958 hat Ministerpräsident Grotewohl an Propst D. Grüber wie folgt geschrieben:

Sehr geehrter Herr Propst!

Mit Schreiben vom 12. Mai gaben Sie Kenntnis, daß eine Delegation der evangelischen Kirche mir einen Besuch abstatten möchte. Ihr Besuch bei Herrn Staatssekretär Eggerath am 30. April wurde nicht als Antrag für den Empfang einer Delegation, sondern nur als Information gewertet.

Angesichts des Ablaufes der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im April 1958 in Berlin und der Behandlung des Militärseelsorgevertrages kann eine Vertretung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr anerkannt werden. Mit dieser Feststellung ist die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beendet. Auch die Begleitung der Delegation durch ein Mitglied des Rates ist damit hinfällig geworden.

Ich bin dagegen bereit, eine Delegation der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik zu empfangen, deren Teilnehmer ihren Wohnsitz innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Berlin haben.

Sollte Herr Bischof D. Mitzenheim, der als Vertreter des Rates der EKD für die Begleitung der Delegation genannt wurde, als Beauftragter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik die Delegation begleiten, so werden keine Bedenken erhoben.

Leider kann ich dem Wunsche des Generalsuperintendenten Führ, schon in den nächsten Tagen eine Delegation zu empfangen, nicht Rechnung tragen, da ich durch vorliegende dienstliche Verpflichtungen bereits bis Ende Mai gebunden bin.

Ich bin bereit, die Delegation am Montag, dem 2. Juni dieses Jahres, um 11 Uhr vormittags in meinem Amtssitz zu empfangen. Einer Mitteilung der für die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik jetzt zuständigen Stelle über die Zusammensetzung der Delegation und der Zustimmung zu dem von mir genannten Termin sehe ich entgegen.

Hochachtungsvoll

O. Grotewohl

Damit war Propst Grüber von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als persona non grata erklärt worden und hatte praktisch aufgehört, Bevollmächtigter zu sein. Der Rat der Evangelischen Kirche hat dann in seiner Sitzung am 10. Oktober 1958 schweren Herzens dem Antrag Grübers, ihn nunmehr von seinen Pflichten als Bevollmächtigter des Rates auch von seiten der Kirche zu entbinden, entsprochen, nicht ohne dabei den Dank der evangelischen Kirche für das wahrhaft selbstlose Bemühen Grübers um ein gutes Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen.

Daß die Erklärung Grübers auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 30. April 1958 ihre Folgen haben würde, war jedem, der diese Stunde miterlebte, deutlich, besonders dem, der die Entwicklung der Ereignisse seit April 1957, seit der Bestellung eines Staatssekretärs für Kirchenfragen und der Berufung von Eggerath in dieses Amt, aufmerksam verfolgt hat. Es wurde schon seit langem deutlich, daß der „Brückendienst“, wie Grüber sein Amt als Bevollmächtigter häufig bezeichnet hat, nicht mehr gewünscht wurde. Eggerath wollte einen solchen Dienst eines ehrlichen Maklers zwischen der Regierung und der Kirche nicht. Anscheinend hat er bei diesem Bemühen, Propst Grüber auszuschalten, beim Zentralkomitee der SED Verständnis und Unterstützung

gefunden. Daß auch die CDU sich anschließen würde, war nicht verwunderlich. Der äußere Anlaß der Erklärung von Grüber auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland war ein an Gehässigkeit nicht zu überbietender Artikel des Staatssekretärs Professor Norden gegen Bischof Dibelius im „Neuen Deutschland“. Die Angriffe, die Grüber in seiner Erklärung gegen diese Art der Brunnenvergiftung richtete, konnten von der anderen Seite nicht unwidersprochen hingenommen werden. Das Wort von den „Remigranten“ werden sie Grüber nicht vergessen.

Die Erklärung Grübers lautet:

ANSPRACHE VON PROPST D. DR. GRÜBER AUF DER SYNODE IN BERLIN

Wir haben den Bericht des Herrn Ratsvorsitzenden gehört, und ich glaube, es ist nötig, daß auch einmal Stellung genommen wird zu der Begleitmusik, die diesem Bericht vorausging und ihm nachfolgte. Es sind in der Presse konkrete Vorwürfe erhoben worden. Man hat mit viel Fleiß aus fünf Jahrzehnten Aussprüche gesammelt und zusammengestellt, um den Synodalen ein Bild von Bischof Dibelius zu zeichnen. Ich brauche hier nicht zu betonen, daß ich in vielen Punkten grundsätzlich anderer Meinung bin als Bischof Dibelius, in politischer, kirchenpolitischer und theologischer Hinsicht. Vielleicht unterscheiden wir uns auch im Temperament und in der Lebensführung. Er ist ein Verfechter des episkopalen Prinzips und ich ein ebenso eifriger Vertreter der synodalen Ordnung.

Aber alles dieses hindert uns doch nicht, und ich glaube, darin sind wir alle einig, uns zu verbitten, daß von Menschen, die über weniger Sach- und Personenkenntnis als wir verfügen, das Bild von Bischof Dibelius verzerrt wird. Man glaubt eben, Worte aus der Vergangenheit, zum Teil aus dem Zusammenhang gerissen, zum Teil auch unrichtig wiedergegeben – wie das Wort aus Evanston, das er nie gesprochen hat –, zusammenstellen zu müssen. Die Frage ist nicht die, was ein Mann vor 30, 40 Jahren gesagt hat, sondern die Frage ist die, was sagt er heute – und was er zur Frage der atomaren Bewaffnung und des Friedens zu sagen hat, das haben wir im Bericht gehört. – Wir fragen: Steht er heute zu seinen Worten und zu seiner Meinung, und ist er bereit, diese seine Worte existentiell unter Beweis zu stellen, auch wenn Opfer von ihm verlangt werden, und dessen sind wir gewiß: ebenso denken wir, daß er in christlicher Verantwortung bereit ist, zu tun, was in seinen Kräften steht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die ihm als Bischof einer Kirche obliegen, die auf drei Hoheitsgebiete verteilt ist.

Ich frage, meine Freunde: Wer hat in den letzten Jahrzehnten seine Meinung nicht geändert und oft sogar mehrfach? Ich habe vor 60 Jahren gesungen: „Der Kaiser ist ein lieber Mann und wohnt in Berlin, und wär es nicht so weit von hier, so führ ich heut noch hin.“ Ich bin jetzt in Berlin, aber der Kaiser ist nicht mehr da. Nicht nur aus diesem Grunde würde ich dieses Lied nicht mehr singen. Martin Niemöller hat seine Meinung auch geändert. Er war 1914/18 auf einem U-Boot und ging dann auf die Kanzel und ist jetzt Präsident der Friedensgesellschaft. Heinemann und Iwand haben während des Kapp-Putsches mit Gewehren bewaffnet in zwei feindlichen Fronten sich gegenüber gestanden, jetzt stehen sie brüderlich in einer Front ohne Gewehre.

Ich hatte 1933 eine andere Meinung über Potsdam und auch über die Judenfrage als Bischof Dibelius. Auf derselben Kanzel in der Marienkirche habe ich die gegenteilige Meinung geäußert, über die Möglichkeit, in der H-Bombe eine Garantie für den Frieden – einer Pax technica zu sehen.

Wir sehen in der Vergangenheit aber noch mehr. Bischof Dibelius ist 1934 nicht als Kurprediger an der Riviera geblieben, was er hätte tun können, er kam hierher zurück

und hat hier seine Meinung immer klar und deutlich gesagt. Er war uns als Bruder in der Bekennden Kirche ein tapferes und demütiges Vorbild, das uns oft beschämte und immer stärkte. 1937 haben wir zur gleichen Zeit im Gefängnis gesessen. In diesem Gefängnis hatte vorher einmal Ernst Thälmann gesessen, den Bischof Dibelius dort besuchte. Man könnte einmal auch diese Tatsache erwähnen unter anderem. Bischof Dibelius hat nicht von sicherem Port Rundfunkreden gehalten, teils für Hitler, teils gegen Hitler, wie manche andere. Man mag von ihm denken, was man will, er ist aber nie ein Befehlsempfänger gewesen, sondern vertrat immer seine Meinung, auch wenn viele nicht mit ihm übereinstimmten.

Er hat auch mehr als andere ein inneres Anrecht darauf, von 1945 an der Neuordnung sich zu beteiligen – ein ganz anderes Recht als viele der Remigranten, die sich damals wohlgenährt, mit ausgeruhten Nerven gewaltsam nach vorne drängten und die mit wenigen – allerdings sehr rühmlichen Ausnahmen – uns Männer des Widerstandes beiseiteschieben wollten. Diese Remigranten sind ja immer die schlechtesten Berater ihrer Besatzungsmächte gewesen und geblieben. Das ist ja auch verständlich, weil sie ja die entscheidenden Jahre deutscher Geschichte nicht in Deutschland miterlebt hatten. Was wir an Not in Deutschland und gerade in Berlin erlebt haben und jetzt noch erleben, das geht ja mehr auf das Schuldkonto dieser Männer als auf das der Besatzungsmächte. Diese Partisanen der Besatzungsmächte hatten ja für den Dienst des Pontifex, der Entspannung sucht, nur hämische und ablehnende Bemerkungen. Vor zehn Jahren habe ich einmal gesagt: Pontifex oder Partisane. Ich wiederhole es: trotz aller Verschiedenheit ist Bischof Dibelius für mich ein Pontifex und kein Partisane. Ich glaube, darin stimmen wir überein, und das möchte ich allen Partisanen an dieser Stelle und an jeder gewünschten Stelle deutlich bezeugen.

Daß Grüber in seiner Mission scheiterte, sollte als ein sehr ernstes Warnungszeichen und als ein typisches Zeichen für die eigentliche Situation zwischen EKD und Regierung der DDR begriffen werden. Es liegt eine gewisse bittere Ironie darin, daß eine Regierung, die auf nichts so bedacht ist wie darauf, als eine souveräne Regierung diplomatisch anerkannt zu werden, in dem Augenblick, wo sie in diesem ihrem Bestreben von einer Institution ernst genommen und auf ihre Verantwortung als souveräne Regierung angedeutet wird, auf solche Anerkennung verzichtet. Die Evangelische Kirche in Deutschland unterhielt sowohl in Bonn bei der Bundesrepublik als auch in Berlin bei der Deutschen Demokratischen Republik einen Bevollmächtigten, sie respektierte also beide Staatsgebilde in gleicher Weise, zwar beide nur als Provisorien, aber als gleichrangig. Durch das Ausscheiden von Propst Grüber aus seinem Amt als Bevollmächtigter ist hier nun eine Änderung eingetreten. Die Funktion, die etwa Generalsuperintendent Führ zur Zeit im Einverständnis mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland als Beauftragter der östlichen Gliedkirchen versieht, entspricht nicht dem, was der Bevollmächtigte des Rates darstellte und vermochte. Das wird schon daran deutlich, daß Führ in erster Linie für Verhandlungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen vorgesehen ist, während alle weitergehenden Verhandlungen von Bischof D. Mitzenheim geführt werden.

Die Maßnahmen des Staates, die zur Abberufung von Propst Grüber geführt haben, dürften darin ihren Grund haben, daß für den marxistischen Staatsmann die Kirche nicht Verhandlungspartner auf gleicher Ebene ist, sondern nur Objekt der Gesetzgebung des Staates. Von da aus ist für ihn die Einrichtung eines Bevollmächtigten dieser Institution schlechthin widersinnig. Das Bestreben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht dahin, der Kirche

deutlich zu zeigen, daß sie nicht ein „Gegenüber“, sondern ein „Unter“, das heißt ein aus politischer Notwendigkeit mehr oder weniger geduldetes „Unter“ ist. Diese Bemühungen zeigen sich im ganzen Jahr 1958 immer wieder. In diesem Zusammenhang gewinnt allerdings das Kommuniqué vom 21. Juli eine gewisse Bedeutung. Hier hat der Staat jedenfalls den Anspruch, daß die Kirche nicht Verhandlungspartner sein kann, nicht aufrechterhalten. Da liegt einer der Punkte, weshalb das Kommuniqué vom 21. Juli nicht nur negativ zu werten ist. Das Bestreben des Staatssekretariats für Kirchenfragen geht allerdings seit diesem Tage nun dahin, die Kirche wieder in ihre Schranken zurückzuweisen, das heißt, es zu keiner wirklichen Verhandlung kommen zu lassen, sondern alle Vorstellungen und Bitten der Kirche dilatorisch zu behandeln.

Der Brief Grotewohls an Propst Grüber macht zugleich eine andere Linie in der Politik der Regierung der DDR gegenüber der EKD deutlich: Der Versuch der Abschnürung der östlichen Gliedkirchen von der gesamten EKD und damit deren Aufspaltung. Zwar ist immer wieder betont worden, der Staat denke nicht daran, den Zusammenschluß der Landeskirchen in der EKD anzutasten. Das sei für ihn eine innerkirchliche Angelegenheit, ebenso wie etwa die Zugehörigkeit der Kirchen zum Ökumenischen Rat der Kirchen oder zum Lutherischen Weltbund. Es tauchen auch gelegentlich Stimmen auf, die diese Zusammenschlüsse kritisieren – vgl. Einspruch des Rates des Bezirkes Schwerin gegen die neue Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs –, diese Zusammenschlüsse hätten ihr Schwergewicht im kapitalistischen Westen, ständen unter dem Einfluß von Männern wie Dibelius, Lilje und anderen. Offizielle Schritte in der Richtung sind bisher jedoch nicht erfolgt. Die Kirchen sind dem Wunsch Grotewohls, nur mit Männern zu verhandeln, die in der DDR oder Ost-Berlin ihren Wohnsitz haben, in der Besetzung ihrer zentralen Dienststellen weitgehend entgegengekommen. Praktisch bestehen seit dem Oktober 1958 zwei Kirchenkanzleien, eine in Ost-Berlin „für die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik“ und eine in West-Berlin, die „Berliner Stelle“, an dem Oberwort „Evangelische Kirche in Deutschland“ wird jedoch festgehalten.

Das hat allerdings zur Folge, daß die staatliche Behörde, an die die Kirchen mit ihren Anliegen gewiesen sind, der Staatssekretär für Kirchenfragen, es konsequent ablehnt, von der Existenz der Kirchenkanzlei offiziell auch nur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn mit ihr zu verhandeln. Für diese Behörde existieren nur noch die Landeskirchen. Es ist zum Beispiel bekannt geworden, daß vom Staatssekretär für Kirchenfragen auch an die übrigen staatlichen Dienststellen eine Nachricht ergangen ist, die Kirchenkanzlei als zentrale Dienststelle der Kirchen könne nicht als Verhandlungspartner angesehen werden, die Verhandlungen seien lediglich mit den einzelnen Kirchen zu führen. Der Staatssekretär und seine Mitarbeiter haben besonders im Zusammenhang mit den Wahlen in allen Landeskirchen eine Reihe von Pfarrerversammlungen durchgeführt, wobei die zuständige Kirchenleitung nicht immer eingeladen wurde. Die Pfarrer haben sich diesen Aussprachen vielfach gestellt, aber zu einem wirklichen Verstehen ist es nicht gekommen. Der Zusammenhalt der Kirchen ist durch diese Ausschaltung der Kirchenkanzlei schwieriger geworden. Dankbar kann jedoch festgestellt werden, daß 1958 dieser Zusammenhalt der östlichen Gliedkirchen und auch innerhalb der EKD insgesamt nicht geschwächt worden ist.

b) Communiqué vom 21. Juli 1958

Wenn schon über das Jahr 1957 zu sagen ist, daß es ein Jahr schwerer Bedrängnis war, so ist das in verstärktem Maße von 1958, zumindest von der ersten Hälfte, zu sagen. Die Situation verschärfte sich von Woche zu Woche. Wieder bot in erster Linie die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Angriffen Anlaß. Bekanntlich sind an 8000 Eingaben an die Synode gerichtet worden. Eine Durchsicht dieser Eingaben hat ergeben, daß es weithin gelenkte Propaganda war, zum Beispiel haben ganze Schulklassen als Aufsätze Briefe an die Synode schreiben müssen.

Als allerdings dann seitens der Kirche nun allen Einsendern einzeln geantwortet werden sollte und sie über die eigentlichen Anliegen der Synode informiert werden sollten, sind alle diese Briefe von der Post beschlagnahmt worden. Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist es bekanntlich zu dem Empfang der Delegation der Nationalen Front gekommen. Schon damals wurde von manchem befürchtet, daß ein solcher Vorgang Schule machen würde. Dieses trat dann auch ein in Schwerin. Der Oberkirchenrat in Schwerin berichtet über diese Vorgänge, die zum vorzeitigen Abbruch der Synodaltagung geführt haben, wie folgt:

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs Oberkirchenrat

Die sechste ordentliche Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, die im ersten Vierteljahr 1958 neugewählt war, begann am Sonntag, dem 4. Mai 1958, mit einem Abendgottesdienst im Schweriner Dom ihre erste Tagung. Am Montag, dem 5. Mai, begannen um 9 Uhr im Wichernsaal die Beratungen. Nach der Neuwahl des Präsidiums, bei der der bisherige Landessynodalpräsident Dr. Hachtmann wiederum zum Präsidenten der Landessynode gewählt wurde, gab der Landesbischof D. Dr. Beste den Jahresbericht des Oberkirchenrats.

Die Synode nahm ferner die Vorlage des Haushaltsplanes 1958 entgegen und stellte die Tagesordnung für die Beratungen, die bis zum 7. Mai abends andauern sollten, fest.

Schon am Vormittag des 5. Mai erschienen verschiedene Abordnungen, die die Landessynode zu sprechen wünschten und mit Forderungen auf bestimmte Entschließungen auftraten. Die Landessynode beschloß, am 5. Mai nachmittags 15 Uhr drei Delegationen zu einem Grußwort und zur Darlegung ihrer Wünsche zu empfangen. Am 5. Mai um 15 Uhr wurden diesem Beschluß entsprechend eine Delegation der Schweriner Stadtverordnetenversammlung, eine Delegation der FDJ-Gruppe der Schweriner Volkszeitung und eine Abordnung des Kreisfriedensrates empfangen. Ihre Erklärungen wurden entgegengenommen. Die Landessynode beschloß, die Eingaben zu bearbeiten, und setzte dazu einen Ausschuß ein, der am gleichen Nachmittag seine Arbeit begann. Der Ausschuß berichtete dem Plenum am Beginn des zweiten Sitzungstages bereits über seine Vorschläge. Die weitere Beratung wurde durch die folgenden Ereignisse unmöglich.

Am Dienstag, dem 6. Mai, erschienen wiederum zahlreiche Abordnungen, die stürmisch Einlaß begehrten und von der Landessynode forderten, daß sie sofort zu ihrem Vorbringen Stellung nähme. Bald nach 15 Uhr ergab sich in dem Vorraum des Versammlungssaales ein starkes Gedränge. Trotz mehrfacher Besprechungen, zu denen der Landessynodalpräsident und mehrere Synodale sich zur Verfügung stellten, verlangten die Versammelten, daß die Landessynode sofort ihre Abordnungen an-

höre und mit ihnen in eine Aussprache eintrete. Die Forderungen gingen im wesentlichen dahin, daß die Beschlüsse der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland von der Landessynode abgelehnt werden sollten. Schließlich drangen Gruppen der vor der Tür Versammelten in den Sitzungsraum ein. Infolge der entstandenen Unruhe sah sich der Synodalpräsident veranlaßt, die gerade stattfindende geschlossene Sitzung zu unterbrechen. Die Landessynode beschloß dann, die diesmalige Tagung abzubreaken, da eine ungestörte Arbeit unmöglich wurde und da die Landessynode sich nicht unter Druck irgendwelcher Stellen zu einer Erklärung in der Lage sah.

Die Volkspolizei, welche um 15.20 verständigt worden war, griff bis 16.30 nicht ein. Diejenigen Gruppen, die den Raum betreten hatten, wurden darauf hingewiesen, daß sie sich eines Hausfriedensbruches schuldig gemacht hätten. Alle Bemühungen, die erschienenen Personen davon zu überzeugen, daß die Landessynode auf keinen Fall in dieser Unruhe Entschlüsse fassen und ihre Arbeit fortsetzen könne, fruchteten nichts, statt dessen wurden für den nächsten Tag weitere Gruppen in größerer Zahl angekündigt.

Der Beschluß, die Tagung der Landessynode jetzt nicht weiter fortzusetzen, wurde einstimmig gefaßt und lautet:

Die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs hat ihre Tagung, die vom 5. bis 7. Mai in Schwerin stattfinden sollte, vorzeitig abgebrochen, da sie in ihrer Arbeit durch eindringende Gruppen gestört wurde. Infolgedessen konnte auch die in Arbeit befindliche Antwort auf die mündlich und schriftlich von Delegationen vorgebrachten Eingaben nicht fertiggestellt werden.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatssekretär für Kirchenfragen

Berlin W 8, den 20. Mai 1958

An die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche Mecklenburgs

Herrn Präsidenten Dr. Hachtmann

Der Eingang Ihres Schreibens vom 17. 5. 1958 wird bestätigt. Der Ministerpräsident hat diese Eingabe dem Staatssekretär für Kirchenfragen zuständigkeitshalber zugeleitet. Die Vorgänge selbst sind uns schon anderweitig berichtet worden. Ihre Darstellung weicht in einigen Punkten von der uns anderweitig zugegangenen ab. So wurde uns u. a. berichtet, daß die Delegationen in der Hauptsache aus Angehörigen der evangelischen Kirche zusammengesetzt waren.

Davon abgesehen und ohne Stellung zu nehmen, hoffen wir, daß diese Vorgänge auf der Tagung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs den verantwortlichen Persönlichkeiten Ihrer Kirche Anlaß zum ernststen Nachdenken über den Standort gegenüber den Lebensfragen unseres Volkes und zum Verhältnis der Landeskirchenleitung Mecklenburg zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat ist. Die unter dem Druck führender Persönlichkeiten der EKD entstandene Haltung führender Persönlichkeiten der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs ist zweifellos nicht dazu angetan, eine solche Situation herbeizuführen, die die Reibungsflächen auf ein Minimum beschränkt.

i. V. Vieillard, Hauptabteilungsleiter

Es ist jedoch festzustellen, daß derartige Vorgänge sich dann nicht wiederholt haben. Zwar werden alle Synodaltagungen auch jetzt noch mit Eingaben und Protestschreiben sehr reichlich versehen, jedoch ein „Einbruch der Straße“ erfolgt nicht mehr. Es scheint, als ob das mecklenburgische Beispiel und die Reaktion, die

diese Vorgänge in der christlichen Welt ausgelöst haben, dazu geführt haben, von derartigen Versuchen abzusehen.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte dann beschlossen, statt vor der ganzen Welt die Gewissensbedrängnis der jungen Christen festzuhalten, noch einmal in Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu versuchen, diese Nöte abzuwehren. Diese Verhandlungen haben dann tatsächlich stattgefunden, insgesamt sieben, teilweise sehr lange Besprechungen. Da nach Vereinbarung zwischen Staat und Kirche die Verhandlungen als vertraulich betrachtet werden sollen, ist es nicht möglich, über den Gang dieser Besprechungen im einzelnen etwas zu sagen. Es sei hier wieder gegeben der Artikel in dem Berliner Sonntagsblatt „Die Kirche“ in ihrer Nummer vom 3. August 1958, von einem der maßgeblichen Verhandlungsführer, Generalsuperintendent Führ. Seine Ausführungen dürfen als authentische Auslegung des Kommuniqués gewertet werden.

DIE MÖGLICHKEIT VERTRAUENSVOLL ERGREIFEN

Zu einer Erklärung über Beratungen zwischen Staat und Kirche

Über Beratungen, die zwischen Vertretern von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik stattgefunden haben, veröffentlichte das Presseamt bei der Regierung der DDR die nachstehende Mitteilung:

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl wurden am 2. Juni, 23. Juni und 21. Juli 1958 auf kirchlichen Wunsch Beratungen mit Vertretern der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt, um störende Faktoren in den Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und den Leitungen der evangelischen Kirchen zu beseitigen.

An diesen Beratungen, die vom Geiste der Verständigungsbereitschaft getragen waren, nahmen außer dem Ministerpräsidenten der Minister des Innern, Maron, der Staatssekretär für Kirchenfragen, Eggerath, der Staatssekretär und Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Plenikowski, und von seiten der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik die Bischöfe D. Mitzenheim und D. Krummacher, Generalsuperintendent Führ, Propst Hoffmann und Maschinenschlosser Gerhard Burkhardt teil. Zur Vorbereitung dieser Beratungen fanden außerdem beim Staatssekretär für Kirchenfragen mehrere Besprechungen statt, an denen weitere Vertreter des Staates und der Kirche teilnahmen.

Der im Jahre 1957 zwischen der evangelischen Kirche (EKD) und der Deutschen Bundesrepublik abgeschlossene Militärseelsorgevertrag und dessen politische und staatsrechtliche Auswirkungen nahmen in den Beratungen einen breiten Raum ein.

Nach längerer Erörterung dieser Frage erklärten die kirchlichen Vertreter, daß die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an diesen Vertrag nicht gebunden sind und daß der Militärseelsorgevertrag für die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und für deren Geistliche keine Gültigkeit hat.

Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.

Die Besprechung der von den Vertretern der evangelischen Kirchen vorgebrachten

Beschwerden führte zu dem Ergebnis, daß der gegen den Staat erhobene Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten wird. Die Regierung erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Soweit von den Vertretern der Kirchen Beschwerden über die Durchführung der Anordnung des Ministers für Volksbildung vom 12. Februar 1958 über die Sicherung der Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vorgetragen wurden, ist eine Überprüfung zugesagt.

Die Klärung und Erledigung noch offener Einzelfragen wurden dem Staatssekretär für Kirchenfragen und den dafür in Frage kommenden Organen überwiesen. Beide Seiten erklärten ihre Bereitwilligkeit, durch klärende Aussprachen etwaige Mißstände in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu beseitigen.

Wer diese Verlautbarung aus dem Presseamt der Regierung verstehen will, mit der die seit 1½ Monaten geführten Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates und der Kirche zu einem ersten Abschluß gekommen sind, der muß sich an die Situation erinnern, unter der die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im April getagt hatte. Damals war die Tür zwischen Staat und Kirche zu. Versperrt war der Weg zwischen zwei Institutionen, die zwar getrennt sind, die aber doch nicht beziehungslos in dem einen Raum unseres Volkes leben. Versperrt war auch der Weg zwischen den Menschen, die die Verantwortung im Staat tragen, und denen, die verantwortlich für die Kirche handeln. Jetzt ist die Tür offen, eine Basis zu gemeinsamem weiterem Verhandeln ist da. Aus den Verhandlungen kann wohl das gute Wort des Ministerpräsidenten wiedergegeben werden, nach dem nicht mehr nach den Ursachen jener Verbindungslosigkeit gesucht werden, sondern der Blick nach vorn gerichtet werden soll; dazu soll diese gemeinsame Erklärung die Möglichkeit geben. Diese Möglichkeit wollen wir vertrauensvoll ergreifen.

Manchem wird das nicht leicht sein. Zu viel Fragen sind noch offen, zu viel neue Verhältnisse ungeklärt, zu viel Lasten mancher Gemeinde, manchem einzelnen zugemutet. Doch das Kommuniqué will nicht Abschluß sein, nicht so etwas wie ein Konkordat, sondern will einen neuen Anfang ermöglichen. Darum: mit Vertrauen den Blick nach vorn!

Wir Christen sind es gewöhnt, daß wir – um des Gebotes Gottes willen – am Staate mitarbeiten. Gerade hier liegen die Schwierigkeiten und Nöte. Nun aber steht das Wort wieder neu da, daß die Mitarbeit der Christen vom Glauben her geschieht, daß wir Christen also um unseres Glaubens willen ganz gewiß nicht ausgeschlossen sein sollen, wo wir auch stehen und schaffen, in den Privatgeschäften oder in den sozialisierten Betrieben oder in den Schulen oder in den Krankenhäusern. Und zu dem allen kommt das Wort von der vollen Freiheit des Glaubens und des Gewissens hinzu.

Wir nehmen dieses Wort ganz ernst. Es steht schon in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Aber nun ist es neu gesagt, jetzt in diesem Jahre neu gesagt. Und die ungestörte Ausübung der Religion steht unter dem Schutz der Republik. Damit ist doch nicht nur der Kult gemeint. Um die Kulturausübung, um die Liturgie, um ihre Form und ihren Inhalt kümmert sich ja der Staat doch nicht. Hier geht es darum, „daß wir bekennen können frei, was unseres Herzens Glaube sei“. Das tue nun ein jeder von uns! Der Entscheidung unseres Gewissens zu leben, gewährt der Staat seinen christlichen Bürgern den zugesagten Schutz. Hier, wo es um die Grundrechte der Menschen geht, steht das Wort der Verfassung unverbrüchlich.

Im Staat geschieht Neues. Wir respektieren das. Die Kirche sanktioniert nicht politische Ziele und nicht politische Methoden. Darum ist sie nicht gebeten, und das ist

nicht ihr Auftrag. Der Kirche geht es um den Menschen, den wir aus unserem Glauben als Gottes Geschöpf erkennen. Alles, was wir tun, ist getragen von der Dankbarkeit gegen unseren Schöpfer und gegen unseren Erlöser. Diese Dankbarkeit bindet uns in unbedingtem Gehorsam nur an ihn.

Von unserem Glauben her kennen wir ein großes Ziel: Frieden, Frieden auch zwischen den Völkern und Frieden innerhalb der Völker. Dieses große Wort wird heute in unserer zerspaltenen Welt vielfältig gedeutet. Daß es Kräfte gibt, die Frieden sagen und doch nur die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele wollen – das wissen wir alle. Die gab es immer, die gibt es heute. Wir Christen identifizieren uns nicht mit der Politik solcher Kräfte, aber mit denen, die nicht wollen, daß Menschen um der Macht willen getötet werden, die nicht wollen, daß die Begier nach Macht den Menschen innerlich oder äußerlich vernichtet, mit denen stehen wir in einer Bestrebung und sind ihnen verbunden, wo immer sie herkommen. Mit den Mitteln, die ihr der Herr Christus gegeben hat, mit Verkündigung und Seelsorge, arbeitet die Kirche für dieses Ziel. Vor allem: wir beten zu dem, der den Kriegen steuert in aller Welt: Verleih uns Frieden gnädiglich! Und wir tun das im Gottesdienst an jedem Sonntag und wollen es tun zu Hause an jedem anderen Tag. Wir sind gewiß, daß dies nicht der geringste Dienst ist, der dafür geschehen kann, damit zwischen den Menschen und Völkern der Friede Gestalt bekommt.

Das Kommuniqué zeigt: Bei den Beratungen ging es gewiß zuerst um den Auftrag, den die Vertreter der Kirche aus der Sorge um eine ungestörte Ausrichtung der Botschaft von Jesus Christus an unsere Kinder erhalten hatten – hier haben wir die Zusage, daß ausgeräumt wird, was an störenden Faktoren neuerlich den Dienst der Kirche beeinträchtigte. Das Kommuniqué zeigt jedem, der zu lesen vermag, daß es noch um sehr viel mehr in diesen neuen Verhandlungen zwischen Staat und Kirche gegangen sein muß. Wo die Kirche redet, spricht sie aus, was Herzen und Gewissen der Christenmenschen im Lande hin und her bewegt. Von dem allem soll weitergeredet werden, kann weitergeredet werden zwischen den Männern der Regierung und der Kirche. Für diese Möglichkeit sind wir dankbar, und wir wissen dabei, daß ein Wort, im Vertrauen von Mensch zu Mensch geredet, seine gute Wirkung nicht verfehlen kann.

Fritz Führ, Generalsuperintendent

Daß es über dem Kommuniqué zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen und Debatten auch innerhalb der östlichen Gliedkirchen gekommen ist, versteht sich von selber. Allerdings sollte bei dem allem nicht immer nur der Wortlaut beachtet werden, sondern die Tatsache berücksichtigt werden, daß es möglich war, in einer Breite, wie es bislang der Kirche nicht vergönnt war, dem Staat die ganzen Beschwerden der Kirche vorzutragen. Auch eine Auslegung des Kommuniqués im einzelnen zeigt, daß, wenn ganz gewiß in ihm auch vieles der Kirche gesagt werden mußte, was als belastend empfunden werden kann, man doch nicht von einem eindeutigen Sieg des Staates oder des Marxismus über die Kirche sprechen kann, daß sie sich etwa in der Art und Weise gefügt habe, wie es in vielen Volksdemokratien zwischen Staat und Kirche geordnet ist.

Es seien nur einige Punkte angesprochen: Schon oben wurde gesagt, daß der Staat die Kirche in diesem Kommuniqué als einen Verhandlungspartner anerkennt. Es ist also nicht von einem Diktat zu sprechen. Es sei weiter darauf hingewiesen, daß zwar von seiten der Kirche zugestanden wird, daß der Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten wird. Dieser Vorwurf ist also allen Ernstes und mit allem Nachdruck erhoben. Auch das Wort vom

„respektieren“ des Sozialismus ist nicht gleichzusetzen mit Anerkenntnis des Sozialismus, sondern dürfte eigentlich nur bedeuten und ist auch in dieser Weise von dem staatlichen Verhandlungspartner ausgelegt worden als: der Entwicklung des Sozialismus Rechnung tragen und auf jede Art von Untergrundbewegung in diesem Zusammenhang verzichten. So ließe sich noch manches über das Kommuniqué sagen. Daß es auch auf seiten der Kirche nicht als ein „Sieg“ empfunden wird, versteht sich von selber. Aber es sollte nach dem Wunsch der kirchlichen Delegation die Möglichkeit zu weiteren, besseren Verhandlungen zwischen Staat und Kirche geben. Allerdings ist diese Hoffnung dann sehr enttäuscht worden. Seit dem 21. Juli 1958 werden von seiten der Kirche Verhandlungen angeboten und erbeten, aber es hat jedoch lediglich eine einzige mit dem Minister für Volksbildung über seine Anordnung vom 12. Februar 1958 (s. S. 163) stattgefunden, und diese Besprechung war sehr unbefriedigend. Es kann abschließend gesagt werden, daß die Verhandlungen, die im Jahre 1958 zwischen Staat und Kirche gepflogen sind und die ihren Abschluß dann in dem Kommuniqué gefunden haben, eine gewisse Entspannung vielleicht gebracht haben. Eine wirkliche Befriedung ist in keiner Weise eingetreten, im Gegenteil, das Jahr 1958 hat die Gegensätze zwischen Christentum und Marxismus in einer sehr klaren Weise herausgestellt.

2. EINGRIFFE IN DAS INNERE LEBEN DER KIRCHEN

Neben dem ideologischen Angriff eines militanten Atheismus auf die Botschaft der Kirche und den Glauben ihrer Glieder laufen auch im Jahr 1958 parallel dazu Versuche, durch *unmittelbares Eingreifen der Staatsmacht* das innere Leben der Kirchen zu *hemmen*, ihre verfassungsmäßig garantierte Eigenständigkeit willkürlich einzudämmen und zu beschränken.

Das wohl eklatanteste Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen um die neue Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg. Es seien hier wiedergegeben: Der offizielle Einspruch des Rates des Bezirks Schwerin vom 8. August 1958; die ausführliche Begründung dieses Einspruches vom 15. September 1958; die Antwort des Oberkirchenrates vom 2. Dezember 1958.

Rat des Bezirkes Schwerin Land Mecklenburg
Vorsitzender

Schwerin, 8. 8. 1958

Betreff: Das Kirchengesetz v. 5. 12. 57 und 6. 3. 58 – Verfassung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs, verkündet am 24. 4. 1958

Bezug: Unser Schreiben v. 12. 7. 1958

Im Namen und im Auftrage des Rates des Bezirkes Schwerin und im Einvernehmen mit den Räten der Bezirke Rostock und Neubrandenburg lege ich gegen die durch das o. a. Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs beschlossene Verfassung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs staatlichen Einspruch ein.

Die neue Verfassung verstößt sowohl in ihrem Inhalt und auch in der Art und Weise ihres Zustandekommens gegen die demokratische Gesetzlichkeit der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß eine Anwendung der Bestimmungen der neuen Verfassung trotz des von mir erhobenen Einspruchs als ein Verstoß gegen die demokratische Gesetzlichkeit und als Akt der Illoyalität von den staatlichen Organen nicht geduldet wird.

Eine ausführliche Begründung zu dem von mir erhobenen Einspruch wird Ihnen nachgereicht.

Stadler, Vorsitzender des Rates des Bezirkes Schwerin

BEGRÜNDUNG ZUM EINSPRUCH

des Rates des Bezirkes Schwerin gegen das Kirchengesetz vom 5. 12. 1957 und 6. 3. 1958 – betreffend die Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg

Der Rat des Bezirkes Schwerin,

auf Grund seiner gesetzlichen Stellung für die sozialistische Entwicklung auf seinem Territorium, für die öffentliche Ordnung, die demokratische Gesetzlichkeit und die Rechte der Bürger verantwortlich sowie bemüht, ein normales Verhältnis von Staat und Kirche zu sichern,

hat unter dem 8. 8. 1958 *Einspruch* gegen die Kirchengesetze vom 5. 12. 1957 und 6. 3. 1958 betreffend die Verfassung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs erhoben.

Der Einspruch wurde erforderlich, weil die angeführte Kirchenverfassung Grundsätze der Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik mißachtet, die demokratische Gesetzlichkeit verletzt und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern brüskiert. Die Kirchenverfassung kann daher keinerlei Wirksamkeit und Geltung erlangen und ist nicht anwendbar.

Zur Begründung wird auf das Folgende hingewiesen.

1. Es werden Rechte, die gemäß der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik dem Staate zustehen, entgegen der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik für die Kirche in Anspruch genommen. In Artikel 10 der Kirchenverfassung wird die Erziehung der Jugend zur Aufgabe der Kirchengemeinde erklärt. Gemäß Artikel 35 und 36 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist die Erziehung der Jugend ausschließlich Angelegenheit des Staates. Die Kirche hat hingegen das Recht, zu Kindern und Jugendlichen, die der Kirche angehören, in Glaubensfragen zu sprechen, wobei die entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Gewissensfreiheit, völlige Freiwilligkeit, Schutz der Jugendlichen vor Überbeanspruchung und Überbelastung, Sicherung des ordnungsmäßigen Schulunterrichts usw.) zu berücksichtigen sind. Die Kirche ist an die demokratische Gesetzlichkeit gebunden, was Artikel 43 Abs. 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ausdrücklich festlegt.

2. In Artikel 10 der Kirchenverfassung wird auch der „Dienst an Kranken und Schwachen“ sowie die „missionarische Arbeit an Entfremdeten“ zur Aufgabe der Kirchengemeinde erklärt. Wenn die Kirchenverfassung nicht sagt, daß es sich bei dem Dienst an Kranken und Schwachen lediglich um die seelsorgerische Betreuung solcher Menschen, die der Kirche angehören, handeln kann, wird auch damit die staatliche und rechtliche Ordnung ignoriert und außerdem für kirchenangehörige Bürger die Gefahr heraufbeschworen, mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen. Für die sogenannte missionarische Arbeit an Entfremdeten gilt ebenfalls, daß die volle Gewissensfreiheit garantiert und niemand verpflichtet ist, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren, wie auch im Rahmen des Artikels 42 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik niemand berechtigt ist, einen Bürger nach seiner religiösen Überzeugung zu befragen. Auch von dieser Rechtslage nimmt die Kirchenverfassung keine Notiz.

3. Die Kirchenverfassung legt in Artikel 1 fest, daß der territoriale Bereich der Landeskirche den Grenzen Mecklenburgs im Jahre 1933 entspricht. Dieser Rückbegriff

auf längst überholte staatliche Grenzziehungen kann nur als eine bewußte und gewollte Nichtachtung der neuen Staatsordnung der Arbeiter und Bauern und als eine Brückierung der Arbeiter- und Bauern-Macht aufgefaßt werden.

4. Wenn in den entsprechenden Artikeln der Kirchenverfassung und damit zusammenhängender kirchlicher Regelungen arbeitsrechtliche Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik unbeachtet bleiben, wenn weiter von „Beamten“ und von der „Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst“ als Voraussetzung für die Besetzung kirchlicher Ämter sowie von einem Recht der Begnadigung durch den Landesbischof und die Kirchenleitung gesprochen wird, dann tritt auch darin die Antiquiertheit der Kirchenverfassung und die Ignorierung und Negierung der neuen Staats- und Rechtsentwicklung hervor.

5. In Artikel 2 weist die Kirchenverfassung auf die Mitgliedschaft und die Verbindung der Landeskirche zur VELKD, zur EKD, zum Luth. Weltbund und zum Ökumenischen Rat der Kirchen hin. All diese Vereinigungen haben ihren Sitz nicht im Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn unter diesen Umständen die Kirchenverfassung nicht darauf hinweist, daß die Verbindungen mit den genannten Institutionen die Integrität und Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik nicht verletzen dürfen und nur im Rahmen der für alle geltenden Gesetze möglich sind, muß auch darin eine Nichtachtung der Staatsmacht und ihrer Gesetzlichkeit gesehen werden.

6. Grundsätzliche Fragen, wie zum Beispiel die Rechts- und Dienstverhältnisse der Pastoren und anderer kirchlicher Mitarbeiter, der Verlust kirchlicher Rechte, die Wahl der Kirchenältesten, die Frage der Umlagen, die Frage der Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden, die Wahl der Synodalen usw. (vgl. Artikel 7, 13, 14, 15, 29, 35, 45, 77 und 78 der Kirchenverfassung) bleiben in der Kirchenverfassung offen und sollen erst später, zum Beispiel durch Dienstanweisung, geregelt werden. Analog dem Grundsatz der Klarheit der Rechtsverhältnisse, der der Rechtssicherheit dient, muß im Interesse der Bürger auch verlangt werden, daß die wichtigsten kirchlichen Verhältnisse in der Kirchenverfassung geregelt werden.

Über diese aufgeführten Verletzungen der Staats- und Rechtsordnung hinaus beobachtet der Rat des Bezirkes mit Besorgnis einen Prozeß der bürokratischen Zentralisation innerhalb der Kirche, der durch die neue Kirchenverfassung, würde sie in Kraft treten, beschleunigt würde.

Die Befugnisse der Kirchengemeinde und der Gemeindeglieder werden durch die neue Kirchenverfassung gegenüber der Lage unter der Kirchenverfassung von 1921 eingeschränkt. Während der § 5 der Kirchenverfassung von 1921 feststellt, daß jede Kirchengemeinde ihre Angelegenheiten selbst verwaltet, nimmt die neue Verfassung dazu nicht direkt Stellung. Aus dem ganzen Inhalt der Verfassung geht aber hervor, daß die Selbstverwaltungsbefugnis der Gemeinden zugunsten einer zentralisierten bürokratischen Verwaltung eingeschränkt werden soll.

Die Kirchenverfassung von 1921 kennt weder Kirchenkreise noch sogenannte Senioratsbezirke, wie sie in der neuen Verfassung vorgesehen sind. Die Einführung dieser neuen Verwaltungsbezirke und die Übertragung von umfassenden Aufsichts-, Leitungs- und Verwaltungsaufgaben auf Superintendenten und Senioren kann nur dazu dienen, das Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Kirchengemeinden, das als ein wichtiges Prinzip für die Verfassung von 1921 bestimmend war, zu beseitigen und durch einen bürokratischen Verwaltungs- und Kontrollapparat zu ersetzen.

Die neue Verfassung verändert außerdem die Zusammensetzung der Synode. Während auf Grund der Kirchenverfassung von 1921 außer 19 im geistlichen Amt stehende, 38 im nichtgeistlichen Amt stehende Synodale gewählt werden mußten, vermindert die neue Kirchenverfassung die Zahl der gewählten Laiensynodalen auf 30.

Aber auch unter Berücksichtigung der sechs von der Kirchenleitung zu berufenden Laiensynodalen wird das Verhältnis in der Zusammensetzung der Synode absolut zu Ungunsten des Laienelements vermindert. Hinzu kommt, daß die Berufung von Synodalen als Mitglieder einer gewählten Vertretungskörperschaft allen demokratischen Grundsätzen widerspricht.

Die neue Verfassung hebt den bisherigen Oberkirchenrat als Aufsichts- und Verwaltungsbehörde unter Leitung des der Synode verantwortlichen Landesbischofs auf und ersetzt ihn durch eine sogenannte Kirchenleitung, der alle wichtigen Leitungs- und Kontrollfunktionen übertragen werden. Die Kirchenleitung konzentriert auf sich alle wesentlichen Machtbefugnisse der bisher leitenden Organe des Landesbischofs, der Landessynode und des Oberkirchenrates. Es entsteht so unter Ausschaltung des Landesbischofs, des Oberkirchenrates und der Kirchengemeinden in der Landeskirche eine bürokratische Machtkonzentration.

Der Rat des Bezirkes mißt eine besonders ernste Bedeutung der Tatsache bei, daß im Zusammenhang mit der neuen Kirchenverfassung ein Verfall innerkirchlicher Ordnung und eine Abkehr der Kirchenleitung von den kirchlichen Ordnungen festgestellt werden muß. So ist die Wahl der 57 Mitglieder der Synode in unterschiedlicher und ebenfalls ordnungswidriger Weise erfolgt. Während die 19 im geistlichen Amt stehenden Mitglieder der Synode von den Pfarrern und Geistlichen auf Grund der Wahlordnung vom 29. 9. 1921 gewählt wurden, wurden die 38 nicht im geistlichen Amt stehenden Mitglieder der Synode von Kirchenältesten gewählt, die ihr Amt auf Grund einer mit der Kirchenverfassung von 1921 und der zu dieser Verfassung gehörenden kirchlichen Wahlordnung nicht im Einklang stehenden neuen kirchlichen Wahlordnung vom 17. 3. 1950 (Abl. S. 13) erlangt hatten.

Während die Kirchenverfassung von 1921 in § 10 eindeutig bestimmt, daß die Kirchenältesten von der Kirchengemeinde durch unmittelbare und geheime Stimmenabgabe der kirchenwahlberechtigten Gemeindemitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen zu wählen sind, liegen der neuen kirchlichen Wahlordnung vom 17. 3. 1950 die Grundsätze des Mehrheitswahlrechts zugrunde.

Da die neue Kirchenwahlordnung insofern kirchenverfassungsändernden Charakter hatte, durfte sie gemäß § 51 nur mit einer Zweidritelmehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Landessynode beschlossen werden. Die neue Wahlordnung der Kirche von 1950 ist im Gegensatz zu dieser Bestimmung nicht durch die Synode, sondern lediglich durch den Landessynodalausschuß beschlossen worden. Sie ist deshalb nicht ordnungsgemäß zustande gekommen.

Die von den auf Grund dieser kirchlichen Wahlordnung gewählten Kirchenältesten und von diesen gewählten Synodalen haben deshalb ihr Amt ebenfalls in verfahrenswidriger Weise erlangt und waren nicht befugt, über die neue Kirchenverfassung und andere Kirchengesetze abzustimmen.

Gemäß § 45 Abs. 1 Ziff. 3 der Verfassung der Landeskirche von 1921 und des Kirchengesetzes vom 15. 12. 1922 über Amtsobliegenheiten und Amtsbefugnisse des Pastors, des Propstes, des Landessuperintendenten, des Landesbischofs und des Oberkirchenrates ist es ausschließlich Aufgabe des Landesbischofs, die kirchlichen Gesetze auszufertigen und zu verkünden. Die am 24. 4. 1958 durch den Präsidenten des Oberkirchenrates, Herrn Spangenberg, vollzogene Verkündung der neuen Kirchenverfassung ist deshalb auch unter Zugrundelegung kirchlicher Bestimmungen ordnungswidrig erfolgt.

Selbstverständlich will sich der Rat des Bezirkes Schwerin nicht auf eine Ordnung der Jahre 1919 oder 1922 orientieren; es kann aber andererseits auch nicht zugelassen werden, daß nach den großen gesellschaftlichen Umwälzungen seit 1945 im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik bzw. in den Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg durch die Kirche eine Ordnung verkündet wird, die

in ihrer Konzeption in bezug auf die Rechte der Kirchenältesten und der Kirchengemeinde weit unter der längst vergangenen Zeit liegt.

Die neue Kirchenverfassung kann also weder vom Standpunkt der Staats- und Rechtsordnung noch vom Standpunkt der kirchlichen Ordnung aus als wirksam angesehen werden. Die Anwendung dieser Kirchenverfassung kann daher vom Rat des Bezirkes nicht zugelassen werden.

ANTWORT DES OBERKIRCHENRATES VOM 2. 12. 58

Unter dem 8. August 1958 hat der Rat des Bezirkes Schwerin zugleich für die Bezirke Rostock und Neubrandenburg gegen die Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, beschlossen am 5. Dezember 1957 und 6. März 1958, Einspruch erhoben und unter dem 15. September 1958 seinen Einspruch begründet.

Zu der Begründung erklärt der Oberkirchenrat das Folgende:

1. Nach Artikel 43 Absatz 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ordnet und verwaltet jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbständig nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze. Alles, was zur Ordnung und Durchführung des geistlichen Lebens unmittelbar oder mittelbar nötig und daher für die Kirche unaufgebar ist, ist kirchliche Angelegenheit.

2. Ein staatlicher Einspruch gegen die neue Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs könnte nur erhoben werden, wenn sie Bestimmungen enthielte, durch die für alle geltende Staatsgesetze nicht beachtet oder verletzt würden. Das ist nicht der Fall. Die Einspruchsbegründung hat mit Ausnahme der Artikel 35 und 36 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik auch kein solches Gesetz genannt.

Die Behauptung, daß die Artikel 35 und 36 verletzt worden wären, wird damit begründet, daß die Erziehung der Jugend ausschließlich Angelegenheit des Staates wäre und daß die Kirche nur das Recht hätte, „zu Kindern und Jugendlichen, die der Kirche angehören, in Glaubensfragen zu sprechen“. Die Einspruchsbegründung hat nicht beachtet, daß, wie sich aus dem von ihr nicht zitierten, aber entscheidenden Artikel 37 der Verfassung der DDR klar ergibt, die der staatlichen Schule zustehende Erziehung der Jugend sich allein auf die Bildung und die politische Erziehung der Jugend bezieht. Die Kirche aber hat die für sie wesentliche Pflicht, die christliche Jugend im christlichen Sinne zu erziehen. Ein gläubiger Christ kann nur sein, wer zu einer dem christlichen Glauben gemäßen Lebensführung erzogen ist. Diese Aufgabe ist für die Kirche schlechthin unaufgebar. Das Recht, solche christliche Erziehung zu gewähren und zu empfangen, gehört zu der Religionsausübung, die nach Artikel 41 Absatz 2 der Verfassung der DDR nicht gestört werden darf und unter dem Schutz der Republik steht.

3. Auf die übrigen Punkte der Einspruchsbegründung einzugehen, muß die Kirche sich versagen, da es sich hier um innerkirchliche Angelegenheiten handelt, deren Ordnung staatlicher Einwirkung nicht zugänglich ist.

Lediglich zu den Ausführungen über das Zustandekommen der kirchlichen Körperschaften soll folgendes bemerkt werden:

a) Die Änderung des § 22 Absatz 1 der Verfassung ist am 9. November 1951 von der Landessynode mit der erforderlichen Stimmenzahl ordnungsgemäß erfolgt.

b) Die Wahlordnung ist am 17. März 1950 vom Landessynodalausschuß dem Gesetz entsprechend ordnungsmäßig beschlossen worden. Der Synodalausschuß war zur Beschlußfassung und Verabschiedung dieses Gesetzes gemäß § 39 Absatz 2 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von derselben Synode in ihrer Sitzung am 24. Februar 1950 ermächtigt worden. Der Beschluß des

Synodalausschusses ist von der Landessynode auf ihrer Tagung vom 2. bis 6. Juli 1950 ordnungsmäßig genehmigt worden.

c) Die Änderung des § 20 Absatz 1 der Wahlordnung ist durch das von der Landessynode verabschiedete Kirchengesetz vom 9. November 1951 ordnungsmäßig beschlossen worden.

4. Der Oberkirchenrat erklärt, daß er den Einspruch der Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg gegen die neue Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs für nicht begründet hält. Im übrigen wird sich die Landessynode damit zu befassen haben.

Eine Prüfung der Begründung des Einspruches zeigt, wieweit nach menschlicher Auffassung das Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Kirche geht. Etwa die Punkte 1 und 2 machen deutlich, daß hier der Anspruch erhoben wird, die Kirche habe praktisch auf eine religiöse Erziehung und Lenkung der Jugend und auf eine eigene Diakonie zu verzichten. Auch in den anderen Punkten tritt der Versuch, direkt auf die inneren Verhältnisse der Mecklenburgischen Landeskirche Einfluß zu nehmen, deutlich zutage. Angesichts des massiven Druckes, der hier von staatlicher Seite ausgeübt wurde, blieb der Mecklenburgischen Landessynode auf ihrer Dezembertagung nichts anderes übrig, als zu beschließen, unter voller Aufrechterhaltung ihrer Ablehnung des Einspruchs die neue Verfassung zunächst nicht zu praktizieren.

Als ein weiterer Versuch des Staates, in das innere Leben der Kirchen und Gemeinden einzugreifen, müssen auch die verschiedentlich gestarteten *Angriffe gegen einen einzelnen Pfarrer* gewertet werden. In der Lokalpresse und in organisierten Volksversammlungen sind gegen eine große Anzahl von Pfarrern schwerste Angriffe gerichtet, die bei den Versammlungen abgefaßten Resolutionen fordern gemeinhin die sofortige Abberufung des betreffenden Pfarrers. In einigen wenigen Fällen ist es schon vorgekommen, daß mißliebige Pfarrer zwangsweise über die Zonengrenze abgeschoben wurden. Doch hat diese Praxis keine Schule gemacht. Die Landeskirchen haben es strikt abgelehnt, auf irgendeine dieser Resolutionen im Ernst einzugehen. Im allgemeinen ist es dann wieder ganz still geworden. Als ein Beispiel für viele sei das Schreiben des Konsistoriums Greifswald an den Rat des Bezirkes Rostock vom 30. Mai 1958 in Sachen Pfarrer Schwenker, Seebad Ahlbeck, wiedergegeben.

Evangelisches Konsistorium

Greifswald, den 30. Mai 1958

Betrifft: Beschwerde gegen den Beschluß des Kreistages in Wolgast vom 29. April 1958 wegen Verletzung des Artikels 8 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.

Da unsere seit längerer Zeit eingeleiteten Bemühungen zur Herbeiführung eines Gesprächs in der oben angegebenen Angelegenheit bisher leider vergeblich geblieben sind, sehen wir uns vorsorglich genötigt, unter Bezugnahme auf die Bestimmung des § 5 des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. Januar 1957 (Ges.Bl. I S. 65) folgende Beschwerde wegen Verletzung der Gesetzlichkeit zu erheben.

In der Ostseezeitung Nr. 106 vom 9. Mai 1958 – Wolgaster Ausgabe – ist ein Beschluß des Kreistages des Kreises Wolgast vom 29. April 1958 veröffentlicht worden unter der Überschrift „Schwenker und Bruchmann des Kreises Wolgast verwiesen“. In dem Tenor dieses Beschlusses heißt es, daß Pastor Schwenker, Seebad Ahlbeck, und Diakon Bruch-

mann, Lassin, „unter Anwendung der staatlichen Rechtsmittel“ des Kreises Wolgast zu verweisen sind. Inzwischen ist dieser Beschluß am 17. Mai 1958 mit einem Begleitschreiben des Rates des Kreises Wolgast dem Herrn Bischof zugeschickt worden.

Auf die bei dem Staatsanwalt des Kreises Wolgast gemäß §§ 12 Ziff. 3, 13 des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft in der Deutschen Demokratischen Republik wegen Verletzung der Gesetzlichkeit erhobene Beschwerde hat dieser mitgeteilt, daß die Volksvertretungen als oberste Organe der Staatsmacht der Aufsichtstätigkeit der Staatsanwaltschaft entzogen sind und fehlerhafte Beschlüsse der Volksvertretungen gemäß § 5 Abs. 3 des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht nur von den höheren Volksvertretungen aufgehoben werden können.

Wir achten die Volksvertretungen als oberstes Organ, glauben uns aber mit dem Rat des Bezirks darin einig zu sein, daß alle Beschlüsse mit der Gesetzlichkeit, insbesondere unserer Verfassung, in Einklang stehen müssen. – Der Beschluß des Kreistages in Wolgast vom 29. April 1958 ist nicht in Einklang zu bringen mit den Grundrechten des Artikels 8 Satz 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Bei voller Achtung der den örtlichen Volksvertretungen durch die gesellschaftliche Entwicklung jetzt übertragenen besonderen Aufgaben ist aber eine Einschränkung der Grundrechte oder eine Entziehung nur auf Grund der für alle Bürger geltenden Gesetze zulässig. Der Kreistagsbeschluß vom 29. April 1958 entbehrt jedoch der gesetzlichen Grundlage, und wir sind deshalb der Auffassung, daß hier mit den ausgesprochenen Kreisverweisungen eine Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit vorliegt.

Im übrigen enthält der Kreistagsbeschluß vom 29. April 1958 auch *sachlich falsche Feststellungen*:

Trotz der am 24. April 1958 mit dem amtierenden Vorsitzenden des Rates des Kreises Wolgast, Herrn Reintrog, im Beisein des Leiters der Abteilung Innere Angelegenheiten, Herrn Knobloch, zum Zwecke der Klärung und Beseitigung der Schwierigkeiten geführten Aussprache hielt der Kreistag an seiner Meinung fest, daß der *Pfarrer Schwencker* sich eines Gewissenszwanges gegenüber der Frau Wirth schuldig gemacht hätte. Diese Meinung des Kreistages entspricht nicht den tatsächlichen Geschehnissen. Die Entscheidung über die kirchliche Mitwirkung bei einer Beerdigung ist nach seelsorgerlichen Grundsätzen zu beurteilen und ist daher eine rein innerkirchliche Angelegenheit.

Das Gespräch des Pfarrers Schwencker mit der Frau Wirth über die kirchliche Mitwirkung bei der Beisetzung ihres Sohnes Klaus Wirth ist nicht zum Abschluß gekommen. Pfarrer Schwencker hat die Entscheidung der Frau Wirth selbst überlassen, ob sie sich für ein kirchliches Begräbnis oder für ein Parteibegräbnis entscheiden wolle. Am nächsten Tage hat Frau Wirth dem Pfarrer Schwencker mitteilen lassen, daß sie sich für ein Parteibegräbnis entschieden habe. Diese Entscheidung der Frau Wirth hat Pfarrer Schwencker respektiert und keine Versuche gemacht, Frau Wirth etwa nachträglich noch für ein kirchliches Begräbnis zu gewinnen.

Die weiterhin jetzt in der Begründung des Kreistagsbeschlusses vom 29. April 1958 enthaltene Behauptung, daß Pfarrer Schwencker in Lassin die Kanzel für antisowjetische Hetze benutzt habe, ist mit keiner Silbe in der Besprechung am 24. April 1958 in Wolgast als Belastungspunkt gegen Pfarrer Schwencker vorgebracht worden, obwohl der Vorfall zeitlich mehrere Monate zurück lag. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage.

Tatsache ist vielmehr folgendes:

Bei einer Konfirmandenstunde – also nicht von der Kanzel – anläßlich gelegentlicher Anwesenheit in Lassin im Januar/Februar d. Js. hat Pfarrer Schwencker aus dem Bibelwort 1. Korinther 16, 13 und 14 ein Beispiel über die Wachsamkeit des Christen gebracht, welches auf die Erzählung einer Begebenheit an der Westfront im ersten Weltkrieg zurückgeht und das mit der Sowjetunion oder mit der Sowjetarmee, die erst Jahre später entstanden, nicht im geringsten etwas zu tun hat.

Wir müssen auch die Vorwürfe hinsichtlich des Diakons Bruchmann zurückweisen. Nach unseren Feststellungen hat der *Diakon Bruchmann* niemals den Versuch gemacht, Kinder zur Teilnahme am Christenlehreunterricht zu zwingen oder etwa Kinder durch unmoralische Darlegungen in ihrer Charakterbildung negativ zu beeinflussen. Wäre derartiges festgestellt worden, so wären wir als kirchliche Aufsichtsbehörde schärfstens dagegen eingeschritten. Diakon Bruchmann bedauert es selbst zutiefst, daß er durch das Wegnehmen und Verbrennen eines nicht näher angesehenen Zeitungsblattes den Verdacht aufkommen ließ, seine Handlungsweise richte sich gegen die von allen friedliebenden Menschen geforderte Freilassung der Djamila Bouhired. Das Zeitungsblatt mit dem Aufruf für die Djamila Bouhired war bei der Wegnahme bereits mitten durch in zwei Teile zerrissen gewesen und befand sich in einem Zustand, daß jeder Unbefangene annehmen mußte, es handle sich um Toilettenpapier. Der Diakon Bruchmann hat bei der Wegnahme und spontanen Vernichtung des Zeitungsblattes als Quelle der Störung des Unterrichts in Unkenntnis des Inhalts des Zeitungsblattes gehandelt. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese pädagogisch falsche Handlungsweise, bei der keine politischen Gesichtspunkte maßgeblich waren, sich nicht wiederholen wird, eine Tatsache, die bei der Besprechung bei dem Rat des Kreises Wolgast am 24. April 1958 kirchlicherseits bereits klar zum Ausdruck gebracht wurde, und wo bei dem Gespräch Einigkeit darüber bestand, daß man die Angelegenheit von der pädagogischen Seite her betrachten müsse. Um so erstaunter sind wir, daß dieses dem Kreistag bei seiner Beschlußfassung am 29. April 1958 nicht bekannt gewesen ist. Es ist nicht erträglich, wenn im Zusammenhang mit diesem allseits bedauerlichen Vorgang davon gesprochen wird, daß „Diakon Bruchmann sich als Feind des Friedens und der Freiheit entlarvt“ habe.

Wir bedauern es sehr, daß die damals kirchlicherseits unverzüglich getroffenen Feststellungen in tatsächlicher Hinsicht, die auch den Staatsorganen zur Kenntnis gebracht worden sind, wie dieses zum Beispiel aus einem Schreiben des Superintendenten in Zinnowitz vom 6. Dezember 1957 an den Rat der Gemeinde Seebad Ahlbeck hervorgeht, außer Beachtung geblieben sind und der Kreistagsbeschluß vom 29. April 1958 von objektiv falschen Voraussetzungen ausgeht.

Zu der in dem Schreiben des Rates des Kreises Wolgast vom 13. Mai 1958 – eingegangen am 17. Mai 1958 – enthaltenen *Forderung der Abberufung von Pfarrer Schwencker und Diakon Bruchmann* sind wir gezwungen, auf die sowohl im Bereich der Staatsorgane als auch im Bereich der Kirche herrschende und strikt einzuhaltende Gesetzmäßigkeit hinzuweisen. Durch das Pfarrerdienstrecht ist in der Gesetzmäßigkeit der Kirche genau festgelegt, in welchen Fällen ein Geistlicher im Disziplinarverfahren seines Amtes enthoben oder im Interesse des Dienstes versetzt werden kann. Angesichts des Ergebnisses der kirchlicherseits in beiden Fällen durchgeführten eingehenden Untersuchungen besteht aber keine gesetzliche Grundlage zu einer Abberufung von Pfarrer Schwencker oder Diakon Bruchmann oder zu einer Versetzung im Interesse des Dienstes.

Wir bitten daher, der Beschwerde nachzugehen und die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und Aufhebung des Beschlusses des Kreistages in Wolgast vom 29. April 1958 zu ergreifen. Zunächst regen wir an, die Durchführung des Beschlusses des Rates des Kreises Wolgast vom 29. April 1958 auszusetzen und erforderlichenfalls die Angelegenheit dem Bezirkstag vorzulegen.

Woelke, Vizepräsident

In verstärktem Maße sind auf staatlicher Seite weiterhin Verschärfungen bei der Handhabung der *Anmeldepflicht für Veranstaltungen* zu beobachten. Bemühungen der Kirche, eine Revision der Verordnung vom 29. März 1951 zu erreichen, sind schon früher als aussichtslos aufgegeben. Es ist aber festzustellen, daß neuerdings von den staatlichen Stellen die Auslegung der Verordnung von 1951

in einem für die Arbeit der Kirche sehr viel ungünstigeren Sinn erfolgt. Als Beleg seien hier die Urteile in dem Prozeß gegen den Landespastor Rohrdantz, Schwerin, wegen einer Aufführung des „Fischbecker Wandteppichs“ von Manfred Hausmann angezogen.

URTEIL

Im Namen des Volkes in der Strafsache gegen den Landespastor der Inneren Mission in Schwerin, Theodor Rohrdantz, geb. am 7. 7. 1894 in Berlin, wohnhaft in Schwerin, Körnerstr. 19, wegen Verstoß gegen die VO über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen.

Die Strafkammer des Kreisgerichts Schwerin (Stadt) hat in der öffentlichen Sitzung vom 20. Dezember 1957, an der teilgenommen haben: Richter am Kreisgericht Schmid als Vorsitzende; Arztsekretärin Margarete Seezen, Schwerin, Bauzugmeister Günter Ratzin, Schwerin, als Schöffen; Staatsanwalt Hausmann als Vertreter der Staatsanwaltschaft; Just.-Angest. Meier als Schriftführer für Recht erkannt: Der Angeklagte wird *freigesprochen*. Die entstandenen Auslagen des Verfahrens fallen dem Staatshaushalt zur Last.

Gründe: Der Angeklagte ist 63 Jahre alt. Er studierte Theologie und war nach dem ersten Weltkrieg als Pfarrer in Grabow tätig. Ferner war er Pastor für Volksmission und 14 Jahre lang Pastor an der Sankt-Pauls-Kirche in Schwerin. Seit 1945 ist er Landespastor der Inneren Mission. Der Angeklagte ist Vorsitzender des Stephanusstiftes in Schwerin und veranlaßte am 26. 10. 1957 im Wichernsaal dieses Stiftes die Aufführung des Verkündigungsspiels „Der Fischbecker Wandteppich“. Die Veranstaltung wurde durch Plakate, die an Kirchentüren angeschlagen waren und auch an einzelne Geschäfte im Stadtgebiet verteilt wurden, bekanntgemacht. Es wurde ein Eintritt von 1,50 DM bis 2,- DM festgesetzt, der als Unkostenbeitrag Verwendung finden sollte. Das Spiel wurde von dem westdeutschen Autor Manfred Hausmann anläßlich des 1000jährigen Bestehens des Klosters Fischbeck an der Weser verfaßt. Es wird von der Leipziger Spielgemeinde Herbert Dost vorgetragen. Die Spielgemeinde ist eingegliedert in die Innere Mission der Landeskirche Sachsen. Es wird ein kurzes Vorspiel gegeben mit dem Inhalt, daß der Graf ein ehebrecherisches Verhältnis zu seiner Magd unterhält, welches der Gräfin nicht unbekannt blieb. Als der Graf ein Bad nimmt, verlangt er, wie üblich, ein Glas Wein, das ihm die Magd zu übergeben hat. Die Magd schüttet Gift in den Wein und läßt das Getränk dem Grafen durch die Gräfin zureichen. Unmittelbar darauf stirbt der Graf. Hiermit schließt das Vorspiel ab, und es erhebt sich nun das Problem, wie die Schuldfrage zu klären ist. Das Spiel endet damit, daß die beiden Frauen vor ein Gottesgericht gestellt werden und die Lösung der Schuldfrage durch ein inneres Wunder vor sich geht, das nicht nur damals geschehen ist, sondern auch noch heute geschieht.

Dieses Spiel wurde bereits in sehr vielen Orten der DDR, u. a. in Mecklenburg, und zwar in Ludwigslust und Bad Doberan, aufgeführt. Die Aufführung in Ludwigslust erfolgte am 27. Oktober 1957, unmittelbar nach der Aufführung im Wichernsaal in Schwerin anläßlich des dort stattfindenden Kreiskirchentages. Die Aufführungen wurden teilweise, so auch in Ludwigslust, in der Kirche vorgenommen. Die Aufführung wurde als Verkündigungsspiel bekanntgegeben.

Dieser Sachverhalt wurde in der heutigen Hauptverhandlung auf Grund der Einlassungen des Angeklagten, der Aussagen des Zeugen Pinnow und der Ausführung des Sachverständigen Strömer festgestellt.

Es war zu entscheiden, ob diese Veranstaltung als anmeldungspflichtig gilt oder gem. § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29. 3. 1951 nicht der Anmeldung unterliegt. Kirchliche Veranstaltungen sind entsprechend dem § 3 Abs. 2 der genannten Verordnung nicht anmeldungspflichtig, soweit sie in

kirkeneigenen Gebäuden oder in gemieteten Räumen stattfinden, die regelmäßig zu kirklichen Zwecken Verwendung finden. Weiter ist im Absatz 3 festgelegt, welche Veranstaltungen als kirklich anzusehen sind.

Hierunter fallen danach Veranstaltungen von Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, soweit sie der Gottesverehrung, der religiösen Erbauung und der religiösen Unterweisung dienen. Es besteht Klarheit darüber, daß es sich bei dem Stephanusstift in Schwerin um ein kirkeneigenes Gebäude handelt und somit die Voraussetzungen des § 3 der Verordnung erfüllt sind. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, handelt es sich bei dem Spiel, „Der Fischbecker Wandteppich“, um eine Veranstaltung, die der religiösen Erbauung dient. Erst durch den religiösen Charakter erhält das Stück seine Bedeutung und seinen besonderen Wert. Der Sachverständige legte dar, daß eine Aufführung des Spieles außerhalb des kirklichen Rahmens undenkbar ist, das in keiner Weise zur Unterhaltung dienen kann. Der Besucher muß mit innerer religiöser Überzeugung an die Beurteilung des Spieles herangehen, da es sonst für ihn wertlos ist. Demnach mußte festgestellt werden, daß es sich um ein Verkündigungsspiel handelt, das der religiösen Erbauung dient, und daher eine Gesetzesverletzung nach der Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen nicht vorliegt, wenn der Angeklagte eine Anmeldung beim zuständigen Volkspolizeikreisamt unterlassen hat. Die öffentliche Bekanntmachung der Veranstaltung und die Erhebung eines Eintrittsgeldes kann nicht als Beweis dafür gelten, daß es sich um eine anmeldepflichtige Kulturveranstaltung gehandelt hat. Hierbei sei noch erwähnt, daß zum Abschluß auch noch kollektiert wurde.

Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten freizusprechen, da eine Gesetzesverletzung nicht vorliege. Der Verteidiger des Angeklagten schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes an. Das Gericht erkannte entsprechend dem gestellten Antrag und hat den Angeklagten gemäß § 221 Ziffer 1 StPO freigesprochen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 355 StPO in Verbindung mit der Verordnung über die Kosten in Strafsachen vom 15. März 1956.

Ausgefertigt Schwerin, den 20. 12. 1957

Schmid Seezen Kletzin
Prubell, Kreisgericht Schwerin (Stadt)

KASSATION DES URTEILS

*des Kreisgerichts Schwerin vom 20. Dezember 1957 in der Angelegenheit
Pastor Rohrdantz; Anmeldepflicht von Veranstaltungen*

Wie seitens des Vertreters des Oberkirchenrats in Schwerin auf der erweiterten Referentenbesprechung in Berlin mitgeteilt wurde, ist die Entscheidung, die in der Frage der Anmeldepflicht von Veranstaltungen zugunsten Pastor Rohrdantz' vom Kreisgericht Schwerin am 20. Dezember 1957 gefällt worden ist, vom Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik im Wege der Kassation aufgehoben worden. Die Anklage war erhoben worden, weil eine Aufführung des Verkündigungsspiels „Der Fischbecker Wandteppich“ von Manfred Hausmann nicht polizeilich angemeldet worden war. Die Strafkammer des Kreises Schwerin hatte Landespastor Rohrdantz von der Anklage des Verstoßes gegen die Verordnung vom 29. März 1951 freigesprochen, da sie die Auffassung vertrat, daß die Aufführung der religiösen Erbauung diene.

Der entscheidende Absatz des Kassationsurteils des Obersten Gerichts, den wir Ihnen zu Ihrer Information mitteilen, lautet:

„Zu § 3 Abs. 3 a der Verordnung vom 29. März 1951 sind als Beispiele für kirkliche Veranstaltungen, die der religiösen Erbauung dienen, Mai- oder Rosenkranzandachten und Bibelstunden angeführt. Veranstaltungen dieser Art dienen der religiösen Erbauung unmittelbar durch Predigten, Gebet und Bibelerklärung. Daraus hätte das Kreisgericht

erkennen müssen, daß die Aufführung des Verkündigungsspiels „Der Fischbecker Wandteppich“ keine kirchliche Veranstaltung dieser Art darstellt und deshalb von der Anmeldepflicht nicht befreit ist. Veranstaltungen der in § 3 Abs. 3 a der Verordnung vom 29. März 1951 genannten Art wenden sich – wie der Kassationsantrag mit Recht hervorhebt – von vornherein nur an einen Personenkreis, der religiöse Erbauung sucht. Theateraufführungen sprechen über ein religiöse Erbauung suchendes Publikum hinaus ein Unterhaltung erwartendes Publikum an. Solche Veranstaltungen bezwecken religiöse Propaganda. Die Vorstellung, daß es sich um ein im wesentlichen der Unterhaltung dienendes Stück handelt, wird durch die Ankündigung unter einem religiös neutralen Titel und durch die Erhebung von Eintrittsgeld hervorgerufen. Die Veranstaltung war gemäß § 1 der Verordnung vom 29. März 1951 anmeldepflichtig, da sie weder eine kirchliche Veranstaltung noch eine Theateraufführung im Rahmen einer vom Ministerium für Volksbildung erteilten Konzession darstellt und daher keine der in § 3 der Verordnung vom 29. März 1951 vorgesehenen Ausnahme von der Anmeldepflicht vorliegt.“

Eine konsequente Durchführung der vom Obersten Gericht ausgesprochenen Auslegung der Verordnung von 1951 würde zum Beispiel die ganze Laienspielarbeit der Kirche gefährden, denn die Praxis lehrt, daß von den Polizeidienststellen Anmeldepflicht gleich Genehmigungspflicht verstanden wird. Neuerdings sind etwa auch Elternabende, in denen der Pfarrer über das Thema Konfirmation und Jugendweihe mit den Eltern seiner Konfirmanden spricht, anmeldepflichtig, da sie weder der Gottesverehrung noch der religiösen Erbauung noch der religiösen Unterweisung dienen.

Sehr einschneidend waren die Eingriffe des Staates in das *Leben der Jungen Gemeinde*, vor allem in ihre übergemeindlichen Veranstaltungen und in ihre Ferienarbeit. Der Leiter der Jugendkammer-Ost berichtet wie folgt (im Auszug):

BERICHT ÜBER DIE BEHINDERUNG DER KIRCHLICHEN JUGENDARBEIT IM SOMMER 1958

Die kirchliche Arbeit an den jungen Gliedern der Gemeinde hat durch staatliche Eingriffe während der Sommermonate eine erhebliche Störung und Behinderung erfahren. Dieses trifft besonders auf die Durchführung von Jugendrüstzeiten zu. Man kann im Durchschnitt damit rechnen, daß nur etwa 50% der Jugendrüsten wirklich zum Ziel gekommen sind. Dabei hat sich erwiesen, daß einige große Heime, wie Hirschluch (bei Storkow), Neudietendorf, Schloß Mansfeld, unbehelligt geblieben sind, während andere, wie Leipzig-Sehlis oder Mötzow bei Brandenburg, bis heute der Jugend verschlossen blieben. So stand alle kirchliche Jugendarbeit, die über die Einzelgemeinde hinausging – insbesondere während der großen Ferien –, unter einer großen Unsicherheit. Es war sehr schwer, eine Rüstzeit richtig zu planen und vorzubereiten. Es hat viel Enttäuschung bei den jungen Menschen gegeben, die lange darauf gespart und ihre Urlaubszeit danach eingerichtet hatten. Der Kostenaufwand war sehr hoch, zumal wir keine Fahrpreisermäßigung mehr erhielten, aber auch wegen notwendiger Verlegungen oder wegen des nutzlos ausgegebenen Fahrgeldes (oft über weite Strecken hin), wenn eine Rüstzeit nach 1–2 Tagen zwangsweise geschlossen wurde. Die Verbitterung, die durch diese staatlichen, nach unserem Empfinden willkürlichen und gegen das Recht verstoßenden Maßnahmen bei den jungen Menschen ausgelöst wurde, war sehr groß. Es war für sie enttäuschend, wie willkürlich geschriebenes Recht gehandhabt wurde. Andererseits ist aber auch viel tapferes Aushalten unter widrigsten Umständen und viel erfindungsreiche Improvisation zutage getreten.

Bei der Begründung für das Verbot von Jugendrüstzeiten griff man auf folgende Gesetze oder Anordnungen zurück:

1. Anordnung über die Gestaltung „froher Ferientage für alle Kinder im Jahre 1958“ vom 14. 5. 58 (G. Bl. I, Seite 401).

Es ist bekannt, daß diese Anordnung sich nur auf die grundschulpflichtigen Kinder erstreckt (§ 1, Ziffer 2). Dennoch ist sie willkürlich auf den Kreis der Jugendlichen unter und zum Teil auch über 18 angewandt worden.

2. Anordnung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vom 12. 2. 58 (G. Bl. Teil I, Seite 236).

3. Anordnung über die Einrichtung und Benutzung von Zeltplätzen, Wanderquartieren und Behelfsunterkünften vom 7. 6. 57.

Hierzu ist zu bemerken, daß wir unsere Rüstzeitenheime im Frühjahr termingerecht anzumelden pflegen, sowohl bei der Abteilung für Handel und Versorgung als auch bei der Hygiene-Inspektion.

4. Gelegentlich ist behauptet worden, daß seit Einführung der kommunalen Selbstverwaltung Übernachtung nur in solchen Räumen stattfinden dürfe, für die eine schriftliche Genehmigung nach den Bestimmungen für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe erteilt sei.

5. Es ist auch vorgekommen, daß plötzlich die Behauptung aufgestellt wurde, die Heimräume wären zweckentfremdet, ihre Einrichtung hätte gegen die Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes vom 22. 12. 55 verstoßen.

Die Behinderung der Rüstzeiten ist auf Beschlüsse der Räte der Bezirke zurückzuführen. Der Rat des Bezirks Neubrandenburg hat seinen Beschluß offiziell den in seinem Gebiet liegenden Landeskirchen mitgeteilt.

Im Laufe der Wochen wurden aber auch Beschlüsse des Rates des Bezirkes Leipzig, Rostock und Karl-Marx-Stadt bekannt.

Das Lebensalter der Jugendlichen spielte in der Regel eine Rolle. Am schärfsten war man in den Fällen, in denen es sich um Jungschar- oder Konfirmanden-Rüstzeiten handelte. Solche Rüstzeiten sind während der großen Ferien auch in den Bezirken verboten worden, in denen es im übrigen ruhig war. Am meisten hat es die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren betroffen. Man begründete das Verbot damit, daß sie entweder ober- oder berufsschulpflichtig seien. Aber auch Rüstzeiten mit Jugendlichen über 18 Jahre sind gelegentlich verboten worden mit der Begründung, daß die Teilnehmer sich noch im FDJ-Alter befänden (unter 25 Jahren). Stellenweise aber war das Verbot hinsichtlich des Lebensalters unbeschränkt. In einzelnen Orten erstreckte sich das Verbot nur auf die einzelne Rüstzeit; in anderen führte es zur Schließung und Versiegelung des Heims. Hier ist besonders Mecklenburg betroffen worden. Ich verweise auf die Berichte der einzelnen Landeskirchen. Eine schriftliche Verfügung mit Begründung ist nur in wenigen Ausnahmefällen gegeben worden.

Soweit bekannt geworden ist, sind während der Monate Juli und August 1958 im Bereich der Landeskirche Mecklenburg neun Rüstzeiten aufgelöst worden, zwanzig weitere konnten wegen Schließung der Heime nicht mehr durchgeführt werden. Die Kinderrüstzeiten waren schon vorher abgesetzt worden. In der Kirche von Pommern war es im Juli noch verhältnismäßig ruhig, im August kamen die Eingriffe in Zingst und in Lancken-Granitz sowie auf Hiddensee (letztere aber nur zum Teil), während die Rüstzeiten in Altfähr ungehindert geblieben sind.

In *Brandenburg* sind acht Rüstzeiten aufgelöst worden (darunter eine Kinderfreizeit). In der *Provinz Sachsen* sind es sechs Rüstzeiten. In der *Lutherischen Landeskirche Sachsens* wurden zwölf Rüstzeiten verboten. Eine erhebliche Zahl von weiteren geplanten Rüstzeiten konnte wegen Schließung der Heime nicht mehr stattfinden.

In *Thüringen* sind von 21 geplanten Rüstzeiten zwölf unbehindert durchgeführt worden. Schriftlich verboten wurden fünf Rüstzeiten in Saalburg (ich glaube, es waren Kinderrüstzeiten). Aufgelöst eine, behindert, aber durchgeführt zwei, verlegt eine.

In *Anhalt* sind sämtliche fünf Rüstzeiten ungehindert durchgeführt worden. Es ist

lediglich eine Singerüstzeit für Kinder aufgelöst worden. Aus der Kirche von *Schlesien* liegt ein Bericht nicht vor. Dort ist eine Kinderfreizeit der landeskirchlichen Gemeinschaft in Oybin aufgelöst worden. Weitere schwerwiegende Behinderungen sind wohl nicht vorgekommen.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß die Kreisjugendtage, die schon in den letzten Jahren oft mit Verboten bedroht worden sind, unter der uns schon bekannten Behauptung, daß übergemeindliche Zusammenkünfte der Jungen Gemeinde im Einvernehmen mit der Kirche nicht stattfinden sollten. In der Regel sind die Jugendtage entgegen dem Verbot durchgeführt und dann auch nicht behindert worden, außer daß die eingesetzten Omnibusse nicht fahren durften.

Ferner möchte ich noch erwähnen, daß die geplanten ökumenischen Sommerarbeitslager ihren ökumenischen Charakter dadurch nicht erhalten konnten, daß die westdeutschen und ausländischen Teilnehmer keine Aufenthaltsgenehmigung in der DDR erhalten haben. Auch im Demokratischen Sektor von Berlin ist gegenüber den Vorjahren eine Verschärfung eingetreten. Während im vorigen Sommer die westdeutschen und ausländischen Gäste bevorzugt behandelt wurden, hat man in diesem Jahr solchen Teilnehmern ebenfalls die Aufenthaltsgenehmigung verweigert.

An dem Bauobjekt, einem Parkgelände für alte und blinde Menschen in Berlin-Weißensee, konnten also nur Jugendliche aus der DDR arbeiten; die übrigen mußten in Westberlin Wohnung nehmen und dort eine Arbeit verrichten und konnten sich lediglich des Abends hin und her treffen. Ost-West-Begegnungen christlicher Jugend sind nur noch ganz vereinzelt möglich gewesen. Dieser Zweig kirchlicher Arbeit ist so gut wie ganz zum Erliegen gekommen.

Es seien weiter festgehalten:

- a) Beschluß des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt;
- b) Beschluß des Rates des Bezirkes Leipzig;
- c) Beschluß des Rates des Bezirkes Rostock;
- d) der Bericht eines Pfarrers aus Mecklenburg über die kleinlichen Schikanen, die übergemeindlichen Veranstaltungen der Jungen Gemeinde bezeugen.

BESCHLUSS DES RATES DES BEZIRKS KARL-MARX-STADT VOM 24. 7. 1957

Der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt beschließt zum Schutze der schulpflichtigen Kinder des Bezirkes Karl-Marx-Stadt und zur Gewährleistung der Erholung der Kinder während der Ferien:

- a) Sämtliche von den Religionsgemeinschaften in dem Bezirk Karl-Marx-Stadt eingerichteten Ferienlager sind mit sofortiger Wirkung aufzulösen, die Vorbereitungsarbeiten für weitere solche Ferienlager sind einzustellen.
- b) Das gleiche gilt für die für schulpflichtige Kinder eingerichteten sogenannten Rüstzeitenlager oder Veranstaltungen gleichen Charakters mit anderer Bezeichnung.
- c) Die Punkte a) und b) dieses Beschlusses sind durch die Vorsitzenden der Räte der Kreise den betreffenden Religionsgemeinschaften zu eröffnen.
- d) Der Beschluß ist dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Volksbildung mit dem Vorschlag zu übermitteln, für die Zukunft eine republikeinheitliche Regelung vorzubereiten.

Begründung

„Eine gebildete, körperlich gesunde, kräftige, in ihren Auffassungen und ihrem Streben fortschrittliche Jugend sichert ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine demokratische Erziehung und Entwicklung der

deutschen Jugend geschaffen.“ Diese Feststellungen des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung vom 8. 2. 1950 (GBl. 1950, S. 95), eines Gesetzes, das speziell zur Förderung der Jugend geschaffen wurde, hat in einer ganzen Reihe von Maßnahmen unseres Staates ihren Ausdruck gefunden.

Unser Staat erwartet von der schulpflichtigen Jugend große Leistungen, er erwartet vor allem, daß sie ihre gesamte Kraft dafür verwendet, sich ein Wissen anzueignen, das sie einmal befähigt, das begonnene Werk des Aufbaues des Sozialismus weiterzuführen. Die Deutsche Demokratische Republik garantiert der Jugend andererseits aber auch entsprechende Möglichkeiten zur Erholung und Entspannung von der Lernarbeit.

Das gilt insbesondere für die staatlich gelenkten und geleiteten Maßnahmen während der Ferienzeit.

Kinderferienlager der Pionierorganisation und der sozialistischen Betriebe und die Ferienspiele sind heute aus dem Leben unserer Kinder nicht mehr wegzudenken.

Der Erfolg der Ferienaktion kann jedoch nur dann gewährleistet werden, wenn eine sorgfältige Organisation die erforderlichen Voraussetzungen schafft. Die Maßnahmen der organisatorischen Vorbereitung haben in einer besonderen gesetzlichen Bestimmung der Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. 3. 1957 (GBl. 1957, Teil I, S. 181) ihren Niederschlag gefunden. Nach § 6 (6) dieser Anordnung müssen zum Beispiel alle Transporte bis zum 1. April jedes Jahres bei der Deutschen Reichsbahn angemeldet werden. Ähnliches gilt für die Planung der Versorgung der Kinderferienlager, zu deren Zweck die erforderlichen Lebensmittelmengen bis zum 5. Mai anzumelden sind (§ 6 b (3) der Anordnung). Von besonderer Bedeutung ist die hygienische Betreuung der Kinder. Nur durch eine sorgfältige Beachtung der ergangenen Gesundheitsrichtlinien vom 8. 3. 1955 (Sonderdruck Nr. 73) kann die hygienische Betreuung in jeder Hinsicht gewährleistet werden.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt mußte in letzter Zeit festgestellt werden, daß Organisationen, die in der Anordnung über die Durchführung der Kinderferienaktion vom 4. 3. 1957 nicht genannt sind, Kinderferienlager durchführen, ohne die erwähnten Grundsätze zu beachten. Das gilt im besonderen Maße für einige von den Religionsgemeinschaften organisierte Ferienlager. Solche Lager befinden sich zum Beispiel in Röhrsdorf (Kreis Karl-Marx-Stadt), in Rebesgrün (Kreis Auerbach) und in Dorfchemnitz (Kreis Brand-Erbisdorf). Diese Lager wurden weder der Abteilung Handel und Versorgung der betreffenden Kreise noch dem Leiter der Hygieneinspektion oder dem Brandschutzbeauftragten gemeldet, so daß von keinem der zuständigen staatlichen Organe die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden konnten.

Ein solcher Zustand ist nicht tragbar. Dadurch, daß den örtlichen Organen des Staates nicht einmal bekannt ist, wo, zu welcher Zeit und mit welcher Belegungsstärke solche Ferienlager von den Religionsgemeinschaften durchgeführt werden, ist die Gefährdung der dort untergebrachten Kinder zu befürchten. Es erfolgt in keinem der Fälle eine regelmäßige gesundheitliche Betreuung, obwohl erfahrungsgemäß in einem Kinderferienlager auftretende ansteckende Krankheiten erhebliche Folgen haben können. Zum Schutze unserer Kinder ist es deshalb schon aus diesem Grunde geboten, von seiten des Rates des Bezirkes Maßnahmen zu treffen, die eine weitere Durchführung solcher Kinderferienlager unterbinden, zumal entsprechende Vorstellungen unter Hinweis auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen bisher bei den Organisationen nicht fruchten. So beantwortete das Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsen zum Beispiel ein Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes mit der abschließenden Bemerkung: „Wir sehen uns daher außerstande, die Vorbereitungen zu solchen Rüstzeiten einzustellen bzw. bereits laufende Veranstaltungen aufzulösen. Vielmehr werden wir Anweisung geben, die betreffenden Veranstaltungen plangemäß durchzuführen.“

Bemerkenswert ist an dem erwähnten Schreiben vom 18. 7. 1957 noch, daß die Kir-

chenleitung bestreitet, Ferienlager durchzuführen, und feststellt, es handele sich bei den beanstandeten Veranstaltungen um sogenannte Rüstzeiten. Letzten Endes bleibt es sich aber gleich, welche Bezeichnung geführt wird. Fest steht, daß Kinder über mehrere Tage bzw. Wochen in Lagern zusammenkommen, ohne daß, wie bereits festgestellt, die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Hinzu kommt, daß Rüstzeiten – vorausgesetzt, daß es sich überhaupt um solche handelt – keinesfalls mit dem Zweck der Schulferien in Übereinstimmung zu bringen sind. Die Schulferien sollen dazu dienen, den Kindern entsprechende Entspannung von der geistigen Arbeit zu gewähren. Die Rüstzeiten sind aber vor allem Unterricht, und ihre Durchführung während der Schulferien ist schon aus diesem Grunde zu verwerfen.

BESCHLUSS DES RATES DES BEZIRKES LEIPZIG VOM 13. 6. 1958

über die einheitliche Erziehung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen in der Ferien- und Freizeitgestaltung im Bezirk Leipzig

Seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik führt unser Staat einen konsequenten Kampf, um die in der Verfassung garantierten Grundrechte der jungen Generation durch entsprechende Gesetze allseitig durchzusetzen.

Das seit 1950 bestehende Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung und die dazu erlassenen Anordnungen waren wichtige Voraussetzungen für die Heranbildung einer körperlich gesunden sowie geistig und moralisch fortschrittlich entwickelten jungen Generation, die aktiven Anteil am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nimmt.

Die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben des ersten Fünfjahresplanes stärkte die sozialistische Wirtschaft und festigte den ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Unaufhaltsam schreitet der sozialistische Aufbau vorwärts und nimmt tiefen Einfluß auf die Gestaltung des Lebens der Jugend. Mit diesen Erfolgen in der sozialistischen Wirtschaft und mit der Stärkung der Proletarischen Staatsmacht muß die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Jugend weitestgehend übereinstimmen.

Dieser einheitliche Erziehungsprozeß wurde besonders in den letzten Jahren durch reaktionäre Kreise bestimmter Religionsgemeinschaften durchbrochen, indem sie mit Kindern und Jugendlichen in der Freizeit und in den Ferien Lager und andere Veranstaltungen, die nicht im Rahmen der Ausübung ihrer religiösen Handlungen liegen, durchführen.

Die Durchsetzung der sozialistischen Erziehungsprinzipien unter unseren Kindern und der Jugend während der gesamten Ferien und Freizeitgestaltung ist ausschließlich die Aufgabe der Organe unseres Arbeiter- und Bauernstaates.

In der Durchführung der notwendigen Maßnahmen arbeiten die Staatsorgane eng mit den demokratischen Massenorganisationen wie FDJ, Pionierorganisation, FDGB, DTSB, DFD und GST zusammen.

Der Rat des Bezirkes Leipzig beschließt entsprechend der Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder vom 14. 5. 1958, § 2 Abs. 3 und seiner Verantwortung bei der sozialistischen Erziehung unserer Jugend folgendes:

1. a) Ferienlager für Kinder und Jugendliche, die von Religionsgemeinschaften des Bezirkes Leipzig eingerichtet und durchgeführt werden, sind verboten.

b) Alle Vorbereitungen dazu sind sofort einzustellen.

2. Allen Religionsgemeinschaften des Bezirkes Leipzig wird untersagt, in der gesamten Ferien- und Freizeit mit den Kindern und Jugendlichen Veranstaltungen durchzuführen. Das betrifft auch die sogenannten Rüstzeiten oder Veranstaltungen gleichen Charakters mit anderer Bezeichnung.

3. Die Vorsitzenden der Räte der Kreise werden beauftragt, diesen Beschluß den Religionsgemeinschaften zu übermitteln.

4. Die Abteilung – Inneres – des Rates des Bezirkes wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Volksbildung die Kontrolle des Beschlusses zu sichern.

BESCHLUSS DES RATES DES BEZIRKES ROSTOCK

zur Gewährleistung der sozialistischen Erziehung in der Kinderferiengestaltung

Auf der Grundlage der „Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder“ vom 4. März 1957 beschließt der Rat:

1. Alle Ferienlager, die nicht den Grundsätzen und Erziehungsprinzipien der „Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder“ vom 4. März 1957 entsprechen, sind im Bezirk Rostock nicht gestattet. Das gleiche gilt auch für sogenannte Rüstzeiten oder unter andern Bezeichnungen laufende Veranstaltungen von Religionsgemeinschaften mit dem Charakter von Ferienlagern, Wandergruppen und Zeltlagern.

2. Die Vorsitzenden der Räte der Kreise und Städte und die Bürgermeister der Gemeinden unseres Bezirkes werden beauftragt, zur Durchsetzung der sozialistischen Erziehungsziele und zur Gewährleistung einer sinnvollen Erholung der Kinder alle im jeweiligen Bereich eingerichteten Kinderferienlager sofort aufzulösen, wenn die in Punkt 1 genannte Durchführung nicht gewährleistet ist.

3. Die Vorsitzenden der Räte der Kreise und Städte und die Bürgermeister informieren alle verantwortlichen staatlichen Stellen in ihrem Bereich von diesem Beschluß.

4. Die Bürgermeister kontrollieren unverzüglich die Verwirklichung der Anordnung über Kinderferiengestaltung vom 4. März 1957, insbesondere die Bildung und Tätigkeit ihres Gemeindefarbeitsausschusses.

5. a) Das Einrichten von Behelfsunterkünften ohne Genehmigung wird gemäß der §§ 4 und 6 der Anordnung über die Errichtung und Benutzung von Zeltplätzen, Wanderquartieren und Behelfsunterkünften vom 7. Mai 1957, Gesetzblatt Teil I, Seite 295, mit einer Ordnungsstrafe bis zu DM 150,- belegt.

b) Das Zelten außerhalb der Plätze, die der Rat der Gemeinde bestimmt hat, wird gemäß der §§ 2 und 6 der „Anordnung zur Regelung des Urlaubsverkehrs während der Badesaison“ vom 7. Februar 1956, Gesetzblatt Teil I, Seite 181, mit einer Ordnungsstrafe bis zu DM 200,- belegt.

Verantwortlich: Die Vorsitzenden der Räte der Kreise und Städte.

Kontrolle: Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes.

Rostock, den 2. Mai 1958

Schröder, Sekretär des Rates des Bezirkes
Kotzian, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes

BERICHT EINES PFARRERS AUS MECKLENBURG

über die kleinlichen Schikanen, die übergemeindlichen Veranstaltungen der Jungen Gemeinde begegnen

Für den Sonntag, den 15. Juni, hatte ich für meine Junge Gemeinde eine Fahrt zum Jugendsonntag in Güstrow geplant. Zu diesem Zwecke hatte ich einen Omnibus vom Kraftverkehr VEB Strelitz bestellt, der mir ohne Einwendung zugesagt wurde. Der Omnibus fuhr am 15. 6. um 5.40 Uhr aus Strelitz, nachdem er dort drei Glieder der Jungen Gemeinde aufgenommen hatte, in Wesenberg stiegen elf Jugendliche, in Mirow zehn und in Röbel nochmals fünfzehn Jugendliche zu. Kurz hinter Röbel wurde der

Bus von zwei Beamten der V. P. angehalten und nach dem Ziel der Fahrt befragt. Auf die Auskunft, man wolle nach Güstrow zum Jugendsonntag, erklärten die Beamten dem Fahrer, er müsse dazu einen Fahrtausweis haben. Auf die Erklärung des Fahrers, seit wann eine solche Bestimmung bestehe, antworteten die Beamten, diese Anordnung sei in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag herausgekommen. Die Weiterfahrt sei nicht gestattet. Der Omnibus kehrte dann um, und es wurde versucht, bei der Polizeidienststelle in Röbel eine Genehmigung der Fahrt zu erwirken. Da sich diese Stelle für unzuständig erklärte, fuhr der Bus nach Strelitz zurück, und der Fahrer versuchte bei einem Betrieb in Strelitz den Fahrtausweis zu bekommen. Der stellvertretende Betriebsleiter, dem von einer Bestimmung über einen Fahrtausweis nichts bekannt war, behauptete, er könne diese Fahrtgenehmigung nicht geben. Der Fahrer solle nach Strelitz fahren und sich bei dem Leiter des VEB Kraftverkehr eine entsprechende Bescheinigung holen. Der Fahrer des Busses fuhr nun mit dem Omnibus und seiner vollen Besetzung nach Neustrelitz und suchte dort etwa eineinhalb Stunden lang den Betriebsleiter, aber ohne Erfolg. Da an eine Durchführung der Fahrt bei dieser Sachlage nicht zu denken war, beförderte der Omnibus die Teilnehmer der Fahrt wieder an ihre Wohnorte, so daß alle um Mittag wieder zu Hause waren.

Die Kirchen haben in diesem Vorgehen staatlicher Stellen gegen ihre Jungen Gemeinden einen Eingriff in das innere Leben der Kirche selbst gesehen und immer wieder gerade um dieser Fragen willen um Verhandlungen mit staatlichen Stellen nachgesucht, leider ohne Erfolg. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß 1959 diese Arbeit unserer Kirche noch größeren Einschränkungen unterliegen wird.

Von noch größerem Gewicht sind die Auswirkungen des sogenannten „*Lange-Erlasses*“. Er sei zunächst festgehalten:

ABSCHRIFT AUS DEM GESETZBLATT DER DDR
TEIL I NR. 18 VOM 19. MÄRZ 1958 S. 236

*Anordnung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit
im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen
Vom 12. Februar 1958*

Die Schulen in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Aufgabe, alle Kinder und Jugendlichen zu bewußten Bürgern der Republik zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu schaffen, das unsere Jugendlichen zu großen Leistungen, vor allem in der Produktion befähigt. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert große Anstrengungen von Lehrern, Erziehern und Schülern. Daraus ergibt sich für die Organe der Volksbildung, für die Lehrer und Eltern die Verpflichtung, Vorsorge für einen kontinuierlichen Unterrichtsablauf zu treffen und die Gesundheit der Schüler nicht durch Überlastung zu gefährden. Eine Voraussetzung dafür ist die Gewährleistung von Ordnung und Stetigkeit im Bildungs- und Erziehungsprozeß der Schule. Daher wird für die allgemeinbildenden Schulen folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Die Organe für Volksbildung werden beauftragt, Maßnahmen zu treffen, um die übermäßige außerschulische Beanspruchung der Schüler zu beseitigen.

(2) Alle außerschulische Beanspruchung der Schüler kann erst nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichts und anderer verbindlicher Veranstaltungen der Schule erfolgen; dazwischen muß eine angemessene Pause liegen, in der sich die Kinder körperlich und geistig erholen können. Alle außerunterrichtlichen Veranstaltungen können erst

stattfinden, wenn zwischen diesen und der Beendigung des lehrplanmäßigen Unterrichts eine Pause von mindestens zwei Stunden eingeschaltet wird.

(3) Soweit sich für die Tätigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und für die Arbeitsgemeinschaften der Schule besondere Regelungen erforderlich machen, werden diese von den Leitern der Schulen getroffen.

(4) Bei Schichtunterricht ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

(1) Um die Ordnung im Schulhaus und auf dem Schulgrundstück sowie auf dem Straßenabschnitt vor der Schule zu sichern und um Verkehrsunfällen vor den Schulen vorzubeugen, führt der Lehrer seine Klasse nach der letzten Unterrichtsstunde durch das Schulhaus zum Schultor. Vor dem Betreten der Straße ermahnt er die Kinder nochmals zur Vorsicht.

(2) Im Sinne der Dienstordnung für Leiter und Lehrer der allgemeinbildenden Schulen gilt der Straßenabschnitt vor der Schule als Teil des Schulgrundstücks.

§ 3

(1) Alle Personen, die Schüler außerschulisch oder sonst außerhalb des Schulunterrichtes unterweisen oder erziehen, müssen für diese verantwortliche Aufgabe geeignet sein. Sie müssen in ihrem Verhalten positiv zum Staat der Arbeiter und Bauern stehen. Über die Zulassung dieser Personen – soweit es sich nicht um staatlich angestellte Lehrer oder Erzieher handelt – entscheidet der Leiter der Schule. Die Zulassung ist nur Staatsangehörigen der Deutschen Demokratischen Republik zu erteilen.

(2) Wer zugelassen wird, erhält einen Ausweis, dessen Gültigkeitsdauer vierteljährlich durch den Leiter der Schule zu verlängern ist. Die Zulassung kann jederzeit widerrufen werden.

§ 4

Alle außerschulischen und sonstigen außerunterrichtlichen Veranstaltungen dürfen nur an den vom Leiter der Schule dafür zugelassenen Orten stattfinden. Soweit für solche Veranstaltungen Schulräume benutzt und umgestaltet werden sollen, bedarf es dafür der Genehmigung des Leiters der Schule.

§ 5

In der Schule und ihren Einrichtungen darf nicht für die Teilnahme an religiösen Unterweisungen geworben werden. Soweit gemäß § 1 Räume für religiöse Unterweisungen von Schülern zur Verfügung gestellt werden, darf das nur spätestens bis zum Ablauf ihrer Grundschulpflicht geschehen.

§ 6

Der Leiter der Schule ist verpflichtet, für die strikte Einhaltung dieser Anordnung zu sorgen und zu diesem Zwecke alle außerschulischen und sonstigen außerunterrichtlichen Veranstaltungen nach Form und Inhalt zu prüfen sowie die Tätigkeit der damit betrauten Personen zu kontrollieren.

§ 7

(1) Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten entgegenstehende landesrechtliche Regelungen und die Richtlinien über die Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der allgemeinbildenden Schulen (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung Nr. 21/53, S. 153) außer Kraft.

Berlin, den 12. Februar 1958

Der Minister für Volksbildung
F. Lange

Der in § 3 Abs. 2 vorgeschriebene Ausweis hat folgende Form:

AUSWEIS NR. 2

Schwester Christa Meller, wohnhaft Betten/Pfarrhaus

ist unter Beachtung der Anordnung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vom 12. 2. 58 (GBl. Teil I, Nr. 18 vom 19. 3. 1958, Seite 236) berechtigt, die Schüler der 1.-4. Klasse der Grundschule außerschulisch oder sonst außerhalb des Schulunterrichts zu unterweisen bzw. zu erziehen.

Siegel:

Grundschule Tanneberg
Kreis Finsterwalde

W. Schlegel
Schulleiter der Grundschule

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Anordnung vor allem gegen die Christenlehre der Kirchen gerichtet ist. Erklärungen staatlicher Stellen, die Anordnung sei notwendig, da der Staat auch über den außerschulischen Unterricht ein gewisses Aufsichtsrecht ausüben müsse, die Anordnung umfasse alle Arten dieses Unterrichts, vermögen nicht zu überzeugen; es ist zum Beispiel nie etwas davon bekanntgeworden, daß auf Grund dieser Anordnung etwa der Privatunterricht und die privaten Musiklehrer und -lehrerinnen kontrolliert und beaufsichtigt würden. Dagegen sind gerade auf Grund dieser Anordnung Eingriffe in die Christenlehre in steigendem Maße festzustellen. Zwei wesentliche Punkte sind als besonders beschwerend festzuhalten: Einmal die Zwei-Stunden-Pause und dann der Ausweis. Es bedarf wohl keiner großen Phantasie, um sich den Irrsinn der Zwei-Stunden-Pause etwa in Landgemeinden, wo die Kinder teilweise doch einen sehr weiten Schulweg haben, vorzustellen. Angeblich um der Gesundheit der Kinder willen wird jetzt ihnen, wenn sie an der Christenlehre teilnehmen wollen und darum den Weg zur Schule zweimal machen müssen, eine zusätzliche körperliche Anstrengung zugemutet, die allerdings als gesundheitsschädigend zu bezeichnen ist. Alle Vorstellungen kirchlicher Stellen haben keine Änderung dieser Bestimmung erreichen können; dabei ist zu beachten, daß diese Zwei-Stunden-Pause auch dann gelten soll, wenn der kirchliche Unterricht in kircheneigenen Räumen gehalten wird.

Auch die zweite Bestimmung, der Ausweis der Schule für alle Katecheten, ist sehr beschwerend. Theoretisch gesteht die Anordnung dem Direktor einer Schule das Aufsichtsrecht über allen christlichen Unterricht, auch in kircheneigenen Räumen, zu. Verschiedentlich haben auch Schulleiter diesen Anspruch geltend gemacht und etwa den Konfirmandenunterricht des Pastors kontrollieren wollen. Hier ist nun allerdings von staatlicher Seite, wahrscheinlich durch innerdienstliche Anweisung, gestoppt worden. Der Ausweis kommt zur Zeit nur noch für katechetische Kräfte, die in Schulräumen unterrichten müssen, in Frage. Aber auch da haben sehr viele Katecheten Bedenken, um einen solchen Ausweis bei der Schulleitung einzukommen. Dieser Ausweis ist eben doch mehr als ein bloßer Passierschein. Er konstituiert eine „weltliche Schulaufsicht“ über den kirchlichen Unterricht. Die Folge der Ablehnung vieler Katecheten, sich einen solchen Schein geben zu lassen, ist jedoch, daß ihnen dann der Zutritt zu den Schulen verweigert wird. Das hat dazu geführt, daß überall da, wo keine kircheneigenen

Räume für den Unterricht vorhanden sind, die Christenlehre sehr erschwert ist. Privatpersonen, die etwa ihre Wohnung für den kirchlichen Unterricht zur Verfügung stellen möchten, müssen mit Verboten und Strafen rechnen.

Die Kirchenkanzlei – Berliner Stelle – hat schon bald Einspruch gegen die neue Erschwernis der Christenlehre durch den „Lange-Erlass“ erhoben:

Evangelische Kirche in Deutschland
Kirchenkanzlei – Berliner Stelle

Berlin C 2, den 19. April 1958

Im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I Nr. 18 vom 19. März 1958, Seite 236, ist eine Anordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 12. 2. 1958 veröffentlicht, die zu bedenklichen Konflikten zwischen Staat und Kirche Anlaß geben könnte.

In dieser Anordnung werden die Richtlinien über die Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der allgemein-bildenden Schulen vom 31. Oktober 1953 aufgehoben. Diese Richtlinien von 1953 sind damals nach längeren Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates und Vertretern der Kirche im beiderseitigen Einvernehmen erlassen worden, um die Bestimmungen des Artikels 44 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu verwirklichen und etwaige Unklarheiten in der Handhabung dieses Artikels zu beseitigen. Wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß diese Richtlinien ohne Verständigung des anderen Partners von seiten des Staates einseitig aufgehoben werden.

Wir bedauern die Anordnung vom 12. 2. 58 um so mehr, als sie so verstanden werden kann, als ob dadurch die Verfassung in wesentlichen Artikeln aufgehoben sei und dabei Rechte, die der Kirche verfassungsmäßig garantiert sind, in Mitleidenschaft gezogen wären.

Nach Artikel 43 Abs. 2 der Verfassung regelt die Kirche ihre Angelegenheiten selbst. Nach Artikel 44 wird der Religionsunterricht von den durch die Kirche ausgewählten Kräften erteilt. Nach Artikel 44 darf außerdem niemand gezwungen oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Somit schließt die Verfassung eine besondere Zulassung der Lehrkräfte und eine Kontrolle des kirchlichen Unterrichts nach Form und Inhalt durch den Schulleiter von vornherein aus.

Damit würde auch der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche verletzt werden. Ebensowenig, wie wir die Zeiten einer kirchlichen Schulaufsicht zurückwünschen, können wir der Aufsicht der staatlichen Schulen über den kirchlichen Unterricht zustimmen.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Anordnung vom 12. 2. 1958 insoweit auf die kirchliche Unterweisung keine Anwendung finden kann. Um drohende Konflikte zu vermeiden, bitten wir vorsorglich, durch eine eindeutige Erklärung in dieser Richtung von vornherein etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen.

i. V. Dr. Grauheding

Der „Lange-Erlass“ hat schon in den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche vor dem 21. Juli eine große Rolle gespielt. Eine befriedigende Lösung konnte nicht gefunden werden. Es hat am 8. Oktober 1958 eine Verhandlung zwischen Vertretern der Kirche und dem damaligen Volksbildungsminister Lange stattgefunden. Auch sie hat in keiner Weise befriedigen können. Die Kirche kann sich nicht damit zufriedengeben, daß ihr erklärt wird, bestimmte Paragraphen dieser Anordnung würden zur Zeit nicht angewandt. Sie muß vielmehr fordern, daß die Anordnung im ganzen zurückgezogen bzw. durch eine Ausführungsbestimmung so festgelegt wird, daß das der Kirche durch Verfassung garantierte

Recht der religiösen Unterweisung der Kinder, die zu ihr gehören, gewährleistet bleibt.

Die Christenlehre in der DDR befindet sich zur Zeit in einer ausgesprochenen Krise. Sie muß nach neuen Wegen suchen, um all der Schwierigkeiten, die ihr gemacht werden, Herr zu werden. Die Propaganda gegen die kirchliche Unterweisung, die in dem Kampf um die Jugendweihe dann ihren Höhepunkt findet – siehe unten –, hat zu einer starken Abwanderung der Jugend aus der Christenlehre geführt. Teilweise werden die Eltern schon bei der Einschulung ihrer Kinder dringend aufgefordert, ihre Kinder nicht „dem schädlichen Einfluß der Kirche“ auszusetzen. Der Rückgang der Christenlehre-Kinder namentlich in den ersten Klassen ist beängstigend. Die Tatsache, daß einmal von der Kirche 75–80% aller Kinder in der Christenlehre erfaßt wurden, erscheint nun noch wie ein Märchen aus grauer Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang sei auch einmal kurz hingewiesen auf die inneren Nöte *junger Christen an den Universitäten und Hochschulen der DDR*, hervorgerufen besonders durch die Immatrikulationsverpflichtungen. Schon die 1957 verlangte Immatrikulationsverpflichtung hatte die Studenten in schwere innere Konflikte gebracht. Von den theologischen Fakultäten war damals eine Zusatz-erklärung erarbeitet, die von den Theologiestudenten zusammen mit der Immatrikulationsverpflichtung abgegeben wurde. Sie hatte folgenden Wortlaut:

In der dankbaren Bejahung ihrer Mitverantwortung an einer Universität der Deutschen Demokratischen Republik will die Theologische Fakultät ihre Studenten der allgemeinen Verpflichtung, die den Neuimmatrikulierten aller Fakultäten auferlegt wird, nicht entziehen.

Im Blick auf die mit der Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung übernommene Verantwortung geht die Theologische Fakultät von der Voraussetzung aus, daß die Bindung der Theologen an das jeden Christen im Glaubensgehorsam verpflichtende Evangelium von Jesus Christus in Kraft bleibt.

Im Februar 1958 wurde zusätzlich von den Fakultäten noch eine „Wegweisung“ oder „Erklärung“ herausgegeben, maßgeblich von Prof. D. Vogel erarbeitet, mit folgendem Wortlaut:

„WEGWEISUNG“

...

Die Nöte, Gefahren und Versuchungen, die mit der Trennung unseres Vaterlandes in zwei Staatsbereiche gegeben sind, sowie die besonderen Probleme, die für den Christen in der Entscheidung zwischen seinem christlichen Glauben und einer atheistischen Weltanschauung erwachsen, veranlassen uns als theologische Lehrer an der Humboldt-Universität Berlin, unseren Studenten eine Wegweisung zu geben, die ihnen helfen soll, sich in ihrem Studium so zu verhalten, wie es sich für einen an Gottes Wort gebundenen Christen geziemt.

1. Der Student der Theologie wird sich in dankbarer Verantwortung des Vorzugs bewußt sein, der ihm durch das in allen seinen Schichten arbeitende Volk damit gewährt ist, daß er studieren darf.

2. Er wird die Verfassung und Ordnung seiner Universität wahren und seinen Lehrern mit Achtung und Vertrauen begegnen in der Bereitschaft, sich von ihnen auf seinem Studienweg helfen zu lassen.

3. Er wird die von Erkenntnis zu Erkenntnis fortschreitende Forschung bejahen und allein die Wahrheit über sie Herr sein lassen.

4. Er wird die ihm gegebene Studienzeit gewissenhaft nützen und sich in der Absage an jede individualistische Isolierung innerhalb des gesamten Organismus seiner Universität zu der Gemeinschaft derer bekennen, die sich mit ihm zu demselben Amt und Dienst zurüsten lassen wollen.

5. Er wird, wo er zum Dienst an irgendeinem Notstand gerufen ist, seine Zeit und Kraft freudig zur Verfügung stellen.

6. Er wird seine staatliche Obrigkeit, die Regierung der DDR, im Glauben an Gottes Wort unter Gottes gnädiger Anordnung sehen, ihre Gesetze respektieren und ihr in ethischer Mitverantwortung als Christ helfen, wo nur immer es das wahre Wohl des Menschen gilt.

7. Er wird sich für eine bessere Gestaltung der menschlichen Gesellschaft in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit an seinem Teil mit einsetzen.

8. Er wird sich als Christ für die Erhaltung des Friedens in der Welt und zu der radikalen Achtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel bekennen und für die Wiedervereinigung unseres Volkes eintreten.

9. Er wird den Versuchungen, die mit der notvollen Trennung unseres Vaterlandes zumal an der Grenze von Ost und West gegeben sind, wachsam widerstehen.

10. Insbesondere wird er sich unter keinen Umständen einer Spionage- oder Agentenorganisation, sei es direkt oder indirekt, zur Verfügung stellen.

11. Ebenso wird er die Wirtschaftsvorschriften seines Staates respektieren und sich überhaupt vor allem hüten, was eine Schädigung der wirtschaftlichen Wohlfahrt seines Landes bedeuten könnte.

12. In all dem wird der an Gottes Wort gebundene Student der Theologie ernstlich versuchen, dem Staate zu geben, was des Staates ist, und Gott, was Gottes ist.

...

Aber die Kirche macht nicht den Unterschied zwischen Theologe und Nichttheologe, sondern höchstens zwischen Christ und Nichtchrist, so konnte sie kein gutes Gewissen dabei haben, nur den Theologiestudenten eine Hilfe zu geben. Im Jahre 1958 ist den Neuimmatrikulierten – von dem Plan, diese Erklärung von allen Studenten unterschreiben zu lassen, ist man anscheinend abgekommen – eine noch viel weitergehende Verpflichtung abverlangt worden. Sie sei hier einmal festgehalten:

VERPFLICHTUNG

Mein Studium ist eine Auszeichnung durch unseren Arbeiter- und Bauernstaat. Damit übernehme ich die Verpflichtung, jederzeit die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aktiv zu unterstützen und mir in der Grundlage des dialektischen Materialismus Kenntnisse anzueignen, mit denen ich nach Beendigung meines Studiums der Erhaltung und der Festigung des Friedens dienen will (die ich nach Beendigung meines Studiums unserem Arbeiter- und Bauernstaat für den weiteren sozialistischen Aufbau zur Verfügung stelle).

Während meines Studiums werde ich am sozialistischen Aufbau in Industrie und Landwirtschaft tatkräftig mitwirken und bin bereit, die sozialistischen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates gegen alle Angriffe zu verteidigen (zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen).

Ich werde Verfassung, Gesetze und Anordnungen unseres Staates, das Statut meiner Hochschule und die Studienordnung gewissenhaft einhalten und meine daraus erwachsenden Pflichten treu erfüllen. Ich verpflichte mich, nach dem Studium entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen über den Einsatz der Hochschulabsolventen drei Jahre an der Stelle tätig zu sein, wo mich die Organe unseres Arbeiter- und Bauernstaates gemäß den Erfordernissen aus dem sozialistischen Aufbau einsetzen.

Für Theologen fand man eine abgemilderte Form:

VERPFLICHTUNG (FÜR THEOLOGEN)

Mein Studium ist eine Auszeichnung durch unseren Arbeiter- und Bauernstaat. Damit übernehme ich die Verpflichtung, jederzeit die Politik der Regierung der DDR aktiv zu unterstützen und mir Kenntnisse anzueignen, mit denen ich nach Beendigung meines Studiums der Erhaltung und Festigung des Friedens dienen will.

Während meines Studiums werde ich am sozialistischen Aufbau in Industrie und Landwirtschaft tatkräftig mitwirken und bin bereit, die sozialistischen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates gegen alle Angriffe zu verteidigen. Ich werde Verfassung, Gesetze und Anordnungen unseres Staates, das Statut meiner Hochschule und die Studienordnung gewissenhaft einhalten und meine daraus erwachsenden Pflichten treu erfüllen.

Eine Unterschrift unter eine solche Erklärung war kaum noch möglich; auch wenn die Zusatzerklärung von 1957 wiederholt wurde, was vielfach geschehen ist. Die Kirchen haben darum immer wieder auch diese Frage der Regierung und auch dem Ministerpräsidenten persönlich vorgetragen. Leider ohne Erfolg. So haben denn wohl fast alle neuimmatrikulierten Studenten diese Verpflichtung unterschrieben. Die Konsequenz wurde sehr bald deutlich: Die Reservistenausbildung aller Studenten – mit Ausnahme der Theologen – in Kurskursen während der Ferien, durchgeführt von der Nationalen Volksarmee. In Ausführung der Beschlüsse der III. Hochschulkonferenz der SED im Februar/März 1958 haben nach unserer Kenntnis alle Senate der Universitäten, Hoch- und Fachschulen beschlossen, daß die Studenten sich des Vorrechtes, studieren zu können, in der Weise würdig zu zeigen hätten, daß sie „freiwillig“ an der Reservistenausbildung der Nationalen Volksarmee teilnähmen.

Bei der Beurteilung der Immatrikulationsverpflichtung im ganzen wird man allerdings berücksichtigen müssen, daß sie ausgesprochen nur eine Verpflichtung auf Zeit ist. Die häufig herangezogene Parallele zum Jugendweihegelöbnis findet hier ihre Grenze. Das sollte gesehen werden, auch wenn man die innere Not, ein solch uneingeschränktes Ja zur sozialistischen Struktur des Lebens sagen zu müssen, voll sehen muß.

3. DIE WELTANSCHAULICHEN AUSEINANDERSETZUNGEN

a) Der ideologische Angriff

Ehe zu der Frage der Jugendweihe im besonderen ein Wort gesagt werden kann, sei der ideologische Angriff, der von seiten des Marxismus gestartet wurde, als Ganzes kurz skizziert. Der Marxismus-Leninismus auf breitester Front im Angriff gegen das Christentum, das ist das typische Kennzeichen des Jahres 1958. Es ist gekennzeichnet von einer Reihe von bedeutsamen Tagungen der SED, in denen diese staatstragende Partei ihren Standpunkt neu festlegt. Im Mittelpunkt steht dabei zweifellos der V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958. Es würde zu weit führen, auf die Beratung dieser Tage im einzelnen einzugehen,

obwohl es schon notwendig ist, sich eingehend mit diesen Fragen zu beschäftigen. Vor allem spricht trotz allen schwer erträglichen Wortreichtums aus den Erklärungen und besonders den großen Reden Walter Ulbrichts eine solche, wohl wirklich echte, Siegeszuversicht, daß man darüber nicht zu schnell zur Tagesordnung übergehen sollte. Der Parteitag hat als das eigentlich maßgebende Gremium der Politik der DDR alle wesentlichen Fragen sowohl in der Wirtschaft (Propagierung der vollen Sozialisierung in der Landwirtschaft, ihrer Steigerung in dem Handwerk und der Beseitigung des letzten freien Handels und der freien Industrie) als auch in der Rechtsprechung (Wahl aller Richter durch politische Organe, damit Aufhebung der letzten Unabhängigkeit der Justiz) und in der Politik (Vorankündigung der künftigen Schritte der UdSSR in der Deutschland- und Berlin-Frage) festgelegt. Dazu gehört auch die Kirchenpolitik der Regierung, auch wenn die Kirche bis auf gelegentliche Diskussionsbeiträge aus der Diskussion so gut wie ganz ausgeklammert war; die Regie des Ganzen wurde hier sehr deutlich. Auf alle Fälle aber ist der Sozialismus im Sinne des Marxismus-Leninismus als allein verbindliche Weltanschauung der Partei und des Staates propagiert worden.

Wie der Weltanschauungskampf in kleiner Münze aussieht, das sei veranschaulicht an dem Artikel des Herrn Heinz Chill – Erster Sekretär der Kreisleitung der SED Stralsund – in der Ostsee-Zeitung, Stralsunder Ausgabe, vom 25. 1. 1958.

AN EINIGE GENOSSEN ÜBER UNSERE WELTANSCHAUUNG

Von den Parteimitgliedern, insbesondere von den Arbeitern begrüßt, wurde in den Grundorganisationen mit der Durchführung von Mitgliederversammlungen über Fragen unserer Weltanschauung, des dialektischen Materialismus begonnen. Diese Versammlungen dienen dazu, der ganzen Mitgliedschaft darzulegen, daß es kein höheres Wesen, keinen Gott, gibt, und die Entwicklung in der Natur und der menschlichen Gesellschaft gesetzmäßig vor sich geht. Die Klarheit über diese Fragen bei allen Genossen wird viele positive Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau vermitteln und die ideologische Einheit der Partei stärken.

Jetzt gibt es aber Genossen, die mit der Diskussion über weltanschauliche Fragen nicht einverstanden sind.

Die Genossen Erwin Splittstößer, Hauptbuchhalter, Albert Tank und Paul Spiegel, Lehrausbilder, sowie der Genosse Max Henk vom Bahnbetriebswerk sagen, wenn diese Diskussionen weitergeführt werden, kommen sie nicht mehr zur Parteiversammlung. Warum stellen sich diese Genossen eigentlich außerhalb des Parteikollektivs? Haben sie Angst, daß ihr Glaube von der göttlichen Ordnung auf der Welt in der Diskussion unseren Auffassungen über die Welt nicht standhalten könnte? Wollen sie nicht, daß die Parteimitglieder sich von solchen Thesen, wie „mit unsrer Macht allein ist nichts getan“, trennen und sich noch mehr auf die eigene Kraft besinnen?

Wollen sie nicht, daß alle Genossen die Gesetze der Entwicklung in Natur und Gesellschaft kennenlernen, um noch erfolgreicher am sozialistischen Aufbau teilzunehmen?

Oder wollen sie nicht, daß es in unserer Partei nur eine Weltanschauung gibt und sich auf dieser Grundlage die ideologische Einheit der Partei in bedeutendem Maße festigt?

Einige dieser Fragen treffen ohne Zweifel für diese Genossen zu. In der Religion wird behauptet, daß Gott die Welt erschaffen hat, daß sich nach seinem Ratschluß alles voll-

zieht und daß er in der Lage wäre, der Existenz der Welt ein Ende zu setzen, denn er soll allmächtig sein.

Manche Menschen glauben das sogar. Bewiesen hat das aber noch keiner. Das wird auch nicht gelingen, denn feststeht – und das ist ein unwiderlegbarer Standpunkt des dialektischen Materialismus –, daß der Mensch nur auf der Grundlage der eigenen Anschauung und der Einwirkungen der Außenwelt empfindet und denken kann. Tatsache ist auch, daß das Lebewesen, aus dem der Mensch sich entwickelt hat, nicht immer denken konnte, sondern sich das Denken in Jahrtausenden durch den Kampf mit der Umwelt, um den Lebensunterhalt, bei ihm herausbildete. Erst dann, als das Denken des menschlichen Lebewesens weit genug entwickelt war, haben einige den lieben Gott erdacht und anderen die bereits oben genannten Behauptungen eintrichtern wollen.

Wie steht es denn mit der Erschaffung der Welt? Tausendfach ist durch die Wissenschaft bewiesen, daß nichts aus dem Nichts entstehen und kein Ding in ein Nichts verschwinden kann. Die Welt war also immer da und wird auch immer da sein. Das Denken, das Bewußtsein, ist das später Entstandene.

Warum sind also einige Leute so aufgeregt, daß wir begonnen haben, unseren Standpunkt darzulegen? Sie haben sich doch nicht darüber erbost, daß im Religionsunterricht und in Bibelstunden falsche Dinge von der Entwicklung der Welt erzählt werden.

Ich halte es für falsch, wenn, wie es in einer Grundorganisation passiert ist, Termine für den Austritt aus der Kirche gesetzt werden. Wir zwingen niemand, aus Religionsgemeinschaften auszutreten, sondern überzeugen jeden von der Richtigkeit unserer Weltanschauung und sind der Meinung, daß sich daraus bestimmte Schlußfolgerungen für jedes Parteimitglied ergeben.

Unsere Ideen setzen sich durch

Aber andererseits haben alle Genossen die Pflicht, in Parteiversammlungen ihre weltanschaulichen Auffassungen zu vertreten. Und ehrliche Genossen werden diesbezüglich auch keine Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen und zur Versammlung erscheinen. Die stärkeren Ideen setzen sich durch. Das sind aber die materialistischen Auffassungen von der Welt. Davon kann sich jeder Genosse überzeugen. Scheinbar fühlen das einige Leute, und deshalb haben sie Angst, daß ihr altes morsches geistiges Gebäude zusammenbrechen kann. Das könnten einige alte Tanten, die den Glauben an ein überirdisches Wesen nicht aufgeben wollen, übelnehmen. Für uns ist das Zeitalter der Eroberung des Weltraumes angebrochen. In die Weltraumschiffe sollen diese alten Tanten auch nicht einsteigen. Wer da glaubt, daß außer dem Weltraum noch ein Raum existiert, in dem Gott und andere Geister leben sollen, der muß ja Angst bekommen, eines Tages mit dem Weltraumschiff gegen die Himmelspforte zu stoßen und den Zorn der Geister auf sich zu ziehen.

Ich weiß, daß die Welt unendlich ist, daß wir immer mehr entdecken werden und immer mehr unser Leben bereichern können. Wer da glaubt, daß sein Schicksal vom höheren Wesen abhängt, der gelangt nicht nur, sondern steht schon in Widerspruch zur kommenden kommunistischen Gesellschaft. So zum Beispiel die Lehrer Höft und Klinke aus Velgast.

Sie sagen auch: Damit wollen wir nichts zu tun haben, niemals werden wir den Glauben an Gott aufgeben, und im übrigen ist die Religion eine Privatangelegenheit. Gleichzeitig aber erziehen (?) sie junge Menschen.

In aller Eindeutigkeit muß man feststellen, daß die Erziehung der Kinder keine Privatsache, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit ist und daß man in unseren Schulen die Kinder nicht mit bürgerlichen Ansichten vollpfropfen kann. Der Lehrer Klinke – er ist Mitglied unserer Partei – sagt: Diskussionen über die Weltanschauung lehne ich ab. Aber im vorigen Jahr fand in seiner Wohnung Religionsunterricht statt.

So steht es also mit der Religion als Privatsache bei Lehrer Klinke. Er unterstützt, daß unsere Kinder irritiert werden und bei ihnen Widersprüche entstehen. So hilft er unmittelbar, daß Kinder zu gedrückten, geängstigten Wesen herangezogen werden, statt sie zu freien Menschen zu erziehen. Ein Lehrer muß bei den Kindern das Bewußtsein fördern, daß allein der Mensch der Beherrscher der Erde und in naher Zukunft des Weltraumes ist.

Lehrer Klinke redet von geistiger Freiheit (Religion ist Privatsache) und erzieht Menschen dazu, daß sie an die eigene Kraft nicht glauben.

Bei den Parteiwahlen muß in allen Grundorganisationen eine große Aussprache über unsere Weltanschauung geführt werden. Solche Auffassungen, wie sie einige Parteimitglieder vertreten, gilt es zu überwinden. Diese Aussprachen muß man mit den Arbeitern, aber besonders mit der Jugend führen.

Die Funktionäre der FDJ-Kreisleitung sollten nicht warten, bis in irgendwelchen Stellen die Abwartepolitik beendet ist. Der Jugend gehört die Zukunft. Diese Zukunft heißt aber Sozialismus – Kommunismus. Heute träumen wir davon, wie dann im Kommunismus die Beziehungen der Menschen zueinander sein werden und das Leben gestaltet ist. Die Jugend aber wird das erleben.

An der Spitze des Aufbaues der kommunistischen Gesellschaftsordnung werden die Menschen stehen, die auch heute schon wissen, daß sie die Beherrscher der Erde sind; denn sie allein sind in der Lage, Kriege zu verhindern, sie werden alle Schwierigkeiten beseitigen und die kommunistische Gesellschaftsordnung errichten.

Das müssen wirklich freie Menschen sein, die an ihre Kraft glauben und wissen, daß nur sie die Schöpfer aller Dinge sind. Über diese Bemerkungen sollte man mit den Genossen, die falsche Auffassungen vertreten, in den Grundorganisationen Aussprachen führen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich in der Kirche auch Kreise finden würden, die angesichts der durch diese Propagierung des Sozialismus als der allein in der DDR verbindlichen Lehre geschaffenen Lage versuchen würden, ernstlich nach einem *modus vivendi* des Christen in dieser seiner sozialistisch geprägten Umwelt zu suchen. Hier wären die mannigfachsten Versuche zu nennen. In der Öffentlichkeit hervorgetreten ist vor allem der „Bund evangelischer Pfarrer in der DDR“. Es sei einmal wiedergegeben, was die „Neue Zeit“, das Blatt der CDU, unter dem 6. 7. 1958 über die Gründung dieses Bundes bringt, da hier auch sofort der politische Aspekt der Angelegenheit deutlich wird.

„DIE DREIFACHE NOT“

Vorspruch der Redaktion der „Neuen Zeit“: „Am 6. Juli wurde in Radio DDR im Anschluß an die Kirchliche Morgenfeier ein Kommentar aus Kreisen des Bundes evangelischer Pfarrer gesendet, den wir seiner Bedeutung wegen nachfolgend abdrucken. Auf das Hauptreferat von Pfarrer Caffier kommen wir noch zurück.“

Am 1. d. M. ist, wie durch Presse und Rundfunk schon bekanntgeworden, im christlichen Hospiz in Leipzig ein Bund evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik ins Leben getreten. Schon der Name dieser Neugründung läßt erkennen, daß es sich dabei um eine Vereinigung handelt, welche die DDR bejaht und sie als den deutschen Staat ernst nimmt, in welchem die Glieder dieser Vereinigung evangelische Pfarrer sind und sein wollen. Sie bejahen diesen Staat nicht nur als Obrigkeit, sondern sagen ja auch zu seinem politischen und sozialen Inhalt und sind bereit, auf ihre Weise am Aufbau des Sozialismus in der DDR mitzuarbeiten. Die Gründung geht auf die Initiative des sogenannten Weixdorfer Kreises zurück, einer Vereinigung sächsi-

scher Pfarrer unter dem Vorsitz von Pfarrer Caffier in Weixdorf, der dann auch auf der Leipziger Gründungsversammlung das grundlegende Referat hielt, in dem von Not und Verantwortung des evangelischen Pfarrers in der DDR die Rede war. Das ist seine Verantwortung, Pfarrer in der Welt und in der Zeit zu sein, in der er lebt, das heißt im „jetzt und hier“ der DDR, ihren evangelischen Bürgern das Evangelium lauter und rein zu verkündigen, die Sakramente recht zu verwalten und den Gliedern seiner Gemeinde ein rechter Seelsorger zu sein. An dieser seiner Verantwortung ändert sich nichts, wie auch Zeit und Welt sich verändern mögen. Aber deren Veränderungen geben seiner Verantwortung Konkretheit und Aktualität. Wie will er sie begreifen können, wenn er die Veränderungen in der Zeit nicht begreift? Es ist die Not des evangelischen Pfarrers in der DDR, daß er weder den Charakter noch die Notwendigkeit solcher Veränderungen zu erkennen vermag, daß er keine Hilfe von seinen kirchlichen Obrigkeit erwarten kann, falls ihm daran gelegen ist, ein positives Verhältnis zu den ökonomischen und politischen Veränderungen dieser Welt zu leisten, ja, daß er zwischenbehördlicher Verfemung verfällt, wenn er sich allein darum bemüht oder sich zu diesem Zwecke gar mit anderen, ähnlich bemühten Pfarrern zusammenschließt. Diese dreifache Not des evangelischen Pfarrers in der DDR, seine Ratlosigkeit, seine Hilflosigkeit und seine kirchliche Verfemung, wenn er sich redlich und ernstlich um ein positives Verhältnis zum Staate seiner Staatsbürgerschaft bemüht, diese dreifache Not begründet dreifache Notwendigkeit einer Gründung, die alle evangelischen Pfarrer zusammenführen will, die unter dieser Not leiden und ihrer Verantwortung als evangelische Pfarrer in der DDR gerecht werden möchten. Es geht dem neugegründeten evangelischen Pfarrerbund vor allem um Klärung der theologischen und politischen Existenz des evangelischen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. Es geht ihm aber auch um gegenseitige Hilfe der evangelischen Pfarrer im Ringen um Auffassungen, die in der Ablehnung des Sozialismus oder in der Verketzerung der Friedensbewegung ein kirchliches Anliegen sehen, und es geht ihm schließlich um die rechtliche und soziale Stellung des Pfarrerstandes in der DDR, und zwar um deren Klärung sowohl wie um deren Sicherung. Dabei ist der Bund evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik durchaus nicht etwa eine Vereinigung von Pfarrern, die sich einem bestimmten theologischen oder kirchenpolitischen Programm verschrieben hätten. Er will vielmehr alle die Pfarrer zusammenführen, die mit den genannten Problemen ringen, unter ihrer Ungelöstheit leiden und zusammen mit anderen um ihre Lösung bemüht sein wollen. Er will bei der Lösung dieser Fragen durchaus nicht etwa die Kirchenbehörden ersetzen, sondern will sie nur so lange dabei vertreten, bis sie selbst sich ihrer ernstlich, vor allem gutwilliger als bisher, annehmen. Er wünscht sich von ganzem Herzen, daß die Synoden und Kirchenbehörden der evangelischen Landeskirchen in der DDR ihm möglichst bald die Bewältigung der großen Aufgaben abnehmen mögen, die der Bund evangelischer Pfarrer in der DDR zwar in der Gewißheit übernommen hat, daß sie bei gutem Willen lösbar sind, zugleich aber auch in aller Zaghaftigkeit, weil er wohl weiß, daß er sie allein nicht zu lösen vermag, sind es doch Aufgaben, deren Lösung ebenso der Kirche selbst aufgegeben ist. Er wird allerdings für das eintreten, was er als richtig und notwendig erkannt hat, für den sozialistischen Weg der DDR, für die Weltfriedensbewegung und für das Recht jedes evangelischen Pfarrers, dem das Recht bestritten wird, für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Sicherung des Friedens in der Welt als Christ und Pfarrer einzutreten.

Auch zu den Volkskammerwahlen am 16. November kamen aus diesem Lager planmäßig die Zustimmungen der Kirche, die man benötigte, um vor dem ganzen Volk behaupten zu können, daß auch die Kirche die Politik der Regierung unterstütze. Es kam zu der sogenannten „Magdeburger Erklärung“. Nach-

dem 1956 die Wartburg für solche Zusammenkünfte „fortschrittlicher“ Christen, die in der Nationalen Front mitarbeiten wollen, genommen worden war, war 1957 Wittenberg, 1958 Magdeburg nun „unseres Herrgotts Kanzlei“. Die Erklärung sei festgehalten als ein Beispiel dafür, wie in unheimlicher Weise Gottes Wort – von vielen sogar unbewußt – dazu mißbraucht werden kann, ein Werk, das von den Verantwortlichen im letzten Grunde ohne Gott und teilweise gegen Gott getan wird, zu sanktionieren.

Berufene Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik haben verbindlich erklärt, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden dient und daß die Christen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen.

Wir christlichen Bürger in kirchlicher Verantwortung haben uns in Magdeburg zusammengefunden, um zu prüfen, was diese Erklärung angesichts drohender Gefahren von uns verlangt.

In großer Sorge um die Erhaltung des Friedens in der Welt und um die Glaubwürdigkeit der christlichen Verkündigung sehen wir, wie im Westen unseres Vaterlandes der atomare Krieg unter Mißbrauch des Christentums als „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ militärisch und psychologisch vorbereitet wird.

Grundlage unserer Erörterung waren der Ruf Karl Barths an die Christenheit, sich vom Antikommunismus frei zu machen, der Beschluß der westdeutschen Kirchlichen Bruderschaften gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und schließlich die Erklärung, daß die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik die Gültigkeit des Militärseelsorgevertrages für sich ablehnen und mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung grundsätzlich übereinstimmen und daß die evangelischen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und, ihrem Glauben entsprechend, ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen, daß jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießt und die ungestörte Religionsausübung unter dem Schutz der Republik steht.

Wir sagen dem Antikommunismus ab, weil er die Herzen verstockt und dadurch unfähig macht, im Hören auf das Evangelium unsere Schuldigkeit in der Welt zu erkennen und zu tun.

Wir widerstehen der Einbeziehung der Kirche und des Christentums in die psychologische Kriegsführung und jedem Versuch, geistliche Autorität zur Lähmung des Widerstandes gegen die atomare Aufrüstung zu mißbrauchen. In großer Liebe zu unserem Volk und Vaterland erklären wir uns guten Willens, zum friedlichen Aufbau des Volkslebens, der sich in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht, in der großen Gemeinschaft der Nationalen Front nach besten Kräften beizutragen.

Wir erklären uns für den Frieden unter den Völkern, das heißt für friedliche Koexistenz, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Wir erklären uns für den Frieden in ganz Deutschland, das heißt für Annäherung der beiden deutschen Staaten durch die Bildung ihrer Konföderation.

Wir erklären uns für den friedlichen Aufbau des Volkslebens in der Deutschen Demokratischen Republik, das heißt für eine sozialistische Gestaltung des Wirtschaftslebens, in der nicht mehr des einen Tod des anderen Brot ist, sondern einer des anderen Lasten trägt.

Wir erklären uns einverstanden mit dem Wahlprogramm des III. Nationalkongresses und werden den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands unsere Stimme geben.

Magdeburg, den 28. Oktober 1958

(Unterschriften)

Nach dem, was bisher aus den Kirchen bekannt geworden ist, dürften dem Pfarrerbund bisher kaum mehr als 80 Pfarrer angehören. Doch sollte diese Tatsache nicht dazu verleiten, derartige Erscheinungen in der Kirche in ihrer Bedeutung zu verkennen.

Die Tatsache, daß die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands weithin im Schwinden ist, also auch die Christen in der DDR sich darauf einstellen, daß sie und ihre Kinder ihr Leben in dieser marxistisch geprägten Welt leben müssen, hat 1958 die Diskussion in den Kirchen um den rechten Weg des Christen in der DDR sehr lebhaft werden lassen. Noch liegen keine fertigen Ergebnisse vor. Der Weg etwa der ungarischen Kirche auf der einen Seite und das bloße Nein, das konsequent zur Republikflucht führen muß, auf der anderen Seite, bezeichnen dabei die Grenzen, innerhalb deren der rechte Weg gesucht wird.

b) Der Aufbau der atheistischen Gegenkirche

Schon 1957 hatte Professor Dunker in der Auseinandersetzung um Konfirmation und Jugendweihe dazu aufgerufen, daß man seitens des Staates nicht nur im Negativen stehenbleiben solle. Der Atheismus als solcher sei zwar durchaus gut, aber er bedürfe der Ergänzung, bedürfe der „Gestaltwerdung“. 1958 ist nun ein solcher Aufbau einer „atheistischen Gegenkirche“ versucht worden. Schon in der Auseinandersetzung zwischen Jugendweihe und Konfirmation war aufgerufen, die Jugendweihe möglichst festlich zu gestalten. In steigendem Maße sind dann neben die Jugendweihe auch andere Feiern getreten, statt der Taufe die Namensgebungsfeier, statt der Trauung die Eheweihung und außerdem das sozialistische Begräbnis. Während in den früheren Jahren auf diesem Gebiet noch ziemlicher Wildwuchs zu beobachten war, ist 1958 der Versuch zu einer Zwischenordnung festzustellen.

Von Walter Ulbricht sind auf dem 5. Parteikongreß der SED die Zehn Gebote der sozialistischen Moral, also der Dekalog dieser „Gegenkirche“, verkündigt. Sie seien hier noch einmal wiedergegeben:

Das moralische Gesicht des neuen, sozialistischen Menschen, der sich in diesem edlen Kampf um den Sieg des Sozialismus entwickelt, wird bestimmt durch die Einhaltung der grundlegenden Moralgesetze:

1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.

2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter- und Bauern-Macht einzusetzen.

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.

5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.

10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

Diese neue „Kirche“ hat ihr Dogma, ebenso ihre Kirchenväter und ihre „Heiligen“. Nun schafft sie sich auch ihre kirchlichen Amtshandlungen. Es sei hier einmal wiedergegeben die Ordnung, die als Modellfall zur Durchführung der sozialistischen Feiern für StalinStadt gegeben ist.

GRUNDSÄTZE UND ERFAHRUNGEN

bei der Gestaltung sozialistischer Feierlichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod in StalinStadt

I. Grundsätze

1. Geburt, Verbindung von Mann und Frau und Tod sind ursprünglich biologische Vorgänge, die jedoch der Menschheitsentwicklung zufolge hohe gesellschaftliche Bedeutung bekommen haben.

Die Ausbeuterklassen haben jenen Ereignissen idealistische, religiöse Deutung und kirchlich-feierliche Formen gegeben, um das Volk an sich zu binden und ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

In der neuesten Zeit wehrten und wehren sich die unterdrückten Klassen gegen lebensfremde Deutungen und suchen für die Würdigung dieser hervorragenden Geschehnisse des Menschenlebens weltliche Formen.

Die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und ihre führende Partei beginnen von der dialektisch-materialistischen Weltanschauung her und mit Hilfe der sozialistischen Staatsmacht die Geburt, die Eheschließung und den Tod feierlich als Ereignisse des Lebens der werdenden sozialistischen Gesellschaft zu würdigen.

2. Inhalt dieser Feierlichkeiten der Werktätigen ist der sozialistische Humanismus, der atheistisch ist und kein höheres Wesen als die für Frieden, Demokratie und Sozialismus arbeitende und kämpfende Menschheit anerkennt.

Der sozialistische Humanismus weckt den Stolz der Werktätigen auf ihre weltumwälzende Schöpferkraft und regt die Werktätigen an, von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt, im Einklang mit den Gesetzen der Natur und Gesellschaft alle Menschen von der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die gerechte sozialistische und schließlich die an materiellen wie an geistigen Gütern überreiche kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.

Der Gehalt dieser Feierlichkeiten ergibt sich aus der Verknüpfung individueller Erfahrungen und Bestrebungen von Eltern, Brautleuten und Hinterbliebenen mit dem fortschrittlichen Menschheitsstreben. Gehaltvoll werden diese Feiern, wenn das besondere menschliche Streben sich mit dem allgemeinen zum Einklang findet.

3. In der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann die Übereinstimmung von persönlichem und gesellschaftlichem Interesse im Bewußtsein des einzelnen nicht jeweils vorausgesetzt werden. Zumeist sind im Bewußtsein solche Widersprüche wirksam, die notwendigerweise aufgedeckt und beseitigt werden müssen.

Der sozialistischen Staatsmacht kommt deshalb bei der Vorbereitung und Abhaltung von Feierlichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod die Aufgabe zu, auf Eltern, Brautleute und Hinterbliebene sozialistisch-erzieherisch einzuwirken. Diese Erziehungs-

aufgabe ist im Bereich der Gestaltung öffentlicher Feierlichkeiten aus persönlichem Anlaß das wichtigste.

II. Organisation

1. Der Rat der Stadt Stalinstadt gab den vorstehenden Grundsätzen in einem Beschluß Ausdruck und schuf für die Gestaltung sozialistischer Feierlichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod eine Planstelle.

Der Inhaber dieser Planstelle ist voll verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung dieser Feierlichkeiten. Er führt die einleitenden Gespräche, leitet die organisatorischen und technischen Arbeiten und hält die Ansprachen. Als Titel für diesen Mitarbeiter gegenüber der Öffentlichkeit bildete sich die Bezeichnung „Sprecher des Rates der Stadt“ heraus. Bezeichnungen wie „Weihesprecher“ oder „...redner“ fanden keinen Anklang.

2. Ursprünglich war beabsichtigt, den Sprecher in den Mitarbeiterkreis der Abteilung Innere Angelegenheiten, Standesamt, einzubeziehen. Dies unterblieb, um den Sprecher von den juristisch-urkundlichen Aufgaben des Standesamtes frei zu lassen. Um die kulturell-erzieherische Aufgabe des Sprechers hervorzuheben, wurde er dem Leiter der Abteilung Kultur unterstellt.

Jedoch in der Praxis steht der Sprecher dem Standesamt näher als der Kulturabteilung. Er nimmt an den öffentlichen Sprechstunden im Standesamt teil, versorgt sich dort mit den grundlegenden Informationen und hält die Feierlichkeiten um Erziehungs- und Ehegelöbnisse im Trauzimmer ab.

Er spricht dort an Stelle des Beauftragten für Personenstandswesen zu jeder Eheschließung, auch wenn kein Ehegelöbnis vorgesehen ist. Die Berechtigung dazu wurde verstärkt, indem der Rat beschloß, den Sprecher zum Beauftragten für Personenstandswesen (Stellvertreter des ...) zu ernennen.

Der Haushaltsplan des Rates der Stadt wurde in diesen Zusammenhängen um folgendes ergänzt:

- a) Ausstattung des Festraumes (Trauzimmer) mit Musikinstrument, Pflanzen usw.;
- b) Gehalt des Sprechers nach Gruppe II VBV;
- c) Herstellung der Gelöbnistexte und Urkunden;
- d) Blumen-Geschenke an Eltern und Hochzeitspaare.

III. Gespräche

1. Die Vorbereitung der Feierlichkeiten erfordert gründliche Gespräche mit Eltern, Verlobten, Hinterbliebenen. Bereits in diesen Gesprächen und gerade hier wird die kulturell-erzieherische Funktion des Arbeiter- und Bauernstaates wirksam. Ohne solch eine klärende Aussprache darf keine Feierlichkeit veranstaltet werden.

Methodik dieser Gespräche muß die prinzipienfeste und geduldige marxistisch-leninistische Überzeugung sein. Diese Methodik enthält stets offensive Initiative des Sprechers und Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit seiner Gesprächspartner.

2. Erstes Ziel dieser Aussprachen ist die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Sprecher und den Hauptpersonen der vorgesehenen Feierlichkeit. Es soll ein Vertrauensverhältnis entstehen. Der Sprecher muß erfahren, welcher Herkunft diese Menschen sind, welchen Beruf sie ausüben, wo und wie sie tätig sind – muß ihre gesellschaftlichen und weltanschaulichen Bindungen kennenlernen.

Zweites Ziel dieser Aussprache ist die Klärung von Prinzipien, die der jeweiligen Feierlichkeit zugrunde liegen müssen.

Einschließlich der im Teil I genannten Grundsätze ist folgendes zu klären:

a) Die Feier der Geburt eines Kindes und seiner Namensgebung bewirkt die bewußte Verbindung der Eltern mit dem Zukunftsstreben des ganzen schaffenden Volkes;

sie ist die feierliche Einführung des Kindes in die menschliche Gesellschaft. Die Eltern legen zugunsten des Kindes ein sozialistisches Erziehungsgelöbnis ab.

b) Die feierliche Gestaltung der standesamtlichen Eheschließung verleiht dem Jawort von Mann und Frau den Inhalt sozialistischer Ethik. Dazu legt das Paar ein sozialistisches Ehegelöbnis ab. Die Feierlichkeit soll wie beim Erziehungsgelöbnis öffentlich sein, um die gesellschaftliche Bedeutung dieses persönlichen Ereignisses zu betonen.

c) Das feierliche Begräbnis hat die Würdigung der guten Bestrebungen und Taten des Verstorbenen zum Inhalt. Die stolze Genugtuung, mit diesem Menschen verbunden gewesen zu sein, soll die Trauernden aufrichten. Der Tod dieses Menschen muß den Überlebenden Anlaß sein, tatkräftig die entstandene Lücke zu schließen.

Drittes Ziel dieser Aussprachen ist die Vereinbarung über die Einzelheiten der Feierlichkeiten, also über die Beteiligung der Angehörigen und der Öffentlichkeit, über das Gelöbnis, über musikalische Gestaltung und technische Nebenfragen.

IV. Gelöbnisse

1. Das sozialistische Erziehungsgelöbnis kann folgenden Wortlaut haben (wenn die Kindesmutter verheiratet ist):

Gelöbnis: Der vorwärtsstrebenden Menschheit, uns selbst und unserem Kinde verantwortlich, erklären wir – Emmi und Kurt Eisermann – unsere Ehe zur unauflösliehen Heimstatt für unseren Sohn Jörg Eisermann, geboren am 8. November 1957 in Stalinstadt. Wir geloben unter dem Leitwort „Auf dich kommt es an, auf uns alle!“ unseren Sohn zu einem sozialistisch empfindenden, denkenden und handelnden Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik zu erziehen.

Stalinstadt, den ... Unterschrift der Mutter ..., des Vaters ...

2. Dieses Gelöbnis kann nach unehelicher Geburt eines Kindes folgendermaßen beginnen:

Gelöbnis: Der ... usw. ... verantwortlich, gelobe ich – Gisela Merten – meinem Sohn ... allezeit eine treusorgende Mutter zu sein. Ich gelobe usw. Schließlich nur die Unterschrift der Mutter.

3. Das Gelöbnis kann zusätzlich von Paten unterzeichnet werden. Dazu wird unter den Raum für die Unterschriften der Eltern etwa folgender Text gesetzt: Dieses Gelöbnis erfüllen zu helfen, geloben als Paten ...

4. Das sozialistische Ehegelöbnis kann folgenden Wortlaut haben:

Gelöbnis: Allen schaffenden Menschen, vor einander und uns selbst verantwortlich, geloben wir – Gerda und Herbert Fischer – unsere in beiderseitiger Liebe heute und hier gegründete Ehe als Gemeinschaft für das ganze Leben zu gestalten. Wir geloben den Schaffenden, mit gemeinsam tätiger Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu mehren. Wir geloben einander aufmerksame Achtung, Fürsorglichkeit und Nothilfe, gegenseitige Förderung zu beruflicher und kultureller Entwicklung, Gemeinsamkeit der Entschlüsse und unlösbare Treue.

Ort, Datum, Unterschriften.

5. Diese Gelöbnisse werden nach der Unterzeichnung einbehalten und gesammelt. Die Kindeseltern oder Eheleute erhalten über die Ablegung ihres Gelöbnisses eine Urkunde, die den Gelöbnistext als Bericht wiedergibt, also: „Sie gelobten den Werktätigen ...“ Die Urkunde wird auf einem Faltblatt ausgeführt, das auf der Außenseite das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik und im Inneren unter dem Text die Unterschrift des (Ober)Bürgermeisters und sein Siegel trägt. Von der Herstellung von Vordrucken wurde Abstand genommen, um das individuelle Interesse unserer sozialistischen Staatsmacht nicht zu verwischen. Deshalb wird jede Urkunde in künstlerischer Schrift geschrieben. – Urkundenblätter mit dem Staatswappen liefert das Haus für Organisationsbedarf, Berlin O 34, Warschauer Str. 60.

1. Als Ergebnis der Vorbesprechung wird die Ansprache entworfen. In der Ansprache sollen die charakteristischen Besonderheiten des Lebens und Denkens des Elternpaares, der Vermählten oder des Verstorbenen mit dem Befreiungskampf und den sozialistischen Ideen der Werktätigen zu gut gefügter Einheit verbunden werden. Die Ansprachen im Festraum des Rates der Stadt zielen zu den Gelöbnissen hin. Die Ansprache in der Bestattungsfeierlichkeit wird gehalten, bevor der Sarg in die Erde gesenkt wird. Nach dem Niederlassen des Sarges folgen nur einige abschließende Worte, ein ganz kurzer Nachruf und Mahnruf an die Trauernden.

2. Die Grundkonzeption der Ansprache an Kindeseltern ist folgende:

a) Die Arbeiter und Bauern der DDR begrüßen freudig jedes Neugeborene, weil sie im Besitz der Staatsmacht und der Wirtschaftskräfte jedem Kinde eine gute Zukunft versprechen können.

b) Diese Zukunft ist sozialistisch und wird auf der Höhe des Lebens der heute Geborenen kommunistisch sein. Sozialismus und Kommunismus sind allgemein für die Werktätigen und für jeden Einzelmenschen erstrebenswert, weil nur in solch einer Gesellschaft der Mensch dauerhaft glücklich sein kann. Der Weg dorthin wird durch Arbeit, Kampf und Macht der Schaffenden gebahnt.

c) Die Fähigkeit, diesen Weg zu gehen, wird durch sozialistische Erziehung möglich. Erste Schule ist die Familie, die in Festigkeit der Ehe und wechselseitiger Pflichterfüllung von Eltern und Kindern lehren soll, wie gemeinschaftlich gelebt werden muß. Weitere Schulen werden zusammen mit der Familie das Kind sozialistisch erziehen: die Gesellschaft mit staatlichen Volksbildungsstätten, Massenorganisationen, Betrieben usw.

d) Im Heranwachsen benötigen die Kinder Schutz. Den Frieden und die Freiheit der Werktätigen sichert und gewährleistet die Arbeiter- und Bauernmacht. Mit ihr zusammen bewahren die Eltern ihre Kinder vor äußerer und innerer Not. Religiöser Schutz versagt!

e) Die Eltern und ihre Freunde (die Paten sein können) werden aufgerufen, sich zu ihren Pflichten gegenüber der Menschheit und dem Neugeborenen zu bekennen, das sozialistische Erziehungsgelöbnis zu bejahen und zu unterzeichnen.

3. Grundkonzeption der Ansprache an Hochzeitspaare:

a) Die Werktätigen der DDR begrüßen den Eheschluß von ihresgleichen, weil die Ehe in der DDR gute Zukunft hat und zur sozialistischen Ordnung der menschlichen Beziehungen beiträgt.

b) Wir bekennen uns freudig zum diesseitigen Glück. Außerhalb des Lebens, außerhalb der sozialistischen Welt kann niemand Glück genießen. Unser Glück wächst da, wo wir als achtbare Persönlichkeiten im Volksleben mitwirken (Faust), wächst in sozialistischen Werken und Familien.

c) Wir warnen vor bürgerlicher Eheführung. Ausbeutung als Ehegrundlage führt zu Treulosigkeit des Mannes und Charakterverderbtheit der Frau. Sich der Ausbeutung unterwerfen, führt zu Verelendung des Mannes und Entwürdigung der Frau.

Im Kapitalismus zeichneten sich sozialistische Ehen durch Gemeinsamkeit des Leidens und Kämpfens aus. Die sozialistische Ehe in der DDR macht durch gemeinsames gesellschaftliches Handeln die Eheleute gemeinschaftlich glücklich.

d) Religion als Schutz der Ehe versagt wegen der Ohnmacht der Kirchen und Grund des Nichtvorhandenseins Gottes und der Mißachtung des Erdenlebens sowie wegen der Unmoral jener Kirchenführer, die den Krieg als Regierungsmittel Gottes bejahen und die Frau hinter den Mann zurücksetzen. – Die sozialistische Gesellschaft schützt und fördert die Ehe durch Gesetzgebung und Rechtsprechung der Arbeiter- und Bauernmacht und durch die Moral der Werktätigen, die Frieden und soziale Gerechtigkeit erkämpfen.

e) Die Eheleute werden aufgerufen, selbst das Wichtigste zu tun, was ihrem Glück Dauer verleihen kann, indem sie dem sozialistischen Ehegelöbnis beipflichten, es unterzeichnen und danach ihr Leben gestalten.

4. Grundkonzeption der Ansprache an Hinterbliebene:

a) Der Tod eines Bürgers der DDR ist allen Bauern und Arbeitern ein schmerzlicher Verlust; denn wir schätzen jeden Menschen als Teil unserer den Sozialismus erbauenden Kraft (auch die Heranwachsenden und die Arbeiterveteranen als Träger der Zukunft oder unserer guten Tradition).

b) Wir überschauen ehrfürchtig das zu Ende gegangene Leben und heben hervor, mit welchen Gewalten der Verstorbene gerungen hat. Dabei klagen wir die Ausbeuter an, die Militaristen, die Faschisten, die das Menschenleben mißbrauchen.

c) Wir würdigen, was der Verstorbene Gutes getan hat an der Familie, im Kollegenkreis, den Freunden in gesellschaftlichen Organisationen. Wir rühmen, was er in Arbeit und gesellschaftlicher Tätigkeit an materiellen und geistigen Werten geschaffen hat, was er in Volksbesitz und Bewußtsein als namenloses Denkmal hinterläßt.

d) Wir kennzeichnen die Wunde, die am Arbeitsplatz, in Funktionen, in der Familie entstanden ist, und sprechen den Schmerz über den Verlust dieses Menschen aus.

e) Wir rufen auf, den Verstorbenen zu ehren, indem wir uns vornehmen, die entstandene Lücke nach Kräften zu schließen, damit die guten Absichten des Verstorbenen ausgeführt werden. Mahnen soll dazu das Bild und das Beispiel, das der Verstorbene in unserer Erinnerung hinterläßt.

f) Unsere Pflicht ist es, den Verstorbenen in die Erde zu senken, damit wir in seinem Sinne an der Veredelung des Lebens weiterschaffen können.

VI. Öffentlichkeit

1. Aus der gesellschaftlichen Bedeutung der Feierlichkeiten ergibt sich, daß an ihnen viele Menschen beteiligt werden sollen. Die Feierlichkeiten müßten möglichst an solchen Tagen und Stunden abgehalten werden, die für die Beteiligung zahlreicher Verwandter sowie Kollegen, Organisationen, Hausgemeinschaften usw. günstig sind.

Geeignete Zeit für Erziehungsgelöbnisse ist der Sonntagvormittag.

2. Bei der Abgabe des Erziehungsgelöbnisses und des Ehegelöbnisses können nahestehende Personen als Paten oder Zeugen mitwirken und die betreffenden Schriftstücke mit unterzeichnen.

3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll nicht nur spontan geschehen, sondern mit Hilfe der Presse und besonders durch die Massenorganisationen organisiert werden. Es ist anzustreben, daß die Nationale Front zum Träger der öffentlichen Anteilnahme wird. Die Initiative muß jedoch jeweils vom Staatsapparat ausgehen.

VII. Feierlichkeiten

1. Die Feierlichkeiten sind nach Möglichkeit mit Musik zu durchdringen, um die besondere Situation spürbar zu machen und dem tiefen Eindruck der Handlungen und Ansprachen den Boden zu lockern. Das Honorar für den oder die Musiker wird von den Privatpersonen gezahlt, damit den Feierstunden von dieser Seite nicht nur passiv entgegengesehen wird, damit diese Feiern nicht einfach ein Geschenk des Staates, sondern eine sozialistische Gemeinschaftsleistung von Staat und Einzelpersonen sind.

2. Bei der Feier um das Erziehungsgelöbnis kann nicht auf Musik verzichtet werden. Die Feierlichkeit beginnt nach kurzer Begrüßung der Eltern, des Kindes, der Angehörigen und der anderen Gäste mit einer festlichen Musik. Dann folgt die Ansprache. Nach der Ansprache wird eine kurze Musik gespielt, die die bedeutungsschweren Fragen um das Erziehungsgelöbnis vorbereitet. Wenn das Gelöbnis gegeben ist, werden Kindes-

mutter, -vater und evtl. die Paten nacheinander zur Unterschrift gebeten. Die Unterzeichnung wird unaufdringlich musikalisch untermalt. Diese Musik steigert sich und reicht so über den Akt der Unterzeichnung hinaus. Danach wird die Urkunde verlesen und den Kindeseltern überreicht.

Es folgen Gratulationen und Geschenke. Eine letzte festliche, marschartige Musik wird gespielt, während die Festteilnehmer den Raum verlassen. Sie soll nachklingen, bis die Menschen außer Hörweite geraten.

3. Die Feier um das Ehegelöbnis bildet mit der standesamtlichen Eheschließung eine Einheit. Die Feierlichkeit beginnt mit einem Grußwort des Beauftragten für Personenstandswesen. Es folgt eine würdige Musik. Danach wird in Fragen und Antworten die Eheschließung vollzogen. Der Beauftragte unterzeichnet die Ehebucheintragung. Sodann nimmt der Sprecher den Ringwechsel vor. Dabei setzt die Musik ein und leitet zur Ansprache hin. Nach der Ansprache und der Bejahung des Ehegelöbnisses wird wieder festliche Musik gespielt. Nunmehr verliert der Beauftragte für Personenstandswesen die Ehebucheintragung und läßt sich die Richtigkeit bestätigen. Er bittet, die Eintragung und das Gelöbnis zu unterzeichnen. Während der Unterzeichnung und darüber hinaus wird musiziert. Sodann beglückwünscht der Beauftragte das Ehepaar und überreicht ihm Stammbuch und Unterlagen; dann überreicht der Sprecher mit Glückwunsch die Urkunde über das Ehegelöbnis. Als nächste Gratulanten sollen Eltern und Geschwister, dann Delegierte von Betrieben und Organisationen auftreten. Die Musik intoniert dabei einen festlichen Marsch, der – in Variationen – der Festgesellschaft nachklingen soll, wenn sie den Raum verlassen hat.

4. Begräbnisfeierlichkeiten werden den bekannten Traditionen der Arbeiterbewegung gemäß gestaltet.

Es würde zu weit führen, im einzelnen diese Ordnung auszulegen. Es sei nur auf einige Punkte verwiesen:

Wenn Bischof Dibelius erklärt hat, die Religion ist Privatsache, der Atheismus aber Staatssache, so wird dieses Wort hier in der Weise bestätigt, daß der Staat auf ordnungsmäßigen Planstellen die „Sprecher“ einsetzt, also beamtete Prediger des Atheismus. Es sei weiter verwiesen auf die Tatsache, daß man auf der anderen Seite durchaus den Wert des Einzelgesprächs kennt und von da aus „Taufgespräche“ und „Traugespräche“ und Beileidsbesuche als unbedingte Voraussetzung für die Durchführung der Handlungen fordert. Die klare atheistische Ausrichtung der ganzen Feiern ist ja ohne weiteres sichtbar. Erschütternd ist die geistige und geistliche Armut, die in den Gelübden und Erklärungen zutage tritt und nur verdeckt werden soll mit einem Schwall von Worten.

Die Kirche erhielt in der Anordnung für die Durchführung der Feiern im einzelnen gewissermaßen eine Quittung und einen Spiegel für ihre säkular gewordenen Feiern. Tonbandaufnahmen von solchen weltlichen Feiern zeigen, daß zum Beispiel das Largo von Händel auch bei diesen Feiern erscheint.

Es ist zu erwarten, daß seitens des Staates in der nächsten Zeit die Propaganda für diese seine eigenen Feiern auf Hochtouren laufen wird. Schon jetzt verlangen staatliche Dienststellen von ihren Untergebenen, daß sie nur diese Feiern besuchen. Die Kirche steht hier vor neuen schweren Fragen. Zu der Frage Konfirmation und Jugendweihe dürfte als eine mindestens gleich schwere Frage Namengebung und Kindertaufe kommen. Daß darüber auch innerkirchliche Auseinandersetzungen entstehen werden, wird nicht zu vermeiden sein.

c) Der Kampf um die Jugendweihe

Die Auseinandersetzung um die Jugendweihe ist über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hinaus wohl allgemein als das für die Situation von Staat und Kirche in der DDR kennzeichnendste Merkmal bekannt geworden. Neue Entwicklungen haben sich hier 1958 kaum ergeben. Natürlich ist auch diese Frage in den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche sehr eingehend behandelt. Es war jedoch kein Entgegenkommen des Staates zu erzielen. Die staatlichen Verhandlungsparteien konnten, auch wenn sie gewollt hätten, hier nicht von der Parteilinie abweichen.

Auch innerhalb des Zentralkomitees der SED hat es um diese Frage anscheinend sehr heftige Debatten gegeben, die zu dem Ausscheiden und der Verbannung des Altkommunisten und bekannten früheren Lehrers an der Kominternschule, Paul Wandel, geführt haben. Es sei hier einmal ein Auszug aus dem Diskussionsbeitrag des Herrn Werner Neugebauer auf der Schulkonferenz der SED wiedergegeben.

Werner Neugebauer, Mitglied des ZK und Leiter der Volksbildung beim ZK der SED, führte in einer Rede vor der Schulkonferenz der SED aus (lt. Deutsche Lehrerzeitung 20/1958):

Genosse Wandel vertrat da eine konfliktlose Auffassung. Er wollte die Jugendweihe so entwickeln, daß die Gewinnung der Masse der Kinder auf der Grundlage eines Programms erfolgt, gegen das letztlich auch die Kirche nichts einzuwenden hat ... Wir haben unsere Auffassung dann mit Hilfe der ganzen Partei durchgesetzt, mit der Verkündung der richtigen Auffassung, wie sie Genosse Walter Ulbricht in seiner Rede in Sonneberg zur Jugendweihe ausgesprochen hat, daß wir alle Kinder gewinnen wollen, aber auf der Grundlage der sozialistischen Ideologie und Weltanschauung! ... Genossen! In den vergangenen Jahren, in denen wir die Jugendweihe durchführten, hat sich diese unsere offensive Linie als richtig erwiesen gegenüber dem Leisetreten und Zurückweichen. Bestimmte Leute sagten uns völlig grundlos: „Verletzt nicht die religiösen Gefühle!“ Wir müssen ihnen sagen: Wir sind Marxisten-Leninisten. Wir sind auch zum Beispiel der festen Überzeugung, daß es keinen Gott gibt. Doch wenn die Vertreter religiöser Auffassungen immer wieder von ihrer religiösen Lehre und von Gott sprechen, dann werden dadurch auch unsere Gefühle einmal verletzt ... Sicher werden noch nicht alle Teilnehmer an der Jugendweihe sofort von dem ganzen Ideengut überzeugt sein, das wir dort vortragen. Aber wir haben sie für uns gewonnen, und sie sind auf unserer Seite. Wir werden diesen Weg mit ihnen weitergehen und sie auch nach der Jugendweihe nicht in der Weise entlassen, daß wir sie dann freilassen von unserer sozialistischen Ideologie und wieder den alten rückständigen Kräften aussetzen.

Es muß offen zugegeben werden, daß es 1958 mittels eines geradezu unwahrscheinlichen Terrors der anderen Seite gelungen ist, die Zahl der Jugendgeweihten außerordentlich zu erhöhen. Die Zahl der Kinder, die konfirmiert wurden, ist sehr zurückgegangen, für 1959 ist mit einem weiteren starken Rückgang zu rechnen. Genaue Zahlenangaben sind kaum möglich, da von der andern Seite auch die 1957 und teilweise früher Konfirmierten, die nachträglich jugendgeweiht sind, mit angegeben werden.

Als ein typisches Beispiel für die Mittel, die gegen Eltern angewandt werden, die an der kirchlichen Einsegnung festhalten wollen, sei nachstehender „offener Brief“ aus Marnitz in Mecklenburg festgehalten.

Vor nicht allzulanger Zeit hatten Sie, Frau Huschenhöfer, sich bereit erklärt, Renate an den Jugendstunden und ihrem feierlichen Abschluß im nächsten Jahr, der *Jugendweihe*, teilnehmen zu lassen.

Ihr Kind verläßt 1959 die Grundschule – es nimmt dann Anteil am Leben der Erwachsenen –, neue, große und schöne Aufgaben warten auf Ihre Tochter.

Doch wenige Tage nach Ihrem Entschluß klopfte jemand an Ihre Tür. Er sprach mit Ihnen über die Jugendweihe.

Seine Rede war Haß auf die Jugendweihe, sie war Erpressung gegen Sie, sie war Geschäftemacherei mit menschlichen Gefühlen, sie war eines Seelsorgers unwürdig.

Diese Rede veranlaßte Sie, die Jugendweihe für Ihr Kind auf ein Jahr nach der Schulentlassung und der Konfirmation zu verschieben.

Der Mann, der diese Rede hielt, ist Pfarrer in Marnitz. Der Mann heißt Schmidt. *Was wollte er? Das wollte er:*

Wenn Renate an den Jugendstunden und der Jugendweihe teilnimmt, wird sie nicht konfirmiert. Sie wird aus der Kirche ausgeschlossen. Sie wird nie getraut, ihre Kinder werden nie getauft werden. Eher lasse er sich einsperren – so meinte der Herr Pastor Schmidt –, als daß er Kinder konfirmiere, die die Jugendstunden besucht oder die Jugendweihe empfangen haben. So die Rede des Gemeindeseelsorgers von Marnitz.

Und Sie, Frau Huschenhöfer? Was taten Sie? Sie fühlten sich bedrängt, Sie überlegten: Meine Mutter, meine Großmutter werden nie damit einverstanden sein, daß Renate die Jugendweihe empfängt und dann von Pastor Schmidt aus der Kirche ausgeschlossen wird. Es wird Auseinandersetzungen und Ärger zu Hause geben. Nein, das kann ich meiner Mutter nicht antun.

So dachten Sie. Und der Herr Seelsorger wußte um diese Ihre Gedanken. Er kannte sie schon vorher, denn er kannte Ihre Mutter, Ihre häuslichen Verhältnisse.

Deshalb sprach er so! Deshalb brachte er Sie in Gewissensnöte. Handelt so ein Christ, ein Seelsorger? Die christliche Lehre ist die Lehre von der Nächstenliebe. Ist das Nächstenliebe, Herr Pastor Schmidt? Man nennt so etwas seelische Erpressung, Geschäftemacherei mit menschlichen Gefühlen.

Was hat Herr Pastor Schmidt gegen die Jugendweihe? Er hat es Ihnen nicht gesagt, Frau Huschenhöfer. Er könnte es Ihnen auch nicht sagen, ebenso wie er es den Kindern in der Christenlehre, vor denen er laufend gegen die Jugendweihe agitiert, nicht erklären könnte. Er hat keine stichhaltigen Gründe, der Herr Pastor Schmidt, weil es keine gibt.

Hören wir, was Ingo Fischer sagt, er besucht die 7. Klasse der Mittelschule Marnitz und nahm an der ersten Jugendstunde teil. „Wir sind am Nachmittag mit den Rädern nach Mentin gefahren. Dort haben wir im Kreiskinderheim einen Vortrag über die Antifaschistin Lilo Herrmann und anschließend Musik gehört. Es hat uns alle sehr beeindruckt. Gegen die Kirche ist kein Wort gesagt worden.“

In den Jugendstunden besuchen die Kinder sozialistische Betriebe, Genossenschaften, wissenschaftliche Anstalten. Sie unternehmen Wanderungen, um ihre Heimat kennenzulernen. Sie erweitern ihre Schulkenntnisse in diesen Jugendstunden. Wissenschaftlich richtig wird ihnen zum Beispiel die Entstehung und Entwicklung der Welt, der Erde und des Menschen erklärt. Es wird über berühmte Erfinder, Forscher, heldenhafte Antifaschisten gesprochen, kurz – es wird alles das vertieft und erweitert, was ihnen in unseren sozialistischen Schulen gelehrt wird.

Dagegen also ist Herr Pfarrer Schmidt aus Marnitz.

Halten wir fest: Der Pfarrer von Marnitz ist dagegen, daß auch Ihr Kind, Frau Huschenhöfer, seine Kenntnisse erweitert und mehr Bildung erhält; daß auch Ihre

Tochter erkennt, daß nicht Gott die Welt schuf, sondern daß dazu eine lange Zeit *ohne* Mitwirkung eines göttlichen Wesens nötig war. Ihre Tochter soll nach dem Wunsch des Pfarrers Schmidt nicht erfahren, wie es religiösen Fanatikern ergeht, die gegen die Wissenschaft anrennen – die Wissenschaft straft sie Lügen, die Entwicklung und einsichtige Menschen fegen sie hinweg, machen sie vergessen.

Denken wir nur an Galileo Galilei. Er wurde im 17. Jahrhundert von der Kirche in den Kerker geworfen, weil er sich schon damals offen dazu bekannte, daß die Erde im Weltenraum kreist und nicht etwa ihr unbeweglicher Mittelpunkt sei, wie es die Kirche behauptete. Die Kirche verfolgte ihn und seine Anhänger – doch vergebens. Heute sind diese Lehren wissenschaftlich anerkannt und werden in allen unseren Schulen verbreitet. Ist Herrn Pfarrer Schmidt unsere Schule, wo doch das gleiche wissenschaftliche Weltbild wie in den Jugendstunden gelehrt wird, ein Dorn im Auge?

Es ist doch so: Wer gegen die Lehren der Jugendweihe ist, kann auch nicht für die Lehren unserer sozialistischen Schulen sein! Damit erfrecht sich also Herr Pastor Schmidt, auch gegen die Bildungsstätten unserer Kinder, gegen eine unserer größten sozialistischen Errungenschaften, von der auch zwei seiner Kinder Vorteile haben, zu Felde zu ziehen. Er wird, ob er will oder nicht, zum Helfer der Reaktion.

Das wissen wir genau, Frau Huschenhöfer, Sie wollen das nicht. Und dennoch unterliegen Sie dem Druck des Pfarrers Schmidt und sagen: Meine Tochter soll erst an der Konfirmation und dann im folgenden Jahr an der Jugendweihe teilnehmen. Sie meinen: Auf die Konfirmation kann man nicht verzichten, denn Generationen hindurch wurde in der Familie konfirmiert.

Aber halten wir uns denn im täglichen Leben an das, was für das Leben unserer Vorfahren bestimmend war? Heute brauchen Sie nur den Lichtschalter zu drehen – schon ist die Stube hell erleuchtet. Würde es Ihnen dann im Traum einfallen, Ihr Zimmer mit einem Kienspan zu verrußen, weil es unsere Ahnen so taten. Und denken Sie auch daran: Irgendwo über unseren Köpfen zieht Sputnik III seine Bahn, dessen Funksignale der Grabgesang für die religiösen Fanatiker sind. Sehen Sie, Frau Huschenhöfer, im täglichen Leben haben wir uns also modern, bequem eingerichtet, da leben wir zeitgemäß. Und im Denken? Da sagen Sie sich: Konfirmiert wurde meine Mutter, bei mir war es nicht anders, also wird es bei Renate genauso sein. Sie denken aber nicht daran: Die marxistische Wissenschaft hat das Unhaltbare der christlichen Lehre aber hundertfach aufgedeckt und widerlegt! Und Ihr Kind soll nach Ihrem Willen und dem Willen des Herrn Pastors Schmidt diese falschen Anschauungen lernen, in sich aufnehmen? Und wenn später Ihre Tochter fragt: Mutter, warum mußte ich das? Was sagen Sie dann? Was antworten Sie, Frau Huschenhöfer?

Die Schule tritt für ein wahres, wissenschaftliches, also marxistisches Weltbild unserer Kinder ein. Renate kommt natürlicherweise in einen Widerspruch zwischen Schule und Christenlehre. Wie helfen Sie Ihrem Kinde? Indem Sie sich mit Ihrem Kinde auf die Seite des Fortschritts stellen, es an den Jugendstunden und nicht an der Christenlehre teilnehmen lassen! Die Eltern von 72% aller Schulabgänger unseres Kreises haben diesen Schritt schon getan – ihre Kinder nehmen 1958/59 an den Jugendstunden und der Jugendweihe teil. Niemand wird im späteren Leben fragen: Was weißt Du über den Katechismus, über die Gebote und den Inhalt der Bibel, sondern man wird wissen wollen: Wie beherrscht Du die Dinge in der Natur und Gesellschaft?

Die Zeit drängt, sie bleibt nicht stehen. Wer von ihr nicht überholt werden will, muß mit ihr gehen, auch wenn es noch Hindernisse wie Pastor Schmidt auf diesem Wege gibt.

Walter Awe

Direktor der Mittelschule Marnitz
und Mitglied des Bezirksausschusses

Kurt Fischer

stellvertretender Direktor
der Mittelschule Marnitz

Eva Büniger, Vors. des Ausschusses für Jugendweihe in Marnitz

Das war 1958 die Sachlage: auf staatlicher Seite kein Entgegenkommen, sondern nur weiter Angriffe und entschlossenes Festhalten an dem Ziel, alle Kinder für die bewußt atheistisch ausgerichtete Jugendweihe zu gewinnen; in den Gemeinden viel echte Not, die meisten Eltern sehen nicht mehr die Möglichkeit zu einer wirklichen Entscheidung, sondern als Arbeitnehmer des Staates glauben sie gezwungen zu sein, ihre Kinder zur Jugendweihe zu schicken, wenn sie nicht selber ihr Brot verlieren und ihren Kindern alle Möglichkeiten eines Fortkommens nehmen wollten; die Pfarrer von diesen Nöten umgetrieben bis an den Rand ihrer Kräfte, viele gaben den Kampf auf und fragten ihre Konfirmanden nicht mehr, ob sie jugendgeweiht würden oder nicht, sie mußten, namentlich in den Städten, ja damit rechnen, angelogen zu werden. Um deutlich zu machen, in welche innere Not ein Pfarrer kommen konnte, sei hier einmal der Brief eines sächsischen Pfarrers an seine Synode wiedergegeben.

Ich bitte die hohe Synode, zu entschuldigen, daß ich mich in letzter Minute an sie wende. Aber ich bin beunruhigt von dem Gedanken, daß es auch bei der Synode so gehen könnte wie bei den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche. Man hat nämlich die während jener Verhandlungen laut werdenden Stimmen, die Gespräche wegen der sich gerade in dieser Zeit mehrenden schweren Eingriffe des Staates ins kirchliche Leben abbrechen, falls nicht eine sofortige Änderung einträte, mit dem Hinweis zu beruhigen versucht, wir müßten auf jeden Fall dankbar sein für die Möglichkeit der Gespräche und wir dürften gewiß sein, daß wirklich alles gesagt würde, was gesagt werden müsse. Wir sind wohl inzwischen alle mehr oder minder über jenes Kommuniké erschrocken, das schließlich dabei herausgekommen ist. Dieses Erschrecken kann ja nichts besser beweisen als das Wort unserer Kirchenleitung vom 31. 7. 1958, in dem es heißt, daß die Kirchenleitungen in der DDR keine Gelegenheit hatten, zu der in der Presse veröffentlichten Erklärung vorher Stellung zu nehmen. Ein ebensolcher Beweis ist das Wort des Generalsuperintendenten Führ in der „Kirche“ vom 3. 8. 1958. Nun steht der Satz da, daß die Kirche „grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmt“. Nun ist es also doch wahr, was wohl mit mir viele zunächst für eine bewußt verdrehte Wiedergabe der tatsächlichen Erklärungen der kirchlichen Vertreter gehalten haben, daß „der gegen den Staat erhobene Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten wird“. Sage doch niemand, daß die Kirche damit durch eine von Gott ihr aufgetane Tür gegangen wäre. Nein, hier ist sie den „listigen Anläufen des Teufels“ zum Opfer gefallen, und alle Versuche, dies zu rechtfertigen, wirken peinlich und hilflos. Das neue Schuljahr hat begonnen – womit? Mit der Proklamierung eines so wesentlich unsere Christenlehre in Frage stellenden Teiles aus dem „Lange-Erlaß“, wonach zwischen jeder schulischen Veranstaltung und unseren Stunden zwei Stunden Pause liegen müssen.

Ich frage mich immer wieder: Ist die Kirche dazu verdammt, die Stimmen der Warner zu unterschätzen und dafür lieber kluge Kompromisse zu schließen, die jene freilich nicht gutheißen können? Angesichts dieser Tatsache ist Resignation unter den Pfarrern eine Haltung geworden, die zwar nicht überschätzt zu werden braucht, an der man aber genauso lieblos und schuldig werdend vorübergehen kann wie Priester und Levit am Halbtod von der Straße von Jerusalem nach Jericho.

Trotzdem will ich wagen, zu der sicher zur Verhandlung stehenden Konfirmationsfrage etwas zu sagen. Ist es bereits gesagt, dann würde meine Eingabe die Synode nicht weiter beanspruchen, außer, daß ich wünsche, die eben gemachten Andeutungen, hinter denen eine Fülle von nicht zur Ruhe kommenden Fragen und Anfechtungen steht, möchten doch zutiefst beunruhigend wirken.

1. Seitdem die Jugendweihe mit staatlichem Druck bei uns praktiziert wird, reden

wir von einer neuen Konfirmationsnot. Wir haben ihr zunächst durch das Entweder-Oder zu steuern versucht. Aus allen – auch noch nach der EKD-Synode – bisher erschienenen kirchenamtlichen Erklärungen geht hervor, daß man dies auch aufrechtzuerhalten gedenkt. Die Praxis aber zeigt, daß dies zuletzt doch keine entscheidende Hilfe ist.

2. Im Zusammenhang damit hat sich die Kirche nach langer Zeit entschlossen, ausführlich begründete und differenzierte Kirchenzuchtmaßnahmen zu verkünden und durchzuführen. Diese haben sich als völlig undurchführbar und unhaltbar erwiesen. Die Jugendweihe-Werber unter den noch der Kirche angehörenden Lehrern etwa, sprechen – mit wohl nur wenigen Ausnahmen, die außerdem inzwischen im wesentlichen zur Entlassung gekommen sein dürften – diesen hilflosen Maßnahmen der Kirche Hohn. Zur gleichen Zeit, wo Theologiestudenten ein noch viel schlimmeres Gelübde ablegen als das der Jugendweihe, wo Pastorenkinder in den atheistischen Organisationen der Jungen Pioniere und der FDJ und Pfarrer wohl auch noch in der SED sind, ohne daß darüber meines Wissens jemals ernsthafte Erhebungen von seiten des Landeskirchenamtes gemacht worden sind, sollten Kinder in Kirchenzucht genommen werden, die von ihren „christlichen Eltern“ und Lehrern verführt waren. Alles das ist bisher nicht rückgängig gemacht worden, sondern ist vielmehr in einer Weise der Ratlosigkeit des einzelnen Pfarrers überlassen geblieben, so daß dieser Versuch, Kirchenzucht zu üben, nicht nur als gescheitert, sondern als gefährliches Krankheitssymptom in der Kirche angesehen werden muß.

3. Ich weiß nicht, ob ich recht habe, aber langsam scheint sich mir in unsere Überlegungen der Gedanke einzuschleichen: Sollte die Jugendweihe zum Gesetz erhoben werden, dann müßte zwar die Konfirmation mindestens zur selben Zeit endgültig fallen, aber mit dieser Tatsache müßten wir uns abfinden. Ist das so? Ich fürchte es; denn wir haben uns ja auch in einer Weise mit der materialistischen Bekenntnisschule abgefunden, wie wir es wohl – ich erinnere an unsere erste Abkündigung in dieser Sache 1948; wo mehrere Pfarrer an einer Gemeinde amtierten, sollten sie alle während der Verlesung jenes Wortes im Ornat am Altar stehen! – nie für möglich gehalten hätten. Und das in einer Kirche, die meint, Nachfolgerin der Bekenntenden Kirche aus der Zeit des Kirchenkampfes im Dritten Reich zu sein!

4. Konfirmation ist nur, weil Kindertaufe. Das ist der springende Punkt. Jegliches Bemühen um die Konfirmationsnot könnte meines Erachtens die Konfirmation tatsächlich völlig unberücksichtigt lassen, wenn es bis zum Ursprung der Not in unserer Kirche überhaupt, nämlich zur Taufpraxis zurückgehen würde. Nicht die Kindertaufe ist eine Wunde am Leibe der Kirche, wie K. Barth meint, sondern die Kindertaufe, das heißt, daß wir das Sakrament – übrigens auch das Altarsakrament – in unverantwortlicher Weise verschleudern (Bonhoeffer). Es gäbe wohl längst keine Heidenmission mehr, bzw. hätte sich nie eine Gemeinde bilden können, wenn den Taufbewerbern das Sakrament so „billig“ hingeworfen worden wäre, wie es allfällig den Eltern gegenüber geschieht, die ja praktisch bei uns als die Taufbewerber zu gelten haben. Auch die neue Taufordnung hat hier keine entscheidende Hilfe bringen können, da sie wesentlich institutionen Charakter trägt. Wir können doch nicht weiter so taufen, wenn wir es zu einem großen Teil beim Vollzug des Wortes Mark. 16, 16, das doch bewußt in der neuen Taufordnung gleich am Anfang steht, mit abgefallenen Christen zu tun haben, die ihre Kinder in die Kirche bringen. Wir finden uns doch hier mit einem Minimum an christlichem Glauben und Leben ab, das an Blasphemie grenzt, wenn diese Grenze nicht schon weithin überschritten ist! Diesem Minimum ist nicht mehr – ebenso wie bei der Trauung – durch ein einmaliges Gespräch zu steuern, sondern nur durch eingehende Unterweisung, mit der die Teilnahme am Leben der Gemeinde Hand in Hand gehen muß.

5. Gott hat uns die Konfirmation genommen. Sie ist jedenfalls so nicht mehr durchführbar, wie wir es in diesem Jahre noch getan haben: Die „Ersten“ bleiben und ließen sich schließlich doch jugendweihen.

Es ist gesagt worden, daß wir ja die Konfirmation gar nicht krampfhaft festhalten würden, sondern vielmehr im Gehorsam gegen Gott gerade aufgeben, indem wir entweder-oder sagen; wenn eben noch mehr zur Jugendweihe gehen würden, dann würden wir eben immer weniger oder auch, wenn's sein müßte, gar niemand mehr konfirmieren. Auch das hat sich ja inzwischen als Trugschluß erwiesen, wie eben gezeigt wurde.

Und warum geben wir die Konfirmation nicht auf? Bisher habe ich nur unechte Begründungen dafür gehört, zum Beispiel: Man könnte doch nun nicht gerade die „Treuen“ enttäuschen, die standgehalten und schwere Opfer zum Teil gebracht hätten. Aber gerade die Treuen und im Glauben Feststehenden müßten's zu allererst begreifen, daß die Kirche angesichts der zahllosen „Gefallenen“ um ihres Herrn willen nicht länger konfirmieren darf.

6. Es haben sich in letzter Zeit die Stimmen gemehrt, die für eine Konfirmation etwa vom 18. Lebensjahr ab eintreten. Fragen:

a) Wer wird noch zur Christenlehre kommen, die mit nichts abschließt (trotz vorgeschlagener Abschlußprüfungen und anderem mehr)? Wie ich hörte, müssen bereits Katecheten entlassen werden, weil die Anzahl der Christenlehre-Kinder erheblich zusammengeschrumpft ist (Zschopau).

b) Einerseits behandeln wir die Kinder in der Christenlehre als Getaufte und entlassen sie dann auf unbestimmte Zeit aus der Gemeinde. Woher nehmen wir andererseits dann das Recht, ihnen das Sakrament des Altars ebensolange vorzuenthalten? Würde dann nicht endlich die römisch-katholische Kirche mit ihrem Vorwurf recht haben, daß sie die Kirche des Sakraments sei, wir aber die Kirche der Worte sind (nicht *des* Wortes, wie wir so gern meinen und sagen!)?

7. Vorschläge:

A. a) Kindertaufe auf Grund der oben angeführten Form der Unterweisung der Eltern (und Paten).

b) Daneben Taufe in jedem Alter nach mehrjährigem Unterricht; dabei gleichzeitig Zulassung zum heiligen Abendmahl.

B. a) Völliger Verzicht auf die Konfirmation; nur Hinführung zum Abendmahl (ohne festen Termin für den ersten Abendmahlsgang?) für die jetzt im Konfirmationsunterricht Stehenden.

b) Übergang zur Kinderkommunion etwa ab zehn Jahren für die Nachkommenden, um so für die Jahre der körperlichen Entwicklung und der Schwierigkeiten gerade in Schule und Leben entscheidende Hilfe zu gewähren, die ja auch bei der bisherigen Konfirmationspraxis schon immer zu spät kam.

Unter dem Eindruck dieser Nöte überprüfen 1958 die Landeskirchen ihre Entscheidungen hinsichtlich eines entschiedenen Entweder-Oder zwischen Konfirmation und Jugendweihe. Ist dieses noch aufrechtzuerhalten in einer Welt, in der echte Entscheidungen kaum mehr möglich sind? Man kann den leichten Ausweg suchen, den etwa der bereits erwähnte Bund evangelischer Pfarrer geht, indem er in einer allerdings nicht von allen seinen Mitgliedern beschlossenen Erklärung im September 1958 folgendes als Lösung des Konfliktes anbietet:

EIN WORT ZUR KONFIRMATIONSFRAGE

Dem Bund evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik werden von Pfarrern, Katecheten und Konfirmandeneltern immer wieder in großer Gewissensnot Fragen nach dem Verhältnis von Jugendweihe und Konfirmation gestellt. Von dem Wunsche bestimmt, hier brüderlich zu helfen, wurden innerhalb des Bundes dazu folgende Thesen erarbeitet:

I.

1. Das Jugendweihegelöbnis ist ein Versprechen und kein Bekenntnis, eine Willenserklärung, jedoch keine Glaubensaussage. Der Jugendliche bekennt sich damit nicht zur atheistischen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, wie sie auch einigen Jugendlichen zugrunde gelegt ist, sondern er gelobt darin, beim Aufbau des Sozialismus nach Kräften mitzuhelfen.

2. In Anbetracht der Erklärung ihrer berufenen Vertreter, daß die evangelischen Kirchen in der DDR die Entwicklung zum Sozialismus respektieren, und angesichts der Tatsache, daß Millionen evangelischer Christen in der DDR im sozialistischen Arbeitsprozeß tätig sind und sich guten Gewissens am Aufbau des Sozialismus beteiligen, kann das Gelöbnis, nach Kräften dabei mitwirken zu wollen, nicht als bekenntniswidrig oder dem Konfirmationsgelübde widersprechend angesehen werden. Es berührt die unübersteigerliche Grenze zwischen Christentum und Atheismus überhaupt nicht.

3. Allen Bestrebungen, die Frage Konfirmation und Jugendweihe vom Standpunkt ihrer Unvereinbarkeit her lösen zu wollen, ist damit die Grundlage entzogen.

II.

4. Die Taufe ist ein Handeln Gottes, das zwar nur im Glauben wirksam, aber durch Unglauben nicht gegenstandslos wird. Mit ihr werden dem Getauften alle Gliedschaftsrechte in der Gemeinde grundsätzlich zugeeignet. In ihrer Einmaligkeit und Unaufhebbarkeit ist die Ablehnung jeder Art von Wiedertaufe durch die Reformatoren begründet.

5. Die Konfirmation ist zwar Bestätigung des Taufgelübdes der Eltern und Paten durch die Konfirmanden, aber in keinem Sinne Wiederholung der Taufe. Wer durch Verschiebung der Konfirmation zeitlich hinter die Jugendweihe zu kommen und diese damit aufzuheben versucht, versteht die Konfirmation als Exorzismus und damit als quasi Wiedertaufe. Ein solches Verständnis ist eindeutig bekenntniswidrig.

6. Die Konfirmation kann keinem getauften Christen verweigert werden, der sie im Glauben an Christus begehrt. Die Beteiligung an der Jugendweihe kann weder von der Konfirmation ausschließen noch eine bereits erfolgte Konfirmation aufheben.

Der Vorstand des Bundes evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik übergibt diese Thesen den leitenden Brüdern und anderen kirchlichen Amtsträgern sowie der kirchlichen Öffentlichkeit mit der Bitte um Prüfung und Meinungsäußerung.

Dieser billige Ausweg ist von den Kirchen insgesamt verworfen. Da der Pfarrerbund vor allem in der sächsischen Kirche seine Mitglieder hat, hat diese Kirche auch am deutlichsten diesen Weg in der Konfirmationsfrage verworfen. Es seien wiedergegeben der Hirtenbrief des Landesbischofs vom 4. November 1958 und eine Rundverfügung des Landeskirchenamtes vom 6. November 1958.

Der Landesbischof
der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Dresden A 21, am 4. November 1958

Liebe Brüder im Amt!

Ehe das Kirchenjahr zu Ende geht, will ich Euch noch einige Zeilen zu Dingen schreiben, die uns alle laufend beschäftigen.

1. Wir haben uns auf den Pfarrertagen über die Fragen um Konfirmation und Jugendweihe ausgesprochen. Was dabei aus Eurer Mitte geäußert worden ist, haben wir sehr wohl aufgenommen. Die aufgeworfenen Fragen beschäftigen uns fortgesetzt. Trotzdem kann ich nur wiederholen, was ich auf den Pfarrertagen gesagt habe: Haltet

Euch um der Kirche und um Euer selbst willen an die Beschlüsse, die unsere Synode in ernster Beratung gefaßt hat. Es zeigt sich immer wieder, daß alle anderen Lösungsvorschläge daran krankten, daß sie bestimmte Seiten des vielschichtigen Problems außer acht lassen und darum keinen wirklichen Weg aus den Schwierigkeiten bieten.

Jeder einzelne von uns ist natürlich von den Nöten im tiefsten Innern bewegt; denn wir alle tragen schwere Verantwortung. Manche von uns sind darum leicht geneigt, gegen die Beschlüsse der Synode Gewissensgründe ins Feld zu führen. Ich verstehe schon, wie es dazu kommt, bitte aber herzlich, sich nicht vorschnell auf das Gewissen zu berufen. Nach evangelischem Verständnis kann es sich nur um das an Gottes Wort gebundene Gewissen handeln, nicht um persönlich begründete Meinungen. Als Wort Gottes begegnet uns aber nicht nur Mark. 10, 14, sondern auch das erste Gebot. Und der Herr Christus hat nicht nur den Heilandsruf Matth. 11, 28 gesagt, sondern auch um der Liebe willen den reichen Jüngling in Matth. 19, 16 f. vor die schwere Entscheidung gestellt. Ich will Euch noch einmal darauf hinweisen, daß uns das gemeinsame Stehen in den Ordnungen der Landeskirche auch ein Gewissensanliegen sein muß und daß wir es nicht leichtnehmen dürfen, einen eigenen Weg zu gehen und uns von der Gemeinschaft der Brüder abzuseiden. Ist es recht, wenn sich ein einzelner eine Erleichterung schafft und dabei dem Nachbar die doppelte Last auflegt? Um Christi willen bitte ich Euch, auch im Gedenken an den Text des Reformationsfestes, fest beieinander zu bleiben.

2. Der Bund Evangelischer Pfarrer hat Thesen zur Frage Konfirmation und Jugendweihe veröffentlicht. Es ist uns erklärt worden (was aus der Tagespresse nicht ersichtlich war), daß es sich dabei nicht um eine Stellungnahme des Bundes handle, sondern um Thesen, die in den eigenen Reihen umstritten und nur zur Diskussion gestellt sind. Trotzdem muß ich feststellen:

Die Thesen müssen in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob sie im Namen eines großen Kreises von Pfarrern offiziell ausgegeben werden. Sie sind der Presse übergeben worden, obwohl den Verfassern bekannt war, daß sie der gesamtkirchlichen Haltung widersprechen und daß keine Möglichkeit für eine öffentliche amtliche Richtigstellung besteht.

Zum Inhaltlichen habe ich grundsätzlich gegen die Thesen vor allem folgendes einzuwenden:

Es geht nicht an, den von maßgebenden Stellen immer wieder in aller Öffentlichkeit betonten atheistischen Charakter der Jugendweihe so leicht zu übergehen, wie das in These I, 1 geschieht. An diesem Punkt entsteht ja für die Kirche und die einzelnen Christen die Not. Wie kann ich eine Lösung anbieten, wenn ich den Kern des Problems umgehe? Wie kann ich der Sache gerecht werden, wenn ich weder das Wesen der Jugendweihe noch das Wesen der Konfirmation ganz ernst nehme?

3. Es ist uns ein großer Schmerz, daß in der allgemeinen Lage noch immer keine fühlbare Entspannung eingetreten ist. Das stellt uns weiterhin vor sehr ernste Fragen, mit denen wir uns laufend beschäftigen.

Es ist mir in dieser Lage besonders wichtig, daß wir die Pflicht der Fürbitte ganz ernst nehmen. Unserer Fürbitte sind befohlen die Regierungen in der ganzen Welt und der Friede zwischen den Völkern, die Verantwortlichen in unserer Kirche und in unserem Staat, unsere Jugend, unsere Konfirmanden und ihre Eltern, unsere Kinder und alle, die sie unterweisen, die Angefochtenen, Bedrängten und Gefangenen.

Im allgemeinen Kirchengebet am Sonntag muß die Gemeinde ganz konkret ihr Amt der Fürbitte ausrichten. Wir sollten darüber hinaus in den Bibelstunden, den sonstigen Zusammenkünften der Gemeinde, den Wochenschlußandachten der Fürbitte besonderen Raum geben. Vielleicht könnten auch in den Gemeinden, wo es bisher nicht üblich ist, wenigstens kleine Kreise am Schluß der Woche zu einer Gebetsandacht zusammenkommen.

4. In allem aber laßt uns darum ringen, daß wir im Glauben nicht müde werden. Das ist ja die eigentliche Anfechtung, daß wir unsere Augen wegwenden von dem Gott, der da hilft, und darüber Geduld und Glauben der Heiligen verlieren. Das aber ist Gottes guter, gnädiger Wille, daß er uns stärkt und uns fest erhält in seinem Wort und Glauben bis ans Ende. Das schenke uns Gott in Gnaden!

Ich grüße Euch, alle Eure Mitarbeiter und Gemeinden wie auch Eure Familien in herzlicher Verbundenheit als
Euer D. Noth

Evangelisch-Lutherisches
Landeskirchenamt Sachsens

Dresden, am 6. November 1958

AN ALLE PFARRÄMTER

Das Landeskirchenamt überreicht hiermit eine Stellungnahme zu dem „Wort“ des Bundes Evangelischer Pfarrer zur Konfirmationsfrage. Sie soll zur Unterrichtung der Gemeinden dienen und vor allem in den Gemeindeveranstaltungen besprochen werden.

In den Tageszeitungen ist kürzlich von dem Bund Evangelischer Pfarrer „Ein Wort zur Konfirmationsfrage“ veröffentlicht worden, das geeignet ist, in die weithin beunruhigten Gemeinden neue Verwirrung zu tragen.

Wir haben dazu folgendes zu sagen:

1. Der Bund Evangelischer Pfarrer ist nicht die offizielle Vertretung der Pfarrerschaft. Sein Vorstand hat erklärt, das veröffentlichte Wort spreche nicht die Meinung des Bundes aus, sondern sei im eigenen Kreise durchaus umstritten. Es sei nur als ein Diskussionsbeitrag zu verstehen. Der Vorstand habe das Wort nicht der Tagespresse zugeleitet.

2. Nach allen bisherigen Erfahrungen besteht die Möglichkeit einer solchen Diskussion in der öffentlichen Presse nicht. Das Landeskirchenamt gibt darum seine Stellungnahme auf diesem Wege bekannt. Das geschieht, nachdem ein Gespräch mit Vorstandsmitgliedern des Bundes stattgefunden hat.

3. Im ersten Abschnitt des veröffentlichten Wortes wird ausgesprochen, daß der Marxismus-Leninismus eine atheistische Weltanschauung ist und daß zwischen Christentum und Atheismus eine unübersteigliche Grenze läuft. Das ist unbestreitbar. Wenn aber behauptet wird, mit dem Jugendweihegelöbnis bekenne sich der Jugendliche nicht zu dieser atheistischen Weltanschauung, so steht das im Widerspruch zu zahllosen Äußerungen der für die Jugendweihe verantwortlichen und an ihrer Durchführung beteiligten Kreise. Wir zitieren dazu nur zwei Sätze aus dem „Neuen Weg“, einem Organ des Zentralkomitees der SED (Nr. 17/1958, S. 1323): „Auf dem Gebiete der *atheistischen* Propaganda der Schulparteiorganisationen ist zweifelsohne eine positive Entwicklung festzustellen. Das drückt sich auch darin aus, daß bis jetzt 78 Prozent der Schulabgänger 1959 für die Teilnahme an der *Jugendweihe* gewonnen werden konnten.“ Daß das Wort des Bundes Evangelischer Pfarrer daran nichts zu ändern vermag, zeigt auch das verbindliche Programm für die Vorbereitungsstunden der Jugendweihe (Deutsche Lehrerzeitung vom 28. August – vgl. Materialdienst des LKA).

Die Bedrängnisse und Gewissensnöte, die durch die Propagierung der Jugendweihe den Konfirmanden und ihren Eltern bereitet werden und die *wir* ihnen gern erspart hätten, dürfen nicht dazu führen, daß die Wahrheit verdeckt wird und die Kirche ihre Glaubwürdigkeit preisgibt. Wir können aus den genannten Gründen nur nach wie vor feststellen:

Konfirmation und Jugendweihe sind unvereinbar. Wir befinden uns damit wie bisher in Übereinstimmung mit allen Gliedkirchen im Bereiche der Deutschen Demokratischen Republik, mögen auch ihre Konfirmationsordnungen in einzelnen Stücken auseinandergehen. Das „Wort zur Konfirmationsfrage“ kündigt in seinem Vorspruch an, es wolle

brüderlich helfen. In Wahrheit fördert es nur die Verwirrung der Gewissen. Um seines irrigen und irreführenden Grundsatzes willen erübrigt es sich, auf Einzelheiten dieses Wortes einzugehen.

4. Wir sind aufrichtig betrübt, daß ein Kreis evangelischer Pfarrer ein Wort zur Jugendweihe und Konfirmation veröffentlicht, ohne mit einer Silbe von dem harten Druck zu sprechen, der im Zusammenhang mit der Jugendweihe Eltern und Kindern, Erziehern und anderen Gemeindegliedern widerfährt.

Wir bitten: Tut nichts gegen Euer Gewissen! Sucht nicht nach billigen Auswegen! Es geht nicht bloß um Konfirmation und Jugendweihe, sondern um die letzte Frage unserer ganzen Existenz: Mit Gott oder ohne Gott? Wir haben die Verheißung: Den Aufrichtigen läßt es der Herr gelingen.

Dr. Harzer

Das Ringen um den rechten Weg in dieser Frage zieht sich das ganze Jahr 1958 hindurch. Als eine Art Richtschnur ist dabei der Vorschlag der Kirchlichen Ostkonferenz vom 27. August 1958 anzusprechen:

Die Kirchliche Ostkonferenz hat sich in ihrer Sitzung vom 27. August 1958 erneut mit der Frage der Konfirmation befaßt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gelangt, das sie den Kirchenleitungen zur Beachtung empfiehlt.

1. Konfirmation und Jugendweihe sind unvereinbar. Die Teilnahme an der atheistischen Jugendweihe verstößt gegen das erste Gebot und das Bekenntnis zu Jesus Christus. Sie kann auch dort nicht freigegeben werden, wo sie nicht aus antikirchlichen Motiven erfolgt, sondern unter politischem oder wirtschaftlichem Druck geschieht. Letztlich darf es nicht entscheidend sein, ob die Teilnehmerzahl an der Konfirmation durch eine solche Stellungnahme sinkt. Pfarrer, die Jugendliche unbesehen konfirmieren, auch wenn sie an der Jugendweihe teilnehmen wollen oder daran teilgenommen haben, richten sowohl gegenüber diesen Jugendlichen und ihren Eltern als auch gegenüber ihrer Kirche schweren Schaden an, weil sie eine echte geistliche Lösung der vorliegenden Not verhindern, ohne doch dem eigentlichen Konflikt auf die Dauer entgehen zu können.

2. Diese Grundsatzentscheidung muß mit seelsorgerlicher Barmherzigkeit gepaart sein. Es wird daher empfohlen, die Jugendlichen im kirchlichen Unterricht zu belassen, wenn sie ihn nicht von sich aus aufgeben. Sie sollten auch dann nicht ausgeschlossen werden, wenn sie die Jugendstunden für die Jugendweihe besuchen. Wenn Jugendliche den kirchlichen Unterricht von sich aus aufgeben, sollte ihnen mit besonderem Ernst seelsorgerlich nachgegangen werden, um sie zurückzugewinnen.

Ebenso muß der Seelsorger alles tun, um auch in enger Verbindung mit den jugendgeweihten Jugendlichen zu bleiben.

3. Um eine solche Regelung ohne Verletzung der Wahrhaftigkeit durchzuführen, wird folgendes vorgeschlagen: Der bisherige zweijährige Konfirmandenunterricht bleibt auch in Zukunft im wesentlichen unverändert bestehen. Er führt in die Lehre und das Leben der Kirche ein. An diesen Stunden, die wie bisher im Konfirmationsalter vom Pfarrer selbst erteilt werden sollten, sollen sowohl die Konfirmanden als auch diejenigen, die zu den Jugendstunden gehen, teilnehmen. Am Schluß dieses Unterrichts sollte der Pfarrer die Jugendlichen und ihre Eltern mit verantwortlichen kirchlichen Mitarbeitern versammeln, möglichst nicht in einem Gottesdienst, um jede Verwechslung mit einer Konfirmationsfeier auszuschließen.

4. Für diejenigen, die die Konfirmation und die Zulassung zum heiligen Abendmahl begehren, sollte eine besondere seelsorgerliche Vorbereitung auf den ersten Empfang des Sakraments stattfinden. Diese Vorbereitung sollte etwa ein Vierteljahr dauern, möglichst in Verbindung mit Rüstzeiten, die eine Lebensgemeinschaft zwischen Konfirmator und Konfirmanden darstellen. Am Ende dieser Vorbereitung sollte die Zulassung zum heiligen Abendmahl in Form einer Einsegnung nach der Konfirmationsordnung erfolgen.

Diese Vorbereitung, zu der auch die Eltern eingeladen werden können, sollte von Zeit zu Zeit stattfinden, wo immer sie begehrt wird, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit und auf das Lebensalter der Jugendlichen. Wo es geboten erscheint, kann diese Vorbereitung auch schon neben dem Unterricht für alle stattfinden. Sie könnte für berufstätige Jugendliche auch als Abendkursus durchgeführt werden.

Jugendliche, die zwar an der Jugendweihe teilgenommen haben, aber zum Beispiel durch regelmäßige Teilnahme am kirchlichen Leben gezeigt haben, daß sie nicht an den Atheismus gebunden sind und sich zum Worte Gottes halten wollen, können nach Ablauf einer Frist von etwa einem Jahr zu dieser Vorbereitung zugelassen werden.

Auch für 1959 sollte die Konfirmation, wenn keine andere Nötigung vorliegt, auf den bisher üblichen Termin gelegt werden; doch können auch mehrere Termine im Laufe des Kirchenjahres vorgesehen werden.

5. Die Frage, in welcher Weise die Zuerkennung der kirchlichen Rechte erfolgen soll, die bisher an die Konfirmation gebunden waren, ist noch zu durchdenken. Für 1959 wird empfohlen, den Jugendlichen, die konfirmiert und zum heiligen Abendmahl zugelassen werden, auch die Rechte zuzulegen, die bisher mit der Konfirmation verbunden waren.

Die Kirchliche Ostkonferenz bittet die Leitungen der Gliedkirchen, an einer gesamt-kirchlichen Regelung festzuhalten. Das setzt voraus, daß die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse, die sich um die Lösung der Konfirmationsfrage bemühen, soweit als möglich mit der Arbeit der Kirchlichen Erziehungskammer für die DDR, in der sämtliche Gliedkirchen vertreten sind, koordiniert wird. Es bedingt ferner, daß nicht einzelne Gliedkirchen vorher Fragen der Konfirmation so regeln, daß dadurch eine gesamt-kirchliche Regelung erschwert oder unmöglich gemacht wird. Diese gesamt-kirchliche Regelung sollte erst durchgeführt werden, wenn der von der Synode der EKD beschlossene gesamt-kirchliche Ausschuß hat Stellung nehmen können.

Dem entspricht das, was in einem Rundfunkinterview Bischof D. Dr. Dibelius dargelegt hat.

Frage: Die Nachrichten über die neue Regelung der Konfirmation, die bisher in die Öffentlichkeit gelangt sind, haben eine gewisse Unsicherheit ausgelöst, ob die Kirche sich jetzt mit der Jugendweihe des Staates abgefunden habe. Trifft dies zu?

Bischof Dibelius: Davon kann gar nicht die Rede sein; es bleibt bei der Feststellung, daß Jugendweihe und Konfirmation miteinander unvereinbar sind. Es ist unmöglich, daß sich ein Kind zu dem Materialismus bekennt, von dem uns ausdrücklich gesagt worden ist, daß er atheistisch verstanden werden muß, und dann zur Konfirmation geht und ein Bekenntnis zu Jesus Christus ablegt.

Frage: Wenn nun aber die große Mehrheit aller Kinder zur Jugendweihe geht, gibt die Kirche damit nicht die Konfirmation praktisch preis?

Bischof Dibelius: Erstens sind die Verhältnisse sehr verschieden. Es gibt in der Tat Gemeinden, in denen die erdrückende Mehrheit aller Jugendlichen zur Jugendweihe geht. Es gibt aber ebenso Gemeinden, in denen sich nahezu sämtliche Kinder für die Konfirmation entscheiden.

Frage: Will sich denn die Kirche um die Kinder, die zur Jugendweihe gegangen sind, überhaupt nicht mehr kümmern?

Bischof Dibelius: Selbstverständlich denkt die Kirche nicht daran, alle Jugendlichen, die zur Jugendweihe gegangen sind, einfach abzuschreiben. Sie weiß viel zu genau, daß die Teilnahme an der Jugendweihe in ungezählten Fällen lediglich deshalb erfolgt, weil die Eltern fürchten, daß die Kinder nicht zu höheren Ausbildungsmöglichkeiten zugelassen werden, was ihnen ja in der Tat oft genug mit dünnen Worten angekündigt worden ist. Die Kirche wird daher den Jugendlichen, die nur mit halbem Herzen bei der Jugendweihe waren, die Möglichkeit geben, doch noch konfirmiert zu werden. Nur muß ein

Abstand da sein, und die Kirche muß die Gewißheit haben, daß die Jugendlichen wirklich in Treue zu dem christlichen Evangelium die Konfirmation begehren und dem Atheismus absagen.

Frage: Wie will die Kirche so etwas feststellen?

Bischof Dibelius: Dieser Beweis müßte dadurch erbracht werden, daß die betreffenden Jugendlichen nach der Jugendweihe am kirchlichen Leben aktiv teilnehmen.

Frage: Wie lange denken Sie sich diesen Zeitraum zwischen der Jugendweihe und der Konfirmation des Jugendlichen?

Bischof Dibelius: Das ist eine Frage der Seelsorge. Darüber muß der einzelne Pfarrer von Fall zu Fall entscheiden. Die Kirche wird aber Wert darauf legen müssen, daß dieser Zeitraum nicht zu kurz ist. Denn ich muß noch einmal wiederholen: Die Jugendweihe ist dem Sinn der Konfirmation so radikal entgegengesetzt, daß diejenigen, die daran teilgenommen haben, nur nach einer gewissen Zeit der Besinnung – wir denken etwa an ein Jahr – der Konfirmation zugeführt werden können.

Frage: Bedeutet das nicht doch eine Lockerung des früheren strikten Verbots: „Wer zur Jugendweihe geht, wird nicht konfirmiert“?

Bischof Dibelius: Ein Verbot in diesem Sinne hat es niemals gegeben. Keine christliche Kirche kann sich auf den Standpunkt stellen, daß Entscheidungen für oder gegen den Glauben nie wieder rückgängig zu machen sind; sondern selbstverständlich stehen die Türen der Kirche weit offen für jeden, der erkennen läßt, daß er sein Leben nicht von der Gottlosigkeit unserer Zeit bestimmen lassen will.

An der hier aufgezeigten Linie haben die Kirchen in ihrer gliedkirchlichen Regelung festhalten wollen. Es zeigen sich jedoch im einzelnen recht erhebliche Abweichungen. Es seien hier einmal nacheinander angeführt die Ordnung von Land Sachsen und Berlin-Brandenburg einerseits und von Thüringen und Anhalt andererseits.

VERORDNUNG ÜBER DIE KONFIRMATION 1959

vom 21. Oktober 1958

Die 17. Evangelisch-Lutherische Landessynode hat auf ihrer Tagung am 2. und 3. September 1958 wegen der mit steigendem Druck erfolgenden Werbung für die Jugendweihe erneut über die Konfirmationsfrage beraten. Die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe wurde wieder festgestellt.

Auf Grund des Beschlusses der Synode vom 3. September 1958 wird nach Gehör der Pfarrerschaft auf den Pfarrertagen für die Konfirmation 1959 folgendes angeordnet:

I.

(1) Alle getauften schulpflichtigen Kinder, die Glieder der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche sind, sind wie bisher regelmäßig zur kirchlichen Unterweisung (Christenlehre) zu sammeln.

(2) Im 7. und 8. Schuljahr ist die kirchliche Unterweisung vom Pfarrer zu erteilen. Er darf sich nur in besonders begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Superintendents vertreten lassen.

(3) Diese Unterweisung soll in das Leben und die Lehre der Kirche sowie in das Verständnis der Sakramente einführen.

II.

(1) Von dieser Unterweisung sind auch die Jugendlichen nicht auszuschließen, die die Vorbereitungsstunden für die Jugendweihe besuchen. Es ist ihnen aber deutlich zu machen, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

(2) Kindern, die den kirchlichen Unterricht von sich aus aufgeben, ist mit besonderem Ernst nachzugehen.

(3) Das Landeskirchenamt hat für die zur Unterweisung des letzten Grundschuljahrganges noch zur Verfügung stehenden Wochen einen besonderen Lehrplan herausgegeben.

III.

(1) Für die Schüler des 8. Schuljahres schließt die Unterweisung in der Woche nach dem letzten Sonntag nach Epiphania (18. 1. 1959) mit einem Abschlusßgespräch, zu dem die Eltern und die Kirchenvorsteher einzuladen sind, und mit einem Predigtgottesdienst am Sonntag Septuagesimae (25. 1. 1959). Für diesen Gottesdienst wird ein liturgisches Formular herausgegeben werden. Eine besondere Segenshandlung findet in diesem Gottesdienst nicht statt. Über den Besuch der kirchlichen Unterweisung wird den Teilnehmern eine Bescheinigung ausgehändigt.

(2) Kinder, die in der Schule zurückgeblieben sind, können mit ihrem Jahrgang an dieser Unterweisung teilnehmen.

IV.

(1) Für diejenigen, die nicht an der Jugendweihe teilnehmen, sondern die Konfirmation und das heilige Abendmahl begehren, findet nach Abschlusß der für alle durchzuführenden Unterweisung eine geistliche Zurüstung auf die Konfirmation und den ersten Abendmahlsgang statt. Die Anmeldung hierzu hat durch die Kinder *und* ihre Eltern zu geschehen. Dabei muß klargestellt werden, daß das Kind nicht an der Jugendweihe teilnimmt.

(2) Die Zurüstung soll bis zum Sonntag Judica dauern. Zur Teilnahme können die Eltern der Konfirmanden eingeladen werden.

(3) Das Landeskirchenamt wird für diese Zurüstungen noch besondere Anweisungen geben.

(4) Die Konfirmation findet gemäß der Konfirmationsordnung vom 14. Dezember 1949 (Amtsblatt 1949, S. A 68 unter II Nr. 35) am Palmsonntag, die Vorstellung der Konfirmanden am Sonntag Judica statt.

V.

(1) Die unter IV genannten Zurüstungen können auch zu jeder anderen Zeit im Kirchenjahr gehalten werden, sofern sie von Nichtkonfirmierten begehrt werden und die Voraussetzungen für eine Konfirmation gegeben sind.

(2) Jugendliche, die nicht an der Konfirmation, wohl aber an der Jugendweihe teilgenommen haben, können, wenn sie durch regelmäßige Beteiligung am kirchlichen Leben gezeigt haben, daß sie nicht an den Atheismus gebunden sind, sondern sich zum Worte Gottes halten, nach Ablauf einer Frist von mindestens einem Jahr zu einer Zurüstung gemäß Absatz IV und V, 1 zugelassen und zu gegebener Zeit an einem geeignet erscheinenden Sonntag konfirmiert werden.

(3) Unter den gleichen Voraussetzungen können Jugendlichen, die an Konfirmation und Jugendweihe teilgenommen haben, nach der Zurüstung die kirchlichen Rechte, die bis dahin ruhen, wieder zugesprochen werden.

(4) Über die Zulassung zu den unter V aufgeführten Zurüstungen entscheidet nach seelsorgerlichem Gespräch in allen Fällen der nach § 2 Abs. 2 der Konfirmationsordnung zuständige Pfarrer nach Beratung mit dem Kirchenvorstand und dem Superintendenten.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens
D. Noth *Dr. Harzer*

Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat sich am 28. August 1958 die Empfehlung der Kirchlichen Ostkonferenz vom 27. August 1958 zu eigen gemacht und erteilt darauf für die Vorbereitung auf die Konfirmation im Jahre 1959 die nachstehenden Weisungen:

1. Alle Kinder, die sich für den Konfirmandenunterricht gemeldet haben, werden gemeinsam unterrichtet, unabhängig davon, ob sie an den Jugendstunden teilnehmen oder nicht. Dieser Unterricht, zu dem auch die Lehre von den Sakramenten gehört, findet etwa ein Vierteljahr vor der Konfirmation 1959 seinen Abschluß.

2. Am Schluß des Unterrichts versammelt der Pfarrer alle diese Kinder mit ihren Eltern und den Kirchenältesten sowie den kirchlichen Mitarbeitern. Im Mittelpunkt dieser Stunde soll eine Unterredung mit den Kindern stehen. Dieser Abschluß des Unterrichts soll einen seelsorgerlichen Charakter tragen. Ein Gottesdienst findet aus diesem Anlaß nicht statt.

3. Für diejenigen, die konfirmiert werden können, wird anschließend ein Unterricht besonderer Art als Vorbereitung auf den Konfirmationstag und den Empfang des heiligen Abendmahls durchgeführt. Wir empfehlen den Pfarrkonventen, die inhaltliche Gestaltung dieser Zurüstung zu erarbeiten. Die Konfirmation wird nach der geltenden Konfirmationsordnung gehalten.

4. Jugendliche, die an der Jugendweihe teilnehmen, werden bei der Abschlußveranstaltung des Unterrichts zu besonderen Stunden eingeladen. Zeigen sie durch regelmäßige Teilnahme am kirchlichen Leben, daß sie nicht an den Atheismus gebunden sind und sich zum Worte Gottes halten wollen, so können sie etwa nach Jahresfrist konfirmiert werden, nachdem sie ebenfalls eine Zurüstung auf den Konfirmationstag und den Empfang des heiligen Abendmahls erhalten haben.

5. Es muß das seelsorgerliche Anliegen jeden Pfarrers und kirchlichen Mitarbeiters bleiben, alle getauften Kinder der Konfirmation zuzuführen und sie durch einen besonderen Besuchsdienst zum Konfirmandenunterricht zu rufen. Dies gilt auch für die in früheren Jahren Jugendgeweihten.

6. Der in unserer Kirche übliche, in der Freudenzeit liegende Konfirmationstermin ist beizubehalten. Soweit es erforderlich ist, können auch weitere Termine vorgesehen werden. Dies gilt besonders für die später Konfirmierten.

Dr. Moeller

Ev.-Luth. Kirche in Thüringen

BESCHLUSS DER SYNODE VOM 12. NOVEMBER 1958

Der Landeskirchenrat wird gebeten, in einer Kanzelabkündigung zur gegenwärtigen Konfirmationsnot, die wir als ein Gericht Gottes über unsere Kirche zu erkennen meinen, Stellung zu nehmen. Hierbei müßte insbesondere zum Ausdruck kommen

a) der Segen, den Gott unserer Kirche durch die Konfirmation seit Jahrhunderten geschenkt hat und heute noch schenkt,

b) das seit langem im Gang befindliche Bemühen um eine Reform unserer bisherigen Konfirmationspraxis,

c) die angesichts der gegenwärtigen weltanschaulichen Auseinandersetzungen offenbar werdende Glaubensarmut in unserer Kirche,

d) die Bedrängnis der christlichen Familien durch die Aufnötigung einer atheistischen Jugendweihe.

In dieser Kanzelabkündigung sollen die Gemeindeglieder mit den Grundlinien der Konfirmationsregelung für 1959 bekannt gemacht werden.

Diese Kanzelabkündigung ist an einem vom Landeskirchenrat festzusetzenden Sonn- oder Feiertag in allen Gottesdiensten zu verlesen und bei Konfirmanden-Elternabenden sowie bei Zusammenkünften der Gemeindekreise ausführlich zu besprechen.

Für die Konfirmation 1959 wird folgende Regelung getroffen:

1. Mit der Konfirmation führt die Ev.-Luth. Kirche ihre getauften Kinder zum Abendmahl. Sie konfirmiert alle getauften Kinder, die von ihren Eltern der kirchlichen Unterweisung zugeführt wurden, an ihr sich beteiligt haben und durch regelmäßigen Gottesdienstbesuch erkennen ließen, daß sie in der Lehre der Kirche unterwiesen wurden und in dieser Lehre bleiben wollen.

2. Die Kinder des Konfirmandenjahrgangs 1959 bleiben in der kirchlichen Unterweisung bis zum Abschluß des Konfirmandenunterrichts. Am Palmsonntag 1959 findet für sie die Konfirmandenvorstellung (Prüfung) gemäß der Agende der VELKD vor der Gemeinde statt.

3. Diese Kinder werden zu einer anschließenden Abendmahlszurüstung zugelassen. Diese Zurüstung soll ihnen das Gewicht der Entscheidung deutlich machen, die im Konfirmationsbegehren liegt. Als Abschluß wird am Trinitatisfest 1959 ein Sakramentsgottesdienst gehalten, zu dem diejenigen Konfirmanden zuzulassen sind, denen es mit dem Begehren nach dem Sakrament offensichtlich ernst ist.

4. In der Zeit der Abendmahlszurüstung wird auch in Einzelgesprächen mit Eltern und Konfirmanden darüber zu reden sein, ob einem Kinde die Teilnahme an diesem ersten Abendmahlsgang zu raten ist. Aus seelsorgerlichen Gründen kann der Pfarrer um der Wahrhaftigkeit willen in bestimmten Fällen den Eltern nahelegen, ihre Kinder erst später am heiligen Abendmahl teilnehmen zu lassen.

Die Zurückstellung von der Konfirmation und damit von der Teilnahme am heiligen Abendmahl wird nach der Ordnung der Kirche erforderlich, wenn die Kinder die Lehre der Kirche schmähen oder die Gabe des Abendmahls offensichtlich verachten oder wenn dem Pfarrer aus besonderen Anzeichen erkennbar wurde, daß die Kinder mit ihrer etwaigen Beteiligung an der Jugendweihe eine Verleugnung des Evangeliums zum Ausdruck bringen wollen. Vor der Zurückstellung hat der Pfarrer den Gemeindegliederkirchenrat anzuhören, auch kann er sich mit seinem Superintendenten beraten.

5. Am Vorabend des Trinitatisfestes, notfalls an einem anderen Abend, findet ein Beichtgottesdienst der Gemeinde statt, an dem die Konfirmanden, ihre Eltern und Paten teilnehmen. Hierbei können die Beichtenden, zuerst die Konfirmanden, die Absolution einzeln unter Handauflegung empfangen. In kleineren Gemeinden kann diese Beichtfeier ausnahmsweise auch am Trinitatisfest selbst zu Beginn des Gottesdienstes gehalten werden.

6. Nach Beratung mit dem Gemeindegliederkirchenrat entscheidet der Pfarrer, ob der am Trinitatisfest zu haltende Sakramentsgottesdienst entweder als Konfirmationsgottesdienst (Einsegnung) gemäß der Agende der VELKD oder als sonntäglicher Sakramentsgottesdienst, unter Wegfall der besonderen Stücke des Konfirmationsgottesdienstes, gehalten wird. Dieser Sakramentsgottesdienst ist für die Kinder die Konfirmation.

Mit der Änderung der bisherigen Konfirmationspraxis soll dort, wo sie geübt wird, ein Zeichen aufgerichtet werden für die besondere Notlage, in die die Kirche durch fremde Einwirkung und die damit verbundene Verwirrung der Gewissen geführt wurde. Zugleich soll damit der Abendmahlsempfang als das Herzstück der Konfirmation in besonderer Weise deutlich gemacht werden.

Es ist anzustreben, daß für solche Kirchgemeinden, in denen mehrere Pfarrer amtiert, eine einheitliche Regelung für die Gestaltung des Konfirmationsgottesdienstes getroffen wird.

7. Mit ihrem ersten Abendmahlsgang erhalten die Kinder die zugleich mit der Konfirmation gewährten kirchlichen Rechte. Ihnen wird eine Konfirmationsbescheinigung ausgestellt.

Diese Regelung gilt zunächst nur für 1959. Es wird vorgesehen, daß sich die thüringische

Frühjahrssynode 1959 in Fühlung mit den anderen Kirchen der EKD weiter mit der grundsätzlichen Neuregelung der Konfirmation befaßt, insbesondere mit der Frage der etwaigen Vorverlegung des ersten Abendmahlsganges auf ein früheres Lebensalter und mit der Frage der Verleihung der kirchlichen Rechte (Zulassung zu den kirchlichen Diensten).

DER EVANGELISCHE LANDESKIRCHENRAT FÜR ANHALT, DESSAU
KONFIRMATION 1959

1. Der Präparanden- und Konfirmandenunterricht in seiner bisherigen Dauer bleibt die Voraussetzung für die Konfirmation 1959. Er endet in der Zeit um Sonntag Judika oder Palmarum. Alle Kinder, die sich zum Unterricht gemeldet haben, werden gemeinsam unterrichtet, ohne Rücksicht darauf, ob sie an den Jugendstunden für die Jugendweihe teilnehmen. Der Unterricht gliedert sich in Bibelkunde, Glaubenskunde und kirchliche Lebenskunde. Die katechetische Behandlung der fünf Hauptstücke ist darin einbezogen.

2. a) Am Ende des Konfirmandenunterrichts findet ein Gottesdienst statt. In ihm erfolgt die in unserer Lebensordnung vorgesehene katechetische Unterredung mit den Konfirmanden. Der Gemeinde wird hier ein Einblick in das Wissen der Kinder vermittelt. Die Prüfung vor dem Gemeindekirchenrat unter Hinzuziehung der Elternschaft dient der Feststellung, wieweit der Besuch des Gottesdienstes und das Bescheidwissen im christlichen Glauben die Teilnahme der Kinder an diesem katechetischen Gespräch rechtfertigen.

b) Eine Ansprache an Kinder und Gemeinde hebt die Bedeutung der Taufe und der Taufverpflichtung, aus der der Konfirmandenunterricht als nachgeholtter Taufunterricht folgt, heraus, erinnert daran, daß die von Gott in der Taufe zugesagte Gnade auch weiterhin nach Gottes Willen an den Kindern wirksam bleiben soll, und gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß Gott den Kindern zum Wachstum im Glauben weiter helfe. Vor allem aber muß klar und eindeutig die Aufforderung an die Kinder kundgetan werden, weiterhin an dem Leben der Gemeinde teilzunehmen und sich insbesondere in einer nachfolgenden Sakramentsunterweisung zum heiligen Abendmahl zurüsten zu lassen. Den Kindern ist eine Bestätigung des ordnungsmäßig besuchten Konfirmandenunterrichts auszuhändigen.

c) Der Gottesdienst schließt mit einem Fürbittgebet und dem Segen über Kinder und Gemeinde.

3. Für die Jugendlichen, die die Zulassung zum heiligen Abendmahl begehren, findet eine besondere seelsorgerliche Vorbereitung auf den ersten Empfang des Sakraments statt. Zu dieser Vorbereitung werden die Jugendlichen alsbald nach Ostern zusammengerufen. Bei der Einladung wird kein Unterschied gemacht zwischen denen, die zur Jugendweihe gegangen und denen, die ihr ferngeblieben sind. Es ist aber dringend notwendig, daß im gemeinsamen Gespräch wie in Einzelgesprächen der Ernst der Zurüstung zum heiligen Abendmahl deutlich gemacht wird. In seelsorgerlicher Verantwortung ist darüber zu entscheiden, ob und wann die Zulassung zum heiligen Abendmahl erfolgen kann. Hier ist nicht eine zeitliche Terminsetzung entscheidend, sondern es ist die innere Haltung des Jugendlichen wesentlich, vor allem die Bereitschaft, gegenüber allen entgegenstehenden Beeinflussungen doch zum Worte Gottes halten zu wollen.

4. Am Ende der Sakramentsvorbereitung findet frühestens am Sonntag Exaudi ein Sakramentsgottesdienst statt, in dem den Jugendlichen auf ihr Bekenntnis und Versprechen mit der Zulassung zum heiligen Abendmahl die kirchlichen Rechte zugesprochen werden.

5. Diese vorläufige Ordnung ist für 1959 in allen Gemeinden als verbindlich durchzuführen.

6. Im Unterricht und vor allem in Hausbesuchen ist diese Konfirmationsordnung für 1959 möglichst sofort eingehend zu erläutern. Dabei darf auf keinen Fall unterlassen werden, die Eltern auf die grundsätzliche Unvereinbarkeit der Konfirmation und Jugendweihe hinzuweisen und ihnen deutlich zu machen, daß sie sich in der Frage der Jugendweihe von ihrer christlichen Verantwortung gegenüber den Kindern leiten lassen sollen.

7. Bei der Konfirmation 1959 werden die Bestimmungen des Kirchengesetzes zur Ergänzung des Kirchengesetzes über die Ordnung des kirchlichen Lebens vom 4. Juli 1955 nicht angewendet.

Schröter Fischer Dr. Müller

Gemeinsam ist allen Ordnungen die Überzeugung, daß Konfirmation und Jugendweihe nach wie vor unvereinbar sind. Andererseits wollen alle Ordnungen den Jugendgeweihten den Weg zum Tisch des Herrn offenhalten. Aus seelsorgerlicher Verantwortung meinen die einen jedoch nun, den unter Druck stehenden Kindern und ihren Eltern entgegenkommen zu sollen, und verkürzen darum die Frist zwischen Jugendweihe und einer eventuell nachzuholenden Konfirmation, während die andern aus den gleichen seelsorgerlichen Erwägungen meinen, die Kinder vor einer Verleugnung Christi bewahren und darum an einer Frist von etwa einem Jahr zwischen der Jugendweihe und einer späteren Konfirmation festhalten zu müssen. Der uralte Konflikt zwischen Wahrheit und Liebe wird hier in einer für alle Kirchen sehr ernsten Situation von ihnen schmerzlich erfahren, auch als eine Zerreißprobe für die Gemeinsamkeit des Handelns innerhalb der östlichen Gliedkirchen. Dabei sind sich die Kirchen auch darin einig, daß die Auseinandersetzung um Konfirmation und Jugendweihe die bisherige volkskirchliche Struktur der östlichen Gliedkirchen praktisch schon zerbrochen hat. Die letzten Konsequenzen werden in wenigen Jahren sichtbar werden. Denn wenn auch die Kirchen den Jugendgeweihten die Tür zur Kirche offenhalten, so ist doch kaum damit zu rechnen, daß viele kommen werden. Die andern werden dann aber später auch nicht die Trauung begehren, sondern die Eheweihung, sie werden ihre Kinder nicht taufen lassen, sondern sie zur Namensgebungsfeier bringen, sie später dann auch nicht zur Christenlehre schicken. Außerdem hat parallel zu der Auseinandersetzung Konfirmation und Jugendweihe bereits jetzt schon die andere „Namensgebungsfeier und Kindertaufe“ begonnen. Wie oben bereits erwähnt, ist die Christenlehre sehr zurückgegangen, die Propaganda zum Kirchenaustritt hatte im letzten Jahr sehr große Erfolge. All dieses hat zu einer starken Wandlung des christlichen Lebens geführt, diese Entwicklung dürfte weitergehen.

ZUSAMMENFASSUNG

Ministerpräsident Grotewohl soll in den Verhandlungen des Sommers einmal erklärt haben, die Regierung der DDR denke nicht daran, in der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche die Lösung etwa der UdSSR oder einer der anderen Volksdemokratien lediglich zu kopieren, man erstrebe angesichts der besonderen Situation in der DDR eine eigene Lösung. Wenn man versucht, an Hand der Ereignisse des Jahres 1958 diese DDR-eigene Lösung in ihren Grundlinien zu erkennen, so zeigt sich, daß eine Reihe von Zügen in der Kirchenpolitik

allen Ostblockstaaten gemeinsam und alle dem sowjetischen Vorbild entnommen sind. Dazu sind unter anderem zu rechnen:

1. Die Kirche muß aus der Sicht der Öffentlichkeit verschwinden und auf ihren rein kirchlich-kultischen Raum beschränkt werden. Der Anspruch der Kirche, Volkskirche, das heißt, Kirche für das Volk, zu sein, ist strikt abzulehnen.

2. Die Kirche darf vor allem keine Erziehungs- und Jugendarbeit treiben, auch soziale Betätigung steht ihr nicht zu.

Zu den DDR-eigenen Zügen wären zu rechnen:

1. Dank der bekannten deutschen Gründlichkeit die im Vergleich mit den übrigen Ostblockstaaten sehr viel prinzipiellere und härtere weltanschauliche Auseinandersetzung und der Versuch, die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, wenn es sein muß, auch mit Zwang allen Bürgern der DDR aufzuoktroieren.

2. Der Aufbau der „atheistischen Gegenkirche“ als Kopie der christlichen Kirche.

3. Der Versuch, die Einheit der EKD als einer Klammer zwischen Ost und West zu sprengen.

Da die Kirchenpolitik eines Staates ein Teil seiner Gesamtpolitik ist, wird es von der Entwicklung der Gesamtpolitik der DDR und praktisch damit der UdSSR abhängen, ob im Jahre 1959 diese eben aufgezeigten Linien der Kirchenpolitik weiter durchgeführt werden. Die Ereignisse in der großen Politik, die am Ende des Jahres 1958 durch die sowjetischen Berlin- und Friedensvertragsvorschläge wieder in Bewegung geraten ist, werden ihre Rückwirkungen auch auf die Lage der Kirche in der DDR haben.

III. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands

Von Erwin Wilkens

1. ALLGEMEINES

Das zehnjährige Bestehen von VELKD und EKD im Jahre 1958 hätte in kirchlich ruhigeren Zeiten Veranlassung zu einer umfassenden Rückschau und zu einer erneuten grundsätzlichen Besinnung, womöglich gar zu einem neuen Abschnitt gegensätzlicher Auseinandersetzungen über die erreichte kirchenorganisatorische Gestalt des deutschen Gesamtprotestantismus geführt. So aber ließen die immer stärker drohende Spaltung der EKD in je eine östliche und westliche Teilkirche, die ebenfalls an den Rand eines Zerbrechens der kirchlichen Einheit führenden Auseinandersetzungen über die Atomwaffenfrage und den westdeutschen Militärseelsorgevertrag, schließlich überhaupt die starke Beanspruchung kirchlicher Organe durch die drängenden Fragen der weltpolitischen Auseinandersetzungen kaum noch Raum für selbstrechtfertigende geschichtliche Rückblicke und für eine kirchenorganisatorische Programmatik. Das ist um der ausgefallenen Festakte willen gewiß nicht zu bedauern. Niemand wird auch beklagen, daß die evangelischen Kirchen genötigt sind, ihren Zusammenhalt weniger in äußeren Verfassungsformen mit fortschreitender Überwindung der

Konfessionsgrenzen als vielmehr in der gemeinsamen Arbeit an den drängenden Sachproblemen der Gegenwart zu suchen.

Das kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gegenwärtige Gestalt der deutschen evangelischen Kirchen, soweit sie durch die Gründung der großen kirchlichen Zusammenschlüsse der EKD, der VELKD und der EKU bestimmt ist, eine Fülle von wichtigen kirchlichen und theologischen Fragen ungelöst läßt, die das kirchliche Leben der Gegenwart stärker beunruhigen, als es einer oberflächlichen Betrachtung erscheinen mag.

In dem noch längst nicht zu Ende geführten Gespräch über Landeskirche, Volkskirche, Freikirche, Unions- und Konfessionskirche geht es nicht um vordergründige Verfassungsfragen. Wenn die hier aufgewendete Kraft der Auseinandersetzung überhaupt berechtigt sein soll, kann man mit allem nur eine Klärung dessen meinen, welche kirchliche Gestalt in der gegenwärtigen geschichtlichen Situation der Gemeinde Jesu Christi die Erfüllung ihres Sendungsauftrages am ehesten ermöglicht. Die vielfältigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, besonders über den politischen Dienst der Kirche, haben gezeigt, daß dabei Fragen der Lehre und der theologischen Erkenntnis für den inneren und auch äußeren Zusammenhalt von großer Tragweite sein können. Niemals aber darf die Erkenntnis verlorengehen, daß Strukturfragen der Kirche ebensowenig wie Fragen der Lehr- und Bekenntnisformulierung Selbstzweck sein dürfen. Der Dienstcharakter des äußeren Kirchenwesens muß in allen Einzelfragen überzeugend gewahrt bleiben. In diesem Sinne allein ist es berechtigt, wo nicht gar notwendig, aus bestimmtem geschichtlichen Anlaß hin und wieder eine Standortbestimmung vorzunehmen. Zwei Beispiele dafür, wie man dies in der VELKD im Jahre 1958 zu tun versucht hat, seien hier wiedergegeben. In seinem der Generalsynode am 3. Juni 1958 erstatteten Tätigkeitsbericht führte der Leitende Bischof D. Lilje zum zehnjährigen Bestehen der VELKD folgendes aus:

Dieser Tätigkeitsbericht muß notwendigerweise von der schon mehrfach erwähnten Tatsache ausgehen, daß wir auf zehn Jahre der Existenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zurücksehen. Es würden im Juli dieses Jahres genau zehn Jahre seit der Annahme der Verfassung und am 31. Dezember dieses Jahres genau zehn Jahre seit dem Inkrafttreten dieser Verfassung und damit der eigentlichen Geburtsstunde der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vergangen sein. Es ziemt uns, in aller Zurückhaltung dieses Faktums zu gedenken. Oft genug ist gesagt, daß zehn Jahre in der Kirchengeschichte kaum eine besonders beachtliche Epoche darstellen. Aber wie man an einer Wegbiegung innehält, zurückschaut und sich des künftigen Weges vergewissert, so etwa tun wir es in diesem Augenblick.

Ich möchte zuerst ein Wort dankbaren Gedenkens an den ersten Leitenden Bischof der Vereinigten Kirche aussprechen, an Herrn Landesbischof D. Meiser, der menschlich wohl mehr als irgendeine andere Einzelgestalt am Zustandekommen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands beteiligt ist. Als der Herr Landesbischof D. Henke ihn in dem unvergessenen Gottesdienst in St. Thomas zu Leipzig am 29. Januar 1949 in sein Amt einführte, hat er, wenn ich es recht in Erinnerung habe, auf D. Meiser die Formel angewandt von der „gläubigen Zähigkeit“, mit der er das Ziel verfolgt habe. Ich glaube, daß diese Formel in der Tat am klarsten zum Ausdruck bringt, wo das unbestreitbare und unübersehbare Verdienst des ersten Leitenden Bischofs um das Zustandekommen der Vereinigten Kirche liegt; ob jemand anders in der da-

maligen Zeit es ihm in der geistlichen Hartnäckigkeit der Verfolgung dieses Zieles gleichgetan hätte, kann man bezweifeln. Es ist die Eigentümlichkeit von D. Meiser gewesen, daß er mit großer Entschlossenheit an der Fertigstellung der wichtigsten Ordnungen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gearbeitet hat. Nicht alle von uns sind zu allen Zeiten ihm darin mit vorbehaltloser Zustimmung gefolgt. Aber ich glaube, daß es Pflicht ist, auszusprechen, daß sich darin ein sicherer kirchengeschichtlicher Blick verraten hat; denn Ordnungen, die klar, geistlich sauber, theologisch fundiert und praktikabel gestaltet sind, sind geeignet, das äußere Leben der Kirche in der Welt zu erhalten und irdisch zu garantieren. Insofern hat die Vereinigte Kirche allen Anlaß, auch an diesem Tage dieses ihres ersten Leitenden Bischofs in großer Dankbarkeit zu gedenken.

Es ist schon davon die Rede gewesen, daß wir den Wunsch hatten, zu dieser General-synode in Eisenach zusammenzutreten, wo die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands zu Stand und Wesen gekommen ist, ungefähr zur gleichen Zeit, als die Evangelische Kirche in Deutschland ins Leben trat. Aus Gründen, die schon angeklungen sind, aus einer Verkettung von Umständen, die im Augenblick nicht wichtig genug sind, um sie zu wiederholen, ist dieser Plan nicht möglich geworden. Ich möchte zu den Gedanken, die über dieses Faktum gestern abend und heute morgen ausgesprochen sind, noch eine Erwägung hinzufügen. Vielleicht wird auf diese Weise unserer Kirche eine Hilfe zuteil in dem Sinne, wie es unser Herr einmal ausgedrückt hat, daß man sich hüten müsse, der „Propheten Gräber zu bauen und zu schmücken“ (Matth. 23, 29). Können wir nicht historischen Erinnerungen im Angesichte der Wartburg nachhängen, so hat das für den eigentlichen Auftrag der Kirche keinerlei wesentliche Bedeutung. Es möge uns eine Erinnerung daran sein, daß die Kirche nicht von Erinnerungen, schon gar nicht von romantisch verstandenen Erinnerungen, lebt, sondern nur von dem Auftrag, den sie hat, und daß ihr deshalb geboten ist, nach vorn zu blicken. Es ist also nicht nur eine taktische Verlegenheit, wenn wir uns in Berlin statt in Eisenach zusammenfinden. Das uns auferlegte Werk ist hier genauso real wie an der Stätte großer Erinnerungen unserer Kirchengeschichte. Und das ist das Entscheidende: ob wir uns dieses Auftrages bewußt sind, der uns nach vorn weist.

Ich möchte es nicht auf mich nehmen, in dem kurzen Zusammenhang eines mündlichen Tätigkeitsberichtes die ganze grundsätzliche Frage aufzurollen, ob es heute noch so etwas wie eine lutherische Kirche geben dürfe und ob der konfessionelle Status der Christenheit in Deutschland das Vorhandensein einer solchen Bekenntniskirche noch rechtfertigt. Ich möchte die theologische Seite dieses Problems in ihrer Fülle nicht aufgreifen, sondern einfach feststellen: auch diejenigen von uns, die nicht mit allzu großem Eifer an der Abfassung von Ordnungen beteiligt waren, die sich vielleicht nicht in vollem Umfange an der Klärung der konfessionellen Situation der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland haben beteiligen wollen, werden doch sagen, daß wir diese unsere lutherische Kirche lieben, weil sie die Kirche ist, die die „Magnalia Dei“, die großen Taten Gottes, oder, wie es einer unserer Besten ausgedrückt hat, „das große Objektive“ mit Dankbarkeit ergreift, und daß wir deswegen um dieses in seiner Kirche fortwirkenden Gnadenangebotes Gottes willen in Dankbarkeit in dieser Kirche stehen und keine Schwierigkeiten darin empfinden, ihr zu dienen und durch sie der Christenheit in Deutschland überhaupt.

Und so wäre das wichtigste im Rückblick auf die zehn Jahre, die wir verbracht haben, daß wir Anlaß haben, dafür dankbar zu sein, daß diese Kirche sich konsolidiert hat, daß sie geistlich zusammengewachsen ist und immer besser zu lernen scheint, vom Evangelium her ihre Aufgaben in der Gegenwart zu begreifen, und daß sie auch organisatorisch zu einer immer engeren und bindenden Einheit zusammengewachsen ist. Einer Einheit, die ja in keiner Weise den Zusammenschluß mit den Brüdern im größeren

Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland gefährdet – nicht nur die Loyalität, mit der unsere Gliedkirchen im Zusammenhang des Größeren stehen, beweist das, sondern es ist darauf hinzuweisen, daß die Klärung der konfessionellen Frage allen dient, wie es sich ja oft in der Kirche bewiesen hat, daß die klare und, wenn es sein muß, sachlich scharfe Diskussion immer die beste Hilfe zum Siege der Wahrheit ist.

An den Meilensteinen der Generalsynoden kann man ablesen, daß die Vereinigte Kirche zwei verschiedene Kapitel in diesem ersten Abschnitt absolviert hat. Sie hat, wie die ersten Generalsynoden es zeigen, sich dem Aufbau und Ausbau ihrer Organisation, ihrer Ordnung, ihres inneren Gefüges, gewidmet; es ist kein Zweifel, daß alles, was durch die gemeinsame Agenda, das Gesangbuch, das gottesdienstliche Leben überhaupt geschehen ist, wenn Gott Gnade gibt, auf lange hinaus wirksam sein und dem äußeren und inneren Leben der Kirche zur geistlichen Klarheit und Ordnung verhelfen kann. Und im zweiten Abschnitt hat sich in diesem Jahrzehnt unsere Vereinigte Kirche einigen von den großen Sachfragen zugewandt, und der Ertrag dieser Diskussion steht uns allen in Erinnerung; ich erwähne nur die Erörterungen über die Toleranz auf der Generalsynode von Hannover 1956, unser großes Gespräch über die Predigt in der Generalsynode 1957 und den Plan, den wir in dieser Synode verfolgen, nämlich die Volksmission und die missionierende Kirche in der Generalsynode von Spandau 1958.

Man muß die Vereinigte Lutherische Kirche in diesen großen Zusammenhängen sehen. Wir haben mit Bewußtsein, mit freudiger Bejahung im großen Zusammenhang mit der Evangelischen Kirche in Deutschland gestanden. Und wenn kürzlich einmal davon die Rede war – ich glaube, es ist in der Zeitung „Neue Zeit“ gewesen –, daß die lutherischen Bischöfe damit gedroht hätten, die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu verlassen, falls ihren Erwägungen nicht Rechnung getragen würde, so kann ich nur sagen, mir ist kein lutherischer Bischof bekannt, der das gesagt oder verlangt hätte. (Es scheint also auch diese Nachricht ebenso schlicht und herzlich gelogen zu sein, wie manches andere, was in diesem Blatt zu finden ist.)

Die lutherische Kirche steht auch in der großen Gemeinschaft des Lutherischen Weltbundes. Jene Tagung von Minneapolis 1957 hat uns eine große geistige und geistliche Weite beschert, an die wir in großer Dankbarkeit zurückdenken. Wir freuen uns, daß die Organe sich gebildet haben, durch die unsere Kirche mit der weltweiten Bruderschaft unserer lutherischen Glaubensbrüder über den Erdball hin verbunden ist. Daß wir an den Aufgaben, Sorgen, Freuden und Segnungen einer solchen weltweiten Gemeinschaft teilnehmen können, muß in diesem Augenblick auch mit Dankbarkeit ausgesprochen werden. Das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes ist das Organ, durch das unsere Verbindung mit dieser weiten Gemeinschaft aktualisiert wird. Es ist ungefähr identisch mit der Vereinigten Lutherischen Kirche; darüber hinaus sind drei weitere lutherische Kirchen an diesem Zusammenschluß beteiligt. Wir freuen uns, daß auf diese Weise eine gewisse bescheidene ökumenische Weite auch im Bereich des Lutheriums in Deutschland erkennbar geworden ist. Daß in der gleichen Weise, wie die Vereinigte Kirche an der Evangelischen Kirche in Deutschland teilgenommen hat, auch der Lutherische Weltbund an der Arbeit des Weltrates der Kirchen teilgenommen hat, ist bekannt. Symbol dieser Tatsache ist das Faktum, daß der gegenwärtige Präsident des Lutherischen Weltbundes, Dr. Fry, gleichzeitig Präsident des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen ist und also in diesen beiden wichtigen Positionen auch die Möglichkeit einer solchen Einheit demonstriert, die wir von uns aus auf das herzlichste bejahen.

Was der Weg der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das öffentliche Gespräch der Kirche bedeutet haben mag, streife ich nur, um keine zu großen Aussagen zu tun. Auf dem Boden lutherischer Kirchen, also auch der Gliedkirchen der Vereinigten Kirche, sind einige der wesentlichsten neuen Ansätze kirchlicher Arbeit zuerst gemacht worden. Ich denke vor allem an die Arbeit der evangelischen Aka-

demien, die sich inzwischen über den gesamten deutschen Protestantismus ausgedehnt hat; ich denke an das Gespräch mit Öffentlichkeit und Staat, ich denke auch an das Gespräch mit der römischen Kirche. In allen diesen Beziehungen hat die Vereinigte Kirche versucht, ihren Anteil an dem großen Gespräch, das der Christenheit heute aufgelegt ist, zu erfüllen.

Darf ich von diesem Rückblick weiterschreiten zu einer kurzen Schilderung der praktischen Arbeit, die geschehen ist und geschieht; ich hebe nur wenige Punkte heraus, weil hier das meiste im gedruckten Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung zu finden ist.

Unter den verschiedenen Arbeitsformen, die die Vereinigte Kirche entwickelt hat, steht, seiner inneren Tragweite nach, das gemeinsame Pastoralkolleg oben an. Hier ist wohl der günstigste und wichtigste Ansatzpunkt für ein inneres Zusammenwachsen der verschiedenen Gliedkirchen zu sehen. Was bisher auf diesem Gebiete möglich war, ist jedenfalls ungewöhnlich ermutigend und hat nicht nur engere menschliche Berührung, sondern auch einen lebhaften, uns gegenseitig in Anspruch nehmenden theologischen Austausch möglich gemacht. Wenn überhaupt, dann sollte gerade in dieser Linie das eigentliche Fortschreiten zu einer immer größeren, engeren, tiefer verstandenen, innigeren theologischen Gemeinschaft möglich sein.

Einer der besten Pläne, die wir haben, gehört in die gleiche Richtung. Das ist der Plan eines gemeinsamen Predigerseminars. Hierüber wird auf der Generalsynode noch besonders vorgetragen, so daß ich mich diesem Punkte hier nicht zuzuwenden brauche. Ich darf nur darauf hinweisen, daß auch darin ein Instrument immer größerer und tieferer theologischer Einheit uns gegeben zu sein scheint.

Ich könnte weiterhin aufmerksam machen auf das wachsende einheitliche gottesdienstliche Bewußtsein innerhalb der Vereinigten Lutherischen Kirche. Der Gebrauch gemeinsamer Gesangbücher und Agenden darf gerade in dieser Hinsicht nicht unterschätzt werden, das heißt in seiner Rückwirkung auf das praktische Lebensgefühl einer solchen Kirche. Daß man diese Ordnungen nicht überschätzen darf, ist oft genug gesagt; aber wir sind dankbar, daß in ihnen das Fluidum eines gemeinsamen Verständnisses von Anbetung, von Gebet, von Bekenntnis, von Zeugnis zu spüren ist, das uns mit Freude erfüllt. Ich müßte die besondere Bedeutung erwähnen, die den Arbeiten der Ausschüsse und Kommissionen zuzusprechen ist. Wir haben eine ganze Reihe von gemeinsamen Arbeiten tun können mit Hilfe dieser Instrumente, der Ausschüsse und Kommissionen, deren wichtigstes Kennzeichen die Kontinuität der gemeinsamen Arbeit gewesen ist. Ich erwähne jedenfalls vor allem, was auf dem Boden der Auslandsarbeit, der Mission und der Ökumene geschehen ist, ohne die nicht erwähnten Ausschüsse deswegen geringer zu veranschlagen. Aber was an dieser Stelle zum Teil in den denkwürdigen Memoranden ans Licht getreten ist, das hat seine Bedeutung für den gesamten Verlauf des kirchlichen Lebens in Deutschland und darüber hinaus. Ich erwähne, daß die Vereinigte Kirche sich bemüht hat, am theologischen Schrifttum der Gegenwart Anteil zu haben, daß unsere Pressearbeit sich bemüht hat, der Diskussion auf der Spur zu bleiben, die innerkirchlich und über die Kirche hinaus über die wichtigsten Grundfragen des Glaubens in der Öffentlichkeit geführt ist.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der VELKD erschien die Nr. 15 vom 1. August 1958 der Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung als Festaussgabe. In der einleitenden Betrachtung gibt Oberkirchenrat Erwin Wilkens eine knappe Umrißzeichnung über „Motive, Gestalt und Ziele der VELKD“:

Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß diese ungewöhnliche kirchliche Neugründung des Jahres 1948 in größeren geschichtlichen und theologischen Zusammenhängen steht. Ihre Entfaltung und schließliche Verwirklichung wird daher auch erst von einer längeren Entwicklung erwartet werden können. Man sollte aber schon jetzt

Einzelerscheinungen vom Gesamtbild her zu verstehen suchen und Unzulänglichkeiten in der Verwirklichung von den eigentlichen Grundmotiven unterscheiden.

I. Das doppelte Motiv

1. Die Bekenntnisbindung, die der Lutherischen Kirche innerhalb der Ökumene ihre besondere Mittelstellung zwischen verfestigter Traditionalität und charismatisch bestimmter Personalität verleiht, hat eine Eigentümlichkeit zur Folge, die der äußeren Betrachtung am meisten in die Augen fällt: eine große, mitunter sorglose Freiheit in Verfassungs- und Organisationsfragen. Man hat so geradezu von einem opportunistischen Charakter des Verfassungswesens der Lutherischen Kirche gesprochen. Alle denkbaren Gestalten sind erlaubt, wenn sie das Bekenntnis die alleinige Dienstanweisung für Verkündigung und Sakramentsverwaltung sein lassen. National- oder freikirchliche Formen sind ebenso gut möglich wie die Volks- oder Minderheitskirche. Alte Staatskirchen stehen neben jungen Missions- und Einwandererkirchen. Der Spannungsbogen reicht von der bischöflich verfaßten bis zur synodal geleiteten Kirche mit kongregationalistischem Einschlag. Ohne Zweifel spielen bei alledem „Umwelteinflüsse“ mannigfacher Art eine Rolle. Das kirchlich Notwendige verbindet sich mit dem geschichtlich Ratsamen. Deshalb müssen sich die lutherischen Kirchen untereinander und zu anderen Kirchen hin davor hüten, einzelne Verfassungsformen prinzipiell zu begründen oder zu bestreiten. Jede von ihnen steht und fällt mit der Freiheit, die sie dem Gegenüber und dem Miteinander von Amt und Gemeinde für ihren kirchlichen Dienst in Bindung an das Bekenntnis verleiht.

2. Man kann daher die Entstehung der Vereinigten Kirche nicht mit der Qualität absoluter theologischer Notwendigkeit auszeichnen. Vielmehr stellte die jahrhundertelange Verflechtung der lutherischen Kirchen in Deutschland mit den weltlichen Territorien und deren Staatsgewalt, die ja das für die deutschen Verhältnisse so charakteristische Landeskirchentum mit dem Summepiskopat bildete, vor unausweichliche Aufgaben. In der Landeskirche sind Territorialität und Konfessionalität identisch, der Bekenntnisstand der Kirche ist staatsrechtlich anerkannt und gesichert. War dieses im wesentlichen auf mittelalterlichen Vorformen und auf den Entscheidungen von 1555 beruhende Landeskirchentum auch nie rein verwirklicht (Reichsstädte, Konfessionswechsel der Fürsten, geistliche Territorien), so mußte es erst recht fragwürdig werden, je mehr die Staaten über das Zwischenstadium konfessioneller Parität vollends säkular wurden und die Trennung von Kirche und Staat ausdrücklich erstrebten. An der zunehmenden Auflösung des Landeskirchentums konnte auch die im 19. Jahrhundert noch einmal großzügig vollzogene Angleichung der Kirchengrenzen an die Landesgrenzen, worin unter anderem auch die Unionskirchen ihre geschichtliche Wurzel haben, nichts ändern. Preußen beließ bereits seinen 1864 und 1866 erworbenen Gebieten die kirchliche Selbständigkeit. Es ist nicht zufällig, daß die Pläne für einen engeren Zusammenschluß der lutherischen Landeskirchen (einschließlich einer gemeinsamen Agenda) schon über 100 Jahre alt sind und in der 1866 in Hannover unter maßgeblicher bayerischer und sächsischer Beteiligung gegründeten Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz ihre Heimat fanden.

3. Bei ihrer Neuordnung nach 1918 haben die lutherischen Landeskirchen einen größeren Zusammenschluß zur Überwindung des Landeskirchentums immer vor Augen gehabt. Bis zum Beginn des Kirchenkampfes fehlten Zeit und Kraft zur Verwirklichung, die mit der Gründung des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands 1936 festere Formen annahm und in der Vereinigten Kirche 1948 ihre jetzige Gestalt bekam. Es gehört somit zu den Mißdeutungen der jüngeren Kirchengeschichte, wenn man die Vereinigte Kirche lediglich von den Auseinandersetzungen im Kirchenkampf her versteht. Sie versucht, durch ihren Zusammenschluß von Landeskirchen der seit

langem bestehenden Problematik des Landeskirchentums Rechnung zu tragen. Die Vereinigte Kirche ist ein Stück der sich seit 1918 vollziehenden Umgestaltung der Kirchen nach kircheneigenen Gesichtspunkten.

4. Das Landeskirchentum zu überwinden ist also eines der entscheidendsten Motive der Vereinigten Kirche. Besser aber spricht man vielleicht von dem Versuch, den Landeskirchen die Möglichkeit einer Neugestaltung innerhalb eines größeren Zusammenschlusses und in enger Beziehung aufeinander zu geben. Das Motiv ist kein revolutionäres, man will lediglich geschichtlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Zu diesen Notwendigkeiten gehört aber zugleich die Frage nach der Konfessionalität der bisherigen Landeskirchen. Welches ist der Beziehungspunkt für die äußere Gestalt und Organisation der Kirche? Es kann nach Auffassung der Lutheraner nur das Bekenntnis sein. Die Kirche Christi kann nicht anders denn als Konfessionskirche in dieser Welt existieren. Es ist nicht gut, daß das in der Ökumene, besonders in Deutschland, strittig ist. Tatsächlich gibt es auch keine Kirche, keine Denomination, die nicht darüber Auskunft gäbe, was sie zur Kirche macht und inwiefern sie geschichtlich in der Nachfolge der Apostel steht. Noch der Antikonfessionalismus ist Konfessionalismus, vielleicht sogar in seiner schlimmsten Form.

Auch in der Lutherischen Kirche weiß man, daß die Wahrheit Jesu Christi keine bloße Addition von Sätzen, kein an und für sich vorhandenes Depositum ist. Zur Wahrheit gehört ein Ergreifen in gehorsamer Entscheidung. Dennoch gibt es Glaubenstatsachen. Gottes Heilshandeln hat feststehende Wahrheiten geschaffen, die im Bekenntnis ausgesagt werden. Nur in und mit diesem Bekenntnis der Kirche läuft das Evangelium um die Welt und durch die Zeiten. Das Ringen um seinen Inhalt ist das, was für den Kirchenbegriff und für die äußere Kirchengestalt am relevantesten ist.

5. Die Überwindung des Landeskirchentums ist kein bloßer technischer Vorgang. Sie geschieht in Neuorientierung am Bekenntnis. Auch die Konfessionalität ihrerseits stellt das sich wesentlich territorial verstehende Landeskirchentum in Frage. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist ein Bund bekenntnisbestimmter Landeskirchen. Wenn das ernst genommen wird, ist ein Wechsel von einer Konfessionskirche zur anderen nicht selbstverständlich. Warum kann es nicht ertragen werden, daß ein Lutheraner auch in reformierter oder sonst anderskonfessioneller Umgebung eben Lutheraner bleiben will? Es ist immer mißlich, dem anderen deutlich machen zu wollen, daß es ihn eigentlich aus modernen theologischen Gründen nicht mehr geben dürfte. Darüber kann doch schließlich nur jeder selbst befinden. Warum muß er gezwungen werden, das Bekenntnis des jeweiligen Territoriums anzunehmen? Praktisch also haben wir heute in Deutschland nicht nur in römisch-katholischer, sondern auch in anders-evangelischer Umgebung eine nennenswerte Diaspora. Die Existenz dieser Diaspora stellt das Landeskirchentum, damit aber die bis heute traditionelle Verbindung von Territorium und Bekenntnis vor wichtige Aufgaben. Überwindung des territorialen Denkens heißt Neuerwerbung der bekenntnismäßigen Grundlagen. Und diese wiederum sprengt die landeskirchliche Gestalt der Kirche.

II. Zur gegenwärtigen Gestalt

1. An den ursprünglichen Motiven und den aus ihnen sich ergebenden Zielen gemessen kann von der gegenwärtigen Gestalt der Vereinigten Kirche nur recht bescheiden gesprochen werden, so sehr sie manchem von außen her gesehen als ein allzu starker Faktor innerhalb der EKD erscheinen mag. Die Vereinigte Kirche kann sich aber nicht nach dem beurteilen, was sie kirchenpolitisch gilt. Empfindlicher ist die Frage, wie weit die Überwindung landeskirchlichen Denkens in ihren eigenen Reihen schon gediehen ist. Das wäre nur in dem Maße der Fall, in dem von einer wirklich *vereinigten* Kirche gesprochen werden könnte. Der bloße Zusammenschluß von zehn Landeskirchen zu einem verhältnismäßig schwachen überlandeskirchlichen Bund ist noch nicht Überwindung

des Landeskirchentums, allenfalls eine Potenzierung seiner Probleme und deren Übertragung auf die Ebene einer Großlandeskirche.

Es gibt einige Gebiete, auf denen sich eine wirkliche Vereinigung von Landeskirchen zu einer nichtlandeskirchlichen bekenntnismäßigen Gesamtkirche vordringlich zu bewähren hätte: 1. in der Überwindung der Mißverhältnisse von Kleinst- zu Größt-Landeskirchen; 2. in der kirchlichen Neu- und Umgliederung des norddeutschen, aber auch des niedersächsischen Raumes; 3. in der Schaffung übersehbarer Bischofsdiözesen an Stelle der Mammutlandeskirchen. Die geistliche Notwendigkeit dieser drei Maßnahmen kann ebensowenig bestritten werden wie die überaus große rechtliche Schwierigkeit ihrer Durchführung. Theologische Gründe, sie zu unterlassen, gibt es nicht. Aber Ansätze zu ihrer Bewältigung sind nicht zu sehen.

2. Auch die weitere Aufgabe einer Durchsetzung des Grundsatzes der Konfessionalität gegenüber der Territorialität innerhalb der EKD ist nicht verwirklicht worden. Dem Motiv hätte es entsprochen, die Vereinigte Kirche wäre nicht nur zum geistlichen Sammelbecken, sondern zur verfaßten Kirche aller lutherischen Kirchen und Gemeinden in Deutschland geworden. Gemeint war jedenfalls das Ganze. Und der einen Augenblick lang als Möglichkeit auftauchende Gedanke an eine Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses, die nach vorhandenen Vorbildern (etwa Österreich) eine Föderation mit den kleinen reformierten Gruppen eingehen würde, lag durchaus in dieser Linie. Dem aber begegnete eine ganz andersartige Bewegung, die von einem vermeintlichen Erbe der Bekennenden Kirche her nicht nur, wofür ja in lutherischen Kirchen große Offenheit besteht, das Verhältnis von lutherisch und reformiert anders bestimmen wollte, sondern mit zunehmender Schärfe die Relevanz des Bekenntnisses für den Kirchenbegriff prinzipiell in Frage stellte. Auch diese Bewegung ging aufs Ganze. Es kam zu einem Kompromiß, als der doch wohl die Neugestaltung der EKD gelten muß. In den Schützengräben von 1948 aber liegt man praktisch noch heute.

3. Vielleicht wäre der Vereinigten Kirche und dem übrigen evangelischen Deutschland deutlicher bewußt geblieben, welche Konsequenzen der Ansatz der Vereinigten Kirche in sich birgt, wenn es zu Paradigmen gekommen wäre. Ein solches Beispiel wäre es gewesen, wenn von den lutherischen Freikirchen wenigstens die Breslauer Altlutheraner den Weg zur Vereinigten Kirche gefunden hätten. Statt dessen kündigten diese den Landeskirchen die Abendmahlsgemeinschaft und ließen sich, von den Missouriern gedrängt, auf einen unfruchtbaren Streit über den Unionscharakter der EKD ein, anstatt mit der Vereinigten Kirche zusammen für deren föderativen Charakter einzutreten. So war für die Vereinigte Kirche auch später der Augenblick verpaßt, lutherische Gemeinden aus anderen „landeskirchlichen Territorien“ bei sich aufzunehmen, worum sie mehrfach gebeten wurde und wozu ihre Verfassung von 1948 ausdrücklich die Möglichkeit gibt. Man wird betonen müssen, daß ein solcher, jedenfalls vorläufiger Verzicht, etwa Gemeinden aus der Pfalz oder vom Niederrhein aufzunehmen, nicht selbstverständlich ist. Schließlich gibt es auch reformierte Gemeinden in Stuttgart, Hamburg, Lübeck und München.

4. Wir sehen in dieser Diskrepanz zwischen der eigentlichen Zielsetzung, wie sie auch in der Verfassung einen gewissen Ausdruck gefunden hat, und der gegenwärtigen Wirklichkeit der Vereinigten Kirche nicht nur einen Ausdruck von Schwäche, auch nicht nur eine Rücksichtnahme auf die EKD. Vielmehr kommt darin auch der Rang zum Ausdruck, den Fragen der Organisation und der äußeren Gestalt in der Lutherischen Kirche einnehmen. Wo die Zeit theologisch gesehen noch nicht reif ist, kann man in Geduld die Entwicklung abwarten. Zudem ist zu bedenken, daß territoriales Landeskirchentum noch immer das äußere Gehäuse für unsere heutige Volkskirche ist. Jede bewußte Auflösung volkskirchlicher Elemente ist nur soviel zu verantworten, wie das Moment der entscheidungsfreudigen Freiwilligkeit und der selbständigen Mitarbeit an

die Stelle gesetzt werden kann. Ohne ein bestimmtes Maß von Freiwilligkeitskirche ist eine ausschließlich am Bekenntnis orientierte Kirche nicht zu denken.

5. So ist die Vereinigte Kirche praktisch bisher ein recht loser Zusammenschluß von weithin sehr selbständig gebliebenen Landeskirchen, nicht einmal eine „Bundeskirche“, kaum ein „Kirchenbund“. Nach zehn Jahren stehen wir immer noch in den ersten Anfängen. Und doch ist es kein Zweckoptimismus, wenn wir zugleich von einem sich immer stärker konsolidierenden Willen sprechen möchten, den Weg der Vereinigten Kirche auch gegen das eigene Zögern und gegen die eigene Trägheit weiterzugehen. Die kirchliche und theologische Gesamtsituation in Deutschland läßt wohl keinen der führenden Männer und Frauen in den Gliedkirchen daran zweifeln, daß die weitere Verwirklichung einer tatsächlich vereinigten Lutherischen Kirche in Deutschland eine geschichtliche Notwendigkeit darstellt. Von dieser Notwendigkeit möchten wir nicht zuletzt auch im Blick auf das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche wie zur übrigen Ökumene überhaupt sprechen. Hier ist ein fruchtbarer Beitrag schließlich nicht von einer prinzipiellen Relativierung von Bekenntnisinhalten, sondern nur von einer Theologie und Kirche zu erwarten, die in der Mitte zwischen statisch-ontologischer Verdinglichung und existentialistischer Auflösung die Wahrheit der Verkündigung in geschichtlicher Kontinuität mit den Aposteln zu vertreten in der Lage ist.

III. Aufgaben und Ziele

1. Kann eine Kirche überhaupt von Zielen sprechen, die sie zäh verfolgen und verwirklichen möchte? Ihre Aufgabe ist es, hier und heute das Evangelium zu verkündigen. Insofern ist sie mit dem, was sie heute ist und hat, Selbstzweck. Aber es ist die Vereinigte Kirche natürlich auch eine geschichtliche Größe, die sich über ihre eigene Zukunft Gedanken macht. Was insofern an Zielen zu nennen, was an Versäumnissen noch nachzuholen und was an eigentlichen Absichten noch zu verwirklichen wäre, das klang bereits in der Betrachtung bisher ausreichend an. Deshalb sollen hier jetzt auch zum Schluß nicht noch programmatische Idealforderungen aufgestellt werden. Vielmehr wollen wir noch schlicht einige wenige Aufgaben nennen, in denen sich das eigentlich Gewollte schon jetzt manifestieren kann. Es scheint dabei nicht unnütz zu sein, auf die besondere Arbeitsweise der Vereinigten Kirche hinzuweisen, wie sie in den vielen Fachausschüssen geübt wird. Es gibt je einen Ausschuß für Theologie, Liturgik, Gemeindeaufbau, Ökumene, Mission, Rechtsfragen, Disziplinarrecht und Pressewesen. Diese Ausschüsse, in denen oft und fleißig gearbeitet wird, haben die Gliedkirchen zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zusammengebracht. In ihnen vollzieht sich eine stille, aber stetige Integration der Vereinigten Kirche. Auf diese Weise wird auch die irrige Vorstellung immer mehr abgebaut, die Vereinigte Kirche sei ein translandeskirchliches Machtgebilde, während sie in Wirklichkeit nur so viel bedeutet, wie die Gliedkirchen in sie einbringen.

2. Die sichtbarsten Ergebnisse dieser „Arbeitsgemeinschaft“ liegen in einer Fülle von gottesdienstlichen und gemeindlichen Ordnungen vor, was der Vereinigten Kirche den Vorwurf allzu großer „Ordnungsfreudigkeit“ eingebracht hat. Wer aber die Dinge nüchtern sieht, muß zugeben, daß ein solcher Zusammenschluß von Kirchen mit verschiedenen Traditionen ein bestimmtes Maß an gemeinsamen äußeren Formen und Ordnungen benötigt. Sie sind das äußere Gehäuse für ein gesamtkirchliches Bewußtsein, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Schließlich lagen hier auch in der theologischen und kirchlichen Situation begründete Notwendigkeiten für eine Überprüfung vor, die übrigens fast alle anderen Gliedkirchen der EKD in derselben Weise durchgeführt haben. Die tatsächliche Aneignung aller dieser Ordnungen stellt die Gliedkirchen und Gemeinden noch vor wichtige Aufgaben. Die Vereinigte Kirche wird in geringerem Umfange die Erarbeitung gemeinsamer Rechtsgrundlagen (z. B. Pfarrer-

recht, Disziplinarrecht) auch fortzusetzen haben. Im übrigen ist unverkennbar, daß das Schwergewicht ihrer Arbeit sich auf große zentrale Hauptfragen des kirchlichen Lebens verlagert hat. Das mag an den Hauptthemen der letzten Tagungen der Generalsynode deutlich werden: 1956 Toleranz, 1957 Predigt, 1958 Missionierende Kirche (Volksmission). Auf dem Plan für 1959 steht als Thema die Äußere Mission.

3. Drei Aufgabengebiete möchten wir noch hervorheben, denen die Vereinigte Kirche in der nächsten Zeit ihre besondere Kraft widmen sollte. Als erstes nennen wir die *theologische* Aufgabe. Wir sind in Deutschland gewohnt, Theologie und Kirche in einem gewissen Gegenüber zu sehen. Insofern wird sich die der Lutherischen Kirche und ihrem Bekenntnis zugewandte Theologie auf dem Felde der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu bewähren haben. Daß die lutherische Theologie in besonderer Weise an der durch das Auseinanderfallen der Disziplinen gekennzeichneten Krise der evangelischen Theologie teilnimmt, ist unverkennbar. Daß sie zugleich, ob berechtigt oder unberechtigt, im Verdacht der Restauration steht, muß ebenfalls nüchtern erkannt werden. Der Vereinigten Kirche muß daran liegen, an ihrem Teil darauf hinzuwirken, daß sich die lutherische Theologie allen modernen Fragestellungen stellt und in Auseinandersetzung mit ihnen an einer neuen Gestalt arbeitet. Nicht zuletzt wird die Lutherische Kirche unermüdlich die Theologie auf ihre Sache hinzuweisen haben. Diese Sache ist keine andere als der Dienst an der Verkündigung. Nur in der Ausrichtung auf sie könnte manche Krisenerscheinung überwunden werden.

4. Als zweites nennen wir die *ökumenische* Aufgabe. Daß das Bekenntnis, das doch sammeln will, indem es sammelt, zugleich trennt, gehört zu den größten Lasten der Kirche. Einer Kirche, die ihr Bekenntnis ernst nimmt, erwächst daraus aber eine unausweichliche ökumenische Aufgabe. Sie beginnt für uns zu Hause in der EKD. Auch das innerdeutsche Konfessionsproblem kann ebensowenig wie das ökumenische Problem überhaupt durch Bagatellisierung, Subtraktion oder Addition der Unterschiede gelöst werden. Eine Überwindung der Spaltungen und damit schließlich auch eine Lösung des EKD-Problems überhaupt gibt es nur durch einen gemeinsamen Weg nach vorn. Die Vereinigte Kirche hat durch ihre Haltung jeden etwa vorhandenen Zweifel daran zu beseitigen, daß sie bereit ist, einen solchen Weg nach vorn zu gehen, wenn er sich als theologisch vertretbar erweist.

5. Und schließlich gehört zu den Hauptaufgaben der Vereinigten Kirche ein noch entschlossenerer Dienst am Aufbau und an der Förderung *lebendigen Gemeindelebens*. Dazu ist im Zusammenhang mit der Generalsynode 1958 vieles Gute gesagt und geplant worden, so daß hier jetzt nur darauf verwiesen zu werden braucht. Auch der Plan eines gemeinsamen Prediger- und Studienseminars gehört in diesen Zusammenhang.

2. DIE GENERALSYNODE DER VELKD IN BERLIN-SPANDAU

VOM 2. BIS 6. JUNI 1958

Die Lutherische Generalsynode 1958 war nach Eisenach einberufen worden, wo vor zehn Jahren aus dem Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands die VELKD entstanden war. Weil einige Mitglieder der Generalsynode und der Bischofskonferenz, wie die zuständigen Regierungsstellen der DDR mitteilten, die NATO-Politik vertreten und deshalb keine Gewähr für die „Einhaltung der Gesetzlichkeit der DDR“ böten, mußte die Tagung in das Johannesstift Berlin-Spandau verlegt werden. So bleibt keiner der großen Synoden heute die Gefahr politischer Überfremdung erspart. Freilich ist, wie es

sich besonders im Jahre 1958 gezeigt hat, der entsprechende innere und äußere Druck bei den EKD-Synoden ungleich größer als bei der Synode eines Teiles des evangelischen Deutschland. Der EKD ist die Behandlung der großen Öffentlichkeitsfragen ausdrücklich übertragen, woran alle Gliedkirchen nach Kräften mitarbeiten.

1. Diese Methode, die kirchliche Mitarbeit an politischen, gesellschaftlichen und kulturpolitischen Fragen im wesentlichen über die Organe der EKD zu suchen, hat sich als eine nützliche Arbeitsteilung ausgewirkt. Die anderen Synoden und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse sind auf diese Weise in der Lage, sich um so intensiver in geistlicher Konzentration „innerkirchlichen“ Fragen zu widmen. Die Kirche bleibt in politischen Fragen nur soviel glaubwürdig, wie sie sich selbst von ihrer eigenen Sache her versteht. An dem Hauptthema der Lutherischen Generalsynode 1958 „*Die missionierende Kirche*“ mußte deutlich werden, daß diese „eigene Sache“ die Kirche keineswegs mit sich allein läßt, sondern gleich wieder in die Welt weist. Aber dieses ihr Verhältnis zur Welt kann die Kirche nur vom Missionsbefehl ihres Herrn her bestimmen. In ihm wird der von Gott Gesandte wieder selbst zum Sendenden. Es führt eine einzige Linie von der unaufhörlichen Bewegung Gottes, die Welt zu erretten, über die besondere Sendung Jesu Christi, das Heil der Welt zu wirken, bis zu dem Werk des Heiligen Geistes, in und mit der Sammlung der Gläubigen die göttliche Gnadenfülle der Welt auch wirklich mitzuteilen. In diesem Heilswerk des Dreieinigen Gottes für die Welt ist die Kirche Frucht und Werkzeug zugleich. Sie ist nach Ursprung und Wesen missionierende Kirche. Mission ist kein Werk der Kirche neben anderen. Die Kirche ist missionierende Kirche oder sie ist nicht Kirche Jesu Christi.

Von da aus die zur „Äußeren Mission“ führenden Linien auszuziehen, wurde der Generalsynode für 1959 überlassen, während man sich 1958 bewußt auf „Innere Mission“ im Sinne der „Volksmission“ beschränkte. Man stellte aber deutlich fest, daß der weitergehende Dienst der Kirche an ihren getauften Gliedern unter derselben Motivierung steht wie die Sendung zu den Ungetauften. Äußere und Innere Mission entstammen derselben Wurzel. Daneben aber steht die Volksmission – vergeblich hatte man sich um einen neuen Ausdruck bemüht – unter einer zwingenden äußeren Nötigung. Die gute Frucht und das reiche Erbe von Evangelisation und Volksmission als „Verkündigung außerhalb des Gottesdienstes“ haben die weitergehende innere Auswanderung der Getauften aus der Volkskirche und das Mißverhältnis zwischen den nominellen und den lebendigen Gliedern der Kirche nicht verhindern können. Die Evangelisation alten Stils, schon früher vielfach individualistisch und methodistisch verengt, stößt kaum mehr über den Kreis der bereits Erfaßten hinaus und ist zur Selbstevangelisation geworden. Mit dem Begriff der „Inneren Mission“ verbindet man gemeinhin die Vorstellung einer, weithin vom Wohlfahrtsstaat bezahlten, Anstaltsfürsorge und der Berufsarbeiterdiakonie.

Es ging der Generalsynode darum, in dem nach 1945 neu aufgebrochenen Willen zur Volksmission mit dem Ziel einer Erweckung der lauen und toten Glieder und einer Ertüchtigung der Gemeinde Jesu Christi für ihren Dienst an der Welt eine echte Funktion der Volkskirche zu erkennen, die einer unausweichlichen theologischen Nötigung unterliegt. Das spezifische theologische Pro-

blem der Volksmission ist die Stellung zur Taufe. Sie ist oft genug das Kampffeld zwischen der verfaßten Kirche und der freien evangelistischen Volksmission gewesen. Taufe und Wiedergeburt, Rechtfertigung und frommes Leben wurden gegeneinander ausgespielt. Hatte die Kirche Bedenken gegen einen frommen Bekehrungsindividualismus, so bestanden auf der anderen Seite Bedenken gegen einen quietistischen Taufobjektivismus. Diese Zweigleisigkeit, die zu Lasten der Frucht beider Anliegen ging, gilt es zu überwinden. In seinem grundlegenden Synodalreferat, mit dem er als Ertrag einer jahrelangen Arbeit des Ausschusses der VELKD für Gemeindeaufbau den geschlossenen Entwurf einer Theologie der Volksmission vorlegte, suchte Bischof D. Wester die neue Rezeption der Sache der Volksmission gerade im Verständnis und in der volkskirchlichen Praxis der Taufe zu verankern. Dazu heißt es unter anderem:

Diese Bezugnahme auf die Taufe ist schon deshalb erforderlich, weil jeder, der die heilige Taufe empfangt, selbst die Möglichkeit hat, sich auf das „baptizatus sum“ zu berufen und das mit der Taufe verliehene Heil für sich in Anspruch zu nehmen. Denn Christus ist nicht nur die Verheißung der Taufe, sondern auch ihre Realität, eben weil er selbst in der Taufe – im Heiligen Geist – wirksam ist. Der Täufling wird darum durch das Geschehen der Taufe in einen Raum hineingestellt, in dem die Gnadenverheißungen Gottes mit ihrer rettenden Kraft wirksam werden, und hat ein „unauslöschliches Siegel“ empfangen, das ihm niemand bestreiten oder gar nehmen kann. Er kann sich darauf berufen. Die Volksmission wird aber dieses objektive Heilsgeschehen in der Taufe auch deshalb behaupten und festhalten müssen, weil ihre Verkündigung nur so vor *falschem Subjektivismus* bewahrt bleibt. Nach der Lehre der Heiligen Schrift und unserer Bekenntnisse stellt uns die Taufe in eine neue Beziehung zu Gott. Selbst eine leichtfertige Übung des Sakraments würde daran nichts ändern können. Sie würde nur das Gefahrenmoment des Abfalls erhöhen. Darum wird sich die Kirche bei ihrer Taufpraxis allerdings dessen bewußt sein müssen, daß der aus der Taufe Gefallene im jüngsten Gericht ein weit härteres Urteil zu erwarten hat als der Heide. Trotzdem entgeht sie dieser Not und Sorge nicht durch eine gesetzliche Verwaltung des Taufsakraments, sondern nur durch eine gläubige und getroste Verkündigung des in der Taufe jeweils geschehenen göttlichen Handelns. Mit anderen Worten, sie kann einer gefährvollen Taufpraxis nur durch eine Intensivierung der christlichen Unterweisung und Verkündigung begegnen, aber nicht durch die Entwertung und Herabsetzung des Taufsakraments. Weil der Getaufte die Freiheit hat, die Hand Christi zurückzustoßen und aus der Taufe gleichsam herauszufallen, muß ihn die Predigt der Kirche und nun gerade auch die Volksmission dazu aufrufen, solchen Unglauben fahrenzulassen, das objektive Geschehen der Taufe im Glauben festzuhalten und sich dem Wirken Christi hinzugeben. Von daher ist begründet, was Bischof Meyer jüngst im Informationsblatt schrieb, daß die eigentliche Not der überkommenen kirchlichen Taufpraxis nicht darin bestehe, daß wir so taufen, wie wir es tun, sondern darin, daß wir die Taufe selbst nicht ernst nehmen; so tun, als habe Gott an den Getauften noch nicht gehandelt oder als sei seine Zusage dadurch null und nichtig geworden, daß die Getauften nicht dankbar und freudig aus der in der Taufe empfangenen Gnade Gottes leben; und schließlich darin, daß wir das Handeln Gottes im Taufsakrament dadurch selbst boykottieren, daß wir den Sinn und Segen der Taufe nicht entschlossen verkündigen und preisen. Wir werden unserer Verantwortung gegenüber unseren oft so weiträumigen Gemeinden danach weder dadurch gerecht, daß wir nur mit denen rechnen, die am Leben der Gemeinde aktiv teilnehmen, noch uns resigniert mit der volkskirchlichen Situation abfinden und mit dem Rest an Frömmigkeit zufriedengeben, der auch in unseren Gemeinden irgendwie noch aufweisbar ist, sondern nur dadurch, daß wir allen Getauften in volks-

missionarischer Verantwortung dazu helfen, ihrer Taufe froh und ihrer Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi gewiß zu werden.

Das Verhältnis von Glaube und Taufe in der Existenz des Christen wird gerade in den Kreisen, die sich für die Volksmission verantwortlich wissen, immer wieder durch die Frage belastet, ob denn nun nach unserer Meinung die Taufe oder der Glaube das neue Leben des Christen oder seine Wiedergeburt bewirke. In diesem Entweder-Oder wird noch einmal die Frage nach dem subjektiven Element des christlichen Glaubens gestellt. Wir möchten darum dieser Frage nicht ausweichen. Der Finne Aimo Nikolainen hat in einem beachtenswerten Aufsatz in der Lutherischen Rundschau (1954) darauf hingewiesen, daß das Luthertum in seiner Geschichte zwei verschiedene Formen entwickelt habe. Die eine Form sei gekennzeichnet durch eine Hochschätzung der Sakramente und habe die ganze Theologie auf die Taufe als auf das Sakrament der Wiedergeburt aufgebaut. Die andere Form habe alles auf persönliche Erweckung und Bekehrung abgestellt. Für sie sei die Taufe von zweitrangiger Bedeutung, und sie sehe in der Kirche eine Gemeinschaft von entschiedenen, wiedergeborenen Christen. Beide Formen aber, so stellt Nikolainen fest, haben bis zu einem gewissen Grade recht; denn einerseits kann niemand ohne Wandlung in das Reich Gottes gelangen; in der Taufe aber wird die neue Geburt verwirklicht; sie ist die Mitteilung der Gabe des Heiligen Geistes und bewirkt die Wiedergeburt und stellt sozusagen den einzelnen Punkt in der Vergangenheit des Menschen dar. Das Neue Testament spreche aber von der Wiedergeburt ebenso im Zusammenhang mit dem Wort; auch hier sei der Geist der Hauptfaktor. Diese beiden Aussagen sind aber im Neuen Testament in einer erstaunlichen Weise voneinander geschieden und aufeinander bezogen. Wenn das Neue Testament von der Taufe spreche, so habe es dabei ein einmalig geschehenes Ereignis der Vergangenheit im Auge, ein Ereignis, das nicht wiederholt werden könne; spreche es dagegen vom Erwachen des Glaubens, so sei auch hier deutlich, daß der Glaube seinen Ausgangspunkt in der Vergangenheit habe, aber er müsse sich ständig wiederholen und erneuern, ja, es gehöre geradezu zu seiner Natur, daß er jeden Tag neu sei. Wenn man sich aber diesen Tatbestand vor Augen halte, dann erweise sich die übliche Kontroverse über die Wiedergeburt als unnötig; denn es handle sich hier nicht um zwei verschiedene Heilswege, sondern beide Formen der Wiedergeburt gehörten gewissermaßen demselben einen Weg an. Dieser Weg aber stelle eine eschatologische Heilsordnung dar, das heißt, die Wiedergeburt sei in erster Linie ein zukünftiges, eschatologisches Ereignis, und sowohl die Taufe als auch der Glaube bedeuteten nur eine vorläufige Wiedergeburt, sozusagen einen Vorgeschmack des endgültigen Heils. In diesem Zusammenhang erinnert Nikolainen an die einzige Aussage Jesu, in der er den Begriff der Wiedergeburt verwendet und klar ausspricht, daß dem Christen die endgültige Wiedergeburt erst in der Auferstehung zuteil werde: „Ihr, die ihr mir seid nachgefolgt, werdet in der Wiedergeburt, da des Menschen Sohn wird sitzen auf dem Stuhl seiner Herrlichkeit, auch sitzen auf zwölf Stühlen und richten die zwölf Geschlechter Israels.“ Auf diesem Hintergrund seien Taufe und Glaube, also beide, nur ein vorläufiges Ereignis unserer zukünftigen Wiedergeburt. Und doch sei dadurch die Wiedergeburt nicht zu einem ungewissen Wunsch geworden: Wir haben sie bereits in der Taufe empfangen und im Glauben wird sie immer wieder erneuert. Darum komme es darauf an, daß wir – um es mit Grundtvig zu sagen – „Taufe und Glauben vereinen“. Daß dies geschieht, muß das eigentliche Anliegen der Volksmission wie aller kirchlichen Verkündigung überhaupt sein. Denn auch von dem Frömmsten kann dann nur gelten, daß er „auf Hoffnung hin gerettet“ ist.

Die Generalsynode faßte den Ertrag ihrer Arbeit zu Fragen der Volksmission in einer Kundgebung sowie in einer Thesenreihe zusammen. Darin werden die theologischen Fragen ebenso wie die praktischen Möglichkeiten volksmissionarischer Verkündigung in traditionellen und modernen Formen knapp umrissen.

Vom 6. Juni 1958

Die 2. Generalsynode hat auf ihrer 4. Tagung in Berlin-Spandau im Benehmen mit der Bischofskonferenz am 6. Juni 1958 folgende Kundgebung an die Pfarrer und Gemeinden beschlossen:

1. Die meisten Glieder unseres Volkes sind getauft. Es muß die Kirche aufs tiefste beunruhigen, wenn sich die Mehrzahl der Getauften nicht zur Gemeinde hält.

Gegen alle Selbstzufriedenheit und Satttheit bezeugen wir: Die Kirche ist nur dort Kirche Jesu Christi, wo sie dem verlorenen und verirrt Menschen unablässig nachgeht. Jesus Christus richtet die Kirche, die diesem Auftrag untreu wird. Nur der Christ ist ein Jünger Jesu Christi, der ein Missionar seines Herrn ist. Jesus Christus richtet den Namenschristen, der mit seinem Leben den christlichen Glauben verleugnet.

2. Das Zeugnis für Jesus Christus hat nur dort Vollmacht und findet den Weg zum Herzen, wo ein Christ offen ist für den anderen, bereit zu hören, sich auf seinen Platz zu stellen und mit ihm zu leiden.

Wir mahnen Pfarrer und Gemeinden: Werdet nicht müde, um die Vollmacht zum Zeugnis zu bitten. Der Herr gibt auch heute denen, die ihn bitten, die Fülle seiner Gaben, die Liebe zum Menschen, die Freudigkeit und Tapferkeit zum Bekenntnis.

3. Gott hat uns Menschen anvertraut, für die wir ihm in besonderer Weise verantwortlich sind.

Wir bitten alle Eheleute: Werdet einander Helfer zum Himmelreich.

Wir bitten Eltern und Erzieher: Ziehet die Jugend auf in der Zucht und Vermahnung des Herrn.

Wir bitten alle, die zusammen arbeiten: Bedenkt, daß euer Leben im Alltag ein wirksameres Zeugnis ist als große Worte.

4. Jesus Christus braucht Menschen, die ihr ganzes Leben für die Verkündigung der frohen Botschaft einsetzen.

Den Gemeinden, die über den Mangel an Pfarrern, Religionslehrern und Diakonissen klagen, sagen wir: Die Gemeinde, die reich ist an Glauben, Liebe und Hoffnung, bringt aus ihrer Mitte auch die Menschen hervor, die ihr Leben als Mitarbeiter Gottes ganz hingeben.

Vor allem: Bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende.

5. Aller Dienst in der Gemeinde, der nicht ausschließlich dem Pfarrer zukommt, soll von den anderen Gemeindegliedern wahrgenommen werden.

Es gibt niemanden, dem Gott nicht Gaben schenkt. Er verleiht sie dazu, daß wir mit unserer Zeit, mit unserer Kraft und unserem Geld dem Aufbau der Gemeinde dienen.

Wir bitten die Kirchenvorstände: Entlastet eure Pfarrer, damit sie mehr Zeit für Hausbesuche und Seelsorge haben.

Wir bitten die Pfarrer: Gebt auch euch liebgewordene Aufgaben ab, wenn sie nicht eures Amtes sind.

Wir bitten die Kirchenleitungen, dort, wo Pfarrer nicht unbedingt benötigt werden, andere Gemeindeglieder in Ämter und Dienste einzusetzen.

6. Jesus Christus will, daß wir ihm in seiner Gemeinde dienen.

Es ist darum fruchtlos, mit einem Menschen über den Glauben zu sprechen, ohne ihm zugleich den Gottesdienst und die Gemeinde lieb zu machen.

Alle Gemeinden mögen sich aber prüfen, ob sie auch für die Kirchenfernen zur Heimat werden können.

Fragt euch, ob ihr nicht durch Enge, Verkrampftheit und Lieblosigkeit anderen zum Hindernis werdet.

Denkt bei allem, was ihr euch in euren Gemeinden vornehmt, zuerst an die Menschen vor den Toren der Kirche.

Gott will, daß alle Menschen gerettet werden. Und hättest du nur einem dazu verholfen.

DIE MISSIONIERENDE KIRCHE

22 Thesen der Generalsynode

Vom 6. Juni 1958

1.

Auf Befehl ihres Herrn hat die Kirche als Werkzeug des Heiligen Geistes die Aufgabe, zwischen Himmelfahrt und Wiederkunft Christi das Evangelium vom Reich allen Menschen zu bezeugen. Alles kirchliche Handeln verliert seinen Sinn, sobald die Kirche sich diesem Sendungsauftrag an die Welt entzieht.

2.

Wie Christus der Gesandte und der Sendende zugleich ist, so ist auch seine Kirche die Frucht und das Werkzeug seiner Sendung zugleich. Die Kirche hat sich also nicht zu entscheiden, ob sie Mission treiben will, sondern sie kann sich nur rufen lassen, Kirche zu sein, das heißt, sich senden zu lassen. Kirchlicher Dienst, der nicht teilhaben will an dieser missionarischen Ausrichtung, bleibt daher ohne Frucht, wie umgekehrt missionarischer Aktivismus losgelöst von der Kirche als dem Leibe Christi ohne Vollmacht bleibt.

3.

Die Sendung der Kirche gilt nicht nur den Nichtchristen, Juden und Heiden, die ohne Erkenntnis Gottes in Jesu Christo leben, sondern auch den getauften, aber entfremdeten Gliedern der Gemeinde. Deshalb richtet sich die Mission nach einem Wort Löhes zugleich nach außen und nach innen: „Ein Befehl ist es, den Christus gibt – allen Kreaturen das Evangelium und damit Glauben und Seligkeit zu bringen. Einerlei Absicht ist's, die er im Sinne hat: Sammlung, Zubereitung, Vollendung seiner Kirche. Einerlei Mittel sind es, die gebraucht werden: Wort und Sakrament. Was verschieden ist, sind nur die Gebiete. Die Äußere Mission arbeitet unter den Ungetauften, die Innere unter den Getauften. Um des verschiedenen Gebietes willen sind aber die beiden nicht getrennt, sondern innerlich verbunden, gleicher Würde und Ehre, gleicher Liebe und Treue wert.“

Von dieser grundsätzlichen Erkenntnis der Zusammengehörigkeit von Äußerer und Innerer Mission her sind zur Volksmission folgende Gedanken zu entwickeln:

I. Grundsatzfragen zur Volksmission

4.

Die Kirche ist in die gefallene Welt gesandt. Deshalb ist sie bis zu ihrer Vollendung ständig bedroht vom Einbruch der Mächte der Verführung, der Lauheit, der Saththeit und des geistlichen Todes. Volksmission ist daher in keiner Gestalt der Kirche überflüssig. Die heutige Situation der Volkskirche fordert sie in besonderem Maße. Die Kirche kann das Glaubensleben ihrer Glieder nur soweit erhalten, als diese bereit sind, es im Zeugnis weiterzutragen.

5.

Die Volksmission hat nicht den rechten Ansatz, wenn sie das, was Gott in seiner Gnade in der Taufe getan hat, außer acht läßt oder entwertet. Im Unterschied zur Heiden-

mission geht die Volksmission von der Taufe aus und nimmt damit die mit der Taufe übernommene Verantwortung der Kirche für die Getauften wahr. Auf diese Weise wird der auch in der volkskirchlichen Kindertaufe gegebene Segen an ihren Gliedern wirksam. Da aber die in der Taufe empfangene Gabe in diesem Kon ständig gefährdet ist durch das alte Wesen, durch die Mächte des Unglaubens und des Abfalls und da die Taufpraxis vielfach einem quietistischen Mißverständnis des Christenlebens Vorschub leistet, hat alle volksmissionarische Arbeit ein doppeltes Ziel:

- a) die lauen toten Glieder zu erwecken,
- b) die Gemeinde Jesu Christi zum Dienst in der Welt zu ertüchtigen und dadurch zu erneuern.

Sie hat den Menschen in allen Lebensbereichen die Botschaft von Gesetz und Evangelium gegenüber allen religiösen und gottlosen Mächten der Zeit zu verkündigen und handelnd zu bezeugen. Dieser volksmissionarische Dienst der Kirche darf nicht von säkularen Zielsetzungen politischer, sozialer und kultureller Art überfremdet werden. Der Dienst der Volksmission gilt dem Menschen. Sein Ziel kann immer nur sein, die Menschen zum Glauben und zum Handeln aus Glauben zu führen.

6.

Die Volksmission hat nur dann Verheißung bleibender Frucht, wenn sie aus der Gemeinde der Getauften erwächst, zur Gemeinde hinführt und mit dem Leben der Gemeinde, ihrem Gottesdienst und ihrem Aufbau organisch verbunden bleibt. Weil Jesus Christus selbst die Sendung seiner Kirche in die Welt trägt und vollzieht, nimmt er auch die Gemeinde in diese Sendung hinein. Er erweckt Menschen für diesen Dienst und bevollmächtigt sie durch Gaben seines Geistes. Diese Gaben werden der Kirche und der Welt nur dann zum Segen, wenn sie im Gehorsam gegen den Auftrag Christi gebraucht werden. Der Gemeinde der gerechtfertigten Sünder, die diese Gaben nur zur eigenen Erbauung gebraucht, werden sie zum Gericht.

7.

Da die Gemeinde durch die Liebe Christi zum Dienst befreit ist, wird sie hineingedrängt in die Menschenliebe, die Selbstverleugnung und das Leiden ihres Herrn. Diese Liebe macht mit dem Menschen solidarisch, sie weckt Mut und Phantasie zu neuen Wegen, sie befähigt zu dienen und nicht zu herrschen.

8.

Aus diesem Grunde kann die missionarische Verkündigung nur in engster Verbindung mit der dienenden Tat geschehen. Volksmissionarische Verkündigung ohne Diakonie ist lieblos und unglaubwürdig. Diakonie ohne Bezeugung der Liebe Jesu bleibt auf die Dauer unklar und stumpf.

II. Die volksmissionarische Verkündigung

9.

Volksmissionarische Verkündigung ist die bekenntnisgemäße Ausrichtung der biblischen Botschaft vor Menschen, die dem Evangelium und der Kirche entfremdet sind.

Jeder, der mit seiner Verkündigung Entfremdete erreicht, wirkt und redet volksmissionarisch.

10.

Volksmission ist nicht auf den Evangelisationsvortrag beschränkt. Alle kirchliche Verkündigung kann Volksmission sein.

Die volksmissionarische Gesprächsführung von Mensch zu Mensch und in Gruppen ist nötig; denn viele Entfremdete öffnen sich der Botschaft der Kirche erst dann, wenn auch sie zu Wort kommen.

Daneben nimmt die Volksmission in zeitgemäßer Weise alle Möglichkeiten der Mitteilung der biblischen Botschaft wahr; wie Presse und Schrifttum, Bühne und Film, Funk und Fernsehen. Die Volksmission soll auf die Entwicklung immer neuer Formen der Verkündigung bedacht sein. Sie hat die Freiheit, veraltete Formen aufzugeben.

11.

Volksmissionarische Verkündigung darf nicht auf das Gotteshaus beschränkt bleiben, auch nicht auf Gemeindehäuser und Missionszelte. Überall, wo Entfremdete erreicht werden können, auf Straßen und Plätzen, in Wohnungen und Gasthäusern, in Fabriken, Geschäften und Büros, soll Volksmission sie suchen.

12.

Volksmissionarische Verkündigung muß dem Entfremdeten neu Trost und Freude der Taufe deutlich machen, ihm die Rechtfertigung des Sünders allein durch den Glauben anbieten und ihn in die Gemeinde zurückholen.

Wie dies jeweils geschehen kann, ist weithin abhängig

a) von Fragen der Zeit und den besonderen Fragen der Menschen, denen diese Verkündigung gilt.

b) Vom Abstand zum Evangelium, in dem sich die Hörer befinden; sie sind mit den Grundzügen der kirchlichen Lehre bekannt zu machen, auch Apologetik hat hier ihren Ort.

c) Davon, daß die Hörer nicht mehr gewohnt sind, am Gottesdienst teilzunehmen: Ihnen muß die Herrlichkeit des Gottesdienstes, die lebendige Gegenwart Christi in seiner Gemeinde bezeugt werden.

13.

Die Sprache der volksmissionarischen Verkündigung wird bestimmt

a) durch die Heilige Schrift. Fremdartige, aus der Sprache der Heiligen Schrift stammende Worte und Begriffe sind nicht zu entbehren, wenn man zur Sache kommen will. Die Bibel zeigt in ihrer Sprache eine große Offenheit gegenüber der Umwelt und gibt für eine gegenwartsnahe Verkündigung mehr Hilfen, als bisher ausgeschöpft wurden.

b) Durch den Hörer. Der Volksmissionar muß den heutigen Menschen mit seinen Erlebnissen und Interessen, Verlegenheiten und Leidenschaften kennen, um in seiner Sprache von den großen Taten Gottes zu reden. Er hat die Botschaft der Bibel verständlich, unverkürzt und einprägsam in die Gegenwart hineinzusagen.

c) Durch den Verkündiger. Sein Auftrag gebietet ihm, die ihm verliehenen Gaben zu erwecken und zu gebrauchen, um nicht in Rhetorik und Routine abzugleiten.

III. Gemeindeaufbau und Volksmission

14.

Träger der Volksmission ist die Gemeinde in der Gesamtheit ihrer tätigen Glieder. Die Volksmission darf daher nicht die Sache weniger charismatischer Evangelisten oder volksmissionarischer Vereinigungen und Ämter bleiben, sondern muß als Auftrag an die ganze Gemeinde neu verstanden und Ausdruck ihres Lebens werden. Es gibt mehr Gemeindeglieder, die für die Volksmissionsaufgaben charismatisch begabt sind, als wir heute wissen. Es gilt, diese zu entdecken und in den Dienst zu stellen.

15.

Der Pfarrer schuldet die Verkündigung der frohen Botschaft allen auf mancherlei Weise. Durch die gottesdienstliche Verkündigung wird heute nur noch ein Teil der Gemeindeglieder erreicht. Deshalb muß der Pfarrer für den volksmissionarischen Dienst offen sein.

16.

Mit und neben dem Pfarrer sind die kirchengemeindlichen Organe, insbesondere der Kirchengemeinderat (Kirchenvorstand) berufen, dafür zu sorgen, daß die Gemeinde ihre missionarische Aufgabe erkennt und wahrnimmt und daß die neu gewonnenen Menschen in ihr heimisch werden.

17.

Die Erfüllung des volksmissionarischen Auftrages erfordert eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Pfarrer und Gemeinde. Der uferlos gewordene Dienst des Pfarrers bedarf wieder klarer Akzentsetzung. Der Pfarrer muß das gute Gewissen und die Möglichkeit bekommen, sich stärker auf seinen eigentlichen Auftrag zu beschränken und zu konzentrieren. Aller Dienst in der Gemeinde, der nicht ausschließlich dem Pfarrer zukommt, ist Aufgabe der Gemeindeglieder. Indem das Gemeindeglied verantwortlich in der Gemeinde mitarbeitet und die ihm von Gott verliehenen Gaben in den Dienst des Aufbaues der Gemeinde stellt (Haushalterschaft), bewährt es das Priestertum aller Gläubigen. Der Pfarrer muß bereit sein, Aufgaben abzugeben ohne ängstliches Festhalten an einer „Führer“stellung und ohne Sorge vor der „theologischen Unzulänglichkeit“ des Laien. Unter der besonderen Verantwortung des Pfarrers steht die Zurüstung der Gemeinde für die Mitarbeit im volksmissionarischen Dienst.

18.

Damit die Gemeinde Trägerin der Volksmission und Heimat für alle getauften Glieder werden kann, bedarf die Struktur des Gemeindeaufbaus einer Überprüfung und Umformung.

a) Die Gliederung hat nicht nur auf den naturständischen Aufbau (Männer, Frauen usw.), sondern auch auf die soziologische Situation der Gemeinde Rücksicht zu nehmen (Berufsgruppen usw.).

b) Alle Gemeindekreise und -vereine müssen von Selbstbeschränkung und Selbstgenügsamkeit befreit und in den volksmissionarischen Dienst an den Kirchenfernen eingezogen werden.

c) Da Christus den ganzen Menschen in die Gemeinschaft seiner Gemeinde ruft, sollte rechter Geselligkeit unbefangenen Raum gegeben werden.

d) Das Leben aller Gemeindegruppen hat seine Mitte im gemeinsamen Gottesdienst der Gemeinde. Nur so wird der Gefahr der „Verkreisung“ gewehrt. Die Gemeinde muß andererseits Geduld mit den Gruppen von Menschen haben, die zum Glauben erweckt wurden, aber ehe sie sich der Gesamtgemeinde in ihrem gottesdienstlichen Leben einfügen, durch Einübung und Unterweisung noch besonderer Hinführung bedürfen.

Da in den Massengemeinden Übersichtlichkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl fehlen, sind Grundsätze für Aufbau und Umfang neuer Gemeinden aufzustellen. Es ist ferner zu prüfen, welche Möglichkeiten für eine Aufgliederung der vorhandenen Massengemeinden bestehen. Das Problem der Massengemeinde ist soziologisch zu untersuchen.

19.

Die Ortsgemeinde kann durch „Gemeinden“ soziologischer Struktur, wie Betriebsgemeinden, nicht ersetzt werden. Man muß aber zugestehen, daß die Kirche die Aufgabe

der sozialen Diakonie zu ihrem Schaden vernachlässigt hat und ihr auch heute noch nicht gerecht wird. Es ist jedoch eine Fiktion, zu meinen, der Betrieb sei für den Arbeiter die „neue Existenzform“. Die Aufgabe der Gemeinde liegt nicht nur in der Welt der Arbeit, sondern auch in der Gestaltung der Freizeit und in einer neuen Ausrichtung auf die Familie. Für Menschen, die vorübergehend oder längere Zeit von ihrer Ortsgemeinde abwesend sind (Studenten, Kranke, Saisonarbeiter, Urlauber und Ausflügler usw.), muß eine Möglichkeit zur Sammlung gegeben sein.

20.

Es muß dankbar anerkannt werden, daß volksmissionarischer Dienst auch durch volksmissionarische Verbände und Werke, durch auswärtige Volksmissionare und Evangelisten geschieht. Solcher Dienst kann Fernstehende besonders anziehen und ihnen Brücke und seelsorgerliche Hilfe sein. – Er kann aber nie die volksmissionarische Verantwortung der Gemeinde ersetzen oder aufheben. Darum sollte keine volksmissionarische Arbeit durch auswärtige Kräfte willkürlich und ohne engen Kontakt mit der Ortsgemeinde getan werden. Es sollte keinen Volksmissionar oder Evangelisten geben, der nicht von der Kirche oder einem evangelischen Werk gesandt und in seinem Dienst getragen wird. Der Gemeinde ist aufgetragen, die Geister zu prüfen, ohne den Geist zu dämpfen. Verheißung hat der von außen her kommende volksmissionarische Dienst nur, wenn er die Gemeinde sammelt und nicht die Gemeinde spaltet. Jede Ortsgemeinde sollte sich aber fragen, ob sie den Dienst eines auswärtigen Volksmissionars erbitten darf, wenn sie nicht selbst bereit ist, alles zu tun, was im Bereich ihrer eigenen volksmissionarischen Möglichkeiten liegt.

21.

Die Fülle der volksmissionarischen Aufgaben und die Spezialisierung der modernen Welt machen es notwendig, daß dort, wo die Möglichkeiten der Gemeinde erschöpft sind, die übergemeindliche Volksmission stellvertretend Hilfe leistet. Dazu sind Einrichtungen erforderlich, die immer wieder Grundlagen und Wege der Volksmission neu durchdenken und praktische Wegweisung geben (volksmissionarische Ämter und Dienststellen spezieller volksmissionarischer Arbeit). Die Lebensfragen der Jugend, der Männer und Frauen, der Ehe und Familie, der Arbeitswelt und der Welt des Dorfes, der Welt der Akademiker usw. bedürfen der Klärung unter dem Wort Gottes. Dem dienen die speziellen kirchlichen Werke, die Evangelischen Akademien, die Evangelischen Volkshochschulen, Kirchliche Seminare usw. Übergemeindliche Tagungen und Freizeiten sind besondere Gelegenheiten, Fernstehende zu einer neuen Begegnung mit dem Evangelium zu führen und evangelische Lebensgemeinschaft zu verwirklichen. Die übergemeindliche Volksmission dient besonders der Zurüstung aktiver volksmissionarischer Kräfte und der Bildung von Arbeitsgruppen und der Herausgabe von Arbeitshilfen. Es muß ein Kleinschrifttum entwickelt werden, das die theologischen Erkenntnisse und die dem Gemeindeglied zufallenden volksmissionarischen Aufgaben in eine Sprache übersetzt, die alle verstehen. Die Möglichkeiten des kirchlichen Öffentlichkeitsdienstes in Presse, Film, Rundfunk, Fernsehen usw. haben der übergemeindlichen Volksmission weitere Arbeitsfelder erschlossen, die in evangelischer Verantwortung auszubauen sind. In all dem ist zu beachten, daß übergemeindliche Volksmission das gleiche Ziel hat wie der volksmissionarische Dienst der Gemeinde.

22.

Da auch die Gesamtkirche nur als missionierende Kirche wahre Kirche Jesu Christi ist, kann sie sich nicht mit einzelnen volksmissionarischen Maßnahmen begnügen. Sie hat vielmehr eine umfassende Gesamtkonzeption für ihr volksmissionarisches Handeln zu entwickeln.

Alle Planungsarbeit hat von einer präzisen, illusionslosen Analyse auszugehen, wobei auch die Statistik, der Test und die Stimme der Kirchenfremden auszuwerten sind. Die Evangelischen Akademien sollten die Diagnose durch Untersuchungen über einzelne Berufskreise und über die kulturelle, wirtschaftliche und politische Situation vertiefen.

Die Kirche ist für die Ergänzung der theologischen Ausbildung durch eine volksmissionarische Ausbildung verantwortlich. Diese Ausbildung ist nicht Aufgabe der Universität, sondern des Predigerseminars. Es sollte aber auch die Errichtung eines Lehrstuhles für Volksmission angestrebt werden, der unter Einbeziehung der ökumenischen Erfahrungen Grundlagen und Methoden der Volksmission wissenschaftlich untersucht.

Die Kirche hat die bewußte volksmissionarische Willensbildung in den Gemeinden auf jede Weise zu fördern. Das hat sich zum Beispiel auch bei der Aufstellung der Etats zu bewähren. Auch die Visitationen sollen das Bewußtsein für die Verantwortung an den der Gemeinde Fernstehenden stärken.

Auch die missionarische Kirche bedarf der Ordnung. Kirchenleitungen und Synoden sollten jedoch prüfen, ob die von ihnen erlassenen Gesetze und Ordnungen die Erfüllung der volksmissionarischen Aufgabe nicht hemmen, sondern fördern. Die verantwortliche Mitarbeit des Laien soll integrierender Bestandteil der Kirchengemeindeordnung sein.

„Darum, meine lieben Brüder, seid fest, unbeweglich und nehmet immer zu in dem Werk des Herrn, weil ihr wisset, daß eure Arbeit nicht vergeblich ist in dem Herrn“ (1. Kor. 15, 58).

Es herrscht kein Mangel an kirchlichen Einrichtungen und Ideen, die lässigen Glieder der Gemeinde zu wecken, diese selbst wieder zum Dienst an der Welt tüchtig zu machen und gerade darin lebendig zu erhalten. Auch die Generalsynode hat dem nichts Neues hinzufügen können. Beachtlich ist hier nur die zwingende Verbindung einer nüchternen Beurteilung der volkskirchlichen Situation und einem unausweichlichen theologischen Impuls mit einer guten Entschlossenheit, alles an einen Gemeindeaufbau moderner Art zu setzen. Eine Nacharbeit zum Programm der Generalsynode, für die bestimmte Pläne bestehen, ist hier besonders nötig.

2. Nach mehrjähriger Vorarbeit überwies die Generalsynode eine neue gottesdienstliche *Ordnung für die kirchliche Trauung* den Gemeinden zur Erprobung. Im grundsätzlichen Verständnis der kirchlichen Trauung in ihrem Verhältnis zur bürgerlichen Eheschließung stimmt diese Ordnung mit der neuen württembergischen sowie auch mit dem Erprobungsentwurf der Evangelischen Kirche der Union überein, indem sie die Trauung als kirchliche Segenshandlung an der geschlossenen Ehe versteht. In der Trauung wird die Ehe Christus dem Herrn unterstellt. Den Eheleuten wird es unter Verkündigung, Gebet und Segen und unter ihrer eigenen bekennenden Hinnahme zugesprochen, daß sie durch alle menschlichen Wege, Motive und Rechtsakte hindurch von Gott zusammengeschlossen sind. Eine Hereinnahme der kirchlichen Trauung in die tatsächliche rechtliche Konstituierung der Ehe führt notgedrungen zur Auflösung der Einheit der Ehe. An der Heiligkeit der Ehe nehmen Heiden und Christen, kirchlich und nicht kirchlich Getraute in gleicher Weise teil. Die Heiligung der Ehe freilich ist Aufgabe des Christen. Ihm dazu zu helfen, ist Sinn der Trauung.

3. Von den wichtigeren Gegenständen ist noch der endgültige Beschluß der Generalsynode zu erwähnen, ein *Prediger- und Studienseminar* der VELKD zu errichten. Damit soll ein eigener Beitrag zur Vorbildung des Pfarrerstandes geleistet werden. Es ist weniger an den normalen Studiengang eines Prediger-

seminars, der seine grundlegende Bedeutung in den entsprechenden Einrichtungen der Gliedkirchen behält, gedacht als vielmehr an eine zusätzliche Ausbildung in spezielleren Aufgaben der modernen Welt.

3. POLITISCHER DIENST DER KIRCHE

1. Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, daß sich die VELKD durch ihre Gliedkirchen und ihre leitenden Persönlichkeiten an der Behandlung der großen Öffentlichkeitsfragen auf der gesamtkirchlichen Ebene der EKD beteiligt. Die tiefgreifende Auseinandersetzung über die Fragen der nuklearen Waffen, die eine kirchliche Spaltung in greifbare Nähe zu rücken schien, veranlaßte jedoch die Bischofskonferenz unmittelbar vor der EKD-Synode 1958 zu einer eigenen Erklärung.

ERKLÄRUNG DER BISCHOFSKONFERENZ DER VEREINIGTEN EVANGELISCH-LUTHERISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS ZUM ATOMKRIEG

Vom 16. April 1958

I.

Es ist die Pflicht der Christenheit, mit allen ihr gegebenen Mitteln dafür einzutreten, daß ein Atomkrieg abgewendet wird. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Christenheit, an der Verhinderung von Kriegen und an der organisatorischen Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten.

Wir stellen aber fest: Theologische, politische oder moralische Erklärungen, die in unverbindlicher Allgemeinheit gehalten sind, müssen wirkungslos bleiben. Der Appell an die Angst vermehrt nur die Panik in der Welt. Vorschläge, die die Sachlage in unzulässiger Weise vereinfachen und keine Wege zur praktischen Durchführung weisen, können dem christlichen Gewissen nicht genügen.

II.

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat in einer Verlautbarung auf der Tagung seines Zentralausschusses in New Haven im August 1957 folgende Punkte hervorgehoben:

- a) Einstellung der Kernwaffenexperimente durch internationale Absprachen;
- b) Produktionsstop für Kernwaffen unter möglichst wirksamen Kontrollmaßnahmen;
- c) Entwicklung von Maßnahmen zur stufenweisen Abrüstung der nationalen Streitkräfte in Atom- und konventionellen Waffen bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen;
- d) Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke, ebenfalls unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen;
- e) Errichtung eines wirksamen Systems für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und die friedliche Anpassung an veränderte Verhältnisse. In ihrer Gesamtheit bilden alle diese Punkte einen Rahmenvorschlag für verantwortungsbewußtes Handeln gegen die Atomgefährdung im ganzen.

Der Zentralausschuß fügt hinzu: „Wir dringen mit allem Nachdruck darauf, daß – als erster Schritt – Regierungen, die Atomexperimente durchführen, diese wenigstens

für eine Versuchsperiode aufgeben, und zwar entweder zusammen oder einzeln in der Hoffnung, daß andere dasselbe tun, auf daß neues Vertrauen entstehe und so die Grundlage für zuverlässige Absprachen gelegt werde.“

Wir machen uns diese Verlautbarung zu eigen.

III.

Es gehört nicht zum Amt der Kirche, aus Gottes Wort verbindliche politische Einzelanweisungen über die Durchführung der Abrüstung zu geben. Aber es ist ihre Aufgabe, die Gewissen aller derer, die hier Verantwortung tragen, anzureden und sie zu bitten, alle Vorschläge, die zu einer Entspannung führen, sorgfältig zu prüfen und alles zu tun, um zwischen den Völkern eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

IV.

Die eigentliche Pflicht der Christenheit bleibt es, zu bezeugen, daß Gott auch im atomaren Zeitalter im Regimente sitzt und daß der Glaube an ihn die Furcht überwindet. Es ist unsere gewisse Zuversicht, daß der auferstandene Christus auch in einer vom Tode bedrohten Welt der Sieger ist. Wir wissen, daß das Gebet dem Christen Anteil gibt an Gottes Weltregierung. Wir bitten ihn, er wolle uns durch das drohende Gericht zur Buße führen, uns unsere Sünde vergeben und seine Barmherzigkeit nicht von uns abwenden.

So spricht der Herr: „Bessere dich, Jerusalem, ehe sich mein Herz von dir wende, und ich dich zum wüsten Lande mache, darinnen niemand wohne!“ (Jer. 6, 8.)

Zur Erläuterung dieser Erklärung sowie überhaupt der von den leitenden Organen und Persönlichkeiten der VELKD in den atomaren Fragen vertretenen Auffassung dient am besten nachstehender Abschnitt aus dem Tätigkeitsbericht des Leitenden Bischofs D. Lilje vor der Generalsynode der VELKD am 3. Juni 1958:

Wir haben im Zusammenhang mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland mitten in der Diskussion gestanden, die heute das deutsche Volk am stärksten beschäftigt: die Frage nach der Möglichkeit eines Atomkrieges. Wir haben uns an diesem Gespräch beteiligt und nicht von ihm ausgeschlossen. Schon diese Feststellung ist mir wichtig. Wenn immer wieder die ungeduldige Frage erhoben wird, warum die Kirche schweige, können wir nur mit großem Nachdruck sagen, daß wir *nicht* geschwiegen haben, so wenig wie die anderen Kirchen in Deutschland. Wenn man nicht immer das sagt, was der andere erwartet, gibt das dem anderen nicht das Recht, zu behaupten, man hätte nichts gesagt!

Was nun die rein *politische* Seite dieser Frage angeht, so scheint mir auch da unsere Kirche genau wie alle übrigen Kirchen der evangelischen Christenheit in Deutschland einige Dinge klar und unmißverständlich ausgesprochen zu haben. Mit allen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland haben wir zu wiederholten Malen ausgesprochen, daß unser Ziel die Verhinderung des Atomkrieges und damit schließlich auch am Ende die totale Abschaffung atomarer Waffen überhaupt sein muß. Wir haben es so oft und so deutlich gesagt, daß es praktisch auf Verleumdung hinausläuft, wenn man so tut, als hätten wir es nicht gesagt. Wir wünschen die Verhinderung eines Atomkrieges mit allen Mitteln und wir wünschen damit also auch, daß atomare Waffen künftig überhaupt unmöglich seien. Ich hoffe, daß ich es jetzt deutlich gesagt habe, daß selbst Leute von der geistigen Leistungsfähigkeit mancher Organe, die es immer nicht richtig hören können, es endlich begreifen: dies meinen wir wirklich! Wir haben hinzuzufügen, und das ist vielleicht zunächst ein ganz subjektives Wort, das ich nicht im Namen der Generalsynode spreche, sondern nur eben im Zusammenhang meines münd-

lichen Tätigkeitsberichtes, daß es unter uns Menschen gibt, die es für dringend erforderlich halten, zu sagen, daß im Angesichte eines so entscheidenden Zieles einseitige Aktionen unzulänglich sind. Denn wenn man das wirklich will – Schluß mit dem Atomkrieg –, muß es auf bündige internationale Absprachen hinauslaufen, oder man dient dem Frieden nicht wirklich. Und deswegen erscheint es mir als eine erwägenswerte Frage, ob nicht die Kirchen aus ihrer Zurückhaltung heraustretend diese ganze Frage als ein Petitum etwa den Vereinten Nationen überhändigen sollten, mit dem Wunsch, daß es eine internationale Kontrollkommission zur stufenweisen Verwirklichung der Abrüstung geben möge, die zunächst die weitere Aufrüstung verhindern und dann schließlich auch die vorhandenen Atomwaffen beseitigen könnte. Es leuchtet von selbst ein, daß Einzelheiten auf diesem Gebiete die Kompetenz der Kirche überschreiten würden. Aber indem wir das alles aussprechen, geben wir noch einmal zu allem Überfluß zu erkennen, daß uns realiter an dem vorhin formulierten Ziele gelegen ist und daß wir mit allen Christen in der Welt diesen Frieden wünschen.

Ich muß nun freilich noch einige Worte über die *kirchliche* Diskussion in diesem Zusammenhang hinzufügen. Denn sie ist auch durch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die wir in diesen Räumen gehalten haben, nicht zum Abschluß gekommen. Ich beurteile das Wort, das die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen hat, als ein gutes, nüchternes, nützliches und hilfreiches Wort und würde jedem widersprechen, der diesem Worte gegenüber seine Unbefriedigung nach einer der genannten Richtungen hin ausdrückt. Ich darf darauf aufmerksam machen, und zwar gerade auch denjenigen Brüdern gegenüber, die sich verpflichtet halten, die Diskussion auf neue wieder aufzugreifen, daß unsere Vereinigte Lutherische Kirche unter vielen anderen Äußerungen, vor allem besonders in zwei bemerkenswerten Worten, sich schon früher zu dieser Frage geäußert hat. Das eine ist der Beschluß der Bischofskonferenz, der durch die Synode in Hamburg am 22. und 23. Mai 1957 akzeptiert worden ist. Wir haben in jenem Worte unter anderem uns über die Furcht ausgesprochen und gesagt: Wir handeln gegen Gottes Gebot, wenn wir an die Stelle der Furcht vor Gott die Angst vor der entfesselten Atomkraft treten lassen – und haben im weiteren Verfolg dieses Textes, den ich hier nicht noch einmal im vollen Wortlaut vorlese, ausgesprochen: Darum rufen wir die Christenheit zur Fürbitte für die Regierenden in allen Völkern auf, vor allem aber für die, die in unserem Volk, in der Regierung, im Parlament und in den Parteien die Verantwortung tragen.

Wir haben in einem neuen Worte der Bischofskonferenz von Tutzing vom 16. April 1958, das auf Ihren Plätzen liegt, noch einmal das Wort zu diesen Fragen genommen.

In der theologischen Diskussion über diese Äußerungen, die jetzt fortgesetzt wird, begegnen wir wiederholt dem für uns schmerzlichen Sachverhalt, daß unsere eigenen Brüder uns einer ungenauen und nicht verpflichtenden Redeweise bezichtigen. Ich muß dem mit tiefem Schmerz und mit großer Entschlossenheit widersprechen. Es macht uns Not, daß innerhalb unserer eigenen theologischen Diskussion von solchen Worten mit einer gewissen theologischen Geringschätzung geredet werden kann. Wir haben demgegenüber die ernsthafte Frage an einige unserer Brüder: Macht Euch das überhaupt kein Beschwer, daß die Christenheit diese Angst in der Welt beobachtet, ohne daß sie das tut, was jede christliche Gemeinde, die nicht vom Heiligen Geist verlassen ist, tun muß, nämlich darüber nachzudenken, wie man die Angst in der Welt in der Furcht Gottes überwindet? Wer es fertigbringt, diesen Aspekt geistlich zu verdächtigen, der muß sich gefallen lassen, daß wir ihn mit Nachdruck fragen, ob er noch christlich legitim redet. Dann entstehen solche Fehlleistungen wie die, daß der Sündenbegriff vereinseitigt angewandt wird auf ein einziges äußeres Faktum – nämlich auf die Atombombe –, statt auf die Haltung des Menschen in dieser Welt, der alle Gaben Gottes zu pervertieren geneigt ist. Wir müssen mit der gleichen Besorgnis und Betrübnis feststellen, daß manche unserer theologischen Brüder in dem Gespräch über diese

Frage offensichtlich das eschatologische Zeugnis des Neuen Testamentes völlig ausklammern. Die Diskussion über die Aufgabe der Kirche in der Atomdiskussion wird manchmal so geführt, als ständen die großen eschatologischen Aussagen Jesu nicht im Neuen Testament. Wir können es nicht für eine ausreichend „vom Evangelium her“ bestimmte Redeweise halten, wenn dieser Aspekt einfach vergessen und übersehen wird. Wir müssen mit dem gleichen Nachdruck sagen: Wenn diese Kundgebungen, die ich eben verlesen habe, darauf aufmerksam machen, daß nach einem Worte Luthers das Gebet der Christen dazu hilft, die Welt zu regieren, ertragen wir es schwer, daß ein solch selbstverständlicher Hinweis auf diese primäre Pflicht der Christenheit als Ausflucht in die erbauliche Rede verdächtigt wird. Wenn wir nicht mehr die geistliche Kraft haben, unseren Gemeinden zu sagen, daß auch in einer so bedrohten Weltlage wie der unseren das Gebet der Christen eine reale Chance hat, dann muß die Kirche sich überhaupt hinsichtlich ihres Zeugnisses hüten. Endlich ist es nicht unwichtig, zu sagen, daß wir die gleiche Leidenschaftlichkeit, mit der wir in der Christenheit über die Atomfrage reden, dem Zeugnis von der Kreuzigung und Auferstehung Jesu Christi schuldig sind und daß eine Kirche, die ihre Hauptsache nicht mehr aussprechen kann, auch in allen Fragen, die die Welt betrifft, undeutlich, unsicher und kraftlos reden wird.

Ich hielt mich für verpflichtet, das zur Gesamtdiskussion über diese Fragen hinzuzufügen, wie sie innerhalb des deutschen Protestantismus geführt wird, und möchte damit zum Ausdruck bringen, daß wir nicht nur der Weise, wie wir uns an diesem Gespräch beteiligt haben, gewiß sind, sondern daß wir mit großem Nachdruck die kritische Frage an einige unserer Brüder richten müssen, ob sich ihre Äußerungen trotz der häufigen Berufung auf das Evangelium wirklich in den Bahnen dessen halten, was das Evangelium uns über diese Fragen in der Welt zu sagen gebietet.

2. Noch unter einem weiteren Aspekt hat sich die VELKD in politischen Fragen zu Wort gemeldet. Es ist oben bereits darauf hingewiesen worden, daß die Lutherische Generalsynode 1958 nicht wie vorgesehen in Eisenach stattfinden konnte. Ein zuvor in einem Schreiben des Leitenden Bischofs D. Lilje an den für Kirchenfragen in der DDR zuständigen Staatssekretär Eggerath angebotenes persönliches Gespräch war nicht zustande gekommen. Diese Vorgänge sowie überhaupt die Verschärfung der staatlich-kirchlichen Konflikte in der DDR veranlaßten D. Lilje in seinem schon erwähnten Tätigkeitsbericht vor der Generalsynode zu folgenden Ausführungen:

Noch eine letzte Bemerkung über die Lage der Kirche im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik. Man kann über diese Fragen auf zweierlei Weise reden. Man kann es etwa so tun, wie es in dem Aufsatz der „Neuen Zeit“ über „Noch eine Synode“ geschieht; ich persönlich würde nur sagen: was dort geschrieben ist, würde ich, wenn die Möglichkeit bestände, einem geordneten Gericht übergeben, und nicht Zweifel haben darüber, daß ich haushoch über eine solche von Haß und Lüge bestimmte Darlegung obsiegen würde. Diesen Weg zu betreten, ist uns verwehrt. Wir meinen vielmehr das ehrliche und ruhige Gespräch; wir meinen das Gespräch, das von dem Wunsch geleitet ist, die Gräben nicht zu vertiefen, sondern, wenn es möglich ist, zu überbrücken. Infolgedessen ist es mir unverständlich, daß die Anfrage, die ich als Leitender Bischof an den Staatssekretär Eggerath gerichtet habe, ob sich ein Gespräch über diese Synode ermöglichen ließe, negativ behandelt worden ist. Ich verstehe es deswegen nicht, weil ich nicht einsehen kann, warum ein schlichtes, persönliches, offenes Gespräch zu fürchten gewesen wäre. Auch ein kritisches Gespräch wäre möglich gewesen. Ich verstehe die Gründe für eine solche Ablehnung nicht. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß die Form dieser Ablehnung würdig gewesen sei. Wenn auf wiederholte Fragen nur durch eine Sekretärin mitgeteilt wird, ein solches Gespräch könne nicht stattfinden, dann ist

das einer geordneten Betriebsführung nicht würdig. Ich bitte, mich darin nicht mißzuverstehen: die Unwürdigkeit bezieht sich nicht auf meine Person. Ich bin nicht Bürger der Deutschen Demokratischen Republik; ob mich einer von den staatlichen Männern sprechen oder nicht sprechen will, das berührt meinen Status nicht. Aber es ist schade, daß eine so wichtige Frage so nebenher behandelt wird, weil wir ja den Wunsch haben, ein offenes, unbelastetes oder die Belastungen ausräumendes Gespräch zu führen. Und infolgedessen möchte ich an dieser Stelle nur die Frage aufnehmen, mit der vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland der Vorsitzende des Rates seinen Bericht abgeschlossen hat, nämlich ob die Situation, die sich in dem Bereich der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Boden der Erziehung und darüber hinaus für christliche Menschen ergibt, nicht zu der Frage führen muß: Kann ein Christ noch in der Deutschen Demokratischen Republik als vollberechtigter Bürger leben? Können wir die grundsätzlichen Gegensätze anders verstehen als einen Angriff auf den christlichen Glauben überhaupt? Wir haben nicht den Wunsch, uns in Einzelheiten zu ergehen, die diese Frage illustrieren könnten, sondern möchten unsere Solidarität mit allen Brüdern der Evangelischen Kirche in Deutschland dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir diese Frage auch uns zu eigen machen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein Weg gefunden werden möchte – klar, charaktervoll, deutlich, so daß ein Christ ohne Gewissensbeschwerden „ja“ sagen kann –, diese Frage positiv zu beantworten. Infolgedessen wiederhole ich nicht, was ich über die Atomdiskussion gesagt habe. Ich gehe nicht im einzelnen auf die Frage des Militärseelsorgevertrages ein, weil es sich dabei um eine Angelegenheit handelt, die nicht ausschließlich Angelegenheit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands ist, sondern weil wir hier die Zuständigkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland respektieren möchten. Meine persönliche Anschauung zu dieser Frage ist völlig klar: Daß der Militärseelsorgevertrag Ausdruck der NATO-Politik sei, hat zu keiner Zeit gestimmt und stimmt heute auch nicht! Und unsere Bereitschaft, die östlichen Gliedkirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland und in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands aus der Mitverantwortung für diesen Vertrag zu entlassen, ist auf der Synode der EKD eindeutig zum Ausdruck gekommen, so daß von daher keine Schwierigkeit zu bestehen brauchte. Wenn ich, ohne Einzelheiten aus dem ganzen Fragenkomplex auszusprechen, diese Frage wiederhole, dann tue ich es aus dem dringenden Wunsch heraus, daß eine klare, positive Lösung gefunden werden möchte; ich füge hinzu, daß wir um unseres ganzen Volkes, nicht nur um der Kirche willen, eine Klärung dieser Fragen für unerlässlich halten.

4. INNERKIRCHLICHES LEBEN

Die VELKD verfügt mit ihren ständigen Fachausschüssen (für Theologie, Liturgik, Gemeindeaufbau, Ökumene, Mission, Rechtsfragen, Disziplinarrecht, Atheismusfragen, Pressewesen) über eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit ihrer Gliedkirchen in allen wichtigen theologischen und kirchlichen Angelegenheiten. Aus der Fülle des hier bearbeiteten Stoffes sind für 1958 einige Arbeitsergebnisse von allgemeinem Interesse besonders hervorzuheben.

1. Abgesehen von den politischen Fragen war der Beschluß der EKD-Synode 1958, eine *Neuordnung der Konfirmation* in Angriff zu nehmen, ohne Zweifel der kirchlich bedeutsamste. Die VELKD ist an dieser Arbeit um so stärker interessiert, als sie bereits fast zehn Jahre zuvor, veranlaßt durch eine neue gemeinsame kirchliche Lebensordnung und durch ihr neues Agendenwerk, an

eine solche Neuordnung gegangen war. Dabei legte man ein Gutachten vom 7. Januar 1951 zugrunde, mit dem der Theologische Ausschuß der VELKD eine wichtige Klärung zum Konfirmationsverständnis vollzog. Da dieses Gutachten von den leitenden Organen der VELKD nach wie vor vertreten wird, ist es aus aktuellem Anlaß auch hier abzdrukken. Wir fügen zur Vervollständigung einen Beschluß der Lutherischen Generalsynode 1951 über die Gestaltung der Konfirmationsfeier hinzu.

THEOLOGISCHES GUTACHTEN DES THEOLOGISCHEN
AUSSCHUSSES DER VELKD ZUR FRAGE DER KONFIRMATION

Vom 7. Januar 1951

I.

Nach lutherischem Verständnis ist die Konfirmation kein Sakrament und keine selbständige sakramentale Handlung. Wohl aber ist sie ihrem Wesen nach den beiden Sakramenten der heiligen Taufe und des heiligen Abendmahls zugeordnet; sie führt von der Taufe zum Abendmahl.

a) Die Konfirmation setzt die *Taufe* voraus und wird durch deren Vollzug als Kindertaufe gefordert. Dies besagt nicht, daß sie in irgendeinem Sinne Ergänzung der Taufe oder Erneuerung des Taufbundes sei. In der Taufe ist Gott der Handelnde, und dieses Heilshandeln Gottes ist in der Gabe des Sakramentes vollkommen. Es bedarf keiner menschlichen Zutat. Doch wartet es auf die gläubige Annahme des Menschen.

Die Konfirmation ist also nicht heilsnotwendig. Sie ist aber eine Ordnung der Kirche, geschichtlich in dieser Form gewachsen, sachlich in der verantwortlichen Verwaltung der Sakramente begründet. In ihr wird sichtbar, daß das bei der Kindertaufe gegebene stellvertretende Ja der Paten durch das eigene Ja des Getauften aufgenommen wird. Wenn auch dieses Ja des Menschen zu der ihm geschenkten Taufgnade die tägliche Entscheidung seines ganzen Lebens beansprucht (Kl. Kat. IV, 4), so muß es doch an einer besonderen Stelle deutlich und öffentlich bezeugt werden.

b) Die Konfirmation führt den Getauften zum heiligen *Abendmahl* hin. Daß die Kirche das öffentliche Ja des Getauften mit der erstmaligen Darbietung des heiligen Abendmahls verknüpft, hat darin seinen Grund, daß der würdige Empfang des heiligen Abendmahls die gläubige Bejahung der Taufgnade voraussetzt. Die Kirche kann zum heiligen Abendmahl niemanden zulassen, der sich nicht selbst als getauften Christen bekennt.

Die „confirmatio“ im eigentlichen Sinne liegt in dem Handeln des gnädigen Gottes, der einst den Täufling in seine Gnade hineinnahm und ihn jetzt in dieser Gnade durch das Sakrament des heiligen Abendmahls stärkt und erhält.

II.

Die Beziehung der Konfirmation zum *Katechumenat* der Kirche ergibt sich aus ihrer Zuordnung zu den beiden Sakramenten.

Die Zuordnung zur *Taufe* fordert in Ausführung des Taufbefehls („taufet und lehret“) den Kinderkatechumenat.

Die Zuordnung zum heiligen *Abendmahl* fordert eingehende Unterweisung über dieses Sakrament als Abschluß des gesamten Katechumenats. Diese zweite Aufgabe fällt herkömmlicherweise dem besonderen Konfirmandenunterricht zu. Darum kann zum Konfirmandenunterricht in diesem besonderen Sinne nur zugelassen werden, wer in den Grundlagen der christlichen Lehre unterwiesen ist.

III.

Die Frage des „Konfirmationsgelübdes“ muß von dem im Eingang dargelegten Grundverständnis der Konfirmation her gesehen werden. Danach kann auf ein Ja der Konfirmanden als Konfirmationsbekenntnis nicht verzichtet werden. Dies Konfirmationsbekenntnis ist nicht als Mittelpunkt der Konfirmation zu verstehen; es ist kein Gelöbnis in dem Sinne, daß der Mensch vor Gott etwas leistet oder von sich aus verspricht; es ist vielmehr die Antwort des Glaubens, der die Gnadengabe der Taufe ergreift.

Bei der Formulierung des Konfirmationsbekenntnisses sind alle plerophoren Wendungen zu vermeiden, zumal solche, die den Akzent der Konfirmation auf eine falsche, subjektive Seite verlagern. Es genügt, daß die Antwort der Konfirmanden das Ja zu der in Wort und Sakrament geschenkten Gnade Gottes enthält. Das anschließend gemeinsam gesprochene Credo nimmt dieses Ja auf.

Das Ja der Konfirmanden schließt für sie die Verpflichtung zum treuen Gebrauch der Gnadenmittel und zur lebendigen Gliedschaft der Kirche ein. Diese Verpflichtung kommt nicht in einer besonderen Gelöbnisfrage an die Konfirmanden zum Ausdruck, sondern durch Adhortation, durch Einsegnung unter Handauflegung und durch Fürbitte der Gemeinde.

IV.

Zu Einzelheiten der Konfirmation ist folgendes zu sagen:

a) die Prüfung der Konfirmanden vor der Gemeinde gehört der Sache nach zur Konfirmationshandlung, wenn sie auch aus praktischen Gründen zumeist zeitlich von ihr getrennt wird.

b) Nach Übung unserer Kirche, die der Feier des Abendmahls die *Beichte* voranstellt, wird die Beichte der Konfirmanden für sie in der Regel die erste sein. Deswegen ist ihr ernste Beachtung zu schenken. Dadurch wird eine Kinderbeichte nicht ausgeschlossen.

c) Die sachliche *Zusammengehörigkeit von Konfirmation und Abendmahl* erfordert nicht ihre zeitliche Zusammenlegung in eine Feier oder auf denselben Tag.

d) Da die *Einsegnung* als Fürbitte und nicht als Geistesmitteilung zu verstehen ist, sind die entsprechenden Formeln deprekativ und nicht exhibitiv zu fassen.

e) Die *Feier* der Konfirmation ist in allen Teilen so durchzuführen, daß ihrer säkularen Überfremdung, Mißdeutung und Entstellung positiv im geistlichen Sinne entgegengewirkt wird.

BESCHLUSS DER 1. ORDENTLICHEN GENERALSYNODE

auf ihrer 3. Tagung in Rostock über die liturgische Gestaltung der Konfirmationsfeier

Vom 21. Mai 1951

Die Generalsynode erwartet, daß die liturgische Gestaltung der Konfirmationsfeier in einer demnächst vorzulegenden liturgischen Ordnung des Konfirmationsgottesdienstes dem in der Ordnung des kirchlichen Lebens bezeugten Verständnis der Konfirmation entspricht.

Der Liturgische Ausschuß der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands wird gebeten, für das von den Konfirmanden zu sprechende Ja des Glaubens eine Formulierung zu finden, die dieses Bekenntnis der Konfirmanden als Antwort des Glaubens auf Gottes Gnadenhandeln in der Taufe versteht und gegen jede synergistische Mißdeutung sichert. Die Formulierung soll möglichst schlicht sein unter Verzicht auf alle plerophoren Wendungen, zumal solche, die den Akzent auf die subjektive Seite verlagern. Dabei sind Parallelformulare tunlichst zu vermeiden.

Als Beispiel einer der Lebensordnung entsprechenden liturgischen Fassung läßt sich – nicht im Wortlaut, aber in seiner gesamten Ausrichtung – der sogenannte Nürnberger Entwurf im Anschluß an das Formular C der Bayerischen Agende ansprechen, der dem gemeinsam gesprochenen Glaubensbekenntnis nach kurzer Admonition die Frage folgen läßt:

Wollt Ihr bei Jesus Christus, unserm Herrn, und bei seiner Gemeinde bleiben, so bekennet das jetzt mit Eurem Ja.

Antwort der Konfirmanden: Ja, das wollen wir, Gott helfe uns. Amen.

Es wird empfohlen, zu den Beratungen des liturgischen Ausschusses in dieser Frage je zwei Mitglieder des Ausschusses für die Fragen des Gemeindelebens und des Theologischen Ausschusses hinzuzuziehen.

Auf dieser Grundlage wurden von der Generalsynode 1952 der Konfirmationsabschnitt in der kirchlichen Lebensordnung sowie eine neue Konfirmationsordnung beschlossen, der zur Begründung ein ausführliches Begleitwort des Liturgischen Ausschusses beigegeben wurde. Diese Ordnung wurde den Gliedkirchen 1958 endgültig zur Erprobung übergeben.

Inzwischen sind neue Gesichtspunkte in der Konfirmationsfrage aufgetaucht (Verhältnis von Jugendweihe und Konfirmation, Konfirmationsalter, Frühkommunion, Aufgliederung der Konfirmationspraxis). Das von der VELKD vertretene Konfirmationsverständnis läßt für eine entsprechende Neuordnung einen weiten Spielraum, sofern der Zusammenhang von rechter Sakramentsverwaltung und Konfirmation gewahrt bleibt. Ohne der weitergehenden Erörterung vorgreifen zu wollen, hat der Theologische Ausschuß der VELKD diesen wesentlichen Grundsatz in einer Stellungnahme zur gegenwärtigen Diskussion über die Konfirmationsfrage vom 16. Oktober 1958 erneut geltend gemacht:

STELLUNGNAHME DES THEOLOGISCHEN AUSSCHUSSES

*der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands
zur gegenwärtigen Diskussion über die Konfirmationsfrage*

Vom 16. Oktober 1958

Der Theologische Ausschuß der Vereinigten Kirche hat sich in seiner Herbstsitzung am 15. und 16. Oktober 1958 in Berlin mit der gegenwärtigen Diskussion über Verständnis und Ordnung der Konfirmation befaßt. Die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation macht die Frage nach dem Wesen und der Praxis der Konfirmation dringlich. Aus diesem Anlaß ist das seit langem geführte Konfirmationsgespräch in der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland erneut in Fluß gekommen. Die nachstehende Stellungnahme des Theologischen Ausschusses hierzu wird mit Genehmigung der Bischofskonferenz veröffentlicht.

Es liegt nahe, Lösungsversuche einseitig auf gegenwärtige konkrete Nöte zu beziehen. Der Theologische Ausschuß hält es aber für erforderlich, von vornherein den Gesamtzusammenhang des Konfirmationsverständnisses, der volkskirchlichen Lage sowie des Katechumenats der Kirche zu berücksichtigen.

Daraus ergeben sich folgende Feststellungen:

1. Der Theologische Ausschuß sieht in der theologischen Erörterung sowie in der kirchlichen Entwicklung der letzten Jahre keinen Grund, von dem Konfirmationsverständnis abzugehen, das in dem „Theologischen Gutachten“ vom 7. Januar 1951 zum

Ausdruck gekommen ist und das sich die Vereinigte Kirche in dem Konfirmationsabschnitt der Lebensordnung und in der gottesdienstlichen Ordnung der Konfirmation von 1952 zu eigen gemacht hat. Der Ausschuß bittet die Kirchenleitung, dieses Konfirmationsverständnis in der gegenwärtigen Diskussion erneut geltend zu machen.

2. Das Gutachten erkennt die eigentliche Bedeutung der Konfirmation in der Stellung zwischen den Sakramenten, sie setzt die Taufe voraus, wird durch den Vollzug der Taufe als Kindertaufe gefordert und führt den als Kind Getauften, der sein Ja zur Taufgnade spricht, zum Heiligen Abendmahl hin. Verständnis und Ordnung der Konfirmation sind von der rechten Verwaltung der Sakramente untrennbar, insbesondere schließt die Konfirmation die Zulassung zum Heiligen Abendmahl ein. Alle Erwägungen zur Neuordnung der Konfirmation finden daran ihr Maß, alle Experimente ihre Grenze.

3. Das vom Theologischen Ausschuß vertretene Konfirmationsverständnis ist von der viel erörterten Frage des Konfirmationsalters unabhängig. Zu bestimmten Vorschlägen dieser Art ist folgendes zu sagen:

a) Eine bloße Vorverlegung des Konfirmationsalters um etwa zwei Jahre ist eine Frage der kirchlichen Ordnung, nicht aber des Wesens der Konfirmation. Die Frage ist besonders unter den Gesichtspunkten der volkskirchlichen Lage und des Gesamtkatechumenats zu beurteilen.

b) Das gleiche trifft für einen späteren Termin der Konfirmation zu. Doch ist hier zu bedenken, ob nicht eine Konfirmation erst der 16- oder 18jährigen Gemeindeglieder der Bedeutung des Heiligen Abendmahls für das Leben des einzelnen sowie der Kirche widerspricht. Zudem rückt ein mit einer späteren Konfirmation unvermeidlich verbundener bewußter Verzicht auf die Eingliederung eines großen Teils der Getauften in die Abendmahlsgemeinde die Praxis der Kindertaufe in ein neues Licht.

c) Der Gedanke der Frühkommunion ist mit Ernst zu erwägen. Sie muß aber auf jeden Fall mit einer hinreichenden Unterweisung, also auch mit einer Sakramentsunterweisung und mit der Konfirmation verbunden bleiben. Praktisch ist eine Frühkommunion nur zu vertreten und durchzuführen, wenn eine Fortführung des Katechumenats gewährleistet bleibt.

d) Die Erörterung einer kirchlichen Handlung für Erwachsene zum bewußten Eintritt in einen Kern besonders verantwortlicher Gemeindeglieder, in der Diskussion meist „Laienordination“ genannt, sollte mit der Konfirmationsfrage nicht vermischt werden.

4. Die jetzt vielfach vorgeschlagene Aufgliederung der bisherigen Konfirmationspraxis in die kirchliche Unterweisung mit abschließender Prüfung oder Vorstellung einerseits und einem nachfolgenden Sakramentsunterricht mit anschließender Abendmahlszulassung andererseits ist mit unserem Konfirmationsverständnis vereinbar, sofern erst diese Abendmahlszulassung als Konfirmation verstanden und geübt wird. Zu bedenken ist dabei freilich, daß mit dieser Trennung bereits ein Schritt von der Volkskirche weg getan wird.

5. Alle Vorschläge und Versuche einer Neuordnung der Konfirmation sind daraufhin zu prüfen, welche Rückwirkungen sich damit auf die Praxis der Kindertaufe ergeben. Die volkskirchliche Übung der Kindertaufe ist nur so lange vertretbar, als eine Hinführung der Getauften über Unterweisung und Konfirmation zum Heiligen Abendmahl erwartet werden kann.

2. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem neuen Agendenwerk steht die viel erörterte Frage nach dem Verhältnis von *Beichte und Abendmahl*. Die gesetzliche Verbindung beider – kein Abendmahls Empfang ohne vorangegangene Beichte, kein Beichtgang ohne nachfolgendes Abendmahl – hat, abgesehen von einigen weiteren Faktoren, zur Auswanderung der Abendmahlsfeier aus dem Hauptgottesdienst geführt. Nach Meinung vieler hat diese Beschränkung des

Abendmahlsempfangs auf Nebengottesdienste die Sakramentsentfremdung gefördert und das rechte Verständnis sowohl des Abendmahls wie der Beichte gefährdet. Die Beichte verlor als bloße Abendmahlsvorbereitung ihre Eigenständigkeit, zugleich wurde der Eucharistiecharakter des Abendmahls verdunkelt.

Die Bemühungen der neuen Agenden, die Abendmahlsfeiern wieder für den Hauptgottesdienst zurückzugewinnen, führen zu einer Lockerung der obligatorischen Verbindung von Beichte und Abendmahl in einer einzigen Feier. Damit tauchen zwei neue Gefahren auf. Entweder gehen auch die letzten Reste der Beichte in der Form der gemeinsamen Beichte zur Abendmahlsvorbereitung verloren, da es nicht so ohne weiteres gelingen will, in der gemeindlichen Praxis die Beichte als eigenständige Handlung zurückzugewinnen. Oder aber es wird wegen der vermeintlichen Voraussetzung der Beichte für den Abendmahlsempfang in den Hauptgottesdienst eine Kurzform der Beichte noch eingefügt. Diese Kurzform aber verhindert ihres mechanisierenden Charakters wegen erst recht eine gute Pflege der Beichte.

Um allen Gesichtspunkten der Wiedergewinnung sowohl des Abendmahls wie der Beichte als eigenständiger Handlungen, des rechten Abendmahlsernstes und auch der praktischen kirchlichen Ordnung Rechnung zu tragen, erließ die Bischofskonferenz der VELKD am 16. April 1958 folgende Richtlinien über Beichte und Abendmahl zur Anwendung in den Gliedkirchen:

RICHTLINIEN DER BISCHOFSKONFERENZ

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über Beichte und Abendmahl

Vom 16. April 1958

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat in ihrer Sitzung am 16. April 1958 gemäß Artikel 9 Absatz 4 Satz 2 der Verfassung der Vereinigten Kirche vom 8. Juli 1948 die nachstehenden „Richtlinien über Beichte und Abendmahl“ zur Anwendung in den Gliedkirchen beschlossen:

Die in Band I der „Agende für Evangelisch-Lutherische Kirchen und Gemeinden“ enthaltene Ordnung des „Hauptgottesdienstes mit Predigt und Heiligem Abendmahl“ soll die vielfach verlorengegangene Verbindung von Predigt und Abendmahl wieder zurückgewinnen. Damit bricht die Frage nach dem Verhältnis von Beichte und Abendmahl wieder neu auf.

Es wird vielfach befürchtet, die neue Agende löse die traditionelle Verbindung von Beichte und Abendmahl, wie sie in dem besonderen Abendmahlsgottesdienst mit Vorbereitung vorliegt, zu Unrecht auf; die neue Hauptgottesdienstordnung lasse für eine Beichte keinen Raum mehr; dadurch gehe nicht nur die Beichte verloren, auch das Abendmahl nehme Schaden, da die Bereitung auf den würdigen Empfang fehle.

Auf der anderen Seite muß mit Sorge beobachtet werden, daß um der Verbindung von Beichte und Abendmahl willen in manchen Gemeinden mit der Beichte experimentiert wird. Sie wird in einer verkürzten Form, meist ohne Beichtfragen, ohne Bekundung des Beichtwillens und der Reue sowie ohne eigentliche Absolution in den Hauptgottesdienst hineingenommen. Auf diese Weise wird die Beichte durch eine Offene Schuld ersetzt, der als der einzigen Vorbereitung auf das Abendmahl alle Gottesdienst-

besucher unterschiedslos unterworfen werden. Diese Entwicklung leistet einer weiteren Verkümmern des Beichtwesens Vorschub.

Um allen berechtigten Anliegen zum Verhältnis von Beichte und Abendmahl Rechnung zu tragen, werden den Gliedkirchen folgende Richtlinien übergeben:

1. Die Beichte soll als selbständige Handlung wiedergewonnen und in ihrem Verständnis sowohl von der bloßen Abendmahlsvorbereitung wie von der allgemeinen Predigt des Evangeliums unterschieden werden. Deshalb wird empfohlen, die Beichte als Einzelbeichte oder als Gemeinsame Beichte in einer besonderen gottesdienstlichen Handlung auch unabhängig von einer nachfolgenden Abendmahlsfeier anzubieten.

2. Wer durch Abfall vom christlichen Glauben oder durch lasterhaften Wandel Ärgernis gegeben hat und von der Abendmahlsgemeinde ausgeschlossen ist, darf nicht zum Heiligen Abendmahl gehen, ohne zuvor in Reue und Buße eine Beichte abgelegt und die Absolution empfangen zu haben.

3. Der rechte Empfang des Heiligen Abendmahls setzt voraus, daß der Christ zuvor sich selbst prüft, sein Gewissen erforscht und sich vor Gott als Sünder bekennt, der der Vergebung bedarf. Solcher Zurüstung leistet die Beichte einen wesentlichen Dienst. Deshalb soll vor jeder Feier des Heiligen Abendmahls Beichte gehalten und dazu eingeladen werden.

4. Da jedoch die Teilnahme an einer Beichtandlung nicht unbedingt als Voraussetzung für jeden Abendmahlsgang gefordert werden kann, muß als Möglichkeit offengelassen werden, daß Gottesdienstbesucher am Heiligen Abendmahl teilnehmen, auch ohne vorher eigens gebeichtet zu haben. Dies gilt zum Beispiel für solche Gemeindeglieder, die nicht vor jedem Abendmahlsgang die Beichte wiederholen wollen, weil sie häufiger, als in früheren Zeiten üblich war, zum Heiligen Abendmahl gehen oder weil sie die Einzelbeichte üben.

5. Wo Abendmahlsfeiern außerhalb des Hauptgottesdienstes gehalten werden, wird man weiterhin die Gemeinsame Beichte mit der Abendmahlsfeier verbinden.

6. In den Hauptgottesdienst kann die Gemeinsame Beichte nicht eingeordnet werden, da sie einen geschlossenen Kreis der Beichtwilligen voraussetzt. Darum soll die anzubietende Gemeinsame Beichte dem Hauptgottesdienst vorausgehen, entweder unmittelbar oder am Vorabend. Auch zur Einzelbeichte soll vor Abendmahlsfeiern Gelegenheit gegeben werden.

Wo allsonntäglich auf die Predigt die „Allgemeine Beichte mit der Absolution“ in der Form der Offenen Schuld folgt, wie in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, und wo sich dieser von den Vätern überkommene Brauch in den Gemeinden als Träger geistlichen Lebens erwiesen hat, steht die liturgische Zuordnung von Beichte und Abendmahl unter besonderen Bedingungen.

7. Wo im gegebenen Fall damit zu rechnen ist, daß ein größerer Teil der Kommunikanten nicht an der vorhergehenden Beichte teilgenommen hat, oder wo im Ausnahmefall keine Beichte vor dem Heiligen Abendmahl stattfinden konnte, kann im Blick auf die Bereitung der Abendmahlsgäste im Gottesdienst eine Abendmahlsvermahnung gehalten werden, die aber keinen Ersatz für die Beichte darstellt.

8. Alles, was in Sachen der Beichte in der Kirche geschieht, darf die bisherige Beichtpraxis nicht mindern oder auflösen, sondern soll zu einer Stärkung des Beichtwillens, zu einer Vermehrung des Beichtangebotes und zu einer neuen lebendigen Übung der Schlüsselgewalt in den Gemeinden führen.

3. Im Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche brachte das Jahr 1958 durch den Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz zur *Mischehe* vom 12. Januar 1958 neue Spannungen. Dieser Hirtenbrief gefährdet den konfessionellen Frieden deshalb, weil er in seiner Grundhaltung restaurativ ist, die eigentlich gestellte Aufgabe an der Ehe nicht sieht und besonders der deutschen Situation

nicht gerecht wird. Er geht völlig an der Frage vorbei, wie es in der Mischehenfrage zu einer Begegnung der Konfessionen ohne Vernachlässigung der Wahrheitsfrage kommen kann. So stellt der Brief der Fuldaer Bischofskonferenz eine fundamentale Absage an die Gemeinsamkeit der Kirchen dar und bringt eine starke Geringschätzung der evangelischen Kirche zum Ausdruck. Der demgegenüber zur Schau getragene Überlegenheitsanspruch der katholischen Kirche in der Ehefrage ist angesichts der tatsächlichen Situation in Lehre, Recht und Praxis der römisch-katholischen Kirche nicht haltbar.

Darüber hinaus geht der Hirtenbrief den eigentlichen Gründen der Gefährdung der Ehe nicht nach. Diese liegen heute weniger in der Glaubensverschiedenheit als in der allgemeinen Säkularisation. Alle Äußerungen zur Ehefrage und damit auch zur Mischehe sind daran zu messen, wie weit sie einer Säkularisation der Ehe wehren. Daher kann auch die römisch-katholische Kirche auf die Dauer in ihrem Recht und in ihrer Praxis der Frage nicht entgehen, wie beiden Partnern in einer Mischehe ein Leben in der eigenen Konfessionskirche ermöglicht werden kann. Der Hirtenbrief macht aufs neue in einer Weise, wie man es auf evangelischer Seite nicht mehr erwartet hätte, die unevangelische Ehepraxis der römisch-katholischen Kirche deutlich. Sie wird hier vor immer schwerer zu bewältigenden Aufgaben stehen, die sich eben nicht durch Drohung mit kirchlichen Strafen bewältigen lassen. Zudem kann eine Überbeanspruchung des Rechtes die weitere Säkularisierung der Ehe nur noch fördern.

Um ihrerseits ein Beispiel für eine rechte, dem Evangelium und der heutigen Situation gemäße Behandlung der Mischehenfrage zu geben, erließ die Bischofskonferenz der VELKD am 5. Juni 1958 diese Erklärung zur Mischehe:

ERKLÄRUNG DER BISCHOFSKONFERENZ DER VEREINIGTEN
EVANGELISCH-LUTHERISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS ZUR MISCHEHE

Vom 5. Juni 1958

Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands wendet sich mit folgendem Wort über die Mischehe an Pfarrer und Gemeinden:

Umsiedlung und Binnenwanderung haben die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung in allen Gegenden unseres Vaterlandes weitgehend verändert. Evangelische und katholische Christen leben heute enger zusammen als je zuvor. Dadurch ist auch die Zahl der zwischen evangelischen und katholischen Christen geschlossenen Ehen wesentlich angestiegen. In der Mischehe begegnen sich die Konfessionen so unmittelbar wie an keiner anderen Stelle. Jede solche Begegnung verpflichtet uns, für einen echten Frieden zwischen den christlichen Kirchen zu wirken. Aber zugleich wird in der Mischehe auch die schwere Last der Zerspaltung der Christenheit bis in die Familien hinein schmerzlich spürbar.

Wir trauen es dem Worte Gottes zu, daß es uns auch in den Nöten der glaubensverschiedenen Ehe hilft, als Christen zu handeln.

I.

Als erstes sagen wir vom Worte Gottes her: *Auch die Mischehe ist Ehe.*

Gott der Herr hat nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift den Ehestand eingesetzt: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehilfin machen, die um

ihn sei.“ Nicht Menschen machen die Ehe. Sie werden in der Ehe durch Gottes Ordnung aneinander gebunden und von ihr gehalten. Der eheliche Bund, den zwei Menschen miteinander schließen, steht unter dem Segen des Schöpfers. Höher als durch Gottes Wort kann in der Christenheit die Ehe nicht geehrt werden, auch nicht dadurch, daß sie zu einem Sakrament erklärt wird. Die Heilige Schrift kennt kein Sakrament der Ehe.

Die Ehe ist nach Gottes Willen unauflöslich. „Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.“ Auch die Mischehe ist echte, gültige Ehe und steht unter dem Schutz und Gebot unseres Herrn.

Der Ehestand ist von Gott geordnet und wird von ihm erhalten. Unser Herr Jesus Christus heiligt ihn und macht ihn reich. Deshalb können Christen ihre Ehe nur als Glieder der Gemeinde Jesu Christi führen. Es ist für evangelische Christen selbstverständlich, daß ihre Ehe in der evangelischen kirchlichen Trauung durch das Evangelium gesegnet und von der Fürbitte der Gemeinde getragen wird. Darum wird auch das evangelische Gemeindeglied, das die Ehe mit einem Katholiken eingeht, auf die evangelische Trauung mit Zuspruch, Fürbitte und Segnung nicht verzichten.

II.

Zum zweiten müssen wir darauf aufmerksam machen: *Wer eine Mischehe eingeht, nimmt eine schwere Last auf sich.*

Nichts verbindet die Eheleute so fest wie die Einmütigkeit im Glauben. Die Zugehörigkeit zu verschiedenen Konfessionen macht es den Eheleuten oft schwer, zur vollen inneren Gemeinschaft zu kommen und ihrem Bekenntnis treu zu bleiben. Wer am Glaubensleben seiner Kirche lebendig Anteil nimmt, wird gerade in der Mischehe unter der Verschiedenheit der Konfessionen leiden. Um die kirchliche Trauung können nicht nur die Verlobten, sondern auch ihre Familien miteinander hadern. Die verantwortungsvolle Aufgabe der religiösen Kindererziehung kann bittere Auseinandersetzungen durch viele Jahre bringen. Wenn am Morgen und am Abend das gemeinsame Gebet die Familie verbinden möchte und wenn am Sonntag die Glocken zum Gottesdienst rufen, tut sich die Kluft der Glaubensverschiedenheit immer von neuem schmerzvoll auf. Es ist verständlich, wenn viele den Ausweg darin sehen, daß sie die Glaubensfragen als bedeutungslos beiseiteschieben. Aber wir sind durch den verschiedenen Glauben in unserem Gewissen, in unserem Denken und in unserer Lebensführung stärker geprägt, als wir oft selber wissen. Die Frage nach der Wahrheit wird sich eines Tages doch regen.

Wir bitten die jungen Leute, die über ihrer Liebe die Schwierigkeit der Glaubensverschiedenheit vergessen: Unterschätzt die schwere Last der Mischehe nicht! Verachtet nicht das hohe Gut des gemeinsamen Glaubens in der Ehe!

III.

Zum dritten erklären wir: *Der evangelische Christ gehört nicht unter das kanonische Recht der römisch-katholischen Kirche.*

Auch wir wissen, daß die Gemeinde Jesu Christi in dieser Welt nicht ohne das Gebot Gottes und ohne kirchliche Zucht leben kann. Wir rufen alle Gemeindeglieder auf, sich einer vom Evangelium bestimmten Ordnung des kirchlichen Lebens willig einzufügen.

Gehören zwei Eheleute verschiedenen Konfessionen an, so kann es nicht anders sein, als daß sie mit den unterschiedlichen Ordnungen ihrer Kirchen in Konflikt geraten. Seitdem aber die römisch-katholische Kirche im Jahre 1918 die bis dahin in Deutschland geltenden Bestimmungen wesentlich verschärft hat, sind die Partner der Mischehe häufig einem Gewissensdruck durch Kirchengesetze unterworfen, die wir nicht als mit dem Evangelium vereinbar ansehen können. Diese Behandlung der Mischehenfrage von seiten der römisch-katholischen Kirche ist gerade unter den heutigen Umständen der gemeinsamen christlichen Aufgabe nicht förderlich.

Nach diesem neuen Recht ist für die römisch-katholische Kirche eine durch einen evangelischen Pfarrer eingesegnete Mischehe keine gültige Ehe. Demgegenüber stellen wir fest: Eine einmal geschlossene Ehe wird, auch wenn die Eheleute verschiedenen Konfessionen angehörten, durch kirchliche Rechtssatzung nicht ungültig.

Wir bitten alle Evangelischen, die vor einer Ehe mit einem Katholiken stehen: Gebt nicht um eines nur scheinbar billigen Friedens willen Versprechungen ab, die euch zeitlebens belasten! Haltet auch in der Ehe, die ihr schließt, eurer Kirche die Treue! Besteht darauf, daß die evangelische Erziehung eurer Kinder gesichert ist!

Wir bitten alle Gemeindeglieder, auch in den Fragen, die durch die Mischehe entstehen, ihren evangelischen Glauben zu bekennen und sich nicht durch Verlockungen oder Druck irremachen zu lassen.

IV.

Schließlich stellen wir fest: *Das Evangelium zeigt uns neue Wege zur Hilfe in den Nöten der Mischehe.*

Jesus Christus trägt auch die Last und Schuld seiner zerspaltenen Christenheit. Darum können wir, auch wenn uns der schwere Kampf um die Wahrheit nicht erspart bleibt, doch einander in der Geduld Christi tragen. Wo Eheleute trotz der Glaubensverschiedenheit gemeinsam auf Gottes Wort hören, das gemeinsame Glaubensbekenntnis der Christenheit sprechen, gemeinsam das Vaterunser beten, da können sie auch in einer solchen Ehe gemeinsam dem Herrn Jesus Christus dienen, auf dessen Namen sie beide getauft sind.

Es muß uns Christen erschrecken, daß eine große Zahl von Menschen überhaupt nicht kirchlich getraut wird. Wir müssen es auch als Schuld empfinden, wenn der Streit um die Mischehe zum Anwachsen der Gleichgültigkeit und der Bitterkeit gegen den christlichen Glauben führt.

Darum ermahnen wir die Pfarrer, Kirchenvorsteher und Gemeinden, sich der Gemeindeglieder, die in einer gemischten Ehe leben, besonders treu anzunehmen, die Gewissen zu schärfen und zu trösten. Wir bitten sie, besorgt zu sein, daß der evangelische Christ, der trotz aller ernststen Bedenken eine Mischehe eingeht, auf seinem Wege beraten, gemahnt und gestärkt wird.

Wir wollen helfen, daß in der evangelisch eingesegneten Mischehe der evangelische Teil seines Glaubens froh werden kann. Wir wollen auch helfen, daß der katholische Teil kirchlich nicht heimatlos wird, sondern durch den gemeinsamen Glauben an Jesus Christus gehalten bleibt. Wo sich der evangelische Teil hat katholisch trauen lassen, müssen wir zu helfen suchen, daß beide, Wahrheit und Liebe, zu ihrem Recht kommen.

Wir vertrauen darauf, daß das Evangelium mehr Kraft und Verheißung hat als die Gesetzlichkeit. Wir wollen auch in der Seelsorge an Eheleuten in glaubensverschiedenen Ehen dem Geist des Evangeliums treu bleiben.

5. ZUSAMMENWIRKEN VON KIRCHENRECHT UND STAATSKIRCHENRECHT IN DER AUSBILDUNG DES PFARRERSTANDES

Am 10. Dezember 1957 beging die von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern errichtete Augustana-Hochschule in Neuendettelsau ihr zehnjähriges Bestehen. Vorgeschichte und Rechtsgrundlage dieser theologischen Hochschule sind nicht nur ein interessantes Kapitel aus dem Staatskirchenrecht zur Ausbildung des Pfarrerstandes. Vielmehr liegt ein wichtiges Einzelbeispiel für die fortschreitende Entwicklung einer rechtlichen Eigenständigkeit der Kirche gegenüber

dem Staat vor, die auf eine neuartige Partnerschaft von Kirche und Staat zu-
führt. Daher dürfte es im allgemeinen Interesse liegen, eine Veröffentlichung
dieses paradigmatischen Vorgangs und Sachverhalts an dieser Stelle nachzu-
holen. Wir tun es mit dem Nachdruck eines von Oberkirchenrat Dr. Gustav
Adolf Vischer (München) erstmals in den „Nachrichten der Ev.-Luth. Kirche in
Bayern“ Nr. 23 vom Dezember 1957 veröffentlichten Aufsatzes:

ZUR STAATSKIRCHENRECHTLICHEN GRUNDLAGE DER AUGUSTANA-HOCHSCHULE

Die Rechtsgrundlage der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau ist eine doppelte:
eine staatskirchenrechtliche und eine kirchenrechtliche. Staatskirchenrechtliche Grundlage
bildet Art. 150 Abs. 1 der Bayer. Verfassung vom 2. 12. 1946, GVBl. S. 333, der lautet:
„Die Kirchen haben das Recht, ihre Geistlichen auf eigenen kirchlichen Hochschulen
auszubilden und fortzubilden.“

Art. 150 Abs. 1 wird ergänzt durch Art. 138 Abs. 1 der Bayer. Verfassung. Hier
heißt es: „Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates. Eine
Ausnahme bilden die kirchlichen Hochschulen (Art. 150 Abs. 1). Weitere Ausnahmen
bedürfen staatlicher Genehmigung.“

Wie kam es zu Art. 138 Abs. 1 und Art. 150 Abs. 1 der Bayer. Verfassung, die beide
weder in der Weimarer Verfassung vom 11. 8. 1919 und der Verfassungsurkunde des
Freistaates Bayern vom 14. 8. 1919 noch in dem Vertrag zwischen dem Freistaate
Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. 11. 1924¹ ein Vor-
bild haben? Darüber geben zum Teil ein gar nicht umfangreiches Aktenheft des Evang.-
Luth. Landeskirchenrates aus dem Jahre 1946 mit der Überschrift „Gesetz über die
Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern“, zum Teil die Verhandlungen über
eine neue bayerische Verfassung von 1946 Aufschluß. Daraus ergibt sich:

1. Anfang Januar 1946, das genaue Datum läßt sich nicht mehr feststellen, über-
mittelte der damalige Ministerpräsident Dr. Högner dem Landesbischof D. Meiser den
Entwurf für ein „Gesetz zur Befreiung der Religionsgemeinschaften von staatlichem
Zwang“, der alsbald im Landeskirchenrat eingehend geprüft wurde. Noch während der
Prüfung erhielt der Gesetzentwurf am 10. 1. 1946 eine etwas andere Fassung. Am
14. 1. 1946 nahm Landesbischof D. Meiser gegenüber dem Staatssekretär der Staats-
kanzlei mündlich zu diesem Gesetzentwurf erstmalig Stellung. Bei diesen Vorverhand-
lungen ging es vor allem um schulrechtliche Bestimmungen sowie darum, daß der
Entwurf keine Aussage über die Verträge mit den christlichen Kirchen von 1924 ent-
hielt. Der seitens der Kirchen hinsichtlich der Kirchenverträge vertretenen Auffassung
versuchte ein neuer Entwurf Rechnung zu tragen, der am 15. 1. 1946 vom Leiter der
Staatskanzlei dem Landesbischof übermittelt wurde. Der Gesetzentwurf trug nunmehr
die Überschrift: „Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern“. Dem
Gesetzestext vorgeschaltet war folgende Präambel: „Zur Behebung der Ver-
wirrung, die auf kirchen- und schulrechtlichem Gebiet unter der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft entstanden ist, wird folgendes Gesetz erlassen:“.

In allen diesen Entwürfen hieß es in dem uns insoweit berührenden Teil, in Art. 11:
„Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

2. In einer Vollsitzung des Landeskirchenrates vom 15. 1. 1946 wurde der Gesetz-
entwurf gründlich durchberaten und ein eingehender Änderungsvorschlag ausgearbeitet.
Der Änderungsvorschlag wurde von Landesbischof D. Meiser mit Schreiben vom 15. 1.
1946 Nr. 863 dem Bayerischen Ministerpräsidenten übersandt. Darin heißt es unter
Nr. 8: „Abschließend würden wir es begrüßen, wenn Art. 11 des Entwurfes durch

1. Die hier genannten Rechtsquellen sind veröffentlicht in Vischer: Neuere Rechtsquellen für
die Evang.-Luth. Kirche in Bayern, unter Nr. 7a, 65 und 66a.

folgenden Zusatz ergänzt würde: Die Kirchen haben das Recht auf eigene kirchliche Hochschulen zur Ausbildung und Fortbildung ihrer Geistlichen.“

Die Anregung dazu hatte Oberkirchenrat Bogner gegeben.

Dem Landeskirchenrat ging es bei diesem Vorschlag darum, für das Gebiet der Ausbildung und Fortbildung der Geistlichen die entsprechenden rechtlichen und paritätischen Folgerungen aus Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des gleichen Gesetzentwurfes zu ziehen, der – wie nunmehr Art. 142 Abs. 3 Satz 1 der Bayerischen Verfassung – anerkannte, daß die Kirchen von staatlicher Bevormundung frei sind².

3. Am Vormittag des 16. 1. 1946 fand in der Bayerischen Staatskanzlei eine Aussprache zwischen dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Högner und Landesbischof D. Meiser statt, in der zu dem Entwurf des Ministerpräsidenten an Hand der Vorschläge des Landeskirchenrates eingehend Stellung genommen wurde. Der Ministerpräsident erklärte sich bereit, den Anregungen des Landeskirchenrates weitestgehend zu entsprechen. Dabei wurde mündlich folgende Formulierung des Art. 11 vereinbart:

Neuer Abs. 1: „Die Kirchen haben das Recht, ihre Geistlichen auf eigenen kirchlichen Hochschulen auszubilden und fortzubilden.“

Der bisherige einzige Satz des Art. 11 („Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten“) sollte Absatz 2 des Art. 11 werden.

4. Mit Schreiben vom gleichen Tage (16. 1. 1946 Nr. 1386) übermittelte der Leiter der Staatskanzlei dem Landesbischof den endgültigen Entwurf für ein „Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften“, wie er noch an dem gleichen Tage, an dem vormittags Landesbischof D. Meiser seine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten hatte, vom Ministerrat einstimmig beschlossen worden war. In dem Begleitschreiben wird dazu bemerkt: „Das Gesetz wird raschestens in englischer Übersetzung der Militärregierung zur Genehmigung unterbreitet werden³.“ In dem Entwurf lautete der Art. 11 wie vormittags mündlich vereinbart:

„(1) Die Kirchen haben das Recht, ihre Geistlichen auf eigenen kirchlichen Hochschulen auszubilden und fortzubilden.

(2) Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

5. In der Süddeutschen Zeitung vom 18. 1. 1946, 2. Jahrgang, Nr. 6, wurde unter der Überschrift „Staat und Kirche in Bayern“ mitgeteilt, daß die Bayerische Regierung am Mittwoch in einer Kabinettsitzung ein vom Ministerpräsidenten Dr. Högner angeregtes Gesetz über das Verhältnis von Staat und Kirche einstimmig angenommen habe. Im Einvernehmen mit den beiden christlichen Religionsgemeinschaften sei eine Einigung über das künftige Verhältnis von Staat und Kirche in Bayern erzielt worden. Zweck dieses Gesetzes sei es, in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche wieder klare Verhältnisse zu schaffen, nachdem in der Zeit der Nazi-Herrschaft ein rechtloser Zustand eingetreten war. Die Freiheit der Kirche, wie sie durch die Weimarer Verfassung gewahrt war, werde wiederhergestellt.

6. In der Süddeutschen Zeitung vom 8. 3. 1946 findet sich folgende kurze Notiz: „Das bayerische Religionsgesetz genehmigt. Das vom bayerischen Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. Högner im Benehmen mit den Religionsgemeinschaften ausgearbeitete und am 16. 1. vom Ministerrat genehmigte Gesetz über die rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften ist von der Militärregierung genehmigt worden.“

7. Das Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern wurde als Gesetz Nr. 14 in dem Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 6 vom 25. 3. 1946

2. Vgl. dazu *Vischer*: Staatsaufsicht ohne Ende? Zeitschrift für evang. Kirchenrecht, Bd. I, S. 163 ff.

3. Wegen der damaligen Zuständigkeiten der Staatsregierung wird auf das Schreiben der Militärregierung für Bayern an den Bayerischen Ministerpräsidenten vom 26. 12. 1945 verwiesen, veröffentlicht in „Dokumente zum Aufbau des bayerischen Staates“, 1948, S. 39 ff.

auf Seite 65/66 in deutscher und englischer Sprache abgedruckt. Nach einer schriftlichen Mitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 11. 4. 1946 hat jedoch die amerikanische Militärregierung einige Tage später Anweisung gegeben, von der Veröffentlichung dieses Gesetzes bis auf weiteres abzusehen. Das Gesetz- und Verordnungsblatt konnte deshalb nicht ausgegeben werden. An seiner Stelle erschien am 27. Mai 1946 eine neue Nr. 6, die sich mit ganz anderen Fragen befaßte.

Das Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern ist somit nicht in Kraft getreten.

8. Art. 11 ist jedoch mit fast allen anderen Bestimmungen, im Wortlaut unverändert, aus dem nicht in Kraft getretenen Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern (als Art. 104) in den Vorentwurf einer Bayerischen Verfassung von Dr. Högner und (als Art. 111) in den Entwurf einer Bayerischen Verfassung aufgenommen worden, wie er von dem vorbereitenden Ausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung im Sommer 1946 vorgelegt wurde. Von dort ist er als Art. 150 in die Verfassung vom 2. 12. 1946 übernommen worden.

Bei der Beratung dieser Bestimmung in der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei Art. 150 Abs. 1 um ein klagbares, verfassungsmäßiges Recht handelt⁴.

9. Für die Rechtsgrundlage der kirchlichen Augustana-Hochschule ist außer Art. 150 Abs. 1 auch Art. 138 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung von Bedeutung: „Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates. Eine Ausnahme bilden die kirchlichen Hochschulen (Art. 150 Abs. 1). Weitere Ausnahmen bedürfen der staatlichen Genehmigung.“

Ausgangspunkt für diese Bestimmung bildete Art. 95 Abs. 3 des Entwurfes einer Bayerischen Verfassung. Er beschränkte sich auf die Feststellung, daß die Universitäten das Recht der Selbstverwaltung haben, an der die Studenten zu beteiligen sind. Bei Beratung dieser Bestimmung wurde vorgeschlagen, in die Verfassung einen eigenen Artikel über die Hochschulen aufzunehmen. Dabei wurde von Anfang an davon ausgegangen, daß die Errichtung kirchlicher Hochschulen, die Geistliche ausbilden, allein Sache der Kirche ist. Im übrigen sollte die Errichtung und Verwaltung von Hochschulen grundsätzlich Sache des Staates sein, doch sollten im Einzelfall auch von anderen Rechtsträgern, jedoch nur mit staatlicher Genehmigung, Hochschulen errichtet werden können.

Dementsprechend wurde ein neuer Art. 102a Abs. 1 in die Verfassung aufgenommen, der wörtlich mit dem nunmehrigen Art. 138 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung vom 2. 12. 1946 übereinstimmt⁵.

10. Die staatskirchenrechtliche Grundlage für die Freiheit der Kirchen, aus eigenem Recht kirchliche Hochschulen zu errichten, um hier ihre Geistlichen auszubilden und fortzubilden, bildet somit Art. 150 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung vom 2. 12. 1946. Der ihm vorgehende Art. 138 Abs. 1 ist insoweit nicht konstitutiver Natur. Er geht vielmehr von der in Art. 150 Abs. 1 anerkannten Rechtslage aus und stellt insoweit nur klar, daß die Kirchen infolgedessen weder für die Errichtung noch für die Verwaltung ihrer Hochschulen einer staatlichen Genehmigung bedürfen. So wie die Errichtung ist auch die Änderung in der Organisationsform kirchlicher Hochschulen allein Sache der Kirche. Zur Verwaltung der kirchlichen Hochschulen gehört insbesondere die Besetzung der Lehrstühle. Das in Art. 138 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung erwähnte Recht der Selbstverwaltung bezieht sich nicht auf die kirchlichen Hochschulen. Es bleibt den

4. Vgl. dazu Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayer. Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 10. 7. bis 5. 8. 1946, Bd. I, S. 287, und Bd. III, S. 374.

5. Vgl. dazu Stenogr. Berichte, Bd. I, S. 250 f., S. 267 bis 269; Bd. II, S. 361 f.; Bd. IV, Nr. 7, S. 168.

Kirchen überlassen, ob und inwieweit sie insoweit ein Recht der Selbstverwaltung vorsehen und dabei auch die Studierenden beteiligen wollen.

Art. 150 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung vom 2. 12. 1946 gibt den Kirchen im Anschluß an Art. 137 Abs. 3 und Abs. 8 der Weimarer Verfassung vom 11. 8. 1919 und an Art. 142 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung und in folgerichtiger Entwicklung dieser Bestimmungen ein unmittelbares, verfassungsmäßig garantiertes Recht, das auch den Schutz des Art. 140 des Grundgesetzes vom 23. 5. 1949 genießt⁶.

11. Von diesem verfassungsrechtlich garantierten Recht hat die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern mit Kirchengesetz vom 16. 5. 1947 über die Errichtung einer theologischen Hochschule (KABl. S. 42) Gebrauch gemacht. Sie bedurfte zum Inkrafttreten des Kirchengesetzes keiner staatlichen Genehmigung. Es war jedoch auf das damals geltende Besatzungsrecht Rücksicht zu nehmen.

Die Militärregierung für Deutschland (US) hatte sich die vorherige Genehmigung für die Errichtung von Hochschulen ausdrücklich vorbehalten⁷. Demgemäß wurde mit Schreiben des Landeskirchenrates vom 27. 5. 1947 Nr. 6284 unter Beilage der erforderlichen Unterlagen das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gebeten, für die Errichtung der neuen kirchlichen Hochschule die Genehmigung der Militärregierung zu erwirken. Das Staatsministerium leitete diesen Antrag mit Schreiben vom 25. 7. 1947 Nr. VI 21960 an die Militärregierung weiter. Dabei wird unter Nr. 3 dieses Schreibens unter Hinweis auf Art. 150 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung bemerkt: „Diese Bestimmung bedeutet nach der Auffassung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, daß die Gründung solcher kirchlicher Hochschulen von einer förmlichen Genehmigung des Ministeriums oder einer anderen deutschen Behörde nicht abhängig ist.“ Das Amt der Militärregierung für Bayern teilte in der Folge am 15. 10. 1947 dem Landeskirchenrat mit: „Von der Abteilung Erziehung und religiöse Angelegenheiten, Amt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, ist amtliche Mitteilung eingegangen, daß die Genehmigung für die Eröffnung der evangelischen theologischen Anstalt in Neuendettelsau-Heilsbronn erteilt wurde. Diese Genehmigung der amerikanischen Militärregierung begründet die volle Ermächtigung für die Aufnahme der Arbeit der Schule.“ In einem Schreiben vom gleichen Tage (15. 10. 1947 Nr. VI 48005) gab auch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus dem Landeskirchenrat davon Kenntnis, daß die Militärregierung für Deutschland (US) – Internal Affairs and Communications Division, Education and Religious Affairs Branch – mit Bescheid an die Militärregierung für Bayern vom 22. September 1947 „zur Eröffnung einer evangelischen theologischen Anstalt zu Neuendettelsau-Heilsbronn“ die Genehmigung erteilt habe. Das Staatsministerium nimmt anschließend noch einmal auf Nr. 3 seines Schreibens an die Militärregierung vom 25. 7. 1947 Bezug mit dem Beifügen, daß hienach der Eröffnung der Hochschule nichts im Wege stehe.

Am 10. Dezember 1947 wurde die Augustana-Hochschule in Neuendettelsau feierlich eröffnet.

12. Nach Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung der Augustana-Hochschule wandte sich der Landeskirchenrat mit Schreiben vom 3. 11. 1947 Nr. 13100 an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Es ging dabei um den Vollzug des Art. 26 des Vertrages zwischen dem Freistaate Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. 11. 1924. Darin verpflichtet sich die Evangelisch-

6. Vgl. dazu auch *Nawiasky-Leusser*: Die Verfassung des Freistaates Bayern, S. 230, und Ergänzungsband dazu, S. 135.

Das Grundgesetz ist veröffentlicht in *Vischer*: Neuere Rechtsquellen für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, unter Nr. 66.

7. Vgl. Bek. des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 12. 12. 1946 über die Genehmigung von Einrichtungen und Maßnahmen auf dem Gebiete des Erziehungswesens (KMBl. S. 202).

Lutherische Kirche in Bayern, nur Geistliche zu verwenden, die unter anderem mindestens ein vierjähriges Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule zurückgelegt haben. Dabei wurde auf Art. 13 § 1 des Konkordates vom 29. 3. 1924 hingewiesen, wonach die von der Kirche vorgeschriebenen philosophisch-theologischen Studien nicht nur an einer deutschen staatlichen Hochschule, sondern unter anderem auch an deutschen bischöflichen Hochschulen zurückgelegt werden können. Es wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß eine ähnliche Bestimmung ohne Zweifel in den Vertrag mit unserer Landeskirche übernommen worden wäre, wenn bei Abschluß des Vertrages bereits eine kirchliche Hochschule bestanden hätte. Nach Auffassung des Landeskirchenrates sei deshalb Art. 26 Buchst. c) des Vertrages vom 15. 11. 1924 dahin modifiziert, daß das Studium an der Augustana-Hochschule dem an einer deutschen staatlichen Hochschule gleichwertig sei. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat mit Schreiben vom 5. 8. 1948 Nr. VI 37917 der Auffassung des Landeskirchenrates zugestimmt und festgestellt: „Danach können die evangelischen Geistlichen nunmehr außer an einer deutschen staatlichen Hochschule auch an einer von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche auf Grund des Art. 150 Abs. 1 errichteten kirchlichen Hochschule ausgebildet werden.“ Die Augustana-Hochschule ist eine solche Hochschule⁸.

Das hier angewandte Verfahren trägt dem Art. 31 Abs. 1 des Vertrages zwischen dem Freistaate Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. 11. 1924 Rechnung und zeigt, wie in solchen Fällen praktisch verfahren werden kann.

Zusammenfassend ist also festzustellen: Die Augustana-Hochschule ist eine kirchliche Hochschule im Sinne der Art. 138 Abs. 1 und Art. 150 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung vom 2. 12. 1946. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat mit Errichtung dieser kirchlichen Hochschule von einem ihr verfassungsgemäß besonders garantierten Recht Gebrauch gemacht. Die Errichtung und Verwaltung ebenso wie die Änderung der Organisationsformen der kirchlichen Hochschule sind allein Aufgabe der Kirche. Der Staat wirkt dabei nicht mit; insbesondere bedürfen die entsprechenden Maßnahmen nicht der staatlichen Genehmigung. Das Studium an der Augustana-Hochschule ist in Ergänzung des Art. 26 Buchstabe c) des Vertrages zwischen dem Freistaate Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 5. 11. 1924 (vgl. auch Art. 182 der Bayerischen Verfassung vom 2. 12. 1946) dem Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule gleichwertig.

IV. Die Evangelische Kirche der Union

Von F. R. Hildebrandt

Im Jahre 1958 trat die Evangelische Kirche der Union mit besonderen öffentlichen Kundgebungen oder gesetzgeberischen Arbeiten nicht hervor. Die innerkirchliche Bemühung um zahlreiche Aufgabengebiete, wie zum Beispiel die theologischen Grundsatzfragen, die Gottesdienstordnung, das Ordinationsproblem, das Pfarrerdienstrecht, ein Kirchenbeamtengesetz, eine neue Besoldungsordnung, die Aufstellung von Richtlinien über den Katechetenstand und anderes mehr wurde in den entsprechenden Ausschüssen fortgesetzt. Der Rat hat

8. Vgl. Bek. v. 26. 8. 1948 über das Studium an der Augustana-Hochschule (KABl. S. 79). Neuere Rechtsquellen, S. 91, Fußnote 2.

sich in den elf Sitzungen des Jahres, wie in den Presseverlautbarungen darüber ersichtlich ist, mit der jeweiligen Lage der Kirche in Ost und West eingehend befaßt. Eine Generalsynode fand im Berichtsjahr nicht statt, so daß die Entwicklung in der Evangelischen Kirche der Union sich mehr abseits der großen Öffentlichkeit abspielte. Dagegen wurden in den Synoden der Gliedkirchen bedeutsame Beschlüsse gefaßt, so daß zunächst auf diese hingewiesen werden muß, ehe etwas über wichtige gesamtkirchliche Vorgänge gesagt werden soll.

1. DIE ENTWICKLUNG UND DIE ARBEIT IN DEN GLIEDKIRCHEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER UNION

Vier gliedkirchliche Synoden dürfen das allgemeine Interesse in besonderer Weise beanspruchen: Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom Januar, die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen vom Juni, die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen vom Oktober und die Synode der Evangelischen Kirche von Schlesien vom November des Berichtsjahres.

a) Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland

Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland stand unter dem bewegenden Zeichen des Heimanges ihres Präses D. Held und der Wahl seines bisherigen Stellvertreters Professor Lic. D. Dr. Joachim Beckmann zum neuen Präses der Rheinischen Kirche. D. Held hat nicht nur als erster Präses der Rheinischen Kirche nach dem Zusammenbruch in überaus initiativreicher und vorwärtsweisender Energie die Neuordnung und den Aufbau seiner eigenen Landeskirche bestimmt, sondern auch in der Ökumene, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelischen Kirche der Union entscheidende Gedanken entwickelt. In einem Heft „Erinnerung und Vermächtnis“¹ wird die Persönlichkeit des heimgegangenen Präses mit folgenden Sätzen charakterisiert:

Seine lebhaft geistige Beweglichkeit und sein schnell reagierendes Temperament hatten Freude an den immer neu auftauchenden Problemen und kritischen Situationen der Zeit. Aber diese Freude hat ihn nicht zur Betriebsamkeit verführt. Sie war in Zucht genommen von der im Gehorsam gegen den Herrn gefangenen Freiheit. Kirche in der veränderten Welt, Kirche in der veränderten Gesellschaft war für ihn kein gedankenlos nachgesprochenes Schlagwort, sondern Grund und Nötigung, die in diesen Dingen Sachverständigen aufmerksam und aufgeschlossen zu hören, und dann eine Antwort zu suchen von der Mitte des Evangeliums aus, das heißt von dem Jesus Christus, der in unsere Menschengestalt eingegangen ist, der sich für diese Welt hat ans Kreuz schlagen lassen, der auferstanden ist und wiederkommen wird.

Jesus Christus, als Herr der Welt und Herr der Kirche, hat ihn auch zu dem Mann der Ökumene gemacht. Nach jahrelangen Zusammenkünften und Gesprächen in den verschiedenen Bruderräten, die über unsere Grenzen hinaus entstanden, ging es auf der ersten gemeinsamen Konferenz von Vertretern der Kirchen in Europa in Brüssel gerade

1. Vgl. Präses D. Heinrich Held: Erinnerung und Vermächtnis. Düsseldorf 1958. S. 31 ff.

nicht um eine europäische Kirchenblockbildung. Die Brüsseler Tagung war vielmehr ganz zentral ausgerichtet an der Frage nach dem gemeinsamen Glaubensgehorsam der verschiedenen Kirchen in ihren Ländern. Über diesen Beratungen trat immer stärker und deutlicher heraus, in welch umfassender Weise alle Fragen, Nöte und Schwierigkeiten, Aufgaben und Verantwortlichkeiten in den Kirchen Europas die gleichen sind. Die erste Fortsetzung dieses außerordentlich fruchtbaren Gespräches in Liselund hat er noch miterleben und mitgestalten können.

Auch der viel mißdeutete und kirchlich von vielen Seiten diskreditierte Besuch des Präses und anderer Männer der Kirche bei dem Moskauer Patriarchen ist einzig von dem Verständnis des konkreten Gehorsams gegen den Herrn der Kirche und seinem Auftrag bestimmt gewesen. Er war viel zu nüchtern und kritisch, um sich bei diesem Besuch von schwarmgeistigen Ideen oder gar einem politischen Illusionismus verführen zu lassen. Für ihn bedurfte es also nicht erst der Bestätigung dieses Wagnisses des Glaubens durch die Weltkirchenkonferenz in Evanston, die ausdrücklich den Besuch der Kirchen als unsere Aufgabe erklärt hat, die durch politische Grenzen und Systeme von uns getrennt sind. Er traute dem Wort Gottes mehr als irgendwelchen klugen menschlichen Erwägungen und Vorbehalten, daß es ausrichtet, wozu es gesandt ist. Er war kein sogenannter „Moskaupilger“. Er war ein „Pilger“ auf dem Weg seines Herrn, unbekümmert und unbeirrbar durch die beunruhigt erhobenen politischen und theologischen Zeigefinger. Was der Herr aus seinem Pilger auf diesem Wege machen würde, hat er nicht in die eigene Regie genommen, sondern ihm überlassen.

So ist er durch die Führungen seines Herrn geworden und gewachsen von Glauben zu Glauben, von Gehorsam zu Gehorsam. Als der vom Tode Gezeichnete nach seiner Rückkehr von der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis auf das Sterbelager gelegt wurde, hat er das letzte Stück seines Lebensauftrages an den Seinen und an den Gemeinden seiner von ihm so geliebten Kirche erfüllt. Den 122. Psalm hat er als sein Vermächtnis an die Gemeinden bestimmt. Wer über dem Lesen dieses Psalms bedenkt, daß der sterbende Präses darin sein Vermächtnis an die Gemeinden gesehen hat, kann nur mit Danken und Loben die Gnade und Wahrheit des Herrn über diesem Leben preisen.

Der zu seinem Nachfolger gewählte D. Beckmann kommt aus einer intensiven theologisch-wissenschaftlichen Lehrtätigkeit und hat es gelegentlich ausgesprochen, daß er ein akzentuiert „theologischer Präses“ seiner Landeskirche sein wolle. Dies zeigte sich bereits in seinem Rechenschaftsbericht, den er der Synode erstattete und in dem er sich besonders mit der Frage der Wortverkündigung heute beschäftigte. Hierzu sagte Präses D. Beckmann:

Auch die Synode der VELKD hat sich im vergangenen Jahr mit diesem Problem beschäftigt. Bedauerlich ist, daß nicht mehr an Ergebnissen, die wir uns dann etwa zu eigen machen könnten, um daran weiterzuarbeiten, ans Licht getreten ist. Wir sind der Überzeugung, daß ein Teil der Fragen der heutigen Verkündigung unserer jungen Theologen von daher kommt, daß sie durch die Schwierigkeiten der sogenannten hermeneutischen Fragestellung unserer Zeit belastet sind. Wir wissen, daß die Frage der rechten Auslegung der Heiligen Schrift eine Daueraufgabe der Evangelischen Kirche ist. Wir haben nicht die Möglichkeit, sozusagen sie als ein für allemal abgeschlossen zu bezeichnen. Das Eigentliche der Reformation ist doch im Grunde darin zu sehen, daß die Reformatoren es gewagt haben, allein mit dem Worte Gottes Heiliger Schrift in der Welt auskommen zu wollen in der Überzeugung, daß die Heilige Schrift soviel Licht gibt, als die Kirche für ihren Weg braucht. Diese Männer haben damals noch nicht sehen können, in welche schwere Anfechtung diese Erkenntnis der Heiligen Schrift durch die Wissenschaft – ich sage, nicht durch die Theologie, sondern durch die Wissenschaft der

letzten Jahrhunderte – kommen würde. Und wir können nicht einfach so tun, als lebten wir im 16. Jahrhundert, denn wir leben als Nachfahren eines ungeheuren Umbruchs des Wissenschaftsverständnisses, des Menschenverständnisses, ja überhaupt des uns gegebenen Horizontes, innerhalb dessen menschliche Existenz geschieht, und demgemäß von der Erkenntnis der Dimension der Geschichte und der Entdeckung, daß auch die Bibel ein geschichtliches Buch ist und nicht ein vom Himmel gefallener Kodex der christlichen Lehre. Von daher ergeben sich ganz große Fragen für den, der heute als Prediger das Wort Gottes verkündigt, indem er die Heilige Schrift auslegt.

Die Synode hatte sich außer der Präseswahl mit einer Fülle von Einzelarbeiten zu beschäftigen, insbesondere mit den Fragen der Feiertagsheiligung, den Problemen der Mischehen, den Überlegungen zur Änderung der Kirchenordnung, der Notlage der evangelischen Krankenhäuser und den Erwägungen zur Presbyterwahlordnung. Zur Mischehenfrage richtete die Synode das folgende Wort an die Gemeinden:

Seit Kriegsende nehmen die Mischehen ständig zu. An nicht wenigen Orten hat ihre Zahl 50% der Eheschließungen überschritten. In den Mischehen entstehen in vielen Fällen ernste, vorher nicht geahnte Nöte. Diese beginnen bereits bei der Entscheidung über die Trauung und verschärfen sich im Blick auf Taufe und Erziehung der Kinder. Die von Gott gewollte Gemeinschaft der Ehe wird nicht nur durch die Verschiedenheit des Glaubens, sondern auch durch weithin unbekannte, dem Evangelium widersprechende Bestimmungen des katholischen Kirchenrechts bedroht. Eine Einwilligung in die katholische Trauung und Kindererziehung bringt unsere evangelischen Gemeindeglieder in die Gefahr, sich ihrer Kirche zu entfremden.

Aus seelsorgerlicher Verantwortung bitten wir unsere Gemeindeglieder: Haltet eurer evangelischen Kirche die Treue! Laßt euch von niemand zur katholischen Trauung überreden! Gebt nicht um eines falschen Friedens willen Versprechungen ab, die euch zeitlebens belasten!

„So besteht nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat“ (Gal. 5, 1).

Zur Frage der Feiertagsheiligung wurde ein sehr instruktives grundsätzliches theologisches Referat von Professor Dr. Kreck (Bonn) und ein weiteres aus der Sicht der gegenwärtigen Rechtsordnung und Betriebspraxis sowie unter dem Aspekt sozialetischer Fragestellungen von Diplomlandwirt Steinjan gehalten. Die dabei zutage getretene Vielschichtigkeit der Fragestellung machte es der Synode noch nicht möglich, ein „Wort zur Sonntagsheiligung“ zu erarbeiten. Als Vorarbeit aber für eine kommende Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die sich mit denselben Fragestellungen beschäftigen soll, hat die Erörterung auf der Rheinischen Landessynode bereits eine wegweisende Bedeutung.

b) Die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Ganz andere Nöte und Fragen bedrängten die Tagung der provinzial-sächsischen Synode in Halle im Juni 1958. Der Prozeß gegen Konsistorialpräsident Grünbaum und Oberkonsistorialrat Klewitz, der Heimgang des Oberkonsistorialrats Lic. Hein mitten in einer der damals zahlreich stattfindenden Vernehmungen, die starken öffentlichen Angriffe gegen die Kirchenleitung und das Konsistorium, der Fortgang von Männern leitender Verantwortung des diakonischen Dienstes

unter dem Druck der Lage und viele andere Anfechtungen hatten der Kirchenprovinz Sachsen eine besonders schwere Prüfung auferlegt. Bischof D. Jänicke stellte über seinen Synodalbericht ein Wort, das die geistliche Tiefe dieser Anfechtungssituation auszuloten suchte. Er entnahm es dem 18. Psalm, wo es im 36. Vers heißt: „Du gibst mir den Schild deines Heils, und deine Rechte stärkt mich; und wenn du mich demütigst, machst du mich groß.“ An Hand dieses Psalmwortes führte er aus:

Dies Wort soll die Überschrift sein über ein Jahr, auf das der Bericht zurückblickt. Es war ein Jahr spürbarer Demütigungen. Sie kamen alle aus Gottes Hand, auch dann, wenn Menschen hierfür die Werkzeuge waren. Alle Schläge, die uns trafen, können gesegnet sein, wenn wir sie als Züchtigungen aus Gottes Hand annehmen. Dann werden sie zum Anlaß, neu zu erfahren, wie stark und treu der Herr ist. Dann wird Seine stärkende Rechte und der Schild Seines Heils unsere Rettung sein. Wir können nur bitten – und haben es in diesem schweren Jahr unserer Kirche oftmals getan –, daß wir Ihm nicht aus der Schule laufen, daß wir zu Seiner Ehre und zum Heil der uns anvertrauten Gemeinden in der Schule der Demut lernen, was Er uns in der Zeit der Anfechtung zu lernen aufgab. Ein Jahr besonderer Anfechtungen und Demütigungen liegt hinter uns, und keiner kann sagen, ob der zukünftige Weg leichter werden wird. Der Druck der Anfechtung liegt auf jedem kirchlichen Mitarbeiter, auf jedem Pfarrhaus und auf ungezählten Gemeindegliedern, die in einer atheistischen Umwelt ihres Glaubens leben wollen. Sie wollten wohl gern mit Hand anlegen am Aufbau in Staat und Wirtschaft, aber sie wollen Christen bleiben und wollen, daß ihre getauften Kinder Christen bleiben.

Haben wir auf dem Wege, der hinter uns liegt, in Gottes Schule etwas gelernt? Das müßte sich wohl erweisen in einer echten Buße, das heißt in einer Umkehr von verkehrten und bösen Wegen zum Gehorsam in der Nachfolge Christi. Es müßte sich erweisen in einem getrosten Ja zu dem Wege, den Gott uns hier in unserer Welt gehen heißt. Bitterkeit ist immer verkehrt, und Haß ist immer böse. Alle Versuche, ach, nur zu verständliche Versuche, aus der Bedrängnis und der Angst der Herzen auszubrechen in eine Welt, in der man als Christ leichter leben kann, oder in ein Zukunftsbild, wie wir es erträumen mögen, ist Ungehorsam und Abirren von dem uns verordneten Wege. Ich sage das, als einer, der mitleidet, täglich, unter den übermenschlichen Lasten und Anfechtungen, die Gott heute der Gemeinde bei uns auferlegt hat. Aber müssen wir nicht heute umkehren und durchbrechen zu dem Ja, um der Welt willen, der wir den Dienst schuldig sind, um Christi willen, der für eine gottlose Welt der Juden und Heiden, der Marxisten und Christen an das Kreuz gegangen ist? Spricht Gott nicht täglich sein unbegreifliches Ja zu uns armen Sündern, zu einer Kirche, deren Weg durch viel Versäumnis und Schuld gezeichnet ist?

Die Last ist groß. Die Anfechtung ist schwer. „Aber Gott ist getreu, der euch nicht läßt versuchen über euer Vermögen, sondern macht, daß die Versuchung so ein Ende gewinne, daß ihr's könnt ertragen“ (1. Kor. 10, 13).

Über das Verhältnis zur Obrigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik machte Bischof D. Jänicke folgende Aussagen:

Daß wir Kirche in der Welt sind, und daß wir der Welt die Freiheit in Christus zu bezeugen haben, das gilt für uns ja in besonderer Weise gegenüber den politischen Mächten unserer Zeit. Diesen Auftrag haben wir allein von dem Herrn, der das Haupt seiner Gemeinde und der Herr der Welt ist. Wenn uns immer wieder unterstellt wird, daß wir anderen politischen Mächten außerhalb der DDR hörig seien und in ihrem Auftrag handelten, so ist das uns überaus schmerzlich. Dieser Vorwurf und dies Mißverständnis

begleitet die christliche Kirche auf ihrem Gang durch die Jahrhunderte ja in immer neuer Gestalt. Wir werden uns gewiß prüfen müssen, wo wir zu diesem Mißverständnis durch eigene Schuld beigetragen haben, wir werden darum ringen müssen, daß unser Zeugnis das Ja Gottes zur Welt vernehmbar macht und werden den Ton der politischen Ressentiments nicht aufkommen lassen dürfen. Wir werden aber dem Kampf nicht entgehen können, wenn, wie bei uns, das Ja zur Welt und zur Obrigkeit, wie es die Synode der EKU im Dezember eindeutig ausgesprochen hat, verbunden sein muß mit einem Nein zur atheistischen Ideologie, zu der sich der Staat und die politischen Mächte immer eindeutiger und kompromißloser bekennen und die sie zur Grundlage all ihres Handelns machen. Wir wollen ja sagen zu der Welt, in die wir gestellt sind und in der wir leben und das heißt ja bei uns zur Welt der DDR mit ihrer Obrigkeit, die wir nach Gottes Wort als seine gnädige Anordnung ehren. Aber hört man auch die herzandrängliche Bitte, wie ich sie vor einigen Monaten in einem Gespräch mit Vertretern des Staates ausgesprochen habe: Laßt uns, die wir Christen sind und Eure Ideologie nicht teilen, in dieser Welt doch nicht heimatlos werden? Macht uns nicht zu Menschen zweiter Klasse, macht vor allen Dingen unsere Kinder nicht dazu, wenn sie um ihres christlichen Glaubens willen den dialektischen Materialismus nicht bejahen können! Wir berufen uns dabei nicht allein auf die Verfassung der DDR, die wir hier verletzt sehen, wir berufen uns dabei einfach auf ein unveräußerliches Menschenrecht! So muß sich die Kirche, vor allem die Kirchenleitung, immer wieder zur Stimme der bedrängten Gewissen machen. Jeder Seelsorger weiß hier von gequälten Herzen, die darüber an *allem* irre zu werden drohen.

Wir haben das in mancherlei Gesprächen zu sagen versucht. Wir begrüßen solche Gespräche, selbst wenn sie das Ohr oder das Herz des Partners nicht immer erreichen. Wir meinen, in ihnen auch den politischen Mächten und der Obrigkeit einen Dienst tun zu müssen, wie ihn so nur Christen tun können.

Es hat da manche harte Auseinandersetzung gegeben. Dabei ging es uns wirklich nicht allein um unsere Belange in der Kirche. Wohl hatten wir mancherlei Anliegen, bei denen wir wünschten, ein offeneres Ohr zu finden, Baulizenzen, Druckgenehmigungen, Aufenthaltsgenehmigungen für kirchliche Amtsträger, an deren Mitwirkung für kirchliche Veranstaltungen uns um der Einheit der Kirche Christi willen viel gelegen war, Reisegenehmigungen von hier nach drüben und vieles andere mehr. Es ging aber in solchen Gesprächen auch um die Lebensfragen des deutschen Volkes, zu denen von unserem Standpunkt aus Stellung zu nehmen uns in der Verfassung der DDR ja ausdrücklich zugesagt ist (Art. 41). So hat es ein besonders hartes Gespräch über die Stellungnahme der Kirchenleitung zu den Wahlen im Juni 1957 gegeben, eine Stellungnahme, die wir mit anderen Gliedkirchen in der DDR teilten. Wir meinten in diesem Fall, wie auch sonst, der Obrigkeit einen Dienst damit zu tun, daß wir das offen aussprachen, was viele dachten und empfanden, was sie aber nicht der Stelle zur Kenntnis brachten, die es in erster Linie anging. Würden wir die Obrigkeit in ihrer Verantwortung nicht ernst nehmen, so würden wir ihr gegenüber das nicht immer wieder freimütig aussprechen, was uns und viele Bürger der DDR beschwerte.

In dem Gespräch mit dem Rat des Bezirks in Magdeburg im März d. J. wurden mir, als dem Vorsitzenden der Kirchenleitung, zwei Fragen gestellt: ob wir die demokratische Gesetzmäßigkeit künftig zu achten gewillt seien und ob wir uns in den Kampf gegen die Massenvernichtungsmittel für den Frieden der Welt mit einzusetzen gedächten? Auf die zweite Frage konnte ich nur mit den wiederholten kirchlichen Äußerungen antworten, die eindeutig die Massenvernichtungsmittel verwerfen und die Völker vom Haß zum Frieden rufen. Die diesbezüglichen Beschlüsse von New Haven sind in unserer Kirchenprovinz allen Pfarrämtern zugegangen mit der Weisung in unserem Amtsblatt, sie zum Gegenstand von Besprechungen in den Gemeindekreisen zu machen. Ich darf sagen, daß dies mir und vielen Brüdern ein leidenschaftliches Anliegen ist. Zur Frage

der Innehaltung der Gesetze konnte ich nur sagen, daß wir aus Gottes Wort gewiesen sind, sie zu achten und die Obrigkeit zu ehren. Daß aber der tiefste Grund für die mancherlei Konflikte darin begründet liegt, daß man den Christen um ihres Bekenntnisses willen es schwer, ja oft unmöglich macht, da mitzuarbeiten, wo als Fundament allen Lebens die atheistische Weltanschauung vorausgesetzt wird. Das wurde uns, so hatten wir den Eindruck, nicht abgenommen. Ja, wenn ausgerechnet der Vertreter der CDU den Vorwurf erhob, daß wir nur den religiösen Vorwand benutzten, um unseren politischen Widerstand dahinter zu verstecken, so konnte ich eine solche Unterstellung nur nachdrücklich zurückweisen, weil sie ja auch das Ende jeder freien und redlichen Gesprächsmöglichkeit bedeutet.

Doch konnte D. Jänicke neben den Nöten auch auf manche erfreuliche Ereignisse verweisen.

Er erwähnte die Kreiskirchentage unter dem Thema des verhinderten Deutschen Evangelischen Kirchentages „Der Herr ist Gott“. Viele Tausende nahmen dichtgedrängt in den vollen Kirchen daran teil und feierten miteinander das Sakrament. Überwältigend gut besucht war der Propsteikirchentag in Wittenberg, für den die Kirchen der Stadt nicht ausreichten. Der Bischof machte die Mitteilung, daß in der Kirchenprovinz neben etwa 1100 ordinierten Pfarrern, Predigern und Hilfspredigern, 23 Pfarrvikarinnen, eine Schar von 282 regelmäßigen und 86 gelegentlichen Lektoren sowie 30 Helfer im Predigtamt tätig sind.

c) Die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen

Die westfälische Synode hat sich auf ihren Tagungen in den letzten Jahren immer mit einem zentralen Thema kirchlichen Dienstes beschäftigt, zum Beispiel mit dem missionarischen Auftrag der Kirche, mit dem Problem der Verkündigung heute, mit den Fragen nach Liturgie und Gottesdienst und mit dem Verhältnis von Kirche und Äußerer Mission. Auf der Synodaltagung 1958 schloß sich mit innerer Notwendigkeit das Thema „Neue Aufgaben der Seelsorge“ an. Die Synode hat damit bekundet, daß nach ihrer Meinung unter den heutigen Umständen hier ein besonderer Schwerpunkt kirchlichen Dienstes liegt. Daß eine Synode ihre ganze Tagung unter dieses Thema stellt, daß sich sechs Unterausschüsse tagelang damit beschäftigen, was Seelsorge unter den heutigen Umständen bedeutet und wie sie in der Kirche Jesu Christi recht betrieben wird, daß darüber ernsthaft gearbeitet und gerungen wurde und alle aufs innerste dabei beteiligt waren, das ist schon etwas, was seine Verheißung in sich selber hat. Es mag immer fraglich sein, was von den Synodalbeschlüssen in die Pastorenkonvente, die Mitarbeiterkreise und die Gemeinden dringt. Aber ohne Zweifel war das Thema der Synode das Thema der ganzen Landeskirche im Jahre 1958².

Aus den Entschließungen der Synode sei das Grundsatzwort über „Vollmacht und Ziel aller Seelsorge“ wiedergegeben.

1. Jesus Christus ist der wahre Seelsorger. In seinem Namen und in seiner Nachfolge geschieht der seelsorgerliche Dienst. Er gehört unablässig zum Botschafterdienst der Kirche. Gottesdienst, Predigt, Unterricht und alles Handeln der Kirche bedürfen seelsorgerlicher Ausrichtung.

2. Vgl. das Heft „Neue Aufgaben der Seelsorge“. Witten: Luther-Verlag 1958.

Wie Seelsorge zur Versöhnung mit Gott führen will, so hat sie zugleich die Aufgabe, dem mit Gott versöhnten Menschen in den Anfechtungen beizustehen, die sein Verhältnis zu Gott ständig trüben und in Frage stellen. Wir haben unseren Christenstand nur im Angefochtensein. Sowohl gegen den Glauben als auch gegen den Gehorsam, der sich in der Liebe bewähren soll, wird durch die Umwelt und durch uns selbst ein ständiger Kampf geführt, in dem wir der brüderlichen Gemeinschaft bedürfen, um zu überwinden und unsere Gottesgemeinschaft zu bewahren.

2. Ziel und Maß evangelischer Seelsorge sind Beichte und Absolution. Der Herr hat den Seinen Auftrag und Vollmacht gegeben, Gottes Vergebung dem zuzusprechen, der seine Sünde bekennt. Beide, der da beichtet und der die Beichte hört, werden tief gedemütigt und in die Buße geführt. Aber die Barmherzigkeit Gottes richtet auf und schenkt Vergebung im zugesprochenen Wort. Solcher Schatz darf nicht ungenutzt bleiben.

Das seelsorgerliche Gespräch kann dazu helfen, daß Menschen für die Beichte Willigkeit und neues Vertrauen finden. Nicht nur im tröstenden Zuspruch, sondern auch im mahnenden und zurechtweisenden Wort soll dem Bruder bezeugt werden, daß Gott ihn liebt und sucht.

Voraussetzung des seelsorgerlichen Gesprächs ist das Zuhören. In der Bereitschaft zum Hören äußert sich die Liebe, die den anderen ganz ernst nimmt; zugleich auch die Demut, die einem jeden seine besondere Würde zuerkennt und auf der Hut ist vor selbstherlicher Bemächtigung des anderen. Seelsorge will weder vereinnahmen noch überfahren. Sie gibt den anderen frei. Sie weiß um die Grenze, die menschlicher Einwirkung gesetzt ist, aber auch um die unbegrenzte Macht Jesu, den Menschen zum Glauben zu führen und zu retten.

3. Der Mensch unserer Tage bedarf der Seelsorge sehr. Überbeansprucht durch die Anforderungen des technischen Zeitalters, des Haltes überkommener Bindungen weitgehend beraubt, durch Daseinsangst bedrängt und in der Versuchung, mit den vordergründigen Mitteln der materiellen Güter und des sozialen Prestiges sich zu betrügen, ist er in Gefahr, des Haltes verlustig zu gehen, der allein aus dem Glauben erwächst.

Dieser Mensch ist nicht nur ein einzelner. Zu ihm gehört die Umwelt, in der er lebt. Sie prägt sein Wesen und Denken. Es bedeutet darum für ihn schon eine Hilfe, wenn er erkennt, daß der Seelsorger ihn mit seiner Last dort sieht und aufsucht, wo er sich wirklich befindet, und wenn das seelsorgerliche Wort begleitet ist von der Bemühung, den vergiftenden und zerstörenden Mächten zu wehren, Härten zu lindern und die Gerechtigkeit zu fördern. Seelsorge kann nie ohne Diakonie geschehen. Zu ihr gehört auch die Mitarbeit der Kirche an der Schaffung „barmherziger Gesetze“ (v. Bodelschwingh).

4. Ein vielfältiges Angebot zur Lebenshilfe wird den bedrängten Menschen in unserer Zeit nahegebracht. Der Staat und die Kommunen sind durch Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt und durch den Einsatz zahlreicher besonderer Beauftragter daran beteiligt. Psychiatrie und Psychotherapie, Psychologie, Pädagogik und Soziologie haben neu gelernt, die leibseelische Ganzheit des Menschen zu beobachten, das Verborgene des menschlichen Herzens ernst zu nehmen und die Gefährdungen zu erkennen, von denen wir alle bedroht sind. Wir sind dankbar für alle Hilfe, die aus solcher Erkenntnis erwächst. Wir sind bereit zu lernen und mitzuarbeiten. Wo jedoch in Versorgung und Fürsorge letzte Sicherung und in den Lebenshilfen das Heil gesucht oder angeboten wird, da ist daran zu erinnern, daß das Evangelium Gottes Reich verkündet und daß in keinem anderen Heil ist.

5. Die ganze Gemeinde hat teil am seelsorgerlichen Dienst. In Familie und Haus, Beruf und Betrieb, im täglichen Umgang mit dem Nächsten, den Gott uns zuführt, sollen wir die Möglichkeiten der Seelsorge erkennen und wahrnehmen. Menschliche Nähe zum Bruder ist Gabe und Versuchung zugleich. Ohne Solidarität ist keine Seel-

sorge möglich. Aber wir müssen das Wort Gottes auch dann unverfälscht sagen, wenn es Widerspruch findet und zu Scheidungen führt.

Wo Gottes Geist nicht Gabe und Vollmacht gibt, wird der seelsorgerliche Dienst der Gemeindeglieder darin bestehen, den angefochtenen Bruder an den Pfarrer zu weisen und für beide zu beten. Der Pfarrer, der selbst von dem Wort der Vergebung lebt, darf sich in Demut und Dankbarkeit dessen bewußt sein, daß sein Amt auf die Mitte alles seelsorgerlichen Dienstes weist. Die Unverbrüchlichkeit des Beichtgeheimnisses kann es angefochtenen und belasteten Menschen leichter machen, vor ihm Schuld aufzudecken und Sünde zu bekennen.

6. So ist die Seelsorge, welche der Gemeinde Christi aufgetragen ist, sehr umfassend. Sie umfaßt alles kirchliche Handeln und betrifft den Mitmenschen in allen Beziehungen, die ihn bestimmen. Wo es um die Seele geht, kann das Leibliche nicht zurücktreten. Was das Innere betrifft, geht auch das Äußere an. Wer den einzelnen ernst nimmt, ist auch vor seine Welt gestellt. Eine Gemeinde, die so den Dienst der Versöhnung verrichtet, steht in der Nachfolge ihres Herrn. Indem sie seine Seelsorge erfährt, gibt sie weiter, was sie empfängt.

Im einzelnen wurde über folgende Einzelbereiche der Seelsorge heute beraten: „Seelsorge in der Industriegesellschaft“, „Seelsorge in dem sich wandelnden Dorf“, „Seelsorge an den Vertriebenen und Flüchtlingen“, „Kranken-, Alten- und Behinderten-Seelsorge“, „Seelsorge an Seelsorgern“. Aus der Entschließung über den zuletzt genannten Bereich mögen folgende Ausführungen abgedruckt werden:

SEELSORGE UNTER DEN PASTOREN

1. Worin liegen besondere Nöte?

Aller Seelsorge hinderlich ist die Arbeitsüberlastung und die daraus folgende Müdigkeit im Amt. Ebenso gefährlich ist die aus mancherlei Enttäuschung erwachsene Resignation. Manchmal kommt es auch vor, daß Pastoren einer Gemeinde beziehungslos nebeneinander herleben und die Hoffnung aufgeben, einander wiederzufinden. Damit im Zusammenhang steht eine gewisse Kritikklust anderen Brüdern gegenüber. Die vielerlei Ablenkungen unseres Lebens heute nehmen auch dem Pfarrer den notwendigen Raum zur Stille. Die Fähigkeit zur Sammlung ist im Schwinden begriffen. Der Seelsorger seiner Gemeinde hat oft für die eigene Familie keine Zeit. Die verführernden Mächte unserer Zeit brechen auch in das Leben des Pfarrhauses ein. Dies alles beeinträchtigt oder zerstört die Freiheit und Vollmacht zur Seelsorge.

2. Wo ist seelsorgerliche Hilfe zu erwarten und wie kann sie geschehen?

Wir dürfen sie überall da erwarten, wo die Liebe Christi uns begegnet: Im Gottesdienst, in den Sakramenten, insbesondere auch im persönlichen Zuspruch der Sündenvergebung in der Beichte. Darin vornehmlich geschieht die Seelsorge des großen Seelsorgers. Er benutzt aber auch die Wege persönlicher Begegnung: In der Gemeinde, in der Bruderschaft, mit den leitenden Brüdern der Kirche und in der Familie. Davon soll hier besonders gesprochen werden.

a) Seelsorgerliche Hilfe aus der Gemeinde

An der Spitze der ersten uns überlieferten Gemeindeordnung (1. Tim. 2) steht die Fürbitte. Die Fürbitte bezieht sich nicht nur auf den Dienst, sondern fast noch mehr

auf das ganze Leben des Seelsorgers. Aber auch ein offenes Wort und, wenn es sein kann, einen Zuspruch sind die Gemeindeglieder den Brüdern im Amt der Seelsorge schuldig. Die Gemeinde soll und muß außerdem wissen, daß der Seelsorger einen geheiligten Raum der Stille braucht. Seelsorge der Gemeinde am Pfarrer besteht deshalb unter Umständen darin, dem Pfarrer nicht zuviel an geselligen und anderen Verpflichtungen zuzumuten und dafür zu sorgen, daß der Pfarrer wie jeder andere Mensch in der Woche einen Tag der Ruhe und Erholung hat.

b) Seelsorgerliche Hilfe aus der Bruderschaft

Wir können die Bürde des Amtes nur tragen, wenn wir nicht allein stehen, sondern wenn wir als Brüder unter Brüdern leben. Solche Bruderschaft bewährt sich darin, daß wir die seelsorgerliche Hilfe bruderschaftlicher Zusammenkünfte als Aufgabe neu erkennen und ausschöpfen. Solche Bruderschaft finden wir im synodalen Pfarrkonvent, im Pastoral-Kolleg und in übergemeindlichen Bruderschaften. Das beste an solch gegenseitiger Hilfe geschieht dort am ehesten bei gemeinsamer Arbeit an den uns aufgegebenen Predigttexten. Wir sollten uns den Raum dazu nicht zu sehr beschneiden.

Wir sollten aber auch den einzelnen Bruder neben uns sehen. Gott hat ihn uns zum Helfer bestimmt, und vielleicht darf es auch einmal umgekehrt sein. In der Begegnung mit dem Bruder kann das Letzte zur Sprache kommen, was uns auf dem Herzen liegt. Hier können wir aus tödlicher Vereinsamung, Gebundenheit und Unwahrhaftigkeit frei werden. Hier können wir loskommen vom Ungeist der Überheblichkeit, von dem vergiftenden Kritisieren und Hinter-dem-Rücken-Reden. Hier dürfen die Kräfte bruderschaftlicher Liebe in Bewegung geraten. Hier kann die oft so schmerzlich vermißte Vollmacht zur Seelsorge entstehen. Hier können wir von neuem hingewiesen werden auf die lösende und befreiende Hilfe der Beichte.

c) Seelsorgerliche Hilfe durch die leitenden Brüder

Die leitenden Brüder sind uns nicht nur um der äußeren Ordnung unserer Kirche willen gesetzt, sondern damit wir im Verhältnis zu ihnen die Einfügung bewähren, zu der das Wort Gottes uns verpflichtet. Allein schon in solcher Bewährung liegt seelsorgerliche Hilfe. Aber wir sollten darüber hinaus nicht vergessen, daß die leitenden Brüder unsere Seelsorger sind. Wie können wir erwarten, daß wir in Ausübung unseres Amtes Seelsorge üben dürfen, wenn wir uns andererseits nicht von den durch das Vertrauen der Kirche in das leitende Amt Berufenen helfen lassen?

d) Seelsorgerliche Hilfe durch Frau und Kinder

Da wir ein fröhliches Ja zu Ehe und Familie des Pfarrers sagen, kommt auch der Frau eine besondere seelsorgerliche Aufgabe zu. Das Leben der Pfarrfrau hat es natürlich zunächst mit dem Haushalt, der Kindererziehung und der Mithilfe bei besonderen Gemeindeveranstaltungen zu tun. Gerade aber in der Ehe des Pfarrers sollte es vorbildlich auch in Erscheinung treten, daß eins das andere in den Himmel zu bringen berufen ist. Welche Lektionen können auch die heranwachsenden Kinder ihrem Vater geben, wenn der Vater sich Zeit nimmt, mit ihnen zu leben.

3. Brüderliche Vorschläge

Damit wir unsere Vollmacht zur Verkündigung und Seelsorge nicht verlieren, sollten wir nicht zu vieles und zu vielerlei tun. Wir dürfen unbesorgt um unsere Stellung manche Verpflichtungen dienstbereiten Gemeindegliedern anvertrauen. Es gibt mehr

Dienstbereitschaft, als wir annehmen. Solange wir beim Wesentlichen bleiben, wird uns so leicht nichts zuviel. Die lähmende Müdigkeit im Amt rührt nicht zuletzt daher, daß wir mit schlechtem Gewissen oft lauter Vorläufiges tun und in falsche Betriebsamkeit verfallen. Eine entscheidende Hilfe, bei der der Pfarrfrau eine besondere Aufgabe zukommt, liegt in rechter Zeiteinteilung. Am Anfang des Tagewerks sollte das Gebet und die Schriftbetrachtung ihren festen Ort haben. Alsdann sollten wir bedenken, welche besonderen unaufschiebbaren Aufgaben auf uns warten und diese, wenn möglich, sofort anpacken. Ist es nötig und zu verantworten, daß der Pastor Abend für Abend einem anderen Kreise dient? Der Predigttext des kommenden Sonntags sollte den Prediger die ganze Woche hindurch auf seinen Gängen in die Häuser und an den Krankenbetten begleiten.

Es ist in Ordnung, daß, wer das Evangelium treibt, sich auch vom Evangelium nährt. Zeichenhaft muß es aber in unserem Leben dargestellt werden, daß der Herr die Seinen frei macht vom Geist der Sorge und des Habenwollens. Wir können nicht rechte Haushalter über Gottes Geheimnisse sein, wenn wir das uns zur Verfügung stehende Geld und das uns anvertraute Gut nicht gewissenhaft und sorgfältig verwalten.

Der Beruf des Pfarrers verlangt das Letzte an geistiger Konzentration und liebevoller Hingabe in der Seelsorge. Niemand darf seine Kräfte vergeuden. Geistliches und Leibliches hängt eng miteinander zusammen. Es ist gut, wenn der Pfarrer noch eine spannende Liebhaberei hat. Jeder aber sei darauf bedacht, daß er nicht an irgendeiner Stelle in eine falsche Bindung hineingerät und dadurch in der Ausübung seines Amtes fragwürdig wird.

Das alles könnte als ein unerträgliches Joch empfunden werden. Christus aber spricht: „Mein Joch ist sanft und meine Last ist leicht.“

Besondere Beachtung verdient auch ein „Erfahrungsbericht über den Einsatz zweier evangelischer Pfarrer im Untertagebetrieb des Steinkohlenbergbaus“. Er ist ein wichtiger Beitrag zu den mannigfachen Bemühungen und Versuchen, den Menschen in seiner modernen Arbeitswelt und in der Massengesellschaft zu verstehen und die Aufgabe der Verkündigung des Evangeliums an ihn neu zu ergreifen, wie sie unter anderem im „Seminar für Industriefarrer“ in Mainz-Kastel unternommen werden.

d) Die Synode der Evangelischen Kirche von Schlesien

Die Evangelische Kirche von Schlesien hat ihre Sonderprobleme, etwa die Fürsorge für die Gemeinden im schlesischen Teil östlich der Oder und Neiße oder die Frage der sorbischen Gemeinden. Aus dem Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung vor der Synode entnehmen wir über den Stand der Gemeinden östlich der Oder/Neiße folgendes:

Die Gemeinden jenseits der Neiße sind seit der letzten Synode weiter zahlenmäßig zurückgegangen. Vielfach sind die Gemeindereste so klein geworden, daß sie nicht mehr in öffentlichen Gottesdiensten, sondern nur noch in Hausgemeinden zusammenkommen. An einigen Orten ist das kirchliche Leben erloschen. Eine große Zahl von Lektoren ist in diesem Jahr nach Deutschland evakuiert, so aus Lauban, Hirschberg, Landeshut, Schweidnitz, Striegau und andere aus den Kreisen Waldenburg, Glatz, Goldberg und Bunzlau. Ähnlich wie 1946/47 ging in diesem Jahr ein Auszug der länger als zehn Jahre in Schlesien verbliebenen Gemeindeglieder vor sich. Dennoch hat das Konsistorium versucht, seine geistliche Verantwortung, die wir gemeinsam mit der Leitung der

Evangelischen Kirche Polens haben, wahrzunehmen. Über den Besuch des Bischofs bei der Evangelischen Kirche in Polen wird vor der Gemeinde berichtet.

30 Männer und Frauen stehen in den Gemeinden jenseits der Neiße noch in der kirchlichen Arbeit. Noch immer ist der Kreis Waldenburg als ein Zentrum kirchlichen Lebens deutschsprachiger Gemeinden anzusprechen. Aber auch in Breslau, in Bunzlau, im Laubaner und Hirschberger Kreis, sogar bis nach Oberschlesien hinein, haben wir Brüder und Schwestern, denen wir dienen dürfen und die unseren Dienst dankbar annehmen. Das Schwergewicht unserer Arbeit hat sich in der Weise verlagert, daß unsere Lesepredigten nicht mehr in erster Linie für den gottesdienstlichen Gebrauch verwandt werden, sondern daß sie mehr und mehr als Trostschriften an vereinsamte Gemeindeglieder zu verstehen sind. Aus dieser Verantwortung werden wir sobald nicht entlassen werden, da damit zu rechnen ist, daß ein, wenn auch kleiner Teil der Bevölkerung deutscher Zunge in der alten Heimat zurückbleiben wird.

In einigen Fällen sind wir um materielle Hilfe gebeten worden. Wir konnten solche Hilfsgesuche an das Hilfswerk weitergeben. Auch Bücherspenden von kirchlichem Schrifttum, soweit es in der Deutschen Demokratischen Republik erschienen ist, konnten wir hinübersenden. Doch stellten sich dieser Arbeit ständig neue Schwierigkeiten entgegen, da wir es mit einer stetigen Veränderung des Personenkreises zu tun haben.

Auf persönliche Kontakte haben wir von jeher großen Wert gelegt. Mehrfach hatten wir die Möglichkeit, mit Ausgesiedelten zu sprechen, wodurch sich unsere Kenntnis der kirchlichen Verhältnisse erweiterte. Auch im vergangenen Jahr haben wir unsere Arbeit in ständigem Kontakt mit dem Kirchendienst Ost getan. Sofern wir Nachricht von den ausgesiedelten Lektoren erhalten, schreiben sie dankbar und bewegt im Blick auf den Dienst, den unsere Kirche in den vergangenen Jahren an den Gemeinden jenseits der Neiße hat leisten dürfen.

Die Möglichkeiten, dem immer kleiner werdenden Häuflein zu helfen, sind gering. Aber wir dürfen glauben, daß die treue Fürbitte für sie von Gott wohl gesegnet sein wird.

Die Synode richtete ein „Grußwort an Gemeinden und vereinsamte Gemeindeglieder im Gebiet der Neiße“. In diesem heißt es:

Welche auf Ihn sehen, die werden erquickt, und ihr Angesicht wird nicht zuschanden. *Psalm 34, 6*

Liebe Brüder und Schwestern!

Wir grüßen Euch in der Gemeinschaft des Glaubens von der Görlitzer Tagung unserer Provinzialsynode. Schwere und ernste Fragen haben uns hier bewegt im Blick auf den weiteren Weg unserer Kirche, aber Euch haben wir darüber nicht vergessen. Wie schwer mag es für Euch sein, so viele von denen, die mit Euch Freud und Leid der letzten Jahre geteilt haben, gehen zu sehen. Wie mag es Euch ums Herz sein, wenn Ihr täglich erlebt, daß es immer einsamer um Euch wird, und daß Ihr über vielen Hoffnungen, die sich nicht erfüllten, langsam älter geworden seid, vielleicht gar schon so alt, daß Ihr nur noch den Wunsch habt, heimzugehen in den ewigen Frieden Gottes.

Was immer Euch bewegt in Euren Herzen, Gott weiß und sieht alles, und er kann in allem helfen. Gewiß oft anders, als wir Menschen es uns dachten, aber immer ist es seine Hilfe. Wir möchten Euch das wieder bezeugen und Euch aus dem Reichtum der Heiligen Schrift vor allem auf den 34. Psalm hinweisen, aus dem das Wort genommen ist, das wir an den Anfang unseres Briefes gestellt haben. Hier betet einer, der in all dem Schweren, das er zu tragen hat, nicht zuschanden geworden ist und der selbst unter Tränen noch Gott loben kann, weil er an seinem Gott festgehalten hat.

Die geistliche Versorgung der evangelischen Sorben geschieht im „Sorbischen Gemeindedienst“. Über diesen sagt der Rechenschaftsbericht:

Das Anliegen, den sorbisch-sprachigen Gemeinden in ihrer Sprache zu dienen, ist wegen des Mangels an sorbisch-sprachigen Pfarrern nicht ausreichend erfüllt. Hinzu kam der Tod des sorbisch-sprachigen Pfarrers Tschernik in Hoyerswerda, der den sorbischen Gemeinden in Hoyerswerda treu gedient hat. Superintendent Graefe und Vikar Bayer absolvierten einen sorbischen Sprachkursus, müssen aber noch weiter sprachlich arbeiten. Die sorbische Superintendentur der Sächsischen Kirche ist jetzt unter Superintendent Wirth in Neschwitz und damit unserem Kirchengebiet nähergerückt. Mit dem neuen Superintendenten haben wir Verbindung. Der Sorbische Kirchentag im Juni in Schleife verband die sorbischen Kirchengemeinden unserer Landessächsischen Nachbarkirche und unserer Kirche. Die Kirchenleitung war dabei durch den Bischof vertreten.

Die Synode beschloß eine Änderung des Artikels 96 der Kirchenordnung durch eine Erweiterung in einem zweiten Absatz, wonach der sorbische Gemeindevorstand hinfür einen Vertreter in die Provinzialsynode entsendet.

Bischof D. Hornig ging in einem ausführlichen Bericht, der vor einer zahlreichen Gemeinde in einer Görlitzer Kirche öffentlich erstattet wurde, besonders auf die innere und äußere Lage der Kirche ein. Über die Frage Konfirmation-Jugendweihe sagte er:

Es wird in den letzten Jahren in steigendem Maße der großangelegte Versuch gemacht, an die Stelle der Taufe, der Konfirmation und der Trauung, die sich bisher aller Kirchenfeindschaft zum Trotz als kirchliche Sitte erhalten haben, andere weltliche Feiern, Namensweihe, Jugendweihe und Lebensweihe, zu setzen. In unserer Stadt geschieht dies beim Rat der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für atheistische Feiergusgestaltung, ein Zeichen, in welchem Geist und mit welchem Ziel diese Feiern propagiert werden. Der große Einbruch, der in die kirchliche Sitte der Konfirmation durch das Drängen der Schule und den Druck der politischen Stellen in Richtung auf die Jugendweihe geschehen ist, ist hinreichend bekannt. Er war erst möglich, als die Jugendweihe praktisch nicht mehr freiwillig war, sondern zum Mittel des Zwanges gemacht wurde. Es gibt daher Gemeinden, in denen nur noch die Hälfte oder noch weniger der Kinder und Eltern es wagen, sich für die Konfirmation zu entscheiden. Welche Gewissensnot sich hinter diesen Tatsachen verbirgt, hat unsere Synode beschäftigt. Es ist kein Zweifel, daß diese Entwicklung in der Frage der Jugendweihe im Widerspruch zum Artikel 41 unserer Verfassung steht, der die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert.

Und an anderer Stelle sagt Bischof D. Hornig über die innere Situation der Kirche:

Was ergibt sich aus diesen Tatsachen für die Lage der Christenheit im Osten Deutschlands? Es zeigt sich ihre völlige Ohnmacht! Die Kirche hat keine äußeren Mittel, diesem Großangriff auf ihr Leben zu wehren. Die Presse steht nicht ihr, sondern allein dem Gegner zur Verfügung. Die kirchliche Sonntagspresse hat nicht dieselbe Freiheit. So ist als einzige Möglichkeit der Unterrichtung der Gemeinde Christi das Wort auf der Kanzel geblieben. Darum haben die Verkündigung der Kirche und die Abkündigung, der Bericht im Gottesdienst und der gottesdienstliche Kirchenvortrag heute gesteigerte Bedeutung.

Die Kirche hat jedenfalls dem Angriff der Welt gegen Christus und seine Gemeinde keine äußere Macht entgegenzusetzen. Sie ist ohnmächtig. Sie ist so ohnmächtig, daß viele Gemeindeglieder infolge des Druckes gegen den Glauben, ja gegen die bloße Kirchenzugehörigkeit eingeschüchtern sind. Sie wagen sich nicht mehr als Christen zu bekennen, sie vermeiden den Kirchenbesuch, um nicht aufzufallen, sie wollen nur noch in der privaten Sphäre ihres Lebens Christen sein, leben aber praktisch, als hätten sie

mit der Gemeinde Christi und mit Christus nichts mehr zu tun. So muß ihr Glaube an Unterernährung zugrunde gehen. Ja, manche sind unter dem Gewissensdruck ausgetreten, geben aber heimlich weiter bei Gelegenheit Opfer für die Kirche. Viele sagen: Die Kirche kann uns ja doch nicht helfen, wenn unsere Kinder und wir durch die Konfirmation allerlei Nachteile haben und ihnen der Weg ihrer Ausbildung verschlossen ist. Sie kann uns nicht helfen, wenn die Kircheng Zugehörigkeit dem Verdienster der Familie im Betrieb verdacht wird und daher seine Stellung gefährdet. So haben sie ihre Kinder von der Christenlehre abgemeldet und lassen sie oft gegen ihre bessere Überzeugung in die Jugendstunden für die Jugendweihe gehen.

Ist die Lage zu schwarz gezeichnet oder entspricht sie nicht der Wirklichkeit, die sich eine Synode im Osten Deutschlands heute vor Augen halten muß, wenn sie ohne Illusionen über Wohl und Wehe der Gemeinden zu beraten hat? Hat die Kirche dem Angriff des Atheismus, den wir heute erleben, der Macht des Unglaubens, die uns überfallen hat, dieser propagandistischen Leugnung Gottes und kämpferischen Feindschaft gegen Christus irgend etwas entgegenzusetzen? Eins ist ihr geblieben, das kann ihr keine Macht der Welt rauben: „Die Macht der Kirche ist keine andere als das Wort Gottes“ (Luther). Dennoch bleibt der Weg der Gemeinde Christi schwer. Viele unserer kirchlichen Mitarbeiter, unserer Katecheten und Gemeindeförderinnen, Steuereinheber und freiwilligen Helfer und Helferinnen, Diakone und Diakonissen, Kirchenälteste und Hilfskräfte tragen mit unseren Pfarrern, Pfarrfrauen und Pfarrkindern die Last nicht nur der Arbeit, sondern auch der Schmach und Ohnmacht der Kirche.

Aber können wir denn einen anderen Weg gehen, liebe Brüder und Schwestern, als den, den Gott uns gehen heißt und den sein Wort uns vorzeichnet? Wie sagt doch Luther: „Christus kann nicht eher unsere Macht sein, wir werden denn in uns selber ohnmächtig und gekreuzigt durch allerlei Leiden. Dann wird er unser Psalm, Lied und Gesang. So folgt der Sieg und Heil ins ewige Leben.“ Ja, wir müssen in die Tiefe hinab, in die Tiefe der Gottesferne, da wir uns von ihm verlassen glauben, in die Dunkelheiten der Leiden dieser Zeit, unter denen wir seufzen, in die Angst vor der uns feindlichen Welt, die unseren Glauben auslöschen möchte und unsere Existenz antastet. Aber gerade in dieser Lage der Seinen erweist sich Christus als ihr mächtiger Herr und Helfer in der Bedrängnis. Drum klagt die Kirche nicht, drum klagt sie nicht an, sondern singt Psalmen von der Macht Gottes, der inmitten der Ohnmacht seiner Kirche herrscht. Sie singt inmitten ihrer Niederlagen ihre Glaubenslieder vom Sieg Christi über seine Feinde und alle Gewalten. Von diesem Sieg lebt die Kirche, nicht von einem Sieg, den Menschen errungen haben oder in unserer Zeit zu erringen hätten. Die Kirche setzt ihre Hoffnung nicht auf einen „Tag X“, der die Verhältnisse dieser Welt verändert, aber sie harret von Tag zu Tag auf die Hilfe und den Beistand ihres Herrn. Sie hofft und wartet auf den Tag des Endsieges Jesu Christi, an dem die Reiche der Welt sein werden und seine Macht vor aller Welt offenbar werden wird. Denn das ist ihr verheißen.

In einer besonderen Anfechtung hatte die Evangelische Kirche von Schlesien durch die maßlosen Angriffe gestanden, die in der Öffentlichkeit gegen Oberkonsistorialrat Fränkel, Görlitz, gerichtet wurden. Wegen seines sachlich gehaltenen Protestes auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin-Weißensee gegen die ruhestörenden Demonstranten vor dieser Synode, war bei seiner Rückkehr nach Görlitz eine umfangreiche Agitation eingeleitet worden. Der Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung sagt zu diesen Vorfällen folgendes:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im April 1958 erlebte eine Anteilnahme der Öffentlichkeit wie nie zuvor. Auch in unserem Kirchengebiet wurde der

Versuch gemacht, die Männer, die als Vertreter unserer Kirche in Frage kamen, vorher zu beeinflussen. Die dramatischen Zwischenfälle und die Vorgänge, die mit dem Auftreten von Oberkonsistorialrat Fränkel zusammenhängen, sind genügend bekannt. Die Kirchenleitung nahm gegenüber den Presse- und Flugblattangriffen gegen Oberkonsistorialrat Fränkel, die von falschen Voraussetzungen ausgingen, in einer öffentlichen Erklärung Stellung. Zwei überfüllte Bekenntnisgottesdienste am 5. und 6. Mai unterrichteten die Görlitzer Gemeinden von dem wahren Sachverhalt. Es zeigte sich wieder, daß der Kirche heute in bestimmten Situationen und Fragen kein anderer Weg bleibt, als die Gemeinde im Gottesdienst über die wahre Lage der Kirche zu unterrichten.

Bischof Hornig fügte diesen Worten in seinem Bericht folgendes hinzu:

Die Vorgänge auf der Synode, die zu dem Auftreten von Oberkonsistorialrat Fränkel und den Angriffen gegen ihn geführt haben, sind genügend bekannt. Die Kirchenleitung hat in einer öffentlichen Erklärung sogleich den wahren Sachverhalt festgestellt. Der Presse- und Flugblatt-Feldzug in dieser Sache, der jedes Maß und jede Hemmung vermissen ließ, kam zum Schweigen. Es war uns, als hätte Gott selber diesen Sturm gestillt. Aber eine Reihe von Gemeindegliedern, die unter dem Eindruck des wahren Sachverhalts sich geweigert hatten, Unterschriften gegen Oberkonsistorialrat Fränkel zu leisten, kamen zum Leiden. Wir befehlen sie besonders des Beistandes Gottes und seiner treuen Hilfe. Wir loben Gott, daß er die Hilfe der Schwachen und der Beistand unserer gefangenen Brüder und Schwestern ist und wir ihn allezeit für sie anrufen dürfen. Gottes Kraft ist in der Schwachheit der Seinen mächtig, das ist die Macht der Ohnmächtigen, die einzige, die wir haben.

Die Synode beschäftigte sich auch mit dem Ergebnis des Abendmahlsgesprächs in der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Synode faßte hierzu folgende Entschließung:

Die Synode begrüßt mit Dankbarkeit und Freude, daß das zehnjährige Abendmahlsgespräch innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer Einigung geführt hat.

Sie bittet alle hierzu berufenen Stellen, nun auch dafür zu sorgen, daß diese Einigung zu einer wirklichen Abendmahlsgemeinschaft innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland führt.

2. DIE ENTWICKLUNG UND ARBEIT IN DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER UNION

Wie schon eingangs bemerkt, ist auf allen Gebieten gesamtkirchlichen Dienstes weitergearbeitet worden. Vor allem wurde der Agendenentwurf in seinem ersten Teil zur synodalen Verabschiedung fertiggestellt. Ebenso ist der Text der gottesdienstlichen Verpflichtung bei der Ordination (Ordinationsvorhalt) nach langen Beratungen, in denen das Ordinationsverständnis gründlich geklärt wurde, einmütig von den Vertretern aller Gliedkirchen festgestellt worden. Im ganzen war auch dieses Jahr ein Zeitraum ruhiger gesamtkirchlicher Konsolidierung. Die Früchte dieser Entwicklung werden auf den kommenden Synoden sichtbar werden. In unserem Zusammenhang sollen nur einige besondere Arbeiten angeführt werden.

a) Ökumenische Kontakte

Der Ökumenische Arbeitskreis der EKU hat sich vor allem mit den Unionen in der Ökumene beschäftigt. Das lag nahe, da auf diese Weise nicht nur einer der interessantesten und beachtenswertesten Vorgänge in der Weltchristenheit genauer untersucht wurde, sondern auch die ökumenischen Fragestellungen, die im einzelnen sehr viel anders sind als die Einigungsprobleme der Reformationskirchen in Deutschland, für das Eigenverständnis der EKU als hilfreich erkannt wurden.

Besondere Beziehungen wurden zur United Church of Christ in den USA aufgenommen, deren „Basis“ einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Kritische Stimmen aus dem eigenen Lager, die dieser Kontaktaufnahme zögernd gegenüberstanden, wurden in brüderlicher Offenheit durchgesprochen. Ein persönlicher Besuch des Präsidenten der UCC, James Wagner, in Berlin vertiefte die Verbindung. Besonders eingehend verfolgte die EKU die Erarbeitung eines Statements of Faith für die UCC.

Auf der anderen Seite führte das Studium des Unionsvorganges in Süd-Indien, das zur Gründung der Church of South-India geführt hatte, zur Kontaktaufnahme auch mit dieser Kirche. Auf Einladung der EKU stattete Bischof Leslie Newbigin von der südindischen Unionskirche in Berlin, in Bielefeld und in Düsseldorf Besuche ab, wobei eine Reihe von theologischen Gesprächen geführt werden konnte.

Unter dem Thema „Apostolat und Einheit der Kirche“ hat eine dreitägige ökumenische Studientagung in Berlin mit Bischof Newbigin, Professor Dillenburger von der UCC und Professor Gensichen, Heidelberg, stattgefunden. Auf dieser Tagung wurde deutlich, daß die in die Welt hineinweisende Sendung der Kirche eine Gemeinsamkeit schafft, die bei introvertierter Haltung der Kirche nur allzuleicht in Frage gestellt wird. Wenn die Mission als Funktion und Lebenselement der Kirche als Ganzes verstanden und wahrgenommen wird, so kann das dazu führen, daß im Vollzug dieses Auftrages ihr auch Schritt für Schritt die Einheit geschenkt wird, die der Herr für sie erbeten und verheißen hat.

Es ergab sich auf der Studientagung im Juli 1958 in den Gesprächen mit Bischof Newbigin, daß in dieser Beziehung die jungen Missionskirchen ihren Mutterkirchen etwas zu bezeugen haben, was diese vor sehr weitreichende theologische und praktisch-kirchliche Folgerungen stellt. Dabei soll und darf die Wahrheitsfrage keineswegs suspendiert werden. Darum betonte Bischof Newbigin in seinen Ausführungen, daß die auf Einheit der Kirche drängende Mission im Bekenntnis gründen und zu gemeinsamem Bekenntnis führen müsse. Jedoch ist Lehrbildung in der Kirche ein unabgeschlossener Vorgang, und formulierte Lehre nur *ein* Exponent der Kirche, so daß die Austeilung der Sakramente und der Vollzug des Gottesdienstes, die Wirksamkeit des Amtes und das Zeugnis der lebendigen Gemeinde miteinbezogen werden müssen in das Geschehen der Kirchen in dieser Welt als ein je und immer sich vollziehendes Ereignis des Heiligen Geistes. „Mission der ganzen Kirche mit dem ganzen Evangelium für die ganze Welt“, mit diesen Worten faßte Bischof Newbigin die Einheit der Kirche in dem Bekenntnis des einen Evangeliums an die eine Welt zusammen.

Hinsichtlich der „kirchenpolitischen Absichten“ der ökumenischen Regsamkeit der EKU hat Hans Thimme, Bielefeld, sich folgendermaßen geäußert³:

Man hat nach den kirchenpolitischen Absichten gefragt, die mit diesem Besuch verbunden sind. Man hat gefragt, ob die EKU sich mit der Absicht trage, die Unionskirchen der Welt, unter denen sie die älteste und die größte ist, zu einem engeren Zusammenschluß zu bewegen und damit den verschiedenen konfessionellen Weltbünden und Blöcken eine eigene Gruppe unionistischer Prägung gegenüberzustellen. Man hat in diesem Zusammenhang auf die Teilnahme eines offiziellen Vertreters an der Unions-Synode in Cleveland 1957 anlässlich des Zusammenschlusses der E. and R. Church und der Congregationalisten zur United Church of Christ verwiesen und als bedeutungsvoll angesehen, daß anlässlich der Berliner Tagung mit Newbigin auch ein Vertreter dieser Kirche, Professor Dillenburger, der sich zur Zeit gastweise an der Universität Heidelberg aufhält, mit einem Referat über seine Kirche zu Wort gekommen ist. Alle diese Mutmaßungen aber entbehren jeglicher Grundlage, und das nicht nur deswegen, weil ein Bündnis der Unionskirchen unter den gegenwärtigen Umständen keineswegs als opportun und nützlich erscheint, sich auch praktisch angesichts der großen Verschiedenheiten der Unionskirchen nach Herkunft und gegenwärtiger Gestalt, Lehre und Einzelausprägung gar nicht durchführen läßt, sondern vor allem deswegen, weil eine besondere Blockbildung unter den Unionskirchen theologisch geradezu widersinnig wäre. Bischof Newbigin hat bei der Besprechung dieser Frage auf 1. Kor. 1 verwiesen und die Versuchung herausgestellt, angesichts vorhandener Parteien in der Kirche Jesu Christi nun auch eine besondere Christus-Partei und damit dann eben doch wieder nur eine Partei, eine konfessionalistische Gruppe höherer Ordnung herauszustellen. Rechter Unionsbemühung kann und darf es nur um die Überwindung bestehender Kirchentrennungen gehen. Sie ist die Infragestellung aller konfessionellen Absonderung und das Moment der Unruhe gegenüber allem Partikularismus. Sie versteht sich selbst als unabgeschlossen und auf dem Wege befindlich. Wollte sie in dieser Situation von sich aus neue Gruppenbildung betreiben, so stellte sie sich selbst dem in den Weg, was sie als ihren eigentlichen Auftrag und ihre besondere Sendung versteht. Aus äußeren und inneren Gründen gibt es also keine kirchenpolitischen Obertöne und Untertöne, die bei der Begegnung des Sendboten der südindischen Union mit den Vertretern der EKU besonders zu beachten wären.

Trotzdem ist der Versuch nicht nur zufälliger Art und mehr als eine unverbindliche und unpersönliche Begegnung. Sein eigentlicher Anlaß und sein wesentliches Ergebnis besteht vielmehr darin, daß ein theologisches Gespräch eröffnet wurde, welches den Ruf zur Einigung der Kirche noch dringlicher, die Nötigung, um Christi und der Welt willen alle Hingabe daranzusetzen, noch verpflichtender und das tröstliche, hilfreiche Wissen um die Gemeinsamkeit des Anliegens noch stärkender machte.

b) Arbeit innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Verhandlungen mit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über einen gemeinsamen Text von Luthers Kleinem Katechismus konnten zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden. Es ist nunmehr ein einheitlicher Wortlaut dieses Bekenntnis- und Lehrbüchleins evangelischer Christenheit festgestellt und herausgegeben worden.

3. Vgl. „Kirche in der Zeit“, Heft VIII, Jahrgang XIII, Düsseldorf 1958, S. 261.

Es zeigt sich dabei auch an anderer Stelle (Gespräch über das Verständnis der Trauung, Gespräch über das Verständnis der Ordination), daß zwischen den beiden großen Gruppen innerhalb der EKD nicht nur oft eine überraschende Parallelität der verhandelten Sachprobleme vorhanden, sondern auch eine theologische Verständigung weithin möglich ist.

Als eine besondere Aufgabe sieht es die EKU an, das Lehrgespräch mit den anderen unierten Kirchen innerhalb der EKD aufzunehmen. Nachdem die theologischen Gespräche mit der VELKD zunächst zum Abschluß gekommen sind, wird nunmehr die Frage nach den theologischen Voraussetzungen eines näheren Zusammenrückens der EKU und der anderen unierten Kirchen in der EKD dringlich. Die Evangelische Konferenz stellt bereits eine Arbeitsgemeinschaft von Kirchenleitungen einer Anzahl von unierten Kirchen dar, die sich insbesondere für eine Stärkung der inneren und äußeren Einheit der EKD verantwortlich wissen. Auch die EKU ist an solchen Bestrebungen aufs höchste interessiert. Sie ist der Überzeugung, daß das Unionsverständnis in den anderen unierten Kirchen, wie es zum Beispiel in den sehr wichtigen Verhandlungen der Landessynode Badens über die Präambel der neuen Grundordnung zutage getreten ist, für sie selbst von größter Bedeutsamkeit ist. Hier die Zusammenhänge zu sehen und das Wesentliche für die eigene und für die anderen Kirchen gemeinsam herauszuarbeiten, ist eins der Ziele für die kommenden Jahre. Solche theologische Begegnung hat begonnen, in einem ersten Gespräch der EKU mit Vertretern der Evangelischen Landeskirche Anhalts konkrete Formen anzunehmen. Bei der grundsätzlichen Feststellung einer gemeinsamen theologischen Gemeinsamkeit sind hier im einzelnen charakteristische Unterschiede vorhanden, die sich zum Teil aus der historischen Entwicklung der anhaltischen Landeskirche ergeben (z. B. die Frage nach der Geltung der historischen Bekenntnisse, insbesondere des Athanasianums, die Frage eines Lehrzuchtverfahrens und der Lehrverpflichtung in der Ordination). Jedenfalls war das Gespräch fruchtbar und verspricht, zu weiteren Klärungen zu führen, die unter Umständen auch kirchliche Neugestaltungen zwischen den beiden Kirchen zur Folge haben können.

Große Beachtung hat in der EKU das Ergebnis der Abendmahlsgespräche innerhalb der EKD gefunden. Die Arnoldshainer Thesen sind in der EKU als ein verheißungsvolles Zeichen auf dem Wege der EKD zur Kirchen- und Abendmahlsgemeinschaft verstanden worden. Dabei kann es der EKU nicht um eine Bestätigung ihres eigenen Unionsverständnisses in diesem Vorgang gehen. Die EKU ist historisch ganz anders entstanden, als es die Methode des Abendmahlsgesprächs in der EKD erkennen läßt. Es wäre oberflächlich, das Ergebnis des Abendmahlsgesprächs ohne weiteres mit einem kirchlichen Unionsprozeß in eins zu setzen. Vor allem aber wird auch in der EKU die theologische Prüfung der Arnoldshainer Thesen als vordringlich angesehen. Wenn die bisherige theologische Diskussion im großen und ganzen nur die kritische Stellung zu der Abendmahlskonkordie zum Ausdruck bringt, so wird nunmehr eine positive theologische Würdigung notwendig sein, aus der dann die Erörterung der Thesen in ihrer Bedeutung für die Abendmahls- und Kirchengemeinschaft in der EKD folgen könnte.

c) *Besondere Arbeiten in der EKU*

Es seien in diesem Bericht abschließend zwei besondere Arbeiten genannt, die in der EKU während des Jahres 1958 getan worden sind: die Fortentwicklung des kirchenmusikalischen Dienstes und die sogenannten Berliner Bibelwochen.

Dem Ziel einer Vereinheitlichung der Ordnungen innerhalb der EKU diene eine dreitägige Beratung der Kirchenmusikdezernenten und Landeskirchenmusikwarte der Gliedkirchen im März 1958 in Berlin. Die altpreußische Kirche hatte in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts die Bildung und rechtliche Sicherung eines neuen hauptberuflichen Kirchenmusikerstandes mit einem Verordnungswerk vorangetrieben, dessen Grundlinien inzwischen auch von den meisten anderen Landeskirchen übernommen wurden, und das mit dazu beitrug, den Abwehrkampf der Kirchenmusik gegen die Vernichtungspläne des Nationalsozialismus zu gewinnen. Wenn dieses Verordnungswerk auch den Zusammenbruch des Jahres 1945 überstanden hat, so ließ sich doch nicht verkennen, daß seine Weiterbildung und Anpassung an die geänderten Verhältnisse geboten ist. Darüber hinaus wurde der Wunsch geäußert, die Kirchenmusikergesetzgebung rechtlich fester zu untermauern, indem die neue Fassung der verschiedenen Ordnungen von der Synode oder dem Rat der EKU verabschiedet wird. Auf der erwähnten Tagung waren sich die Versammelten darin einig, daß eine Neubearbeitung des Verordnungswerkes, mit dem Ziel größtmöglicher Einheit in den Grundbestimmungen, in Angriff genommen werden soll. Gleichzeitig wurde eine stärkere Koordinierung der praktischen kirchenmusikalischen Arbeit beschlossen. Wenn sich auch der hauptberufliche Kirchenmusikerstand, aufs ganze gesehen, erfreulich durchgesetzt hat und viele Gemeinden und Pfarrer die Bedeutung der Kirchenmusik für die Verlebendigung des Gottesdienstes und des Gemeindelebens längst erkannt haben – vor wenigen Monaten konnte die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sogar eine eigene Schrift über den evangelischen Kirchenmusikerberuf herausgehen lassen –, so gibt es doch auch mancherorts noch Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Denkschrift über diese Desiderien und über die heutige Lage des Kirchenmusikers wird vorbereitet und soll allen Gemeinden und Pfarrern der EKU demnächst zugehen. Als unerlässlich wurde auf der Tagung insbesondere die Schaffung von kirchenmusikalischen Stellenplänen in allen Gliedkirchen bezeichnet. Ebenso ist eine gehaltliche Besserstellung der hauptberuflichen Kirchenmusiker unaufschiebbar geworden, nachdem die Besoldungsordnungen aus den Jahren 1938 und 1939 durch die Entwicklung überholt sind. Eingehend wurde die Lage der Kirchenmusikpflege auf dem Lande erörtert, die sich vor allem in den östlichen Gliedkirchen bedrohlich entwickelt hat. Unter den mancherlei Gegenmaßnahmen, die beschlossen wurden, sei besonders die Ausbildung von Vorsängern (Präzektoren) genannt, die überall dort einspringen sollen, wo das Orgelspiel nicht mehr ordnungsgemäß versehen werden kann. Für die innere Konsolidierung des Kirchenmusikerstandes ist bezeichnend, daß auf der Tagung die Richtlinien für eine Konventsordnung der Kirchenmusiker festgelegt wurden. Eingehend wurde auch die Frage eines Rückgangs der Leistungen im künstlerischen Orgelspiel, der Gründe dafür und der gebotenen Gegenmaßnahmen besprochen. Im ganzen glaubten die Vertreter der Gliedkirchen mit Dankbarkeit auf die Entwicklung

der Kirchenmusik in den letzten 25 Jahren zurückblicken zu können. Die Konferenzen der Kirchenmusikdezernenten und Landeskirchenmusikwarte sollen künftig wieder eine feste Einrichtung in der EKU werden.

Das zweite Arbeitsgebiet, über das berichtet werden soll, sind die *Berliner Bibelwochen*.

Auf der Synode der EKU im Dezember 1953 hat Präses D. Wilm auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nicht nur in Erklärungen und Verhandlungen zu fordern, sondern kirchlicherseits Möglichkeiten zu schaffen, daß Menschen aus den beiden Teilen Deutschlands einander unter dem Wort Gottes begegnen, miteinander sprechen und von einander erfahren. Unter ausdrücklicher Billigung der Synode und mit Unterstützung zahlreicher Persönlichkeiten hat daraufhin die Kirchenkanzlei der EKU die sogenannten „Berliner Bibelwochen“ ins Leben gerufen, Begegnungstagungen, die zu etwa gleichen Teilen aus den östlichen und westlichen Gliedkirchen der EKU und anderer befreundeter Kirchen beschiedt werden. Unter der Leitung einer geeigneten Persönlichkeit, die für jede Bibelwoche gesondert beauftragt wird, sind etwa 20 Teilnehmer aus der DDR und 20 Teilnehmer aus der Bundesrepublik zehn Tage lang beieinander. Im Mittelpunkt der Arbeit steht das gemeinsame tägliche Studium der Bibel, im übrigen werden die Tage mit Vorträgen, Gesprächen, Besichtigungen und Teilnahme an kirchlichen und kulturellen Veranstaltungen gefüllt. Die Thematik der einzelnen Tagungen richtet sich weitgehend nach dem Kreis der Teilnehmer; es werden zahlreiche Berufsgruppen, besonders natürlich kirchliche Mitarbeiter, eingeladen, oftmals jedoch auch wird auf diese Differenzierung verzichtet, und es werden „Gemeindeglieder“ schlechthin versammelt. Als besonders glücklich hat es sich erwiesen, daß regelmäßig auch ausländische Teilnehmer, meist aus den Niederlanden, an den Tagungen teilnehmen.

Die Situation des gespaltenen Deutschlands ist an dem gespaltenen Berlin modellartig zu studieren. Zugleich aber hat es sich bisher ausnahmslos gezeigt, daß die einende Kraft des Wortes Gottes stärker ist als alle Trennungen, die von Menschen gemacht werden oder aus den Verhältnissen sich ergeben. Zahlreiche Gespräche persönlicher Art und im größeren Kreis geben die Möglichkeit, die Lage des anderen eingehend kennenzulernen und seine Probleme mitzutragen. Eine unübersehbare Menge von persönlichen Verbindungen ist aus der Begegnung in Berlin erwachsen.

Im Laufe von etwa fünfeinhalb Jahren haben bisher 90 derartige Berliner Bibelwochen stattgefunden, teils im Haus des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Westberlin, teils in der Adolf-Stoecker-Stiftung im Osten der Stadt. Ungefähr 3500 Menschen haben auf diese Weise einen Beitrag zu dieser „stillen Wiedervereinigung“ geleistet und haben gelernt, von den Tagesparolen hinweg zu einem biblischen Nachdenken über die Fragen unserer Zeit zu kommen.

Evangelische Jugendarbeit in Deutschland

Von Manfred Müller

Die Darstellung der „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands“ und in ihr der „Jugendkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland“, die auf den folgenden Seiten gegeben wird, ist eine Gemeinschaftsarbeit der in ihr zusammenwirkenden Gruppierungen und Dienste. Stilistische Unebenheiten und Wiederholungen waren daher nicht zu vermeiden. Da der kirchliche Dienst an der Jugend in der DDR nur in der Form der „Jungen Gemeinde“ geschehen kann, ist auf eine Berichterstattung verzichtet worden.

Jugendarbeit ist in der Evangelischen Kirche keine einheitliche Größe oder Arbeitsform. Trotzdem soll in diesem gedrängten Überblick deutlich werden, auf wie vielen Wegen versucht wird, dem jungen Menschen von heute den *einen* Herrn liebzumachen und ihn in seine Gemeinde zu rufen.

I. Allgemeines

Die „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands“ ist keine streng gegliederte Massenorganisation, sondern die Zusammenfassung verschiedener Gruppen und Verbände, die im wesentlichen ein *gemeinsames Ziel* haben. Dieses Ziel ist schon durch den Namen angedeutet: Junge Menschen sollen – soviel an Menschen liegt – durch eine persönliche Begegnung mit dem Evangelium zu „mündigen Christen“ werden. Im Zentrum der Jugendgruppen steht daher die Beschäftigung mit der *Bibel* – allerdings soll diese nicht in der Form der Unterweisung, sondern in lebendigem Gespräch, das diese Botschaft mit allen Fragen des jungen Menschen konfrontiert, geschehen. Weil es dabei nicht nur um eine gedankliche Besinnung geht, umfaßt die Praxis dieser Jugendarbeit möglichst viele Bereiche des Jugendlebens. Von besonderer Bedeutung ist die Pflege jugendgemäßer Gemeinschaft, die einen ihrer Höhepunkte in „Freizeiten“ findet. Weitere Schwerpunkte liegen beim Singen (bzw. Posaunenarbeit), beim Wandern und neuerdings beim Sport.

Während zu gewissen Zeiten die Gefahr bestanden haben mag, daß sich die evangelischen Jugendkreise in ein religiöses Winkeldasein zurückziehen, beginnt sich gegenwärtig die entgegengesetzte Tendenz abzuzeichnen. In wachsendem Maß setzt sich die Erkenntnis durch, daß der junge Christ mitverantwortlich ist für das Geschehen der Umwelt und der Öffentlichkeit. In Arbeitsgemeinschaften, Diskussionen und öffentlichen Foren werden die Beziehungen zu anderen Organisationen und den Einrichtungen des öffentlichen Lebens hergestellt und gepflegt. Die Mitarbeit in den Jugendringen hat sich in dieser Hinsicht als sehr förderlich erwiesen. Trotzdem bleibt die Verkündigung der Botschaft von Jesus Christus und die Einführung in seine Gemeinde erste Aufgabe evangelischen Dienstes an der Jugend.

1. GESCHICHTE UND AUFGLIEDERUNG

Die entscheidenden Anfänge der evangelischen Jugendarbeit in Deutschland liegen etwa 150 Jahre zurück im Pietismus, als junge Menschen sich in „Missionsjünglingsvereinen“ zusammenfanden. Als dann der Massenzustrom von jungen Arbeitern in die Großstädte einsetzte, bildeten sich besonders in den Industriezentren des Westens christliche Jungmännervereine, die sich um die Feierabend- und Sonntagsgestaltung bemühten. Diese Impulse gingen nicht von der verfaßten Kirche, sondern von ebenfalls pietistisch bestimmten Pfarrern oder Laienkreisen aus. In der Folgezeit entwickelten sich diese Vereine unabhängig von organisatorischen Bindungen an die Kirche weiter und schlossen sich zu regionalen Bündnissen zusammen. 1855 gaben sich Vereine aus dem kontinentalen und angelsächsischen Raum in der „Pariser Basis“ (s. S. 276) eine gemeinsame innere Arbeitsgrundlage. Diese Gemeinschaft führte zum „Weltbund der Christlichen Vereine Junger Männer“ (YMCA). In Deutschland heißt der Verband seit 1921 „Reichsverband der Evangelischen Jungmännerverbände Deutschlands“. Das „Eichenkreuz“ faßte seit 1921 die Leibesübungen dieses Werkes zusammen. „Die Christliche Pfadfinderschaft“ nahm vor dem ersten Weltkrieg den Gedanken der Boy-Scout-Bewegung auf und führte ihn selbständig durch. Der „Bund Deutscher Bibelkreise“ (BK) widmete sich seit 1883 der Arbeit unter den höheren Schülern. Besondere Arbeitsgruppen förderten die Posaunenchöre, die Äußere Mission und die Sittlichkeitsarbeit (Weißes Kreuz).

Auf der *weiblichen* Seite nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf. Um die Mitte des letzten Jahrhunderts entstanden zunächst Arbeiterinnenvereine, einige Jahrzehnte später „Jungfrauenvereine“, welche die religiöse Arbeit in den Vordergrund stellten. Ihre Zusammenfassung fanden sie im „Evangelischen Reichsverband weiblicher Jugend“, dem „Burckhardthaus“ (benannt nach dem ersten Leiter dieses Verbandes). Der Verband gehört dem „Weltbund der Christlichen Vereine Junger Mädchen“ (YWCA) an. Daneben entstanden noch einige kleinere Organisationen, unter ihnen die „Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Mädchenbibelkreise“ (MBK), die sich für die höheren Schülerinnen verantwortlich fühlt.

Während diese Zusammenschlüsse grundsätzlich nach Geschlechtern getrennt arbeiten, haben sich andere für die *gemischte Arbeit* entschieden. Dazu gehört der „Bund Christdeutscher Jugend“ (BCJ), der als Ziel die Begegnung und Reifung der beiden Geschlechter auf christlicher Lebensbasis hat. Insbesondere aber ist der „Jugendbund für Entschiedenenes Christentum“ zu nennen, der in pietistischen Kreisen Amerikas seinen Anfang nahm und um die Jahrhundertwende in Deutschland Fuß faßte. In ähnlicher Weise sind die Jugendbünde der evangelischen Freikirchen organisiert.

Eine entscheidende *Wende* für die gesamte evangelische Jugendarbeit trat mit dem Jahr 1933 ein. Da das nationalsozialistische Regime für die Jugendlichen keine vereinsmäßige Bindung außerhalb der HJ duldete, mußten sich die Jugendverbände entweder auflösen oder auf die Altersschicht der über 18jährigen beschränken. Der Kirche war – nicht ohne Kämpfe – formal das Recht der religiösen Jugendbetreuung zugestanden worden. Sie übernahm – soweit sie sich nicht dem tatsächlichen Willen des „Führers“ beugte – die Verantwortung für die bisher in

den Vereinen organisierte Jugend. So entstand das „*kirchliche Jugendwerk*“, das sich ganz auf die Beschäftigung mit der Bibel zu beschränken hatte. Vieles, was vorher zum Wesen der Bünde gehört hatte, mußte wegfallen, so Sport und Wandern, die gemeinsame Tracht und die Mitgliederbindung. Die starke Verengung der Arbeit brachte an vielen Orten eine fühlbare Reduzierung des zahlenmäßigen Umfanges der Gruppen mit sich. Aber diese Konzentration erwies sich auch als fruchtbar. Sie schuf einen festen Kern junger Christen und zwang gleichzeitig zu einer gründlichen Besinnung auf den zentralen Auftrag der evangelischen Jugendarbeit. Unter dem äußeren Druck wuchs die Jugend in die Kirche hinein. Die gemeinsame Bibellese (Anfänge schon 1852 bei männlichen Gruppen), die daraus entnommene Jahreslosung und der Monatsspruch samt Monatslied sind Gaben der Jugendarbeit an die Erwachsenengemeinde.

2. EVANGELISCHE JUGEND SEIT 1945

Als der zweite Weltkrieg zu Ende war, bestanden von der evangelischen Jugendarbeit nur noch kleine Reste. Zwar war es dem NS-Staat nicht gelungen, die Gemeindejugend zu zerstören und die Verbände mit ihren über 18jährigen zu liquidieren. Aber der „Kriegseinsatz“ hatte die Gruppen fast völlig entleert. Wie sollte man einen männlichen Jugendkreis halten können, wenn schon die 15jährigen Flakhelfer sein mußten oder zum Volkssturm eingezogen wurden? Wie sollten sich Mädchenkreise sammeln, wenn Abend für Abend Fliegeralarm war? Die überörtlichen Verbindungen waren abgerissen, erst recht die Kontakte zwischen den Verbänden. Zur letzten Sitzung der *Jugendkammer* der Bekennenden Kirche, die im Juni 1934 unter Otto Riethmüller als Zusammenfassung aller Jugendarbeit gebildet worden war, hatten zu Beginn des Jahres 1945 nur noch drei süddeutsche Jugendpfarrer erscheinen können.

In den vier Besatzungszonen herrschten nun die Militärregierungen. Ihnen lag viel am Aufbau von Jugendorganisationen, denn sie wollten, daß die deutsche Jugend in neuem Geist erzogen werde. Sie hatten im einzelnen recht verschiedene Vorstellungen, wie dies zu geschehen habe. Zwar hatte die Kirche grundsätzlich alle Freiheit der Entfaltung zurückerhalten, aber in der Praxis waren mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. So brauchten zum Beispiel alle Jugendverbände eine Genehmigung. Mußten auch die konfessionellen Gruppen eine solche einholen? Konnten sie dies überhaupt, nachdem sie zwölf Jahre hindurch betont hatten, daß sie ihren Dienst an der Jugend auf Grund ihres göttlichen Auftrags – wenn nötig auch ohne staatliche Zustimmung – leisteten? In manchen harten Auseinandersetzungen wurde durchgesetzt, daß kirchliche Jugendarbeit keiner Genehmigung bedürfe, daß also für sie andere Ordnungen gälten als für weltliche Jugendorganisationen. Daß die international anerkannten evangelischen Gruppierungen, wie der YMCA, der YWCA und der EC auch von ihren Bruderverbänden in der Welt gefördert wurden, war nach dem Krieg keine Selbstverständlichkeit, aber eine große Hilfe. Jene Weltorganisationen verstanden zwar nicht immer, warum die Arbeit in Deutschland in so enger Verbindung mit der Kirche, ja praktisch zunächst noch in der Form der

Gemeindejugendarbeit getrieben wurde, aber sie ließen die deutschen Werke sich selbständig entwickeln.

Ende 1945 trafen sich die Spitzen der evangelischen Jugendverbände und die Landesjugendpfarrer zum erstenmal wieder in Marburg; im Frühjahr 1946 wurde in der noch weithin zerstörten Wohnung des Landesjugendpfarrers von Hannover die Jugendkammer neu gebildet. Sie trug fortan den Namen „*Jugendkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland*“. Ihre Ordnung, die in den Grundzügen bis zum heutigen Tag gültig ist, lautet:

Der Evangelischen Kirche in Deutschland ist in den vergangenen Jahren eine innere Einheit ihrer Jugendarbeit geschenkt worden. Es beschließen darum in Hannover die am 15. Mai 1946 versammelten Abgeordneten der Landeskirchen und der Jugendwerke folgende Richtlinien für die evangelische Jugendarbeit in Deutschland:

I.

Die Mitte unserer Jugendarbeit ist Jesus Christus, der Herr. Aller Dienst der Kirche an ihrer Jugend muß das Ziel haben, sie in Lebensgemeinschaft mit dem Gekreuzigten und Auferstandenen zu bringen, wie er sie seiner Gemeinde durch das Wort und Sakrament gibt.

II.

1. Die Jugendarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland ist zusammengefaßt unter dem Namen „Evangelische Jugend Deutschlands“ (EJD). Sie geschieht in fester Sammlung der jungen Generation, als freiwillige Gemeinschaft auf dem Boden der Gemeinde.

2. Die gemeinsame innere Ordnung der EJD ist bestimmt durch Bibellese, Jahreslosung, Monatsspruch und Monatslied.

3. Die Vertretung der EJD liegt in der Hand der „Jugendkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland“.

Die Aufgabe der Jugendkammer ist:

1. Förderung aller gemeinsamen Anliegen,
2. Vertretung aller gemeinsamen Belange bei kirchlichen, staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen,
3. Fühlungnahme mit anderen Arbeiten der EKD,
4. Gutachten an die Kirchenleitungen in Jugendfragen,
5. Beobachtung des öffentlichen Lebens im Blick auf die Jugendarbeit,
6. Brüderlicher Rat und geistliche Weisung im Sinne von Matthäus 18.

Auch ein gemeinsames Zeichen, das bewußt nicht *Abzeichen* genannt wurde, fand ohne lange Diskussion Zustimmung: Das Kreuz auf der Weltkugel. Hunderttausende von jungen Menschen in Ost und West haben es seither getragen. Für viele ist es zum Bekenntniszeichen geworden. Vorsitzender wurde der damalige Landesjugendpfarrer von Württemberg, Dr. Manfred Müller, der seither in diesem Amt immer wieder bestätigt worden ist. Heute hat die Jugendkammer eine eigene Geschäftsstelle in Stuttgart, Kornbergstr. 28 A. Auch in den einzelnen Landeskirchen wurden in ähnlicher Weise Landesjugendkammern als zusammenfassende Gremien gebildet.

1952 erfolgte ein weiterer Zusammenschluß zur „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands e. V.“ (Jugendarbeit in der EKD und den Freikirchen), der neben den Jugendkammern auch die Jugendbünde der evangelischen Freikirchen angehören. Zu ihrem Vorsitzenden wurde ebenfalls Ober-

kirchenrat Dr. Manfred Müller, Stuttgart, gewählt. In dieser Arbeitsgemeinschaft werden etwa eine Million junge Menschen teils in fester Vereinsform, teils in der Art offener Gruppen erreicht.

Die altersmäßige Gliederung dieser Jugendwerke erfaßt im allgemeinen die 10- bis 14jährigen in der „Jungschar“, die 14- bis 18jährigen im „Jugendkreis“ bzw. „Jungenschaft“, und die 18- bis 25jährigen im „Mädchenkreis“ bzw. „Jungmännerkreis“. An den einzelnen Orten bestehen nicht selten die verschiedenen Organisationen nebeneinander. Sie sind aber meist als örtliches Jugendwerk untereinander und mit der Kirchengemeinde verbunden.

3. GEMEINSAME LINIEN DER ARBEIT

a) Nachdem die Verbände ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten, zeigte sich sehr rasch wieder das alte Problem „*Kirche und Werke*“. Sollte die Form der Gemeindejugend beibehalten werden, oder sollte wieder auf die Arbeitsweise vor 1933 zurückgegriffen werden? Die Jugend und die junge Mitarbeiterschaft kannte die Zeit der geschlossenen Jugendorganisationen nur vom Hörensagen. Sie waren sich aber sehr bewußt, daß sie zur Kirche gehörten. Zunächst fehlte ihnen auch das Bedürfnis nach einem Programm, das über Bibelarbeit, Singen und Freizeiten, allenfalls Spiel und Wandern, hinausging. Die Verbände ihrerseits erinnerten daran, daß ihnen die Jugendarbeit im Jahre 1934 mit Gewalt genommen worden war, daß sie auf die Dauer ohne Nachwuchs nicht existieren konnten und daß eine Vielgestaltigkeit der Arbeit auf die Dauer unerlässlich sein werde. Auch die ungehemmte Entfaltungsmöglichkeit des Laien war im freien Verband besser gesichert. Auf kirchlicher Seite wiederum hatte man die Bedeutung der Jugendarbeit für die Kirche sehen gelernt. Man fürchtete, daß die Verbandsarbeit wieder zu Formationen neben der Gemeinde führen könnte und für die Kirche nicht fruchtbar würde. Die Verbände wiederum hatten die Besorgnis, daß kirchliche Jugendarbeit zu unverbindlich bleiben könnte, da man möglichst viele Jugendliche erreichen wollte. Mancherorts fragte man auch, ob nicht etwa das „Erbe der Väter“ vergessen und die Jugendarbeit zu sehr theologischen Zeitströmungen unterworfen werden könnte. Entscheidende Frage im Hintergrund war: Wer trägt die letzte Verantwortung für die Jugendarbeit in der Gemeinde? Der Pfarrer oder der freie Verband und der von ihm gewählte Laie? Die Werke sahen nicht deutlich genug, daß die Kirche endlich die Wichtigkeit der Sammlung der Jugend – neben Gottesdienst und Unterricht – erkannt hatte; die Pfarrerschaft war sich nicht genügend bewußt, daß in den Werken ein echter Wille zum Dienst in der Kirche vorhanden war.

Die Spannungen haben sich im Lauf der Jahre weithin gelöst. Es gibt zwar nach wie vor da und dort Gruppen, die ohne Verbindung mit der Gemeinde leben oder die nichts als Gemeindejugend am Ort sein wollen. In der Mehrheit der Gemeinden aber ist die Verbandsjugend zugleich die Jugend der Gemeinde und fühlt sich als solche. Eine formalistische Trennung zwischen kirchlicher und nichtkirchlicher, also freier, Arbeit, ist nicht mehr möglich.

b) Auch die freien Werke können ihren vielfachen Dienst nicht tun ohne die

personelle und finanzielle *Hilfe der Kirche* und der Ortsgemeinde. Die Gewinnung von Mitarbeitern ist angesichts der Überlastung vieler qualifizierter Kräfte schwieriger als früher. Die Pfarrfrauen fallen angesichts des Mangels an Hausgehilfinnen vielfach für die Leitung der Mädchenkreise aus. So sind auf der männlichen und auf der weiblichen Seite hauptamtliche Kräfte nötig, die zu finanzieren weit über die Mittel der Verbände ginge. Das Problem „Kirche und Werke“ löst sich in dem Maß, als die Kirche die Kraft hat, selbständige Gruppen in ihrer Mitte zu ertragen, ja zu fördern. Voraussetzung ist allerdings, daß die Werke den jungen Menschen zur freudigen Gliedschaft in der Kirche zu helfen suchen. Führen sie nicht zu „mündigem Christsein“, sondern machen ihre jungen Mitglieder von sich innerlich abhängig, so versandet ihr Dienst, sobald jene an einen Ort ziehen, an dem der Verband nicht vertreten ist.

c) In der Jugendarbeit haben sich *gemeinsame Erkenntnisse* abgezeichnet. So kann man zum Beispiel gewisser im Wesen des Jugendlichen liegender Bedürfnisse nicht entraten. Dazu gehören in erster Linie: die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses, der nie alle getauften Jugendlichen umfassen kann, und die Tatsache, daß ein Amtsträger der Kirche eine Gruppe nicht kraft Amtes, sondern nur kraft Eignung leiten kann. Auch eine Gemeindejugend unter Leitung des Pfarrers ist nur möglich, wenn dieser die Fähigkeit hierzu mitbringt. Überörtliche Querverbindungen sind unerlässlich, wenn eine Gruppe auch in dünnen Zeiten Anregungen bekommen soll oder gar über Wasser gehalten werden muß. Auch die Regelmäßigkeit der Veranstaltungen ist wichtig, selbst wenn je und dann Kollisionen mit anderen Gemeindeveranstaltungen entstehen sollten.

d) Der *Laie* – insbesondere der Mann – arbeitet in der Kirche mit, wenn er selbstverantwortliche Arbeit leisten kann. Die Pfarrer müßten gerade hierfür mehr Verständnis aufbringen als dies oft geschieht. Sie wünschen ja auch selbst Eigenverantwortung in der Gemeinde, die nicht bloß theologisch, sondern auch menschlich begründet ist. Wenn schon Theologen bei einer Predigt in Anwesenheit von Amtsbrüdern gehemmt sind, wieviel mehr muß dies ein Mann sein, der nicht Theologie studiert hat. Man darf auch nicht vergessen, daß ein Jugendlicher im Reifealter die Botschaft des Evangeliums eher von einem Nichttheologen annimmt als von einem Menschen, der dafür „bezahlt“ wird. Er spricht sich auch leichter mit jemand aus, hinter dem kein traditionelles Autoritätsverhältnis steht und bei dem er nicht fürchtet, theologisch „fertig“ gemacht zu werden.

e) Die Jugendarbeit ist heute wieder mehr „*Jugendbetreuung*“ als zur Zeit der „Jugendbewegung“. Jugend strebt nicht mehr die Bildung eines eigenen „Reichs der Jugend“ an. Sie will möglichst bald ihren Platz in der Gesellschaft finden. Sie sucht beruflich voranzukommen. Sie möchte nicht für Zwecke der Erwachsenen „verheizt“ werden. Sie ist mehr rezeptiv als aktiv eingestellt. Nur ein Teil von ihr entschließt sich zu fester Mitgliedschaft; sie ist viel eher bereit zur Teilnahme oder Mitarbeit an *Aktionen* auf bestimmte Zeit (Bildungsseminare, Eheseminare, Kurse usw.). Sogar der Dienst auf Zeit im „*Diakonischen Jahr*“ wird leichter übernommen als eine lebenslange Bindung in einer hauptberuflichen kirchlichen Aufgabe.

f) Die *Vielfältigkeit der Form der Arbeit* bringt gewiß – namentlich in kleineren Verhältnissen – Schwierigkeiten mit sich. Der Vorteil aber, daß der Jugendliche zwischen verschiedenen Typen von Gruppen und Leitern wählen kann, ist

nicht von der Hand zu weisen. Der eine sucht Gemeinschaft in straffer Zucht, der andere erträgt diese in seinem jetzigen Zustand nicht. Es gibt junge Leute, die können höchstens *einen* Abend in der Woche frei machen, andere suchen eine breite Lebensgemeinschaft. Es gibt junge Menschen, die eine sehr handfeste Verkündigung anspricht, andere müssen sich mit ernststen Zweifelsfragen herumschlagen und suchen eine behutsame Hand. Die Vielfalt in der Einheit kann auch vom Auftrag der Kirche her nur begrüßt werden. Die Hauptsache ist, daß alle Arbeit auf den *einen* Herrn ausgerichtet ist.

g) Die Vertretung der evangelischen Jugend nach außen geschieht für alle gemeinsam durch den *Vorstand* der Arbeitsgemeinschaft. Eine gemeinsam bestellte Delegation arbeitet im Deutschen Bundesjugendring – einem Zusammenschluß aller auf Bundesebene arbeitenden Jugendorganisationen – mit. Auch die staatliche Förderung aus dem *Bundesjugendplan* wird über die Geschäftsstelle in Stuttgart erbeten und empfangen. Sie ist nicht unbeträchtlich und wird sowohl für die laufende Arbeit als auch für einzelne Aktionen bewilligt. Doch sind die Mittel zweckgebunden. Sie können nur für Führungs- und Schulungsaufgaben der Zentralen, die ihren Antrag vorher näher zu begründen haben, verwendet werden. Eine Weiterleitung an örtliche Gruppen ist nicht möglich. Ausdrücklich kann festgestellt werden, daß noch nie politische oder weltanschauliche Bedingungen an die Bereitstellung der Beiträge geknüpft wurden. Es sei auch darauf hingewiesen, daß die rein kirchliche Seite heutiger evangelischer Jugendarbeit nach wie vor aus eigenen Mitteln finanziert werden könnte. Die staatliche Hilfe dient der mitbürgerlichen Erziehung im allgemeinen und den vielfältigen Betreuungs- und Bildungsaufgaben, die die evangelische Jugend übernommen hat (vgl. S. 267 ff.).

Die Arbeitsgemeinschaft hat in den letzten Jahren auch zu verschiedenen Fragen der Jugendpolitik öffentlich Stellung genommen, zum Beispiel zu der Frage der Wehrpflicht des jungen Christen und zum Jugendarbeitsschutz.

h) Die Arbeitsgemeinschaft hat es 1950 gewagt, eine Jugendzeitung „*Junge Stimme*“ herauszubringen, die nach Form und Inhalt junge Menschen über die eigenen Gruppierungen hinaus erreichen soll. Die Zeitung hat jahrelang um ihre Anerkennung und ihren Bestand ringen müssen, gilt aber heute als eine der führenden Jugendzeitschriften und wird auch im politischen Raum stark beachtet. Sie ist keiner Partei verpflichtet.

Das Monatsblatt „*Das Junge Dorf*“ wird ebenfalls von einem gemeinsamen Redaktionskreis getragen und dient in erster Linie der evangelischen Jugend auf dem Lande.

Die Fragen der *Verkündigung* und der inneren Gestaltung der Arbeit werden von den einzelnen Gruppierungen selbständig geordnet. Trotzdem kann dankbar festgestellt werden, daß die Verbundenheit untereinander und gemeinsame Arbeitsbesprechungen miteinander als Geschenk des Kampfs um den Dienst der Kirche an der Jugend während des Dritten Reichs erhalten geblieben sind. Die Arbeitsgemeinschaft hat bewußt darauf verzichtet, etwa wie die katholische Jugend einen „Bund der Evangelischen Jugend“ zu bilden. Der Weg eines freien Miteinander schien trotz aller damit verbundenen Spannungen und Schwierigkeiten der fruchtbarere zu sein.

II. Gemeinsam wahrgenommene Arbeitsgebiete

1. DIE MITTELSTELLE FÜR WERK UND FEIER

Die Arbeit der Mittelstelle für Werk und Feier wurde im September 1949 begonnen. Hierzu hatte der schon vorher bestehende Zusammenschluß der Verantwortlichen für das evangelische Gemeindenspiel geführt, der bei seiner Tagung 1949 in Schmie die Errichtung einer zentralen Werkstelle für die Evangelische Jugend Deutschlands für notwendig gehalten und diesen Wunsch dem Vorsitzenden der Jugendkammer vorgetragen hatte. Die bisherige Tätigkeit der Nürnberger Werkstelle diente als Modell.

Als tragender Kreis wurde ein „*Werkkreis*“ aus Delegierten der Werke und der anderen Arbeitsbereiche der Evangelischen Jugend Deutschlands gebildet, der im Laufe der folgenden Jahre einer ständig sich ausweitenden Arbeit standzuhalten hatte. Die Arbeitsergebnisse dieses Kreises bildeten sich nur teilweise in den gemeinsam entworfenen Veröffentlichungen ab (z. B. die jährlich erscheinende Werkhilfe zur Jahreslosung und zu den Jugendtagen); noch umfangreicher sind die indirekten Ergebnisse durch Erfahrungsaustausch und Kontakte der Zusammenarbeit, wie sie sich etwa in Materialveröffentlichungen der einzelnen Mitarbeiterhilfen oder in redaktioneller Zusammenarbeit, wie etwa beim „Pfeil“- und „Ring“-Kalender abzeichnen. Einen besonderen Umfang nahm von Anfang an die persönliche Mithilfe bei Kursen und Mitarbeiterzurüstungen ein, dazu die teils beratende und teils indirekt mitarbeitende Tätigkeit in Ausbildungsstätten, Bauernschulen und Landvolkshochschulen. Zugleich wurde die Mittelstelle immer mehr als zentrale Beratungsstelle für Spiel und Feier über den Rahmen der eigentlichen evangelischen Jugendarbeit hinaus vom gesamt-kirchlichen Raum her, wie auch von säkularen Institutionen und Gruppierungen beansprucht.

Seit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin 1951 haben Mittelstelle und Werkkreis wesentlich an der Planung und Vorbereitung des Jugendprogramms der Kirchentage mitgewirkt, seit dem Frankfurter Kirchentag 1956 wird auch eine Mitberatung für das Kulturprogramm ausgeübt.

In den letzten Jahren haben auch die Verpflichtungen der Mitverantwortung in den koordinierenden Gremien ein besonderes Ausmaß angenommen, so im Vorstand der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Laienspiel und Laientheater“, im „Arbeitsausschuß zur Förderung von Musik, Spiel und Tanz in der Jugend“, als dem Zusammenschluß aller musisch tätigen Bundesarbeitsgemeinschaften, in der „Sonderkommission für kulturelle Jugendarbeit“, im Vorstand der „Musischen Bildungsstätte Remscheid“, als Gesellschafter der Matthias-Film AG., und im „Dramatischen Arbeitskreis der Evangelischen Filmarbeit“. Für die „Arbeitsgemeinschaft Spiel in der Evangelischen Jugend“ und für die „Werkwoche Junge Kunst“ stellt die Mittelstelle für Werk und Feier neben der Geschäftsführung gewissermaßen das Planungszentrum dar.

Zur gegenwärtigen Tätigkeit

1. *Zentrale Beratungsstelle für Spiel und Feier.* Die Mittelstelle für Werk und Feier verwaltet einen fast vollständigen Bestand des Laienspielschrifttums in einem sehr umfangreichen persönlichen und schriftlichen Beratungsdienst. Zugleich besteht eine laufende Verbindung zu den Spielberatungsstellen in den einzelnen Landeskirchen. Eine Beratungsschnellpost orientiert diese ständig über Neuerscheinungen der Laienspielverlage und deren Beurteilung.

Zu diesem Arbeitsbereich gehört auch die sehr häufig beanspruchte individuelle Beratung der Planung lokaler oder überregionaler Veranstaltungen. Zum Teil geschieht dies auch in ausführlichen Planungsgesprächen am Ort. So in letzter Zeit (Arbeitsjahr 1958/59): Hamburger Jugendtag auf der Heideburg, Oldenburger Jugendtreffen, Jugendmissionsfest der Hermannsburger Mission im Sachsenhain bei Verden/Aller, 50-Jahr-Feier des Evangelischen Mädchenwerkes in Westfalen, 40-Jahr-Feier der MBK in Herford, Pommerischer Kirchentag in Greifswald, Ostertreffen des Westbundes in der Gruga in Essen.

2. *Der Arbeitskreis für Werk und Feier* setzte sich im Rechnungsjahr 1958/59 mit folgenden Vorhaben auseinander:

Durchführung eines kleinen Autorenseminars für verschiedene Gestaltungsformen in der evangelischen Jugendarbeit (ausgehend vom Jona-Text) – Besprechung der Werkhilfe 1958 – Beteiligung auf den Laienspielwochen in Korbach und auf dem Scheersberg 1958 – Vorplanung der „Werkwoche Junge Kunst“ – Vorbereitung und Planung der Studententagung Evangelisches Laienspiel 1958 – Fragen musischer Arbeit im Jugendsozialraum – Planung der Werkhilfe 1959 – Programmausarbeitung des Autorenseminars im Oktober 1958 – Lehrplan und Programm der Musischen Bildungsstätte Remscheid – Musischer Wettbewerb in den Jugenddörfern und Heimen 1958 – Auswertung der Studienwoche für Evangelische Jugendmusik in Willingen und des Autoren-Seminars in Berlin – Auswertung und Neuplanung der Wochenendtreffen der EJL im Sommer 1958 – Jahresplanung der Werkblattreihe „Werk und Feier“ – Vorbereitungen zum Jugendprogramm auf dem DEKT in München 1959 – Besprechung der Werkhilfe 1959 – Haushalterschaft in Familie, Nachbarschaft und Gemeinde.

3. *Kurshilfen.* Nach wie vor ist die Mittelstelle darum bemüht, mit ihren verfügbaren Kräften den sehr zahlreichen Bitten um Mitarbeit bei regionalen Leiterkursen und in Ausbildungsstätten nachzukommen. Solche Anforderungen kommen nicht nur aus den eigenen Gliederungen, sondern auch von Stadtjugendämtern, säkularen Bildungsstätten und dergleichen. Dabei wird schon im eigenen Bereich deutlich, wie unzulänglich die evangelische Jugendarbeit mit hierzu fähigen Kursleitern ausgestattet ist, wenn die Mittelstelle sich darum bemüht, bei Verhinderung der eigenen Kräfte andere Referenten zu vermitteln.

4. *Kontakte und Delegationen.* Die Mittelstelle kann dankbar vermerken, daß sich im Laufe der zurückliegenden Jahre allseits ein guter, vorurteilsloser und oft auch persönlich herzlicher Kontakt mit den Zentralen der Werke, den Landesjugendpfarrern und den Freikirchen ergeben hat. Darüber hinaus bestehen vor allem durch die Beratungstätigkeit und durch die Begegnungen im Kurs-

und Reisedienst unzählige Verbindungen zur örtlichen Jugendarbeit, die auch immer wieder als Korrektiv der zentralen Tätigkeit dienen. Hierzu gehören auch die mancherlei nachbarschaftlichen Beziehungen, die sich etwa in der Zusammenarbeit bei der „Werkwoche Junge Kunst“ mit den Persönlichkeiten des bildnerischen, literarischen oder musikalischen Schaffens ergeben. Im besonderen Maß gehören hierzu auch die Kontakte mit der „Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendmusik“.

Schon eingangs wurden die Verpflichtungen erwähnt, die sich aus der Mitverantwortung koordinierender Arbeitsgemeinschaften außerhalb des internen Auftrags ergeben. Es darf dazu kurz erwähnt werden, daß sich die Mittelstelle bei diesen auch sehr vielseitigen Kontakten ein gutes Vertrauen erworben hat.

5. *Verbindungen zur DDR.* In erster Linie wird diese Verbindung durch einen ständigen Kontakt mit der Mittelstelle Ost wahrgenommen. Hierzu treten wiederholte Besuche zu regelmäßigen Arbeitsbesprechungen in Berlin. Jährlich treffen sich der Werkkreis Ost und der Arbeitskreis für Werk und Feier West zu einer gemeinsamen Tagung in Berlin. Die jährlich erscheinende Werkhilfe zur Jahreslosung und zu den Jugendtagen wird in gemeinsamer Absprache geplant und redigiert. Ebenfalls aus gemeinsamer Planung entstand das im Oktober 1958 durchgeführte Autoren-Seminar „Texte für die Jugendarbeit“, an dem insgesamt 46 Personen teilnehmen konnten. Jährlich nimmt der Leiter der Mittelstelle an der „Werkwoche Ost“ mitarbeitend teil. Im Frühjahr dieses Jahres konnte er für eine Woche in Greifswald und im Evangelischen kirchlichen Seminar in Züssow sein. Ferner war es der Mittelstelle mehrmals möglich, die Lizenz-Veröffentlichung von Spieltexten in der Evangelischen Verlagsanstalt zu vermitteln. Schließlich gehört die beratende Korrespondenz mit Mitarbeitern in der DDR selbstverständlich zum Dienst der Mittelstelle.

6. *Lektorat und Redaktion.* Im Posteingang der Mittelstelle finden sich häufig Spielmanuskripte. Es ist dadurch eine besonders beanspruchende Korrespondenz mit Nachwuchsautoren entstanden, die bei ihren ersten Versuchen beraten und gefördert werden. Damit verbunden ist das Lektorat für die „*Spieldschar*“-reihe, die als Veröffentlichung der Mittelstelle für Werk und Feier im Quell-Verlag erscheint und zur Zeit 76 Texte umfaßt. Eine ganze Reihe anderer Manuskriptsendungen ist zu anderen Verlagen oder zu Redaktionen unserer Mitarbeiterhilfen weitervermittelt worden.

In eigener redaktioneller Verantwortung entstanden die Werkblätter für „Werk und Feier“, die der Burckhardthaus-Verlag herausbringt. Im Rechnungsjahr 1958/59 erschienen folgende Titel: „So schrieb Johannes“ – „Das Soziodrama“ – „Das Handpuppenspiel“ – „Dietrich Buxtehude“ – „Wolfgang Borchert“ – „Der Fall Klaus Fuchs“ – „Schlager und Schnulze“ – „Alles für die Freizeit“.

Eine umfangreiche redaktionelle Mitverantwortung beanspruchen die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Junges Spiel“ und die im Burckhardthaus erscheinenden Materialmappen für Evangelische Jugendarbeit.

Ein Werkbuch „Bericht vom Spiel“ wird im Sommer 1959 im Chr. Kaiser-Verlag, München, erscheinen.

2. DER SOZIALAUSSCHUSS

Der Sozialausschuß war der erste Fachausschuß, den sich die Jugendkammer der EKD und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands bildete. Die verschiedene Entwicklung in Ost und West brachte es mit sich, daß er fast nur für die Bundesrepublik tätig werden konnte. Er wurde notwendig, weil die Jugendarbeit vor Aufgaben und Fragen gestellt wurde, für deren Lösung es ihr nicht nur vielfach an den geeigneten Kräften, sondern auch an einer klaren Konzeption fehlte.

Der Sozialausschuß wurde beauftragt, die Probleme aufzuzeigen, die sich aus der Situation der Jugend in der industrialisierten Gesellschaft ergaben. Sein Ziel sollte nicht eine Nivellierung, sondern eine Koordinierung der Hilfen für die Jugend sein. Daß es dabei im besonderen darum ging, den speziellen Auftrag der evangelischen Jugendarbeit zu ermitteln, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Notsituationen, die eine rasche Hilfe erforderten (Eingliederung junger Flüchtlinge, Integrationen der Jugendlichen aus den Wohnheimen in die Kirchengemeinden usw.), waren die ersten Aufgaben, um deren Lösung sich der Sozialausschuß anregend und mit modellhaften Versuchen bemühte. Aus der gemeinsamen Arbeit kristallisierte sich allmählich eine gemeinsame Vorstellung von „Jugendsozialarbeit“ heraus. Diese steht zwischen Jugendpflege und Jugendfürsorge, überschneidet sich aber mit beiden Arbeitsformen. Der Sozialausschuß sieht seine Aufgabe heute in folgendem Katalog dargestellt:

1. Temporäre Hilfen zur Behebung akuter Notstände aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen:

- a) Eingliederungshilfen für Flüchtlinge, Zuwanderer, Spätaussiedler etc., und zwar vom Lager bis zum Ort der Beheimatung;
- b) Hilfen im Zusammenhang mit den Problemen der Fremdenlegion;
- c) Hilfen für berufs- und arbeitslose Jugendliche in Krisenzeiten und Notstandsgebieten.

2. Erziehung und Bildung junger Menschen in Wohnheimen aller Art, nämlich in:

- a) Lehrlingsheimen und Schülerheimen;
- b) Jungarbeiter- und Studentenheimen;
- c) Mädchenwohnheimen;
- d) Wohnheimen sonstiger Art, die berufstätige Menschen aufnehmen.

3. Lebenshilfen für junge Menschen ohne Bindung an organisierte Jugendgemeinschaften in Form von:

- a) Freizeiten verschiedener Art;
- b) Bildungsseminaren;
- c) Klubs;
- d) Neigungsgruppen;
- e) beratender und gestaltender Mitwirkung bei Bildungsmaßnahmen anderer Institutionen wie Betrieben, schulischen Bildungsstätten, Fortbildungseinrichtungen und anderen.

4. Hilfe für den Eintritt in das Arbeits- und Berufsleben und zu seiner Bewältigung:

- a) Grund- bzw. Förderlehrgänge für Berufsunreife;
 - b) Grundausbildungslehrgänge, insbesondere für Mädchen;
 - c) Kurse und Lehrgänge zur Einführung in die Arbeits- und Berufssituation;
 - d) berufsbegleitende Hilfen aller Art;
 - e) Mitarbeit bei der Entwicklung von Lösungen für das 9. Schuljahr.
5. Mitarbeit und Mitgestaltung bei Erschließung neuer Aufstiegs- und Bildungswege vom Berufe her:

- a) Aufspüren von Begabungen;
 - b) Einwirkung auf den Jugendlichen;
 - c) Einflußnahme auf die Planung;
 - d) Entwicklung und Auswertung eigener Versuche.
6. Vermittlung von Erfahrungen und Bereitstellung von Einrichtungen für die Bewältigung von Sondersituationen junger Menschen, zum Beispiel:

- a) Berufsumstieg;
 - b) Berufsrehabilitation;
 - c) Bewährungshilfe;
 - d) Lage minderverdienender Mädchen.
7. Gewinnung und Ausbildung sozialpädagogischer Mitarbeiter sowie Vermittlung von Anregungen zur Gestaltung des entsprechenden Ausbildungswesens.
8. Mitwirkung bei jugendpolitischen Entscheidungen und bei der Gestaltung einschlägiger Gesetze sowie bei deren Durchführung.

9. Beobachtung der Wechselwirkung zwischen der Situation der Gesellschaft, insbesondere ihres Erziehungs- und Bildungswesens, und der jungen Generation – Auswertung der sozialpädagogischen und jugendpolitischen Folgerungen.

Den Sozialausschuß beschäftigen zur Zeit folgende Fragen:

1. Gewinnung und Ausbildung sozialpädagogischer haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter sowie die Vermittlung von Anregungen zur Gestaltung des entsprechenden Ausbildungsweges.

2. Die Mitwirkung bei jugendpolitischen Entscheidungen und bei der Gestaltung

- a) des Jugendarbeitsschutzgesetzes;
- b) des Jugendhilfegesetzes;
- c) eines Berufshilfegesetzes.

3. Lebenshilfe für junge Menschen ohne Bindung an organisierte Jugendgemeinschaften. – Im Berichtszeitraum besonders für Mädchen.

4. Hilfe für den Eintritt in das Arbeits- und Berufsleben. – Im Berichtszeitraum: Überlegungen zum 9. Schuljahr, seiner möglichen organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung.

5. Bewältigung von Sondersituationen. – Im Berichtszeitraum: der Strafvollzug und die Bewährungshilfe.

Bei der Arbeit waren wiederum intensive Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit anderen Fachgremien notwendig. Der Sozialreferent gehört zu diesem Zweck drei Fachausschüssen der Inneren Mission (Gesetzgebung, Diakonisches Jahr, Ausbildung), dem Vorstand des Evangelischen Jugendaufbaudienstes, dem Vorstand der Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen sowie dessen Jugendausschuß, dem Trägerkreis der Musischen Bildungsstätte in Remscheid, zwei Fachgremien der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Ausbildung und

Gesetzgebung), zwei Fachgremien des Bundesjugendringes (Gesetzgebung und Ausbildung) sowie einer Sonderkommission des Aktionsausschusses an.

Durch die Mitarbeit in der Redaktion der „Jungen Stimme“, durch gelegentliche Mitarbeit in anderen Fachzeitschriften sowie neuerdings durch die Schriftleitung der „Sozialpädagogik“ war es möglich, eine Reihe von Ergebnissen und Anregungen einem größeren Kreis zugänglich zu machen.

Im einzelnen wurde konkret erarbeitet:

Zu 1. a) Mitgestaltung und Durchführung von zwei Jugendsozialseminaren, anschließend Vermittlung, Betreuung und Anleitung von 38 Praktikanten während des Vorpraktikums zur sozialen Ausbildung.

b) Ausarbeitung eines Schulungsplanes für evangelische Mitglieder der Jugendwohlfahrtsausschüsse – Beteiligung an der Schulung in Württemberg.

c) Ausarbeitung eines Schulungsprogramms für ehrenamtliche Mitarbeiter (sogenanntes Schwerpunktprogramm). Mitwirkung an der Schulungsarbeit – zwei Maßnahmen.

d) Ausarbeitung eines Lehrplanes für die geplante Modellschule (Wichernschule) in Hannover.

e) Durchführung von zwei vierzehntägigen Soziallehrgängen für ehrenamtliche Mitarbeiter in Friedewald.

f) Kontaktaufnahme und Planung einer Arbeitstagung mit Dozenten für „Jugendkunde“ an Sozialschulen (Dozentenprogramm).

g) Sonderproblem: Auswertung der Erfahrungen bei der Durchführung des Diakonischen Jahres. Ausarbeitung einer Stellungnahme vom Standpunkt der Evangelischen Jugend.

Zu 2. a) Stellungnahme zu kritischen Fragen des Jugendarbeitschutzgesetzes (Schreiben an Abgeordnete des Deutschen Bundestags).

b) Ausarbeitung einer Stellungnahme zu Vorschlägen für ein Jugendhilfegesetz.

c) Stellungnahme zu Bemühungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk um ein Berufsausbildungsbeihilfegesetz.

Zu 3. Beteiligung an einer Arbeitstagung der Klubleiterinnen (Gelnhausen), der Bildungsseminarleiterinnen (Gauting) sowie eine Auswertung der Erfahrungen.

Zu 4. Mitarbeit an einer Synopse über die Bemühungen zum 9. Schuljahr. Darstellung der eigenen inhaltlichen Vorstellung (Arbeitskreise des Sozialausschusses).

Zu 5. Sondersitzung des Sozialausschusses zur Frage der Integration jugendlicher Strafgefangener – Ausarbeitung einer Denkschrift an die Glieder der Arbeitsgemeinschaft der EJD.

3. DIE EVANGELISCHE JUGEND AUF DEM LANDE

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands beauftragte 1951 den Leiterkreis der Evangelischen Jugend auf dem Lande unter Vorsitz von Landesjugendpfarrer Helmut Claß, die Fragen einer evangelischen länd-

lichen Jugendarbeit zu durchdenken und sachgemäße Arbeitsformen zu entwickeln und zu tragen. Die Ursache für diesen Auftrag war die Erkenntnis, daß alle Formen evangelischer Jugendarbeit in der Stadt entstanden sind und auf das Land hinausgeschoben wurden und daß man – insbesondere angesichts des strukturellen Umbruchs auf dem Lande – Arbeitsweisen entwickeln müsse, die vom jungen Menschen auf dem Lande her denken.

Was ist die „Evangelische Jugend auf dem Lande“?

Die „Evangelische Jugend auf dem Lande“ ist ein Teil der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands. Sie umfaßt alle Arbeit, die an den Jugendlichen auf dem Lande getan wird. Dabei arbeitet sie bewußt berufsständisch und wendet sich an die Jungbauern und Jungbäuerinnen, die Pendler und andere Berufsgruppen auf dem Lande, insbesondere die 18- bis 30jährigen.

Wie arbeitet die „Evangelische Jugend auf dem Lande“?

Die Evangelische Jugend auf dem Lande will durch gegenseitige Wegweisung und Weggenossenschaft Lebenshilfe zu einem Leben mit Christus geben.

1. *Der Inhalt* der Arbeit umfaßt etwa folgende Gebiete:

- a) Besinnung unter dem Worte Gottes; b) Arbeit über berufsständische Fragen;
- c) Förderung der Allgemeinbildung; d) Fest- und Feiergusaltung.

Die Fragen des Berufsstandes, der Allgemeinbildung und der Fest- und Feiergusaltung werden vom Evangelium her durchdacht und gestaltet.

2. *Die Arbeitsweisen* der „Evangelischen Jugend auf dem Lande“ sind recht verschieden. Grundsätzlich kann es nur um ein partnerschaftliches Miteinander, um Arbeitsgemeinschaft gehen, in der jeder die ihm gemäße Aufgabe wahrnimmt.

Am Ort: a) *Hof und Dorfabende, Wochenendtreffen und Landjugendtage* bieten die Möglichkeit, sich im Sommer gelegentlich zu treffen, brennende Fragen zu besprechen oder die Arbeit des Winters (Gruppenarbeit, Seminare, Landjugendwochen) vorzubereiten.

b) Die Arbeit in festen *Gruppen* geschieht bisher nur in Bayern. Die Gruppen sind im Evangelischen Landjugendverband zusammengefaßt, der ca. 9000 Mitglieder zählt. Neben den regelmäßigen Gruppenabenden werden hier besonders berufsfördernde Lehrgänge und Seminare durchgeführt.

c) *Die ländlichen Seminare* werden in offener, halbgeschlossener und geschlossener Form durchgeführt. Im Bundesgebiet sind ca. 400 Seminare im vergangenen Winter mit ca. 14000 Teilnehmern durchgeführt worden. Der Sinn des Seminars ist es, kontinuierlich thematisch – mindestens 20 Doppelstunden – zu arbeiten. Das Seminar ist Arbeitsgemeinschaft, der Kreis des Seminars bildet sich durch das Interesse an der Sachfrage.

d) *Die Wochen der „Evangelischen Jugend auf dem Lande“* sind für Jugend-

liche eingerichtet worden, die keine Landvolkshochschulen besuchen können. Diese Wochen finden deshalb am Ort in Form von Freizeiten oder in der Evangelischen Landjugendakademie als Begegnungstage statt. Das Ziel ist: Einmal Behandlung von Fragen aus dem Lebensbereich der jungen Generation, zum anderen das Leben in der Gemeinschaft, Freizeit und Entspannung.

In den Landeskirchen werden für alle folgende Maßnahmen durchgeführt:

a) *Mitarbeiterkurse* für Seminarleiter zur Vorbereitung der Seminararbeit, Werkwochen für Musizieren, Spielen, Singen usw. Gerade in einer organisatorisch wenig gefestigten Arbeit ist die Ausbildung und Vorbereitung der Mitarbeiter entscheidend.

b) *Studienfahrten* werden insbesondere im Anschluß an Kurse durchgeführt, sie dienen vor allem den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, ländlichen Sozialfragen und den Fragen des Genossenschaftswesens.

c) *Erholungsfreizeiten* im Winter sollen es auch der Landjugend ermöglichen, einmal auszuspannen und andere Menschen, Gegenden und Sitten kennenzulernen.

Im Haus Altenkirchen – Evangelische Landjugendakademie – in Altenkirchen im Westerwald hat sich der Leiterkreis den Raum geschaffen, in dem die Bundesarbeit beheimatet ist:

1. *Studienarbeit.* Schwerpunktmäßig wird in der Studienarbeit an folgenden Punkten angesetzt:

a) *Ideologien auf dem Lande* (Bauerntum, Arbeitsideologie usw.).

b) *ländliche Gesellschaft* (hier besonders Kirche im Dorf).

c) *evangelische Jugendarbeit auf dem Lande:* Hierüber arbeitet ein Studienkreis, der zur Zeit die Ergebnisse eines Studienkurses mit Prof. Dr. Eduard Schweizer, Zürich, auswertet.

2. *Mitarbeiterkurse.* Es finden laufend Mitarbeiterkurse für Seminarleiter, für musische Arbeit auf dem Lande und für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter über Grundsatzfragen der gesamten Arbeit statt. Alle Kurse befassen sich mit inhaltlicher, methodischer und organisatorischer Zurüstung. Problematisch ist die Heranbildung der Mitarbeiter deshalb, weil sie nicht für Gruppenarbeit im bündischen Sinne zugerüstet werden, sondern für eine offene Arbeit, die durch kleine Arbeitskreise getragen wird.

3. *Akademietagungen.* Diese Tagungen dienen dazu, um mit allen Kräften, die mit oder neben uns auf dem Lande an denselben Jugendlichen wirken, in ein verbindliches Gespräch über Sachfragen zu kommen. Die Frucht solcher Tagungen könnte bessere Zusammenarbeit, gemeinsame Aktionen oder Gewinnung neuer Mitarbeiter sein.

Solche Tagungen finden bereits mit landwirtschaftlichen Fachlehrern, Theologen und kirchlichen Mitarbeitern und Dorflehrern statt und sollen ausgeweitet werden auf Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Vertreter des Bauernverbandes usw.

4. *Ausbildung für die kirchliche Arbeit auf dem Lande:* In Ergänzung zur Ausbildung unserer kirchlichen Mitarbeiter (Theologen, Jugendleiter, Gemeindehelferinnen, Sozialsekretäre) sind Seminare für die Arbeit auf dem Lande

betrault. Auf *Bundesebene* arbeitet der *Leiterkreis der Evangelischen Jugend auf dem Lande*, der unter dem Vorsitz von Pfarrer Helmut Claß steht und dem alle Verantwortlichen der Evangelischen Jugend auf dem Lande aus den Kirchen und Werken angehören. Die Landjugendreferentin der Arbeitsgemeinschaft der EJD ist zugleich Geschäftsführerin der Evangelischen Jugend auf dem Lande.

Wie ist das Verhältnis zu anderen Landjugendorganisationen?

1. Der Bund der Deutschen Landjugend hat seit Bestehen der Katholischen Landjugendbewegung fast nur evangelisch getaufte und einige „freie“ Mitglieder. Die „Evangelische Jugend auf dem Lande“ ist deshalb offen für diese evangelischen Christen und bereit zu einer Mitarbeit, sofern ein klares evangelisches Gesicht gewahrt bleibt. Die Grenze ist dort erreicht, wo man sich auf eine „allgemeine christliche Grundlage“ (laut Satzungen) zurückzieht.

2. Mit der Katholischen Landjugendbewegung verbindet die „Evangelische Jugend auf dem Lande“ die Landjugendarbeit auf einer bewußt konfessionellen Grundlage – trennend steht zwischen beiden das scharfe Vorgehen der Katholischen Landjugendbewegung gegen den Bund der Deutschen Landjugend, die Evangelische Jugend auf dem Lande vermag dem nicht zu folgen. Dieses zeitweilige Mit- und Gegeneinander führt natürlicherweise leicht zu Spannungen, die dann ausgeglichen werden, wenn man eine Basis für gemeinsame Arbeit findet.

In einigen Ländern scheint die Lösung gefunden zu sein: Es besteht auf Landes- und teilweise Kreisebene eine Arbeitsgemeinschaft, in der je zwei Vertreter des Bundes der Deutschen Landjugend, der Katholischen Landjugendbewegung und der Evangelischen Jugend auf dem Lande vertreten sind und die miteinander die Jugendfragen behandeln.

4. ÖKUMENISCHER ARBEITSKREIS

Der 1948 gegründete Weltrat der Kirchen ist das Ergebnis dreier großer Bewegungen unseres Jahrhunderts. Auf der Weltmissions-Konferenz 1910 in Edinburgh erkannten die Kirchen, daß die konfessionelle Zersplitterung die Verkündigung des Evangeliums in den Missionsgebieten unglaublich macht. Andererseits sah der amerikanische Bischof Charles Brent, daß es keine wahre Zusammenarbeit unter den Kirchen geben kann, wenn man an einer theologischen Klärung der Einheit und Unterschiedenheit der Konfessionen und Denominationen vorübergeht. Auf seine Initiative geht die Bewegung für „Glaube und Kirchenverfassung“ zurück. Die dritte Komponente ist der Arbeit des schwedischen Erzbischofs Nathan Söderblom zu danken, der angesichts der zerrissenen politischen und sozialen Verhältnisse in der Welt unermüdlich ein gemeinsames Handeln aller Kirchen forderte. So entstand die Bewegung für „Praktisches Christentum“. In und neben diesen Strömungen waren es vor allem die christlichen Jugendverbände (Christlicher Studentenweltbund, YMCA

usw.), die der Ökumenischen Bewegung immer neue und entscheidende Impulse gaben.

Es war in den Notjahren nach dem zweiten Weltkrieg, als die umfassenden Hilfsaktionen ausländischer Kirchen vielen Menschen in Deutschland zum ersten Male die Realität der Ökumenischen Bewegung ins Bewußtsein rückte. Es ist kaum ausdenkbar, wie wir ohne diese – zum Teil heute noch andauernde – Hilfe jene Jahre überstanden hätten.

Bezeichnenderweise war es die christliche Weltjugendkonferenz 1947 in Oslo, bei der sich die Jugend, trotz aller Spannungen nach dem Kriege, zum ersten Male wieder zusammenfand. So konnte es am 22. August 1948 zur Eröffnung der ersten Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Amsterdam kommen.

Bald kam es innerhalb der „Abteilung für Ökumenische Aktivität“ des Weltrats der Kirchen zur Bildung eines Jugendreferats, das sich zum Ziel gesetzt hat:

In den Kirchen die missionarische Verantwortung für die jungen Menschen lebendig zu halten und unter den jungen Christen eine ökumenische Gemeinschaft zu schaffen, durch die die Jugendarbeit der Kirchen in allen Teilen der Welt gestärkt werden soll. Zur Durchführung dieser Aufgaben wurden in den verschiedenen Ländern nationale Ökumenische Arbeitskreise gebildet, die in enger Zusammenarbeit mit der Jugendabteilung des Weltrats der Kirchen stehen. In Deutschland konstituierte sich 1954 nach einem Beschluß der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands der *Ökumenische Arbeitskreis der EJD*. Er hat die Aufgabe, die Gliederungen der Evangelischen Jugend Deutschlands in allen ihr zufallenden ökumenischen Aufgaben zu beraten. Dazu gehört:

Die Stärkung des ökumenischen Gedankens auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene; die Durchführung ökumenischer Aktionen; ökumenische Studienarbeit; Vorbereitung und Verbreitung von Arbeitsmaterial; die Partnerschaft zur Jugendabteilung des Weltrats der Kirchen.

Seit seiner Gründung sind dem Ökumenischen Arbeitskreis der Evangelischen Jugend Deutschlands immer neue Aufgaben zugewachsen. Es werden zum Beispiel regelmäßige oder außerordentliche ökumenische Jugendkonferenzen vorbereitet und durchgeführt. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft *Christlicher Aufbaulager* – ein Unterausschuß des Ökumenischen Arbeitskreises – veranstaltet jährlich eine Reihe von ökumenischen Aufbau lagern in Deutschland. In diesen finden sich junge Menschen aus aller Welt zusammen, um bei irgendeinem kirchlichen oder sozialen Notstand vier Wochen lang praktische Hilfe zu leisten.

Seit 1958 wurde der Ökumenische Arbeitskreis mit der Durchführung eines Internationalen *Schüleraustauschprogramms* betraut, dessen Träger amerikanische und europäische Kirchen sind.

Unter dem Motto: „Jugend hilft Jugend“ wird die Evangelische Jugend Deutschlands jährlich zu einem *Opfer* für bestimmte Weltjugendprojekte aufgerufen. Ein freiwilliger Hilfsdienst wurde in Flüchtlingslagern und Notstandsgebieten eingerichtet. Die ökumenische Studienarbeit findet in Konferenzen, Seminaren, Berichten und Untersuchungen ihren Niederschlag.

Der Ökumenische Arbeitskreis versteht seine Aufgabe als Dienst an der Evangelischen Jugend Deutschlands, um ihr ein gemeinsames Zeugnis im Glauben und Leben für den einen Herrn der einen Kirche zu ermöglichen.

5. FRAGEN DER JUGENDPOLITIK

Seit 1956 besteht ein „Jugendpolitischer Ausschuß“. Er umfaßt Vertreter aus den einzelnen Gliederungen und Mitarbeiter auf Landesebene (zum Beispiel Vorsitzende im Landesjugendring) sowie die Referenten der Geschäftsstelle in Stuttgart. Seine Aufgaben sind:

- a) Information über die Bewegungen im Bereich der Jugendpolitik;
- b) Klärung der Grundzüge für das gemeinsame Handeln in der Öffentlichkeit;
- c) Vorbereitung von Vorschlägen für Delegierungen in jugendpolitische Gremien;
- d) Vorbereitung von gemeinsamen Stellungnahmen zu aktuellen jugendpolitischen Fragen;
- e) Koordinierung jugendpolitischer Aktivität;
- f) Pflege der Verbindung mit den Vertretern in jugendpolitischen Gremien auf Landes- und Kreisebene;
- g) Pflege der Verbindung zu Verbänden der Jugendarbeit außerhalb der Evangelischen Jugend und zu Gremien, die sich in der Öffentlichkeit mit Jugendfragen beschäftigen (zum Beispiel Jugendausschuß im Bundestag und Jugendpolitische Ausschüsse in den Parteien).

Da die jugendpolitische Arbeit immer wieder auf die Schwierigkeit stößt, daß es in der Evangelischen Jugend keine verbindliche „theologische Legitimation“ für jugendpolitisches Handeln gibt, arbeitet der Ausschuß theologisch an folgenden Fragen:

- a) Der seelsorgerlichen und missionarischen Aufgabe der evangelischen Jugendringvertreter;
- b) der Wahrung der sachlichen Aufgaben und Interessen der evangelischen Jugendringvertreter als Vertreter eines Verbandes;
- c) der Aufgabe der evangelischen Jugendringvertreter aus ihrer Verantwortung für die Gesamtgesellschaft.

In den letzten Jahren fanden Gespräche im kleinen Kreis mit folgenden Jugendverbänden statt: Katholische Jugend; Falken; Gewerkschaftsjugend; Deutsche Jugend des Ostens.

III. Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammen- geschlossenen Arbeitsformen

1. DAS EVANGELISCHE JUNGMÄNNERWERK DEUTSCHLANDS / CVJM

Der Reichsverband der Evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands gliedert sich in folgende Bünde und Werke: Westdeutscher Jungmännerbund – CVJM; Evangelisches Jungmännerwerk in Württemberg; Nordbund – Evangelisches Jungmännerwerk – CVJM; Evangelisches Jungmännerwerk CVJM Baden e. V.; Bayerischer Evangelischer Jungmännerbund e. V.; Evangelisches Jungmänner-

werk – CVJM der Pfalz e. V.; Arbeitsgemeinschaft der CVJM Deutschlands; Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands; Übernationaler Bund YMCA; Weißes Kreuz. Als ständische Gliederungen: Christliche Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bäcker und Konditoren; Deutscher Christlicher Technikerbund e. V.

Im Bereich des Reichsverbandes arbeiten etwa 800 hauptamtliche Mitarbeiter in ca. 3500 Vereinen, Gruppen, Werken und Kreisen. Der Verband umfaßt als Mitglieder 320 000 junge Menschen.

Die Arbeitsgrundlage der CVJM ist die sogenannte „Pariser Basis“. Sie lautet:

Die Christlichen Vereine Junger Männer haben den Zweck, solche jungen Männer miteinander zu verbinden, welche Jesus Christus nach der Heiligen Schrift als ihren Gott und Heiland anerkennen, im Glauben und Leben seine Jünger sein und gemeinsam danach trachten wollen, das Reich ihres Meisters unter den jungen Männern auszubreiten.

Die Arbeit an der Jugend und an den jungen Männern gliedert sich in folgende Zweige:

a) Jungmännerarbeit

Hierbei geht es in erster Linie um die Sammlung um das Wort Gottes in den Jungmännerkreisen, Vereinen und Gruppen, sei es in der Stadt, sei es in ländlichen Kreisen. Im Vordergrund steht daher die wöchentliche Bibelarbeit, die seit Jahrzehnten eine feste Form gefunden hat. Hieran sind vor allem Laien-Mitarbeiter beteiligt, die für ihren Dienst in besonderen Mitarbeiter-Lehrgängen und auf Tagungen gerüstet werden. Es wird ihnen außerdem einiges Arbeitsmaterial in die Hand gegeben. Für die Wortverkündigung gibt die Zentrale des Reichsverbandes einen *Werkeplan* heraus. Auf Grund der fortlaufenden Bibellese werden die Bücher des Alten und Neuen Testaments nach einer bestimmten Thematik behandelt.

Die Jungmännerarbeit ist außerdem ausgerichtet auf die Erziehung zur gesellschaftlichen Mitverantwortung, d. h., es wird versucht, dem jungen Mann eine klare Ausrichtung für die verschiedenen Lebensbereiche, wie Familie, Beruf, Staat und Gemeinde, aufbauend auf das Wort Gottes, zu geben.

Als besondere Gruppierung im Rahmen der Jungmännerarbeit ist die *Christlich-Akademische Vereinigung* (CAV) zu nennen. Diese Studenten-Arbeitsgemeinschaft im deutschen CVJM bemüht sich, von der Bibel her zu einer geistigen Auseinandersetzung mit der Gegenwart zu kommen und Studenten als Mitarbeiter der einzelnen Kreise und Gruppen zu gewinnen.

In den letzten Jahren hat man sich besonders der jungen Arbeiter angenommen. Die *Jungarbeiteraktion* im deutschen CVJM verrichtet ihren Dienst in der Hauptsache in Seminaren, die nach einem bestimmten Themenplan durchgeführt werden. Hier steht wiederum an erster Stelle die Ausrichtung vom Worte Gottes. Die vier Hauptstoßrichtungen der Arbeit in diesen Seminaren sind Theologie, Soziologie und Wirtschaftspolitik sowie praktische Übungen in einer politischen Verantwortung.

Aus der Jungmännerarbeit des Gesamtwerkes werden in einem besonderen Wahlverfahren ermittelte Delegierte in verschiedene Gremien des Reichsverbandes entsandt. Aus diesen Gremien kommt ständig die Meinungsbildung der jun-

gen Generation zu bestimmten lebenswichtigen Fragen des jungen Mannes und auch zur Verkündigung dem Gesamtwerk gegenüber zu Wort. Es sind zu nennen das Jungmännerforum, das einmal jährlich zusammentritt, das Marburger Jugendparlament des Christlichen Jugenddorfwerkes, der Jungarbeiter-Delegiertentag und die Jahres-Studentenkonferenz der Christlich-Akademischen Vereinigung. Der Jungmännerbeirat (verantwortliche junge Männer und Sekretäre aus den verschiedenen Gliederungen) trifft sich in jedem Jahr zur Besprechung der Gesamtarbeit.

b) Jungenschaftsarbeit

Die „Jungenschaft“ ist die Arbeit an den 14- bis 17jährigen. Der darin erfaßte Junge soll in einer aufgeschlossenen Lebensgemeinschaft unter dem Wort Gottes zu einer geordneten und verpflichtenden persönlichen Lebenshaltung geführt werden. Tätige und verantwortliche Mitarbeit aller für alle ist das Kennzeichen echter Jungenschaftsarbeit.

Mittelpunkt der örtlichen Arbeit ist die jungengemäße Verkündigung des Wortes Gottes, wobei der Anspruch Jesu auf den Jungen von heute klar herausgestellt werden soll. Dem dient die „Stunde ums Wort“. Die „Stunde der Jungenschaft“ umfaßt die Schulung nach Können und Wissen. Sie vermittelt außerdem Erleben und praktischen Dienst.

Für die Arbeitsgestaltung steht auch hier vom Eichenkreuz-Verlag herausgegebenes Arbeitsmaterial, in der Praxis erprobt, zur Verfügung, außerdem die Heftreihe „Mehr wissen – können – dienen“, die neben mancherlei Arbeitsmaterial auch Grundsatzfragen der Jungenschaftsarbeit behandelt.

Fahrten und Lager, die in jedem Jahre durchgeführt werden, dienen nicht nur der körperlichen Erholung, sondern sind in hervorragender Weise Stätten zur „Einübung im Christenleben“.

Es wird eine Arbeitshilfe für Jungenheimabende und Sonntagsgestaltung, „Steigbügel“, herausgegeben.

c) Jungschararbeit

Die Arbeit an den Jüngsten ist auch über den Raum des Evangelischen Jungmännerwerkes hinaus zu einem festen Begriff geworden. Der Arbeitsplan verzichtet hier bewußt auf ein umfangreiches und ständig wechselndes Programm. Die Jungscharleiter sprechen von den vier Bausteinen ihrer Arbeit: Singen, Spielen, Erzählen, Andacht. Hier ist die „Jungschar-Jahresrüste“ für die Mitarbeiter eine wertvolle Hilfe. Die meisten Jugendsekretäre im CVJM haben schon im Jungscharalter Kontakt mit der Arbeit bekommen, ein gutes Zeichen für den Wert dieser Arbeit, die nicht im Spielerischen stecken bleiben will, sondern bereits den Jungen mit den Forderungen und Verheißungen der biblischen Botschaft bekannt macht und ihn zum Dienst in der Gemeinschaft ruft.

Im Eichenkreuzhaus ist für den Zweig der Jungschararbeit ein Reichsjungscharwart verantwortlich, der zugleich die Leitung unserer Bildkammer hat, in der jährlich 20 bis 30 neue Bildstreifen für die Jugendarbeit sowie den Konfirmandenunterricht und die Gemeindegarbeit angefertigt werden.

d) Großstadt-CVJM

In den Großstädten, wie zum Beispiel in Hamburg, Bremen, Nürnberg, Stuttgart usw., wird neben der parochialen Jungmännerarbeit in verschiedenen Gemeinde-CVJM oder gemeindlichen Jungmännerwerken ein Dienst an fernstehenden jungen Männern in den CVJM-Häusern getan. Diese „Häuser des jungen Mannes“ haben in ihr Programm neben der Verkündigung vor allen Dingen Vortrags- und Diskussionsabende, Filmabende, Freizeitgestaltung und den Sport aufgenommen. In einer Reihe von Großstädten unterhält der CVJM sogenannte Häuser der offenen Tür, die für die gesamte Jugend offenstehen. Hier wird ein Programm auf breiter Grundlage durchgeführt. Dazu gehört eine umfassende gesellschaftliche Bildungsarbeit. Vor allen Dingen soll den jungen Menschen hier eine Stätte geboten werden, an der sie sich zu Hause fühlen. Etliche Großstadt-CVJM unterhalten Jugendwohnheime, in denen Lehrlinge, Jungarbeiter oder Studenten eine Bleibe gefunden haben. Die Arbeit in den ca. 60 Großstadt-CVJM liegt in den Händen der Arbeitsgemeinschaft der CVJM unter dem Vorsitz von Prof. Dr. E. Sörensen, Augsburg. Die Geschäftsstelle ist in Kassel-Wilhelmshöhe, Kuhbergstraße 40. Sie steht unter der Leitung von Generalsekretär Martin Marquardt.

e) Familienarbeit

Schon seit Beginn der gesamten Arbeit spielt die Familienarbeit eine Rolle. Die Eltern des Jungen werden zu Sonderveranstaltungen zusammengerufen und für die Arbeit interessiert. Mancher „ehemalige Junge“, der inzwischen Familienvater geworden ist, nimmt an den Veranstaltungen des Familienkreises teil, für den ein Sonderprogramm geboten wird.

Schwerpunkte der Familienarbeit bilden die Familienfreizeiten und die Familienerholung, die in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung gewonnen haben. Der Reichsverband besitzt hierfür seit vier Jahren Erholungsheime in zwei ehemaligen Strandhotels, die familiengerecht eingerichtet sind.

f) Sing- und Posaunenarbeit

Das Sing- und Posaunenamt ist in einem Evangelischen Jungmännerwerk ein notwendiges Amt, denn Musizieren gehört nicht nur überhaupt zum Jungsein, sondern zu einem evangelischen Christen im besonderen. Den vielfältigen Möglichkeiten des Jungmännerwerkes und seiner Gliederungen entsprechend, ist der Dienst des Sing- und Posaunenamtes ein sehr mannigfaltiger. Er geschieht durch Besuche, Freizeiten, Lehrgänge und Studientagungen, durch Herausgabe von Liederbüchern, Posaunenliteratur, Notenblättern und Zeitschriften, Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften und Werkkreisen und anderes mehr. Als einer typischen Form musikalischen Lebens der Jungmännerarbeit ist dem Sing- und Posaunenamt die Pflege der Posaundchöre besonders aufgetragen. Der missionarische Dienst durch die Musik ist ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet des Sing- und

Posaunenamtes. Ferner hat das Sing- und Posaunenamt der Koordinierung und Förderung aller für die verschiedenen musikalischen Arbeitsgebiete Verantwortlichen zu dienen. Seine Arbeit geschieht durch einen Leiter in Kassel und das Musikheim in Willingen (Waldeck). Der Titel der Zeitschrift für diesen Arbeitszweig ist das Ziel der Tätigkeit des Sing- und Posaunenamtes: Zu Gottes Lob und Ehre.

g) Eichenkreuz-Sport

Für die sportliche Arbeit im Bereich des Evangelischen Jungmännerwerkes gibt es eine besondere Ordnung, die den Sport als einen bedeutenden Bestandteil des Christenlebens überhaupt sieht.

Das Schwergewicht der Sportarbeit im deutschen CVJM liegt auf der Leichtathletik und auf Mannschaftsspielen (Basket-, Volley- und Handball). Auf Bundesebene werden die einzelnen Sportgruppen zu Eichenkreuz-Spielen zusammengeführt.

Die gesamte Sportart wird durch den Eichenkreuzrat koordiniert. Mitarbeiter sind Oberturn- und Sportwart Karl Keyler und Reichssportsekretär Johannes Zeigert.

h) CVJM-Soldatendienst

Nach einer traditionsreichen Soldatenarbeit vor dem ersten Weltkrieg und teilweise auch bis in den zweiten Weltkrieg hinein hat der Weltbund der CVJM mit seiner Kriegsgefangenenhilfe einen sehr weitreichenden Dienst getan. Diese Arbeit verpflichtet dazu, in besonderer Weise den neu aufgenommenen CVJM-Soldatendienst durchzuführen. In einer Reihe von Garnisonstädten sind in den CVJM-Häusern bereits Soldatenstuben eingerichtet worden und weitere in Vorbereitung. In Verbindung mit der evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, die unter dem Vorsitz von Pastor Arnold Dannenmann und Militärdekan von Mutius vom Evangelischen Kirchenamt der Bundeswehr steht, führt das Werk diese Arbeit durch. Mit dem Jahre 1959 ist die frühere Soldaten-Bibellese „Waffen des Wortes“ wieder neu aufgelegt worden, so daß der junge Mann während seiner Dienstzeit die gleiche Bibellese wie seine Gruppe oder Gemeinde in der Heimat hat.

Vorbereitungen für die Mitarbeit in den entstehenden Soldatenheimen (C-Clubs) und für die Durchführung von Rüstzeiten sind angelaufen. In den verschiedenen Gliederungen des Werkes sind Oblaute für diesen Dienst eingeteilt worden. Im Eichenkreuzhaus liegt die Verantwortung dieser Arbeit in den Händen von Generalsekretär Oskar Schnetter.

i) CVJM-Reisedienst

Der CVJM-Reisedienst hat die Aufgabe übernommen, Fahrten in die verschiedensten europäischen Länder, außerdem unter anderem auch nach Jordanien, Israel, Libanon, Ägypten zu veranstalten. Seit Herbst 1958 führt der CVJM-

Reisedienst für die evangelische Jugend Deutschlands einen internationalen Schüleraustausch zwischen Amerika und Deutschland durch.

Ein besonderes Gewicht liegt auf der Organisation von ökumenischen Aufbaulagern. Hierbei geht es darum, junge Menschen verschiedener Nationen zu einer gemeinsamen Arbeit an einem bestimmten Projekt (Heimbau, Anlage eines Sportplatzes) unter dem Wort Gottes zusammenzuführen.

Seit 1952 wird jährlich zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz von jungen Mitgliedern der CVJM auf deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland aufgerufen. Dieser Dienst steht unter dem Motto „Versöhnung über den Gräbern“ und geschieht gemeinsam mit dem Kolpingwerk und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Viele tausend junge Männer – Katholiken und Protestanten verschiedener Nationen – sind bisher freudig diesem ehrenvollen Ruf gefolgt. Die bisherigen Orte der gemeinsamen Begegnung und Arbeit waren Westflandern, Lommel und Bastogne (Belgien) und La Cambe und St. André (Frankreich). 1959 wird es Andilly in Frankreich sein.

j) Lager- und Freizeitarbeit

Ein Herzstück der Jugend- und Männerarbeit ist die Durchführung von Freizeiten (bereits seit dem 19. Jahrhundert). Im Gesamtwerk sind heute über 100 Freizeit- und Ferienheime sowie Zelt- und Lagerplätze vorhanden, die während der Ferienzeit von Jugendgruppen besetzt sind und darüber hinaus Schulen und anderen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Der Reichsverband unterhält das Freizeit- und Schulungszentrum in Dassel (Solling) mit über 400 Betten. Neben Jugendheimen ist dort vor allem das Familienerholungsheim zu erwähnen.

Auf der Nordseeinsel Borkum sind zwei Jugendheime im Besitz des Reichsverbandes und vier gepachtet worden. In den über 500 Betten können in der Zeit von Ende Mai bis Anfang Oktober die Jugendlichen aufgenommen werden.

Ein weiteres Heim des Reichsverbandes ist in Willingen (Waldeck), das vor allem als Musikheim bekannt geworden ist und im Winter durch seine gute Lage als Sportheim dient.

Heime der Bünde sind unter anderem in Hittfeld bei Hamburg, Bundeshöhe in Wuppertal-Barmen, Elsenburg bei Kaub (Rhein), Kreuzberg (Rhön), Burg Wernfels bei Nürnberg, Unterjoch (Allgäu), Litzenstetten (Bodensee).

k) Sekretärschule

Auf der Sekretärschule in Kassel werden junge Männer zu CVJM-Sekretären oder zu Jugendwarten in zweijährigen Kursen ausgebildet. Die Schule wird von Direktor Dr. Rolf Dannenbaum und einem hauptamtlichen Lehrer geleitet. Daneben arbeitet eine Reihe von ehrenamtlichen Dozenten mit. Rund 30 Schüler sind in zwei Kursen zusammengefaßt.

Die Auswahl des Nachwuchses für die Leiterschaft im CVJM erfolgt auf Mitarbeiterlehrgängen, vom Reichsverband veranstaltet. Dem Studium auf der

Sekretärschule muß ein zweijähriges Praktikum in einem Verein oder einer Jugendeinrichtung vorausgegangen sein. Es geht bei der Ausbildung:

1. um ein gründliches Wissen in bezug auf die Bibel, Kirchengeschichte und Grundlagen des christlichen Glaubens;
2. um die spezielle Ausbildung für praktische Jugendarbeit (Psychologie, Jugendkunde, Jugendsozialarbeit) und
3. soll den jungen Mitarbeitern Verständnis für die geistigen Probleme unserer Zeit vermittelt werden.

l) Tagungen

Als Markstein in der Geschichte des Reichsverbandes stehen die großen Treffen und Tagungen, die seit dem Jahre 1921 ihre besondere Bedeutung gewonnen haben. In Abständen von vier bis fünf Jahren werden große Reichstagungen durchgeführt, an denen im Durchschnitt etwa 10 000 Jungen und junge Männer als Delegierte aus ganz Deutschland teilnehmen. Diese Tagungen stehen jeweils unter einem Thema bzw. unter einer Arbeitslosung, die schon lange vorher in den Vereinen und Gruppen bearbeitet werden. Von diesen Tagungen gehen Impulse für das ganze Werk aus.

Zwischen den großen Reichstagungen liegen jeweils Arbeitertagungen, an denen etwa 1000 Mitarbeiter aller Arbeitszweige teilnehmen.

Neben den Großveranstaltungen haben die Arbeitsgruppen bei diesen Treffen ein besonderes Gewicht.

In fast allen Bünden finden in ähnlichen Abständen Bundestagungen und Arbeitertreffen statt. Die Zusammenfassung aller Erfahrungen und der Austausch auf den verschiedenen Gebieten ist für die Durchführung der Arbeit in der Gesamtbreite des Werkes besonders wichtig.

m) Heimatlosen-Lagerdienst

Der Heimatlosen-Lagerdienst (Vorsitzender F. W. Nielen) besteht seit zehn Jahren. Er nimmt sich insbesondere der Hunderttausende von Flüchtlingen an in den sogenannten „Häusern für alle“. Die Leitung dieser Arbeit liegt in Händen eines Sekretärs, der sich auch für die äußeren Nöte der Flüchtlinge, insbesondere der Jugend, mitverantwortlich weiß.

n) Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands

Gründung und Zielsetzung: Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands ist im Jahre 1947 ins Leben gerufen worden. Die Gründung vollzog sich in Stuttgart. Das erste Jugenddorf ist noch heute die Stammburg aller Jugenddörfer im Bundesgebiet: das Jugenddorf Schloß Kaltenstein, Vaihingen (Enz).

In der modernen Arbeitswelt hat unsere Lebensweise auch für die heranwachsende Generation eine Veränderung gebracht. Es ist das Ziel aller Jugenddorfarbeit, der jungen Generation zu einer aktiven Mitgestaltung ihres Lebens-

raumes die Tore zu öffnen. In der kleinen, übersehbaren Gruppe inmitten des Jugenddorfes, der sich der einzelne junge Mensch durch freien Entschluß anschließt, wird die intime Gemeinschaft lebendig, die eine wirkliche Nestwärme schenkt. Eine Bildungsarbeit, die das Wesen des Menschen erfassen will und ihm die Sicherheit zur Übernahme von Verantwortung schenken möchte, kann heute in der bürokratischen Massengesellschaft nur in einer verbindlichen Gemeinschaft vermittelt werden.

So sind alle Jugenddorfeinrichtungen „Hochschulen fürs Leben“. Man erweitert und vertieft seine Kenntnisse, seine Berufsbildung und seine Bildung überhaupt. Man lernt früh, Verantwortung für seine Kameraden und für sich selbst zu übernehmen, soweit man diese irgendwie tragen kann.

Die drei goldenen Regeln der sozialpädagogischen Bildungsarbeit in den Jugenddörfern sind:

1. Anerkennung des Rechts als Norm für das Gemeinschaftsleben (Rechte des einzelnen bringen in gleicher Weise Pflichten des einzelnen ebenso wie der Gemeinschaft).

2. Einordnung seines eigenen Strebens in die Planung des Ganzen.

3. Sittlich bestimmtes Zusammenleben (sittlich bestimmte Gemeinschaft ist nur da zu finden, wo jeder einzelne ein zumutbares Opfer für die Gemeinschaft und für das „Du“ zu bringen vermag).

Die Bildungseinrichtungen des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands sind folgende:

1. Ausbildungsjugenddörfer: Jugenddorf Iffezheim bei Rastatt (Baden); Jugenddorf Schloß Kaltenstein, Vaihingen (Enz); Jugenddorf Maximiliansau bei Wörth am Rhein; Jugenddorf Neu-Ulrichstein bei Homberg (Hessen).

In diesen Jugenddörfern kann der junge Mensch seine berufliche Ausbildung als Tischler, Mechaniker, Schlosser, Elektromechaniker, Polsterer, Gärtner und Landwirt erhalten. Er erlebt während seiner Ausbildungszeit die Ganzheit eines beruflich geordneten und in seiner Freizeit der Persönlichkeitsbildung dienenden Gemeinschaftslebens.

2. Jungarbeiterjugenddörfer: Jugenddorf Bergmannsglück-Westerholt, Bertlich/Buer; Jugenddorf Dortmund-Oespel, Am Dornay; Jugenddorf Essen, Essen-Kray, Schönscheidtstr. 154; Jugenddorf General Blumenthal, Recklinghausen, Milchpfad 61; Jugenddorf Heßler, Gelsenkirchen, Fersenbruch 135; Jugenddorf Limburgerhof bei Ludwigshafen (Rhein); Jugenddorf Limmer bei Alfeld (Leine); Jugenddorf Mühlacker (Württemberg); Jugenddorf Oberaden über Kamen (Westf.); Jugenddorf Rheinpreußen, Uftort (Kr. Moers); Ruhrjugenddorf Castrop-Rauxel, Am Meisenhof 1; Jugenddorf Wolfsburg, Walter-Flex-Weg.

Viele junge Menschen müssen heute, wenn sie in bestimmten Groß- und Mittelbetrieben arbeiten wollen, vom Elternhaus weg, um den Arbeitsplatz zu finden, den sie für ihren Lebensweg ersehen. Viele junge Menschen haben keine geschlossene Familie mehr, andere haben Vater oder Mutter oder beide Elternteile verloren. Für sie alle geben die Jungarbeiterjugenddörfer eine neue Heimat.

3. *Jugenddorf-Christophorusschulen*: Jugenddorf-Christophorusschule Altensteig; Jugenddorf-Christophorusschule Elze; Jugenddorf-Christophorusschule Obersalzberg; Jugenddorf-Christophorusschule Oberurff.

Im Mittelpunkt dieser Jugenddörfer steht die staatlich anerkannte Oberschule. Der junge Mensch, der in diesen Jugenddörfern lebt, kann bis zum Abitur die Oberschule besuchen. Der nach den staatlichen Lehrplänen zu behandelnde Stoff wird zuerst gedanklich erarbeitet, so daß das Einüben eine beinahe selbstverständliche Arbeit wird. Dadurch sind die Jugenddorf-Christophorusschulen in der Lage, ihre Schüler zu guten, ja oft hervorragenden Leistungen zu befähigen. Die Gaben, die jeder junge Mensch für das Leben mitbekommt, in einer jugendfrohen Gemeinschaft recht entfalten zu lernen, wird für den Jugenddorf-Christophorusschüler das große Erlebnis. Die musischen Fächer und die körperliche Erziehung bilden darum ein Kernstück der Jugenddorfarbeit. Die Jugenddorf-Christophorusschulen wollen Werkstätten der Humanitas sein. Man hat mit Bedacht diese Schulen an den schönsten Plätzen unseres Vaterlandes errichtet. Die Jugenddorf-Christophorusschule Obersalzberg ist die höchstgelegene Schule Europas. In Altensteig, unweit von Freudenstadt, hat sich ein kleines Schwarzwaldstädtchen zur Schulstadt entwickelt. Oberurff liegt im fast vergessenen, aber landschaftlich reizvollen Kellerwald, und die Elzer Schule hat ihren Platz im Leinetal gefunden.

4. *Die Mädchenjugenddörfer*: Jugenddorf Lübecker Studenten; Jugenddorf Altblick, Ebersbach.

Studentinnen und junge Arbeiterinnen haben in diesem besonderen Zweig der Jugenddorfarbeit ihre Heimstätte gefunden.

5. *Sozialpädagogische Institute*: Sozialpädagogisches Institut Dortmund; Sozialpädagogisches Institut Haus Godensande, Malente; Sozialpädagogisches Institut Haus Rheinblick, Eltville; Sozialpädagogisches Institut Schloß Walbeck; Sozialpädagogisches Institut Haus Waldfrieden, Bad Teinach.

In Kursen, die sich bis zu drei Wochen ausdehnen, kommen junge Arbeiter und Arbeiterinnen ebenso wie junge Angestellte in die Institute des Werkes. Diese jungen Menschen sollen den Problemen unserer modernen Zeit aufgeschlossen gegenüberstehen und einen großen Gesichtskreis gewinnen. Wer zu einer eigenen Meinung kommen will, muß den Weg der Besinnung gehen und gleichzeitig auch lernen, seine Gedanken frei zu äußern. Ein gemischter Kreis von Teilnehmern mit verschiedenen Herkommen und Auffassungen trifft sich in den Instituten. Männer aus führenden Stellungen im öffentlichen Leben, aus Politik, Kultur und Wirtschaft, leiten die Aussprachen. Sie vermitteln Einblick in politische, religiöse, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge.

6. *Jungarbeiter-Freizeitstätten*: Jugenddorf Hans Fritzenlehen; Jugenddorf Haus Hohebuchen.

Im Berchtesgadener Land sind diese Freizeitstätten das ganze Jahr hindurch von jungen Arbeitern aus dem Bundesgebiet besucht.

7. *Jugenddorf-Clubs*. In fast allen Großstädten des Bundesgebietes sammeln sich

die Jugenddorf-Clubs. Im Club treffen sich junge Menschen, die auf den Instituten des Werkes eine Begegnung erlebt haben.

8. Die Jugendgruppenarbeit. Eine vielgestaltige Jugendgruppenarbeit zieht sich durch alle Jugenddörfer hindurch. Musizieren, basteln und werken ist selbstverständlich. Die Fülle der Gaben, die junge Menschen vom Schöpfer mitbekommen haben, wird in der Gruppenarbeit angesprochen. Viele entdecken hier ihre wirklichen Fähigkeiten. Das Glück, selbst ein Werk schaffen zu können, macht froh.

Der Sport in seiner ganzen Breite ist im Jugenddorf zu Hause. Jährlich zeigen die Besten im Sport ihre Leistungen bei den Bundessportmeisterschaften. Die musischen Wettbewerbe des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands, die auf Bundesebene durchgeführt werden, sind überall unter der jungen Generation zu einem Begriff geworden.

9. Das Christentum aus Überzeugung. Was hilft aber dem Menschen das Können und Wissen, wenn er nicht frühzeitig lernt, auf sein Gewissen zu hören. In seiner ganzen Arbeit will deshalb jedes Jugenddorf eine moderne Begegnungsstätte mit Christus sein. Niemand wird eine Entscheidung aufgezwungen, aber jeder junge Mensch soll davon hören und es erleben, wie Christus im Leben Richtung und Wegweisung geben kann.

Die Stunde der Besinnung, die wöchentlich die jungen Menschen der Jugenddörfer um die Bibel zusammenführt, die geistliche Woche, in der in evangelischer Weise die Botschaft jungen Menschen eine ganze Woche hindurch dargeboten wird, sind in den Jugenddörfern zum Mittelpunkt der Arbeit geworden.

10. Leitung. Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Präsidenten des Werkes, P. Arnold Dannenmann, Faurndau/Göppingen. Er hat mit einer Reihe von Mitarbeitern das Jugenddorfwerk ins Leben gerufen. In Faurndau ist auch die Zentrale des Werks.

11. Die Zahl. Ständig sind im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands etwa 15 000 junge Menschen in der Ausbildung.

12. Die „Schublade“. Zu welcher der Jugendarbeiten im Bundesgebiet gehört das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands? Die traditionellen Begriffe, wie Jugendpflege, Jugendfürsorge oder Jugendsozialarbeit auf dieses Werk anzuwenden, ist nicht möglich. Die Schublade, in die dieses Werk hineingeschoben werden könnte, ist nicht zu finden. Natürlich geschieht innerhalb des Werkes viel Fürsorge am einzelnen. Der junge Mensch, der aus der DDR kommt, der Spätaussiedler jenseits von Oder und Neiße, der elternlose Jugendliche, sie alle brauchen eine persönliche Fürsorge, und das Jugenddorfwerk hat sich zur Parole gesetzt: „Keiner darf verlorengehen.“ Natürlich wird im Jugenddorfwerk auch Jugendsozialarbeit getan. Man kann der jungen Generation von heute nicht begegnen, ohne sich mit den sozialen Umständen zu beschäftigen, und man wird von selbst darauf gestoßen, an diesen Umständen das zu verändern, was verändert werden muß, um das Leben erträglicher zu machen. Man könnte deshalb

sagen: Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands ist eine Säule in der Jugendsozialarbeit von heute. Aber es würde doch nicht das fassen, was das Werk eigentlich ist. Natürlich findet auch die Jugendpflege im traditionellen Sinn der Jugendgruppenarbeit ihre Auswirkung im Jugenddorfwerk. Man ist sogar der Überzeugung, daß die Art und Weise, wie die Jugendgruppenarbeit hier durchgeführt wird, „attraktiv“ genannt werden könnte.

Man kann sagen: Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands steht mitten in unserer Zeit und ist ein Teil der jungen Generation. Der Ministersohn ebenso wie der Heimatlose, die junge Arbeiterin und die Fabrikantentochter sind hier in einer Gemeinschaft miteinander verbunden, die aus dem Evangelium heraus leben will.

o) Übernationaler Bund – YMCA

In diesem Bund haben sich die verschiedenen landsmannschaftlich gruppierten jungen Christen – besonders aus den Ostgebieten – zusammengefunden. Der Übernationale Bund arbeitet mit dem Heimatlosen-Lagerdienst zusammen.

p) Das Weiße Kreuz

Die besonderen Fragen des jungen Mannes im Blick auf die sittliche Lebensanschauung werden durch den Bund des Weißen Kreuzes wahrgenommen. In der Hauptsache sind hier Ärzte, Psychotherapeuten und Jugendseelsorger tätig.

q) Zeitschriften

In Zusammenarbeit mit den Bündeln und Gliederungen wird eine Reihe von Zeitschriften für Jungen, Mädchen und junge Männer herausgegeben. Diese sind: „Die junge Schar“, Monatsschrift für 10- bis 13jährige; „Baustein“, Monatsschrift für 14- bis 17jährige Jungen; „Jugend unter dem Wort“, Monatsschrift für 14- bis 17jährige Mädchen; „Der junge Mann“, Monatsschrift für junge Männer ab 18 Jahre; „Die Glocke“, Monatsschrift junger Christen; „Mitarbeiterhilfe“, Zweimonatsschrift; „Steigbügel“, Arbeitshilfe für Jungenheimabende und Sonntagsgestaltung; „Eichenkreuz“, Sportzeitschrift; „Zu Gottes Lob und Ehre“, Mitteilungsblätter für Posaunenbläser.

Der Eichenkreuz-Zeitschriften-Verlag GmbH erreicht mit seinen Zeitschriften eine Auflage von über 100 000 Exemplaren. Darüber hinaus wird eine Reihe von Zeitschriften von den Bündeln und Gliederungen des Reichsverbandes herausgegeben, so unter anderem von der Arbeitsgemeinschaft der CVJM „Die Pflugschar“, vom Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands die „Mitteilungen des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland“, außerdem die „Hirsauer Blätter“, Zeitschrift für Lehrer an den Jugenddorf-Christophorus-Schulen, und „Der Leuchtturm“, Mitteilungsblatt für Mitarbeiter im Westdeutschen Jungmännerbund/CVJM.

Für den gesamten evangelischen Raum wird von Kassel ein Bibelleseplan und

Bibellesematerial herausgegeben, so unter anderem die „Handreichungen zur täglichen Morgenwache“ (Eichenkreuz-Verlag).

Der Reichsverband steht schon seit den Anfängen seiner Geschichte in engem Kontakt mit den verschiedenen CVJM-Bewegungen in aller Welt. Besonders durch die YMCA-Kriegsgefangenenhilfe wurde den deutschen Kriegsgefangenen eine wertvolle Hilfe zuteil, so durch Bibeln, wissenschaftliche Literatur, Sportgeräte usw. Auch nach dem Kriege wurde besonders durch die amerikanischen CVJM-Bewegungen dem deutschen Werk beträchtlich geholfen. Gegenwärtig hilft der deutsche Reichsverband im Weltbund der CVJM umgekehrt mit, die Nöte der Jugend in anderen Ländern zu überwinden. So wurde in der letzten Zeit im Reichsverband ein Programm für „Bruderhilfe“ durchgeführt, die Arbeit der CVJM-Jugenddörfer in Indien gefördert und ein deutscher Bruderschaftssekretär nach Südamerika ausgesandt. Insbesondere sollen auch die Jugendbegegnungen in Europa intensiviert werden.

Die Fragen der Verbindung zum Weltbund und auch zur Ausbreitungsarbeit der CVJM werden in einem besonderen Komitee, dem Arbeitskreis für Weltbundfragen, behandelt.

Der deutsche CVJM betont die Mitarbeit der jungen Männer in den Vereinen und Gruppen, außerdem die Führungskraft der Laien. In den einzelnen Gruppen, Bünden und im Reichsverband werden die Aufgaben durch hauptamtliche Mitarbeiter durchgeführt, in den Vereinen durch die leitenden Sekretäre und Jugendwarte, in den Bünden durch Bundessekretäre und Bezirksjugendwarte. Die geistliche Leitung in den Bünden liegt jeweils bei dem Bundes- bzw. Landeswart, im Reichsverband bei dem Reichswart.

Die Gesamtleitung des Reichsverbandes liegt in den Händen des Geschäftsführenden Ausschusses, der vornehmlich aus Laien besteht und auf der Reichsvertretung (Mitgliederversammlung) gewählt wird. Vorsitzender des Reichsverbandes ist P. Arnold Dannenmann, stellvertretender Vorsitzender Dipl.-Ing. Martin Cordes, Schatzmeister Direktor Heinz Büttner, Reichswart P. Dr. Horst A. Fild.

Der Reichsverband der Evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands ist Mitglied des Weltbundes der CVJM.

2. DER EVANGELISCHE REICHSVERBAND WEIBLICHER JUGEND (BURCKHARDTHAUS)

Der Evangelische Reichsverband weiblicher Jugend hat seinen Auftrag im Raum der evangelischen Kirche. Er wendet sich an die Mädchenjugend und an Frauen der jungen Generation, und sucht ihnen Heimat zu geben in der Gemeinschaft der Jugend und der Kirche.

Seine Zentrale ist das Burckhardthaus. Dort sammelt er die Erfahrung des praktischen Dienstes in den Gemeinden und in der sozialen Arbeit. Er wirkt in Westdeutschland und West-Berlin. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges war sein Mittelpunkt in Berlin-Dahlem für das ganze Gebiet des damaligen Deut-

schen Reiches. Der Name „Reichsverband“ erinnert noch daran. 1949 mußte die Arbeit geteilt und im Westen gesondert aufgebaut werden. In Berlin-Dahlem dient das 1914 errichtete ursprüngliche Burckhardt-Haus der Jugend West-Berlins, von Gelnhausen (Hessen) aus arbeitet der Verband für die junge Gemeinde in Westdeutschland, gemeinsam mit den evangelischen Landesverbänden weiblicher Jugend, den „Mädchenwerken“, und mit dem Weltbund christlicher Verbände junger Frauen, dem er als Mitglied angehört und durch den er der christlichen Jugend der Welt verbunden ist.

In den einzelnen Arbeitszweigen des Burckhardt-Hauses wird Beratung und Arbeitshilfe für die Mädchenjugend gegeben, getrennt nach Altersstufen, Gemeinschaftsformen oder Berufsgruppen.

Kinder und Jugendliche sind und leben verschieden. Der „Jungscharwinkel“ beschäftigt sich mit den Gruppen der 10- bis 14-jährigen. Drei Jungscharformen haben sich dabei entwickelt. In der „geordneten Jungschar“ finden die Kinder eine feste Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. In der offenen Jungscharstunde treffen sich die Kinder einer Gemeinde zu regelmäßigen Veranstaltungen. Im Kinderklub finden sie in ihrer Freizeit Beschäftigung und Gemeinschaft. Die 14- bis 20-jährigen treffen sich in den Gemeindejugendgruppen, die in allen Landeskirchen in vielfältiger Ausprägung bestehen.

In manchen Gemeinden hat sich auch die straffere Form des Gruppenlebens entwickelt, die sich „Ring evangelischer Mädchen“ nennt, für Mädchen, die engere Bindung, Lebensordnung und Gemeinschaft suchen. Schulwochen und Freizeiten führen ins Gespräch mit Fach- und Oberschülerinnen.

Der Evangelische *Mädchen-Pfadfinderbund*, der im Garten des Burckhardt-Hauses-West ein eigenes Haus für seine Bundeszentrale besitzt, ist die Gemeinschaft der Pfadfinderinnen in der evangelischen weiblichen Jugend.

Die Berufswelt prägt sie. Die *Sozialabteilung* bemüht sich um die Lebens- und Berufsfragen junger Arbeitnehmerinnen der verschiedenen Schichten und Gruppen, die in Kirche und Gesellschaft nicht beheimatet sind, zum Beispiel der jungen Arbeiterinnen. Die Sozialsekretärinnen der einzelnen Länder arbeiten mit ihnen in Kursen, auf Freizeiten und in den Arbeiterinnen- und Angestelltenklubs oder den „Häusern der offenen Tür“.

Den Berufsfragen und der beruflichen Förderung der Hausangestellten geht die *„Berufsgemeinschaft der evangelischen Hausangestellten“* nach.

Vielen fehlt die Heimat. Die *Flüchtlingsabteilung* ist die Kontaktstelle zu den Mädchen in den Flüchtlingslagern, zu den Gilden, die dem jungen Flüchtling helfen wollen, in Westdeutschland geistig und sozial heimisch zu werden und den Weg in das Leben der Kirche und ihrer Jugendgemeinschaften zu finden. Der Heimatlosen-Lagerdienst und der Arbeitskreis für Jugendgilden sind die damit beauftragten Verbände, die männliches und weibliches Jugendwerk gemeinsam tragen.

Mehr und mehr bedarf die Kirche der Mitarbeit und Mitverantwortung der Frau in Gemeindeseelsorge und Jugendarbeit, im Religionsunterricht, in sozialer Arbeit mit jungen Berufstätigen, mit Flüchtlingen, in Klub- und Wohnheimen. Das *Seminar für kirchlichen Frauendienst*, die „Bibelschule“ des Burckhardt-Hauses, gibt ihnen dazu die fachliche Befähigung in einem Ausbildungsgang von zweieinhalb Jahren.

Biblischer Unterricht, Glaubenslehre, Kirchengeschichte und Kirchenkunde legen die Grundlage für alle spätere Arbeit. Psychologie, Seelsorge und Pädagogik, Soziologie, Staatsbürgerkunde und soziale Gesetzgebung sollen dem Verständnis des heutigen Menschen und seiner Welt dienen. Literatur und Kunstgeschichte erweitern die allgemeine Bildung; der Unterricht in kirchlicher Unterweisung, praktischer Jugendarbeit, aber auch Chorleitung und Laienspiel, Basteln, Spiel und Gymnastik zielt unmittelbar auf den praktischen Dienst.

Ein besonderes Merkmal dieser Ausbildung ist die räumliche Verbindung mit der Arbeit des Reichsverbandes, die den Schülerinnen Einblick gibt in die Gegenwartsfragen evangelischer Jugendführung in Ost und West und in das Leben der Christenheit in den anderen Ländern.

Das Examen berechtigt zur Arbeit in allen Landeskirchen der EKD. Über Aufnahme- und Studienbedingungen orientiert ein besonderer Prospekt des Seminars.

Der *Burckhardthaus-Verlag* Gelnhausen und Berlin-Dahlem hält für den Verband und darüber hinaus für die evangelische Jugend überhaupt ein reiches Angebot an Arbeitsmaterial, Zeitschriften und Büchern bereit, das sich von Jahr zu Jahr durch eine umfangreiche Produktion vergrößert. Eigene Buchhandlungen in Gelnhausen, Berlin-Dahlem und Berlin-Zehlendorf besorgen den Verkauf und Versand guter Literatur und beraten bei allen Buchwünschen.

In den Redaktionen entstehen Zeitschriften: „Junge Gemeinde“, das Mitarbeiterblatt des Burckhardthauses für die Leiter und Leiterinnen evangelischer Jugendgruppen; „Die Jungschar“, das entsprechende Blatt für die Jungscharleiterinnen; „Horizont“, eine illustrierte Zeitschrift für Mädchen und Jungen von 14 Jahren an; „Am frühen Morgen“, ein Blatt für Mädchen von 10–14 Jahren; „Briefe für junge Erwachsene“, die zum selbständigen, verantwortlichen Christenleben führen wollen; „Der grüne Zweig“, das Organ des Mädchen-Pfadfinderbundes; „Offene Blende“, Blätter für berufstätige Jungen und Mädchen, vor allem Berufsschüler; „Schöne Musika“, eine laufend erscheinende Folge von Liedblättern für das mehrstimmige Singen.

Aus dem Gesamttraum der Evangelischen Jugend Deutschlands erscheinen im Burckhardthaus-Verlag: „Das junge Dorf“, die Zeitschrift der evangelischen Jugend auf dem Lande; „Arbeitshilfe Junges Dorf“, das zugehörige Blatt für Leiter; schließlich „Werk und Feier“ und der „Schuhlföfel“, die Vorschläge zu praktischer Gestaltung der Jugendarbeit bringen.

Im Buchverlag erscheinen vor allem: Bücher, die geeignet sind, jungen Menschen den Weg zum christlichen Glauben und zum christlichen Leben in der heutigen Welt zu zeigen. Biblische Auslegungen, Lieder- und Gebetbücher, Erzählbücher für Kinder und Jugendliche, Lesehefte für die Frau im Berufsleben, Bücher zur Jugendführung und Jugendseelsorge, Handwerkliche Hilfen für Konfirmanden- und Schulunterricht, Materialmappen zur Gestaltung des Lebens in den Gruppen und für Feste und Feiern.

Ein Gesamtverzeichnis aller lieferbaren Bücher und Schriften steht auf Wunsch zur Verfügung.

Für Tagungen und Ferienwochen ist das *Freizeitenheim* da. Das ganze Jahr über finden im Haus Kurse, Tagungen und Freizeiten statt. Theologen und Pädagogen, Gemeindehelferinnen, Sozialsekretärinnen, Klub- und Heimleiter-

rinnen, Gildenmeisterinnen, Singleiter und viele andere an der Jugendarbeit beteiligte Gruppen kommen zum Austausch von Erfahrungen oder zur Fortbildung zusammen. Von acht Tagen bis zu sechs Wochen dauern die Kurse, die ehrenamtliche Leiterinnen und Leiter in heutige Arbeitsmöglichkeiten evangelischer Jugendarbeit einführen.

Gruppen junger Menschen vom Land, von den Oberschulen oder aus den Fabriken und aus allen Schichten treffen sich zu Ferienwochen, die sie in dem alten Park am Haus und in der schönen Umgebung, am Vogelsberg und im Spessart, verbringen

Das Burckhardthaus hat seine *Geschichte*. Sie geht zurück in die Zeit, in der Zehntausende junger Mädchen vom Lande in die entstehende Berliner Industrie strömten, ohne in Berlin Halt und Heimat zu finden, in die Zeit des Mädchenhandels und des Massenelends junger Menschen. Der Berliner Pfarrer Johannes Burckhardt baute damals in eigener Initiative die ersten Wohnheime und Klubhäuser, setzte sich für den Jugendarbeitsschutz ein und organisierte Jugendvereine und soziale Dienste.

1893 wurde der „Evangelische Reichsbund weiblicher Jugend“ gegründet, 1895 an den Weltbund (YWCA) angeschlossen. Der Verband erhielt seine innere und äußere Gestalt unter Burckhardts Nachfolger Wilhelm Thiele (Leiter von 1914 bis 1928), der vor allem die planmäßige und gründliche Schulung der Mitarbeiterschaft betrieb und mit Frau D. Anna Paulsen zusammen das „Frauseminar für kirchlichen Dienst“ aufbaute. In der Zeit des Kirchenkampfes lag die Führung in den Händen von Otto Riethmüller (1928–1938), der für eine ganze Generation die theologische Ausrichtung der kirchlichen Jugendarbeit wesentlich bestimmte, vor allem, als neu zu klären war, in welcher Weise Kirche und Jugendwerk zusammengehörten. Seine künstlerische Arbeit ist im „Neuen Lied“, das er gestaltete, und im Evangelischen Kirchengesangbuch noch unmittelbar gegenwärtig. Die Zeit des zweiten Weltkrieges stand im Zeichen der Verkleinerung und Konzentration. D. Volkmar Hertrich war es, der den Verband durch die Kriegsjahre und die erste Nachkriegszeit führte. Auf ihn folgten Theodor Jänicke und Helmut Pfeiffer, die den Neuaufbau des Werkes in der Nachkriegszeit leiteten.

Neben allen diesen Männern, von Burckhardt an bis in die jüngste Zeit, stand in Oberin H. Zarnack die leitende Frau, die durch Jahrzehnte das Werk mittrug und die vor allem seine weltweiten Beziehungen durch zwei Kriege hindurch gewahrt hat.

Wer trägt zur Zeit die Verantwortung? Für den Evangelischen Reichsverband weiblicher Jugend insgesamt: Vorsitzender: Pastor Theodor Jänicke; stellvertretende Vorsitzende: Oberin Hulda Zarnack, beide Berlin-Dahlem; Direktoren: Oberin Gertrud Friedrich und Pastor Dr. Jörg Zink, beide Gelnhausen; Vertretung der Direktoren: Irmgard Becker. In der Burckhardthaus-Verlags-GmbH.: Verlagsleitung: Verlagsbuchhändler Gerhard Vaeth, Geschäftsführer der GmbH.

Insgesamt arbeiten im Burckhardthaus-West zur Zeit 70 Mitarbeiter, die Bibelschule besuchen 68 Schülerinnen.

3. DIE SCHÜLERBIBELKREISE

a) Entwicklung der Schülerarbeit seit 1945 (für die BRD)

Der Neuanfang nach der Kapitulation Deutschlands wurde durch den Willen bestimmt, nicht ungebrochen an die Tradition der Arbeitsformen anzuknüpfen, die vor der Selbstauflösung des Bundes deutscher Bibelkreise im Jahre 1934 bestanden. Vielmehr versuchte man in vielerlei Gestalt einen Weg zu finden, der die Entwicklung verarbeitete, die in der Zeit des Kirchenkampfes sich notwendig ergeben hatte. Es kam also darauf an, einerseits die theologische Besinnung auf den Ort der Jugend in der Gemeinde weiterzuführen und andererseits die Fragen zu verarbeiten, die mit dem Weg der bündischen Jugend in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg gestellt waren.

Es zeigte sich in diesen Überlegungen und praktischen Versuchen, daß eine einfache Fortführung der Arbeitsformen, die sich in den Jahren nach 1934 ergeben hatten, nicht möglich war. Ebenso wenig konnten die Arbeitsformen und Leitbilder der Arbeit vor dem Jahre 1934 restauriert werden. Außerdem ergab sich, daß um der Schülerarbeit (als der Begegnung von Schülern mit ihrer Sammlung unter dem Evangelium) willen sowohl ein werkmäßiger oder bundesartiger Zusammenschluß als auch eine kirchliche oder gemeindliche Veramtlichung vermieden werden mußten. Darum sind zur Zeit in den Schülerbibelkreisen alle Formen kontinuierlicher Arbeit zu finden, von denen der bündischen Jugend bis zu klubartigen Zusammenschlüssen usw. Arbeitsformen bündischer Art bewähren sich vielfach für die Unter- und Mittelstufe, jedoch spielen hier regionale und örtliche Notwendigkeiten die Hauptrolle (ob innerhalb der Schülerbibelkreise eine eigene Unter- und Mittelstufe getrieben wird, ist ebenfalls von den örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten abhängig). Wenn das Problem der Verbindlichkeit nicht formal, sondern material bedacht wird, das heißt als Verbindlichkeit des Evangeliums, dann erweisen sich verschiedenste Arbeitsformen als möglich.

b) Sachfragen

Ziel ist, Schülerarbeit als Funktion der jungen Gemeinde zu betreiben. Der Zusammenhalt der verschiedenen und divergierenden Gruppen ist in dem gemeinsamen Auftrag begründet: Verpflichtung der Gemeinden für ihre Schüler und Verpflichtung der Gruppen füreinander, gegenseitige Hilfe und Übung dieser so verstandenen Gemeinschaft unter Wort und Sakrament. „Schülerarbeit“ ist dabei nicht als prinzipielle Begrenzung auf Besucher höherer Lehranstalten zu verstehen, sondern als Ausrichtung auf ein bestimmtes Niveau und Bemühung um die Probleme, die im Leben dieser Gruppe von jungen Menschen eine besondere Rolle spielen. Da der Schwerpunkt in der Altersstufe von der Konfirmation bis zur Reifeprüfung gesehen wird, spielen zur Zeit vor allem die Fragen eine Rolle, die sich aus dem Deutsch-, Geschichts- und Religionsunterricht sowie aus der Problematik der Berufswahl ergeben. Stichwort: Verpflichtung zum Denken und Verantwortung im Glauben.

c) Streunungsbreite

Grundstruktur ist immer noch die kontinuierliche Arbeit am Ort in Gestalt regelmäßiger Zusammenkünfte. Gruppen oder Kreise dieser Art finden sich im Bereich aller Landeskirchen, am stärksten in Hannover, Westfalen, Rheinland, Württemberg und in Westberlin. Vor allem in Bayern und Berlin ist daneben durch die Nacharbeit von Schulwochen ein neuer Typ von Gruppen entstanden, fast nur auf die Auseinandersetzung von Problemen der Oberstufe beschränkt.

Ein weiteres wichtiges Element bilden Sonderveranstaltungen, ein- bis fünftägige Tagungen, zu denen, meist im Verein mit anderen Gruppen evangelischer Jugend, mit den Landesjugendpfarrern und gelegentlich auch mit den Akademien, allgemein an den Schulen eingeladen wird. Ziel dieser und ähnlicher Aktionen ist nicht die Gewinnung neuer Mitglieder für die verschiedenen Gruppen evangelischer Jugend, sondern allein die Konfrontierung von Schülern der Oberklassen mit dem Evangelium (unter den jeweiligen Sachfragen) und das Gespräch. „Einkehrtage“ und ähnliche Veranstaltungen gehören zu dieser Gruppe.

Ähnlich liegt die Problematik bei Freizeiten von längerer Dauer, die vor allem für die Schüler von Bedeutung sind, die entsprechend der örtlichen Situation (Landstädte und dergleichen) an einer kontinuierlichen Arbeit nicht teilnehmen können.

d) Die Arbeit der Schulwochen

Nach 1945 begann die katholische Kirche mit sogenannten religiösen Schulwochen, die eine Art von Sonderexerzitien für Besucher von höheren Schulen darstellten. Da es sich hierbei um eine Veranstaltung der Schulen handelte, war bei paritätischen Schulen sofort eine entsprechende Aktion für die evangelischen Schüler nötig. Die evangelische Konzeption, die mit der Zeit erarbeitet wurde, sieht die Schulwochen als eine besondere Form von Evangelisation, in Auseinandersetzung mit den Sachfragen der Schule; nicht in Konkurrenz zu Religionsunterricht (evangelischer Unterweisung) oder Jugendarbeit, sondern als notwendige Ergänzung.

Schulwochen können nicht unmittelbar zum Aufgabenbereich der Schülerbibelkreise gehören. Ihre Durchführung obliegt im allgemeinen besonders dafür beauftragten oder freigestellten landeskirchlichen Pfarrern (Beauftragten für Schulwochen und dergleichen, zum Teil in Personalunion mit dem Amt des Landeswartes der Schülerbibelkreise). Ihre Erwähnung in diesem Zusammenhang ist notwendig, weil die Arbeit der Schülerbibelkreise in einem Gesamtzusammenhang evangelischer Schülerarbeit als Funktion der Gemeinde gesehen werden muß. Berührungspunkte liegen vor allem in der Vorbereitung und Nacharbeit der Schulwochen; ihre Verstärkung ist sachlich um beider Partner willen notwendig.

e) Organisatorische Bemerkungen

Gliederung der Schülerbibelkreise ist durch die Landeskirchen gegeben. Dabei sind sachlich und formal sowohl Zusammenarbeit als auch Überschneidungen

notwendig. Die einzelnen Landesstellen sind unabhängig. Beschlußfassendes Gremium ist die Vertreterversammlung. Die Arbeitsgemeinschaft der Landeswarte und der Arbeitsausschuß sind planende und ausführende Organe.

Zu den wesentlichen Aufgaben zählt die Bereitstellung von geeignetem Schrifttum. Hier sind die Schülerzeitschrift „Jungenwacht“, die Anleitung zur Bibellese „Suchet in der Schrift“ (gemeinsam mit dem MBK) und die Schriftenreihen „Echo der Zeit“ und „Das Gespräch“ (für Fragen der Oberstufe, bisher 26 Titel) zu nennen, alle im Jugenddienst-Verlag, Wuppertal-Barmen.

4. DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR EVANGELISCHE FRAUEN- UND MÄDCHEN-BIBEL-KREISE (MBK)

In ihrer Struktur sind die Mädchen-Bibel-Kreise im Blick auf ihre Geschichte geprägt durch die Erweckungsbewegung, ähnlich wie die Studentenbewegung und die Schülerbibelkreise, und durch das reformatorische Verständnis der Schrift. Sie sind Frucht einer von Gott gegebenen Bewegung unter Schülerinnen höherer Schulen, Seminaristinnen, Studentinnen und anderen Berufsausbildungen. Lehrerinnen und andere Frauen im Beruf, Pfarrer und Pfarrfrauen sammelten Kreise um die Bibel. 1919 schlossen sich diese Gruppen aus ganz Deutschland zusammen zum Deutschen Bund der Mädchen-Bibel-Kreise (MBK).

Die Zielsetzung damals und heute ist, den Schülerinnen der Ober- und Fachschulen, den jungen Menschen in Studium und Berufsausbildung in ihrer besonderen Lage der geistigen Auseinandersetzung und praktischen Lebensfragen das Evangelium von Jesus Christus als dem gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Herrn zu verkündigen und ihnen zu einem Leben aus der Kraft des Evangeliums zu helfen.

Daraus erwuchs von Anfang an auch der Dienst an der Frau im Beruf und in der Familie, die sich wie die Schülerinnen in Bibelkreisen sammeln, zu Ausspracheabenden, Tagungen und Freizeiten eingeladen werden. Die MBK wollen nicht Selbstzweck sein, sondern durch biblische Verkündigung und Vertiefung wieder zu eigenem missionarischem Dienst rufen. Sie tun ihre Arbeit in der Gemeinschaft der um Gottes Wort und Sakrament sich sammelnden Gemeinde.

Die MBK-Arbeit ist heute keine Organisation im engeren Sinn, sie verzichtet auf Mitgliedschaft. Seit der Auflösung des Bundes 1934 versteht sie sich als eine Arbeitsgemeinschaft, in der die verschiedenen Mitarbeiterkreise organisch einander zugeordnet sind. Darin wird deutlich, wie geistliche Verbindung und gemeinsame Arbeit miteinander wachsen. Der *Arbeitsausschuß*, der die Arbeitsgemeinschaft der MBK e. V. bildet, trägt die Verantwortung für die Gesamtarbeit und ihre geistliche Führung. Er beauftragt den *Vorstand* mit der Leitung und Durchführung der Aufgaben. Vorsitzende ist Frau Elisabeth Brandt, Geschäftsführende Vorsitzende Alexandrine Schmidt und Generalsekretärin Vikarin Käte Kreling. In seinen Beschlüssen ist der Arbeitsausschuß dem *Vorständetag* verantwortlich. In diesem sind die Frauen- und Mädchen-Bibel-Kreise innerhalb der einzelnen Landeskirchen durch ihre Vorstandsmitglieder vertreten. Sie sind

verantwortlich für die Arbeit in ihrem Gebiet, in dem die *Landessekretärinnen* als hauptamtliche Kräfte ihren Dienst für die Schülerinnen und Erwachsenen tun.

Die Arbeit wird verantwortlich mitgetragen durch den Kreis der *Trägerschaft*. Darin ist es in besonderer Weise die Nachwuchsgeneration, die sich als Junge Trägerschaft namentlich zusammengeschlossen hat und sich neben Studium und Beruf nach Kräften mitarbeitend einsetzt. Und schließlich ist es der weite Kreis der Freunde, die durch Opfer und Gebet die Arbeit tragen und den entscheidenden Hinterhalt für die missionarische Arbeit unter der Jugend bilden.

Die MBK-Arbeit hat in einem eigenen Haus in *Bad Salzuflen* ihre *Zentrale* für die Schülerinnen- und Berufstätigen-Arbeit und für die verschiedenen Arbeitszweige.

Die Arbeit an den jungen und älteren *Erwachsenen* geschieht in regelmäßigen Bibelkreisen, in gelegentlichen Freundesabenden und im Werben um die verschiedenen Berufsgruppen durch Einladung zu offenen Abenden, Wochenendtreffen und Tagungen. Hier hat der Reisedienst seine Aufgabe und der Einzelbesuch. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Feriengemeinschaften, aus denen sich neue Aufgaben für die nachgehende und aufbauende Arbeit ergeben. Sechs Mitarbeiterinnen stehen in Zentrale und Ländern besonders für diese Arbeit zur Verfügung. Eine wichtige Hilfe ist das *Schrifttum* des MBK-Verlages, vor allem die Schriftenreihe „Arbeit und Stille im Leben der Frau“.

Die *Schülerinnenarbeit* geschieht durch die Landessekretärinnen und die Generalsekretärinnen und hat vielfältige Formen. Da ist zunächst die Weite der missionarischen Möglichkeit durch Mitarbeit in den Schulwochen und die Durchführung einzelner Schulbesuche, Einkehrtage für die Abschlußklassen, Freizeiten für Schülerinnen und Abiturientinnen. Da sind die Aussprache-Nachmittage und Wochenendtreffen und Kreise für Schülerinnen. Während die Schülerin der Mittelstufe noch im Kreis Heimat findet, um in ihren Fragen um Familie, Schule und Freundschaft sich zu klären, wird die Schülerin der Oberstufe mehr in der offenen Arbeitsgemeinschaft erfaßt mit Referat und Diskussion. Inhaltlich geht es besonders um die Auseinandersetzung unter dem Thema „Glauben und Denken“, um die Fragen des persönlichen Glaubens, die Auseinandersetzung mit den Religionen, mit den Problemen der Literatur, Philosophie und Naturwissenschaft. Dazu hilft auch das gedruckte Wort, die *Zeitschrift* „*Der helle Schein*“ und die „Schülerbriefe“. Einen besonders starken Umfang haben die Sommerfreizeiten, durch die immer wieder viele Fernstehende erreicht werden. Neben den etwa 20 hauptamtlichen Sekretärinnen helfen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen, besonders Studentinnen.

Anregung und Wegweisung bekommt die ganze Arbeit durch die jährliche *Mitarbeitertagung* um Ostern, die bis zu 200 Teilnehmer hat. Mehrtägige und vier- bis achtwöchige Lehrgänge und Kurse, die immer wieder neue Menschen für die Mitarbeit in Gemeinde und Jugendarbeit gewinnen, können noch mehr ausgebaut werden, sobald das neue Tagungshaus in Bad Salzuflen fertig ist, das gerade im Bau ist.

Seit 1924 ist die MBK-Arbeit Träger einer Bibelschule. Sie ist das Herzstück der Arbeit, weil aus diesem *Seminar für evangelischen Gemeindedienst* immer wieder Mitarbeiterinnen in die eigene Arbeit gehen, die weitaus meisten aber in verschiedene Zweige der Gemeindearbeit und der ganzen kirchlichen Arbeit und

in den Dienst der Äußeren Mission. Das Seminar bildet in zweieinviertel Jahren zum Beruf der Gemeindehelferin aus. Die Prüfung wird vor dem Vertreter der westfälischen Kirche abgenommen, der sich die Bibelschule zugeordnet hat. Der Ausbildungsgang umfaßt ein theoretisches Jahr mit eingebauter praktischer Mitarbeit bei Freizeiten und in einer Volksmissionswoche. Das dritte Semester ist ein Gemeindepraktikum, das vierte gibt in besonderer Weise Anleitung zum selbständigen Arbeiten, das fünfte führt zum Examen. Daran schließt sich ein Probejahr an. Nach erfolgreichem Abschluß bekommt die Gemeindehelferin während einer Rüstwoche den Eignungsvermerk und wird in einer gottesdienstlichen Feier zum Dienst ausgesandt. Der Unterricht wird von etwa acht Theologen und anderen Fachkräften erteilt, er umfaßt vor allem die biblischen Fächer in Exegese und Bibelkunde, Heilslehre, Katechetik und Methodik mit praktischen Lehrproben in der Schule, Anleitung zur Jugend- und Gemeindearbeit, Sozialkunde, Psychologie, Singen und Chorleitung, Missions- und Konfessionskunde, eine Arbeitsgemeinschaft über moderne Literatur. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt darin, dem jungen Menschen selber zu helfen, daß Gottes Wort für ihn Grundlage des Lebens und Dienstes ist, und ihm Zurüstung zu geben für den Dienst an der Jugend und in der Gemeinde.

Schon seit den Anfangsjahren hat die MBK-Arbeit einen eigenen *Anteil an der Weltmission*, 1925 wurden die beiden ersten MBK-Missionarinnen ausgesandt nach Nordwest-China. In Verbindung mit der China-Inland-Mission haben sie und die fünf später ausgesandten Missionarinnen dort arbeiten und in zwei Städten und den vielen Ortschaften umher eine kleine Gemeinde sammeln dürfen, bis 1951 alle Missionsleute China verlassen mußten. Heute stehen drei Missionarinnen der MBK-Mission in Japan in der Arbeit unter körperbehinderten Frauen und in der Mitternachtsmission, und eine in Indien in Verbindung mit der Breklumer Mission. Diese Aufgabe, die sehr konkret zum Opfer der Fürbitte und des Geldes ruft, hat sich für die älteren und für die jüngeren immer wieder als eine Gabe von Gott erwiesen.

In allen Arbeitsgebieten nimmt die MBK-Arbeit dankbar teil an der Gemeinschaft derer, die mit ihren Gaben am gleichen Werk stehen. Sie ist Glied der Frauenarbeit der Evangelischen Kirche und der Arbeitsgemeinschaft für Berufstätigenarbeit, der Konferenz der Gemeindehelferinnen-Seminare, im Deutschen Evangelischen Missionstag und im Japan-Komitee deutscher Missionen, im Verband evangelischer Buchhändler. Ihre Missionsarbeit stellt sie in besonderer Weise in die Gemeinschaft der Ökumene.

5. DER JUGENDBUND FÜR ENTSCHIEDENES CHRISTENTUM

Am 2. Februar 1881 gründete Pastor Dr. Francis Clark den ersten Jugendbund für entschiedenes Christentum. Das geschah in der kongregationalistischen Williston-Kirche in Portland im Staate Maine (USA). Francis Clark nennt die Bildung des ersten EC-Bundes das wichtigste Ereignis seines Lebens, denn in kurzer Zeit entstanden viele Jugendbünde, die eine segensreiche Arbeit entwickelten. Zunächst breitete sich die Bewegung in englisch sprechenden Ländern aus:

Amerika, Asien, Afrika, Australien, Südsee und England. Sie fand aber auch bald Eingang in anderssprachigen Ländern.

Was war die Eigenart dieser Bewegung? Was wollte sie? Der Gründer des EC ersehnte sich für seine Gemeinde eine missionarisch einsatzbereite Schar. Er fand einen Debattier-Klub, einen Musikverein, außerdem wurden Unterhaltungsabende veranstaltet. In einem besonderen Kreis wurde das Interesse an der Mission geweckt und gepflegt. Pastor Clark genügte das nicht. Er verfaßte ein Gelübde für einen Jugendbund und legte es seiner Gemeindejugend zur Unterschrift vor. Es wurde angenommen. So entstand der erste Jugendbund für EC. In diesem Gelübde gelobte jeder seinem Herrn und Heiland Treue im Berufsleben, im täglichen Bibellesen und im Gebet. Ferner gelobte jedes Mitglied regelmäßigen Besuch der Gottesdienste und tätige Mitarbeit im Jugendbund. Das Gelübde sollte Ausdruck der Glaubenshingabe sein, die Gottes Geist und die Liebe Jesu wirken.

Im Jahre 1894 wurde der erste Jugendbund (EC) in Deutschland gegründet. Der Kandidat der Theologie Friedrich Bleher wurde auf die EC-Bewegung in anderen Ländern aufmerksam und setzte sich tatkräftig dafür ein, daß sie auch in Deutschland Eingang finden möchte. Er schrieb Aufsätze für einige führende kirchliche Zeitschriften. Im gleichen Jahr kam auch Pastor Dr. Clark nach Deutschland und sprach in verschiedenen Jünglingsvereinen über die Jugendbundbewegung. In Berlin sprach er vor geladenen Pfarrern und Mitgliedern der gerade in Berlin tagenden Generalsynode. Trotz mancher Kritik, die hier und da ausgesprochen wurde, gründete am 7. Oktober 1894 in der reformierten Gemeinde in Bad Salzuflen (Lippe) Pastor Hobbing den ersten Jugendbund in Deutschland. In kurzer Zeit entstanden in verschiedenen Städten weitere EC-Bünde.

Es war damals die Zeit der Jünglings- und Jungfrauenvereine. Der EC arbeitete von vornherein koedukativ. Das wurde damals von vielen nicht verstanden. Im Laufe der Jahrzehnte hat diese Arbeitsweise sich aber bewährt.

Im Jahre 1900 schlossen sich die bestehenden deutschen Jugendbünde im „Deutschen Verband der Jugendbünde für entschiedenes Christentum“ zusammen. Die Zahl der Bünde stieg. Den höchsten Mitgliederstand erreichte das deutsche Werk im Jahre 1922 mit 1333 Jugendbünden und 40 450 Mitgliedern.

Ein Wort zur Arbeitsweise im EC: Die Bibel stand von Anfang an im Mittelpunkt. Was immer im Jugendbund geschieht, soll seine Ausrichtung und Kraft, seine Weite und Begrenzung vom Wort Gottes her erfahren. Bis heute ist das Gespräch über der Bibel Kernstück unserer Jugendbundstunden. In diesen Gesprächen klammern wir die Fragen des modernen jungen Menschen nicht aus, sondern suchen Antwort und Weisung für unsere Zeit.

Daß der junge Mensch sich zu Christus *bekehre*, war des Gründers Anliegen. Genau das wird im Dienst am jungen Menschen erstrebt. Dabei geht es im EC nicht um eine genormte Bekehrungsmethode, nicht um menschliches Machwerk, nicht um ein zeitlich festgelegtes Bekehrungserlebnis, sondern um den durch Gottes Wort gewirkten Glauben, um die bewußte Hinwendung zu Jesus Christus und seiner Gemeinde. Ein Satz aus der Mitgliederkarte für freundschaftliche Mitglieder bringt zum Ausdruck, daß den jungen Menschen nicht eine bestimmte Form aufgezwängt oder daß sie überfordert werden sollen: „Ich will

es nach Gottes Wort lernen, eine gründliche Entscheidung für Christus in meinem ganzen Leben durchzuführen.“

Größere soziale Aufgaben hat das Werk nie in Angriff genommen, sie gehörten nicht zu seinem Auftrag, aber der Dienst im Kleinen, in der helfenden Begegnung von Mensch zu Mensch, wird als Christenpflicht immer wieder aufgezeigt, weil man meint, daß er wichtig und hilfreich für junge Menschen ist, die Christus nachfolgen wollen. Viele EC-Mitglieder sind Helfer in Sonntagsschulen und Kindergottesdiensten geworden. Nach dem Krieg lebte die Arbeit in den Jungscharen auf. Die Leitung der Jugendbünde und Jungscharen wird in der Regel von ehrenamtlichen Kräften getragen.

Als freies Werk innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland gehören die Glieder zu den Kirchengemeinden ihrer Städte und Dörfer und beteiligen sich am gottesdienstlichen Leben der Gemeinden. Die meisten Jugendbünde gehören zu den landeskirchlichen Gemeinschaften und erfüllen in deren Raum mancherlei Aufgaben: Chorsingen, Krankenbesuche und Blätterverteilen.

Eine eigene Studentenarbeit hat der EC nicht. Die studierenden EC-Mitglieder beteiligen sich an den Universitätsorten an den Veranstaltungen der Studentengemeinde oder der Studentenmission (SMD). Jährliche Freizeiten führen manche EC-Studenten zu offenen Aussprachen zusammen.

Die EC-Arbeit ist immer auf die *Mission* ausgerichtet gewesen. Die Jugendbünde haben zu verschiedenen Missionen Verbindung. Eine besondere Verpflichtung übernahm der EC der Liebenzeller Mission gegenüber, die ihre Arbeitsfelder in der Südsee hat. Bis heute wird der Südsee-Mission mit Gaben geholfen.

Seit einigen Jahren wird der kleine österreichische EC-Verband in Kärnten unterstützt. Auch dem EC-Werk in Spanien konnte tatkräftig geholfen werden. Für die Hungernden in Indien wird bis zum heutigen Tage gesammelt.

Dem deutschen EC-Verband sind 750 Jugendbünde angeschlossen mit 11 600 Mitgliedern. Die Zahl der Gäste in den Jugendbundstunden beträgt 5800. Außerdem werden in 342 Sonntagsschulen 12 600 Kinder betreut und in 266 Jungscharen 5600 Jungen und Mädchen erfaßt.

Die monatliche Zeitschrift für Mitglieder und Freunde, „Die Jugendhilfe“, erscheint in einer Auflage von 12 600, die Mitarbeiterhilfe, „Auftrag und Weg“, zweimonatlich in einer Auflage von 3200 Exemplaren. Die Zeitschrift für die Jungscharen, „Die Spur“, erscheint monatlich mit 4700 und die „Sonnenstrahlen“ (Evangelisches Sonntagsblatt für Kinder) wöchentlich in 12 200 Exemplaren.

Seit 1926 hatte der Verband eine sehr schöne Zentrale in Woltersdorf bei Erkner (Mark). Dieses Haus steht in der DDR und dient heute als evangelisches Krankenhaus. Die Zentrale ist jetzt in Kassel, Kleine Rosenstraße 4. Vorsitzender des Verbandes ist Pfarrer Arno Pagel, Kalbartal, Post Oberwiehl, Bez. Köln. Geschäftsführer ist Georg Meier, Kassel, Kleine Rosenstraße 4.

6. DIE CHRISTLICHE PFADFINDERSCHAFT

Die Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands gehört zur Evangelischen Jugend Deutschlands. Ihre Gruppen sind Jugend der örtlichen Kirchengemeinden. Ge-

meinsam mit der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg und dem Bund Deutscher Pfadfinder bildet sie den Ring deutscher Pfadfinderbünde.

Die Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands weiß sich der *Erziehung* zu verantwortungsbewußter Persönlichkeit verpflichtet und zum gehorsamen und dankbaren Leben in den Ordnungen Gottes gerufen.

Jungen von 9 bis 12 Jahren gehören zur *Wölflingsmeute*, die in ihrer Arbeit auf die in diesem Alter wesentlich vom Gemüt her bestimmte Gedankenwelt des Jungen Rücksicht nimmt und sich des Liedes, des Spieles und der Werkarbeit bedient. Das Evangelium wird hauptsächlich erzählend den Jungen nahegebracht. Geführt werden die Meuten meist von jungen Mädchen und Frauen, weil sie diesen Jungen in der ihnen gemäßen Art begegnen.

Jungen von 12 bis 17 Jahren sind in den Stammesgemeinschaften beieinander, für die die kleinen, überschaubaren „*Sippen*“ charakteristisch sind, wo jeder an seinem Teil mithelfen muß und somit das bloße „Sich-bedienen-Lassen“ schlecht möglich ist. Geordnet werden diese Gemeinschaften durch das freiwillig anerkannte *Pfadfindergesetz* und -versprechen. Der einzelne Junge wird auch durch bestimmte Proben und Aufgaben weitergeführt. Heimabend, Fahrt und Lager gehören wesentlich zur Stammeserziehung.

Die *Jungmannschaft* umfaßt die jungen Männer über 17 Jahre. Die Jungmannschaften sind in Prägung und Arbeitsformen ganz verschieden; sie versuchen, sich zu informieren und hineinzufinden in Kirche, Gesellschaft, Politik, Kultur, Arbeitswelt. Einen besonderen Zweig bilden die *Hochschulgruppen* der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands, die sich um viele den Studenten aufgegebene Fragen mühen und so ein Gegengewicht gegen den Zug zum reinen Spezialistentum schaffen. Durch ihr gemeinsames Leben versuchen sie, den jungen Studenten den Einstieg zu erleichtern, und dem gesamten Bund helfen sie durch ihre theoretische Arbeit.

Räumlich gliedert sich die Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands in

a) Ortsringe (Arbeitsgemeinschaft von Meute, Stamm und Jungmannschaft an einem Ort oder in einer Gemeinde);

b) Gaue (räumlich beieinanderliegende Gruppen, die zusammenarbeiten können);

c) Landesmarken (meist das Gebiet einer Landeskirche).

Im „Pfad-Verlag“ erscheinen die „Kreuzwacht“, für die Alterschaft, viermal jährlich; „Auf neuem Pfad“, für die Jungmannschaft, sechsmal jährlich; das „Jungenland“, für 12- bis 16jährige, monatlich; der „Ratsfelsen“, für 9- bis 12jährige, monatlich; „Führerblätter“, nach Bedarf; der „Jungenkalender“, jährlich.

7. DER EVANGELISCHE MÄDCHEN-PFADFINDERBUND IM EVANGELISCHEN REICHESVERBAND WEIBLICHER JUGEND E. V. (BURCKHARDTHAUS)

Der Evangelische Mädchen-Pfadfinderbund ist die Gemeinschaft der Pfadfinderinnen in der deutschen evangelischen Frauenjugend. Er stellt sie unter die Verkündigung des Evangeliums und rüstet sie in pfadfinderischer Art für die Aufgaben in Familie, Beruf, Volk und Kirche.

Der EMP ist dem Reichsverband weiblicher Jugend e. V. (Burckhardthaus) angeschlossen und gehört damit zum Christlichen Weltbund weiblicher Jugend (YWCA). Er ist ein Jugendverband innerhalb der evangelischen Jugend Deutschlands und erkennt deren Ordnung an.

Mit dem Bund Deutscher Pfadfinderinnen und der Pfadfinderinnenschaft St. Georg bildet der Evangelische Mädchen-Pfadfinderbund (mit dem Bund Christlicher Pfadfinderinnen, Bayern) den Ring Deutscher Pfadfinderinnenbünde. Dieser ist Mitgliedsverband im Deutschen Bundesjugendring und im Weltbund der Pfadfinderinnen. Gesetz, Versprechen und Losung: Allzeit bereit! verbindet die Pfadfinderinnen der Welt.

Gliederung und Organisationsform des Verbandes stellen sich wie folgt dar: Alle Führerinnen werden von den Pfadfinderinnen gewählt. Die Landesmeisterinnen sind für alle Scharen innerhalb eines Landes im EMP (die Landesgrenzen decken sich mit denen der evangelischen Landeskirchen im Bundesgebiet) verantwortlich. Alle Landesmeisterinnen haben Sitz und Stimme in der Landesmeisterinnenkonferenz. Die Bundesleitung wird gebildet aus der Bundesmeisterin, der stellvertretenden Bundesmeisterin (beide ehrenamtlich), der leitenden Bundessekretärin (im Angestelltenverhältnis des Bundes), einer Landes- und Stammesmeisterin, der Direktorin und dem Direktor des Evangelischen Reichsverbandes weiblicher Jugend e. V. (Burckhardthaus).

Nach einem kurzen Aufbau evangelischer Pfadfinderinnenarbeit in den Jahren 1926 bis 1934 wurde nach der Unterbrechung während des Dritten Reiches 1947 wieder mit der Arbeit begonnen. Seitdem sind in allen Ländern des Bundesgebietes einschließlich West-Berlin Gruppen evangelischer Pfadfinderinnen entstanden. In Bayern arbeitet der Bund Christlicher Pfadfinderinnen, während der EMP dort keine Arbeit tut.

Zur Zeit gehören etwa 6000 Pfadfinderinnen und etwa 1000 Wichtel (Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren) zum EMP. Die Führung der örtlichen Gruppe (Schar) liegt zu 82 % in der Hand von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen.

Die Bundeszentrale befindet sich in einem 1956 erbauten Haus auf dem Gelände des Burckhardthauses. Sie beherbergt die Verwaltungsräume und Wohnungen für die Mitarbeiterinnen. Tagungen, Lehrgänge und Konferenzen werden dort abgehalten. In weiteren Zeitabständen finden große Bundeslager statt. In den Ländern werden seit 1951 fast jährlich Lager und Treffen durchgeführt.

Neben den Konferenzen der Landesmeisterinnen werden in der Bundeszentrale (und von der Bundeszentrale an anderen Orten) Studientage, Rüstwochen, Schulungen für Nestälteste, Scharälteste und Stammesmeisterinnen, Kurse zur Erlangung der Lagerlizenz, Ferienfahrten und Einsatzlager durchgeführt.

Evangelische Pfadfinderinnen waren bei den Kirchentagen und den Jugendtagungen des Burckhardthauses für Vorbereitung und Durchführung mit im Einsatz, ebenso stellen sie sich ihrer Heimatgemeinde zur Verfügung.

In allen zurückliegenden Jahren haben Pfadfinderinnen des EMP an Lagern und Konferenzen im Ausland teilgenommen, die entweder von einzelnen Bünden, evangelischen Gruppierungen oder dem Weltpfadfinderbund organisiert waren.

In jedem Jahr arbeiten die Gruppen, besonders die Altpfadfinderinnen ab 17 Jahren, an der vom Bund ausgegebenen Jahresaufgabe:

- 1954 Unsere Heimat;
- 1955 Der Deutsche Osten;
- 1956 Frauen in aller Welt;
- 1957 Pfadfinderinnen in aller Welt;
- 1958 Der gemeinsame Weg: Unsere Gruppe;
- 1959 Der gemeinsame Weg: Unsere Gemeinde.

Daß der EMP ganz bewußt in der Pfadfinderinnen-Gemeinschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt stehen kann, ist möglich durch die Verankerung der einzelnen Gruppe in ihrer Heimatgemeinde und durch ihre Gliedschaft in der Evangelischen Kirche. Mit dem Leitwort des Bundes „Gott will, daß wir sein Eigentum werden zum Lobe seiner Herrlichkeit“ (Eph. 1, 14), ist ihm mit der gesamten evangelischen Jugend das eine und gemeinsame Ziel gewiesen. In dieser jungen Gemeinde unterscheidet er sich von anderer evangelischer Jugend durch eine verbindliche Lebensordnung und verantwortliche Gestaltung des Gruppenlebens.

Als Schulungsmaterial für die Führerinnen wird von der Bundesleitung der Rundbrief an die Scharältesten herausgegeben (500 Exemplare abonniert), ebenso eine Führerinnen-Mappe (Auflage 1000–3000). Für die Hand der Wichtelmütter wird „Hier werken die Wichtel“ als Arbeitshilfe verschickt (100 Exemplare abonniert). „Der Grüne Zweig“ ist die Zeitschrift für alle Pfadfinderinnen (Auflagenhöhe 4000). In Arbeitsgemeinschaft mit der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands wird jährlich eine Mädchenausgabe des Jahrbuches „Unser Pfad“ herausgebracht (Auflage 3000).

Als äußeres Zeichen der Verbundenheit und Zugehörigkeit zum Evangelischen Mädchen-Pfadfinderbund trägt die Pfadfinderin ein grünes Trachtkleid mit einer silbergrauen Mitella (gebundenes Dreiecktuch). Für Fahrt und Lager ist ein praktisches Baumwollkleid, in hellerem Grün gehalten, eingeführt. Die Tracht ist ein Ausdruck der Lebensordnung, in die hinein sich die Pfadfinderin freiwillig verpflichtet hat.

Durch die pfadfinderischen Methoden und Mittel wie spielendes Lernen, vielseitige Beschäftigung, Beobachtung, Leben in kleinen Gemeinschaften wird Hilfe für die Anforderungen des Lebens gegeben.

8. DIE GEMEINDEJUGEND

Die Gemeindejugend umfaßt alle evangelischen Jugendgruppen, die sich als Stand der Gemeinde der örtlichen Kirchengemeinde zugehörig und verantwortlich wissen, ohne daß darüber hinausgehende Bindungen bestehen (Leitsatz 1 der Gemeindejugend). Es ist das besondere Kennzeichen der Gemeindejugendgruppen, daß sie keinem geschlossenen Verband mit einheitlichen Satzungen angehören. Es gibt daher Gemeindejugendgruppen in allen Variationen: Von der offenen Klubarbeit bis zum strenggeformten Bund, nach Geschlechtern getrennte und gemischte Gruppen, Aufteilung nach Altersgruppen, Jungscharen oder

Jugendliche (das heißt 14- bis 18jährige) und „Junge Gemeinde“ (das heißt über 18jährige) oder Zusammensein aller Altersstufen.

Die Gemeindejugend bestreitet nicht, daß auch die Gruppen der evangelischen Jugendverbände „Jugend der Gemeinde“ sein wollen. Sie selbst will in besonderer Weise in die Ordnung der Gemeinde eingefügt ihr Jugendleben führen. Damit hängt zusammen, daß ein erheblicher Teil der Jugendgruppen, vor allem in der Diaspora, vom Pfarrer oder der Pfarrfrau geführt werden.

In der Geschichte der Gemeindejugend seit 1945 kann man drei Phasen unterscheiden. Die erste Phase, unmittelbar nach dem Kriege, war dadurch bestimmt, daß die Gemeindejugend die maßgebende Form der Jugendarbeit war, neben der es keine anderen Formen gab. In der zweiten Phase bauten die alten Verbände und Gruppierungen, wie zum Beispiel CVJM und CP, ihre Arbeit wieder auf. Einzelne ihrer Vertreter sahen in der Entstehung einer Gemeindejugend während des Dritten Reichs nur eine Notlösung, die nun wieder beseitigt werden könne. Der Fortbestand der Gemeindejugend erschien ihnen nicht richtig. Die dritte Phase wurde durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft am 25. 6. 1954 eingeleitet. Diese wurde nötig, um die Meinung der Gemeindejugend zur Geltung zu bringen. Man war und ist sich dabei im klaren, daß die Gemeindejugend niemals ein besonderer Verband werden kann, weil dies ihrem Wesen widersprechen würde. Die neue Arbeitsgemeinschaft wurde von der Jugendkammer anerkannt und drei Sprecher der Gemeindejugend in die Jugendkammer aufgenommen.

Heute gibt es Arbeitsgemeinschaften der Gemeindejugend in Baden, Pfalz und Bayern. In anderen Landeskirchen, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Hannover, geschieht die Jugendarbeit überwiegend in der Form der Gemeindejugend, so daß sich besondere Arbeitsgemeinschaften erübrigten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Gemeindejugend in Deutschland, deren Vorsitz 1958 von Dekan Helbich auf Landesjugendpfarrer Arp, Schleswig-Holstein, überging, legte auf einer Tagung in Bad Dürkheim im Juni 1959 ihre Aufgaben neu fest. Sie sieht ihre theologische Aufgabe darin, ihren Beitrag einzubringen über Fragen, die die Gemeindejugend im besonderen angehen (zum Beispiel Jugend und Gemeinde, Amt und Jugendarbeit). Die weiteren Aufgaben sind Erfahrungsaustausch, Besuchsdienst und Vertretung der Gemeindejugend in der Jugendkammer. Die erste und entscheidende Aufgabe aller evangelischen Jugendarbeit und damit auch der Gemeindejugend ist und bleibt, junge Menschen zu Christus zu führen.

Den Weg der Gemeindejugend überschreibt Fritz Arndt, der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Gemeindejugend in Bayern: „Mit der Gemeindejugend ist ein beachtlicher Faktor in der Geschichte der christlichen Jugend zum Tragen gekommen: was man vor Zeiten und heute noch in Werken, Vereinen und Bünden suchte und sucht, das erwartet die Gemeindejugend von der Gemeinde. Es ist nun die kirchengeschichtliche Frage aufgeworfen an die Gemeinden, ob sie auch bereit sind, alles zu tun, um den Stand der Jugend in ihrem Gefüge nach den Erfordernissen eines rechten evangelischen Jugendlebens einzubürgern; und es ist die Frage an die Jugend gestellt, ob sie sich klar darüber ist, daß ein derartiges Sicheinfügen in das Leben der Gemeinde ein sehr hohes Maß an Rücksicht, Geduld, Glauben und Treue erfordert. Gelingt es aber,

daß die Geister der Jugend und die der (erwachsenen) Gemeinde sich finden, so ist zu hoffen, daß in unserer Kirche so etwas wie eine Verjüngung – nicht nur im altersmäßigen Sinn – anhebt; es gibt sogar schon gewisse Anzeichen dafür. Es steht und fällt die Arbeit der Gemeindejugend meist mit der Kraft der Verkündigung des Evangeliums und des Gottesdienstes in der einzelnen Gemeinde. Der Weg der Gemeindejugend hin zur gemeindegebundenen Form ist allerdings weder leicht noch glatt.“

9. DIE FREIKIRCHLICHEN JUGENDBÜNDE

a) Methodistische Jugend

Die Methodistische Jugend faßt die junge Generation der Methodistenkirche zusammen. Methodismus will nichts anderes sein als recht verstandenes und ausgelebtes Christentum. Darum will die Methodistische Jugend eine Gemeinschaft junger Menschen sein, die den Mittelpunkt ihres Lebens in Jesus Christus, ihrem Heiland und Herrn, gefunden hat, und ihre Orientierung aus der Heiligen Schrift empfängt.

Die Lebensanliegen der methodistischen Jugend sind im allgemeinen die gleichen wie die der übrigen Jugendlichen unseres Volkes. Sie sehen mit denselben Augen die heutige Welt und Zeit, stehen vor denselben Freuden und Nöten und müssen sich mit denselben Fragen auseinandersetzen. Als junge Christen suchen sie wie alle Christusbefolger für unser Leben in Jesus Christus festen Grund, um dadurch Halt und Ziel zu finden. Die Eigenart der Jugendgruppen wird durch die organische Verbundenheit mit ihrer Kirche geprägt.

Die Methodistenkirche ist auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut. Man wird in sie nicht hineingeboren, sondern man tritt durch freien Entschluß in sie ein, wenn man durch Gottes Wort überzeugt und durch den Heiligen Geist dazu getrieben ist. Darum sind die Methodistengemeinden Überzeugungsgemeinden. Sie glauben, daß die Heilige Schrift von Gott eingegeben ist und daß das geschriebene Wort Gottes die einzige und hinlängliche Richtschnur des christlichen Glaubens und Wandels ist.

Geboren aus einer Erweckung, hat der Methodismus von Anfang an die Religion als *Leben* betrachtet, nicht als Satzung oder Lehre. Menschen zu einem neuen Leben zu erwecken, zu einem Leben aus Gott und für Gott, war und ist noch heute sein Ziel. Sie verstehen darunter nicht ein sauertöpfisches Wesen, weltferne Zurückgezogenheit oder pharisäische Schein- und Werkheiligkeit, sondern den normalen Zustand des Menschen, die Gesundheit der Seele, ein Herz gereinigt von der Sünde und erfüllt mit der Liebe Gottes.

Ein besonderes Merkmal des Methodismus ist seine Aggressivität und sein starker Missionstrieb. Bischof Dr. Sommer bezeichnete die Methodistenkirche als die „leichte Kavallerie“ unter den evangelischen Kirchen, Johannes Wesley, ihr Gründer, hatte als Motto „Die Welt ist mein Kirchspiel“. Jeder Mensch ist ein Bruder, an dem sie eine Aufgabe haben. Im Vordergrund steht dabei die Pflege echter christlicher Gemeinschaft und die praktische Verwirklichung des Gedankens vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen. Ein kameradschaftlicher Geist,

der Geist der Bruderliebe, soll geweckt und genährt werden. Dieser Geist soll sich darin betätigen, des anderen Last mitzutragen, ihm beizustehen mit Wort und Tat. Der Dienst der Methodistenkirche war immer auf das Volksganze gerichtet, besondere Sympathie verband sie dabei mit dem sozial Schwachen.

Der Methodismus legt Wert auf Weitherzigkeit und Duldsamkeit. Darum verabscheut er jede Anwendung von Zwang oder Gewalt in religiösen Dingen und tritt für völlige Gewissens- und Religionsfreiheit ein.

Diese Wesensmerkmale bestimmen die methodistische Jugendarbeit und daraus entwickelten sich die folgenden Grundsätze:

1. Entschiedenheit für Christus. Weil Christus alles für uns getan hat, dürfen und können wir auch alles für ihn tun. Wir bitten ihn um die Leitung durch seinen Geist in den Entscheidungen unseres Lebens.

2. Offenheit. Weil uns die Augen geöffnet sind für die Verkehrtheit unseres Wesens und die Wahrheit, die Gott offenbart hat, können wir auch offen gegeneinander sein. Statt nachzutragen und zu verleumden, wollen wir in Wahrhaftigkeit und Versöhnlichkeit einander helfen.

3. Gemeinschaft. Wir sind dankbar für die durch Christus gewirkte Gemeinschaft, durch die wir uns mit allen jungen Christen verbunden wissen.

4. Dienst am Nächsten. Wahre Gemeinschaft bewährt sich in helfender Tat. Die beste Hilfe sehen wir darin, die Menschen zu Christus zu führen.

5. Jugendgemäße, christliche Lebensgestaltung. Jugendgemäße und christliche Lebensgestaltung widersprechen sich nicht. In Christus finden wir bleibende Jugendfreude und die Kraft zu einer christusgemäßen Lebensgestaltung.

Die Entwicklung der methodistischen Jugendarbeit war bewegt. Im zweiten Teil des vorigen Jahrhunderts war die Gemeindejugend zum größten Teil in Singchöre zusammengefaßt. Dann bildeten sich Jünglings- und Jungfrauenvereine. Von 1895 an wurden gemischte Jugendstuden eingerichtet und setzten sich durch. Von 1934 an wurde die bündische Jugendarbeit durch die Zeitverhältnisse zurückgedrängt. Die Jugendarbeit konnte nur noch in der Form und im Rahmen der kirchlichen Gemeindearbeit geschehen. Es bildeten sich Gemeindejugendkreise, die unter wesentlicher Mitverantwortung der Jugend in der Nachkriegszeit ausgebaut, organisiert und im Jugendwerk der Methodistenkirche zusammengefaßt wurden. Ihre wesentliche Aufgabe sehen die Jugendkreise in der Verwirklichung ihrer Grundsätze.

Die Jugendkreise gliedern sich auf in 1. Bibelklassen, gemischt; 2. Jungscharen, getrennt; 3. Jugendkreise, gemischt. Aus diesen Kreisen rekrutieren sich a) Posaunenchor, b) Gemischte Chöre, c) Gitarren-Chöre, d) Flötengruppen. Diese Chorarbeit wird von einem hauptamtlichen Sekretär betreut und gefördert.

Übergeordnet ist die Jugendarbeit zusammengefaßt in vier Konferenzgebieten, für die je ein Konferenzjugendsekretär verantwortlich ist. Für die Studentenarbeit ist ein weiterer Sekretär tätig. Diese Sekretäre, der Schriftleiter des Leitstern und zwei Jugendvertreter, bilden den Ausschuß für Jugendarbeit. Durch diese wird der Vorsitzende, der zugleich für die Geschäftsführung der Jugendzentrale verantwortlich ist, gewählt.

An Jugendzeitschriften werden herausgebracht: „Der Kinderfreund“, „Die Fackel“ (gemeinsam mit der Evangelischen Gemeinschaft) für Jungscharen, „Der Leitstern“. Das Jugendliederbuch „Brunnquell aller Freude“ wurde 1953 in

einer Notenausgabe herausgebracht und hat inzwischen schon die dritte Auflage mit 11 000 Exemplaren erreicht.

Jugenderholungs- und Schulungsheime stehen zur Verfügung in: Konstanz, Ebhausen, Ulm (Donau), Wüstenrot, Bergzabern und Oewerdieck (Timmendorfer Strand). Gemeinsam mit dem Jugendwerk der Evangelischen Gemeinschaft hat das methodistische Jugendwerk in Freudenstadt eine Jugendleiterschule eingerichtet.

Methodistische Jugendvertreter arbeiten in vielen Stadt-, Kreis- und in den meisten Landesjugendringen mit. Die freikirchlichen Jugendwerke bilden in der Freikirchlichen Vereinigung eine Jugendabteilung. Sie beraten und vertreten dort ihre gemeinsamen Anliegen.

Gemäß ihrem Motto „Blick auf – Hilf auf“ versucht die Methodistische Jugend aus ihrem Herrn für ihren Meister zu leben und zu arbeiten.

b) Das Jugendwerk der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland

Das Jugendwerk. Nachdem im „Dritten Reich“ der „Jugendbund der Evangelischen Gemeinschaft“ aufgelöst werden mußte, waren im Jahre 1945, nach der Kapitulation Deutschlands, nur noch die einzelnen Gemeindejugendkreise der jeweiligen Gemeinden der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland übriggeblieben. Das führte zu der grundsätzlichen Überlegung nach der künftigen Form der Jugendarbeit innerhalb der Evangelischen Gemeinschaft. Auf ein Zurück in die einstige bündische Form wurde bewußt verzichtet. So kam es zur Zusammenfassung der Gemeindejugendkreise im Jugendwerk der Evangelischen Gemeinschaft. Auf der örtlichen Ebene ist dabei der einzelne Jugendkreis auf das innigste mit der jeweiligen Gemeinde verbunden. So ist zum Beispiel der Jugendwart Mitglied der „Vierteljahreskonferenz“, die die Aufgaben eines Kirchengemeinderates hat. Auch wird der Jugendwart in einem Gemeindegottesdienst in sein Amt eingeführt (Agendenformular). Neben dieser örtlichen Bindung an die jeweilige Gemeinde ist jedoch jeder Gemeindejugendkreis im Jugendwerk der Evangelischen Gemeinschaft verankert. Dadurch hat er Anteil an der gemeinsamen Ausrichtung und den Einrichtungen des Jugendwerkes der Evangelischen Gemeinschaft. Die Jugend der Evangelischen Gemeinschaft trägt das Zeichen „Kreuz auf der Weltkugel“ als gemeinsames Bekenntniszeichen. Darüber hinaus arbeitete sie mit an der Herausgabe des Liederbuches „Wachet auf!“, das sie in ihren Jugendkreisen als „ihr“ Liederbuch gebraucht.

1. Die Ausrichtung. Für den Dienst an der Jugend der Evangelischen Gemeinschaft gelten folgende Richtlinien der Kirchenordnung:

a) Junge Menschen zur Kenntnis und Würdigung Jesu Christi zu führen und anzuleiten, ihn als Heiland und Herrn für alle Gebiete des Lebens anzunehmen;

b) junge Menschen für Christus und die Kirche in einer Gemeinschaft zu vereinigen;

c) junge Menschen für ein Betätigungsprogramm der Evangelisation, der Mission, der Haushalterschaft und des christlich-sozialen Handelns zu gewinnen;

d) junge Menschen zur Treue im persönlichen Leben und zur Erfüllung kirchlicher Aufgaben anzuhalten.

Die Glieder des Jugendwerkes sind junge Menschen, die durch Unterschrift folgenden Entschluß bekunden: „Im Vertrauen auf die Kraft des Herrn Jesus Christus bin ich entschlossen, täglich meine Morgenwache zu halten, treu in der Kirche zu stehen und einen christlichen Lebenswandel zu führen.“

Die wöchentliche Zusammenkunft der Jugendkreise findet in „gemischten Gruppen“ statt. In bestimmten Abständen kommen jedoch auch junge Männer und junge Mädchen getrennt zusammen.

2. Die Einrichtungen. Jeder Kirchenbezirk (Konferenz) hat einen „Konferenzjugendwart“, der grundsätzlich ein Jugendpastor ist. Darüber hinaus gibt es für die Landesbezirke „Landesbezirksjugendwarte“ (Pastoren, die diesen Dienst neben der Gemeindefarbeit versehen). Die drei Konferenzjugendwarte bilden mit einem Mitglied des Kirchenvorstandes das „Kirchliche Jugendamt der Evangelischen Gemeinschaft“. Dieses nimmt die Vertretung in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands sowie die Vertretung gegenüber Behörden, anderen Jugendverbänden und der Öffentlichkeit überhaupt wahr. In der „Vereinigung Evangelischer Freikirchen“ ist das Kirchliche Jugendamt durch seine Mitgliedschaft im Arbeitsausschuß „Freikirchliche Gemeindejugend“ vertreten.

Folgende *Publikationen* stehen den Mitgliedern des Jugendwerkes der Evangelischen Gemeinschaft zur Verfügung: „Seines Wortes stille Kraft“, Jahresbibellese nach dem Textplan; „Der Jugendbote“, Monatszeitschrift für die Jugendkreise; „Die Fackel“, Monatsblatt für die Jungscharen; „Zu gutem Werk geschickt“, Studienblätter für Jugendleiter; „Die Handreichung“, Programmhilfen für Jugendleiter.

In sechs *Jugendheimen* (einschließlich DDR) wird eine rege Freizeit- und Rüstarbeit getan. Allein an den Freizeiten nehmen ca. 35 % der Angehörigen des Jugendwerkes der Evangelischen Gemeinschaft alljährlich teil.

Neben der Zurüstung der Jugendleiter durch örtliche *Lehrgänge* und Kurse auf Landesebene wurde ein „Jugend- und Sozialseminar der Methodistenkirche und Evangelischen Gemeinschaft“ ins Leben gerufen, das auf Bundesebene in mehrwöchigen Kursen die Schulung der Jugendleiter beider Kirchen besorgt.

Das Jungscharwerk. Das Jungscharwerk gilt als Gliederung des Jugendwerkes der Evangelischen Gemeinschaft und faßt die Jungen und Mädchen vom 10. bis 15. Lebensjahr zusammen. Jedoch finden diese Zusammenkünfte grundsätzlich in getrennten Gruppen statt. Der organisatorische Aufbau entspricht dem des Jugendwerkes ohne Personalunion der Führungskräfte (Jugendwerk – Jungscharwerk).

Als Zeichen tragen die Jungscharler der Evangelischen Gemeinschaft eine Anstecknadel, die „Schild“, „Kreuz“ und „Fackel“ zeigt. Daraus leitet sich folgendes Jungscharbekenntnis ab:

„Ich will als Träger des *Schildes* alle Schöpfung Gottes schützen, soweit es in meiner Kraft steht, und Gott täglich um Bewahrung meines Leibes und meiner Seele bitten.

Ich will als Träger des *Kreuzes* Jesus und Menschen um Verzeihung bitten, wo ich schuldig geworden bin, und auch denen selbst verzeihen, die mir Unrecht getan haben.

Ich will als Träger der *Fackel* durch Wahrhaftigkeit und freundliches Wesen versuchen, etwas von Gottes Art aufleuchten zu lassen.“

Das Werk in Zahlen (einschl. DDR). Angehörige des Jungscharwerkes: 3900; Angehörige des Jugendwerkes: 7800; Freizeiten pro Jahr: 45; Lehrgänge pro Jahr: 12.

c) Das Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (K. d. ö. R.)

Kinder- und Jugendarbeit ist Missionsarbeit der Gemeinde – dieser Grundsatz hat immer gegolten, auch in der Zeit vor 1933, als die Jugendarbeit im BJB (Baptistischer Jugendbund) die Form einer bündischen Organisation hatte. Damals wie heute standen die einzelnen Gruppen der Kinder- und Jugendarbeit stets in direkter Beziehung zu einer Gemeinde. Entsprechend war und ist die über die Ortsgemeinde gehende Ordnung der Arbeit in den Ländern und im ganzen Bundeswerk immer bezogen auf die bestehende Organisation des Gemeindebundes.

So sind in der Arbeit beide Momente vorhanden: das der Betreuung unter der Obhut der Gemeinde und das der Bewegung in den Reihen und aus den Reihen der jungen Menschen heraus. Die Gemeinde weiß sich verantwortlich für diese Arbeit, und die Jugend weiß um die Verantwortung der Gemeinde gegenüber in all ihrem Planen und Tun.

Die Bundesgeschäftsstelle des Gemeindejugendwerkes befindet sich in Hamburg 34, Rennbahnstraße 115. Hier ist der Sitz des Bundesjugendwartes und der Sachbearbeiter für die verschiedenen Fachgebiete. Für die einzelnen Gebiete der Länder sind männliche und weibliche hauptamtliche „Jugendprediger“ und „Jugendschwester“ eingesetzt. Die Gesamtzahl der hauptamtlichen Kräfte beträgt fünfundzwanzig. In den Ortsgemeinden geschieht alle Arbeit in den Gruppen immer ehrenamtlich.

Die Schulung dieser ehrenamtlichen Mitarbeiter ist eines der Hauptanliegen. Sie erfolgt über die Arbeit in Wochenendtagungen und Schulungswochen hinaus in dem seit 1949 bestehenden Jugendseminar in Hamburg. Hier ist die Möglichkeit gegeben, daß junge Männer und junge Mädchen an einem Lehrgang von zehn Wochen Dauer teilnehmen können. Für die Aufnahme ist eine entsprechende Empfehlung der Ortsgemeinde notwendig. Die Lehrgangsteilnehmer müssen den Lohnausfall für diese Zeit tragen und einen erheblichen Beitrag für die Unkosten des Internats leisten. Es finden seit zehn Jahren je drei solcher Lehrgänge von je zehn Wochen mit je rund 20 Teilnehmern in Hamburg statt.

Ein Hauptgewicht liegt in dem Bemühen, die Jugendevangelisation in den verschiedenen Formen so wirksam wie möglich zu gestalten. Der unbezahlte Jahreseinsatz wird sowohl für die diakonische wie auch für die missionarische Arbeit praktiziert. Besonders wirksam erweisen sich die aus solchen Kräften zusammengesetzten Arbeitsgruppen, die unter der Bezeichnung „Rufermannschaft“ den Gemeinden für die Durchführung von besonderen Jugendwochen zur Verfügung stehen.

Es besteht eine Zeitschrift „Junge Mannschaft“ für die Jugendgruppen und ein kleineres Blatt „Junger Mut“ für die Jungscharen. Ein alle zwei Monate erscheinendes Blatt „Jungscharhelfer“ ist für die Mitarbeiter dieses Arbeitsgebietes bestimmt, und eine Hefreihe „Arbeitshefte für die Gemeindejugendarbeit“ versieht den Materialdienst an den Mitarbeitern aller Arbeitszweige. Das neu herausgebrachte Jugendliederbuch „So singen wir“ hat sehr schnell seinen festen Platz in der Jugendarbeit eingenommen.

Besondere Arbeitszweige sind: Die Studentenarbeit und seit einigen Jahren, entsprechend der großen Zahl der 15- bis 18jährigen, besondere Jungmannen- und Jungmädelsgruppen, die im Gegensatz zu der sonst durchweg koedukativ aufgebauten Jugendarbeit für diese Altersgruppen wie auch für die Jungscharen getrennte Veranstaltungen vorsehen.

Das Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden gehört zu der Jugendabteilung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland.

d) Die Jugendarbeit im Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland

1. *Außerer Rahmen.* Die Freien evangelischen Gemeinden haben keine straff organisierte Jugendarbeit. Der Grund dafür ist die am Worte Gottes gewonnene Erkenntnis, daß die Einzelgemeinde an ihrem Ort die Stätte der Entfaltung und des Wachstums geistlichen Lebens auch für junge Menschen ist. Der junge Mensch soll nicht durch eine übergeordnete Organisation, die ihn für sich beansprucht, dem örtlichen Gemeindeleben entfremdet oder gar entführt werden, sondern in der Einzelgemeinde seine Heimat und Betätigung finden. Was er an besonderer Betreuung als junger Mensch braucht, soll und muß er in erster Linie in der Jugendgruppe seiner Ortsgemeinde finden. Soweit eine Organisation im Dienst an der Jugend nötig und vorhanden ist, zielt sie nur auf Festigung des jungen Menschen in der Einzelgemeinde. Insofern ist die Jugendarbeit der Freien evangelischen Gemeinden *Gemeindejugendarbeit*.

Dennoch gibt es über die örtlichen Gemeindejugendgruppen hinaus eine überörtliche *Gesamtbetreuung* der Jugend zur Wahrnehmung gemeinsamer Belange und Aufgaben unter Leitung einiger haupt- und nebenamtlicher, jugendgeeigneter Mitarbeiter.

In der geschichtlichen Entwicklung der Freien evangelischen Gemeinden hat sich folgende Ordnung ergeben:

Die Einzelgemeinde beauftragt aus ihren Reihen einzelne oder mehrere Männer und Frauen, die das Vertrauen der Jugend besitzen, mit der besonderen Betreuung der Jugend im Rahmen der örtlichen Gemeinde. In der Hand dieser von der Gemeinde berufenen Jugendleiter und -helfer liegt die Führung der Jugend, die Gestaltung der Jugendstunden usw. Diese Jugendhelfer beraten unter der Leitung eines Kreisjugendpflegers, der von mehreren, räumlich zusammenliegenden Gemeinden berufen wird, die gemeinsame Jugendarbeit in einem Bundeskreis. Sie führen Freizeiten, Rüsttage, Jugendlager und Kreisjugendtreffen durch. Die Kreisjugendpfleger (in der Bundesrepublik 13) treffen

sich mindestens zweimal im Jahre unter Leitung des vom Bund berufenen Bundesjugendpflegers, um die gesamte Jugendarbeit zu beraten und neue Impulse in die örtlichen Jugendgruppen zu geben. Der Bundesjugendpfleger ist der Bundesleitung für die Jugendarbeit im Bund verantwortlich. Ihm zur Seite stehen als hauptamtliche Mitarbeiter eine Jugendpflegerin für die Mädchenarbeit, ein Sonntagsschul- und Jungscharpfleger, ein Schriftleiter für die Jugendzeitschriften sowie ein Sonderbeauftragter für den Dienst an Studenten und Schülern.

Die Jugend im Bund ist vertreten in den Jugendarbeitsgruppen der „Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland“.

2. Aufgabe und Ziel heute. Die Aufgabe, die Gott durch sein Wort an unsere Jugend stellt, sieht der Bund in vierfacher Richtung:

a) Er will ungläubige junge Menschen in die Jugendgruppen holen und ihnen durch evangelistisch gestaltete Jugendstunden zu einer persönlichen Entscheidung für Jesus Christus helfen. Es geht ihm dabei entscheidend um die organische Verbindung des einzelnen mit Christus in der Wiedergeburt durch den Heiligen Geist. Dieser missionarische Auftrag wird in den eigenen Reihen der Jugend weithin erkannt und durch die Tat zu erfüllen versucht.

b) Er will gläubigen jungen Männern und Mädchen in den Jugendgruppen zu einer verantwortlichen heilig-natürlichen Christusbefolgung helfen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen in allen Lebensfragen und -nöten (Schule, Arbeit, Wirtschaftsleben, Elternhaus, Ehe, Familie).

Bestehendes geistliches Leben bedarf der Pflege, besonders bei bekehrten jungen Menschen. Deshalb hat die Bibelarbeit den wichtigsten Platz in unseren Jugendstunden, wozu auch die freie Gebetsgemeinschaft gehört. Der Bund will kein Verein geselliger junger Leute sein – obwohl auch die Geselligkeit gepflegt wird –, sondern vom Worte Gottes her in der Gemeinschaft helfen in der Nachfolge Jesu Christi. Da sich das Christsein nicht in einem weltabgewandten Bereich vollzieht, sondern sich im praktischen Leben in dieser Welt immer wieder neu bewähren und beweisen muß, wird versucht, in den Jugendstunden den jungen Menschen in allen ihren Fragen und Schwierigkeiten Lebenshilfe vom Worte Gottes her zu geben. Da diese Fragen und Nöte nicht bei jedem jungen Menschen dieselben sind und es deshalb keine Einheitsantworten mit Verbindlichkeit für jeden gibt, nimmt das persönliche seelsorgerliche Gespräch eine entscheidende Stellung in unserer Jugendarbeit ein. Grundlage für jede Hilfe ist dabei die für alle gültige Verbindlichkeit des Wortes Gottes in der Bibel.

c) Er will gläubige junge Menschen auch gliedmäßig in die Gemeinschaft der Gemeinde führen.

Nach seiner neutestamentlichen Erkenntnis von der Gemeinde der Gläubigen ist es sein Bestreben, auch den jungen Menschen in den Lebensraum der Orts-gemeinde zu führen. Er soll ebenso an den Segnungen wie an den Aufgaben der Gemeinde teilhaben, weil beide zusammengehören. Die Eingliederung in die Ortsgemeinde erfolgt auf Grund des persönlichen Bekenntnisses des jungen Menschen zu Jesus Christus als seinem Erlöser und Herrn. Gemeint ist damit nicht ein formuliertes Glaubensbekenntnis, sondern das durch den Heiligen Geist vermittelte Zeugnis der Gotteskindschaft auf Grund der getroffenen

Lebensentscheidung für Christus (Bekehrung). Gemeindejugendarbeit heißt also letztlich Hinführung und Eingliederung des jungen Menschen in die Ortsgemeinde.

d) Er will seine Jugendgruppen mehr und mehr zu evangelistischen Missionsgruppen ausrüsten, die das Christuszeugnis in die Welt tragen und besonders junge Menschen anzusprechen versuchen.

Seine Jugendarbeit trägt weithin missionarisches Gepräge, nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch unter christusfernen jungen Leuten. Nach dem zweiten Weltkriege haben eine Anzahl Jugendgruppen sogenannte *Missionstrupps* gebildet, die Missionseinsätze außerhalb ihres Wohnortes besonders unter jungen Menschen durchführen. Sie setzen dafür ihren Urlaub ein und tragen selbst alle entstehenden Kosten. In Einzel- und Rundgesprächen, in aufgelockerten Versammlungen und durch jugendfrische Lieder wird die Frohe Botschaft des Evangeliums verkündigt. Wo eine örtliche Jugendgruppe für diesen Missionsdienst zu klein ist, finden sich mehrere Jugendgruppen zu einem gemeinsamen Einsatz zusammen.

Andere Jugendgruppen – besonders in Großstädten – arbeiten missionarisch am eigenen Ort, indem sie versuchen, in ihrer nächsten Umgebung Menschen für Christus zu gewinnen.

Die *Dienstbereitschaft* ist erfreulich. Die Zahl der jungen Männer, die sich auf dem Predigerseminar zur vollzeitlichen Verkündigung des Evangeliums ausbilden lassen, war in der Geschichte des Seminars noch nie so hoch wie heute. Die diakonische Haltung junger Mädchen zeigt sich in einem beachtlichen Zugang von jungen Schwestern in den Diakonissen-Mutterhäusern in Solingen-Aufderhöhe und Hamburg. Im Diakonischen Jahr, zu dem erstmalig 1957 aufgerufen wurde, haben bisher vierzig Mädchen jeweils für sechs oder zwölf Monate Dienst getan in Altenheimen, Krankenhäusern, sonstigen sozialen Heimen und in kinderreichen Familien.

1957 kaufte die gesamte Jugend des Bundes ein *Jugendmissionszelt* mit etwa 300 Sitzplätzen, das unter Leitung des Bundesjugendpflegers in Verbindung mit Jugendgruppen, Missionstrupps und jungen Evangelisten meist an kleineren Orten jeweils mehrere Tage lang eingesetzt wird.

Von der Jugend der Freien evangelischen Gemeinden sind zur Zeit zehn junge Missionare und Missionarinnen auf *Missionsfeldern* in Japan, Brasilien und Afrika und weitere zehn Missionsanwärter in der Ausbildung zum Missionsdienst. Ein Jugendmissionsopfer 1958 erbrachte 30 500 DM.

3. *Heime, Freizeiten, Rüstzeiten.* Die Jugend des Bundes Freier evangelischer Gemeinden verfügt über sechs eigene *Jugendheime* in der Bundesrepublik: Jugendheim Wartenberg, Witten (Ruhr), In der Voßkuhle 45; Jugendheim Hornberg, Solingen-Aufderhöhe, Diakonissenh. „Bethanien“; Jugendheim Berndorf, Berndorf (Waldeck); Jugendheim Kronberg, Ewersbach/Dillkr. (zur Zeit belegt mit Seminaristen); Jugendheim Naurod, Naurod bei Wiesbaden, Ruhwehweg; Jugendheim „Drögen-Pütt“, Werkshagen bei Lüdenscheid (noch im Ausbau).

Außerdem ist auf der Nordseeinsel Langeoog ein ganzjährlich geöffnetes *Kindererholungsheim* und in Borken (Bez. Kassel) ein *Waisenhaus*; einige Jugend-

gruppen bringen regelmäßig den Unterhalt für ein Waisenkind in diesem Heim auf.

In den *Freizeiten*, die nach Altersgruppen aufgestellt sind, verschiedenen Anliegen entsprechen (zum Beispiel Singe-, Bläser-, Wander-, Reise-Freizeiten) und auf Gemeinde-, Kreis- oder Bundesebene gehalten werden, haben junge Leute viele Möglichkeiten, ihren Urlaub sinnvoll zu nutzen.

Den Jugend-, Jungschar- und Sonntagsschulhelfern stehen zahlreiche *Rüstzeiten* auf Bundes- und Kreisebene zur Verfügung. Für besondere Wissensgebiete der Jugendarbeit werden Fachreferenten eingesetzt. Für diese Schulungen ist in der Jugend große Aufgeschlossenheit vorhanden.

4. *Verschiedenes.* Zu den Aufgaben des Bundesjugendpflegers gehört auch die allgemeine und persönliche Betreuung der *Soldaten* bei der Bundeswehr sowie der jungen Männer, die aus Gewissensgründen statt Wehrdienst Ersatzdienst leisten werden.

Zahlen: Jugendgruppen (ab 15 Jahren): 227; junge Männer: 2543; junge Mädchen: 2620; Jugendhelfer sind etwa 500 im Dienst. – Jungscharen (11–15 Jahre): 112; Jungen: 981; Mädchen: 1030; 138 Jungscharhelfer und -helferinnen. – Sonntagsschulen (bis 14 Jahre): 351; Kinder: 11604; Sonntagsschulhelfer und -helferinnen: 926.

Mit den jungen Gemeindegliedern und Freunden in der DDR, die in vorstehender Zahlenschau mitgezählt sind, können keine gemeinsamen Veranstaltungen durchgeführt werden. In beschränktem Umfang werden auch in der DDR Jugenderholungswochen gehalten. Die Betreuung der Jugend geschieht fast nur innergemeindlich.

An *Jugendzeitschriften* des Bundes erscheinen in unserem Bundes-Verlag (Witten/Ruhr): „Der Pflüger“, Monatsblatt für die Jugend, Auflage 5100 Exemplare; „Junge Saat“, Monatsblatt für die Jungscharen, Auflage 2600 Exemplare; „Die Samenkörner“, Sonntagsschulblatt für die Sonntagsschulen, Auflage 21250 Exemplare.

Bundes-Jugendgeschäftsstelle: Witten (Ruhr), Golfenkamp 2.

Ökumenische Bewegung

Von Hanfried Krüger

Im Mittelpunkt des letzten, von dem inzwischen heimgegangenen Pfarrer D. Wilhelm Menn über die Jahre 1951 bis 1955 geschriebenen Berichtes hatten die großen Weltkonferenzen von Lund und Evanston gestanden. Die seither verstrichene Zeit ist nicht durch ähnlich große und in eine breite Weltöffentlichkeit hineinwirkende ökumenische Veranstaltungen gekennzeichnet. Das ist grundsätzlich nur zu begrüßen. Ökumenische Weltkonferenzen bergen immer die Gefahr in sich, fast die gesamte Arbeitskraft der ökumenischen Bewegung von der notwendigen Stetigkeit weitergehender Entwicklung zu absorbieren und zwangsläufig auf die mit der jeweiligen Themenstellung einer solchen Konferenz verbundene Vor- und Nacharbeit zu konzentrieren. Jedenfalls gilt das von jenen Kreisen innerhalb des Ökumenischen Rates, die sich überhaupt an einer aktiven Bearbeitung gemeinsamer ökumenischer Studienprojekte und Fragestellungen interessiert zeigen. Daß diese Kreise immer noch viel zu begrenzt sind und die Mitarbeit vieler Mitgliedskirchen an solchen Aufgaben immer noch sehr zu wünschen übrigläßt, ist ein Kummer, den das Generalsekretariat des Ökumenischen Rates in Genf stets von neuem registrieren muß. Immerhin hat die Vollversammlung von Evanston ein weit größeres Echo in den Kirchen und Gemeinden gefunden und damit weit mehr zur Verbreitung des ökumenischen Gedankens beigetragen als die vorhergehende von Amsterdam. Das ist nicht nur auf die zahlreichen Informations- und Lichtbildervorträge zurückzuführen, die landauf, landab von den Teilnehmern in allen Ländern und Kirchen gehalten worden sind. Darüber hinaus haben zum Beispiel einige nordamerikanische Kirchen in vorbildlicher Weise versucht, durch Flugschriften und Arbeitsprogramme ihren Gemeinden die Bedeutung von Evanston nahezubringen und sie dadurch an der Auswertung der Konferenzergebnisse unmittelbar zu beteiligen. Vor allem zeigt aber die im Januar 1957 von der Studienabteilung des Ökumenischen Rates veröffentlichte Übersicht über die zu den Ergebnissen von Evanston eingegangenen Stellungnahmen („Response to Evanston“), daß man sich seitens vieler Mitgliedskirchen, ökumenischer Räte und Studienausschüsse ernsthaft mit den in Evanston behandelten Themen beschäftigt hat, obgleich die Zahl der Äußerungen angesichts der rund 170 Mitgliedskirchen andererseits auch nicht gerade überwältigend hoch zu nennen ist. Bemerkenswert, daß zu Sektion I (Glauben und Kirchenverfassung) mit 21 noch die verhältnismäßig zahlreichsten Stellungnahmen vorliegen (darunter 7 aus Deutschland). Das wird man sicherlich als ein ermutigendes Zeichen werten dürfen. Zu Sektion II (Missionarische Verkündigung) wurden 19 Stellungnahmen gezählt (darunter 5 aus Deutschland), zu Sektion III (Soziale Fragen) gleichfalls 19 (5), zu Sektion IV (Internationale Angelegenheiten) 18 (6), zu Sektion V (Gemeinschaftsprobleme) 17 (1), und zu Sektion VI (Laienfrage) 15 (3). Auch das Hauptthema, zu dem die Vollversammlung eine ausdrückliche Stellungnahme der Kirchen nicht in derselben Weise wie zu den Sektionen erbeten hatte, ist in

den Kirchen noch ausführlich kommentiert worden und hat das ökumenische Gespräch nachhaltig befruchtet.

Mit dem Abschluß der Evanston-Nacharbeit ergab sich für den Ökumenischen Rat eine Atempause, die es ihm von neuem ermöglichte, sich auf Wesen und Umfang seines Auftrages zu besinnen. An dem Wachsen des Umfangs der Tätigkeit des Ökumenischen Rates in allen seinen Arbeitsbereichen hat es in diesen Jahren wahrhaftig nicht gefehlt. Weithin ist dieses Wachstum in einem Tempo erfolgt, das in vielen ernste Bedenken ausgelöst hat, ob nicht die innere Spannkraft und Zielstrebigkeit der ökumenischen Bewegung darunter leiden würde. Man fühlte sich an die oftmals bei Jugendlichen festzustellende ärztliche Diagnose erinnert, daß der Organismus zu schnell gewachsen sei, das Herz hingegen mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten habe. Sollte diese Diagnose auch auf den Ökumenischen Rat zutreffen? Sollten auch hier eine Fülle von Aufgaben, Arbeitsprojekten und organisatorischen Maßnahmen das ursprüngliche Anliegen der Einheit der Kirche Jesu Christi zu lähmen oder wenigstens zu überdecken drohen? Steht man nicht in der Gefahr, statt auf die Verwirklichung dieser Einheit bedacht zu sein, sich mit einer bloßen Kooperation der Kirchen zu begnügen? Nun wird man jedoch gleich zu Eingang nachdrücklich feststellen müssen, daß der Ökumenische Rat keineswegs von jener hektischen Geschäftigkeit erfaßt ist, die ihn nach einer äußeren Begründung seiner Existenzberechtigung suchen läßt und diese vor den Augen der Welt zu manifestieren strebt. Den führenden Männern des Ökumenischen Rates wird sicherlich niemand den Vorwurf machen können, daß sie das ursprüngliche Ziel der ökumenischen Bewegung aus den Augen verloren hätten. Die überraschend schnelle und vielseitige Entfaltung der Funktionen des Ökumenischen Rates ist von diesem nicht gesucht, sondern hat sich aus seinem Vorhandensein von innen heraus ergeben oder aber ist durch die Zwangsläufigkeit äußerer Erfordernisse an ihn herangetragen worden. Daß der Ökumenische Rat dieser Entwicklung mit einem erstaunlich geringen und im Blick auf den Mitarbeiterstab kaum zu verantwortenden Mindestmaß an organisatorischem Aufwand gerecht zu werden sucht, bewahrt ihn vor dem immer noch nicht verstummten, aber gutwillig kaum noch auszusprechenden Verdacht, eine Art „Überkirche“ oder ein Gegenstück zum Vatikan bilden zu wollen. Damit sollen aber die oben ausgesprochenen Fragen in keiner Weise bagatellisiert oder gar als überflüssig bezeichnet werden. Im Gegenteil, sie bleiben in unveränderter Dringlichkeit bestehen und werden den Ökumenischen Rat auch in allen künftigen Phasen seiner Entwicklung begleiten müssen, damit er sich immer wieder kritisch prüfen kann, ob das Gesetz, nach dem die ökumenische Bewegung einst angetreten ist, sich auch in allen Lebensäußerungen ökumenischer Organisation wirksam und lebendig erweist. Wir wenden uns daher zunächst jenen Vorgängen zu, die es mit dieser inneren Selbstklärung und Festigung des Ökumenischen Rates zu tun haben, um dann in den darauffolgenden Kapiteln auch der äußeren Wirksamkeit, Ausbreitung und Gestaltwerdung des ökumenischen Gedankens nachzugehen.

1. INTEGRATION DES INTERNATIONALEN MISSIONSRATES MIT DEM ÖKUMENISCHEN RAT DER KIRCHEN

Das bedeutsamste Ereignis, das sich in diesen Jahren im ökumenischen Leben abzuzeichnen beginnt, ist in der geplanten Integration des Internationalen Missionsrates (IMR) mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRdK) zu sehen. Auch hier handelt es sich um weit mehr als um organisatorische Erwägungen und Maßnahmen, so sehr diese auch den äußeren Anstoß zu weitergehenden Schritten gegeben haben mögen. Der in Aussicht genommene Zusammenschluß der beiden großen Weltorganisationen ist vielmehr mit innerer Notwendigkeit aus dem ökumenischen Grundansatz erwachsen, der Einheit und Sendung der Kirche als zum Wesen der Kirche gehörig, gleicherweise umschließt. Schon im Februar 1954 hatte der gemeinsam vom ÖRdK und IMR gebildete Verbindungsausschuß es als seine Aufgabe bezeichnet, „Vorteile, Nachteile und Folgerungen einer vollen Verschmelzung des Internationalen Missionsrates und des Ökumenischen Rates der Kirchen zu prüfen“.

Nach eingehendem Studium dieses Fragenkomplexes legte sodann der Verbindungsausschuß dem Zentralausschuß des ÖRdK 1956 in Galyatető (Ungarn) die nachfolgende Stellungnahme vor:

Einer der bedeutungsvollsten Züge im christlichen Leben unserer Zeit ist das sich vertiefende Bewußtsein der Kirchen von ihrem missionarischen Auftrag. Die Sendung der Kirche, das Evangelium bis an die Enden der Erde zu verkündigen, und die Verpflichtung der Kirche, allen Völkern durch Tat und Wort Zeugnis abzulegen, werden erneut als wesentlich zum Leben der Kirche hinzugehörig erkannt. Dieser Missionssinn durchdringt die ökumenische Bewegung immer mehr, und ihm verdankt diese Bewegung ja weitgehend ihre Entstehung.

Seit der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 ist dieser sowohl verfassungsmäßig als auch praktisch mit dem Internationalen Missionsrat verbunden. Die Tätigkeit beider Weltbünde ist sich seither in vielen Bereichen – Studienarbeit, internationalen Angelegenheiten und der Arbeit ihres gemeinsamen Ost-Asien-Sekretariats – so nahegekommen, daß man ihr Verhältnis nicht mehr – wie dies 1948 getan wurde – als „gegenseitige Bezogenheit zweier autonomer Körperschaften“ bezeichnen kann. Nicht weniger wichtig ist, daß man heute immer deutlicher erkennt, wie sehr die kirchlichen Einigungsbestrebungen sich auf die Erfüllung des Missionsauftrages auswirken.

In zunehmendem Maße beginnt sich die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat mit denjenigen im Internationalen Missionsrat zu überschneiden. Einerseits arbeiten die historischen Missionsgesellschaften gemeinsam mit oder im Auftrag von Kirchen, die Mitglieder des Ökumenischen Rates sind. Andererseits treten die Nationalen Christenräte, die dem Internationalen Missionsrat angehören, als „beigeordnete Räte“ in eine engere Beziehung zum Ökumenischen Rat der Kirchen. Darüber hinaus machen einige der wichtigsten Aufgaben und Möglichkeiten beider Weltbünde einen Einsatz nötig, der über den Rahmen einer bloßen „Verbindung“ hinausreicht. Deutlich wird dies besonders an der sich ausweitenden Arbeit der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe. Es ergibt sich aber auch aus den Entwicklungen, die sich in verschiedenen Teilen der Welt – namentlich in Asien – abzeichnen und die nicht ohne tiefgreifende Wirkung darauf bleiben werden, in welcher Weise in und durch die Kirchen in diesen Gebieten die Mission der Kirche erfüllt wird.

Angesichts dieser Sachlage sieht der Verbindungsausschuß den Zeitpunkt gekommen,

erneut die Möglichkeit einer Integration von Ökumenischem Rat und Internationalem Missionsrat in Erwägung zu ziehen. Der Ausschuß betrachtet es als unumgänglich, daß die Form einer solchen Integration gewährleistet, daß die Missionssache zum Herzstück der ökumenischen Bewegung gehört. Ferner müßte sich die Integration in einer Weise vollziehen, durch welche eine engere Beziehung zwischen der Mission und allen anderen Formen des kirchlichen Zeugnisses in der Welt zustande käme.

ÖPD, Nr. 32 vom 10. 8. 1956

Der Zentralausschuß beauftragte daraufhin den Verbindungsausschuß, „in möglichst umfassender Beratung mit allen Beteiligten einen vorläufigen Plan der Verschmelzung zur Vorlage beim Zentralausschuß des Ökumenischen Rates 1957 und bei der Vollversammlung des Internationalen Missionsrates an der Goldküste im Dezember/Januar 1957/58 auszuarbeiten“. Hierfür wurde die Mitgliederzahl des Verbindungsausschusses von 12 auf 20 erhöht. Ein solcher Plan ist dann auf der Sitzung des Zentralausschusses in New Haven 1957 auch vorgelegt worden. Die Integration der beiden Welträte soll sich demzufolge in der Weise vollziehen, daß innerhalb des ÖRdK eine aus 115 Mitgliedern und 15 Beratern bestehende „Kommission für Weltmission und Evangelisation“ – ähnlich der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung – geschaffen wird, die ihre Exekutive in einer zu den anderen Abteilungen des ÖRdK hinzutretenden „Abteilung für Weltmission und Evangelisation“ erhält. Auch soll für eine angemessene Vertretung missionarischer Belange im Exekutiv- bzw. Zentralausschuß sowie in den anderen Abteilungen des ÖRdK Sorge getragen werden.

So flexibel der Entwurf auch gehalten ist und für – inzwischen schon mehrfach erfolgte – Änderungen Raum läßt, so sind doch die großen Schwierigkeiten, die sich dem Gesamtplan entgegenstellen, unverkennbar. Grundsätzlich bestehen diese zunächst einmal darin, daß es der ÖRdK mit Kirchen, der IMR aber mit nationalen und regionalen Christenräten zu tun hat, zu denen – und das ist die praktische Schwierigkeit – nicht selten missionarische Organisationen oder kirchliche Gemeinschaften gehören, die mit dem ÖRdK in keiner Verbindung stehen wollen, wie zum Beispiel gewisse fundamentalistische Gruppen. Soll man um der beabsichtigten Integration willen die Verbindung zu diesen Gruppen aufgeben? Das sind die Bedenken gewesen, die dann auch schon auf den Zentralausschuß-Sitzungen in New Haven/USA (1957) und Nyborg/Dänemark (1958) etwa von norwegischer und französischer Seite laut wurden. Außerdem war man besorgt, daß der IMR als Kommission innerhalb des ÖRdK in gleicher Weise neutralisiert und in seiner Wirksamkeit abgeschwächt werden könnte, wie es der Faith and Order-Bewegung widerfahren sei. Ähnlich hat man sich auch auf der Vollversammlung des IMR in Ghana (28. 12. 1957 – 8. 1. 1958) geäußert. Zwar wurde dort mit 58 gegen 7 Stimmen die geplante Integration gutgeheißen, doch zugleich auch den Bedenken mancher Missionsräte, vor allem in Afrika, Lateinamerika und Skandinavien, weitgehendes Verständnis entgegengebracht und eine entsprechende Überprüfung des Integrationsplanes gefordert. Der in Ghana beschlossene Antrag, die nächste Vollversammlung des ÖRdK von 1960 auf 1961 zu verschieben, um eine Klärung aller noch offenen Fragen in Ruhe herbeiführen zu können, fand 1958 auch die Billigung des Zentralausschusses des ÖRdK.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Integrationsplan auch auf orthodoxer Seite in den Zentralaussschuß-Sitzungen lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat. In New Haven gab der inzwischen verstorbene Erzbischof Michael, einer der Präsidenten des ÖRdK, zugleich im Namen des Patriarchats von Konstantinopel der Sorge Ausdruck, daß durch den vorgesehenen Zusammenschluß der Charakter des ÖRdK als eines Rates von *Kirchen* verändert zu werden drohe. Professor Florowski, seit Jahrzehnten einer der führenden orthodoxen Theologen in der ökumenischen Bewegung, ließ die Befürchtung erkennen, daß die Integration mit dem IMR die Aktivität der protestantischen Missionen verstärken werde, so daß die orthodoxen Kirchen zur Überprüfung ihrer Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat genötigt sein könnten. Metropolit Jakobos von Melita hat 1958 auf der Zentralaussschuß-Sitzung in Nyborg diese Bedenken erneut unterstrichen und dem ÖRdK die Schwere der Verantwortung vor Augen gestellt, mit der die Durchführung der Integration belastet ist. Wie sehr man sich auch in Deutschland des Gewichtes der Problematik bewußt ist, zeigt die grundsätzlich zustimmende Entschließung des Deutschen Evangelischen Missionstages vom Herbst 1958, die folgenden Wortlaut hat:

I.

Wir begrüßen, daß der Ökumenische Rat der Kirchen durch den geplanten Zusammenschluß die Sendung Jesu Christi als bewegende Mitte seiner Gemeinschaft anerkennt.

Einige unter uns weisen darauf hin, daß die Stellung zu dem vorgelegten Plan, die sie persönlich oder als Vertreter einer Mission einnehmen, nicht von vornherein für die Gemeindeguppen gilt, die hinter ihnen stehen. Andere machen darauf aufmerksam, daß sie im Rahmen internationaler missionarischer Zusammenschlüsse arbeiten, die nicht dem Internationalen Missionsrat angehören. Wir begrüßen, daß im Unterschied zum ersten Entwurf des Planes eine dreifach abgestufte Weise der Zugehörigkeit zur Kommission für Weltmission vorgesehen ist.

II.

Wir halten die Übersetzung des Begriffes „integration“ durch „Verschmelzung“ für zu stark und darum mißverständlich und schlagen vor, dafür den sachgemäßerem Ausdruck „Zusammenschluß“ zu gebrauchen.

Wir empfehlen, daß die Gespräche über die Erweiterung der sogenannten „Basis“ des Ökumenischen Rates in der Bindung an die Heilige Schrift fortgesetzt und zu einem positiven Abschluß gebracht werden.

Uns scheint das Verhältnis der geplanten Kommission für Weltmission, die sich aus Räten zusammensetzt, zum Ökumenischen Rat der Kirchen, der aus Kirchen besteht, noch nicht genügend geklärt zu sein. Vor allem finden wir im Text des Entwurfs, daß bei der Beschreibung der Kommission für Weltmission nur von Kirchen geredet wird, obwohl es sich auch um Gruppen handelt, die sich selbst nicht als Kirchen bezeichnen.

Wir glauben, auf die Gefahr hinweisen zu sollen, daß die neue Organisation in ihrer Eigengesetzlichkeit zu stark zur Geltung kommen könnte. Darum halten wir es für notwendig, daß alles getan wird, die Freiheit zu gewährleisten, in der allein echte Bruderschaft wachsen kann, und daß der Begriff „approval“ (III. Wirkungsweise 3) nicht im Widerspruch zu dieser Freiheit steht.

Wir haben den Eindruck, daß das Verhältnis zwischen Evangelisation und Mission (z. B. im Abschnitt III des Entwurfs) noch nicht genügend geklärt ist. Wir hoffen, daß die Studien über die Theologie der Evangelisation und über die der Mission rechtzeitig dazu helfen, das Verhältnis der beiden Funktionen zueinander genauer zu bestimmen.

Wir treten dafür ein, daß das Verhältnis zu den Kirchen, die bisher nicht oder wenig missionarisch aktiv waren und in deren Bereich von Gliedern des Internationalen Missionsrates Missionsarbeit getrieben wird, neu durchdacht wird und zu einer brüderlichen Regelung kommt, die dem Sendungsauftrag Christi gerecht wird.

III.

Mit diesen unter uns geäußerten Bedenken und Empfehlungen bejahen wir die Fortführung der laufenden Verhandlungen zwischen dem Internationalen Missionsrat und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

Wir wünschen, daß über dem geplanten Schritt des Zusammenschlusses unsere Gemeinschaft im Deutschen Evangelischen Missions-Tag nicht zerbricht, sondern wächst und vertieft wird. Bei der kommenden endgültigen Entscheidung wollen wir dafür Sorge tragen, daß auch den Mitgliedern, die den Zusammenschluß nicht bejahen können, die Möglichkeit gegeben ist, im Deutschen Evangelischen Missions-Tag zu bleiben.

Nach Eingang der Stellungnahmen der Mitgliedskirchen bzw. -räte werden sich der ÖRdK und der IMR in ihren zuständigen Gremien mit dem Integrationsplan weiter zu befassen haben, dessen Annahme grundsätzlich jedoch als gesichert erscheint und voraussichtlich auf der nächsten Vollversammlung des ÖRdK 1961/62 vollzogen werden kann.

2. DIE BASIS DES ÖKUMENISCHEN RATES

Über den vordringlichen Fragen der Integration ist die für das Selbstverständnis des ÖRdK nicht minder bedeutsame Diskussion über die Basis etwas in den Hintergrund getreten und dürfte kaum die ihr zukommende Beachtung gefunden haben. Wir geben daher nachstehend das dem Zentralausschuß 1957 in New Haven vorgelegte Dokument im Wortlaut wieder, da es nicht nur einen Überblick über die gesamte bisherige Behandlung der Frage vermittelt, sondern auch für die weitere Diskussion richtungweisend sein wird:

1. Kurz vor der Zweiten Vollversammlung des Ökumenischen Rates im Jahre 1954 unterbreitete die Kirche von Norwegen durch Bischof Berggrav einen Vorschlag, nach dem der Basis ein Hinweis auf die Heilige Schrift hinzugefügt werden sollte:

An den Ökumenischen Rat der Kirchen, Genf

Oslo, 24. November 1953

In Übereinstimmung mit einem Vorschlag von Bischof Eivind Berggrav, einem der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC), hat die Norwegische Bischofskonferenz 1953 beschlossen, dem Ökumenischen Rat der Kirchen folgenden Vorschlag hinsichtlich der Basis des WCC zu unterbreiten:

Wenn es möglich ist, bitten wir darum, daß die Sache von den zuständigen Instanzen behandelt und der Vollversammlung von Evanston vorgelegt werde. Sollte dies nicht möglich sein, bitten wir darum, daß der Antrag ordnungsgemäß vorbereitet und ein Beschluß über ihn bei der nächsten Vollversammlung herbeigeführt wird.

Während des letzten Jahres wurde in unserer Kirche an der Basis verschiedentlich ernste Kritik geübt. Zwei Dinge wurden hervorgehoben:

a) Man hat allgemein angenommen, daß der WCC die sogenannte „Pariser Basis“ übernommen habe, die dem CVJM und dem CVWJ zugrunde liegt. Die Tatsache, daß

dies nicht zutrifft, ist in kirchlichen Blättern öffentlich bekanntgegeben worden, die rügend hervorheben, daß im Vergleich zur Pariser Basis etwas Wesentliches ausgelassen ist, nämlich der Hinweis darauf, daß unser Glaube an Christus als Gott und Heiland „nach der Heiligen Schrift“ zum Ausdruck gebracht wird. Diese sogenannte „Auslassung“ hat, als sie jetzt entdeckt wurde, eine recht unangenehme Überraschung ausgelöst.

Was die historischen Tatsachen betrifft, so sind wir unterrichtet worden, daß, als der WCC seine gegenwärtige Basis wählte, dies nicht geschah, indem man die Pariser Basis übernahm, die zu jener Zeit nicht erwähnt wurde und vielleicht denen, die die Basis des WCC ausarbeiteten, nicht einmal bekannt oder wenigstens nicht gegenwärtig war. Die bedeutsamen Worte der Basis wurden – so wird uns gesagt – direkt einer Aussage des Neuen Testaments entnommen.

Es ist klar, daß man nicht von einer „Auslassung“ sprechen kann, weil eine solche nicht beabsichtigt war. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Unterschied zu ernsthafter Überlegung und Kritik Anlaß gibt. Gute Christen stellen die Frage: Warum erwähnt der WCC die Bibel nicht, wie es die Pariser Basis tut?

b) Man hat deshalb allgemein den Eindruck, daß in der gegenwärtigen Basis ein klarer Hinweis auf die *Basis der Basis* fehlt, die in der Tat in der Heiligen Schrift gefunden wurde. Die Zufügung der Worte „nach der Heiligen Schrift“ würde diesem Mangel abhelfen. Sie würde für viele Christen eine dringend nötige Klarstellung bedeuten und ihr Vertrauen in den Ökumenischen Rat stärken helfen. Sie wäre einfach wahrheitsgemäßer.

Zur gleichen Zeit dürfen wir darauf hinweisen, daß wir, nach *christlichem* Sprachgebrauch, nicht Jesus „anerkennen“ (accept), sondern daß wir *bekennen* (confess).

Dementsprechend beantragt die Kirche von Norwegen einen Zusatz von vier Worten zur Basis, die dann lauten würde:

„Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die, nach der Heiligen Schrift, Jesus Christus als Gott und Heiland bekennen.“

Die nach Evanston entsandten Vertreter unserer Kirche sind angewiesen, diesen Vorschlag zu unterbreiten und ihn in der Vollversammlung zu befürworten.

Im Namen der Bischofskonferenz der Kirche von Norwegen

Johannes Smemo

Dies konnte in Evanston nicht formell erörtert werden, aber der neue Zentralausschuß ernannte sofort einen besonderen Unterausschuß, der die Basis weiter bedenken und dem Zentralausschuß Bericht erstatten sollte. Dem Unterausschuß gehörten an Dr. E. A. Payne (Vorsitzender), Dr. H. Berkhof, Metropolit James von Philadelphia, der Bischof von Guildford, Dekan Liston Pope und Bischof J. Smemo. Später wurden Professor K. E. Skydsgaard und Bischof G. Noth hinzugezogen.

2. Der Unterausschuß tagte in Davos (1955), Galyatetö (1956) und in der Yale University (1957), wo Professor H. d'Espine wertvolle Hilfe leistete. Während der Sitzungen des Zentralausschusses in Yale wurde eine „Fragestunde“ (open hearing) anberaumt. Ferner hat der Unterausschuß einen Briefwechsel mit repräsentativen Theologen in verschiedenen Teilen der Welt geführt.

3. Die Basis stellt in ihrer in Amsterdam angenommenen und in Evanston bestätigten Form fest: „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen.“ Dieser Formulierung der Basis hatte man zugestimmt, nach ausgedehnten Erörterungen in der beratenden Konferenz in Utrecht im Jahre 1938 durch den Vierzehnerausschuß, der den Verfassungsentwurf für den Ökumenischen Rat der Kirchen erarbeitete. Sie wurde aus der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung übernommen.

4. Ihre Vorgeschichte ist für die gegenwärtigen Diskussionen von Bedeutung. Die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung hat ihren formellen Ursprung in einem

Aufruf, den die Generalversammlung der Protestantisch-Bischöflichen Kirche in den USA im Oktober 1910 erlassen hatte. W. T. Manning (später Bischof von New York) regte damals an, daß „alle christlichen Gemeinschaften auf der Welt, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland *bekennen*“, zu einer Konferenz über Fragen des Glaubens und der Kirchenverfassung eingeladen würden. Manning sagte später, er sei sich nicht bewußt gewesen, daß diese Worte bereits für einen ähnlichen Zweck gebraucht worden waren. In der Tat finden sich die gleichen Worte in der sogenannten Pariser Basis des CVJM, aber mit einem Zusatz. Diese Basis war im Jahre 1855 bei der ersten internationalen Konferenz des CVJM angenommen worden. Der volle Wortlaut war wie folgt:

„Die Christlichen Vereine Junger Männer haben den Zweck, solche junge Männer miteinander zu verbinden, welche Jesum Christum nach der Heiligen Schrift als ihren Gott und Heiland anerkennen, in ihrem Glauben und Leben seine Jünger sein und gemeinsam danach trachten wollen, das Reich ihres Meisters unter den jungen Männern auszuweiten.“

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erweckte die „Pariser Basis“ beträchtliche Aufmerksamkeit unter denen, die an gemeinsamen christlichen Unternehmungen interessiert waren. Sie wurde von vielen, die die Evangelische Allianz unterstützten, den neun Punkten vorgezogen, die zusammenfaßten, „was gewöhnlich als evangelikale Ansichten“ betrachtet wird, und die von der Londoner Konferenz vom Jahre 1846, auf der die Evangelische Allianz gegründet wurde, angenommen wurden. Viele Zweige der Allianz machten sich selbst eine Basis zu eigen, die der des CVJM ähnlich war.

5. Unter den in Mannings Resolution genannten Bedingungen wurde zur Teilnahme an der Lausanner Konferenz von 1927 eingeladen, und dies blieb die Basis der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung. Die Diskussionen, die in Utrecht stattfanden, beschäftigten sich vor allem mit der Tatsache, daß einige der Kirchen, die an der Bewegung für Praktisches Christentum teilhatten (die absichtlich theologische und dogmatische Fragen unberührt ließ), nicht in der Lage wären, sie zu akzeptieren. Aber man stimmte allgemein darin überein, daß eine bestimmte Basis angenommen werden sollte und daß die Basis für „Glauben und Kirchenverfassung“, die eine große Anzahl von Kirchen unterschrieben hatte, angemessen war. Erzbischof Temple faßte die Diskussion zusammen, indem er feststellte, „es sei offenbar erwünscht, die Basis von ‚Glauben und Kirchenverfassung‘ zu verwenden, aber es sei notwendig, irgendwie die Tür für die Zusammenarbeit mit Körperschaften offenzuhalten, die sie nicht annehmen könnten“ (Geschichte der Ökumenischen Bewegung, Bd. II, S. 397). Gleichfalls wurde deutlich gemacht, daß beim Zusammenschluß der Bewegungen für Glauben und Kirchenverfassung und für Praktisches Christentum „eine jede Kirche entscheiden muß, ob sie bereit und in der Lage sei, auf dieser Basis mitzuarbeiten“. Unter den Kirchen, die, wie man erwartete, hinsichtlich der Basis Schwierigkeiten haben würden, waren die Tschechoslowakische¹ und die Unitarischen Kirchen; diese sahen sich nicht in der Lage, dem Ökumenischen Rat der Kirchen beizutreten.

6. Ernste Fragen wurden von seiten der Remonstrantischen Bruderschaft in Holland, einer Kirche mit arminianischer theologischer Tradition, und von einigen anderen Kreisen gestellt, besonders von gewissen Gruppen der Quäker, die an den Konferenzen für Glauben und Kirchenverfassung und Praktisches Christentum beteiligt gewesen waren. Ferner wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die orthodoxen Kirchen eine klare trinitarische Erklärung vorgezogen hätten. Der Ausschuß, der in Amsterdam die Verfassung eingehend prüfte, gab folgenden Bericht:

„Da einige Delegierte der Vollversammlung entweder in ihrem eigenen oder im Namen ihrer Kirchen den Wunsch ausgesprochen haben, daß die in der Basis des Rates

1. Es handelt sich um die 1919 von Rom abgespaltene Nationalkirche.

(Artikel I) ausgesprochene Bezeugung des christlichen Glaubens geklärt oder erweitert werden möge, wird *beschlossen*, der Vollversammlung zu empfehlen:

a) die gegenwärtige Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen wolle ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die in der Verfassung bekanntgegebene Basis den gegenwärtigen Zwecken des Ökumenischen Rates der Kirchen angemessen ist;

b) Kirchen, die eine Veränderung der Basis wünschen, mögen angewiesen werden, ihre Wünsche schriftlich dem Zentralausschuß zur Prüfung und zur Berichterstattung an die nächste Vollversammlung vorzulegen;

c) der Zentralausschuß möge angewiesen werden, seine Prüfungen etwaiger Änderungen im Rahmen des christologischen Grundsatzes zu halten, der in der jetzigen Basis aufgestellt wurde.“

Dieser Bericht wurde von der Amsterdamer Vollversammlung angenommen.

7. Da drei Mitgliedskirchen, die Remonstrantische Bruderschaft von Holland, die Religiöse Gesellschaft der Freunde von Philadelphia und (später) die Presbyterianische Kirche von Australien, bestimmte Vorschläge hinsichtlich einer Veränderung der Basis eingesandt hatten, ernannte der Zentralausschuß im Jahre 1951 einen Unterausschuß mit Dr. Douglas Horton als Vorsitzendem, der diese Vorschläge im Lichte der Amsterdamer Beschlüsse prüfen sollte. Dieser Ausschuß kam zu dem Schluß, es sei nicht erwünscht, daß die zweite Vollversammlung eine Änderung in der Basis vornähme. Auf seine Empfehlung hin unterbreitete der Zentralausschuß der Vollversammlung von Evanston eine Erklärung über „Zweck und Funktion der Basis“ (vgl. Evanston Report, S. 306 f.). In dieser Erklärung wird festgestellt, daß die Basis „weniger als ein Bekenntnis“ ist, aber „viel mehr als eine bloße Einigungsformel“. „Durch ihren Zusammenschluß suchen die Kirchen die Antwort zu geben auf den Ruf und das Handeln ihres göttlichen Herrn. Der Ökumenische Rat muß deshalb aus Kirchen bestehen, die jenen Herrn als die zweite Person der Trinität anerkennen.“ Der Vollversammlung wurde berichtet, daß die Remonstrantische Bruderschaft ihren Antrag auf eine Änderung in der Basis zurückgezogen habe, „denn sie möchte lieber eine informelle theologische Diskussion über die Basis fördern als eine konstitutionelle Entscheidung befürworten“ (Evanston Report, S. 215 f.), daß aber die Kirche von Norwegen einen formellen Vorschlag gemacht habe, der einer nachfolgenden Untersuchung bedürfe. Die Vollversammlung von Evanston nahm die Erklärung über „Zweck und Funktion der Basis“ an.

8. Folgende offizielle Stellungnahmen sind seit der Vollversammlung von Evanston eingegangen:

a) Der Generalrat der Kongregationalistischen Christlichen Kirchen in den USA schlug auf seiner Zweijahresversammlung 1956 vor, die gegenwärtige Basis durch die Formulierung zu ersetzen: „Eine Gemeinschaft von Kirchen, die den Glauben an den einen Gott, den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist, bekennen.“

b) Die Generalversammlung der Presbyterianischen Kirche in den USA sprach sich auf ihrer Tagung 1956 gegen jede Änderung in der gegenwärtigen Basis aus.

c) In ihrer Stellungnahme zum Bericht der Versammlung von Evanston äußerten die Jünger Christi in den USA und Kanada ihre Zweifel an der Klugheit der Erklärung über Zweck und Funktion der Basis, die „eine ominöse Starrheit“ verrate.

d) Der Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten der Kongregationalistischen Union von England und Wales deutete an, daß, „wenn die Zeit für eine radikale Änderung gelegen ist, unser Vorschlag dahin geht, daß die Worte ‚die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen (accept)‘ ersetzt werden sollten durch die Worte ‚die nach der Heiligen Schrift unseren Herrn und Heiland Jesus Christus als den ins Fleisch gekommenen Sohn Gottes anerkennen (acknowledge)‘“.

e) Die Baptistische Union von Schottland (vor ihrem Ausscheiden aus dem Ökumenischen Rat für den Zeitraum von sieben Jahren) schlug vor, daß die Basis erweitert werden solle.

9. Aus den orthodoxen Kirchen äußerte eine Anzahl einflußreicher Persönlichkeiten ihre Ansichten. Den folgenden sollte Aufmerksamkeit geschenkt werden:

a) Erzbischof Michael tritt nachdrücklich für die Annahme des Vorschlages der Kongregationalistischen Christlichen Kirchen in den USA ein.

b) Metropolit Jakobos von Malta gibt folgende Fassung zu erwägen: „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen (accept), in dem der Vater offenbart wurde und durch den sich der Heilige Geist der Welt kundtat (... through whom the Spirit became manifest to the world).“

c) Der Bischof von Samos tritt in einem Artikel in der „Ekklesia“ entschieden dafür ein, daß die Basis „Glaube an die Heilige Trinität“ sei.

d) Professor H. Alivisatos dringt in einem Artikel in „The Ecumenical Review“ 1954 auf eine klare trinitarische Formel.

10. Es mag auch angemerkt werden, daß der verstorbene Professor William Adams Brown vor vielen Jahren vorschlug, die Formel solle lauten „ins Fleisch gekommener Gott und Heiland“, und daß Professor R. Bultmann in „Evangelische Theologie“, Juli 1951, erklärt, die gegenwärtige Basis sei nicht schriftgemäß, wenn sie von Jesus als Gott spreche.

11. Der Unterausschuß ist offen für den Vorschlag der Kirche von Norwegen und für den Vorschlag, daß in die Basis eine klare trinitarische Formel aufgenommen werden sollte. Er glaubt nicht, daß die Mitgliedskirchen wünschten, der Ökumenische Rat möge sich gegen die beiden Vorschläge aussprechen. Die Neuformulierung der Basis jedoch ermöglicht die Unterbreitung anderer Zusätze und könnte anscheinend zu einer Aussage in der Art eines Bekenntnisses oder eines Credo führen, die nur von einer Kirche gemacht werden sollte.

Eine weitere Schwierigkeit entsteht, wenn der Versuch gemacht wird, in einer kurzen Erklärung eine klare trinitarische Aussage und einen Hinweis auf die Heilige Schrift miteinander zu verbinden, und selbst wenn dies in einer Sprache geschieht, dann beweist das noch nicht, daß es leicht sein wird, befriedigende Übersetzungen in andere offizielle Sprachen des Ökumenischen Rates vorzunehmen.

12. Nach einem sorgfältigen Studium verschiedener Möglichkeiten gibt der Unterausschuß die folgende Erweiterung der Basis zu erwägen, die sich bemüht, nur von biblischer Sprache Gebrauch zu machen:

The World Council of Churches is a fellowship of Churches which, in accordance with Holy Scripture, confess our Lord Jesus Christ as the Son of God who was made man for our salvation, in whom the Father was revealed, and to whom the Holy Spirit bears witness guiding us into all the truth.

Le Conseil Oecuménique des Eglises est une communauté d'Eglises qui confessent selon les Saintes Ecritures notre Seigneur Jésus Christ comme le Fils de Dieu qui pour notre salut s'est fait homme, en qui le Père s'est révélé, et auquel le Saint Esprit rend témoignage, nous conduisant dans toute la vérité.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift den Herrn Jesus Christus bekennen als den Sohn Gottes, der zu unserem Heil Mensch geworden ist, in dem Gott der Vater sich offenbart hat und den der Heilige Geist bezeugt, der uns in alle Wahrheit leitet.

13. Der Unterausschuß empfiehlt, daß diese Formulierung zusammen mit diesem Bericht den Mitgliedskirchen mit der Bitte zugestellt wird, sie möchten dem Zentrallausschuß schriftliche Stellungnahmen unterbreiten, wenn möglich bis zum Sommer des Jahres 1958, so daß der Zentrallausschuß 1958 oder 1959 beschließen kann, ob er in Übereinstimmung mit Artikel VIII der Verfassung bekanntgeben solle, daß man auf der Dritten Vollversammlung vorschlagen werde, den Artikel I der Verfassung in diesem Sinne abzuändern.

Die nachfolgende Aussprache ließ jedoch überraschenderweise die Abneigung des Zentralausschusses zutage treten, die Frage der Basis im gegenwärtigen Zeitpunkt aufzugreifen. Es fehlte durchaus nicht an Anerkennung des theologischen Gehalts der vom Unterausschuß gemachten Vorschläge, auf der anderen Seite aber bestanden Bedenken, innerhalb des ÖRdK schon nach so kurzer Zeit seines Bestehens erneut eine Debatte über die Basis in Gang zu bringen, von der man sich kaum etwas versprechen könne, wenn nicht die gerade mühsam gewonnene Gemeinschaft erneut in Gefahr geraten solle. Das wurde um so mehr im Blick auf die nächste Vollversammlung in Asien empfunden, da eine Unsicherheit über die Grundlage und das Selbstverständnis des ÖRdK das dort geforderte missionarische Zeugnis nur schwächen könne. Es wurde daher beschlossen, die weitere Behandlung der Angelegenheit auf das Jahr 1958 zu vertagen, um den Mitgliedern des Zentralausschusses Gelegenheit zu geben, sich in der Zwischenzeit mit anderen Gliedern ihrer Kirche zu beraten. Auf der Sitzung des Zentralausschusses in Nyborg 1958 wurde jedoch nur mitgeteilt, daß die erneute Erörterung der Frage um ein weiteres Jahr verschoben werde, zumal bisher kaum Stellungnahmen eingegangen seien.

3. STUDIENARBEIT

a) Allgemeines

Die eigentliche innere Entfaltung ökumenischer Besinnung hat sich in diesen Jahren in den zahlreichen und für den Außenstehenden fast kaum noch übersehbaren Studienprojekten vollzogen, gleich ob diese vom Zentralausschuß, von damit beauftragten Kommissionen oder von einzelnen Abteilungen und Referaten des ÖRdK getragen werden. In jedem Falle handelt es sich nicht um abgelegene Spezialstudien, sondern um Aufgaben, die aus dem Zusammenleben der Kirchen in der Gemeinschaft des ÖRdK erwachsen sind und die darum auch die Mitarbeit eben dieser Kirchen fordern. Mögen viele dieser Studienthemen auf den ersten Blick unter sich zusammenhanglos erscheinen, so sind sie doch, wie es in dem 1957 in New Haven gegebenen Bericht der Studienabteilung hieß, untereinander durch vier immer wieder auftauchende Themen verbunden: 1. Die Einheit der Kirche, 2. die Auseinandersetzung mit den großen Weltreligionen im Blick auf die Einzigartigkeit des Evangeliums und den missionarischen Auftrag der Kirche, 3. die Berufung des Laien zur Bewährung seines Christenstandes und zum Christuszeugnis in einer säkularisierten Welt, 4. das prophetische Amt der Kirche. Im Grunde genommen haben also alle Studienthemen denselben Mittelpunkt, so verschiedenartig ihre Aspekte auch sein mögen. Von zunächst differenzierten Ausgangsstellungen herkommend, hat sich daher heute eine Gemeinsamkeit ökumenischer Studienarbeit ergeben, die alle anfänglichen Grenzen der „Zuständigkeiten“ einzelner Abteilungen, Referate oder Kommissionen in einer heilsamen Weise hat überwinden und ein Stück echter Ökumene sichtbar machen können.

Die Erfahrung, daß gemeinsames Bibelstudium eine der stärksten Triebkräfte christlicher Einheit ist, hat sich erneut an dem 1955 begonnenen Studienprojekt

„Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi“ erwiesen, über das bisher zwei Dokumente veröffentlicht wurden, die in den Mitgliedskirchen des ÖRdK einen zum Teil sehr lebhaften Widerhall gefunden haben. Gerade an den hier aufbrechenden Fragestellungen entscheiden sich wichtige Probleme konfessioneller Haltung wie auch des Zeugnisses und des Dienstes der Kirche in der Welt. Am Rande darf vermerkt werden, daß eine europäische Arbeitsgruppe römisch-katholischer Theologen sich gleichfalls eingehend mit diesem Thema beschäftigt und einen Gedankenaustausch mit Vertretern des ÖRdK angeregt hat. Vom Referat für Evangelisation wurde ein bedeutsames Dokument über die „Theologie für Evangelisation“ erarbeitet, das auch in deutscher Sprache veröffentlicht ist. Ein Studium über „Leben und Wachstum der jungen Kirchen“ steht zwar noch am Anfang, erweist sich aber heute schon als fruchtbarer Beitrag für die ekklesiologische Diskussion.

Das Mühen um eine Theologie der Mission in dem Studienprojekt „Das Wort Gottes und der missionarische Gehorsam der Kirche“ gewinnt angesichts der geplanten Integration des IMR mit dem ÖRdK eine nicht zu unterschätzende Bedeutung und wird zur Klärung vieler auf diesem Wege noch zu lösender Probleme beitragen können. Der Zentralausschuß hat darum in Nyborg beschlossen, daß gerade dieses Studienprojekt mit besonderer Sorgfalt und Gründlichkeit in Angriff genommen werden solle.

In diesem Zusammenhang seien auch noch zwei weitere Studienprojekte erwähnt, die gemeinsam von den Referaten für Evangelisation und für missionarische Studien bzw. von der Studienabteilung und den Vereinigten Bibelgesellschaften aufgenommen worden sind: „Das Wort Gottes und der moderne nicht-christliche Glaube“ und „Rolle und Verwendung der Bibel im Leben der Kirche“. Aus den bisherigen Veröffentlichungen ist ersichtlich, daß auch die erstgenannte Untersuchung unter evangelistischen Gesichtspunkten stehen und der Gefahr kirchlicher Introvertiertheit zu begegnen suchen soll. Dem Bestreben, die Studienabteilung zu einer Art „Clearing House“ für Studien über „theologische Erziehung und Ausbildung der Pfarrer“ zu machen, scheint vorläufig infolge der Vielfalt und Verschiedenheit der theologischen Ausbildung in den Mitgliedskirchen des ÖRdK kein weiterführendes Ergebnis beschieden zu sein.

Die greifbarsten Ergebnisse ökumenischer Forschungsarbeit liegen bisher in der seit 1955 vom Referat für Kirche und Gesellschaft durchgeführten Untersuchung „Die gemeinsame christliche Verantwortung gegenüber Gebieten raschen sozialen Umbruchs“ vor. Diese von Professor Egbert de Vries, dem Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften in Den Haag, geleitete und von einem breiten Mitarbeiterstab, insbesondere auch auf regionaler Ebene, getragene Untersuchung erstreckte sich auf Asien, Afrika sowie Lateinamerika und hat die weltweite Verantwortung der Christenheit auf sozialem und internationalem Gebiet in einer bedrängenden Weise zum Bewußtsein gebracht. Dabei ist deutlich geworden, daß es sich letztlich keineswegs um nur soziologische oder politische Gesichtspunkte handelt, sondern um die rechte Erfüllung des Auftrages der Kirche in der Welt. Um des Gewichtes dieser Feststellungen willen hat der Zentralausschuß daher in Nyborg beschlossen, diese ursprünglich bis 1958 befristete Studienarbeit um zwei Jahre zu verlängern.

Die größte Beachtung in der gesamten Weltöffentlichkeit hat zweifellos das

vorläufige Studiendokument der 1955 eingesetzten Kommission „Christen und die Verhütung des Krieges im Atomzeitalter“ gefunden, das dem Zentralaus- schuß in Nyborg 1958 von dem niederländischen Parlamentarier Dr. C. L. Pat- tijn und dem Hamburger Professor C. F. von Weizsäcker vorgelegt wurde und gleichsam einen Zwischenbericht aus der Arbeit dieser Kommission darstellen sollte. Dieser Bericht, dessen Unverbindlichkeit für den ÖRdK vom Zentral- ausschuß denn auch stärkstens betont wurde, sucht einen neuen Weg ethischer Verantwortung zwischen einem bedingungslosen Pazifismus einerseits und einer bedingten Anerkennung der Notwendigkeit militärischer Maßnahmen anderer- seits zu weisen. Endziel bleibe die völlige Abschaffung des Krieges, doch vorerst sei mit der Möglichkeit kriegesischer Konflikte nach wie vor zu rechnen:

Die internationale Gewaltanwendung durch militärische Mittel oder deren Androhung ist bisher die übliche Methode zur Beilegung von Streitigkeiten gewesen, wenn eine Ver- ständigung nicht zustande kam, und bis heute ist diese Situation noch von keinem System einer Weltregierung, das allgemeine Zustimmung fände, übertroffen worden. Wenn Christen sich auf das Geschäft des Krieges einlassen, so tun sie es im Wissen, daß es ein böses Geschäft ist. Überdies ist die einzige Berechtigung, die Christen bei ihrer Zuflucht zum Krieg haben mögen, die Erhaltung von Recht und Ordnung; und auf jeden Fall muß die Zerstörung so niedrig wie möglich gehalten werden und in einem Verhältnis zu dem Ziel stehen, das Recht aufrechtzuerhalten.

Dies hat in der Vergangenheit Christen dazu veranlaßt, Richtlinien für ihre Teil- nahme am Krieg aufzustellen. Nicht alle Mittel der Kriegführung wurden für legitim erachtet. Mittel und Methoden der Kriegführung, die das beabsichtigte Ziel, das heißt die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zerstörten, konnten nicht gerechtfertigt werden. Diese Einsicht hat besondere Wichtigkeit für die gegenwärtige Lage und auch nach unserer Meinung neue Bedeutung und Gültigkeit. Wir lenken die Aufmerksam- keit auf die Tatsache, daß der Einsatz nuklearer Waffen bestimmt mehr denn je zuvor ein solches Ausmaß an Verwüstung und unberechenbaren Folgen verursachen kann, daß sie nicht durch irgendeinen denkbaren Vorteil für die Menschheit aufgewogen werden können.

Studiendokument, S. 28/29

Die nüchterne Feststellung, daß wir vorerst das Vorhandensein atomarer Waf- fen als Faktum hinzunehmen haben, hat die Kommission den Begriff der „gei- stigen Disziplin“ in die Diskussion einführen und die Begrenzung eines even- tuellen Krieges durch „gestufte Abschreckungsmittel“ überlegen lassen, um jedem Mißbrauch der technischen Errungenschaften zu wehren und alle Möglichkeiten friedlicher Verständigung zu nutzen. Über die Grenzziehung ist freilich in der Kommission keine Einmütigkeit erzielt worden, doch:

Obwohl es in vielen Punkten Meinungsunterschiede gibt, sind wir uns in einem Punkte einig. Das ist der, daß Christen offen erklären sollten, daß niemals Zuflucht zum totalen Einsatz dieser Waffen genommen werden sollte. Mehr noch, daß Christen jeder Politik widerstehen müssen, die augenscheinlich zum totalen Krieg führt. Schließlich sollten Christen, wenn es zum totalen Krieg kommen sollte, einen Waffenstillstand fordern, wenn es nötig wäre unter den Bedingungen des Feindes, und ihre Zuflucht zum gewalt- losen Widerstand nehmen. Wir verzichten absichtlich darauf, das Stadium zu definieren, in dem der totale Krieg erreicht sein würde.

Studiendokument, S. 39/40

Abgesehen von diesen dann auch im Zentralaussschuß auftauchenden Meinungs- verschiedenheiten war vor allem Gegenstand der Kritik, daß die in einem ein- leitenden Kapitel entwickelten theologischen Leitgedanken die dann folgenden

technischen, politischen und militärischen Darlegungen nicht genügend durchdrungen hätten. Auch wurde beanstandet, daß die Kommission ausschließlich Glieder „westlicher“ Kirchen umfaßt habe. Nichtsdestoweniger ist mit diesem Dokument ein ökumenischer Beitrag zur atomaren Diskussion geliefert worden, der in den Mitgliedskirchen des ÖRdK und darüber hinaus die weiteren Gespräche fruchtbar anzuregen und fortzuführen vermag.

Für die Beziehungen der Mitgliedskirchen des ÖRdK untereinander war auf einen noch in Evanston gefaßten Beschluß des Zentralausschusses hin ein Kommissionsbericht erarbeitet worden, der 1956 in Galyatetö vom Zentralausschuß „entgegengenommen“ und unter dem Titel „Christliches Zeugnis, Proselytismus und Glaubensfreiheit im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen“ den Mitgliedskirchen zur Erörterung und Stellungnahme zugeleitet wurde. Mögen ursprünglich orthodoxe Beschwerden über Proselytenmacherei protestantischer Missionen in ihren Kirchen den Anstoß zu dieser Untersuchung gegeben haben, so wird doch mit diesem Thema die Grundfrage ökumenischer Gemeinschaft überhaupt gestellt. Der Zusatz „christliches Zeugnis“ wurde aufgenommen, um deutlich zu machen, daß der „Proselytismus“ eine Korruption des echten, vom Evangelium gebotenen Zeugnisses darstellt, insofern die Freiheit zu einem solchen Zeugnis ihre Grenze an der Verpflichtung ökumenischer Zusammengehörigkeit finden muß und sich nicht in eine eigensüchtige Mitgliederwerbung verkehren darf.

Nach einer einleitenden Bestandsaufnahme und einer Klärung der Terminologie folgen grundsätzliche Überlegungen:

1. Die theologische Behandlung dieser Fragen muß davon ausgehen, daß es jeder christlichen Kirche grundsätzlich nicht nur erlaubt, sondern geboten ist, ihr Zeugnis in der Welt frei und offen zu verkündigen, um Menschen für die von Gott offenbarte Wahrheit zu gewinnen. Zeugnis abzulegen gehört zum Dienst der Liebe an den Menschen, der der Kirche aufgetragen ist.

2. Das Gebot, von der Wahrheit Christi zu zeugen und andere für diese Wahrheit zu gewinnen, gilt nicht nur in bezug auf Nichtchristen, sondern auch in bezug auf alle die, die nur nominell zu einer christlichen Kirche gehören. Kirchen sollten sich über neue Anregungen freuen, die den Glauben derer beleben, die ihrer seelsorgerlichen Fürsorge anvertraut sind, selbst wenn solche Anregungen von außerhalb ihrer eigenen Reihen kommen. Solch ein belebendes Zeugnis, das in eine bestimmte Kirche von außen hineingetragen wird, sollte sowohl auf die Einheit als auch auf die Neubelebung dieser betreffenden Kirche bedacht sein. Wenn auch das rettende Handeln Christi nicht auf irgendeine einzelne der getrennten Kirchen beschränkt ist, so will doch das Wirken seines Geistes in einer schöpferischen Ordnung sichtbar werden.

3. Sollten in einer Kirche Irrlehren oder Mißbräuche die zentralen Wahrheiten des Evangeliums entstellen oder verdunkeln und damit das Heil der Menschen gefährden, so können andere Kirchen verpflichtet sein, zu helfen durch treue Bezeugung der Wahrheit, die man dort aus dem Auge verloren hat. Die Freiheit hierzu muß grundsätzlich festgehalten werden. Bevor sie jedoch eine rivalisierende Kirche gründen, müssen sie sich in aller Demut fragen, ob sich in der betreffenden Kirche nicht vielleicht doch solch hoffnungsvolle Elemente der wahren Kirche finden, daß offene brüderliche Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit ihr zu einem guten Ende führen könnten.

4. Die Toronto-Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (1950) sagt (z. B. III, 3, 4 u. 5), daß keine Kirche wegen ihrer Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat dazu genötigt ist, ihr volles Wahrheitsbekenntnis, mit dem sie in

ihrer Sein und Auftrag als Kirche steht und fällt, zu unterdrücken, zu verkürzen oder zu verändern; denn dadurch würde sie sich selbst verstümmeln. Dem Ökumenischen Rat ist nicht daran gelegen, verstümmelte Kirchen als Mitglieder zu haben; er möchte im Gegenteil ein Rat von ganzen, wirklichen und echten Kirchen sein. Das bedeutet, daß eine jede Mitgliedskirche in der Lage sein muß, ihr volles, unverkürztes Zeugnis offen und freudig in den Rat hineinzubringen und ihm voll und rückhaltlos Ausdruck zu verleihen.

5. Weiter sagt die Toronto-Erklärung deutlich, daß keine Kirche wegen ihrer Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat dazu genötigt ist, jede andere Mitgliedskirche als Kirche im wahren und vollen Sinne des Wortes anzusehen (IV, 4). Das bedeutet, daß eine Kirche, die von ihrem Bekenntnis her gewisse Lehren einer anderen Mitgliedskirche als Irrtümer und Häresien und gewisse ihrer Bräuche als Mißbräuche ansehen muß, nicht veranlaßt werden darf, diese Urteile um der gemeinsamen Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat willen zurückzunehmen oder zurückzuhalten, sondern daß sie diese weiterhin in vollem Umfange aufrechterhalten und auch zum Ausdruck bringen kann, ja soll. Je offener eine Kirche ihre Überzeugung im Rat oder innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft ausspricht, um so weniger wird es nötig sein, sie „hintenherum“ und auf unerwünschte Weise geltend zu machen.

6. Gerade innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft sollte diese Auseinandersetzung in vollem Umfange weitergehen, ohne daß hier etwas von ihrer Schwere und von ihrem Ernste abgebrochen wird (vgl. Toronto-Erklärung III, 4). Es läßt sich beobachten, daß Kirchen immer dann am ehesten zum Proselytismus neigen oder sich über Proselytismus beklagen, wenn die psychologische und geistliche Atmosphäre derart ist, daß Kirchen entweder sich scheuen oder daran gehindert werden, im Umgang miteinander die Wahrheit offen auszusprechen.

7. Gemeinsame Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat legt den Kirchen (gemäß der Toronto-Erklärung) eine moralische Verpflichtung auf, in dieser Auseinandersetzung eine bestimmte Haltung zu beobachten. So ist es mit dieser Mitgliedschaft unvereinbar, daß eine Mitgliedskirche einer anderen das Kirchesein völlig abspricht oder sie als ganz und gar häretisch oder als Mißbräuchen hoffnungslos verfallen ansieht, so daß ihren Gliedern nur noch dadurch zu helfen wäre, daß man sie aus ihr herausrettet. Auf Grund ihres gemeinsamen Bekenntnisses zu Jesus Christus als Gott und Heiland und als des alleinigen Hauptes der Kirche erkennen die Mitgliedskirchen gemeinsam gegenseitig „hoffnungsvolle Zeichen“ aneinander an (Toronto-Erklärung IV, 5).

8. Das Ausrichten des Zeugnisses innerhalb der ökumenischen Gemeinschaft wird sich vor allem auf folgende Weise vollziehen:

a) Im inoffiziellen, persönlichen und privaten Gespräch einzelner im Suchen nach der Wahrheit.

b) Im offiziellen Gespräch zwischen zwei Kirchen, wobei eine jede ihrem Bekenntnis volles Gewicht gibt. Diese Art des Gespräches muß innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen noch viel nachdrücklicher und ernsthafter wahrgenommen werden.

c) Eine wichtige Möglichkeit innerhalb des Rahmens des Ökumenischen Rates wird in der Arbeit der Zwischenkirchlichen Hilfe gesehen werden, wenn eine Kirche der anderen dazu verhilft, ein gesundes eigenes Leben wiederzugewinnen; eine Kirche hilft einer anderen mit deren Zustimmung in evangelistischer, katechetischer oder pädagogischer Arbeit oder sucht ihren Mitgliedern anderweitig zu dienen mit dem Ziel, diese nicht nur in ihrer bisherigen Kirche zu belassen, sondern sie in der Treue zu ihr noch zu festigen und ihr Christsein dort kraftvoller zu gestalten. Es ist deutlich, daß dieser Weg ein großes Maß von Selbstlosigkeit und Demut auf beiden Seiten erfordert.

Am Schluß werden dann zu der gebotenen Untersuchung und Fortsetzung des Gespräches in den Mitgliedskirchen folgende Fragen gestellt:

Sollten wir als Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates zum Beispiel darin übereinstimmen,

1. daß wir die Überzeugungen der Kirchen, deren Auffassung und Praxis der Kirchenmitgliedschaft wir nicht teilen, achten und es als unsere christliche Pflicht betrachten, einander zu helfen, unsere jeweiligen Schwächen durch freimütigen theologischen Austausch und durch konkrete gegenseitige Hilfeleistungen zu überwinden, statt uns zu privater oder öffentlicher Kritik und Verdammung der beiderseitigen Fehler hinreißen zu lassen?

2. daß wir es als die vornehmste Pflicht jedes bewußten Christen ansehen, mit betendem Herzen an der Erneuerung der Kirche zu arbeiten, deren Glied er ist?

3. daß wir jedem erwachsenen Christen, dem sein Gewissen nicht länger in seiner bisherigen Kirche zu verbleiben erlaubt, volle Freiheit zugestehen, in eine andere Kirche überzutreten?

4. daß wir es als eine schwere Belastung brüderlicher Beziehungen ansehen, wenn in einem Lande nicht alle die gleiche Freiheit genießen, ihrem Glauben gemäß zu leben und ihr Zeugnis auszurichten, und daß wir uns entschlossen für volle politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung aller Kirchen in einem jeden Lande einzusetzen haben?

5. daß wir kirchlicherseits von jedem Versuch Abstand nehmen, materielle oder soziale Vorteile anzubieten, um die Entscheidung des einzelnen über seine Kirchenzugehörigkeit zu beeinflussen oder auf Menschen in Zeiten der Hilflosigkeit und Not einen ungeziemenden Druck auszuüben?

6. daß, obwohl Kirchen durchaus das Recht haben müssen, ihre Haltung im Blick auf konfessionell gemischte Ehen deutlich zu machen, doch die Gewissensentscheidung der Ehegatten hinsichtlich ihrer künftigen Kirchenzugehörigkeit respektiert werden sollte?

7. daß Kinder nicht gegen den Willen ihrer Eltern oder Vormünder aus ihrer bisherigen Kirche in eine andere aufgenommen werden sollten?

8. daß wir niemand in unsere Kirche aufnehmen sollen, der anerkanntermaßen aus Gründen laxer Moral in seiner eigenen Kirche unter Kirchenzucht steht oder sich nur den Verpflichtungen der Kirchenmitgliedschaft in seiner Kirche entziehen will oder nur aus offensichtlich ungeistlichen oder unwürdigen Gründen Anschluß an eine andere Kirche sucht?

9. daß, wenn immer ein Glied einer Kirche in eine andere Kirche aufgenommen werden möchte, – wenn irgend möglich – unmittelbare Fühlungnahme der beteiligten Kirchen gesucht werden sollte, daß aber dem Betreffenden weder vor noch nach dem Übertritt Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen, wenn man die Überzeugung gewonnen hat, daß echte Gewissensgründe vorliegen?

10. daß dort, wo eine andere Kirche, die in einem bestimmten Gebiet fest eingewurzelt ist, ihrem Christuszeugnis so ungenügend nachkommt, daß wir im Gewissen gedrungen sind, ihren Gliedern unser Zeugnis zu bringen, es doch unser erstes Bestreben sein muß, in Geduld nach Wegen zu suchen, die die Kirche selbst in ihrem eigenen Zeugnis und Dienst durch brüderlichen Rat und Hilfe zu stärken?

11. daß wir noch viel mehr Überlegung und Hilfsmittel darauf verwenden sollten, wie bestehende Kirchen in Gebieten, in denen sie fest verwurzelt sind, durch "fraternal workers", durch geistige Förderung, durch sachkundige und materielle Hilfeleistung unterstützt werden können, statt daß in ihrem Gebiet ein missionarisches Konkurrenzunternehmen einer anderen Kirche begonnen wird?

Fast ist es verwunderlich oder vielleicht sogar beunruhigend, daß gerade dieses bedeutsame und theologisch sorgfältig durchdachte Dokument nur ein verhältnismäßig geringes Echo gefunden hat. Man wird mit Recht zu der Schlußfolgerung kommen können, daß innerhalb der Kirchen des Ökumenischen Rates noch

immer eine große Zurückhaltung besteht, wenn es aus der Zugehörigkeit zum Ökumenischen Rat praktische Konsequenzen zu ziehen gilt, die das Verhältnis der Mitgliedskirchen zueinander so ordnen, daß Spannungen vermieden werden, die mit Geist und Wesen ökumenischer Gemeinschaft unvereinbar sind.

Mit der vorgenannten Untersuchung in gewissem Umfange verwandt ist das Studienprojekt über die „Glaubensfreiheit“, das zunächst im Zusammenhang mit den Protestantenvorfolgungen in Kolumbien vom Zentralausschuß 1957 beschlossen worden war, im Jahre darauf dann aber über den römischen Katholizismus hinaus auf die Problemlage in den nichtchristlichen Religionen sowie in den verschiedenen Weltanschauungen und Ideologien einschließlich des Kommunismus ausgedehnt wurde. Auch die Tendenzen und Einflüsse, die der Verwirklichung der Glaubensfreiheit im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben entgegenstehen, sollen in die Untersuchung einbezogen werden. Alles deutet also darauf hin, daß hier eines der umfangreichsten und langwierigsten, aber sicherlich auch gewichtigsten Studienprojekte des ÖRdK aufgenommen worden ist.

Abschließend sei bemerkt, daß auch das durch die Evanstondebatte aufgeworfene Israel-Problem Gegenstand weiterer Behandlung gewesen ist. In Verfolg der Aussprache während der Vollversammlung in Evanston hatte der Zentralausschuß den Verbindungsausschuß des ÖRdK und des IMR ersucht, eine Arbeitstagung über „Christliche Überzeugungen und Auffassungen in Beziehung zum jüdischen Volk“ gemeinschaftlich mit dem Komitee für Judenmission beim IMR zu veranstalten. Die von 16 Teilnehmern besuchte Arbeitstagung fand vom 12. bis 18. September 1956 im Ökumenischen Institut zu Bossey unter dem Vorsitz von Bischof Geoffrey Allen (England) statt. Der Tagungsbericht wurde dem Exekutivausschuß des ÖRdK im Februar 1957 vorgelegt und auch in „The Ecumenical Review“ (April 1957; deutsch bei der Ökumenischen Centrale, Frankfurt am Main) veröffentlicht. Der Exekutivausschuß sprach sich dahin aus, daß diese ganze Angelegenheit eine weitere Erörterung verlange, besonders innerhalb von Gruppen, in denen die verschiedenen theologischen Meinungen zu dem Problem deutlicher und repräsentativer vertreten seien, als es bei der Arbeitstagung in Bossey möglich gewesen sei. Die Studienabteilung wurde deshalb beauftragt, sich der weiteren Bearbeitung dieser Sache anzunehmen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA sind Studiengruppen noch ständig mit diesem Thema befaßt.

b) Faith and Order

Wie aber steht es mit der Faith and Order-Arbeit im engeren Sinne, die ja doch mit ihrer Zielsetzung am nachdrücklichsten der Verwirklichung der Einheit der Kirche Jesu Christi zu dienen und alle übrige Studienarbeit hierauf auszurichten berufen ist? Die Sorgen, daß diese eigentliche Basis zwischenkirchlicher Begegnungen und theologischer Gespräche im gegenwärtigen Aufbau des ÖRdK nicht genügend zur Geltung komme, wollen nicht verstummen und sind auf den Zentralausschußsitzungen dieser Jahre wiederholt laut geworden. Auf eine 1957 erfolgte Anregung des Exekutivausschusses hat der Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung einen Bericht über „Die Zukunft von Faith and Order.“ ausgearbeitet, dessen Zwischenform schon 1958 in

Nyborg diskutiert wurde und dessen endgültige Fassung dem Zentralausschuß 1959 in Rhodos zur Beschlußfassung vorliegen wird. Diesen Vorschlägen folgend soll das Gewicht von Faith and Order innerhalb des ÖRdK, möglicherweise sogar durch die Erhebung zu einer selbständigen Abteilung, künftig erheblich verstärkt werden. Mit Recht konnte Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft freilich darauf hinweisen, daß Faith and Order früher nie einen vollen Sekretär zur Verfügung gehabt, sondern diesen erst nach dem Aufgehen im ÖRdK erhalten habe. Andererseits erhebt sich die Frage, ob bei dem allgemeinen Wachstum der anderen Arbeitszweige des ÖRdK Faith and Order nicht doch relativ ins Hintertreffen geraten sei. Entscheidend ist aber – und das steckt hinter den Sorgen um die Zukunft von Faith and Order –, ob nicht im Ökumenischen Rat die Tendenz, sich mit einer bloßen Kooperation der Kirchen zu begnügen, die Oberhand gewonnen habe, das Streben nach Einheit demgegenüber jedoch zweitrangig geworden sei. Wenn allerdings der erwähnte Bericht vorsieht, daß auf Wunsch die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung durch einen offiziellen Vertreter an Verhandlungen über Kirchenunionen beratend teilnehmen kann, so ist unschwer vorauszusehen, daß dieser Punkt noch sehr umstritten werden wird, wie es auch schon bei den bisherigen Aussprachen im Arbeitsausschuß der Kommission und ebenso im Zentralausschuß in Erscheinung getreten ist. Denn gibt der ÖRdK nicht damit seinen Grundsatz auf, selber keine bestimmte Konzeption von der „Einheit“ zu vertreten? Und kann nicht jeder offizielle Vertreter der Kommission doch nur seine persönliche Einstellung oder aber die Lehre seiner eigenen Kirche vertreten, nicht aber eine irgendwie geartete Auffassung der Kommission als solcher?

Innerhalb der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung arbeiten die drei theologischen Kommissionen an den ihnen gestellten Aufgaben weiter. Die Kommissionen „Christus und die Kirche“ und „Tradition und Traditionen“ mit je einer europäischen und einer nordamerikanischen Sektion, die Kommission für „Gottesdienst“ mit einer europäischen, einer nordamerikanischen und einer ostasiatischen Sektion. In Fortführung des Studiums der nichttheologischen Faktoren ist 1955 unter Vorsitz von Dean Walter G. Muelder eine Kommission gebildet worden, die sich mit dem Problem des „Institutionalismus“ und dessen Einfluß auf Leben und Gestalt der Kirchen befaßt. Auf amerikanischer Seite ist unter anderen der frühere Mitarbeiter in der Genfer Studienabteilung, Professor Nils Ehrenström, als Sekretär der Kommission maßgeblich beteiligt, auf deutscher Seite Dr. Hans Dombois (Heidelberg). Insgesamt bestehen also zur Zeit acht Studienkommissionen von Faith and Order, deren Ergebnisse auf der für 1963 vorgesehenen erweiterten Kommissionssitzung vorliegen sollen. Diese alle drei Jahre stattfindende Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung brachte 1957 in New Haven die Neuwahl des Vorsitzenden, da Erzbischof Yngve Brilioth (Schweden) aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten mußte. Sein Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Professor Douglas Horton, Dekan der Theologischen Fakultät der Harvard-Universität, der zu den Kongregationalisten gehört; stellvertretender Vorsitzender Bischof Lesslie Newbigin von der Kirche von Südindien. Auf der gleichen Kommissionssitzung war die Taufe Gegenstand der Verhandlung. Zugrunde lag die von Lund und Evanston herkommende Anregung, über die Taufe einen Zugang

zur Einheit der Kirche zu suchen. Das von der europäischen Sektion der Kommission „Christus und die Kirche“ erarbeitete und von Professor Schlink eingeführte Dokument über die Taufe brachte jedoch in der Diskussion noch keine greifbaren Ergebnisse, da die Auffassungen über Verständnis und Vollzug der Taufe zu sehr divergierten. Der Arbeitsausschuß und die europäische Sektion der Kommission „Christus und die Kirche“ erhielten den Auftrag zur Fortführung des Studiums und zu erneutem Bericht auf der Kommissionssitzung im Jahre 1960.

Wie in Lund (1952) und Chicago (1954) fand auch im Anschluß an die Kommissionssitzung in New Haven wiederum eine inoffizielle „Konsultation“ über den Stand der Kirchenunionen statt, die der Information und dem Gedankenaustausch der an solchen Verhandlungen beteiligten oder interessierten Kirchen diente.

Zu einer weiteren Entfaltung der Faith and Order-Arbeit über den bisherigen Rahmen hinaus hat die mit Zustimmung des Zentralausschusses 1955 vom Arbeitsausschuß der Kommission gegebene Interpretation des § 4 der Verfassung von Faith and Order geführt, daß nicht nur Weltkonferenzen, sondern auch Tagungen auf regionaler Ebene sowie Konsultationen auf Anregung und unter Mitwirkung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung einberufen werden dürfen. Solche regionalen Faith and Order-Konferenzen haben 1955 in Neuseeland und 1957 in Indien stattgefunden. Die bedeutendste Konferenz dieser Art war zweifellos das Treffen der nordamerikanischen Kirchen in Oberlin (Ohio) vom 3. bis 10. September 1957, das unter dem Thema „Das Wesen der Einheit, die wir suchen“ stand und weit über Nordamerika hinaus beachtet worden ist. Die Bedeutung dieser Konferenz beruhte nicht zuletzt auf der beispielhaft breiten und gründlichen Vorbereitung durch Studiengruppen in den Kirchen und Gemeinden. Ein bemerkenswertes Resultat dieser Konferenz bestand zudem in der Errichtung eines ständigen Faith and Order-Sekretariats beim Nationalrat der Kirchen Christi in den USA, der satzungsgemäß bis dahin Fragen des Glaubens und der Kirchenverfassung grundsätzlich ausgeklammert hatte.

In Europa wurde auf Grund einer 1954 während der Sitzung des Arbeitsausschusses in Chicago gegebenen Anregung eine „Lutherisch-Reformierte Konsultation“ ins Leben gerufen, die seit 1956 alljährlich Vertreter dieser beiden Konfessionen zu inoffiziellen Gesprächen vereinigt. Bisherige Verhandlungsthemen waren „Die Autorität der Heiligen Schrift“, „Die Gegenwart Christi“ und „Die Taufe“. Im Zusammenhang mit der Zentralausschuß-Sitzung auf der Insel Rhodos 1959 ist die Bildung einer ähnlichen Konsultation zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Theologen vorgesehen.

Daß die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ihr Bemühen um die Einheit der Kirche Jesu Christi nicht in einem äußerlichen oder rein wissenschaftlichen Sinne verstanden wissen will, beweist die Intensität, mit der sie sich für die alljährliche „Gebetswoche für die christliche Einheit“ einsetzt und verantwortlich weiß. Nach wie vor wird diese Gebetswoche in der Regel zur gleichen Zeit wie die auf Abt Couturier zurückgehende römisch-katholische Gebetsoktav (18.–25. Januar) abgehalten, obwohl der Termin von ökumenischer Seite nicht als das Entscheidende angesehen und daher auch für andere Regelungen Raum gelassen wird (z. B. in Australien zur Himmelfahrtszeit). Schwierigkeiten bereitet hingegen, daß neuerdings von römisch-katholischer Seite das Gebetsanliegen im Blick auf die Einheit entgegen dem ursprünglichen Ansatz nur noch

in der Rückkehr zur römisch-katholischen Kirche gesehen wird, so daß diese Brücke der Gemeinsamkeit zwischen Rom und der ökumenischen Bewegung gefährdet erscheint und schon an eine Verlegung des Termins der ökumenischen Gebetswoche gedacht wurde. Wenn auch die Ausbreitung der ökumenischen Gebetswoche zunimmt, so stehen ihr doch noch eine große Zahl von Hindernissen verschiedener Art entgegen, zum Beispiel im romanischen Protestantismus der Gegensatz zu Rom, in den USA die Vielzahl solcher Gebetswochen, in anderen Gebieten die Allianzgebetswochen und im deutschsprachigen Raum nicht zuletzt auch die ungewohnte angelsächsische Gebetsform, die in den Handreichungen geboten wird und den deutschen Gemeinden fremd bleibt.

c) Ökumenische Aktivität

Neben den großen und grundlegenden Vorgängen und Forschungsarbeiten sollte doch auch nicht übersehen werden, was in der „Abteilung für ökumenische Aktivität“, also in den Referaten für Laienarbeit, Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft, Jugendarbeit und im Ökumenischen Institut in Bossey geleistet ist. Es liegt nahe, daß gerade diese Abteilung sich besonders für die „ökumenische Erziehung“ verantwortlich weiß. Leider hat das von der Abteilung 1957 dem Zentralausschuß vorgelegte Dokument kaum die ihm gebührende Beachtung gefunden.

Das Jugendreferat hat eine Untersuchung über die „Integration der Jugend in das Leben der Kirche“ auf breiter Basis durchgeführt. Ökumenische Aufbau-lager in aller Welt, die vom Jugendreferat in Zusammenarbeit mit anderen christlichen Jugendorganisationen veranstaltet werden, führen die Jugendlichen der Kirchen zusammen. Für 1960 ist eine europäische Jugendkonferenz in Lausanne geplant. Das Referat für Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft hat unter anderem dem Problem der Ordination von weiblichen Amtsträgern besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Vom Laienreferat sind in diesen Jahren viele fruchtbare Impulse ausgegangen, die in dem den Kirchen zugeleiteten Dokument „Der Dienst des Laien in der Welt“ ihren Niederschlag gefunden haben. Die Kurse und Konferenzen im Ökumenischen Institut von Bossey haben auch in den vergangenen Jahren in steigendem Maße dazu gedient, Laien – denn Bossey ist in erster Linie ein Laieninstitut! – und Theologen mit brennenden Fragen christlicher Lebensgestaltung, kirchlicher Daseinsform und ökumenischer Gemeinschaft zu konfrontieren. Die mit der Universität Genf verbundene Ökumenische Hochschule erfaßt eine zunehmende Zahl von Studenten und jungen Pfarrern aus allen Kirchen und Nationen und hilft damit den Kirchen bei der Zurüstung von ihrer ökumenischen Verantwortung bewußten kirchlichen Amtsträgern.

4. VORBEREITUNG DER DRITTEN VOLLVERSAMMLUNG

Die nunmehr auf die Jahreswende 1961/62 verschobene dritte Vollversammlung beginnt naturgemäß schon jetzt, die Planungen und insbesondere auch die

Studienarbeit des ÖRdK zu bestimmen. Freilich soll dieses nicht wie bei der vorangegangenen Vollversammlung von Evanston in der Weise geschehen, daß dadurch die gesamte übrige Arbeit mehr oder weniger unterbrochen wird und alle Kräfte sich auf die Themen der Vollversammlung konzentrieren. Vielmehr ist daran gedacht, daß die nächste Weltkirchenkonferenz organisch aus der laufenden Arbeit des ÖRdK erwächst und damit zu einem getreuen Spiegelbild seines gegenwärtigen Standes und Wirkens wird. Ebenso sollen auch die Mitgliedskirchen aus den sie bewegenden Fragen und Aufgaben heraus zu der Gestaltung der Vollversammlung beitragen. Im Unterschied zu Evanston ist geplant, dem Thema der nächsten Vollversammlung kein zu großes Eigengewicht zu verleihen, andererseits aber dafür Sorge zu tragen, daß es die Sektionen mehr durchdringt, als es in Evanston der Fall war. Im Gegensatz zu einem „Hauptthema“ spricht man daher diesmal von einem „Generalthema“, das als „Leitmotiv“ die gesamte Konferenzarbeit prägen soll. Die Zahl der Sektionen, die in Evanston sechs betragen hatte, ist auf drei reduziert worden, die die Hauptfunktionen der ökumenischen Bewegung beinhalten: Einheit, Zeugnis und Dienst. Um die Wechselbeziehung dieser drei Funktionen zu wahren und jeder falschen Spezialisierung vorzubeugen, werden die Sektionsthemen von gemischten Kommissionen aller drei Arbeitsgebiete vorbereitet werden.

Da die nächste Weltkirchenkonferenz voraussichtlich auf Ceylon, auf jeden Fall aber in Indien stattfinden wird, galt es, dem Generalthema besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wird doch der ÖRdK in der asiatischen Situation zu einem eindrücklichen und unmißverständlichen Zeugnis christlicher Verkündigung gefordert sein. Der Zentralausschuß hat sich 1958 in Nyborg für das von der württembergischen Landeskirche vorgeschlagene Thema „Jesus Christus – das Licht der Welt“ entschieden. Der Vorschlag ist jedoch nicht ohne Widerspruch geblieben. Einerseits habe diese Formulierung eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Evanston-Thema, so daß die Gefahr von Wiederholungen bestehe. Auf der anderen Seite erscheinen angesichts der in den indischen Religionen lebendigen Lichtsymbolik synkretistische Mißinterpretationen der biblischen Botschaft vom Licht nicht ausgeschlossen. Einer auf Antrag von Landesbischof D. Noth zu bildenden biblischen Studienkommission wird daher die Aufgabe zufallen, das biblische Verständnis von Jesus Christus als dem „Licht der Welt“ herauszuarbeiten und vor solchen Fehldeutungen zu schützen. Die vorbereitenden Kommissionen werden 1959 und 1960 zu Arbeitssitzungen zusammentreten, um im Austausch mit den Mitgliedskirchen das Studienmaterial für die Vollversammlung zu erarbeiten.

5. VERHÄLTNIS ZUR RÖMISCH-KATHOLISCHEN KIRCHE UND ZUR ORTHODOXIE

Die durch die Situation der Protestanten in Spanien und Kolumbien immer noch belasteten Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und der übrigen Christenheit schienen mit der am letzten Tage der Gebetsoktav für die Einheit der Christenheit am 25. Januar 1959 von Papst Johannes XXIII. über-

raschend gemachten Ankündigung der Einberufung eines Ökumenischen Konzils in ein neues Stadium zu treten. Die von der nichtkatholischen kirchlichen Presse an diese Ankündigung in lebhafter Reaktion geknüpften Vermutungen oder gar Erwartungen über die Motive dieses Planes, Thema und Verhandlungen eines solchen Konzils, die Beteiligung nichtrömischer Kirchen usw. haben offensichtlich weit mehr in die Worte des Papstes hineingelegt als berechtigt ist. Der Exekutivausschuß des ÖRdK hat denn auch in seiner Sitzung vom Februar 1959 vorerst auf eine Stellungnahme verzichtet:

Die in Genf versammelten dreizehn Mitglieder des Exekutivausschusses berichteten, daß viele Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates, in dem 171 orthodoxe, anglikanische, protestantische und alt-katholische Kirchen aus 53 Ländern zusammenarbeiten, die Mitteilungen über ein bevorstehendes „ökumenisches Konzil“ mit großem Interesse verfolgen. Jedoch reichen die über das Konzil vorliegenden Informationen noch nicht aus, um schon jetzt eine amtliche Erklärung abzugeben.

Der Exekutivausschuß machte sich folgende Stellungnahme des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. W. A. Visser 't Hooft, über die beabsichtigte Einberufung eines „ökumenischen Konzils“ zu eigen: „Es hängt viel davon ab, auf welche Weise das Konzil einberufen wird und in welchem Geiste man an die Frage der christlichen Einheit herangehen wird. Die entscheidende Frage ist: Wie ökumenisch wird das Konzil in seiner Zusammensetzung und seiner geistlichen Ausrichtung sein?“

Einmütig sprach der Exekutivausschuß die Ansicht aus, daß die Erfahrung der ökumenischen Bewegung, wie sie sich im Ökumenischen Rat der Kirchen darstellt, bestätigt hat, daß die Einheit gefördert wird, wenn Kirchen sich auf der Grundlage gegenseitiger Achtung begegnen und dabei uneingeschränkt festhalten an der Wahrheit des Evangeliums, der Liebe und der ehrlichen und wahrhaftigen Interpretation ihrer eigenen grundlegenden Überzeugungen. Die fruchtbarsten ersten Schritte zu guten Beziehungen der Kirchen untereinander sind nach Meinung des Ausschusses tatsächliche Zusammenarbeit der Kirchen im Dienst am Menschen, im Bemühen um eine verantwortliche Gesellschaft und um einen gerechten und dauerhaften Frieden, in theologischen Gesprächen und in den Anstrengungen, Glaubensfreiheit für alle Menschen in jedem Land zu sichern.

Der Exekutivausschuß vertraut darauf, daß die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates in ihren Gebeten für die Einheit, wie Christus sie will, fortfahren. Der Exekutivausschuß bittet seine Leitung und das Generalsekretariat – um der christlichen Einheit willen –, die Entwicklung im Auge zu behalten und die Folgerungen, die sich im Zusammenhang mit dem geplanten Konzil ergeben, sorgfältig zu bedenken.

ÖPD, Nr. 6 vom 13. Februar 1959

Daß durchaus Kontakte zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem ÖRdK möglich sind bzw. schon bestehen, und wie sie im Blick auf ein „Ökumenisches Konzil“ ausgebaut und fruchtbar gemacht werden könnten, hat der französische Dominikaner C. J. Dumont, O. P., der zu dem an der ökumenischen Bewegung besonders interessierten Istina-Kreis gehört (vgl. Kirchl. Jahrb. 1955, S. 274), in einem viel beachteten Artikel in „Vers l'Unité Chrétienne“ (Januar/Februar 1959) dargelegt:

Wenn bis jetzt auch keine offizielle Verbindung zwischen dieser Institution und der römischen Kirche hergestellt wurde, so ist es doch keineswegs so, als wäre zwischen ihnen noch keine Kontaktnahme erfolgt. Stärker interessiert an jener Tätigkeit des Ökumenischen Rates, die sich mit den Fragen des Glaubens und der Struktur der Kirche befaßt, haben die hierarchischen Autoritäten der römischen Kirche mehrmals ihre

Genehmigung zur Anwesenheit zuständiger Theologen als Beobachter bei den großen Weltkonferenzen der Kommission für „Glauben und Kirchenverfassung“ erteilt (ohne die diskretere Anwesenheit bei den Vollversammlungen von Amsterdam 1948 und Evanston 1954 zu erwähnen). Darüber hinaus ist das von Sympathie getragene Interesse, mit dem katholische Theologen verschiedener Länder die Arbeiten und Schritte des Ökumenischen Rates verfolgt, studiert und brüderlich kritisiert haben, von seinen führenden Männern mit Herzlichkeit und Aufgeschlossenheit erwidert worden. Die privaten Kontakte sind so zahlreich geworden, daß eine größere Zahl dieser katholischen Theologen auf Grund dessen sich in einer „Katholischen Konferenz für die ökumenischen Fragen“, die internationalen Charakter trägt, zusammengeschlossen hat, um die Informationen allen zugänglich zu machen, die Erfahrungen auszutauschen, die Arbeiten zu koordinieren und den Gremien des Ökumenischen Rates, mit denen sie Fühlung haben, eine repräsentativere Basis für die gegenseitigen Beziehungen zu geben, als es rein individuelle Beziehungen sein könnten. Die Instruktion des Heiligen Offiziums „Ecclesia catholica“ über die ökumenische Bewegung sicherten einer solchen Institution eine kanonische Grundlage, die es ihr erlaubt hat, sich in enger Fühlungnahme mit der jeweiligen lokalen Hierarchie ebenso wie mit der zentralen Autorität der römischen Kirche zu entwickeln. Heute ist sie eine wohleingeführte und starke Gruppe, die schon auf eine recht lange gemeinsame Erfahrung zurückblicken kann, die aber auch für eine künftige ausgedehntere und besser organisierte Arbeit bereitsteht.

Es scheint kaum denkbar, daß ein Konzil, das die christliche Einheit zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht hat, stattfindet und dabei jene gewaltige Bemühung außer acht läßt, die sich, tragischerweise unter anderen dogmatischen Voraussetzungen, auf das gleiche Ziel richtet: die des Ökumenischen Rates. Zweifellos darf man nicht erwarten, daß die katholische Kirche ihren Anschluß an diesen Rat als „Mitgliedskirche“ erwägt: sie hat selbst, und zwar in unmißverständlichen Worten, die dogmatischen und seelsorgerlichen Gründe für ihre Haltung bekanntgegeben. Wir kommen hier nicht darauf zurück, da wir schon mehrfach an sie erinnert haben. Aber selbst hier noch, trotz – oder richtiger: gerade *dank* – dieser einseitig geklärten Situation, die keinem Mißverständnis Raum geben sollte, bleibt eine enge Verbindung möglich. Die Teilnahme an den Arbeiten des Rates, von einigen katholischen Theologen auf eigene Faust begonnen, könnte in förderlicher Weise ausgedehnt werden und einen in etwa offiziellen Charakter erhalten. Die Statuten der theologischen Ausschüsse der Kommission für „Glauben und Kirchenverfassung“ zum Beispiel sehen vor, daß diese Ausschüsse Theologen solcher Kirchen zu Rate ziehen dürfen, die nicht Mitglieder des Ökumenischen Rates sind, ganz abgesehen vom Statut von „Glauben und Kirchenverfassung“ selbst, das unter seinen Mitgliedern auch eine Kirche zuläßt, die dem Rat nicht angehört. Andererseits könnten manche der Bemühungen eben dieses Rates (zugunsten der Aufrechterhaltung des Friedens, der Lösung von Rassenproblemen, des Studiums sozialer Fragen oder der Situation von Ländern in raschem wirtschaftlichem, politischem, kulturellem Umbruch usw.) in Verbindung mit denen der katholischen Institutionen erfolgen, die das gleiche Ziel und das gleiche Anliegen haben und letzten Endes ja auch die gleichen christlichen Prinzipien zur Lösung der Probleme. Auf diesen verschiedenen Gebieten ist niemals ein grundsätzliches Verbot gegen eine Zusammenarbeit geltend gemacht worden. Darüber hinaus hat Papst Pius XII., wenn auch in sehr allgemein gehaltenen Ausdrücken, positiv dazu ermutigt; aber seine Worte waren nicht gehört und seine Mahnungen nicht befolgt worden. Ein weites Feld bleibt offen, und es scheint außer Zweifel zu stehen, daß die in diesem Sinne unter der Verantwortung ausgewogener, sachverständiger Persönlichkeiten ergriffenen Initiativen eine erfolversprechende Vorbereitung darstellen könnten zu jenem Zusammenstreben der Geister und Herzen, das jedes aufrichtige und uneigennützig Suchen nach der Einheit voraussetzt.

Ökumenische Rundschau, Heft 2, April 1959, S. 81/82

Über die orthodoxen Kirchen und ihr Verhältnis zum ÖRdK ist in diesem Jahrbuch an anderer Stelle ausführlich berichtet worden (Kirchl. Jahrb. 1956, S. 256–331). Die dort S. 317 ff. als Plan erwähnte erste Begegnung zwischen Vertretern des Moskauer Patriarchats und des ÖRdK, die ursprünglich für Januar 1957 in Paris vorgesehen, aber dann auf Wunsch des Moskauer Patriarchats in offensichtlichem Zusammenhang mit der Ungarn- bzw. Nahostkrise vom Herbst 1956 auf kurze Zeit verschoben war, fand vom 7. bis 9. August 1958 in Utrecht statt. Die Leiter der beiden Delegationen, Metropolit Nikolaus von Krutitsky und Kolomna und der Vorsitzende des Zentralausschusses des ÖRdK, Dr. Franklin C. Fry, führten bei den Gesprächen abwechselnd den Vorsitz. Auf russischer Seite waren an den Verhandlungen ferner Erzbischof Michael von Smolensk und Alexander Buevsky, auf seiten des ÖRdK Metropolit Jakobos von Melita in seiner Eigenschaft als Mitglied des Zentralausschusses und Dr. W. A. Visser 't Hooft als Generalsekretär des ÖRdK beteiligt. Gegenstand der Gespräche waren Fragen der christlichen Einheit, der Bedrohung des Weltfriedens und der Glaubensfreiheit. Auf die Stockholmer Friedensbewegung, die Emigrationskirchen und China wurde hingegen nicht eingegangen. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in folgendem Kommuniqué niedergelegt:

1. Wir sind Gott dafür dankbar, daß nach einer langen Vorbereitungszeit eine Zusammenkunft zwischen Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands und des Ökumenischen Rates der Kirchen stattgefunden hat ...

Diese erste Begegnung verfolgte naturgemäß zunächst den Zweck, besser miteinander bekannt zu werden. Diesem Ziele diente der Austausch von Informationen und die Klärung unserer beiderseitigen Positionen. So erreichten wir größeres Verständnis füreinander.

2. Unsere Bruderschaft in Christus war es, die unsere Begegnung möglich machte, und auf dieser Grundlage haben wir miteinander offen über das wirkliche Wesen und die Ziele der Kirchen gesprochen, die wir vertreten.

3. Wir erkannten, daß wir gemeinsamen Anteil haben an den Bemühungen um die Einheit der Christen und um die Sichtbarmachung ihrer Einheit im Leben der Kirchen. Die Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands erklärten, wie ihre Kirche für die Wiedervereinigung aller Christen betet und arbeitet. Die Abgesandten des Ökumenischen Rates der Kirchen legten dar, wie der Ökumenische Rat die kirchliche Einheit zu fördern trachtet, und zwar sowohl durch die theologische Arbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung als auch durch viele andere Mittel, derer sich die Christen auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens bedienen.

4. Wir teilen die tiefe Sorge um den Frieden der Welt in Gerechtigkeit und Freiheit. Die beiden Delegationen drückten ihre Entschlossenheit aus, auf dieses Ziel hinzuwirken. Sie empfinden die ernste Verantwortung der Kirchen, in jedem Lande ihre Regierungen und ihre Völker aufzurufen, zur Verhütung des Krieges alles zu tun, was in ihrer Macht steht. In den letzten Jahren haben der Ökumenische Rat der Kirchen und das Moskauer Patriarchat ihre Überzeugungen hinsichtlich der großen internationalen Probleme unserer Zeit, wie Abrüstung, Atomkrieg und Kernwaffenexperimente, einander zur Kenntnis gebracht. Bei unserer Zusammenkunft haben wir dieses Gespräch über unsere beiderseitigen Standpunkte fortgesetzt. Weitere Kontakte werden nötig sein, um über die verschiedenen Wege zum Frieden, die jeder von uns geht, Übereinstimmung zu erzielen.

5. Der grundsätzlichen Bedeutung der Freiheit, zu der Christus die Menschen befreit hat, haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Jede Delegation gab

ihre Ansichten darüber kund, auf welche Weise die Glaubensfreiheit in der Gesellschaft ihren Ausdruck finden sollte. Wir erörterten eine Anzahl spezieller Probleme, auf die die Kirchen stoßen, wenn sie ihrem Glauben in ihrem Leben und in ihrer Arbeit Ausdruck geben wollen. Unser Gespräch trug zu einem besseren Verständnis dieser Probleme bei.

6. Im Blick auf die Zukunft erklärten die Delegierten der Heiligen Orthodoxen Kirche Rußlands, sie würden dem Patriarchen und der Heiligen Synode ihrer Kirche Bericht erstatten und dies im Geiste voller Sympathie für die Grundsätze der ökumenischen Bewegung tun. Einen entsprechenden Bericht über das Treffen würden sie jenen orthodoxen Schwesterkirchen zuleiten, die an der Moskauer Konferenz von 1948 teilgenommen haben.

Die Delegierten des Ökumenischen Rates erklärten, sie würden dem Zentralausschuß Bericht erstatten und vorschlagen, daß – wenn dies der Heiligen Orthodoxen Kirche von Rußland angenehm wäre – ihre Beobachter zu den Sitzungen des Zentralausschusses eingeladen werden sollten.

Die Delegierten dankten Gott dem Herrn für das Vorrecht, im Geiste christlicher Liebe zusammenzukommen.

ÖPD, Nr. 32 vom 22. 8. 1958

Die Mitglieder des Zentralausschusses stimmten in Nyborg dem Vorschlag einer künftigen Entsendung von Beobachtern des Moskauer Patriarchats zu den Zentralausschuß-Sitzungen einmütig zu. Der Vertreter des Moskauer Patriarchats auf der Europäischen Kirchenkonferenz in Nyborg (s. u.), Leo Parijskij, Professor der Geistlichen Akademie Leningrad, hat in einem Presseinterview ausdrücklich versichert, daß das Moskauer Patriarchat auf der kommenden Zentralausschuß-Sitzung im August 1959 auf der Insel Rhodos durch Bischöfe vertreten sein werde (ÖPD, Nr. 2. vom 16. 1. 1959). Bei der gleichen Gelegenheit betonte Professor Parijskij, die russische orthodoxe Kirche sei gewillt, „an allen ökumenischen Konferenzen und anderen kirchlichen Zusammenkünften teilzunehmen, die der Wahrheit, dem Recht und der Liebe dienen“ (vgl. hierzu H. Schaeder in „Junge Kirche“, Heft 2/1959, S. 69 ff.). Mit Utrecht scheint also in der Tat ein neuer Abschnitt der Aufgeschlossenheit und Bereitschaft der russischen orthodoxen Kirche für ökumenische Mitarbeit begonnen zu haben. Daß daher der Utrechter Konferenz als einem ersten Schritt des gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung größte Bedeutung zukommt, steht außer Frage und ist von Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft in seinem Tätigkeitsbericht vor dem Zentralausschuß in Nyborg nachdrücklich hervorgehoben worden:

Diese Bedeutung wurde in einem freundlichen Artikel einer holländischen römisch-katholischen Tageszeitung mit dem Ausdruck beschrieben: „Die wichtigste ökumenische Tatsache des Jahres.“ Ich möchte nicht gern den ersten Teil dieses Ausdrucks verteidigen – welches die *wichtigste* Tatsache ist, wird nicht auf Erden entschieden, sondern im Himmel. Aber ich glaube, daß dieser erste Kontakt zwischen dem Rat und der Orthodoxen Kirche Rußlands in der Tat von großer *ökumenischer* Bedeutung ist. Infolge der gegenwärtigen politischen Situation neigen viele dazu, solch einen Kontakt *vorwiegend* in politischen Begriffen zu interpretieren. Nun ist es richtig, daß er seine sehr reale politische Seite hat, nämlich darin, daß wir die internationale Lage bei einer derartigen Zusammenkunft nicht ausklammern können. Und wir haben auch wirklich versucht, uns mit den Problemen, die aus dieser Situation entstehen, verantwortlich auseinanderzusetzen. Aber man verliert seine eigentliche Bedeutung, die im Raum *kirchlicher* Beziehungen und *kirchlicher* Geschichte liegt, wenn man dieses Ereignis lediglich von einem politischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Wir müssen daran denken,

daß die Kirche Rußlands sich nie am Leben der ökumenischen Bewegung beteiligt hat, daß ihre führenden Persönlichkeiten diese Bewegung noch zu entdecken haben. Wir müssen daran denken, wie wenig die Kirchen in anderen Ländern über das tatsächliche Leben der Kirchen in Rußland wissen. Wir müssen daran denken, daß die Anbahnung positiver Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Orthodoxen Kirche in Rußland auch die Tür für Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat und anderen Kirchen in Sowjetrußland öffnen kann. Wir müssen besonders daran denken, daß die erforderliche Gegenüberstellung und geistliche Begegnung der östlichen und der westlichen Christenheit nur dann in angemessener Weise stattfinden kann, wenn die große Tradition der russischen Orthodoxie in der ökumenischen Bewegung vernehmbar wird. „Utrecht“ stellt nur einen ersten Anfang dar, wir hoffen jedoch, daß es der Anfang eines geistlichen Prozesses ist, der zu neuen geistlichen Möglichkeiten führen wird.

Ökumenische Rundschau, Heft 4, Oktober 1958, S. 193

Wie sehr es für diese sich anbahnende Begegnung zwischen Ökumene und der orthodoxen Kirche in Rußland noch auf beiden Seiten die geistlichen und theologischen Voraussetzungen zu schaffen gilt, hat auch Edmund Schlink in seiner grundlegenden Abhandlung „Der ökumenische Beitrag der russischen orthodoxen Kirche“ („Kerygma und Dogma“, Heft 3/1958) ausgeführt, die er im Anschluß an einen mehrwöchigen Besuch der orthodoxen Kirche in Rußland verfaßte. Hier scheint sich neben der Integration des IMR mit dem ÖRdK die für die ökumenische Bewegung in diesen Jahren gewichtigste und folgenreichste Entwicklung abzuzeichnen, die von den führenden Männern des Ökumenischen Rates wie auch von den Mitgliedskirchen ein Höchstmaß an geistlicher Verantwortung und theologischer Denkarbeit verlangen wird. Ob auf Grund der jetzt hergestellten ersten Kontakte auch mit einem äußeren Anschluß der orthodoxen Kirche in Rußland an den ÖRdK in absehbarer Zeit zu rechnen ist, steht auf einem anderen Blatt und mag mit guten Gründen bezweifelt werden.

So wenig in diesem Zusammenhang die auch auf die Kirchen einwirkenden politischen Gegensätze zwischen Ost und West unterschätzt werden sollen, so haben doch die Gespräche mit den Vertretern des Moskauer Patriarchats erneut erkennen lassen, daß die Hauptgründe der Zurückhaltung gegenüber dem ÖRdK auch in der russischen orthodoxen Kirche ebenso wie in den anderen Kirchen der Orthodoxie dogmatischer Natur sind. Der Beschluß der Heiligen Synode der Kirche von Griechenland vom Frühjahr 1957, künftig zu Konferenzen des ÖRdK nicht mehr „Hierarchen oder gewöhnliche Kleriker, sondern nur Theologieprofessoren“ zu delegieren (vgl. Kirchl. Jahrb. 1956, S. 323 f.), hat auch dem Außenstehenden die spannungsreiche Situation zum Bewußtsein gebracht, so wenig andererseits ein solcher Beschluß als grundsätzliche Absage an die ökumenische Bewegung bewertet werden sollte, wohl aber als ein Ausdruck zunehmender Reserve angesehen werden muß, die nicht zuletzt in dem geplanten Zusammenschluß des IMR mit dem ÖRdK ihren Grund haben dürfte. Das ist erneut in einer an das griechische Volk gerichteten Botschaft der Hierarchie der Kirche von Griechenland deutlich geworden, die am 4. Dezember 1958 in der gesamten griechischen Presse veröffentlicht wurde. In dieser Botschaft wird dem ÖRdK der Vorwurf gemacht, daß die protestantischen Führer des Ökumenischen Rates in der Basis die Hl. Dreieinigkeit absichtlich nicht erwähnt hätten, um auch antitrinitarischen Kirchen den Beitritt zu ermöglichen. Dazu hat das Generalsekretariat des ÖRdK wie folgt Stellung genommen:

Die Botschaft der Hierarchie der Kirche von Griechenland bezieht sich auf die Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen, das heißt den Artikel unserer Verfassung, in dem es heißt: „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen.“ Diese „Basis“ wurde von der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung übernommen. Ursprünglich formuliert wurde sie von dem Allgemeinen Konvent der Protestantischen Episkopalkirche in den USA auf seiner Versammlung im Jahre 1910. Die Einladungen zu den Weltkonferenzen für Glauben und Kirchenverfassung in Lausanne und Edinburgh wurden auf dieser Grundlage ausgeschickt. Die einzigen Kirchen, die die Einladung ablehnten, weil sie die Basis für unannehmbar hielten, waren solche, die einen unitarischen Standpunkt vertreten.

Die Vollversammlung von Evanston nahm eine Erklärung über das Wesen und die Funktion dieser „Basis“ an, in der es ausdrücklich heißt: „Indem sie sich zusammenschließen, suchen die Kirchen auf den Ruf und das Tun ihres göttlichen Herrn Antwort zu geben. Der Ökumenische Rat muß deshalb aus Kirchen bestehen, die den Herrn als die zweite Person der Dreieinigkeit anerkennen.“

Es ist deshalb klar, daß die Aussage, die Heilige Dreieinigkeit sei in der Basis des Ökumenischen Rates nicht erwähnt, um antitrinitarische Kirchen zu gewinnen, auf einem schweren Mißverständnis beruht.

ÖPD, Nr. 46 vom 12. 12. 1958

Daß solche Mißdeutungen von orthodoxer Seite nicht verallgemeinert werden dürfen, zeigt die Tatsache, daß das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und die Patriarchate von Antiochia, Alexandrien und Jerusalem seit 1955 in der Zentrale des ÖRdK in Genf offiziell durch den Metropoliten Jakobos von Melita vertreten sind, der am 31. März 1959 sein neues Amt als Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Erzdiozese von Nord- und Südamerika angetreten hat, aber voraussichtlich in Kürze einen Nachfolger in Genf erhalten wird.

6. INTERNATIONALE PROBLEME

In die Berichtsjahre fiel eine Reihe schwerwiegender internationaler Spannungen und politischer Konflikte von weltweitem Ausmaß, die eine Stellungnahme des Ökumenischen Rates gegenüber seinen Mitgliedskirchen wie auch gegenüber den beteiligten Mächten und der Weltöffentlichkeit erforderlich machten. Dabei erwies sich wiederum die sachkundige Beratung der leitenden Gremien des ÖRdK durch die „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ (CCIA) von unschätzbbarer Bedeutung.

Im Mittelpunkt standen die Probleme der Abrüstung und der Anwendung von Atomwaffen, die Krisen in Ungarn und Nahost sowie das Ost-West-Verhältnis. Schon auf der Zentralaussschuß-Sitzung in Davos 1955 machte sich der Zentralaussschuß eine Erklärung der CCIA zu eigen, die sich für eine friedliche Auswertung der Atomenergie, Rüstungsbeschränkung und ein gütliches Schlichtungsverfahren bei internationalen Spannungen einsetzte:

Die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten hat immer wieder die These vertreten, daß bei der Rüstungsbeschränkung nicht nur die mathematischen und technischen Aspekte berücksichtigt werden müssen, sondern auch die damit verbundenen moralischen und politischen Faktoren. Diese Faktoren erstrecken sich auf zwei unabdingbare und einander ergänzende Verfahrensweisen:

1. Eine Verfahrensweise, wodurch alle Rüstungen nach und nach unter einer entsprechenden Aufsicht und Kontrolle der Völker vermindert werden, und

2. eine Verfahrensweise zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und Anpassung an veränderte Verhältnisse, um mit bestehenden Ungerechtigkeiten aufzuräumen, vor allem dort, wo ein militärischer Konflikt ausgebrochen ist.

Der Fortschritt, der im Rahmen einer solchen Verfahrensweise gemacht werden könnte, hängt ab von dem Umfang, den das gegenseitige Vertrauen angenommen haben wird. Alle echte Übereinstimmung stärkt das Vertrauen und schafft die Grundlage für weitere bedeutsame Vereinbarungen. Darum sehen wir uns durch die Bereitwilligkeit der Regierungen, miteinander im Gespräch zu bleiben, ermutigt und dringen darauf, daß ein solcher Austausch fortgesetzt wird, damit das gegenseitige Vertrauen auch weiterhin vertieft und der Bereich einer Verständigung schrittweise erweitert wird.

FRIEDLICHE AUSWERTUNG DER ATOMENERGIE

Die Aussichten auf einen segensreichen Gebrauch der neuentdeckten Atomenergie für die Menschheit werden von der Angst gedämpft, daß ihre Ausnützung für militärische Zwecke zu einer verheerenden Katastrophe führen könnte. Als Christen halten wir es für die Pflicht aller Menschen, darauf zu achten, daß die Atomenergie ausschließlich positiven und konstruktiven Aufgaben dienstbar gemacht wird.

Wir begrüßen daher den ausdrücklichen Wunsch der Generalversammlung der Vereinten Nationen, „daß die Verwendung der Atomenergie tatkräftig gefördert und lediglich in den Dienst friedlicher Zielsetzungen der Menschheit gestellt werde“. Wir unterstützen den Vorschlag, daß eine internationale Organisation für Atomenergie ins Leben gerufen wird, und sind der Ansicht, daß diese im Rahmen der Vereinten Nationen Gestalt gewinnen sollte. Insbesondere stimmen wir der Entschließung bei, eine internationale Konferenz für die Auswertung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken einzuberufen. Sie hätte die Aufgabe, die „weitere Entwicklung der Atomenergie zu studieren und anderen Fachgebieten, wie der Biologie, der Medizin, der Radioaktivität und der dagegen unternommenen Schutzmaßnahmen sowie der Grundlagenforschung nachzugehen. Gebiete, auf denen sich eine internationale Zusammenarbeit am wirksamsten erzielen läßt“. Wir sind ermutigt von dem offenkundigen Interesse und der wachsenden Anteilnahme höchst kompetenter Wissenschaftler aus vielen Völkern.

Das gegenwärtige Bemühen, den Segen der Atomenergie der Menschheit zunutze zu machen, kann auch nicht durch die Tatsache aufgehalten werden, daß die notwendigen Bestimmungen für eine Aufsicht und Kontrolle vorläufig noch umstritten sind. Damit ist den Völkern eine Möglichkeit für eine konstruktive Zusammenarbeit und die Überwindung des Mißtrauens gegeben, das sie bisher voneinander getrennt hat.

RÜSTUNGSBESCHRÄNKUNG

Angesichts der Schwierigkeiten, die manchmal unüberwindlich zu sein scheinen, dringen wir darauf, daß unablässig auf die Herbeiführung und Inkraftsetzung eines Systems hingearbeitet werde, das unter einer entsprechenden Aufsicht und Kontrolle die Vernichtung und das Verbot von Atom-, Wasserstoff- und allen anderen Waffen der Massenzerstörung und damit auch die Beschränkung aller Waffengattungen auf ein Mindestmaß erstrebt. Gleichzeitig warnen wir vor allzu einfachen Formeln, die doch nur zu Propagandazwecken verwendet werden und es auf oberflächliche Vereinbarungen abgesehen haben. Wer auf solche Lösungen baut, der könnte als eine Folge daraus eine unvorbereitete Welt in eine noch größere Gefahr stürzen.

Zwei Aufgaben scheinen besonders dringlich zu sein:

1. Der Ausbau eines Kontroll- und Aufsichtssystems;

2. die Einigung auf einen Ausgangspunkt für die Rüstungsbeschränkung.

Jedes System der Aufsicht und Kontrolle muß die technischen Voraussetzungen dafür haben und politisch anwendbar sein, damit andere Völker gewarnt werden, wenn ein Volk gegen seine vertragliche Verpflichtung verstößt. Weil nun soviel Unsicherheit darüber herrscht, was nach wissenschaftlicher Erkenntnis für eine verlässliche Kontrolle der Atomenergie erforderlich ist, schlagen wir vor, daß die Vereinten Nationen einen international zusammengesetzten Ausschuß von Vertretern der Wissenschaft und Technik ins Leben rufen, der die wesentlichen wissenschaftlichen Anforderungen für ein angemessenes System klarzulegen haben würde. Die Mitglieder dieses Ausschusses sollten auf Grund einer Liste gewählt werden, die von den Regierungen aufgesetzt wird, ihre Aufgabe jedoch in persönlicher Eigenschaft durchführen. Die Ergebnisse, zu denen sie kommen werden, würden für eine auf Vertrauen gegründete, politisch annehmbare Lösung unerlässlich sein. Auch würden sie ein Prüfstein sein für die Bereitschaft der Regierungen, die Ausmerzung und das Verbot aller Waffen der Massenvernichtung unter einer vertrauenswürdigen internationalen Kontrolle wie auch die Beschränkung aller anderen Waffengattungen auf ein Mindestmaß gemeinsam durchzuführen.

Der Ausgangspunkt für eine Verminderung der Rüstungen muß allen Teilen gerecht werden und für alle annehmbar sein. Die Hoffnung, einen solchen Ausgangspunkt für ein schrittweises Vorgehen zu finden, wird immer größer. Seitdem die Abrüstungskommission im Jahre 1951 gegründet wurde, haben wir verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Mitgliedsregierungen der Vereinten Nationen sich in der Charta dazu verpflichtet haben, von der Androhung bzw. Anwendung von Gewaltmitteln zu aggressiven Zwecken abzusehen. Die implizite vorausgesetzte Verpflichtung, Atom-, Wasserstoff- oder anderer Kriegswaffen zu aggressiven Zwecken nicht anzuwenden, sollte als ein möglicherweise erster Schritt zur Herbeiführung eines vertrauenswürdigen Kontrollsystems aller Massenvernichtungswaffen herausgestellt werden.

Indem die Völker ein entsprechend anwendbares System aufstellen, sollten sie zugleich nach Mitteln und Wegen suchen, wodurch sie aus freien Stücken zusammenwirken können und wodurch das Zusammenspiel aller Beteiligten sich täglich aufs neue erweisen kann. Darin eingeschlossen werden könnte der Austausch militärischer Informationen, wie auch eine Kontrolle verschiedenster Art. Auf diese Weise könnten Spannungen gelockert, die Gefahr militärischer Aktionen gemildert und der Weg für jene Art der Aufsicht und Kontrolle angebahnt werden, die letzten Endes allen Völkern die größtmögliche Sicherheit verschaffen wird.

FRIEDLICHES SCHLICHTUNGSVERFAHREN

Soll ein Abrüstungsplan erfolgreich sein, dann muß das Streben nach der Beseitigung eines Vorwandes für eine militärische Aktion oder seiner vermeintlichen Rechtfertigung damit Schritt halten. Soweit als möglich sollte Ungerechtigkeiten vorgebeugt werden und, wenn sie aufkommen, Sofortmaßnahmen zu ihrer Behebung ergriffen werden. Dieses obliegt in erster Linie den Staatsregierungen in ihrem Territorialbereich, gehört aber auch zur Verantwortung der Vereinten Nationen, den Spezialorganisationen und regionalen Körperschaften.

Wenn aus einer bestimmten Situation erwachsende wirkliche oder angebliche Ungerechtigkeiten Spannungen und Streitigkeiten zwischen den Völkern auslösen, sollte nichts unversucht gelassen werden, um hinsichtlich der erforderlichen Änderungen auf friedlichem Wege zu einem Übereinkommen zu gelangen, wozu eine genaue Ermittlung des Tatbestandes, die Aufnahme von Verhandlungen, ein Schlichtungsverfahren und anderes mehr gehört. Derartige vorbeugende und konstruktive Maßnahmen sind von größter Wichtigkeit.

In vergangenen Zeiten wurden militärische Aktionen eingeleitet, um wirkliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, aber auch zu aggressiven und umstürzlerischen Zwecken. Und wir dürfen die Möglichkeit nicht außer acht lassen, daß ähnliche Situationen sich wieder ergeben werden. Die Völkergemeinschaft sollte durch die Vereinten Nationen dazu gerüstet werden, solchen Notständen zu begegnen; wie sie auch danach trachten sollte, daß Maßnahmen auf internationaler Basis zugestimmt wird, die sowohl die Ausweitung eines Konfliktes verhindern als auch zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten beitragen können, die möglicherweise der Anlaß des Konfliktes gewesen sind.

Wir regen die Erwägung von Schritten an, die kraft vorausgegangener besonderer Vereinbarung zwischen den Mitgliedsregierungen unternommen werden sollten, wenn irgendwo in der Welt ein Konflikt ausbricht. Die Entscheidung darüber, welche Schritte jeweils unternommen werden sollten, müßte von einer Mehrheit getroffen werden, ohne daß den einzelnen Regierungen ein Vetorecht zusteht. Wir wollen hier nicht auf technische Einzelheiten eingehen, wie wir auch nicht das Organ näher umschreiben wollen, das mit der entsprechenden Autorität ausgestattet werden sollte. Wir sind uns völlig im klaren über die Schwierigkeiten, die entstehen dürften, wenn es darum geht, einem solchen Verfahren auf internationaler Grundlage zuzustimmen. Unser Anliegen ist vor allem, die Regierungen dazu anzuapornen, daß sie – wenn der Völkerfriede in Gefahr ist – Methoden Raum geben, die eine friedliche Schlichtung von Streitigkeiten im gemeinsamen Interesse der Menschheit sicherstellen. Auf dieses Ziel hin müssen nun die vorhandenen internationalen Institutionen wirksamer ausgenützt bzw. neue Einrichtungen geschaffen werden.

1. Auf Ansuchen einer Regierung sollten im Einklang mit den Satzungen der Vereinten Nationen Entscheidungen darüber erzielt werden, ob eine berichtgemäß als kritisch dargestellte Situation als solche zu betrachten ist oder nicht.

2. Wenn einer solchen Situation nachgegangen wird, sollten ihre kritischen Aspekte unter dem Gesichtspunkt der Gefahr einer internationalen Verwicklung gewürdigt werden.

3. Wenn die Schlußfolgerung gezogen werden muß, daß eine solche Gefahr einer internationalen Verwicklung besteht, sollte unverzüglich die Forderung erhoben werden, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden.

4. Eine Abordnung der Beobachterskommission für den Frieden sollte unverzüglich ausgesandt werden mit dem Auftrag, darauf zu achten, daß die Bedingungen der Waffenruhe erfüllt werden.

5. Ein unparteiisches Organ sollte die Ursachen klarstellen, die zum Konflikt geführt haben, wie auch die Möglichkeiten für eine Behebung bestehender Ungerechtigkeiten ermitteln.

6. Die Ergebnisse einer solchen Umfrage sollten der unmittelbar beteiligten Regierung bzw. den Regierungen unterbreitet werden und dann nötigenfalls dem Internationalen Gerichtshof zur rechtlichen Entscheidung oder Begutachtung wie auch anderen zuständigen Stellen der Vereinten Nationen mit der Empfehlung vorgelegt werden, daß man die erforderlichen Maßnahmen ergreifen möchte.

Wir haben die Bedeutung aller der Rüstungsbeschränkung unter einer internationalen Aufsicht und Kontrolle förderlichen und einander ergänzenden Verfahrensweisen betont wie auch der Maßnahmen, die dem Ausbau der von den Völkern angenommenen Methoden für eine friedliche Beilegung von Konflikten oder einer friedlichen Beseitigung vorhandener Ungerechtigkeiten dienen. Eine solche doppelte Inangriffnahme der uns gestellten Aufgabe wird notwendigerweise den moralischen und politischen Faktoren ihr Gewicht geben, die für einen auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Frieden unerläßlich sind.

ÖPD, Nr. 32 vom 12. August 1955

Im Jahre darauf befaßte sich der Zentralausschuß in Galyatetö mit dem Thema „Die Kirche und der Aufbau einer verantwortlichen Gesellschaft“ und verabschiedete eine Resolution „Christliche Verantwortung für eine geordnete Welt“, die im weitesten Umfange auf die brennendsten Weltprobleme der Gegenwart einging:

Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen, zu seiner diesjährigen Tagung in Ungarn versammelt, steht von neuem unter dem Eindruck, daß in dem Herrn Christus die Schranken überwunden werden, die Rasse, Weltanschauung und geschichtliche Überlieferung unter den Menschen aufrichten. Dabei hat der Zentralausschuß seine besondere Aufmerksamkeit der Frage zugewandt, auf welche Weise die Kirchen dazu beitragen können, daß eine verantwortliche internationale Gesellschaft zustande komme. Darunter wird eine Gesellschaft verstanden, in der der einzelne in Freiheit handeln kann, dabei aber zugleich die Nöte und die Rechte der anderen würdigt, eine große Menschheitsfamilie also, in der die einzelnen Glieder sich umeinander und um die Gesamtheit bemühen. Eine solche Gesellschaft weiß sich an Gott gebunden. Denn Gott sind alle Völker untertan.

Nachdem wir diese Dinge hier miteinander durchgesprochen haben, bitten wir die einzelnen Kirchen, ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte Fragen zu richten, die für die Wohlfahrt der Völker von größter Wichtigkeit sind.

Der Mensch von heute ist in Gefahr – körperlich, sittlich und geistlich. Dieser Gefahr gegenüber können wir nicht gleichgültig bleiben, wenn anders wir Jünger des Einen sind, der alle Menschen geliebt und die Last ihrer Sünde und ihrer Leiden auf seine Schultern genommen hat.

Ein tiefer Graben zwischen reich und arm zieht sich über die ganze Erde hin. Hier können die Kirchen unmöglich die Hände in den Schoß legen. Sie müssen mit aller Kraft versuchen, eine Brücke über diesen Graben zu schlagen. Sie müssen der wirtschaftlichen Entwicklung verständnisvoll und hilfreich gegenüberstehen, damit, wenn die sozialen Verhältnisse sich rasch verändern, die Völker davon einen wirklichen Nutzen haben. Soziale Gerechtigkeit muß das Ziel sein, zwischen den verschiedenen Völkern ebenso wie innerhalb der einzelnen Nationen. Wo die wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen besonders günstig liegen, da erwächst den Kirchen eine besondere Verantwortung. Sie müssen mit der Tat beweisen, daß sie sich mit allem, was arm und unterdrückt ist und was im Zeichen des Leidens steht, solidarisch wissen, so gewiß wir alle Menschen sind. Sie müssen bei ihren Regierungen darauf dringen, daß auch in der Politik dieser Grundsatz der Gerechtigkeit Anerkennung finde.

Wo ein Volk von einem anderen politisch oder wirtschaftlich beherrscht wird, da hat es keine Möglichkeit mehr, eine wirklich verantwortliche Gesellschaft zu entwickeln. Viele abhängige Völker verlangen jetzt, daß ihre Länder selbständig und unabhängig werden. Die Kirchen innerhalb und außerhalb dieser Länder müssen Verständnis dafür zeigen, daß dies Verlangen dringlich ist. Sie müssen zu diesen Völkern stehen und dafür eintreten, daß die Entwicklung zu diesen Zielen in geordneten Bahnen verläuft. Wo in einer menschlichen Gesellschaft verschiedene Rassen beieinander leben, da müssen die Kirchen die gerechten Ansprüche anerkennen und sich tapfer dafür einsetzen, daß in versöhnlichem und aufbauendem Geist gehandelt wird.

Durch die Menschheit von heute geht die angstvolle Sorge, daß aus den Versuchen mit Atomwaffen eine Gefahr erwachsen könne oder vielleicht schon erwachsen sei. Wir rufen die Kirchen auf, bei ihren Regierungen und den Vereinten Nationen vorstellig zu werden, daß ein Übereinkommen darüber geschaffen wird, daß diese Versuche eingestellt oder wenigstens begrenzt werden, damit die Gefährdung der Menschheit aufhöre. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Gesundheit der Menschen geschützt wird, und gleichzeitig muß der Sicherheit der Völker Rechnung getragen werden. Die

Möglichkeiten, die der Menschheit gegeben sind, müssen dem Aufbau dienen. Deshalb muß die Kirche unablässig darauf dringen, daß ein sachgemäßes System der Abrüstung gefunden wird und eine friedliche Beilegung der ungelösten Fragen, die jetzt die Welt bedrohen.

Die Welt will Frieden. Aber sie wird keinen Frieden finden, wenn die Menschen nicht bereit sind, Opfer dafür zu bringen und allen Mächtschaften abzusagen, die zum Kriege führen. Will man aus dem Zustand des kalten Krieges herausfinden und zu wirklichem Frieden kommen, dann erfordert das unbedingten Respekt vor der Wahrheit. Die Menschen dürfen sich nicht einer bewußten Irreführung und einer falschen Propaganda ausgeliefert sehen. Sie müssen freien Zugang haben zu jeder Art von Information. Sie müssen die Freiheit haben, selbst herauszufinden, was die Wahrheit ist.

Die Menschen müssen ungehindert reisen können. Sie müssen ihren Nachbarn begegnen und sie kennenlernen; sie müssen in solcher persönlichen Begegnung sich miteinander zu verständigen suchen und müssen Freundschaften schließen. Auf diese Weise muß es zu gegenseitigem Vertrauen und zu gegenseitiger Achtung kommen. Die Menschen müssen nicht minder die Freiheit haben, selbst zu wählen, von wem und auf welche Weise sie regiert sein wollen. Sie müssen die Freiheit haben, Gott anzubeten, für ihren Glauben Zeugnis abzulegen und ihre Kinder in diesem ihren Glauben erziehen zu lassen in Kirche, Schule und freien Formen der Jugendarbeit.

Wir rufen alle Christen auf, diese Dinge auf ihr Herz zu nehmen. Wir rufen sie auf, diese Anliegen zu vertreten im Geiste des Gebets und der Buße für das, was in der Vergangenheit versäumt worden ist. Dies alles im Namen unseres Herrn und Meisters, der der Weg ist und die Wahrheit und das Leben.

ÖPD, Nr. 32 vom 10. August 1956

Bemerkenswert ist, daß dieser Aufruf nach eingehender Diskussion von den Delegierten aus den Kirchen des Ostens und des Westens gemeinsam angenommen wurde und in Ungarn, also von einem Orte des östlichen Machtbereichs aus, erfolgte. Es war das erstemal, daß eine Tagung des ÖRdK hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang stattfand. Diese Tagung in Galyatető hat bewiesen, daß der ÖRdK sich nicht an eine der großen Mächtegruppierungen gebunden weiß, sondern eine Brücke der Verständigung und Versöhnung über die politischen Spaltungen hinweg zu bilden und die ihm angehörenden Kirchen in Ost und West zu Dienst und Zeugnis in ihrer jeweiligen Umwelt zuzurüsten sucht.

Die unverminderten Weltspannungen veranlaßten 1957 den Zentralausschuß in New Haven zu einem Appell an die Atommächte, dem eine Erklärung der CCIA über „Atomteste und Abrüstung“ zugrunde lag und der den beteiligten Regierungen überreicht wurde (der Wortlaut der Erklärungen ist abgedruckt im Kirchl. Jahrb. 1957, S. 75–79).

Auf der Sitzung in Nyborg 1958 konnte der Zentralausschuß die damals erfolgte teilweise Einstellung der Atomversuche begrüßen:

Die Atommächte haben einen ersten Schritt getan, um die *Versuche mit Atomwaffen* einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Wir begrüßen diese ersten Anfänge zu einer besseren Verständigung zwischen den Völkern. Zugleich bitten wir die Staatsmänner der Welt mit allem Ernst und aller Dringlichkeit, es nicht bei diesen Anfängen bewenden zu lassen, sondern tapfer auf dem begonnenen Wege vorwärts zu schreiten.

Wenn die Versuche mit Atombomben aufhören, wie wir das schon vor einem Jahr befürwortet haben, werden neue Anstrengungen folgen müssen, um die Produktion von Atomwaffen zu beenden und zu einer wirklichen Abrüstung zu kommen.

Voraussetzung dafür ist, daß Freundschaft und Vertrauen zwischen den Völkern sich

entfalten. Was uns not tut, ist das, was wir eine „offene Welt“ nennen möchten – also eine Welt, in der die Menschen sich frei und offen begegnen und einander verstehen und einander vertrauen lernen können.

Wir rufen die Kirchen auf, dazu zu helfen, einer solchen „offenen Welt“ den Weg zu bereiten.

Wir kennen die großen Schwierigkeiten, die es hier zu überwinden gilt. Aber was bei den Menschen unmöglich scheint, ist nicht unmöglich bei Gott. Ihn bitten wir, daß Er, der die Lasten und Sorgen der Menschheit auf sich genommen hat, uns führen und stärken wolle in unserem Mühen für den Frieden auf Erden!

ÖPD, Nr. 33 vom 29. August 1958

Im Februar 1959 wandte sich der Exekutivausschuß des ÖRdK an die damals in Genf tagende Atomkonferenz:

Von dem Augenblick an, da es dem Menschen gelungen ist, die Kräfte des Atoms freizusetzen, leben die Völker der Erde in Furcht vor der Gefahr drohender Vernichtung, die damit heraufbeschworen wurde, und versuchen, sich die großen positiven Möglichkeiten dieser Entdeckung dienstbar zu machen. Sie haben hoffnungsvoll nach Mitteln und Wegen gesucht, die Gefahr eines Krieges zu bannen und die neuen Kräfte dem Frieden dienstbar zu machen. Dieses Suchen war bisher erfolglos.

Die Konferenz, die zur Zeit in Genf über die Einstellung der Atomversuche berät, könnte in der Lage sein, den toten Punkt zu überwinden. Der große Fortschritt der Technik, Atomversuche, die irgendwo in der Welt stattfinden, aufzuspüren, sollte es den dafür Verantwortlichen ermöglichen, positive Absprachen zu treffen.

Sowohl der Ökumenische Rat der Kirchen als auch seine Mitgliedskirchen in vielen Teilen der Welt haben sich wiederholt durch Erklärungen und persönliche Vorstellungen bei den verantwortlichen Mächten dieser Welt für eine Abrüstung eingesetzt, die mit der kontrollierten Einstellung aller Atomversuche beginnt. Darum begrüßt der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen, der gerade während einiger kritischer Tage der Genfer Atomkonferenz seine Arbeitstagung abhält, alle Bemühungen, die zur Zeit unternommen werden, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Wir wissen, daß die größte Schwierigkeit in der Frage der internationalen Kontrolle liegt. Über die Vollmachten der Kontrollkommission wie auch die Zusammensetzung der Inspektionsgruppen besteht Meinungsverschiedenheit. Es gehört zu der Verantwortung der jetzt verhandelnden Regierungen allen Völkern gegenüber, in dem Bestreben, diese Schwierigkeiten zu überwinden, Ausdauer zu zeigen.

Dabei muß allerdings erkannt werden, daß jede Vereinbarung, so sorgfältig sie auch formuliert sein mag, für alle Beteiligten ein kalkuliertes Risiko einschließt. Aber angesichts der Atomgefahr und der ihr innewohnenden schwerwiegenden Folgen, die sie für die jetzt lebenden und kommenden Generationen mit sich bringt, ist die Annahme eines solchen Risikos ganz sicher gerechtfertigt. Darüber hinaus ist schon jede Übereinkunft als solche ein Beitrag zum Abbau von Mißtrauen und zur Anbahnung von Vertrauen.

Es ist schon an sich wichtig, daß die Versuche aufhören. Aber wenn darüber hinaus deutlich wird, daß eine internationale Kontrolle im Zusammenhang mit der Einstellung der Versuche möglich ist, kann sich das auf weite Sicht als noch wichtiger für die Entwicklung zu einer geregelten und fortschreitenden Abrüstung erweisen.

Indem wir diese Erklärung unseren Mitgliedskirchen in aller Welt empfehlend zur Kenntnis bringen, bitten wir sie dringend, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Fragen beizutragen, die hier auf dem Spiele stehen, und auf jede ihnen geeignet erscheinende Weise ihren Regierungen gegenüber diese Gedanken zu vertreten, vor allem in den Ländern, deren Regierungen direkt an den Verhandlungen über die Einstellung der Atomversuche beteiligt sind. Wir

beauftragen ferner die Leiter der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, diese Erklärung den Führern der Delegationen, die bei der in Genf tagenden Atomkonferenz das Vereinigte Königreich, die UdSSR und die Vereinigten Staaten vertreten, persönlich zur Kenntnis zu bringen und im Sinne dieser Erklärung auf jede geeignete Weise weiter tätig zu sein.

ÖPD, Nr. 6 vom 13. 2. 1959

Aus allen diesen Erklärungen ist ersichtlich, daß es dem Ökumenischen Rat nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie um technische und politische Vorschläge und Verfahrensweisen geht, sondern um die christlichen, ethischen und menschlichen Gesichtspunkte und Grundsätze, die in diesen Problemen eingeschlossen sind und von den politischen Mächten nicht übersehen werden dürfen. In diesem Sinne will der Ökumenische Rat durch seine Verlautbarungen als Stimme des christlichen Gewissens in der Weltöffentlichkeit wirken und es dabei doch nun nicht mit allgemeinen Appellen bewenden lassen, sondern gangbare Wege konkret aufzuzeigen suchen.

Weit schwieriger war es für die leitenden Organe des ÖRdK, zu den aktuellen politischen Krisen der letzten Jahre Stellung zu nehmen und den Kirchen, wie auch den verantwortlichen Staatsmännern, ein richtungsweisendes Wort zu sagen. Daß dabei – ähnlich wie bei der Korea-Krise 1950 – Mißdeutungen und Meinungsverschiedenheiten nicht ausbleiben konnten, liegt auf der Hand. Anlässlich der Vorgänge in Ungarn im Oktober/November 1956 haben der Vorsitzende und der stellv. Vorsitzende des Zentralausschusses, Dr. Franklin Clark Fry (New York) und Dr. Ernest Payne (London) sowie Generalsekretär Dr. W. A. Visser 't Hooft nachstehenden Aufruf an die Mitgliedskirchen des ÖRdK gerichtet:

Christen auf der ganzen Welt fühlen sich zutiefst erschüttert und von Besorgnis betroffen über den beklagenswerten Rückschlag, den das ungarische Volk, nachdem es eindeutig sein Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit kundgetan hatte, im nationalen und kirchlichen Leben erlitten hat. Der Vorsitzende und der Beigeordnete Vorsitzende des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen sowie der Generalsekretär des Rates lenken die Aufmerksamkeit der Mitgliedskirchen auf die unmittelbare Relevanz gewisser Erklärungen in dem an Kirchen und Regierungen gerichteten Aufruf, der von der Vollversammlung in Evanston angenommen worden war. Besonders verweisen sie auf die Forderung, daß Achtung und Vertrauen nicht an die Stelle von Furcht und Mißtrauen treten können, wenn mächtige Nationen nicht das Joch beseitigen, das jetzt andere Nationen und Völker daran hindert, ihre Regierung und die Gestalt ihrer Gesellschaftsordnung frei zu bestimmen. Sie beschwören die Mitgliedskirchen, weiterhin dieses Ziel zu verfolgen. Ferner war in Evanston erklärt worden, daß Christen mit allen zusammenstehen müssen, die im Kampf um die Freiheit leiden und Prüfungen erfahren. Unsere Einheit in dieser Gemeinschaft bleibt, ungeachtet dessen, was geschehen mag, unverbrüchlich und wird sich auch darin äußern, daß wir für das ungarische Volk in dieser Stunde seiner Prüfung und für die Kirchen in ihrem Zeugnis für unseren gekreuzigten und auferstandenen Herrn gemeinsam beten.

ÖPD, Nr. 41. vom 9. November 1956

Eine ähnliche Erklärung wurde zu den Ereignissen im Nahen Osten abgegeben:

Der Vorsitzende und der Beigeordnete Vorsitzende des Zentralausschusses sowie der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen fordern angesichts der ernsten Lage im Mittleren Osten alle Mitgliedskirchen auf, sich in Erinnerung zu rufen, was von den Kirchen gemeinsam über internationale Ordnung und in jüngster Zeit auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Evanston gesagt worden ist. Sie lenken

die besondere Aufmerksamkeit auf die Stellen im Bericht von Evanston, wo die Kirchen feststellen, daß keine Nation in einer internationalen Streitfrage das Recht hat, in eigener Sache Richter zu sein; wo sie die Nationen dazu aufrufen, von jeder Drohung oder jeglichen Machtmitteln gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates Abstand zu nehmen, und wo sie bekräftigen, daß alle Maßnahmen zur Abschreckung und zur Bekämpfung eines Angriffs mit den Forderungen der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen sollten. Schließlich rufen sie alle Kirchen auf, den allmächtigen Gott gemeinsam anzuflehen, Er wolle die Regierungen und die Völker auf den Wegen der Gerechtigkeit und des Friedens leiten. *ÖPD, Nr. 41 vom 9. November 1956*

Beide Erklärungen machte sich der Exekutivausschuß des ÖRdK im Februar 1957 ausdrücklich zu eigen. Andere Beurteilungen der Vorgänge, wie sie etwa von Professor J. L. Hromadka, dem Dekan der Comenius-Fakultät in Prag, in einer Sondernummer des Nachrichtendienstes „Die protestantischen Kirchen in der Tschechoslowakei“ (Dezember 1956) vertreten wurden, führten zu lebhaften Kontroversen innerhalb der Mitgliedskirchen, die in dem – allerdings abgelehnten – Antrag auf der Zentralaussschuß-Sitzung in New Haven 1957, Professor Hromadka nicht wieder in den Exekutivausschuß zu wählen, nachwirkten (ÖPD, Nr. 30 vom 16. 8. 1957). Beschuldigungen von ungarischer Seite, daß der ÖRdK in der ungarischen Revolution einseitig Partei ergriffen habe, waren Gegenstand einer auf Wunsch des Exekutivausschusses anberaumten Aussprache am 13. Februar 1957 in Prag zwischen Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft und dem Präsidenten des Nationalrates der Christlichen Kirchen in den USA, Dr. Eugene C. Blake, einerseits und dem ungarischen Regierungsbeauftragten für Kirchenfragen, Janos Horvath, andererseits (ÖPD, Nr. 7 vom 22. 2. 1957). Auch eine im Auftrage des Exekutivausschusses geschriebene zusammenfassende Darstellung der Vorgänge durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralaussschusses, Dr. Ernest A. Payne, in „The Ecumenical Review“ (Nr. 3/1958) „Some illusions and errors“ hat die schwebenden Streitfragen zwischen den ungarischen und anderen osteuropäischen Kirchenleitungen auf der einen Seite und dem ÖRdK nicht restlos zu klären und beizulegen vermocht.

Ebenso wie in den politischen Krisen des Jahres 1956 hat die „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ auch bei anderen Anlässen, wie während der Nahostkrise im Juli 1958 und im Zusammenhang mit der Cyprenfrage den ÖRdK beraten und auf internationaler Ebene Vermittlungsversuche unternommen. Darüber hinaus hat die Kommission sich auch weiterhin des Studiums für die Grundlegung eines internationalen Ethos, der Rassenfrage und der Flüchtlingsprobleme in aller Welt angenommen, um den leitenden Organen des Ökumenischen Rates und den Mitgliedskirchen beratend und helfend zur Seite stehen zu können. Nur im Vorübergehen kann darauf hingewiesen werden, welch umfassende Aufgaben und Hilfsaktionen die „Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst“ im Rahmen der politischen Geschehnisse dieser Jahre in Europa, Nahost und Fernost zu bewältigen hatte. Darauf näher eingehen zu wollen, erforderte eine eigene Darstellung. Daß aber ökumenische Gemeinschaft nicht nur in Studienprojekten und Konferenzen, sondern auf dem schlichten Wege brüderlicher Hilfe tagtäglich Gestalt gewinnt, sollte doch – auch gerade angesichts mancher Krisen und Rückschläge in der Verwirklichung christlicher Einheit auf anderen Gebieten – festgehalten werden.

7. REGIONALE ENTWICKLUNGEN

Einer der kennzeichnendsten Züge ökumenischer Entwicklung in diesen Jahren ist die zunehmende Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse. Das ist eine gesunde und hilfreiche Entwicklung, die einerseits die zentralen Stellen des Ökumenischen Rates entlastet, andererseits den kirchlichen Notwendigkeiten und Problemen der einzelnen Gebiete besser gerecht zu werden vermag, als es von einer Weltorganisation her geschehen kann. Wie wesentlich dieses auch den Faith and Order-Gesprächen zu einer größeren Spannweite und zu einem konkreten Eingehen auf die Situation in den beteiligten Kirchen zu verhelfen vermag, ist oben schon erwähnt worden. Auch bietet sich auf diese Weise die Möglichkeit, kirchliche Gemeinschaften zur Mitarbeit heranzuziehen, die entweder dem ÖRdK bzw. IMR noch nicht angehören oder wegen ihrer Kleinheit in den großen Weltorganisationen nicht genügend zur Geltung kommen können. Solche Tendenzen vermögen sich selbstverständlich nur dann gedeihlich auszuwirken, wenn die regionalen Zusammenschlüsse sich als verbindende Glieder in den Ökumenischen Rat als ganzen einfügen und nicht etwa zentrifugalen oder separatistischen Kräften Vorschub leisten. Letzteres wird man jedoch nach den bisherigen Erfahrungen nicht sagen dürfen, wie sich am deutlichsten an der „Christlichen Ostasienkonferenz“ zeigt. Bestrebungen zu einer engeren Zusammenarbeit waren in den asiatischen Kirchen schon lange lebendig und hatten in dem ersten Ostasiensekretär des ÖRdK und IMR, Dr. Rajah B. Manikam, der 1955 wegen seiner Wahl zum lutherischen Bischof von Tranquebar ausschied, einen eifrigen Förderer. Einige Kirchen in Japan, auf den Philippinen und in Thailand sowie einige Missionen bildeten den „Asiatischen Rat für ökumenische Mission“, der 1954 und 1955 Konferenzen abhielt und um einen Austausch von fraternal workers, gemeinsame Evangelisation und zwischenkirchliche Kontakte bemüht war. Auf Grund einer Konsultation dieses „Asiatischen Rates für ökumenische Mission“ und Vertretern des ÖRdK sowie des IMR im April 1956 in Bangkok wurde eine „Christliche Ostasienkonferenz“ vom 18. bis 27. März 1957 nach Prapat (Indonesien) einberufen, die wiederum in Verbindung mit dem ÖRdK und dem IMR veranstaltet wurde. Wie wenig man dabei an eine ostasiatische Blockbildung dachte, geht aus der Tatsache hervor, daß auch die Kirchen Australiens und Neuseelands eingeladen und vertreten waren. Der Zentralausschuß des ÖRdK sowie der IMR haben denn auch die Beschlüsse der Prapat-Konferenz für eine engere Kooperation der asiatischen Kirchen voll gutgeheißen und zu fördern versprochen. Dem Vorschlag der Prapat-Konferenz entsprechend wird das Ostasiensekretariat des ÖRdK und IMR erweitert und mit dem bisherigen Leiter des Evangelisationsreferates in der Genfer Studienabteilung, Dr. D. T. Niles, besetzt werden. Die endgültige Konstituierung der Konferenz als dauernde Einrichtung ist im Mai 1959 in Malaya erfolgt.

Daß die Kirchen Chinas an dieser Konferenz nicht beteiligt sind und sich nicht nur dem ÖRdK gegenüber in zunehmender Entfremdung befinden, sondern sich überhaupt von allen ökumenischen Gemeinschaftsbestrebungen fernhalten, bleibt freilich in diesem Zusammenhang ein betrübliches Faktum. Auf der Zentralausschuß-Sitzung des ÖRdK in Galyatetö vom 28. Juli bis 5. August 1956 war der Bischof der anglikanischen Kirche in China, K. H. Ting, anwesend, womit

die chinesischen Kirchen zum erstenmal seit 1948 wieder auf einer Tagung des ÖRdK vertreten waren. Der Zentralausschuß gab nach Berichten von Bischof Manikam und Bischof Ting über die kirchliche Lage in China folgende Erklärung ab:

Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen gibt seiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck, daß durch den Besuch von Bischof Manikam in China und durch die Anwesenheit von Bischof K. H. Ting als Beobachter auf unserer gegenwärtigen Tagung die Kirchen der Chinesischen Volksrepublik und der Ökumenische Rat aufs neue in Kontakt miteinander getreten sind. Er freut sich über das lebendige kirchliche Leben, das ihm aus China berichtet wurde.

Der Zentralausschuß glaubt, daß ein Besuch von Vertretern des Ökumenischen Rates bei den Kirchen der Chinesischen Volksrepublik, wenn immer ein solcher Besuch willkommen ist, den guten Willen, die Verständigung und Gemeinschaft der weltumspannenden christlichen Gemeinde, wie sie im Ökumenischen Rat vertreten ist, steigern wird.

Ferner gibt der Zentralausschuß der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche vertiefte Verbundenheit dazu helfen wird, eine auf Wahrheit und Gerechtigkeit für alle Völker gegründete friedliche Weltordnung aufzubauen.

Im Bericht des Exekutivausschusses des ÖRdK von 1957 mußte freilich festgestellt werden, daß die Bemühungen um Wiederaufnahme der Verbindung mit den Kirchen Chinas vorerst keinen Erfolg gehabt hätten, doch suche man weiterhin nach Wegen, zu den chinesischen Kirchen „normale Beziehungen wiederherzustellen“.

Ähnliche Entwicklungen regionaler Zusammenarbeit wie in Asien bahnen sich auch in Afrika und Lateinamerika an. In Afrika fand eine erste *Gesamt-afrikanische Konferenz* im Januar 1958 in Ibadan statt, deren Leitungsgremium allerdings noch keine offiziellen Beziehungen mit dem ÖRdK und dem IMR unterhält.

Am schwierigsten hat sich die zwischenkirchliche Zusammenarbeit auf regionaler Basis in Europa verwirklichen lassen. Zuerst ist aus der *Deutsch-Holländischen ökumenischen Konferenz* (vgl. Kirchl. Jahrb. 1954, S. 278) der Vorschlag für eine gesamteuropäische Kirchenkonferenz gekommen, die ihre Vorstufe in der sog. „Brüsseler Konferenz“ vom 25. bis 27. September 1955 hatte, zu der Vertreter der anderen zwischenkirchlichen Konvente und der benachbarten Kirchen eingeladen waren. Dabei ging man auf Grund der in Evanston gegebenen Anregung zu regionalen Arbeitsgemeinschaften von der Erkenntnis aus, daß die bisher auf die deutschen Kirchen konzentrierte und zudem kirchlich unverbindliche Tätigkeit der zwischenkirchlichen Konvente einer gesamteuropäischen Basis – einschließlich der osteuropäischen und orthodoxen Kirchen – bedürfe, um den der Christenheit in Europa heute gemeinsam gestellten Fragen der Verkündigung und des Zeugnisses gerecht werden zu können. Die Konferenz stellte folgende Punkte als vordringlich heraus: 1. Weckung des Bewußtseins einer gemeinsamen Verantwortung in den Gemeinden der europäischen Kirchen, 2. Verstärkung des Austausches von Gemeinde zu Gemeinde und Verstärkung der Mitarbeit auf Synoden benachbarter Kirchen, 3. Austausch von Informationen über Leben und Arbeit der Kirchen. Mit der Weiterführung der Konferenzarbeit in einem Fortsetzungsausschuß wurden Präses D. Wilm und Generalsekretär Dr. Emmen betraut. Von Brüssel aus verläuft die Linie über die vorbereitende

Konferenz in Wuppertal vom 9./10. März 1956, wo man die Thematik auf die rechte Verkündigung in der gegenwärtigen Welt, den Beitrag der Kirchen für den Frieden und den theologischen Austausch zwischen den europäischen Kirchen präziserte, zur „Konferenz europäischer Kirchen“ vom 27. bis 31. Mai 1957 in Liselund (Dänemark), über die im Kirchl. Jahrb. 1956, S. 328 f., berichtet worden ist.

Freilich hatten sich die lutherischen Kirchen Deutschlands und Skandinaviens von der Teilnahme zurückgehalten, so daß der Liselund-Konferenz doch nur ein partieller Erfolg beschieden sein konnte und sie vorwiegend auf kirchliche Kreise Europas beschränkt blieb, die mit den Bruderräten in Deutschland sympathisieren. Immerhin war hier der erste Schritt getan, um die Kirchen Ost- und Westeuropas einander näherzubringen und ihrer gesamteuropäischen Verantwortung bewußt zu machen. Besprechungen in Berlin im Januar 1958 unter Vorsitz von Bischof D. Dibelius in seiner Eigenschaft als einer der europäischen Präsidenten des ÖRdK und anläßlich der von zahlreichen Gästen aus der Ökumene besuchten Einweihung der protestantischen Trinitatiskirche in Warschau im Juni 1958 führten zur Bildung eines aus Generalsekretär Dr. Emmen (Holland), Erzbischof Kiivit (Estland) und Landesbischof D. Lilje bestehenden Dreiergremiums und damit zu einer breiteren Basis, auf der eine erneute Einladung zu einer „Konferenz Europäischer Kirchen“ vom 6. bis 9. Januar 1959 in Nyborg (Dänemark) an die Kirchen Europas herausgehen konnte. Dieser Einladung folgten 54 offizielle Delegierte aus 20 europäischen Ländern sowie weitere 31 Gäste und Berater. Allerdings waren Zahl und Gewicht der Delegierungen seitens der europäischen Kirchen recht unterschiedlich und ließen einen vorerst durchaus abgestuften Grad des Interesses an dem neuen Unternehmen erkennen, wenn auch – und das ist ein nicht zu unterschätzendes positives Faktum – keine europäische Kirche ihre Mitarbeit von vornherein grundsätzlich abgelehnt hatte. Eine der gewichtigsten Tatsachen für Ausgangsbasis und Reichweite der neuen Arbeitsgemeinschaft war die Beteiligung des Moskauer Patriarchats durch Professor Leo Parijskij (Leningrad), der sich auf einer Pressekonferenz ausdrücklich zu der europäischen Verantwortung der russischen orthodoxen Kirche bekannte. Unverkennbar war hingegen die einstweilige Zurückhaltung der Kirchen Großbritanniens, die eine Überforderung und Überlastung der Kirchen durch neue ökumenische Organisationen und eine daraus womöglich resultierende Schwächung des ÖRdK befürchteten, eine Sorge, die offensichtlich auch von den Kirchen Norwegens, Schwedens und Finnlands geteilt wurde. Neben diesen grundsätzlichen Bedenken lasteten auf der Konferenz auch die noch unausgetragenen Spannungen zwischen den ungarischen Kirchen und dem ÖRdK, von denen bereits oben die Rede gewesen ist. Bischof Lilje konnte daher mit Recht zu Eingang der Konferenz von „bedenklichen Vorzeichen“ und der „Hypothek eines möglichen Mißlingens“ sprechen, unter denen die beabsichtigte Gründung einer „Konferenz Europäischer Kirchen“ stehe. Daß es dann aber doch zu einem gedeihlichen Ablauf der Konferenz und zu dem einmütigen Beschluß kam, die miteinander aufgenommene Gemeinschaft fortzusetzen und zu festigen, ist nicht allein dem guten Willen der Delegierten und ihrer Bereitschaft zum Ausgleich und zur Bruderschaft zuzuschreiben, sondern beruhte auf der Erkenntnis, daß die Kirchen Europas der Welt gegenüber durch die Verpflichtung des gemein-

samen Erbes wie durch die Last der gemeinsamen Schuld verbunden und verantwortlich sind. Wie wenig es sich hierbei um leere Deklamationen handelte, beweist die ausdrücklich festgestellte Dringlichkeit, den unterentwickelten Ländern durch „Zurverfügungstellung von Menschen und Mitteln“ zu helfen. Demgegenüber traten auf dieser ersten Zusammenkunft die zwischen den ost- und westeuropäischen Kirchen bestehenden Unterschiede und Differenzen spürbar zurück, obwohl es weder möglich noch beabsichtigt erscheint, diese auch bei künftigen Begegnungen grundsätzlich auszuklammern oder unbereinigt zu lassen. Die Nyborger Konferenz konnte und sollte nur eine erste Fühlungnahme darstellen, die nach den gemeinsamen Aufgaben der europäischen Kirchen in der heutigen Situation fragte.

Aus der Sicht des ÖRDK hat Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, der als Gast auf der Tagung anwesend war, den Standort der europäischen Christenheit und damit den Aufgabenbereich der Konferenz wie folgt zu umreißen versucht:

Vom Standpunkt des Ökumenischen Rates aus gesehen ist es wichtig, daß die europäischen Kirchen die besondere Aufgabe sehen, die sie in der heutigen internationalen und ökumenischen Lage zu erfüllen haben. Europa ist nicht mehr das Weltzentrum. In anderen Weltteilen herrscht aber die Meinung, daß Europa seine frühere Machtstellung und seine geistige Vorherrschaft mit Zähigkeit zu verteidigen entschlossen ist. Da ist es nötig, zu beweisen, daß Europa auch dienen kann. Und die Kirchen sollten da vorangehen. Die Christenheit Europas hat der Christenheit in anderen Weltteilen noch sehr viel zu geben. Ob diese Gaben auch angenommen werden, wird davon abhängen, ob sie wirklich im Geiste der Solidarität gegeben werden.

Vom Standpunkt des Ökumenischen Rates muß auch die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Zusammenarbeit der europäischen Kirchen in entscheidender Weise dazu beitragen wird, daß die Kirchen von Ländern, die durch tiefe und ideologische Differenzen geschieden sind, einander festhalten. Es ist Aufgabe der ganzen ökumenischen Bewegung, zu zeigen, daß (wie es bei dem Utrechter Gespräch zwischen Vertretern des Moskauer Patriarchats und des Ökumenischen Rates ausgesprochen wurde) unsere Bruderschaft in Christo uns instand setzt, eine wirkliche Begegnung miteinander zu haben und offen miteinander zu reden, auch wo ernste Meinungsverschiedenheit über die Beurteilung der politischen Kräfte besteht. Aber die europäischen Kirchen haben, da sie im Zentrum der politischen Auseinandersetzung leben, auf diesem Gebiet eine besondere Aufgabe. Sie haben in den letzten Jahrzehnten durch schwere Erfahrungen lernen können, daß die Kirche nur dann mit Vollmacht reden kann, wenn sie ganz an ihren Herrn gebunden ist und unabhängig ist von weltlichen Einflüssen. Die Kirchen von Osteuropa und Westeuropa können einander helfen, wirklich in dieser Gebundenheit und in dieser Unabhängigkeit zu leben. Wenn sie das tun, so werden sie zusammen das Wächteramt ausüben können, das die heutige Welt braucht. Die europäischen Kirchen wissen nur allzu gut, was Krieg bedeutet. Sie sollen besonders mithelfen, um die Grundlage zu schaffen für einen wirklichen Frieden und für die Überwindung der Gefahr einer Massenvernichtung in einem atomaren Krieg.

Der vorläufigen Klärung dieser vielschichtigen Problematik diene das Gesamtthema der Konferenz „Die europäische Christenheit in der heutigen säkularisierten Welt“, das in vier Kommissionen entfaltet wurde, denen jeweils ein oder zwei Einführungsreferate vorausgingen: 1. Die Begegnung des christlichen Glaubens mit der Technik auf europäischem Boden (Canon E. R. Wickham, Sheffield), 2. Der Ausklang des Konstantinischen Zeitalters in Europa (Prof. Burge-
lin, Paris), 3. Der Beitrag der griechisch-orthodoxen Frömmigkeit zur Kultur

Europas in Vergangenheit und Gegenwart (Metropolit Jakobos von Melita), 4. Gibt es Gemeinsamkeiten des christlichen Erbes und der christlichen Verantwortung für die Kirchen Europas? (Prof. Soucek, Prag, und Prof. Sõe, Kopenhagen). Die von den Kommissionen erarbeiteten Berichte ließen trotz der Zeitbedrängnis und der fast ungeheuren Reichweite der Thematik in erstaunlicher Straffheit und Klarheit die wesentlichen Linien hervortreten, auf denen eine Weiterarbeit geboten und fruchtbar erscheint.

Daß diese Weiterarbeit organisch wachsen und sich nicht von vornherein in neuen Organisationsformen verfestigen soll, stand nach Lage der Dinge außer Frage. Auf ein gewisses Mindestmaß an verantwortlicher Leitung konnte aber natürlich andererseits auch nicht verzichtet werden, um die Weiterführung der Arbeit zu gewährleisten. So wurde von der Versammlung das vorbereitende Komitee (Generalsekretär Dr. Emmen, Erzbischof Kiivit, Landesbischof Lilje und als Sekretär Dr. Harms, Genf) als Leitungsgremium in seinem Amt bestätigt und ein elfköpfiger Beratungsausschuß berufen, dem folgende Persönlichkeiten angehören: Prof. Soucek (Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder), Prof. Wantula (Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen), Pastor Muraközy (Ökumenischer Rat der Kirchen in Ungarn), Prof. Parijskij (Moskauer Patriarchat der russischen orthodoxen Kirche), Prof. Jean Cadier (Frankreich, Vorsitzender der Latein-Europäischen Kirchenkonferenz), Prof. d'Espine (Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund), Präses D. Wilm (Evangelische Kirche von Westfalen), Landesbischof D. Noth (Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens), Bischof Fuglsang-Damgaard (Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark), Canon Waddams (Kirche von England) und Jakobos, Metropolit von Melita (Ökumenisches Patriarchat).

Das Echo auf die „Konferenz Europäischer Kirchen“ ist in den Kirchen des Ostens wie des Westens durchaus, ja, man kann sogar sagen, überraschend positiv gewesen. Man kann daher nur hoffen, daß die neue Arbeitsgemeinschaft der europäischen Kirchen, die sich in Nyborg naturgemäß erst in loser Form konstituieren konnte, bald in größerer Verbindlichkeit an die ihr gestellten Aufgaben herangehen wird, um dem durch die Ost-West-Spaltung zerrissenen Europa und damit der Welt den Dienst des Evangeliums nicht schuldig zu bleiben.

Wie aus einer während der Kirchenkonferenz in Nyborg gemachten Mitteilung hervorgeht, gibt es gegenwärtig etwa vierzehn kirchliche Zusammenschlüsse gesamteuropäischen Charakters. Es wird zu den Aufgaben der „Konferenz Europäischer Kirchen“ gehören, auch mit diesen Arbeitsgemeinschaften und Organisationen zwecks Herbeiführung einer sinnvollen Kooperation und Koordination Verbindung aufzunehmen. In Zielsetzung und Wirkungsweise sind diese gesamteuropäischen Zusammenschlüsse selbstverständlich sehr verschiedenartig. Einer breiteren Öffentlichkeit durch Pressenachrichten bekanntgeworden und auch in diesem Jahrbuch (Kirchl. Jahrb. 1954, S. 278 f.) bereits behandelt, ist die Arbeitsgemeinschaft *Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit*, in der etwa 20 führende westeuropäische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Nationalökonomien, Politiker und Theologen, vertreten sind, darunter auch einige bekannte Namen aus der ökumenischen Bewegung. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich auf einer Tagung am 6./7. April

1957 in Bad Nauheim als permanente Einrichtung konstituiert. Die Leitung hat für die nächsten beiden Jahre der niederländische Parlamentsabgeordnete Dr. C. L. Patijn, der bisher stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft war, übernommen, während der bisherige Vorsitzende, Prof. Dr. André Philip (Frankreich) neben dem Engländer John Edwards und Dr. Walter Bauer (Deutschland) die Aufgaben eines stellvertretenden Vorsitzenden ausübt. Die Arbeitsgemeinschaft, die keinerlei offizielle Funktionen wahrnimmt, macht es sich zur Aufgabe, auf ihren regelmäßigen Zusammenkünften zu europäischen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen und Kirche und Öffentlichkeit von der Meinung des Arbeitskreises Kenntnis zu geben. Auch in Bad Nauheim wurde eine ausführliche Stellungnahme zu den jüngsten politischen Ereignissen in Europa und im Nahen Osten sowie zur Unterzeichnung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom abgegeben (ÖPD, Nr. 14 vom 12. 4. 1957).

Unter regionalen Gesichtspunkten ist auch eine Konferenz der *Protestanten in den romanischen Ländern* zu sehen, die über 80 Delegierte der protestantischen Kirchen in Portugal, Spanien, Italien, Belgien, Frankreich und der welschen Schweiz vom 20. bis 28. September 1958 in Chambon-sur-Lignon (Frankreich) vereinte. Diese Kirchenkonferenz, deren Vorbereitung und Durchführung die Abteilung des ÖRdK für zwischenkirchliche Hilfe unterstützte, war die zweite Veranstaltung dieser Art. Eine erste Zusammenkunft des romanischen Protestantismus hatte vor acht Jahren in Torre Pellice (Italien) stattgefunden. Es wurde in Chambon ein Fortsetzungsausschuß gebildet, in dem Professor Jean Cadier, Dekan der protestantischen Theologischen Fakultät von Montpellier, den Vorsitz führt. Man wird in diesem Zusammenschluß nicht in erster Linie eine Art protestantische Interessenvertretung in den romanischen Ländern sehen dürfen, so wichtig auch die gegenseitige Verbindung und der Erfahrungsaustausch gerade zwischen den dort lebenden protestantischen Minderheitskirchen zweifellos ist. In einer gemeinsamen Erklärung bekundeten die Konferenzteilnehmer in Chambon vielmehr ihren Willen zur Überwindung der zwischen ihren Kirchen noch vorhandenen Uneinigkeit, um das gemeinsame Zeugnis nicht zu schwächen. Dabei wurde vor jeder apologetischen Verengung gewarnt. Auftrag der romanischen Protestanten sei es, so hieß es in Chambon, „dem Mitmenschen das Evangelium frei von jeder sterilen Polemik im Geiste echter Liebe zu verkündigen“ (ÖPD, Nr. 36 vom 3. 10. 1958).

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang eine im Jahre 1958 in Erscheinung getretene zwischenkirchliche Konferenz, die vorläufig ihr Schwerpunkt in den protestantischen und orthodoxen Kirchen Osteuropas hat und ihr Ziel darin sieht, die Christenheit zur Abwehr der atomaren Bedrohung aufzurufen. Es handelt sich um die sogenannte *Christliche Friedenskonferenz*, die durch die Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechoslowakei erstmalig vom 1. bis 4. Juni 1958 in Prag zusammentrat. Während man aus dem Westen nur wenige Gäste und Beobachter zählte, waren die Kirchen Osteuropas in einer Breite und Vollständigkeit vertreten, wie es auf ökumenischen Konferenzen dieser Jahre sonst nicht mehr der Fall gewesen ist. Die Konferenz wandte sich in einer Botschaft an die Christenheit sowie den Rat der EKD und appellierte an die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die atomare Rüstung einzustellen und die Mensch-

heit von Angst und Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel zu befreien. Auf breiterer Ebene trat die „Christliche Friedenskonferenz“ vom 16. bis 19. April 1959 erneut in Prag zusammen. Dieses Mal war auch die westliche – wenngleich inoffizielle – Beteiligung stärker als im Jahre zuvor, vor allem seitens der Quäker und Mennoniten in den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Von deutscher Seite haben als theologische Sprecher die Professoren Heinrich Vogel und H. J. Iwand auf Durchführung und Gestaltung der beiden Konferenzen maßgeblich Einfluß genommen. Beachtlich stark war auch die Delegation der russischen orthodoxen Kirche, die von Metropolit Pitirim (Minsk) geleitet wurde. Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse, die von drei Kommissionen erarbeitet waren: 1. Die Christenheit zu einem Fürbitte- und Bußgottesdienst am Tage von Hiroshima (6. August) aufzurufen, 2. das Problem des kalten Krieges theologisch zu untersuchen, 3. 1961 eine gesamtchristliche Friedensversammlung abzuhalten, deren Vorbereitung in den Händen des Sekretärs der Konferenz, B. Pospisil (Prag), unterstützt durch Prof. Rasker (Holland) und Oberkirchenrat Kloppenburg im Westen sowie durch einen orthodoxen und drei Vertreter der protestantischen Kirchen des Ostens, liegen soll. Am Rande darf vermerkt werden, daß der Gedanke einer solchen gesamtchristlichen Friedenskonferenz auch von dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Nikolai, schon des öfteren angeregt worden ist und daher in den orthodoxen Vertretern auf der Prager Konferenz besondere Fürsprecher fand.

Selbstverständlich legt sich die Frage nahe, ob nicht in dieser Prager Konferenz sich – wenigstens potentiell – die Bildung einer Ost-Ökumene abzuzeichnen beginne, die der politischen Spaltung nunmehr auch die ökumenische folgen lasse. Daß solche Tendenzen hier und da vorhanden sein mögen, wird sich kaum bestreiten lassen, aber die Oberhand haben sie auf den beiden Prager Konferenzen sicher nicht gehabt. Es wurde im Gegenteil auf beiden Prager Konferenzen immer wieder mit Nachdruck betont, daß man im Rahmen der ökumenischen Bewegung zu bleiben wünsche, wenn auch Verbindung mit Kirchen, die nicht zum Ökumenischen Rat gehören, gehalten und gepflegt werden soll. In dem „Aufgabe und Zeugnis“ betitelten Bericht über die erste Prager Konferenz heißt es in dem Vortrag von Professor Hromadka:

„Wir haben gehört, daß in einigen Ländern ein gewisses Mißtrauen uns gegenüber herrscht, daß wir eine Spaltung der Ökumene beabsichtigen und daß wir eine östliche Ökumene planen. Ich weiß nicht, ob dieses Mißtrauen tatsächlich existiert. Vielleicht ist es überhaupt nicht wahr. Demgegenüber wollen wir mit allem Nachdruck betonen, daß wir der von Genf aus organisierten Ökumene treu bleiben. Es ist absurd, auch nur über die Absicht zu sprechen, daß wir so etwas wie die Spaltung der ökumenischen Arbeit unternehmen möchten. Aber das Wort ‚Ökumene‘ überschreitet für uns, wie ich bereits gesagt habe, die Grenzen der bestehenden ökumenischen Organisationen. Es ist unser Herzensbedürfnis, alle die Brüder, die in der ökumenischen Arbeit noch nicht organisiert sind, als vollberechtigte Glieder der unsichtbaren Ökumene zu betrachten und von ihnen in derselben Weise angesehen zu werden. In dieser Hinsicht bedeutet unsere Konferenz eine Erweiterung der Zusammenarbeit aller christlichen Kirchen über die Schranken der Organisationen, Gremien und Komitees“ (S. 9 f.).

„In Amsterdam, Evanston und auf anderen Konferenzen ist viel Entscheidendes gesagt worden. Aber das, was heute not tut, verlangt ein entscheidenderes Wort, das noch

nicht gesagt worden ist. Wir dürfen uns nicht anmaßen, mehr zu sein, als wir sind. Vielleicht aber können wir dazu beitragen, daß die Ökumene das starke, schöpferische, überwindende und entscheidende Wort in nächster Zukunft sage; und daß dieses Wort auf die Staatsmänner und Völker einen noch tieferen Eindruck mache. Es ist tragisch, daß trotz aller organisatorischen Arbeit der Einfluß der Ökumene nicht so tief ist, wie er sein sollte. Als Theologen und Kirchenmänner sind wir versammelt, um unsere Theologie zu überprüfen, unsere theologischen und ethischen Kategorien zu revidieren und zu fragen, ob unsere Theologie in der geistigen Tiefe der Propheten und der Apostel eingewurzelt ist oder ob sie nicht zu einer Art menschlicher Ideologie geworden ist“ (S. 14).

Und in einer abschließenden Zusammenfassung fügt der Sekretär der Konferenz, B. Pospisil, hinzu:

„Es bleibt jedoch, besonders in kirchlichen Kreisen, die unausgesprochene oder ausgesprochene Frage, ob der Schritt, der auf der Prager Konferenz getan wurde, nicht notwendig zur Spaltung der ökumenischen Bewegung führt, selbst auch wenn sich vielleicht die Vertreter der Prager Versammlung dessen nicht bewußt sind und sich dies nicht wünschen. Daher muß klar und eindeutig gesagt werden, daß die Prager Konferenz nichts Gemeinsames mit einem ökumenischen Taktieren hat und daher auch zu keinem Manöver auf dem ökumenischen Schachbrett werden konnte. Auf der Konferenz wurde die These angenommen, daß jede ökumenische Arbeit eine Friedensarbeit ist. Die Prager Konferenz hatte nur ein Ziel: ein entschiedener Schritt gegen die atomare Gefahr, gegen die Gefahr des Atomtodes, gegen die atomaren Waffen und gegen den modernen Krieg zu sein. Wir sind überzeugt, daß die Atomrüstung eine Sünde und eine Lästerung Gottes ist. Die Prager Konferenz will ein Dienst an Brüdern sein, ein Ausdruck unseres erwachten christlichen Gewissens und des Willens, das Gewissen aller Christen zu wecken, bevor es zu spät ist. Sollte jemand in der Konferenz etwas anderes sehen, dann müssen und können wir alle nur in Gebet und Arbeit auf die Stunde warten, da er seinen Irrtum erkennen wird“ (S. 87 f.).

Wie die Entwicklung weitergeht, wird davon abhängen, ob genügend Verständigungsmöglichkeiten und Kontakte herbeigeführt werden können, um das Anliegen der Prager Konferenz in der Gesamtökumene vor Isolierung und Einseitigkeiten zu bewahren.

Abschließend dürfen in diesem Rahmen regionaler Zusammenschlüsse auch die Kontakte des ÖRdK mit den Nationalräten der Kirchen (National bzw. Ecumenical Councils) einbezogen werden, für die durch die Vollversammlung von Evanston die Voraussetzungen in Abschnitt X der Geschäftsordnung geschaffen waren:

NATIONALE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

a) Angesichts der Tatsache, daß Nationale Arbeitsgemeinschaften (Councils) von Kirchen oder Nationale Christliche Arbeitsgemeinschaften in einer ganzen Reihe von Ländern zur Förderung der brüderlichen Gemeinschaft und Zusammenarbeit und zum Zweck der Förderung und Unterstützung ökumenischer Arbeit und anderer gemeinsamer Interessen ihres Bereiches begründet worden sind, soll der Ökumenische Rat ausgewählte Nationale Arbeitsgemeinschaften dazu auffordern, als ihm angegliederte Arbeitsgemeinschaften Arbeitsbeziehungen mit ihm aufzunehmen.

b) Der Zweck einer solchen Arbeitsbeziehung soll darin bestehen, den Nationalen Arbeitsgemeinschaften bei ihrer Arbeit zu helfen und sie dazu anzuregen, dem Ökumenischen Rat der Kirchen bei dem Ingangbringen ökumenischer Arbeit in dem betreffen-

den Bereich und bei der Förderung der Pläne und grundsätzlichen Ziele zur Seite zu stehen, die der Zentrallausschuß für die verschiedenen Abteilungen und Referate des Rates festgelegt hat.

c) Diese Arbeitsgemeinschaften sollen bestimmungsgemäß regelmäßig die Einladung zur Entsendung eines „Abgeordneten befreundeter Organisationen“ zur Vollversammlung und eines Beraters zu den Sitzungen des Zentrallausschusses (gemäß Abschnitt VII, 2 der Verfassung) erhalten.

d) Während jeder Tagung der Vollversammlung oder des Zentrallausschusses soll den Vertretern Nationaler Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit gegeben werden, zu gegenseitiger Beratung zusammenzutreten.

Dementsprechend erhalten die dem Ökumenischen Rat angeschlossenen (associated) Nationalräte Einladungen, zu den Zentrallausschuß-Sitzungen Berater zu entsenden. Seit 1956 treffen sich regelmäßig die Vertreter der Nationalräte im Anschluß an die Zentrallausschuß-Sitzungen mit dem Generalsekretär und den Leitern der Abteilungen des ÖRdK zu zweitägigen Arbeitsbesprechungen. An dieser Arbeitsgemeinschaft mit dem ÖRdK sind jetzt die Nationalräte der Kirchen folgender Länder beteiligt: Polen, Finnland, Deutschland, Australien, Großbritannien, Kanada, Dänemark, Ungarn, Indien, Niederlande, Neuseeland, Schweden und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

8. KONFESSIONELLE WELTBÜNDE UND CHRISTLICHE WELTORGANISATIONEN

Daß mit dem Wachsen der ökumenischen Bewegung und dem damit verbundenen Ansteigen zwischenkirchlicher Begegnungen auch eine Stärkung des konfessionellen Bewußtseins Hand in Hand ging und gehen mußte, um eine Klärung des eigenen theologischen Standortes herbeizuführen und damit die Echtheit und Fruchtbarkeit ökumenischer Gespräche sicherzustellen, ist eine notwendige und selbstverständliche Entwicklung gewesen. Die Bedenken, die zum Beispiel von seiten des Reformierten Weltbundes immer wieder dagegen vorgebracht wurden, liefen auf die Frage hinaus, ob nicht die Tendenz konfessioneller Selbstbesinnung letztlich zu einer erneuten Erstarrung der durch die ökumenische Bewegung aufgelockerten kirchlichen Fronten führen werde. Im Endergebnis liege dann nur eine Umgruppierung oder Verschiebung im Bild der kirchlichen Trennungen vor, indem man es nicht mehr so sehr mit einer unübersehbaren Vielfalt von Einzelkirchen, sondern mit konfessionellen Weltblocks zu tun habe. Nicht zuletzt ergeben sich auf praktischem Gebiet eine Fülle von Überschneidungen, die oft einen unnötigen Doppeleinsatz von Menschen und Mitteln bedeuten. Um diesen hier zweifellos vorliegenden und von allen Einsichtigen im ÖRdK wie in den konfessionellen Weltbünden erkannten Gefahren vorzubeugen, haben im August 1957 in Verbindung mit der Zentrallausschußsitzung in New Haven und im November des gleichen Jahres in Genf Aussprachen zwischen Vertretern des ÖRdK und der konfessionellen Weltbünde stattgefunden, die von Zeit zu Zeit fortgesetzt werden und der gegenseitigen Information und besseren Koordination dienen sollen.

Wie sehr aber in den Weltbünden selbst um ein positives Verhältnis zur ökumenischen Bewegung gerungen wird, beweist die Vollversammlung des *Lutherischen Weltbundes*, die vom 15. bis 25. August 1957 in Minneapolis (USA) unter dem Thema „Christus befreit und eint“ abgehalten wurde. Im eigentlichen ging es dabei um das lutherische Verständnis der „Kirche“, aber man hatte mit Bewußtsein das vorgenannte Thema gewählt, um nach den Worten von Prof. Ernst Kinder dazu anzuleiten, „die Kirche als geistige Wirklichkeit ganz von dem Erlösungshandeln in Christus her aufzufassen, demselben Erlösungshandeln, durch das Gott auch den einzelnen Menschen ganz persönlich befreit. Wollen wir richtig über die Kirche nachdenken, so müssen wir von Christus ausgehen, jedoch nicht von einem ‚Christus-Prinzip‘, sondern von dem Heilshandeln, der Befreiungstat Gottes in Christus. Von daher müssen wir die Kirche auffassen: nämlich wie Gott durch sein Befreiungshandeln in Christus zugleich zu einem neuen Gesamtleben eint. So ist das Hauptthema von ‚Minneapolis‘ gemeint: daß sich uns nur von dem Heilshandeln Gottes in Christus her die eigentliche Wirklichkeit der Kirche von innen her recht erschließt, und daß allein von diesem ihrem ‚nervus rerum‘ (wahren Schatz, Luther) her all die ekklesiologischen Fragen im rechten Licht gesehen werden“ (Informationsblatt, Nr. 12/1958, S. 189f.).

Diese Gedanken, die auf der christologischen Basis der Faith and Order-Konferenz von Lund 1952 dem lutherischen Beitrag zur ökumenischen Bewegung Ausdruck zu geben suchen, sind in dem II. Abschnitt der 51 Thesen von Minneapolis unter der Überschrift „Die Einheit der Kirche in Christus“ entfaltet:

1. Alle, die mit Gott versöhnt sind, sind in Christus geeint. Die Kirche, der das Amt, das die Versöhnung predigt, aufgetragen ist, ist selber die Erstlingsfrucht der Versöhnung: Durch die Taufe werden wir zu einem Volk mit einem gemeinsamen Leben, zu einer Gemeinschaft, zu einem Leibe, dem Leibe Christi.

2. So liegt die Einheit der Kirche allein in Jesus Christus und hat in Ihm ihren einzigen Grund. Weder durch unsere Ideale noch durch menschlichen Eifer, weder durch unsere Toleranz noch durch unsere Übereinkünfte werden wir geeint – sondern allein durch Jesus Christus. In allen unseren Bemühungen, der Einheit der Kirche in sichtbarer Kirchengemeinschaft Ausdruck zu verleihen, dürfen wir weder kleinere noch größere Maßstäbe gelten lassen als diejenigen, die Christus selbst Seiner Kirche gegeben hat.

3. Als die Gemeinde der Versöhnten leidet die Kirche unter ihrem Getrenntsein. Der Hinweis auf die „unsichtbare“ Einheit aller wahrhaft Gläubigen kann uns zwar trösten, darf jedoch niemals zur Ausrede werden. Es muß uns bewußt bleiben, daß das Amt, das die Versöhnung predigt, durch das Fehlen sichtbarer Einheit gefährdet ist.

4. In dieser Lage werden die lutherischen Kirchen an das erinnert, was sie in C. A. VII bekennen: „Denn dies ist genug zur wahren Einigkeit der christlichen Kirche, daß da einträchtiglich nach reinem Verstand das Evangelium gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Worte gemäß gereicht werden. Und ist nicht not zur wahren Einigkeit der christlichen Kirche, daß allenthalben gleichförmige Zeremonien, von den Menschen eingesetzt, gehalten werden.“ Dieses „Es ist genug“ bezeugt unsere Freiheit: Wo immer wir hören, daß das Evangelium lauter verkündet wird, und sehen, daß die Sakramente der Einsetzung Christi gemäß verwaltet werden, da dürfen wir gewiß sein, daß die eine Kirche Christi gegenwärtig ist. Und dann gibt es nichts, was uns von unseren Brüdern trennt, und Glaube wie Liebe drängen uns, Trennungswände zwischen uns zu überwinden.

5. Für unsere lutherischen Kirchen mit ihrer verschiedenartigen Geschichte und in

ihren je verschiedenen Lagen und Anforderungen in der Gegenwart bedeutet jenes „Es ist genug“ die Überwindung der Schranken örtlicher, nationaler und organisatorischer Art und fordert von uns, unsere Einheit am Tisch des Herrn, wo wir an dem einen Leib teilhaben, zum Ausdruck zu bringen.

6. Die Worte „Es ist genug“ geben den lutherischen Kirchen auch Freiheit in ihrem Verhältnis zu anderen Kirchen. Gebunden an dieses „Genug“ werden wir in die Heilige Schrift gewiesen und dadurch aus der Zwangslage herausgeführt, das Wohl unseres organisierten Kirchentums als Maßstab zu nehmen oder uns einfach mit dem kirchlichen „status quo“ zufriedenzugeben. Ein ökumenisch verantwortliches Studium der Heiligen Schrift ist für uns der verheißungsvollste Weg, die Einheit in Christus immer mehr zu verwirklichen und auch unseren Glauben tiefer zu verstehen, eben den Glauben, welcher sich in den Aussagen unseres Bekenntnisses ausspricht und ihnen zugrunde liegt. Auf dieser Basis kann dann auch das Gespräch über die Abendmahlsgemeinschaft und das Wesen der Sakramente über den toten Punkt hinausgebracht werden, auf den es gegenwärtig geraten ist. Für uns als lutherische Kirchen ist es eine uns gemäße Aufgabe, die heute besonders dringlich gestellt ist: an solchen ökumenischen Schriftstudien sowohl auf höchster theologischer Ebene als auch in den Gemeinden teilzunehmen, ja, sie selbst in Gang zu bringen.

Gerade in diesem 6. Absatz ist etwas ausgesprochen, worauf sich auch die gesamte ökumenische Studienarbeit in diesen Jahren mehr und mehr zurückgeführt sieht: die gemeinsame Besinnung auf die Heilige Schrift, das gemeinsame Schriftstudium. Angesichts der im ökumenischen Bereich und insbesondere bei Unionsverhandlungen einflußreichen Praxis der Anglikaner, den historischen Episkopat zum formalen Bindeglied kirchlicher Einheit werden zu lassen, wobei dessen Deutung mehr oder weniger offen bleibt und die Wahrheitsfrage in den Hintergrund zu treten droht, ist hier der klare Beitrag der reformatorischen Kirchen zum ökumenischen Gespräch bezeugt: die Heilige Schrift als alleinige Grundlage und Norm christlicher Lehre und kirchlicher Lebensform. Mochten auch im übrigen – etwa in Abschnitt III der Thesen „Die Freiheit zur Reformation der Kirche“ – noch manche Unausgeglichheiten hinsichtlich des rechten Verständnisses der Tradition und der fortdauernden Gültigkeit der reformatorischen Bekenntnisse nebeneinander stehengeblieben sein, so wird man doch nur bestätigen können, was ein Berichtstatter als einen seiner „stärksten Eindrücke“ von Minneapolis bezeichnete: „Die Selbstverständlichkeit zu spüren, mit der allgemein die Verbindung von Bekenntnistreue und ökumenischer Gesinnung als unauflöslich und die tiefsten Intentionen des lutherischen Bekenntnisses verwirklichend vorausgesetzt wurde“ (Ökumenische Rundschau, Heft 4/1957, S. 179). In der Leitung des Lutherischen Weltbundes wurde Bischof Lilje, der seit der Vollversammlung in Hannover (1952) Präsident gewesen war, von Dr. Franklin Clark Fry abgelöst.

Die etwa alle zehn Jahre zusammentretende *Lambeth-Konferenz* vereinigte im Juli/August 1958 in London über 300 Erzbischöfe und Bischöfe aus 46 Ländern. Als Ergebnis wurde ein umfassender Bericht mit 131 Entschlüssen veröffentlicht, der in fünf Hauptausschüssen und deren Unterausschüssen erarbeitet worden war: 1. Die Bibel; ihre Vollmacht und Botschaft; 2. die Einheit der Kirche und die Weltchristenheit; 3. das „innere Leben“ der anglikanischen Gliedkirchen: a) die Mission, b) die Liturgie, c) das Amt und der Pfarrernachwuchs; 4. die Versöhnung innerhalb und zwischen den Völkern; 5. die Familie in der

modernen Gesellschaft. Von besonderem Interesse für die ökumenische Bewegung ist im Bericht der Lambeth-Konferenz der Abschnitt über die Einheit der Kirche, der zu den positivsten Verlautbarungen gehört, die bisher von einer Lambeth-Konferenz zu dieser Frage abgegeben worden sind. In einer an „alle Gläubigen in Jesus Christus“ gerichteten Botschaft heißt es:

Aus unserem dringenden Wunsch heraus, weitere Verhandlungen und Gespräche mit anderen Kirchen zu fördern, haben wir erneut unsere Überzeugung und unseren Glauben zum Ausdruck gebracht, daß wir dazu gerufen sind, uns mit neuer Kraft einzusetzen für die Einheit der einen Kirche Gottes in der Liebe Christi, in Glauben und Kirchenverfassung und in der Fülle der sakramentalen Gemeinschaft.

Eingehend hatte die zweite Kommission das Verhältnis zur Kirche von Südindien und zu den geplanten Kirchenunionen in Ceylon und Nordindien/Pakistan erörtert. Mit anerkennenden Worten wurde festgestellt, daß man im Blick auf die Entwicklung der Kirche von Südindien seit der letzten Lambeth-Konferenz im Jahre 1948 von einer „wachsenden inneren Einheit und Zusammengehörigkeit und der Vertiefung des sakramentalen Lebens“ dieser Kirche sprechen könne. Die „zunehmende Anerkennung der *seelsorgerlichen* Bedeutung des Bischofsamtes“ lasse es möglich erscheinen, „daß die Kirche im Westen aus der Ordnung der Kirche von Südindien etwas lernen kann, wodurch dem Bischofsamt etwas von seinem ursprünglichen seelsorgerlichen Charakter zurückgegeben würde“, das heißt von der Funktion des Bischofs als eines „von Gott zum Vater und Hirten seiner Gemeinde Berufenen“. Ausführlich wurden die zunehmenden Möglichkeiten einer zwischen den verschiedenen Provinzen der anglikanischen Kirchengemeinschaft und der Kirche von Südindien bereits praktizierten oder empfohlenen begrenzten Abendmahlsgemeinschaft dargelegt, um abschließend auf Grund des wachsenden inneren Zusammenhalts und des missionarischen Eifers der Kirche von Südindien sich erneut zu den Worten der Lambeth-Konferenz von 1948 zu bekennen:

Wir warten in Hoffnung und Sehnsucht auf den Tag, an dem es zur vollen Gemeinschaft zwischen der Kirche von Südindien und den Kirchen der anglikanischen Kirchengemeinschaft kommen wird.

Auch die Unionspläne für Ceylon und Nordindien/Pakistan (s. S. 361) fanden die grundsätzliche Zustimmung der Lambeth-Konferenz und wurden als Muster für kirchliche Unionsverhandlungen empfohlen, an denen Anglikaner in Westafrika und anderen Teilen der Welt beteiligt sind. Des weiteren wurden die Beziehungen zu den anderen Konfessionen behandelt, mit denen die anglikanische Kirche zum Teil in Unionsgesprächen steht wie etwa mit den Methodisten in Großbritannien oder der Kirche von Schottland. Vor allem auch zur Orthodoxie möchte die anglikanische Kirche eine Brücke bilden, wie es nunmehr seit Jahrzehnten zu ihrer Tradition gehört. Dem Wirken des ORdK sprach die Lambeth-Konferenz in einer Resolution ihre dankbare Anerkennung aus und forderte alle Kirchen und Provinzen der anglikanischen Kirchengemeinschaft zur aktiven Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung auf. Beachtlich schließlich, mit welchem Nachdruck die Lambeth-Konferenz die alljährliche Gebetswoche für die christliche Einheit empfahl. Somit hat auch die letzte Lambeth-Konferenz erneut bewiesen, mit welcher Einmütigkeit und Geschlossenheit die angli-

kanische Kirche hinter den Grundsätzen und Zielen der ökumenischen Bewegung steht (zum Ganzen siehe die Auszüge in ÖPD, Nr. 34 vom 5. 9. 1958, und den vollständigen Konferenzbericht, erschienen im Verlag der Society for the Propagation of Christian Knowledge/S. P. C. K., London).

Auch sonst fielen in diese Jahre eine Anzahl für den Fortgang der ökumenischen Bewegung nicht unwichtiger Tagungen der konfessionellen Weltvereinigungen und anderer zwischenkirchlicher Weltorganisationen. Vom 19. bis 23. September 1957 kamen alt-katholische Kirchenvertreter aus acht Ländern zum 17. *Internationalen Alt-Katholikenkongreß* in Rheinfelden (Schweiz) zusammen. Bemerkenswert war, daß dieses Treffen unter dem Thema stand „Auftrag und Dienst der Laien“, das in drei Arbeitsgruppen auf die Familie, die Gemeinde und die Welt bezogen wurde. Der alt-katholische Erzbischof von Utrecht, Mgr. Dr. Andreas Rinkel, sprach in einem der Hauptreferate über „Die neuere Entwicklung der ökumenischen Bewegung und die Alt-Katholische Kirche“, in dem er eine klarere Bindung der Basis des ÖRdK an das Nicänische Glaubensbekenntnis forderte und sich für eine Intensivierung der Faith and Order-Arbeit einsetzte, um die ökumenische Bewegung nicht in die Gefahr eines „Panprotestantismus“ geraten zu lassen. Das Gespräch über Mission führte zu dem Wunsch, sich stärker am Missionswerk der anglikanischen Kirchen zu beteiligen. Erstmals seit Vollzug der Interkommunion zwischen den Anglikanern und den Alt-Katholiken im Jahre 1931 hatten sich Theologen beider Kirchengemeinschaften vor dem Kongreß zu einer Studientagung getroffen, um Lehragen des Heiligen Abendmahls zu erörtern.

Die *Baptistische Weltallianz* hielt anläßlich der 50. Wiederkehr ihres Gründungstages vom 16. bis 22. Juli 1955 in London einen Jubiläumskongreß ab, der von etwa 7500 Delegierten aus 60 Ländern besucht war, die 22 Millionen Mitglieder repräsentierten. Auch hier fehlte es nicht an einem Bekenntnis zur ökumenischen Zusammenarbeit. „Als Baptisten wissen wir“, so hieß es in einer Entschließung, „daß wir in Welt und Kirche stets ein besonderes Zeugnis abzugeben hatten und auch in Zukunft ablegen werden. Das darf uns jedoch nicht der Erkenntnis verschließen, daß wir Glieder des einen Leibes Christi und daher mit denen eins sind, die mit ihm als Herrn und Heiland eine Gemeinschaft bilden“.

Die *Brüder-Unität* feierte 1957 ihr 500jähriges Bestehen. Die Jubiläumssynode – die erste Generalsynode seit 1931 – fand vom 12. August bis 8. September 1957 in Bethlehem, Pennsylvania (USA), statt; weitere Gedenkfeiern wurden in der Tschechoslowakei und in Deutschland durchgeführt.

Die *Mennoniten* trafen sich vom 10. bis 16. August 1957 in Karlsruhe zur 6. Mennonitischen Weltkonferenz. Von dort aus erging ein eindringlicher Appell an die Völker, in dem vor den Massenvernichtungsmitteln gewarnt wurde. Die Vertreter der etwa 500 000 Mennoniten in der Welt bekannten sich erneut zu dem jahrhundertealten Grundsatz der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und zu einem aktiven Friedenszeugnis. Das Thema der Tagung lautete „Das Evangelium von Jesus Christus in der Welt“.

Der Weltrat der *Methodistenkirchen* begrüßte auf seinen Tagungen im September 1956 in Lake Junaluska (USA) und im August 1958 in Freudenstadt (Schwarzwald) die Unionsbestrebungen, an denen die Methodisten in fast allen Teilen der Welt führenden Anteil haben.

Auch die VIII. Versammlung des *Internationalen Kongregationalistischen Rates*, die unter dem Leitwort „Gott spricht zu der Welt“ 450 Delegierte aus 22 Ländern vom 2. bis 10. Juli 1958 in Hartford/Connecticut (USA) zusammenführte, hat ökumenische Fragestellungen in ihre Verhandlungen einbezogen.

Der *Reformierte Weltbund* rüstet sich auf seine 18. Generalversammlung im Sommer 1959 in Brasilien, deren Thema „Der Herr – ein Knecht, wir – seine Knechte“ Gegenstand eingehender Studienvorbereitungen ist. Auf den Exekutivausschuß-Sitzungen in Prag 1956, Stony Point 1957 und Edinburgh 1958 hatte der Reformierte Weltbund wiederholt seiner Sorge vor einem „ökumenischen Konfessionalismus“ Ausdruck gegeben (vgl. den in Prag gehaltenen Vortrag von John A. Mackay: „Das Wiedererstarken der Konfessionen und die ökumenische Bewegung“; deutsch in „Ökumenische Rundschau“, Heft 4/1956).

Der *Weltbund der Christlichen Vereine Junger Männer* hat vom 16. bis 22. August 1955 in Paris die 100-Jahr-Feier seines Bestehens festlich begangen. Seine engen Beziehungen zur ökumenischen Bewegung hat der Weltbund in einer in Kassel 1957 angenommenen Ausarbeitung ausführlich dargelegt und präzisiert.

Der *Christliche Studenten-Weltbund* hielt die bisher umfassendste Tagung in seiner 60jährigen Geschichte vom 12. bis 26. August 1956 in Tutzing, die mehr als 200 Delegierte aus 74 Ländern (darunter sogar aus Volkschina) zählte. Die vom Generalkomitee einberufene Konferenz wählte Dr. D. T. Niles (Ceylon) zum Präsidenten des Exekutivausschusses. Es liegt nicht nur auf der Linie der Geschichte des Christlichen Studenten-Weltbundes, sondern entspricht auch seiner weltumspannenden Wirksamkeit, wenn die Konferenz ein langfristiges Studienprogramm „Ökumene und Mission“ beschloß, bei dessen Durchführung enge Zusammenarbeit mit den Kirchen und Missionsgesellschaften gesucht werden soll.

Die *Vereinigten Bibelgesellschaften* hatten für ihren Weltkongreß vom 10. bis 24. Juli 1957 unter Leitung von Bischof Eivind Berggrav (Norwegen) Rio de Janeiro (Brasilien) gewählt.

Die gleichfalls mit dem ÖRdK in Arbeitsverbindung stehende *Weltkonferenz für christliche Rundfunk- und Fernseharbeit* (*World Committee for Christian Broadcasting*) tagte vom 25. April bis 1. Mai 1957 in Schloß Kronberg bei Frankfurt am Main. Deutscherseits ist an dieser Arbeit Pfarrer von Meyenn verantwortlich beteiligt. Von Tagungen anderer großer Weltorganisationen, die mit der ökumenischen Bewegung verbunden sind, soll wenigstens noch der 14. Konvent des *Weltrates für christliche Erziehung* (*World Council of Christian Education*) erwähnt werden, der vom 6. bis 13. August 1958 in Tokio zusammentrat und von 404 Delegierten aus 64 Ländern besucht war.

Alle diese Zusammenschlüsse, von denen selbstverständlich noch manche andere an dieser Stelle genannt werden könnten, verstehen ihren Dienst im Rahmen der ökumenischen Bewegung und zeigen die Vielfalt der Wirkungsmöglichkeiten und Aufgabenbereiche an, die sich durch die ökumenische Verbundenheit zwischen den Kirchen eröffnet haben.

Kritischere Funktionen – wenn auch von ganz verschiedenen Ausgangspunkten her – üben einige andere Weltvereinigungen gegenüber der ökumenischen Bewegung aus. Die *International League for Apostolic Faith and Order* (ILAFÖ) sieht es als ihren Auftrag an, innerhalb der ökumenischen Bewegung

das „katholische Element“ im Kirchen-, Amts- und Sakramentsverständnis zur Geltung zu bringen. Gegründet 1950 in Oxford, hatte diese Vereinigung schon unmittelbar vor der Faith and Order-Konferenz 1952 in Lund eine Zusammenkunft abgehalten. Ihr erster Leiter war der inzwischen verstorbene Bischof von Oxford, Dr. Kirk. Eine weitere Konferenz wurde vom 29. August bis 5. September 1957 in Pulborough (England) unter dem Vorsitz des Primas der Bischöflichen Kirche in Schottland anberaumt, zu der eine Anzahl führender Anglikaner, Alt-Katholiken, Orthodoxer und „hochkirchlicher“ Protestanten aus mehreren europäischen Ländern erschienen waren. Ob dieser zahlenmäßig offenbar nur kleinen Vereinigung eine nennenswerte Ausstrahlungskraft beschieden sein wird, mag dahingestellt bleiben, so wenig man das Vorhandensein einer solchen Richtung innerhalb der ökumenischen Bewegung übersehen sollte.

Mehr auf Distanz gestimmt ist hingegen eine Erklärung, die von der *Evangelischen Allianz* im Zusammenhang mit dem Integrationsplan des ÖRdK/IMR Anfang 1958 veröffentlicht wurde. Zwar werden die karitativen, beratenden und verwaltungsmäßigen Funktionen des ÖRdK durchaus anerkannt, doch im Hauptteil der Ausführungen wird gesagt:

Die Evangelische Allianz wünscht nicht, dem Weltkirchenrat gegenüber eine feindselige Haltung einzunehmen, doch kann sie nicht umhin, aus folgenden Gründen eine gewisse Beunruhigung zu empfinden.

Bereits in einer früheren Erklärung hat die Evangelische Allianz ihre Bedenken über die lehrmäßig unzulängliche Basis des Ökumenischen Rates ausgedrückt. Unsere Bedenken steigern sich noch dadurch, daß die Mitgliedskirchen des Rates bei der Auslegung dieses minimalen Bekenntnisses eine große Freiheit genießen.

Obwohl der Ökumenische Rat der Kirchen jede Absicht, eine „Superkirche“ zu werden, ausdrücklich zurückweist, können die Tendenzen in dieser Richtung nicht übersehen werden. Wir schätzen die Aufrichtigkeit derer, die von „einer Kirche für eine Welt“ sprechen, mißtrauen aber jeder Einheit, die durch organisatorische Methoden und auf die Gefahr hin erreicht wird, daß wesentliche christliche Lehren und die traditionsgebundene protestantische Freiheit Schaden erleiden. ÖPD, Nr. 6 vom 14. 2. 1958

Auch der *Internationale Rat Christlicher Kirchen* (*International Council of Christian Churches/I.C.C.C.*), der 1948 im Gegensatz zum ÖRdK erfolgte Zusammenschluß einiger fundamentalistischer Gruppen und Kirchengemeinschaften, macht je und dann von sich reden, ohne an Bedeutung gewonnen oder seinen Wirkungsbereich erweitert zu haben. Anlässlich der Sitzung des Zentralaussschusses des ÖRdK in New Haven und der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis 1957 hat der I.C.C.C. an den gleichen Orten Gegenkundgebungen mit Dr. Carl McIntire veranstaltet, die jedoch ohne Eindruck auf die Öffentlichkeit blieben. In Europa hat der I.C.C.C. offenbar vor allem in den nordischen Ländern Eingang gefunden. Schon 1955 war hier unter dem Einfluß des I.C.C.C. ein *Nordischer Evangelischer Rat* ins Leben gerufen. Im August 1957 wurde auf einer von 200 Teilnehmern besuchten Konferenz dieses Rates in Hilleröd (Dänemark) ein europäischer Zweig des I.C.C.C. unter dem Namen *The I.C.C.C. European Alliance* konstituiert, dessen Sekretariat von Pastor J. C. Maris (Amsterdam) wahrgenommen wird. Bei dieser Gelegenheit wurden nicht nur die üblichen Anschuldigungen gegen den ÖRdK

wiederholt, sondern jetzt auch scharfe Angriffe gegen den IMR gerichtet, offenbar mit der Absicht, die Abneigung skandinavischer Missionskreise gegen die Integration des ÖRdK/IMR zu stärken.

9. KIRCHENUNIONEN

Es ist nicht von vornherein eindeutig auszumachen, in welcher geschichtlichen oder sachlichen Beziehung die zahllosen und fast ins Unübersehbare gehenden Unionsgespräche und -verhandlungen in nahezu allen Ländern und Erdteilen mit der ökumenischen Bewegung als solcher stehen. Das gilt nicht nur deswegen, weil der ÖRdK mehrfach unmißverständlich erklärt hat, solche Unionsbemühungen seien ausschließlich Sache der beteiligten Kirchen. Wohl kann der ÖRdK durch die Faith and Order-Kommission Vorarbeit leisten, Mißverständnisse ausräumen und Hindernisse erörtern, die einer Wiedervereinigung der Christenheit im Wege stehen, darf aber nicht selber aktiv Unionsverhandlungen in Gang bringen oder in diese eingreifen (vgl. Kirchl. Jahrb. 1954, S. 261). Es muß ja außerdem auch sorgfältig zwischen verschiedenen Unionsformen unterschieden werden, und zwar nicht allein im Blick auf den erstrebten Grad der Vereinigung, der bei einer Union erreicht werden soll, und die Methoden, die dabei zur Anwendung kommen, sondern auch hinsichtlich der Partner und der Motive. Es mag immerhin fraglich erscheinen, ob zum Beispiel Zusammenschlüsse von bekennnisgleichen Kirchen im ökumenischen Sinne als „Union“ angesprochen werden können. Unseres Erachtens sollte man im ökumenischen Bereich nur dort von einer „Union“ im echten Sinne dieses Wortes reden, wo bekennnisverschiedene Kirchengemeinschaften sich zusammenfinden und aus der Verschmelzung ihrer bisherigen Lehrgrundlagen und Lebensformen eine neue Kirche hervorgehen lassen. Die Echtheit solcher Union wird natürlich entscheidend von den Beweggründen der Verhandlungspartner abhängen. Soweit „nichttheologische Faktoren“ geschichtlicher, nationaler oder kultureller Art Ursache der Spaltungen gewesen sind, wird ihrer Aufhebung in einer Wiedervereinigung der getrennten Kirchengemeinschaften vom ökumenischen Gesichtspunkt aus nur geringeres Gewicht beizumessen sein als dort, wo man in theologischen Lehrgesprächen im Hören auf die Heilige Schrift zu einer neuen Basis der Gemeinschaft gekommen ist, so begrüßenswert jede Überwindung bestehender Schranken und Trennungen grundsätzlich auch sein mag. Umgekehrt werden gegenüber Unionen, die aus vorwiegend kirchenpolitischen, evangelisatorischen oder anderen praktischen Gründen heraus erwachsen, gewisse Vorbehalte und Bedenken am Platze sein, obwohl im Einzelfall einwandfrei neutestamentliche Motive – etwa im Blick auf das gemeinsame missionarische Zeugnis in einer nichtchristlichen Umgebung – dahinterstehen mögen. Ganz zu schweigen von einem gleichfalls nicht selten anzutreffenden hemmungslosen „Unionismus“, der die Wahrheitsfrage relativiert und das Suchen nach der Einheit der Kirche Jesu Christi nur in Mißkredit bringen kann.

Im einzelnen werden die Triebkräfte und Beweggründe, die zu einer Union führen, oftmals schwer zu analysieren sein. Aber gerade darum hat die öku-

menische Bewegung, der es um die Sichtbarmachung der Einheit der Christenheit im Großen geht, die die Kirchenunionen an ihrem Teile zu vollziehen suchen, hier ein Wächteramt auszuüben, um sowohl in ihren eigenen theologischen Gesprächen wie auch in den mit ihr in Verbindung stehenden Kirchen das Ziel nicht verrücken und die Maßstäbe nicht verwirren zu lassen.

Aus der Fülle der vollzogenen oder in Vorbereitung befindlichen Unionen wollen wir nur einige herausgreifen und in großen Zügen skizzieren (ausführliche Darstellung in „The Ecumenical Review“ Nr. 3/1957; deutsch in „Ökumenische Rundschau“, Heft 3/1957). Die *Kirche von Südindien* ist inzwischen nicht nur durch den Anschluß der anglikanischen Kirche von Travancore-Cochin und zweier aus der Basler Mission hervorgegangener Kirchengemeinschaften äußerlich weitergewachsen, sondern hat auch ihre Stellung in der Ökumene zunehmend gefestigt, wie die oben berichteten Verlautbarungen der Lambeth-Konferenz bestätigen. Die theologischen Gespräche der indischen Lutheraner mit der Kirche von Südindien über das Amts- und Abendmahlsverständnis sind 1956 ohne Ergebnis abgebrochen, doch sind Bemühungen um ihre Fortsetzung im Gange.

Besonders interessant sind die derzeitigen Unionsverhandlungen in *Ceylon* und in *Nordindien/Pakistan*, und zwar nicht nur deswegen, weil ihnen das südindische Unionsmuster zugrunde liegt, sondern weil hier neben den Anglikanern, Methodisten, Presbyterianern, Kongregationalisten usw. erstmalig auch Baptisten beteiligt sind. In beiden Unionsplänen ist – im Gegensatz zur Kirche von Südindien, die eine dreißigjährige Übergangsperiode festgesetzt hat – vorgesehen, die kirchlichen Ämter von Anfang an durch gegenseitige Handauflegung zu vereinigen. Dieser Passus hat denn verständlicherweise auch die besondere Zustimmung der Lambeth-Konferenz gefunden, weil dadurch unter Umständen eine sofortige volle Abendmahlsgemeinschaft mit den neu entstehenden Kirchen ermöglicht sein wird. Auf Bedenken stößt hingegen in weiten Kreisen der Ökumene die wahlweise Gleichstellung von Kindertaufe und Erwachsenenetaufe, die gerade in der dortigen Missionssituation das Gemeindeverständnis wie auch die Wahrheitsfrage unerlaubt zu nivellieren droht. Nichtsdestoweniger scheinen gerade die Unionspläne von Ceylon und Nordindien/Pakistan auch für andere zwischenkirchliche Einigungsversuche vorbildlich zu werden.

In *Nordaustralien* schlossen sich 1956 die Kongregationalisten, Methodisten und Presbyterianer zu einer „Vereinigten Kirche“ zusammen, die möglicherweise auf ganz Australien ausgedehnt werden wird. Auch in *Neuseeland* scheinen die Unionsverhandlungen erfolgreich zu verlaufen, an denen sich neuerdings auch die Anglikaner beteiligen wollen. Auch in *Ghana* steht die anglikanische Kirche der Provinz Westafrika in Verhandlungen mit den Presbyterianern und Methodisten.

In *Kanada* laufen seit mehr als 15 Jahren Verhandlungen zwischen der anglikanischen Kirche und der Vereinigten Kirche von Kanada, die 1925 aus dem Zusammenschluß methodistischer, presbyterianischer und kongregationalistischer Gemeinden hervorging. Auch hier ist aber offenbar über Stellung und Wertung des geistlichen Amtes vorläufig keine Einigung zu erzielen.

Stark von nationalen, kulturellen und sprachlichen Faktoren bestimmt sind die lebhaft betriebenen Unionsbemühungen der meist aus holländischer und

deutscher Missionsarbeit hervorgegangenen protestantischen Kirchen von *Indonesien*. Auf *Madagaskar* ist die Bildung einer gemeinsamen Kirche durch die 1,2 Millionen Protestanten verschiedener Herkunft in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

Der bedeutsamste Zusammenschluß dieser Jahre in den *Vereinigten Staaten von Amerika* ist zweifellos in der Bildung der *Vereinigten Kirche Christi* durch die Kongregationalistischen Christlichen Kirchen und die Evangelische und Reformierte Kirche im Juni 1957 in Cleveland (Ohio) zu sehen, der sich vielleicht auch die Jünger Christi (Disciples) anschließen werden. Bedeutsam schon deswegen, weil hier zwei Kirchengemeinschaften verschiedenartiger kirchlicher Struktur und geschichtlicher Herkunft zueinander gefunden haben. Vor allem aber ist man den Anregungen der I. Sektion von Evanston folgend das – von konfessioneller Seite stark kritisierte – Wagnis eingegangen, den Weg des gemeinsamen Wachsens in der Einheit einzuschlagen, ohne vorher volle lehr- und verfassungsmäßige Übereinstimmung erzielt zu haben. Die „Vereinigte Kirche Christi“, die auch mit der deutschen Evangelischen Kirche der Union freundschaftliche Beziehungen pflegt, hat alle Kirchen der Ökumene zur Teilnahme an Unionsgesprächen eingeladen.

Auch innerhalb der Konfessionen in Nordamerika sind größere Zusammenschlüsse vollzogen oder in Vorbereitung. Die *Vereinigte Lutherische Kirche*, die *Evangelisch-Lutherische Augustana-Kirche*, die *Finnische Evangelisch-Lutherische Kirche (Suomi-Synode)* und die *Amerikanische Evangelisch-Lutherische Kirche* werden voraussichtlich 1960 in einer Kirche vereinigt sein. Eine zweite Gruppe mehr konservativer Prägung – die *Amerikanische Lutherische Kirche*, die *Evangelisch-Lutherische Kirche* und die *Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche* – plant ihren Zusammenschluß für das gleiche Jahr. Ebenfalls ist in Kanada von den dortigen sieben lutherischen Synoden die Bildung einer „Vereinigten Lutherischen Kirche von Kanada“ in Erwägung gezogen. Auf reformierter Seite schlossen sich 1958 die *Vereinigte Presbyterianische Kirche von Nordamerika* und die *Presbyterianische Kirche in den USA* zusammen. Ähnliche Tendenzen machen sich auch unter den methodistischen und baptistischen Kirchengruppen bemerkbar.

Doch nicht nur im Bereich der Jungen Kirchen, denen um der Glaubwürdigkeit ihres missionarischen Zeugnisses willen die Einheit der Christenheit besonders am Herzen liegt, und in Nordamerika, wo die Vielfalt der Denominationen häufig auf geschichtliche und nationale Faktoren zurückzuführen ist, sind Bestrebungen für eine Verständigung und Annäherung der Kirchen lebendig. Auch in Europa sind die vielfach erstarrten Fronten unter dem Einfluß ökumenischer Gedankengänge erneut in Bewegung geraten. In Großbritannien sind Gespräche zwischen der *Kirche von England* mit den Methodisten einerseits und der presbyterianischen Kirche von Schottland andererseits aufgenommen, an denen führende Theologen der genannten Kirchen mitwirken. Die vorgelegten Studiendokumente (*“Conversations between the Church of England and the Methodist Church”*, London 1958, bzw. *“Relations between Anglican and Presbyterian Churches”*, London 1957) vermitteln einen ausgezeichneten Einblick in die theologischen Diskussionen. Insbesondere enthält der erste Bericht eine aufschlußreiche Darstellung des anglikanischen Amtsbegriffs, doch hat eben auch

gerade dieser Punkt die Gespräche zwischen den Verhandlungspartnern wiederum auf einen toten Punkt gelangen lassen.

Die *Kirche von Schottland* hat ihrerseits die Kontakte mit den Kongregationalisten verstärkt. Außerdem hat sie Vereinbarungen mit den skandinavischen Kirchen über die gegenseitige gastweise Zulassung zum heiligen Abendmahl herbeigeführt. Über ähnliche Verhandlungen mit der EKD im Jahre 1957 wird im nächsten Kapitel zu berichten sein.

Die *Reformierte Kirche* und die *Evangelisch-Lutherische Kirche* in den *Niederlanden* haben 1956 die volle Interkommunion und Interzelebration zwischen ihren Kirchen hergestellt, der 1958 ein Konsensus über die Taufe folgte. Zwar sind dabei noch manche theologischen Fragen offengeblieben, an deren Klärung weitergearbeitet wird, jedoch ist an eine organische Union beider Kirchen vorläufig noch nicht gedacht.

Abendmahlsgemeinschaft besteht seit kurzem auch zwischen der *Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder*, die eine Unionskirche, aber überwiegend reformiert und Mitglied des Reformierten Weltbundes ist, und der *Tschechischen Brüder-Unität*.

In Frankreich hat nach einem ersten Vorstoß der 1952 im Rahmen des *Französischen Protestantischen Kirchenbundes* eingesetzten „Theologischen Kommission für Kircheneinheit“, die zwei Jahre später ihre Empfehlungen vorlegte, die 1955 berufene Ökumenische Studienkommission erneute Schritte auf eine Einigung des französischen Protestantismus hin unternommen, ohne daß bereits konkrete Abmachungen in Aussicht stehen.

10. ÖKUMENE ZU HAUSE

Diese Überschrift könnte auf den ersten Blick als ein Widerspruch in sich erscheinen. Ökumene gibt es ja nur in der Zugehörigkeit zur weltweiten Gemeinschaft der Christenheit und kann daher niemals isoliert verstanden oder gar gelebt werden. Andererseits bleiben alle ökumenischen Bemühungen kraftlos und unglaubwürdig, wenn sie sich nicht in der konkreten Situation der einzelnen Kirche und Gemeinde bewähren und damit als echt erweisen. So kann man „Ökumene zu Hause“ nur unter diesem Spannungsbogen sehen: lebendiges Praktizieren der Gliedschaft in der ökumenischen Bewegung *und* konkretes Verwirklichen ökumenischer Gesinnung und Erfahrung im eigenen Lande und im alltäglichen Zusammenleben mit anderen Kirchengemeinschaften.

An den „offenen Türen“ in die Ökumene hinein und vielfältigen Beziehungen zu ausländischen Kirchen hat es in Deutschland auch in den vergangenen Jahren nicht gefehlt. Mag auch die deutsche Vertretung in den Genfer Dienststellen des ÖRdK nicht gerade übermäßig stark und dem Gewicht der deutschen Mitgliedskirchen angemessen erscheinen – es arbeiten dort hauptamtlich nur Dr. H. H. Harms als Beigeordneter Direktor der Studienabteilung und Prof. Dr. H. H. Wolf als Leiter des Ökumenischen Instituts in Bossey –, so weisen doch die leitenden Gremien und Ausschüsse eine breite deutsche Mitgliedschaft auf, wie aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht (Stand vom 1. 7. 1959):

Präsident: Bischof D. Otto Dibelius, Berlin.

Exekutivausschuß: Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden.

Zentralausschuß: Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Moderator Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller b. Dornap (Rhld.); Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden; Kirchentagspräsident D. Reinold von Thadden-Trieglaff, Fulda; Landesbischof D. Martin Erdmann, Wolfenbüttel².

Kommission für Glauben und Kirchenverfassung: Generalsuperintendent D. Günther Jacob, Cottbus; Prof. D. Ernst Kinder, Münster; Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover; Moderator Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller b. Dornap (Rhld.); Dr. Heinz Renkewitz, Arnoldshain; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg; Pfr. Dr. Jürgen Winterhager, Berlin.

Studienabteilung: Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung: Generalsuperintendent D. Günther Jacob, Cottbus; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg.

Theologische Kommissionen von „Glauben und Kirchenverfassung“: *Christus und die Kirche:* Prof. Lic. Walter Kreck, Bonn; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg. – *Gottesdienst:* Prof. D. Wilhelm Hahn, Heidelberg; Prof. D. Hermann Schlingensiepen, Wuppertal-Barmen. – *Tradition und Traditionen:* Prof. D. Gerhard Ebeling, Zürich; Prof. D. Johannes Schneider, Berlin. – *Institutionalismus:* Dr. Hans Dombois, Heidelberg.

Arbeitsausschuß des Referates für Evangelisation: Präses Dr. Lothar Kreyssig, Magdeburg.

Arbeitsausschuß des Referates für Missionarische Studien: Prof. D. Georg Vicedom, Neuendettelsau.

Ausschuß der Studienabteilung: Prof. D. Walter Freytag, Hamburg (Vorsitzender); Dr. Heinz Renkewitz, Arnoldshain.

Ausschüsse der Abteilung für Ökumenische Aktivität: Arbeitsausschuß für das Jugendreferat: Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden; Elisabeth Weisser, Stuttgart.

Arbeitsausschuß für das Laienreferat: Dr. Hans-Hermann Walz, Fulda (stellv. Vorsitzender); OKR Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Frankfurt am Main.

Kuratorium des Ökumenischen Institutes: Präsident D. Adolf Wischmann, Frankfurt am Main.

Arbeitsausschuß der Kommission für Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft: OKR Dr. Hans Thimme, Bielefeld.

Ausschuß der Abteilung für Ökumenische Aktivität: Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden; Kirchentagspräsident D. Reinold von Thadden-Trieglaff, Fulda.

Verbindungsausschuß des Ökumenischen Rates und des Internationalen Missionsrates: Prof. D. Walter Freytag, Hamburg.

Ausschuß des Informationsreferates: Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover.

Finanzausschuß des Zentralausschusses: Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden.

Ausschuß für „Programme and Finance“: OKR Dr. Hanfried Krüger, Frankfurt a. M.

Kuratorium der Ökumenischen Hochschule: Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg.

Kuratorium der „Ecumenical Review“: Prof. D. Walter Freytag, Hamburg; Assistant Editor: P. Dr. Hans Heinrich Harms, Genf.

Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten: Dr. Dr. Gustav Heineemann, Essen; Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn.

Proselytismusausschuß: Prof. D. Ernst Kinder, Münster; Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn.

Kommission für Religionsfreiheit: Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn.

2. An Stelle von Landesbischof D. Herntrich († 1958).

Außerdem war der verstorbene Landesbischof D. Hertrich Mitglied des Zentralausschusses, des Verwaltungsausschusses der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst sowie der Finanzkommission des Zentralausschusses. Auch an den in Abschnitt 3 a) genannten Studienprojekten ist eine Anzahl deutscher Mitarbeiter maßgeblich beteiligt. So werden also die Funktionen und Projekte des ÖRdK von den deutschen Kirchen verantwortlich mitgetragen (unmittelbare Mitgliedskirchen des ÖRdK sind in Deutschland außer der EKD nur die Alt-Katholische Kirche, die Evangelische Brüder-Unität und die Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden).

Auch die finanziellen Beiträge der EKD für den ÖRdK sind in den letzten Jahren erheblich gesteigert. Betrug sie 1955 noch 75 000 DM, so in den Jahren 1956–1958 100 000 DM und 1959 125 000 DM. Hinzu kommen nicht unerhebliche Beträge für den geplanten Neubau der Dienstgebäude des ÖRdK in Genf.

Neben den direkten Arbeitsbeziehungen zum ÖRdK und seinen Organen, die für die EKD über das Kirchliche Außenamt in Frankfurt am Main laufen, haben auch die ökumenischen Kontakte deutscher Kirchen zu anderen, insbesondere benachbarten Kirchen in diesen Jahren eine weitere Festigung erfahren, wie sie vor allem in den Konventen und Arbeitsgemeinschaften ihren Niederschlag findet. Der älteste dieser Konvente, der *Nordisch-Deutsche Kirchenkonvent*, gegründet 1949, hat seine regelmäßigen Zusammenkünfte fortgesetzt (vgl. Kirchl. Jahrb. 1954, S. 276) und dabei wie bisher insbesondere die Verbindung zu den Kirchen und Gemeinden in der DDR gepflegt. Vom 19. bis 22. April 1955 traf sich der Konvent in Berlin-Weißensee unter dem Thema „Dienst des Gemeindegliedes an der Gesamtkirche“. Vom 17. bis 20. April 1956 behandelte der Konvent in Berlin das Thema „Der Mensch in den kollektiven Bindungen“, vom 30. 4. bis 3. 5. 1957 in Züssow bei Greifswald „Not und Verheißung der christlichen Familie“, vom 6. bis 9. 5. 1958 in Ludwigslust (Meckl.) „Lebendige Gemeinde in einer veränderten Welt“, vom 11. bis 15. 10. 1958 in Lejondal (Schweden) „Christliche Geschichtsauffassung“, wobei die Fragen einer Gesamtverantwortung der europäischen Kirchen im Vordergrund standen, und vom 27. 4. bis 1. 5. 1959 in Meißen (Sachsen), „Die Bedeutung von Taufe und Abendmahl im Leben der Gemeinde und des einzelnen Christen“. Als Nachfolger von Landesbischof D. Hertrich wurde Landesbischof Dietzfelbinger zum Mitglied des Konvents gewählt.

Der *Deutsch-Französische Bruderrat*, der gleichfalls schon auf eine neunjährige Wirksamkeit zurückblicken kann, hat sich in diesen Jahren weiterhin um die deutsch-französische Verständigung bemüht (vgl. Kirchl. Jahrb. 1954, S. 277). Auf dem Treffen des Bruderrates in Bièvres vom 22. bis 24. 4. 1955 waren „Nationalismus und Internationalismus als theologisches Problem“ und „Das Menschenbild in deutscher und französischer Schau“ Gegenstand der Verhandlung. Es folgte im Mai 1956 eine Tagung in Berlin, die den Fragenkreis der „Verkündigung heute“ in Vorträgen und Diskussionen erörterte. Die weltpolitischen Spannungen beschäftigten den Bruderrat im November 1956 in Speyer und führten zu einem Aufruf zur Fürbitte für den Frieden. Im Mai 1957 in Etaules bei Royan stand das Thema „Unsere Verantwortung für die junge Generation“ auf der Tagesordnung. Angeregt durch diese Veranstaltung kamen 50 Teilnehmer aus den evangelischen Landeskirchen Westdeutschlands und den

protestantischen Kirchen Frankreichs zu einem weiteren Meinungs- und Erfahrungsaustausch im Dezember 1958 in Bad Dürkheim zusammen. Auch ein deutsch-französisches Frauentreffen soll in absehbarer Zeit stattfinden. Diese Beispiele beweisen, wie wenig die Konvente auf repräsentative Teilnehmerkreise beschränkt bleiben, vielmehr sich befruchtend auf die gesamtkirchliche Arbeit auswirken. Aus den späteren Tagungen des Deutsch-Französischen Bruderrates ist die Konferenz in Tutzing vom 3. bis 6. April 1959 hervorzuheben, die sich mit dem Laizismus, Marxismus und Existentialismus auseinandersetzte. Neben den Tagungen des Deutsch-Französischen Bruderrates und in enger Zusammenarbeit mit ihm laufen die Begegnungen der von dem französischen Pastor D. Jules Rambaud 1920 gegründeten *Evangelisch-Christlichen Einheit* (Union Protestante chrétienne), die gleichfalls der Vertiefung des Verständnisses zwischen dem französischen und deutschen Protestantismus dienen.

Die 1954 ins Leben gerufene *Britisch-Deutsche Konferenz* (vgl. Kirchl. Jahrb. 1954, S. 278) hat sich vom 9. bis 10. 2. 1957 in London mit Fragen der christlichen Verantwortung in der gegenwärtigen internationalen Lage befaßt, wobei im besonderen die kirchlichen Ost-West-Kontakte und das Verhältnis der europäischen Christen zu den jungen Kirchen Asiens und Afrikas zur Sprache kamen. Es folgte eine weitere Arbeitstagung vom 17. bis 19. 9. 1958 in Berlin-Schwanenwerder, die den Fragenkomplex „Staat und Kirche aus britischer und deutscher Sicht“ diskutierte.

Über die Rolle der *Deutsch-Holländischen ökumenischen Konferenz* bei der Vorbereitung einer gesamteuropäischen Kirchenkonferenz ist oben in Abschnitt 7 bereits die Rede gewesen.

Alle diese Konvente beschränken sich auf die westeuropäischen Kirchen. In ein neues Stadium schien dieser zwischenkirchliche Brückendienst zu treten, als auf Einladung der tschechoslowakischen Kirchen eine Delegation der EKD unter Führung von Bischof D. Dibelius im März 1955 in die Tschechoslowakei fuhr und von dort den Beschluß zur Gründung eines *Tschechoslowakisch-Deutschen Kirchenkonvents* zurückbrachte. Im Oktober des gleichen Jahres statteten die führenden Persönlichkeiten des tschechoslowakischen Protestantismus, unter ihnen der Dekan der Prager Comenius-Fakultät, Professor Hromádka, der Generalbischof der Slowakischen Lutherischen Kirche, Dr. Chabada, und der Bischof der Reformierten Kirche in der Slowakei, Varga, der EKD einen Gegenbesuch ab. Trotz langwieriger Bemühungen und Verhandlungen ist es aber infolge der zunehmenden politischen und kirchenpolitischen Spannungen, vor allem im Zusammenhang mit der Atomfrage, nie zur Konstituierung dieses Konventes gekommen. Der inoffizielle Besuchsdienst hinüber und herüber zwischen den theologischen Fakultäten, Predigerseminaren, kirchlichen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten ist jedoch nicht nur niemals wieder abgerissen, sondern hat sich noch ständig erweitert. Das gilt auch anderen osteuropäischen Kirchen gegenüber wie zum Beispiel *Polen*, wo Kirchenpräsident Niemöller und die Oberkirchenräte Bartelt und Krüger vom Kirchlichen Außenamt im Februar 1957 Gäste der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses waren. Im Juni 1958 wurde in Warschau durch Landesbischof D. Lilje im Rahmen einer großen ökumenischen Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses Dr. Fry und Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft und in Anwesenheit zahl-

reicher Gäste aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern die im letzten Kriege zerstörte lutherische Trinitatiskirche wieder eingeweiht. Die Beziehungen zwischen der EKD und dem *Moskauer Patriarchat* haben allmählich einen offizielleren Charakter angenommen. Vom 25. 3. bis 16. 4. 1958 weilten auf Einladung des Moskauer Patriarchats der Präses von Westfalen, D. Wilm, der Präsident des Kirchlichen Außenamtes, D. Wischmann, und die Professoren D. Schlink, D. Iwand und D. Vogel in der Sowjetunion. Das Moskauer Patriarchat hat eine Gegeneinladung des Rates der EKD für Herbst 1959 angenommen, die von den beteiligten Stellen in der EKD auch theologisch sorgfältig vorbereitet werden soll, um solche zwischenkirchlichen Begegnungen – und nun gerade im Blick auf die Annäherung der russischen Orthodoxie an die ökumenische Bewegung – über die bisher oftmals nur formalen oder persönlichen Kontakte hinaus fruchtbringend gestalten und auswerten zu können.

Konkrete theologische Probleme sind in den letzten Jahren in Verbindung mit der Zugehörigkeit der EKD zum ÖRdK auch sonst aufgetaucht. Über den Abschluß der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zwischen der Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz und dem Internationalen Kongregationalistischen Rat ist in diesem Jahrbuch schon ausführlich die Rede gewesen (Kirchl. Jahrb. 1956, S. 218–225). Der feierliche Vollzug fand in einem deutsch-englischen Abendmahlsgottesdienst am 28. 4. 1957 in Speyer statt und ist durch Gegenbesuche pfälzischer Delegierter in kongregationalistischen Gemeinden Englands bekräftigt.

Das Problem der Abendmahlsgemeinschaft stellte sich der EKD erneut, als die Kirche von Schottland sich mit nachstehendem Schreiben an den Ratsvorsitzenden wandte:

Herrn Bischof D. Dr. Dibelius

23. Januar 1957

Hochwürdiger Herr!

Wir haben die Ehre, Ihnen einen Auftrag mitzuteilen, den unser Ausschuß von der Generalversammlung der Kirche von Schottland zur Durchführung erhalten hat.

Wie Sie sicher wissen werden, ist es die Praxis der Kirche von Schottland, jedes abendmahlsberechtigtes Mitglied von jeder Kirche der Ökumene, das bei einer Feier des Heiligen Abendmahls anwesend ist und den Wunsch hat, das Sakrament zu empfangen, zum Tisch des Herrn zuzulassen. Unsere Kirche ist der Überzeugung, daß dieses Maß der Abendmahlsgemeinschaft zwischen ihr und anderen Gliedkirchen der Ökumene erreicht werden solle, selbst wenn in einigen Fällen gewisse theologische Verschiedenheiten bisher nicht ganz beseitigt sein mögen; und sie hat den aufrichtigen Wunsch, daß dieses Verhältnis wechselseitig und offiziell sanktioniert werden sollte.

Dementsprechend sind wir während der letzten Jahre nacheinander an die Kirchen von Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark in dieser Angelegenheit herangetreten und sind mit allen diesen Kirchen erfreulicherweise zur Einigung gekommen; so ist es eine offiziell festgelegte Abmachung, daß zum Abendmahl zugelassene Mitglieder dieser Kirchen jederzeit in unserer Kirche am Tisch des Herrn willkommen sind und daß umgekehrt das gleiche für abendmahlsberechtigzte Mitglieder unserer Kirche, die auf Reisen sind oder für einige Zeit in den skandinavischen Ländern leben, gilt ...

Unsere Generalversammlung hat den dringenden Wunsch, daß ein gleiches wechselseitiges Einvernehmen zwischen der Kirche von Schottland und den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland zustande kommen möchte. Daher hat die Ver-

sammlung uns ermächtigt, schriftlich bei Ihnen anzufragen, ob ähnliche Abmachungen, wie sie mit den skandinavischen Kirchen getroffen sind, mit Ihrer Kirche herbeigeführt werden können. Wir würden sehr glücklich darüber sein, denn wir glauben, dies würde einen bedeutsamen (wenn auch nur kleinen) Schritt vorwärts in der Richtung auf die Wiedervereinigung der Christenheit darstellen, die Gott der Kirche in unseren Tagen als Ziel gesetzt hat.

Wir wären sehr dankbar, wenn wir Ihre Antwort rechtzeitig haben könnten, damit wir auf der Sitzung unserer Generalversammlung Ende Mai darüber berichten könnten.

Mit herzlichen und brüderlichen Grüßen

Unterschrift

Nachdem die Stellungnahmen der Gliedkirchen vorlagen (s. hierzu E. Wilkens im Kirchl. Jahrb. 1957, S. 187–190; vgl. auch Kirchl. Jahrb. 1956, S. 205), hat der Rat die Angelegenheit erneut besprochen, woraufhin Bischof D. Dibelius folgende Antwort nach Schottland richtete:

An die Kirche von Schottland

Kommission für zwischenkirchliche Beziehungen

Berlin, im November 1957

Sehr geehrte Herren!

Wie ich Ihnen bereits am 2. Februar 1957 mitteilte, mußte ich Ihre Anfrage bezüglich der Abendmahlsgemeinschaft an die Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Erwägung und Entscheidung weiterleiten. Obwohl Sie in der Zwischenzeit mehrere Stellungnahmen zu dieser Frage direkt von den Mitgliedskirchen erhalten haben werden, möchte ich Ihnen einen zusammenfassenden Überblick der Meinungen geben, die die Mitgliedskirchen zum Ausdruck gebracht haben.

Im Namen der Kirchen, die zur Evangelischen Kirche der Union gehören, erklärte der Rat der Kirche der Union am 14. April 1957:

„..., daß sowohl nach der Grundordnung der Evangelischen Kirche der Union wie nach den bestehenden Grund- und Kirchenordnungen der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union die Glieder der Kirche von Schottland ohne weiteres zum Abendmahl zugelassen werden können. Hierzu bedarf es keiner besonderen Vereinbarung.“

Diese Stellungnahme gilt also für die Landeskirchen von Berlin-Brandenburg, Provinz Sachsen, Pommern, Schlesien, Rheinland und Westfalen, die ebenfalls einzeln die gleiche Meinung geäußert haben. Wiederholt wird auf den Grundsatz hingewiesen, daß in den betreffenden Kirchen diejenigen Personen ohne Schwierigkeiten zum Abendmahl zugelassen werden, die in evangelischen Kirchen abendmahlsberechtigt sind.

Die folgenden Landeskirchen nehmen den gleichen Standpunkt ein: Lippe, Eutin, Anhalt, Kurhessen-Waldeck, die Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland, Württemberg, Oldenburg, Bremen, Hessen und Nassau und Pfalz. In der Kirche von Hessen und Nassau wurde die Bereitschaft zur gegenseitigen Abendmahlszulassung bereits durch die Entscheidung der Kirchenleitung im Januar 1954 ausgesprochen, über die Prof. Donald Baillie und Präsident D. Niemöller einen Briefwechsel miteinander geführt haben. Dieselbe Ansicht wie die eben aufgeführten Kirchen vertritt die Evangelische Brüder-Unität in Deutschland, die der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen ist, ohne eine Mitgliedskirche zu sein.

Die Evangelische Landeskirche von Baden hat in einem Brief auf ihre Praxis hingewiesen, diejenigen Gemeindeglieder von anderen Kirchen zum Abendmahl zuzulassen, die in ihren eigenen Gemeinden das Abendmahl empfangen dürfen. Aber sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die Frage der Abendmahlsgemeinschaft innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland bisher noch nicht geklärt ist. Die Erklärung fährt fort:

„Ehe diese Frage für unsere in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen-

geschlossenen Landeskirchen nicht gelöst ist, hält es unsere Landeskirche für ihre Pflicht, keine offiziellen Abmachungen mit ausländischen Kirchen über die Frage der Interkommunion zu treffen, um die kirchlich-theologische Situation in der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht zu erschweren.“

Bezugnehmend auf das „Memorandum über das Verhältnis von Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft“ vom 18. September 1954, das von dem Ökumenischen Ausschuß der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland erarbeitet war, bemerken die Kirchenleitung und Bischofskonferenz, die im Namen der Mitgliedskirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland sprechen, daß – gemäß dem Grundsatz „Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft bedingen und fordern einander“ – von einer Abendmahlsgemeinschaft im strengen Sinne nur dort gesprochen werden könne, wo Kirchengemeinschaft bestehe. Mit Bezug auf Artikel 4, Absatz 4 der Verfassung der Evangelischen Kirche in Deutschland wird erklärt:

„Es ist uns bisher nicht zweifelhaft gewesen, daß auch kommuniionsberechtigte Glieder der reformierten Schottischen Kirche, die sich vorübergehend in lutherischen Gemeinden in Deutschland aufhalten und von der Sakramentsverwaltung ihrer eigenen Kirchen abgeschnitten sind, zum Tisch des Herrn zugelassen werden können, falls sie es begehren. Nach der Terminologie von Lund 1952 würde es sich dabei um eine ‚limited intercommunion‘ oder ‚intercommunion on dispens‘ handeln. Nur in diesem Sinne sind auch, wenn wir recht unterrichtet sind, die lutherischen Kirchen in Skandinavien auf die Anregung der Kirche von Schottland eingegangen. Es widerspricht aber einer solchen seelsorgerlich bedingten Zulassung von Angehörigen anderer Kirchen im Einzelfalle, wenn darüber Vereinbarungen getroffen und aus der Ausnahme auf dem Wege über eine feste Ordnung eine Regel gemacht werden soll.“

Die Erklärung fährt fort:

„Der kirchliche Weg zu voller Abendmahlsgemeinschaft und damit zugleich zu voller Kirchengemeinschaft kann unseres Erachtens nur so beschritten werden, daß wir in Verhandlungen von Kirche zu Kirche prüfen, wieweit wir ‚einmütig in der Apostel Lehre‘ sind. Die Vereinigte Kirche ist zu solchen Verhandlungen immer und gern bereit.“

Diese Stellungnahme gilt für die Landeskirchen von Bayern, Braunschweig, Hamburg, Hannover, Lübeck, Mecklenburg, Sachsen, Schaumburg-Lippe, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der diese Stellungnahmen bei seiner letzten Sitzung am 7. November 1957 zur Kenntnis genommen hat, vertraut darauf, daß die Ergebnisse dieser Umfrage dazu beitragen werden, die ökumenischen Beziehungen zwischen unseren Kirchen zu stärken.

Mit brüderlichen und ergebenen Grüßen

(gez.) *Dibelius* (Bischof)

Ob und inwieweit die Klärung dieser Fragen durch die von der EKD-Kommission erarbeiteten Abendmahlsthesen gefördert werden wird, auf deren ökumenische Relevanz Bischof D. Meyer unlängst hingewiesen hat (Ökumenische Rundschau, Heft 1/1959), bleibt abzuwarten.

Neben den grundsätzlichen Problemen wie der Abendmahlsgemeinschaft ist in der evangelischen Christenheit Deutschlands auch das gegenseitige Verhältnis der Landes- und Freikirchen eine sich immer wieder stellende ökumenische Aufgabe. Freikirchliche Kreise in Deutschland haben oftmals mit Recht darüber Klage geführt, daß zwar die brüderliche Gemeinschaft mit den Baptisten, Methodisten usw. auf der Ebene des ÖRdK seit langem zu den Selbstverständlichkeiten gehöre, im eigenen Lande jedoch auf bisher kaum überwundene Schwierigkeiten stoße. Dem wird von landeskirchlicher Seite entgegengehalten, daß Mißtrauen

und Fremdheit gegenüber den „Großkirchen“ oder gar Proselytenmacherei das Verhältnis zueinander mehr belasteten, als es von der gemeinsamen Verbundenheit im ÖRdK her verantwortet werden könne. Nicht zufällig ist daher gerade in Deutschland das Proselytismus-Dokument des ÖRdK in Arbeitsgruppen und Studienkreisen lebhaft erörtert worden.

Zur Herbeiführung eines guten Einvernehmens zwischen Landeskirchen und Freikirchen und damit einer arbeitsfähigen „Ökumene zu Hause“ ist nach wie vor in erster Linie die *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland* berufen, die 1958 auf ihre zehnjährige Wirksamkeit zurückblicken konnte und zu deren Vorsitzendem am 17. 4. 1959 erneut Kirchenpräsident D. Niemöller auf weitere zwei Jahre gewählt wurde (vgl. O. v. Harling, *Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland*, *Kirchl. Jahrb.* 1955, S. 357–381). Freilich wünschen viele, nicht zuletzt in der Arbeitsgemeinschaft selbst, daß die Tätigkeit dieses deutschen „National“ oder „Ecumenical Council“ nach dem Beispiel verwandter Organisationen in den Nachbarländern aktiver gestaltet würde, um dem gemeinsamen Sprechen und Handeln der von ihr vertretenen Kirchen nach innen wie nach außen größeres Gewicht zu verleihen. In der Tat ist die Arbeitsgemeinschaft in der letzten Zeit weniger in der Öffentlichkeit hervorgetreten als in den ersten Jahren ihres Bestehens, obwohl sie auf ihren vierteljährlichen Zusammenkünften unverändert um die Annäherung der ihr zugehörigen Kirchen und die Vermittlung bei Streitfällen bemüht geblieben ist. Intensive Beachtung hat man in der Arbeitsgemeinschaft indes neuerdings den theologischen Fragen zugewandt, die für das Verhältnis von Landeskirchen und Freikirchen von Bedeutung sind. Von 1955–1958 ist unter Mitarbeit der Professoren E. Wolf, Jeremias, Kreck, Blanke, J. Schneider, Beckmann und anderen ein theologisches Gespräch über die Taufe durchgeführt worden, dessen Ergebnis den beteiligten Kirchenleitungen zur weiteren Erörterung zugeleitet wurde. Die Thesen haben folgenden Wortlaut:

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland hat sich in den Jahren 1955 bis 1958 sehr ausführlich und eingehend mit der christlichen Taufe befaßt, nicht, um eine Tauflehre aufzustellen, sondern um die in unseren Kirchen geübte Taufe als die Taufe des Neuen Testaments zu verstehen. Wir sind einig in folgenden Punkten:

1. In dem Taufvorgang als solchem widerfährt dem Menschen lediglich etwas von Gott her, auch wenn er die Taufe als Erwachsener im Glauben empfängt.
2. Die Taufe ist wie das Wort ein Mittel der Zueignung des Heils durch Gott.
3. Die Taufe kann kein Ersatz für den persönlichen Heilsglauben sein.
4. Der persönliche Heilsglaube macht die Taufe nicht überflüssig.
5. Die Taufe ist mehr als ein sinnbildlicher Hinweis auf die im Tode Jesu geschehene Reinigung von unseren Sünden und auf das in der Auferweckung Jesu ans Licht getretene unvergängliche Leben.
6. In der Taufe auf den dreieinigen Gott geschieht eine gnädige Beschlagnahme des Täuflings für Jesus Christus, der ein ursprüngliches Herrenrecht auf ihn hat.
7. Nach dem Neuen Testament ist das, was die Taufe zur Taufe macht, das Handeln des dreieinigen Gottes am Täufling und nicht der Glaube des Täuflings, aber die Taufe ohne den Glauben des Täuflings bleibt heilsunwirksam.
8. Ein Taufvollzug, der nicht von einer rechten Taufverkündigung begleitet ist, führt zwangsläufig zu einem gefährlichen Mißbrauch der Taufe.
9. Die Taufe wird dem Täufling zum Gericht, wenn er sich durch die gnädige Be-

schlagnahme, durch die Gott ihn in das Sterben und die Auferweckung Jesu Christi hineinnimmt, nicht zur glaubenden Anerkennung des Herrenrechtes Jesu Christi über ihn führen läßt, sondern diese Anerkennung im Unglauben ablehnt.

10. Die historische Frage, ob schon in der Urchristenheit Kinder getauft worden sind, wird nach Lage der Dinge umstritten bleiben, aber auch in dem Falle, daß sie positiv beantwortet werden müßte, wäre damit die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis nicht unmöglich gemacht.

11. Das Neue Testament enthält keine bindenden Weisungen über das Taufalter, weder im Sinne eines Gebotes der Kindertaufe noch im Sinne eines Gebotes der Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe, so daß also von daher eine verschiedene Taufpraxis auf Grund verantwortlicher geistlicher Entscheidung möglich bleibt.

12. Die Gefahr der Kindertaufe als Taufpraxis besteht darin, daß die Taufe als Ersatz für den persönlichen Heilsglauben mißverstanden und in der Taufsitte als magisch wirkendes Heilmittel mißbraucht wird.

13. Die Gefahr der Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis besteht darin, daß die Taufe als eine öffentliche Anerkennung des mehr oder weniger sicher festgestellten Gläubiggewordenseins mißverstanden und zu einem symbolischen Aufnahmeakt in die Gemeinde entwertet wird.

Während wir uns in den vorstehenden 13 Punkten miteinander brüderlich geklärt haben, ist es uns nicht möglich gewesen, die beiden verbleibenden Fragen einmütig zu beantworten, nämlich ob es möglich ist,

1. im Falle der Kindertaufe als Taufpraxis aus der Regel kein Gesetz zu machen, sondern die Erwachsenentaufe aus Gewissensgründen freizugeben;

2. die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis aus geistlichen Gründen vorzuziehen und beizubehalten und doch die am Kleinkind vollzogene Taufe nicht als Nichttaufe zu behandeln.

Nach Abschluß des Taufgespräches untersucht die Arbeitsgemeinschaft jetzt das Gemeindeverständnis nach der Lehre der einzelnen Kirchengemeinschaften.

In ähnlicher Weise wie die Arbeitsgemeinschaft über die Taufe hat der *Ökumenische Ausschuß der VELKD* über die apostolische Sukzession gearbeitet, die ja in den Unionsverhandlungen in der Ökumene (s. S. 360, Abschnitt 9) von anglikanischer Seite immer wieder als *das* verbindende Prinzip herausgestellt wird (Wortlaut des Gutachtens Kirchl. Jahrb. 1957, S. 190–196). Gegenstand weiterer Studienarbeit im Ökumenischen Ausschuß der VELKD waren das Proselytismus-Problem, „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi“ und die Thematik der nächsten Weltkirchenkonferenz. Die EKU verfügt seit 1956 gleichfalls über einen Ökumenischen Ausschuß, der unter Vorsitz von Missionsdirektor Brennecke die mit den Kirchenunionen in der Ökumene zusammenhängenden Grundsatzfragen untersucht (vgl. Kirchl. Jahrb. 1957, S. 199). Auf Anregung dieses Ausschusses wurde Bischof Lesslie Newbigin (Kirche von Südindien) vom Rat der EKU zu einem Besuch nach Deutschland im Juli 1958 eingeladen und sprach auf Veranstaltungen in Berlin, Bielefeld, Dortmund und Düsseldorf.

Die Koordination der gesamten ökumenischen Studienarbeit in Deutschland läßt sich weiterhin der von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen 1950 berufene und unter Leitung von Prof. E. Schlink (Heidelberg) zweimal jährlich zusammentretende *Deutsche Ökumenische Studienausschuß* anlegen sein. Gegenwärtig bestehen in den deutschen Landeskirchen und Freikirchen annähernd 50 ökumenische Studienkreise und Arbeitsgruppen, die sich meist mit den vom ÖRdK angeregten Fragestellungen und Studienvorhaben befassen und

ihre Ergebnisse der ökumenischen Abteilung des Kirchlichen Außenamtes bzw. der Ökumenischen Centrale zwecks Weiterleitung nach Genf einsenden. Nach dem Tode von D. Menn im Frühjahr 1956 sind beide Frankfurter Dienststellen in Personalunion verbunden, um unnötige Doppelarbeit und Überschneidungen zu vermeiden, doch ist die Ökumenische Centrale weiterhin eine selbständige Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, was in der gleichzeitigen Berufung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters aus den Freikirchen zum Ausdruck kam. Während die Ökumenische Centrale, die gleichzeitig auch als Geschäftsstelle des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses fungiert, in erster Linie für Studienaufgaben zuständig ist und die ökumenischen Studienkreise in Deutschland zu beraten und mit Arbeitsmaterial zu versorgen hat, werden von der ökumenischen Abteilung des Kirchlichen Außenamtes die vielfältigen praktischen Verantwortlichkeiten wahrgenommen, die mit der Zugehörigkeit der EKD zum ÖRdK und den Beziehungen zu ausländischen Kirchen verbunden sind.

Die Ökumenische Centrale hält alljährlich vier regionale Arbeitstagungen ab, die regelmäßig einige hundert Theologen und Laien aus den Landes- und Freikirchen vereinen und in möglichst großer Spannweite über Stand und Entwicklung der ökumenischen Bewegung informieren, um auf diese Weise zur Mitarbeit anzuregen und den ökumenischen Gedanken in die Kirchen und Gemeinden hineinzutragen. Diese Zielsetzung wird unterstützt durch einen von der Ökumenischen Centrale herausgegebenen Materialdienst und die Vierteljahrsschrift „Ökumenische Rundschau“, neben denen auch noch wichtige Publikationen wie die 1956/57 von der Ökumenischen Centrale herausgegebene deutsche Übersetzung des Standardwerkes von Rouse/Neill „Geschichte der ökumenischen Bewegung“, die im Frühjahr 1959 erschienene Darstellung der ökumenischen Bewegung von Ernst Hornig „Der Weg der Weltchristenheit“ und eine Anzahl wichtiger Spezialuntersuchungen zu nennen wären.

Auf der amtlichen Ebene der evangelischen Landeskirchen und ihrer leitenden Organe zeichnet das *Kirchliche Außenamt der EKD* für die Förderung ökumenischer Arbeit verantwortlich. Alljährlich lädt das Kirchliche Außenamt die ökumenischen Referenten der Landeskirchen und der kirchlichen Werke zu einer Tagung in Arnoldshain ein, auf der neben Vorträgen und der Erörterung von Grundsatzfragen der praktische Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt steht. In jüngster Zeit bemüht sich das Kirchliche Außenamt um die Koordination der zahlreichen kirchlichen Dienststellen, Ausschüsse und Vereinigungen, die sich der in Deutschland lebenden Ausländer (Studenten, Techniker, Praktikanten usw.) annehmen, und hat ein Merkblatt „9 Punkte für die Begegnung mit Ausländern in Deutschland“ herausgegeben. Das orthodoxe Referat in der ökumenischen Abteilung des Kirchlichen Außenamtes publizierte 1958 den Briefwechsel zwischen den Tübinger Theologen und dem Patriarchen Jeremias II. von Konstantinopel (1573–1581) unter dem Titel „Wort und Mysterium“ (Luther-Verlag, Witten/Ruhr). Ende Oktober 1958 veranstaltete das Kirchliche Außenamt eine Tagung in Heidelberg mit dem Thema „Orthodoxe Ekklesiologie und Ökumene“, die für den mit orthodoxen Studien befaßten wissenschaftlichen Nachwuchs gedacht war und auf der u. a. die Professoren Schlink (Heidelberg), Leo Zander (Paris), Steinwand (Erlangen), Ludolf Müller (Kiel) mitarbeiteten.

Der Betreuung der orthodoxen Exilkirchen widmet sich auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem ÖRdK und dem Kirchlichen Außenamt eine „Ökumenische Kommission“, deren Federführung bei der Kirchenkanzlei in Hannover liegt. Auch diese Arbeit ist über das Karitative hinaus als ein Stück ökumenischer Bruderhilfe gedacht, die den orthodoxen Kirchen die rechte Erfüllung ihres seelsorgerlichen und gemeindlichen Dienstes zu ermöglichen sucht.

Diese Bemühungen amtlicher kirchlicher Stellen, die ökumenische Verbundenheit in Deutschland selbst zu stärken und darzustellen, begegnen sich mit gleichgerichteten Entwicklungen in anderen kirchlichen Einrichtungen und Organisationen. Dem losen Zusammenschluß der Landes- und Freikirchen in der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“ entspricht auf der Ebene der Jugendarbeit die 1949 ins Leben gerufene *Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands*, deren Vorsitzender Dr. Manfred Müller ist. Diese Arbeitsgemeinschaft hat schon 1951 einen eigenen „Ökumenischen Arbeitskreis“, der 1954 erweitert und aktiviert wurde und unter Leitung von Landes-sup. H. H. Peters (Celle) steht, mit ökumenischen Planungen und Aussprachen zwischen den angeschlossenen landes- und freikirchlichen Jugendverbänden beauftragt. Die Arbeitsgemeinschaft ist auch Träger zweier Unternehmen, die der Vermittlung ökumenischer Eindrücke und Erfahrungen dienen: 1. des Schüleraustausches, der im Rahmen des von sieben amerikanischen Denominationen veranstalteten „Internationalen christlichen Jugendaustausches“ etwa 60 deutsche Oberschüler für ein Jahr nach den Vereinigten Staaten bringt (Geschäftsstelle „Internationaler Schüleraustausch“, Kassel-Wilhelmshöhe, Im Druseltal 8); und 2. der von der Jugendabteilung des ÖRdK durchgeführten Ökumenischen Aufbau- und Lager (Geschäftsstelle „Deutsche Arbeitsgemeinschaft Christlicher Aufbau- und Lager (DACA)“, gleichfalls in Kassel-Wilhelmshöhe, Im Druseltal 8). Für das Jahr 1959 sind in der Bundesrepublik sechs derartige Lager geplant, dazu vier weitere von der DACA selbst, fünf von der Brüderkirche (Brethren Service Commission) und vier vom Christlichen Friedensdienst. Junge Menschen zwischen 19 bis 30 Jahren haben auf diese Weise Gelegenheit, im In- und Ausland ökumenische Gemeinschaft im täglichen Zusammenleben mit Christen aus anderen Völkern und Kirchen kennenzulernen.

Ebenso wie in der Jugendarbeit hat der ökumenische Gedanke in den *Studentengemeinden* Fuß gefaßt. Im Jahre 1958 bestanden in den Studentengemeinden der Bundesrepublik 19 ökumenische Kleinkreise, die sich insbesondere auch die Begegnung mit ausländischen Studenten zur Aufgabe machen. Überhaupt stellt der Studentenaustausch für die beteiligten Kirchen ein immer noch viel zu wenig erkanntes und ausgewertetes ökumenisches Potential dar. Im letzten Jahrzehnt haben etwa 620 deutsche Studenten die Möglichkeit gehabt, im Rahmen des Stipendiatenprogramms des ÖRdK, dessen deutsche Kontaktstelle das Studentenreferat beim Hauptbüro des Hilfswerks in Stuttgart ist, für ein Jahr Gast einer ausländischen Kirche zu sein und an einer dortigen Hochschule zu studieren. Ein gleichartiges Programm läuft jetzt auch über den Lutherischen Weltbund.

Eine weitere Frucht zwischenkirchlicher Begegnungen ist in der zunehmenden Einbeziehung ökumenischer Gesichtspunkte und Fragestellungen in die theologische Ausbildung an den Fakultäten und Predigerseminaren zu sehen. Eigene ökumenische Institute oder Seminare bestehen jetzt an den Theologischen Fakul-

täten in Heidelberg, Münster, Marburg, Bonn, Tübingen, Hamburg und an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Weitere sind im Aufbau.

In die Breite der Gemeinden hinein wirken die unter dem Zeichen der *Ökumenischen Diakonie* durchgeführten Aktionen, die die Gemeinden in Deutschland nicht nur theoretisch von der ökumenischen Bewegung wissen, sondern konkret an den Nöten und Lasten der Weltchristenheit mittragen lassen (Näheres s. Kirchl. Jahrb. 1957, S. 233–248, und Sammelband „Ökumenische Diakonie“, Berlin 1959).

Auch der *Kirchentag* hat in den letzten Jahren ein zunehmend ökumenisches Gepräge angenommen und versteht sich als Teil der ökumenischen Laienbewegung. Seit 1955 ist dem Kirchentagspräsidium ein Ökumenischer Ausschuß zugeordnet, der aus den Verbindungsleuten für die Kirchentagsarbeit in ausländischen Kirchen besteht und ökumenische Impulse hinüber und herüber vermittelt. Den Vorsitz führte zunächst Dr. Franklin Littell (USA), der 1958 durch Mark Gibbs (England) abgelöst wurde. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die großen Verdienste, die das *Ökumenische Institut in Bossey* auch der innerdeutschen Ökumene geleistet hat, indem Jahr für Jahr einige Dutzend Theologen und Laien aus Landes- und Freikirchen an den Kursen und Konferenzen sowie an dem Semester der Ökumenischen Hochschule teilnehmen konnten. Außerdem veranstaltet das Ökumenische Institut seit nunmehr neun Jahren alljährlich die mehrwöchigen sogenannten „Berliner Bossey-Tagungen“, die insbesondere für die Kirchen in der DDR bestimmt sind. Auch nahezu alle *Evangelischen Akademien* haben ökumenische Themen oder Veranstaltungen in ihre Jahresprogramme aufgenommen.

Über die *ökumenische Gebetswoche* ist bereits in Abschnitt 3 b), S. 328 gesprochen worden. Auch in Deutschland breitet sie sich nur langsam aus, zumal hier weithin die Allianz-Gebetswoche fester eingebürgert ist und die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen dieser deshalb bewußt den Vorrang läßt, um eine Konkurrenz beider Gebetswochen zu vermeiden. Immerhin sind ein steigender Absatz der Handreichungen für die ökumenische Gebetswoche, Abdruck in kirchlichen Amtsblättern und Zeitschriften usw. zu verzeichnen. Die eingehenden Erfahrungsberichte zeigen jedoch, daß, wie gleichfalls schon bemerkt, der dem deutschen kirchlichen Bewußtsein fremde Gebetsstil den Gemeinden oftmals den Zugang erschwert.

Die Vielfalt der ökumenischen Arbeitsbeziehungen, von denen wir selbstverständlich nur ausschnittsweise berichten konnten, möchte den Eindruck erwecken, als ob sich die ökumenische Bewegung in Deutschland in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung befindet. Das ist sicherlich in einem begrüßenswerten Umfange der Fall. Auf der anderen Seite sollte man die Lage indes nicht zu optimistisch beurteilen. Der Gebrauch des Wortes „ökumenisch“ droht inflatorische Ausmaße anzunehmen. Längst nicht alle Veranstaltungen und Vorhaben, die sich „ökumenisch“ nennen, sind mit dem Willen zu einer echten ökumenischen Begegnung und Auseinandersetzung verbunden und – wenn auch nur in einem vorläufigen und vorbereitenden Sinne – auf das Ziel der Einheit der Christenheit ausgerichtet. Mit dem in der kirchlichen Öffentlichkeit festzustellenden breiten Interesse an der ökumenischen Bewegung gehen also noch längst nicht immer eine in die Tiefe reichende Bereitschaft zur Mitarbeit oder auch nur eine hinreichende

Kenntnis ihres Wollens und Wirkens Hand in Hand. Es wird vermutlich noch ein langes Stück Weges sein, bis der geistliche und theologische Ertrag der ökumenischen Bewegung den Weg von den „Gipfelkonferenzen“ herunter in die Gemeinden gefunden hat. Hier liegt das entscheidende Kriterium für alle gegenwärtige und zukünftige ökumenische Arbeit, denn die ökumenische Bewegung hat nur dann eine Verheißung, wenn ihre Ziele und Erkenntnisse zum Allgemeingut der Gemeinden und des einzelnen Christen geworden sind. Alles ökumenische Geschehen wird daher letztlich an diesem Maßstab zu messen sein.

11. VON PERSONEN

Obwohl der ÖRdK ein Rat von „Kirchen“ ist und nicht mehr, wie die ökumenische Bewegung der früheren Jahrzehnte, von „Pionieren“ getragen wird, kann und will er keinerlei kirchenregimentliche Funktionen ausüben. Wirksamkeit und Vollmacht des ÖRdK sind vielmehr allein von dem geistlichen Gewicht abhängig, das er seinem Reden und Handeln zu verleihen weiß. Dadurch sind es aber auch heute noch weit mehr als in institutionell gefestigten Kirchen die führenden Persönlichkeiten, die dem Ökumenischen Rat durch ihre Initiative und Gestaltungskraft das Gepräge geben. Der ÖRdK ist Gott sei Dank an solchen Persönlichkeiten niemals arm gewesen. Um so schwerer wiegen die Verluste, die gerade aus den letzten Jahren zu berichten sind.

Der französische Protestantismus verlor einen seiner führenden Theologen in *Pierre Maury*, der am 13. 1. 1956 im Alter von 65 Jahren in Paris verstorben ist. Aus der christlichen Studentenbewegung hervorgegangen, in der er führende Ämter bekleidete, hat er jahrzehntelang aktiven Anteil an der ökumenischen Bewegung genommen und in ihren leitenden Organen mitgearbeitet. Bischof D. Lilje hat in einem Nachruf gesagt: „Der erste Große aus jener ökumenischen Generation, die auf Mott folgte, war von uns gegangen“, und nannte ihn „einen der wenigen großen Christen unserer Generation“. Am 17. 7. 1958 starb Erzbischof *Michael*, einer der Präsidenten des ÖRdK, Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche in Nord- und Südamerika, im Alter von 78 Jahren. Einen schweren Verlust für die ökumenische Arbeit in Deutschland bedeutete der tragische Tod von Landesbischof D. *Herntrich*, eines der sechs deutschen Zentralausschuß-Mitglieder, im September 1958.

Mit dem Hinscheiden des früheren Bischofs von Chichester, Dr. *G. K. A. Bell*, am 3. 10. 1958 verlor die ökumenische Bewegung einen ihrer überragendsten Wegweiser und Gestalter. Seit der Weltkirchenkonferenz von Stockholm stand er an führender Stelle in der ökumenischen Bewegung und war später auch Vorsitzender des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum. In dieser Eigenschaft bot er der Bekennenden Kirche in Deutschland in den dreißiger Jahren starken geistlichen Rückhalt. Auch seine vermittelnde Haltung während des Krieges und in den Nachkriegsjahren ist bekannt und hat ihm in Deutschland viele Sympathien eingetragen. Von 1949 bis 1954 Vorsitzender des Zentralaussschusses und seither Ehrenpräsident des ÖRdK, sind von ihm bleibende Anregungen ausgegangen. Es ist ihm nicht mehr vergönnt gewesen, seine Lebens-

erinnerungen niederzuschreiben, die für die Geschichte der ökumenischen Bewegung von unschätzbarem Wert gewesen wären. Noch im August 1958 konnte Dr. Bell anlässlich des zehnjährigen Bestehens des ÖRdK im Dom zu Odense (Dänemark) die Festpredigt halten.

Ihm folgte bald sein Freund, Altbischof *Eivind Berggrav* († 14. 1. 1959), im Tode nach. Bischof Berggrav hat weit über Skandinavien hinaus auf das Werden der ökumenischen Bewegung prägenden Einfluß genommen und war von 1950 bis 1954 einer der Präsidenten des ÖRdK. Sein Büchlein „Es sehnen sich die Kirchen“ hat auch in Deutschland den ökumenischen Gedanken verbreiten helfen. Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft sagte in seinem Nachruf: „Er war sozusagen einer der ‚Seelsorger‘ der ökumenischen Bewegung und erinnerte uns ständig an die wesentlichen biblischen Wahrheiten.“

Der frühere schwedische Erzbischof *Yngve Brilioth*, Sekretär und Schwiegersohn von Erzbischof Söderblom, der am 27. 4. 1959 gestorben ist, war seit den zwanziger Jahren auf das engste mit der Faith and Order-Bewegung verbunden, deren Kommission er von 1947 bis 1957 leitete. Auch auf der 3. Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Lund 1952 führte er den Vorsitz.

Aber es gilt, an dieser Stelle auch eines Mannes zu gedenken, dem wir in Deutschland viel verdanken und der den Lesern dieses Jahrbuches als Bericht-erstatte über die ökumenische Bewegung kein Unbekannter ist. Am 29. 2. 1956 starb, 67 Jahre alt, Pfarrer D. *Wilhelm Menn*, der seit Jahrzehnten aktiv in der ökumenischen Arbeit stand und einer der besten Kenner ihrer Geschichte und Probleme, vor allem auch auf sozialem Gebiet, gewesen ist. Seit 1946 stellte er als Leiter der Ökumenischen Centrale seine reichen Erfahrungen in den Dienst der ökumenischen Studienarbeit in Deutschland. Sein durch zahlreiche Publikationen, Übersetzungen, Vorträge und Studientagen bekannt gewordenes Wirken hat Kenntnis und Verständnis der ökumenischen Bewegung in den deutschen Kirchen wesentlich gefördert.

Mit dem früheren christ-katholischen Bischof in der Schweiz, D. *Adolf Küry*, und Kanonikus *Tissington Tatlow*, einer der ehemals führenden Persönlichkeiten in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und Bearbeiter dieses Kapitels in Rouse/Neills „History“, die beide in hohem Alter 1957 heimgerufen wurden, sind wiederum Vertreter der ersten ökumenischen Generation von uns gegangen.

Zu den Toten der letzten Jahre zählen weiter die 1956 verstorbenen Dr. *Walter W. Van Kirk*, der 1946 die Gründungsversammlung der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten in Cambridge geleitet hatte, Pastor *Roger Casalis*, der in deutschen Gemeinden durch ökumenische Vortragsreisen und Gespräche hervorgetreten ist, und *Ruth Rouse*, langjährige Mitarbeiterin von John Mott und Mitherausgeberin der „History of the Ecumenical Movement“. In Deutschland wurde 1958 der Tod des durch seine Fürsorge für die deutschen Flüchtlinge hochverdienten schwedischen Pastors D. *Birger Forell* auf-richtig betrauert.

Andere der wenigen noch lebenden Repräsentanten der alten Generation ökumenischer Vorkämpfer, wie Prof. *Stefan Zankow* (Sofia), der 1956 seinen 75. Geburtstag begehen konnte, und Prof. *Adolf Keller*, der 1957 das 85. Lebens-jahr vollendete, sind noch unermüdlich am Werk.

In das biblische Alter sind 1957 auch der Erzbischof von Canterbury, Dr. *Geoffrey Fisher*, und der bekannte ökumenische Vorkämpfer in der orthodoxen Kirche von Griechenland, Prof. *Hamilkar Alivisatos*, sowie 1958 auch der frühere Direktor des Ökumenischen Instituts, Dr. *Hendrik Kraemer*, eingetreten.

Zum Schluß sind einige Änderungen und Neubesetzungen in den leitenden Stellen und Organen des ÖRdK zu vermerken: Dr. *Robert C. Mackie*, von 1949 bis 1955 Leiter der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst, schied aus dem Genfer Arbeitsstab aus, um in den Dienst des British Council of Churches zu treten. Dr. *J. Robert Nelson* nahm 1957 einen Ruf an die Vanderbilt-Universität in Nashville/Tenn. (USA) an. Sein Nachfolger wurde der amerikanische Lutheraner Dr. *Keith Bridston*. Das Sekretariat der Jugendabteilung des ÖRdK liegt nach Ausscheiden von Pfarrer *Bengt-Thure Molander* in den Händen von Pfarrer *Philip Potter* (Jamaika). Das Ostasiensekretariat des ÖRdK und des IMR hat nach dem Ausscheiden von Bischof *Rajah B. Manikam* 1956 in dem Beigeordneten Generalsekretär des Christlichen Studenten-Weltbundes, *U Kyaw Than* (Burma), einen neuen Leiter erhalten. Nach über 30jährigem Dienst für die ökumenische Bewegung ist Dr. *Samuel McCrea Cavert*, zuletzt Leiter des New Yorker Sekretariats des ÖRdK, in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde Dr. *Roswell P. Barnes*. *E. Philip Eastman* gab die Leitung des Londoner Sekretariats der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten an *Alan R. Booth* ab. Metropolit *Jakobos* von Melita, Vertreter des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel in Genf, trat, wie oben schon berichtet, die Nachfolge des 1958 verstorbenen Erzbischofs *Michael* als Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Erzdiözese von Nord- und Südamerika an. Der aus der Leitung des Ökumenischen Instituts in Bossey ausgeschiedene Dr. *Robert Paul* wurde durch den orthodoxen Theologen Dr. *Nicholas Nissiotis* (Athen) ersetzt. Vorsitzender der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung wurde, wie gleichfalls oben schon erwähnt, Dr. *Douglas Horton*, als Nachfolger des zurückgetretenen Erzbischofs *Yngve Brilioth*; Stellvertretender Vorsitzender Bischof *Lesslie Newbigin*, der 1958 auch Präsidentschaft und Generalsekretariat des IMR übernommen hat.

Kirchliche Statistik

I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen (nach dem Stand vom 31. 12. 1958)

Von Paul Zieger

Die Ergebnisse der jährlichen Bestandserhebung sind in den Tabellen* 1–7 zusammengestellt. Der Inhalt der Tabellen ist fast durchweg gegenüber der Veröffentlichung im Kirchlichen Jahrbuch 1957, S. 246 ff., unverändert geblieben. Damit ist die Vergleichbarkeit gewahrt. Noch stärker als im Vorjahr wird aus Tabelle 1 erkennbar, daß neue Gemeinden gebildet worden sind. Die Angaben in den Tabellen 2 und 3 geben Aufschluß über die im Verhältnis zu den vorhandenen geistlichen Stellen tatsächlich besetzten Stellen bzw. über die Gesamtzahl der im Dienst stehenden geistlichen Kräfte. Die Stellenzahl gibt an, wie viele Stellen in den Gemeinden und im landeskirchlichen Dienst von den zuständigen Organen für notwendig gehalten werden und nach ihrer Meinung auch tragbar sind, während aus Tabelle 3 erkennbar ist, daß fast durchweg weniger Träger des geistlichen Amtes vorhanden sind als Stellen. Die Differenzen sind zum Teil groß und lassen den immer spürbarer werdenden Mangel an geistlichen Kräften, insbesondere in den östlichen Gliedkirchen der EKD, erkennen.

Die Berechnung von Durchschnittszahlen in Tabelle 5 hat in den früheren Jahren keine befriedigenden Ergebnisse gezeigt, weil die für die Durchschnittsberechnung zugrunde liegenden Zahlen zu klein sind. Ein besseres Bild gibt die neue Fassung von Tabelle 5, in der die emeritierten und im aktiven Dienst verstorbenen Pfarrer nach Altersgruppen aufgeführt sind.

* Allgemeine Vorbemerkungen zum Abschnitt Kirchliche Statistik:

Wenn in einzelne Tabellenfelder keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet

- der Zahlenwert ist genau gleich Null,
- 0 der Zahlenwert ist von Null verschieden, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Zahleneinheit und daher nicht ausdrückbar,
- . der Zahlenwert ist unbekannt bzw. aus technischen Gründen nicht feststellbar.

Abweichungen in den Summen bei Prozentziffern (die Summe ergibt nicht genau 100) entstehen durch das Auf- und Abrunden der einzelnen Zahlen.

Im Text und in den Anmerkungen zu den Tabellen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Abkürzung BRD und für die Deutsche Demokratische Republik die Abkürzung DDR benutzt worden.

Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31. 12. 1958)

Landeskirche	Sprengel, Generalsuper- intendenturen, Kreisdekanate, Visitations- bezirke u. dgl.	Kirchenkreise, Superintenden- turen, Dekana- te, Propsteien u. dgl.	Rechtlich selbständige Kirchengemeinden				Parochial- verbände, Gesamt- verbände u. dgl.
			mit	ohne	ins- gesamt	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1957	
			Sitz eines ¹ Pfarramts				
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg	4	69	972	755	1727	± 0	4
Pommern	2	18	199	128	327	+ 1	—
Schlesien	—	5	66	8	74	± 0	1
Kirchenprv. Sachsen	9	78	1481	893	2374	— 1	6
Westfalen	—	26	501	1	502	+ 19	8
Rheinland	—	38	623	121	744	+ 5	9

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	6	56	798	245	1043	— 2	6
Kurhessen-Waldeck	6	25	508	449	957	+ 2	4
Baden	3	27	415	118	533	+ 1	8
Pfalz	—	20	281	147	428	+ 11	3
Anhalt	—	5	110	111	221	+ 2	5
Bremen	—	—	44	1	45	+ 1	4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	—	31	942	284	1226	— 3	22
Hannover	10	85	1128	473	1601	+ 14	12
Bayern	5	72	1125 ²	71	1196	+ 11	16
Schleswig-Holstein	3	22	427	15	442	+ 6	13
Thüringen	4	42	644	762	1406	+ 2	—
Mecklenburg	10	28	355	166	521	·	—
Hamburg	—	7 ³	59	—	59	± 0	—
Braunschweig	—	16	267	136	403	+ 1	4
Lübeck	—	—	25	—	25	+ 1	—
Schaumburg-Lippe	—	2	21	—	21	± 0	1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	4	50	1025	227	1252	+ 7	18
Oldenburg	—	10	96	8	104	± 0	—
Eutin	—	—	15	—	15	± 0	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	—	6 ⁴	63	—	63	+ 1	—
Nordwestdeutshl. ref.	—	10	108	21	129	+ 3	—
	66	748	12298	5140	17438	·	144

1. in Spalte 3 sind alle Kirchengemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramts gezählt (die Zahl der Stellen ist in Tabelle 2, Spalte 1 nachgewiesen)

2. einschl. exponierte Vikariate

3. Kirchenkreise (keine Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke i. e. S.)

4. darunter eine „lutherische Klasse“

Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt (Stand: 31. 12. 1958)

Stellen für hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellte Pfarrer (Volltheologen)												
Landeskirche	festgegründete gemeindliche Pfarrstellen		in der zentralen Verwaltung der Landes- kirche	im all- gemeinen landes- kirchlichen Dienst	in Anstal- ten der Inneren Mission mit Parochial- rechten	in Landes- und Kom- munalanstalten ¹	für Religionslehrer ²	insge- gesamt (Spalten 1, 3, 4, 5, 6 und 7)	Stellen für ständige Hilfs- geistliche (Hilfspfar- stellen)	Stellen für Vikarinnen bzw. Hilfs- vikarinnen	Stellen für geistliche Kräfte ohne theologi- sches Voll- studium	Geistliche Stellen ins- gesamt (Spalten 8 bis 11)
	Zahl	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1957										
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union												
Berlin-Brandenburg	1425	+ 12	10	85	20	18	—	1558	7	18	22	1605
Pommern	236	+ 1	2	12	2	—	—	252	2	6	26	286
Schlesien	84	+ 1	2	—	—	—	—	86	—	—	—	86
Kirchenprv. Sachsen	1731	± 0	21	20	8	—	—	1780	10	15	1	1806
Westfalen	1045	+ 20	9	32	27	5	—	1118	—	27	—	1145
Rheinland	1168	+ 28	10	24	14	7 ³	33	1256	—	26	—	1282
Übrige unierte Landeskirchen												
Hessen und Nassau	940	+ 69	14	24	10	—	—	988	76	3	—	1067
Kurhessen-Waldeck	603	+ 4	6	12	—	—	—	621	13	6	—	640
Baden	558	+ 4	7	22	—	10	26	623	163	20	27	833
Pfalz	309	+ 2	7	6	—	2	—	324	43 ⁴	—	—	367
Anhalt	133	± 0	1	2	—	—	—	136	—	—	—	136
Bremen	80	+ 4	—	4	1	3	—	88	3	1	—	92

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1456	+ 2	10	1	6 ⁵	21	—	1494	21	26	—	1541
Hannover	1453	+ 25	12	95	12	9	2	1583	10	28	7	1628
Bayern	1312	+ 19	16	25	—	—	—	1353	276 ⁸	—	—	1629
Schleswig-Holstein	643	+ 8	6	11	12	2	—	674	8	6	—	688
Thüringen	970	— 2	3	10	3	—	—	986	95	11	88	1180
Mecklenburg ⁶	398	.	3	8	2	1	1	413	6	18	—	437
Hamburg	143	+ 3	2	24	—	15	1	185	—	11	—	196
Braunschweig	313	+ 14	3	7	—	—	—	323	—	1	—	324
Lübeck	46	+ 3	2	2	—	1	3	54	—	—	—	54
Schaumburg-Lippe	27	± 0	—	—	—	—	—	27	—	—	—	27
Übrige lutherische Landeskirchen												
Württemberg	1178	+ 11	16	20	26	5	25	1270	247 ⁷	19	—	1536
Oldenburg	153	± 0	3	2	2	5	1	166	—	2	—	168
Eutin	27	+ 1	—	—	—	—	—	27	—	—	—	27
Reformierte Landeskirchen												
Lippe	90	+ 3	1	1	2	—	—	94	—	—	1	95
Nordwestdeutshl. ref.	134	± 0	1	—	—	—	—	135	—	—	—	135
16655	.	.	167	449	147	104	92	17614	980	244	172	19010

1. soweit die Stellen mit Amtsträgern der Kirche von der Kirche besetzt werden
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. Strafanstaltspfarrer (nach Zustimmung der Kirchenleitung vom Land besetzt)
4. einschl. Stellen für Vikarinnen
5. Stellen in Anstalten der IM ohne Parochialrechte
6. einschl. 50 Stellen in exponierten Vikariaten
7. außerdem 13 Stift- und Seminarprebendestellen

Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amtes (Stand: 31. 12. 1958)

Landeskirche	Die hauptamtlich im kirchl. Dienst angestellten Pfarrer										Pfarrer mit Berufungsauftrag		Ordinierte Hilfspfarrliche (Vikare) mit 2. theol. Examen	Angestellte Vikarinnen bzw. Hilfspfarrlichen mit 2. theol. Examen	Geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Tätige geistliche Kräfte insgesamt (Spalten 8 bis 14)
	in einem gemeindlichen Pfarramt		in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst	in Anstalten der Inneren Mission mit Parochialrechten	in Landes- und Kommunalanstalten ¹	als Religionslehrer ²	endgültig angestellte Pfarrer insgesamt (Spalten 1, 3, 4, 5, 6 und 7)	für eine Pfarrstelle	für eine gemeindliche Pfarrstelle						
	Zahl	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1957														
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg	1199	+ 12	10	85	20	18	—	1332	65	16	47	—	43	124	1627
Pommern	151	— 4	2	8	1	—	—	162	4	1	6	—	6	33	212
Schlesien	60	— 4	2	—	—	—	—	62	2	—	8	—	—	3	75
Kirchenprv. Sachsen	866	— 63	17	17	8	—	—	908	32	—	67	—	34	152	1193
Westfalen	985	+ 18	9	32	27	5	—	1058	24	2	111	—	28	29	1252
Rheinland	1034	+ 27	10	22	9	5 ⁴	21	1101	12	3	75	—	20	38	1249

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	882	+ 117	14	24	10	14	15	959	96	—	93	—	3	49	1200
Kurhessen-Waldeck	490	+ 4	6	12	—	—	—	508	8	1	46	—	6	11	580
Baden	505	+ 8	7	21	—	10	24	567	11	6	80	—	20 ⁵	32	716
Pfalz	273	+ 10	6	6	—	2	—	287	1	—	26	53	6	—	373
Anhalt	99	— 9	—	1	—	—	—	100	2	—	1	—	1	6	110
Bremen	70	+ 5	—	4	1	3	—	78	1	2	3	—	2	—	86

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1007	—	20	10	1	4 ⁶	1	—	1023	32	—	95	4	17	19	1190
Hannover	1163	+	8	9	95	12	2	2	1283	21	—	44	—	35	79	1462
Bayern	1177	+	18	16	29	—	—	—	1222	13	15	179	46	24	27	1526
Schleswig-Holstein	550	+	8	6	7	10	2	—	575	14	3	30	—	7	18	647
Thüringen	535	+	12	3	10	3	—	—	551	21	—	39	28	6	88	733
Mecklenburg	276	—	16	3	15	1	—	1	296	2	1	9	24	5	27	364
Hamburg	131	+	2	1	16	—	14	1	163	—	6	17	—	11	—	197
Braunschweig	262	+	14	3	6	—	—	—	271	—	—	8	—	3	4	286
Lübeck	46	+	3	2	2	—	1	3	54	—	—	—	1	—	—	55
Schaumburg-Lippe	23	+	1	—	—	—	—	—	23	—	—	2	—	—	1	26
Übrige lutherische Landeskirchen																
Württemberg	1097	+	27	16	20	26	4	21	1184	86	—	104 ⁷	133	15	49	1571
Oldenburg	139	+	1	3	2	2	3	—	149	2	1	13	—	2	27	194
Eutin	21	+	1	—	—	—	—	—	21	1	—	—	—	—	—	22
Reformierte Landeskirchen																
Lippe	84	+	5	1	1	2	—	—	88	—	2	6	—	1	3	100
Nordwestdeutshl. ref.	108	+	2	1	—	—	—	—	109	—	—	1	—	—	7	117
	13233	+	187	157	436	136	84	88	14134	450	59	1110	289	295	826	17163

1. soweit Amtsträger der Kirche und von der Kirche berufen
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. im unmittelbaren kirchlichen Dienst einschl. der von der Kirche im Schuldienst angestellten Vikarinnen
4. vom Staat im Einvernehmen mit der Kirche angestellt
5. einschl. Vikarkandidatinnen
6. in Anstalten der LM ohne Parodialrechte
7. ohne Ospfarrer

Tabelle 4: Emeritierte, beurlaubte¹ und Pfarrer im Wartestand
(Stand: 31. 12. 1958)

Landeskirche	Pfarrer im Ruhestand	Zu anderweitiger Dienstleistung beurlaubte Pfarrer	Pfarrer im Wartestand
	1	2	3
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union			
Berlin-Brandenburg	195	1	2
Pommern	20	—	—
Schlesien	9	3	—
Kirchenprov. Sachsen	177	—	2
Westfalen	154	16	6
Rheinland	189	4	3
Übrige unierte Landeskirchen			
Hessen und Nassau	194	35	5
Kurhessen-Waldeck	135	8	—
Baden	132	51	3
Pfalz	73	28	—
Anhalt	16	1	—
Bremen	12	—	1
Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands			
Sachsen	229	11	2
Hannover	253	20	6
Bayern	278	193	32 ²
Schleswig-Holstein	137	1	2
Thüringen	108	3	13
Mecklenburg	64	1	—
Hamburg	37	2	—
Braunschweig	48	11	—
Lübeck	9	2	1
Schaumburg-Lippe	6	—	—
Übrige lutherische Landeskirchen			
Württemberg	309	14	19 ³
Oldenburg	27	—	2
Eutin	1	—	1
Reformierte Landeskirchen			
Lippe	16	2	—
Nordwestdeutschland ref.	21	—	1
	2849	407	101

1. Pfarrer, die zu anderweitiger Dienstleistung aus dem unmittelbaren kirchlichen Dienst mit dem Recht des Rücktritts entlassen oder für mindestens ein Jahr beurlaubt sind

2. einschl. Kriegsvermißte

3. darunter 15 Kriegsvermißte

Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1958 emeritierten und im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer

Landeskirche	im Jahr 1958 emeritierte Pfarrer	deren Lebensalter im Zeitpunkt der Emeritierung			im Jahr 1958 im aktiven kirchlichen Dienst verstorbene Pfarrer ¹	deren Lebensalter im Zeitpunkt des Todes		
		unter 60 Jahre	60 bis unter 70 Jahre	minde- stens 70 Jahre		unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	minde- stens 60 Jahre
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union								
Berlin-Brandenburg	34	6	16	12	6	—	1	5
Pommern	1	—	—	1	—	—	—	—
Schlesien	1	—	—	1	1	—	1	—
Kirchenpriv. Sachsen	39	2	22	15	7	—	—	7
Westfalen	18	2	14	2	4	—	2	2
Rheinland	11	4	7	—	5	—	2	3
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	21	1	16	4	11	—	7	4
Kurhessen-Waldeck	9	1	6	2	4	—	3	1
Baden	8	—	7	1	3	—	2	1
Pfalz	6	—	6	—	—	—	—	—
Anhalt	6	1	1	4	3	—	2	1
Bremen	1	—	—	1	—	—	—	—
Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands								
Sachsen	30	—	18	12	9	1	4	4
Hannover	31	1	18	12	6	—	2	4
Bayern	30	5	18	7	9	—	5	4
Schleswig-Holstein	9	1	8	—	3	—	2	1
Thüringen	9	—	4	5	7	—	1	6
Mecklenburg	7	3	3	1	2	—	1	1
Hamburg	7	—	4	3	1	—	1	—
Braunschweig	5	—	5	—	3	—	2	1
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	—	—
Übrige lutherische Landeskirchen								
Württemberg	25	4	19	2	6	1	4	1
Oldenburg	4	—	2	2	—	—	—	—
Eutin	—	—	—	—	—	—	—	—
Reformierte Landeskirchen								
Lippe	1	—	—	1	—	—	—	—
Nordwestdeutschland ref.	1	—	1	—	—	—	—	—
	314	31	195	88	90	2	42	46

1. Pfarrer, die im unmittelbaren kirchlichen Dienst fest angestellt waren (vgl. Tabelle 3, Spalte 8)

Tabelle 6: Vermißte Pfarrer und Hilfsgeistliche (Stand: 31. 12. 1958)

Landeskirche	Vermißte	
	Pfarrer	Hilfs- geistliche
	1	2

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche
der Union**

Berlin-Brandenburg	—	—
Pommern	—	—
Schlesien	30	17
Kirchenprovinz Sachsen	35	—
Westfalen	10	11
Rheinland	17	34 ¹

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	20	
Kurhessen-Waldeck	5	4
Baden	10	12
Pfalz	13	3
Anhalt	1	1
Bremen	2	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-
Lutherischen Kirche Deutschlands**

Sachsen	51	9
Hannover	21	7
Bayern	26	17
Schleswig-Holstein	9	1
Thüringen	21	6
Mecklenburg	18	—
Hamburg	3	—
Braunschweig	7	—
Lübeck	—	—
Schaumburg-Lippe	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	15	16
Oldenburg	1	—
Eutin	—	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2	—
Nordwestdeutschland ref.	5	—
	460	

1. darunter 5 nichtordinierte Hilfsgeistliche

Tabelle 7: Ostpfarrer¹ (Stand: 31. 12. 1958)

Landeskirche	Fest angestellte Ostpfarrer	Ostpfarrer mit Beschäftigungs- auftrag	Ostpfarrer im Ruhestand
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg	38	36	4
Pommern	20	3	10
Schlesien	24	—	7
Kirchenprv. Sachsen	132	9	.
Westfalen	156	5	4
Rheinland	174	12	7

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	107	5	3
Kurhessen-Waldeck	78	2	6
Baden	55 ²	4	4
Pfalz	8	—	5
Anhalt	8	—	—
Bremen	30	1	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	51	—	4
Hannover	336	—	16
Bayern	192	15	19
Schleswig-Holstein	142	13	8
Thüringen	63	3	8
Mecklenburg	29	—	2
Hamburg	25	1	2
Braunschweig	55	1	15
Lübeck	21	—	4
Schaumburg-Lippe	1	—	1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	199	2	22
Oldenburg	41	—	7
Eutin	8	1	3

Reformierte Landeskirchen

Lippe	6	1	14
Nordwestdeutschland ref.	3	—	1
	2002	114	(176)

1. Ostpfarrer und Gleichgestellte (vgl. Ostpfarrerrichtlinien vom 10. 10. 58, Amtsblatt der EKD 1958, Nr. 10, S. 305 ff.)

2. außerdem 6 im Staatsdienst, 1 beurlaubt, 1 im Wartestand

II. Äußerungen des kirchlichen Lebens im Jahre 1956

Von Paul Zieger

Es ist leider immer noch nicht gelungen, die Aufbereitung der Erhebung so zu beschleunigen, daß die Veröffentlichungen im Kirchlichen Jahrbuch zeitnäher sind. Der Umfang der Erhebung selbst und der Mangel an Kräften in den Gemeinden verzögern die Ablieferung der Erhebungsbogen an die Landeskirchen, so daß die Gesamtergebnisse immer erst mit erheblicher Verzögerung zusammengestellt werden können. Daher enthält dieses Jahrbuch die Angaben für 1956, weil bei Beginn der Drucklegung noch immer einige Lücken für 1957 offen waren, die in absehbarer Zeit geschlossen werden können. Für 1956 fehlen wiederum Berlin-Brandenburg, Kirchenprovinz Sachsen und in fast allen Über-sichten Mecklenburg. Nach den inzwischen getroffenen Vereinbarungen ist zu hoffen, daß diese Gliedkirchen für 1957 wieder einmal berichten können.

Die Darstellung der Ergebnisse schließt sich an die für 1955 an. Die beiden Tabellen über die Entwicklung der Abendmahlsziffer und des Abendmahls-besuches der Männer, die für mehrere Jahre aufgestellt waren, fallen in diesem Jahr fort; dafür ist die Zahl der Trauungen von Geschiedenen für drei Jahre angegeben. Inhaltlich sind die Tabellen nicht geändert worden, weil sich auch der Erhebungsbogen 1956 von dem für 1955 kaum unterscheidet. Das Schwerk-wicht liegt, wenn irgend möglich, nicht auf den absoluten Zahlen, die in der Statistischen Beilage Nr. 20 zum Amtsblatt der EKD vom 15. Mai 1959 ver-öffentlicht sind, sondern auf den Prozentzahlen, die als Meßziffern Bedeutung haben.

Die Veränderungen zwischen 1956 und 1955 sind, wie das schon für den Vergleich von 1955 mit 1954 festzustellen war, im allgemeinen geringfügig. Der Rückgang der absoluten Zahlen, etwa bei den Konfirmationen, erklärt sich aus der Besetzung der Jahrgänge; Veränderungen bei den übrigen absoluten Zahlen hängen von der Entwicklung der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle ab. Die Trauziffer ist gegenüber dem Vorjahr im allgemeinen konstant geblieben; sie ist angestiegen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck sowie in einigen anderen Kirchen um 1 %. Die Bewegung bei den Übertritten und Austritten hält sich in den Grenzen des Vorjahrs; vielfach liegen die Zahlen für die Über-tritte etwas über denen für 1955 und zumeist die der Austritte etwas unter denen für 1955. Das Ansteigen, das nirgends größeren Umfang annimmt, erklärt sich vermutlich aus örtlichen Besonderheiten.

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1956

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	ins- gesamt	darunter nach- träglich getauft	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern u. Mütter	Tauf- ver- sagun- gen	Getaufte Erwachsene
			evan- gelischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern	10234	464	81,3	6,1	3,2	12,3	0,3	—	20
Schlesien	3144	134	77,4	11,9	4,6	9,5	1,1	3	6
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	49358	3279	76,2	19,3	16,2	4,0	0,6	29	415
Rheinland	48704	4241	65,9	28,7	24,1	4,4	1,1	1194	652

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	30249	1627	72,3	22,4	19,3	4,5	0,8	9	152
Kurhessen-Waldeck	17265	271	82,6	12,4	10,5	4,3	0,7	1	64
Baden	19326	966	66,0	25,5	22,8	7,4	1,1	3	95
Pfalz	12043	343	70,5	22,7	20,8	6,0	0,8	1	17
Anhalt	4832	547	73,3	16,4	10,2	9,8	0,5	.	.
Bremen	5420	1227	83,2	11,6	7,5	4,9	0,2	—	237

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	47162	5586	70,7	19,4	6,7	9,0	0,9	45	133
Hannover	58902	4534	85,3	8,8	7,0	5,4	0,4	19	366
Bayern	34920	1165	66,0	24,4	22,3	8,7	1,0	6	132
Schleswig-Holstein	29462	5090	85,3	7,9	4,3	5,9	0,9	24	781
Thüringen	22628	1423	78,6	14,2	7,4	6,3	0,9	23	52
Mecklenburg									
Hamburg	8466	2839	76,6	15,2	6,7	4,9	3,4	7	98
Braunschweig	9836	1343	77,2	14,2	10,8	7,3	1,3	7	269
Lübeck	2240	—	86,5	6,1	4,6	7,2	0,3	—	20
Schaumburg-Lippe	1030	40	87,6	9,1	8,3	3,2	0,1	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	36874	1622	73,9	19,5	16,2	5,7	0,8	28	.
Oldenburg	8155	1010	83,9	10,7	7,2	5,1	0,4	8	89
Eutin	1132	168	87,9	5,0	2,8	6,5	0,5	—	8

Reformierte Landeskirchen

Lippe	3415	160	88,5	7,2	6,2	4,1	0,3	1	37
Nordwestdeutschld.	3066	135	92,0	5,1	4,0	2,5	0,3	—	18

Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1956 (Taufziffern)
(Nur für Kinder mit mindestens einem evangelischen Elternteil in der BRD)

Landeskirche	Getaufte Kinder in % der Lebendgeborenen des gleichen Jahres		
	aus evangelischen Ehen	aus evang.-katholischen Ehen	uneheliche von evang. Müttern
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	95	40	64
Rheinland	92	38	56

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	91	58	58
Kurhessen-Waldeck ¹	101	53	69
Baden	97	44	70
Pfalz	99	52	73
Bremen	91	48	48

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover ¹	100	49	70
Bayern	101	42	79
Schleswig-Holstein	95	54	60
Hamburg	93	56	52
Braunschweig ¹	100	51	69
Lübeck	94	32	63
Schaumburg-Lippe	108	61	79

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	97	51	70
Oldenburg	101	43	67
Eutin	109	37	54

Reformierte Landeskirchen

Lippe	102	42	68
Nordwestdeutschland	105	43	64

1. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, die Verhältnis­ziffern sind nur für die Gebietsteile in der BRD berechnet

Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe

Landeskirche	Von je 100 im Jahre 1956 getauften Kindern unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeinde- gottesdienstes oder im Kindergottes- dienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in gottesdienst- lichen Räumen	in der Haus- gemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken u. ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern	47,3	36,2	15,7	0,8
Schlesien	18,5	79,4	1,6	0,5
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	58,8	34,0	3,7	3,4
Rheinland	65,5	25,9	5,0	3,6

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	42,5	19,1	32,9	5,5
Kurhessen-Waldeck	43,4	18,2	29,8	8,6
Baden	59,4	20,2	5,1	15,3
Pfalz	54,9	14,6	13,0	17,4
Anhalt
Bremen	19,2	70,4	7,2	3,2

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	3,4	92,9	2,3	1,4
Hannover	40,9	46,5	9,7	2,9
Bayern	22,1	46,0	6,7	25,2
Schleswig-Holstein	24,4	51,2	22,8	1,7
Thüringen	18,1	73,4	6,3	2,2
Mecklenburg				
Hamburg	14,5	78,3	5,6	1,6
Braunschweig	22,2	74,7	1,4	1,7
Lübeck	90,6	1,5	5,2	2,6
Schaumburg-Lippe	62,4	35,7	1,0	0,9

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	68,5	15,4	8,1	8,0
Oldenburg	23,3	63,1	11,2	2,3
Eutin	31,8	53,8	10,7	3,7

Reformierte Landeskirchen

Lippe	77,7	13,7	7,3	1,3
Nordwestdeutschland	71,9	5,3	21,8	1,1

Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1956

Landeskirche	Konfirmierte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	insgesamt	darunter später als üblich konfirmiert	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonstiger Eltern und Mütter	Konfir- mations- versa- gungen	im Jahre 1956 konfir- mierte Erwach- sene ¹
			evange- lischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandbg.

Pommern 9537 39 94,8 2,4 1,3 2,8 0,0 16 99

Schlesien 3097 3 88,1 8,1 4,0 3,5 0,2 24 23

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen 56101 385 84,3 13,8 9,1 1,0 0,9 96 641

Rheinland 52447 321 74,7 22,0 15,2 1,4 1,9 95 212

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen u. Nassau 30778 42 81,0 16,5 11,7 1,2 1,3 20 60

Kurrhess.-Waldeck 18284 23 91,4 6,6 4,5 1,3 0,7 24 52

Baden 17737 19 75,1 21,3 17,2 2,3 1,3 20 15

Pfalz 10196 9 78,4 19,4 16,9 1,7 0,4 6 6

Anhalt 5541 40 85,9 11,1 4,0 2,2 0,8 38 .

Bremen 7272 12 86,2 11,8 6,3 1,5 0,5 9 11

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen 50269 97 77,1 18,8 4,5 2,3 1,8 415 494

Hannover 69919 214 91,0 6,3 3,8 2,0 0,6 84 303

Bayern 34448 86 76,0 20,5 17,0 2,6 1,0 58 46

Schleswig-Holst. 39413 135 90,6 6,4 2,4 1,7 1,4 83 744

Thüringen 22353 120 84,6 11,2 3,5 2,1 2,1 164 104

Mecklenburg

Hamburg 11512 152 79,7 14,8 5,0 2,5 3,0 40 254

Braunschweig 14398 47 82,6 12,9 6,2 2,2 2,3 33 237

Lübeck 3245 — 94,6 4,9 2,8 0,6 — 15

Schaumbg.-Lippe 1188 4 92,7 5,4 3,6 1,7 0,3 — 6

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg 36814 90 83,2 13,9 9,5 1,4 1,4 8 .

Oldenburg 10338 34 89,8 8,3 4,0 1,6 0,3 8 192

Eutin 1639 4 95,7 2,5 0,5 1,7 0,1 — 9

Reformierte Landeskirchen

Lippe 3905 22 96,3 2,8 1,9 0,8 0,1 5 46

Nordwestdeutschld. 3285 5 95,2 3,5 2,4 0,9 0,4 1 22

1. in der BRD über 21 Jahre, in der DDR über 18 Jahre

Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1956

Landeskirche	Gebraute Paare		davon (in % von Spalte 1)			Nachricht- lich Trau- versagun- gen	
	ins- gesamt	darunter nachträg- lich getraut ¹	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare			sonstige Ehe- paare
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
1	2	3	4	5	6	7	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg							
Pommern	3680	152	94,2	5,8	5,5	—	9
Schlesien	1145	44	94,2	5,8	5,2	—	—
Kirchenprv. Sachsen							
Westfalen	24675	2315	80,3	19,6	18,8	0,1	124
Rheinland	22656	1927	70,0	29,9	28,9	0,1	256

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	14928	501	75,1	24,9	23,5	0,0	20
Kurhessen-Waldeck	8395	156	85,6	14,3	12,8	0,0	32
Baden	8683	194	70,8	29,0	26,9	0,2	29
Pfalz	5481	106	75,7	24,3	22,8	—	5
Anhalt	1853	198	85,9	13,9	13,3	0,2	3
Bremen	2624	112	91,4	8,6	6,9	—	2

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	17590	1324	91,5	8,2	7,3	0,2	125
Hannover	27356	1336	92,2	7,8	7,2	0,0	161
Bayern	15524	403	70,1	29,9	28,7	0,1	133
Schleswig-Holstein	12790	335	95,0	4,9	4,4	0,1	38
Thüringen	8453	513	88,5	11,4	9,7	0,2	17
Mecklenburg							
Hamburg	2947	139	92,3	7,6	6,4	0,1	12
Braunschweig	4626	383	85,6	14,3	13,6	0,1	36
Lübeck	1106	74	93,3	6,7	6,4	—	—
Schaumburg-Lippe	556	19	90,3	9,7	8,6	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	16247	1867	78,4	21,6	19,1	—	28
Oldenburg	3570	160	89,9	9,8	8,9	0,3	4
Eutin	565	16	94,0	6,0	4,4	—	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1729	66	90,6	9,4	9,0	0,1	16
Nordwestdeutschld.	1351	35	94,7	5,3	4,4	0,1	10

¹ im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1956 (Trauziffern)

Landeskirche	Trauungen in % der Eheschließungen					
	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare				
		insgesamt	davon			
			evangelisch-katholische	evangelisch-anders christliche	evangelisch-jüdische	evangelisch-sonstige
	1	2	3	4	5	6

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	89	30	32	19	—	7
Rheinland	79	26	28	17	—	4

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	86	34	39	12	5	10
Kurhessen-Waldeck ¹	94	41	45	34	—	8
Baden	87	32	34	13	17	25
Pfalz	90	40	41	25	—	37
Bremen	66	27	29	73	—	19

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover ¹	88	28	34	23	20	2
Bayern	87	29	31	14	5	14
Schleswig-Holstein	70	18	32	20	50	1
Hamburg	49	10	21	15	—	1
Braunschweig ¹	82	34	42	25	—	3
Lübeck	65	22	28	—	—	4
Schaumburg-Lippe	104	46	47	100	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	83	34	36	19	—	25
Oldenburg	87	30	37	29	—	2
Eutin	97	44	52	67	.	10

Reformierte Landeskirchen

Lippe	96	38	46	18	—	—
Nordwestdeutschland	99	27	30	38	—	3

1. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, die Verhältnisziffern sind nur für das Gebiet der BRD berechnet

Tabelle 7: Trauungen geschiedener Eheleute in den Jahren 1954–1956

Landeskirche	Von den getrauten Eheleuten waren geschieden								
	nur der Mann			nur die Frau			beide		
	1954	1955	1956	1954	1955	1956	1954	1955	1956
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg
Pommern	141	167	107	72	74	54	23	19	19
Schlesien	31	27	38	14	9	11	11	5	3
Kirchenpriv. Sachsen
Westfalen	679	666	696	455	498	529	90	116	119
Rheinland	737	731	743	419	461	411	119	100	99

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	411	449	445	289	323	284	92	96	114
Kurhessen-Waldeck	190	159	162	119	113	114	35	30	28
Baden	345	350	361	156	183	174	70	67	35
Pfalz	212	204	193	103	125	132	51	40	50
Anhalt
Bremen	19	12	25	33	36	34	9	7	11

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1095	987	704	434	404	328	196	147	108
Hannover	738	662	691	455	411	440	123	130	122
Bayern	580	547	527	267	279	252	78	72	73
Schleswig-Holstein	271	277	258	184	172	161	58	50	50
Thüringen	.	.	208	.	.	111	.	.	37
Mecklenburg
Hamburg ¹	26	18	26	32	19	48	6	5	13
Braunschweig	95	137	88	78	62	61	11	17	20
Lübeck	62	52	60	49	38	33	12	7	12
Schaumburg-Lippe	9	2	4	6	8	8	—	—	2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	546	487	520	236	238	240	.	.	.
Oldenburg	57	62	46	57	45	47	9	11	17
Eutin	14	13	22	12	14	6	3	4	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	37	22	13	23	25	18	4	2	1
Nordwestdeutschland	24	22	21	13	17	12	2	2	4

1. Angaben für 1955 und 1956 unvollständig

Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1956

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte ¹	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % der verstorbenen Evangelischen	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg							
Pommern	6093	129	6222	6203	.	19	0,3
Schlesien	1908	559	2467	2447	.	20	0,8
Kirchenprv. Sachsen							
Westfalen	33603	943	34546	34295	95	251	0,7
Rheinland	35650	950	36600	35789	94	811	2,2

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	20304	2952	23256	22692	96	564	2,4
Kurhessen-Waldeck ²	11383	445	11828	11772	95	56	0,5
Baden	11957	1503	13460	13067	96	393	2,9
Pfalz	7454	284	7738	7547	98	191	2,5
Anhalt	2821	970	3791	3742	.	49	1,3
Bremen	2947	1556	4503	4405	89	98	2,2

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	33780	10618	44398	43069	.	1329	3,0
Hannover ²	37493	2217	39710	39492	94	218	0,5
Bayern	22637	4402	27039	26483	98	556	2,1
Schleswig-Holstein	20344	1955	22299	22095	89	204	0,9
Thüringen	10428	6435	16863	16627	.	236	1,4
Mecklenburg							
Hamburg	4917	4201	9118	9006	101	112	1,2
Braunschweig ²	6141	1292	7433	7393	95	40	0,5
Lübeck	1846	297	2143	2131	93	12	0,6
Schaumburg-Lippe	794	21	815	813	105	2	0,2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	(20978) ³	(2270) ³	.	23248	96	.	.
Oldenburg	5053	352	5405	5273	97	132	2,4
Eutin	944	21	965	938	105	27	2,8

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2428	24	2452	2436	96	16	0,7
Nordwestdeutschld.	1765	76	1841	1812	104	29	1,6

1. Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung

2. standesamtliche Zahlen fehlen für die Gebietsteile in der DDR, Verhältnisziffern sind nur für das Gebiet der BRD berechnet

3. nur Evangelische

Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahr 1956

Landeskirche	Bestattete insgesamt	davon		
		evangelisch- landeskirchliche	röm.-katholische	sonstige ¹
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern	47	.	.	.
Schlesien	14	.	.	.
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	354	354	—	—
Rheinland	351	350	1	—

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	250	239	10	1
Kurhessen-Waldeck	62	62	—	—
Baden	206	191	14	1
Pfalz	77	73	4	—
Anhalt
Bremen	25	23	2	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen
Hannover	487	485	2	—
Bayern	349	338	9	2
Schleswig-Holstein	323	321	—	2
Thüringen	25	.	.	.
Mecklenburg				
Hamburg	106	105	—	1
Braunschweig	77	77	—	—
Lübeck
Schaumburg-Lippe	8	8	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg
Oldenburg	131	131	—	—
Eutin	14	13	—	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	29	29	—	—
Nordwestdeutschland	17	16	1	—

1. „sonstige“ = ev.-freikirchlich, anders christlich, jüdisch, sonstige Religion, freireligiös, Weltanschauungsgemeinschaften, gemeinschaftslos und ohne Angabe

Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1956

Landeskirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste			
	im Gotteshaus			Privat- kommunionen	im Gotteshaus		Privatkommunionen	
	insgesamt	je Kirchengemeinde¹			insgesamt	je Feier		
		alle Kirchen- gemeinden²	Gemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramtes					
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union								
Berlin-Brandenburg								
Pommern	2701	8	14	1111	87454	32	4710	4
Schlesien	1182	16	18	501	58008	49	6267	13
Kirchenpriv. Sachsen								
Westfalen	16105	34	34	15351	778393	48	46930	3
Rheinland	12635	17	21	11582	675432	53	40631	4
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	10656	10	14	7864	618197	58	25185	3
Kurhessen-Waldeck	6017	6	12	4636	391987	65	13529	3
Baden	7959	15	19	7454	443594	56	24719	3
Pfalz	2808	7	10	4274	197793	70	11951	3
Anhalt	1556	7	14	379	56865	37	1626	4
Bremen	958	22	23	420	47203	49	1908	5

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	29880	24	32	8286	980890	33	30537	4
Hannover	22329	14	20	11912	941657	42	42928	4
Bayern	24458	21	22	16905	1149855	47	48840	3
Schleswig-Holstein	8192	19	20	2325	253385	31	8254	4
Thüringen	8494	6	13	1408	284298	33	5836	4
Mecklenburg								
Hamburg	2590	44	44	568	88868	34	1938	3
Braunschweig	4194	10	16	1157	145427	35	4561	4
Lübeck	755	31	31	215	26512	35	838	4
Schaumburg-Lippe	348	17	17	460	24240	70	1569	3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	14113 ³	11	14	14080	751813 ⁴	53	55807	4
Oldenburg	2138	21	23	752	86591	41	2808	4
Eutin	274	18	18	136	10483	38	376	3

Reformierte Landeskirchen

Lippe	939	15	15	766	44087	47	2779	4
Nordwestdeutschland	629	5	6	83	28559	45	259	3

1. nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres
2. einschließlich rechtlich selbständiger Gemeinden ohne Sitz eines Pfarramts, Hilfspfarramts, exponierten Vikariats oder dergleichen
3. darunter 624 Feiern für Sondergruppen
4. darunter 31161 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen

Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1956

Landeskirche	Abendmahlsgäste								
	insgesamt		Männer in % von Spalte 1	bei Privat- kommunionen in % von Spalte 1	insgesamt	bei Feiern im Gotteshaus			
	Zahl	in % der Seelen (Abendmahls- ziffer)				innerhalb des Gottes- dienstes	im Anschluß an einen Gottesdienst	davon in %	im selbständigen Abendmahls- gottesdienst
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union									
Berlin-Brandenburg									
Pommern	92164	13	34	5	87454	47,6	31,4	21,0	
Schlesien	64275	29	30	10	58008	30,6	56,0	13,4	
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	825323	24	36	6	778393	22,6	59,2	18,3	
Rheinland	716063	20	36	6	675432	17,6	62,4	20,1	
Übrige unierte Landeskirchen									
Hessen und Nassau	643382	32	37	4	618197	10,8	76,7	12,5	
Kurhessen-Waldeck	405516	36	42	3	391987	57,0	30,7	12,3	
Baden	468313	38	35	5	443594	3,6	77,4	18,9	
Pfalz	209744	29	35	6	197793	6,6	76,9	16,5	
Anhalt	58491	14	28	3	56865	22,2	65,8	12,0	
Bremen	49111	11	32	4	47203	24,4	55,6	20,0	

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1011427	23	28	3	980890	39,0	45,3	15,7
Hannover	984585	24	39	4	941657	43,7	31,6	24,7
Bayern	1198695	48	39	4	1149855	13,0	45,9	41,2
Schleswig-Holstein	261639	11	35	3	253385	22,6	57,5	19,9
Thüringen	290134	17	30	2	284298	.	.	.
Mecklenburg								
Hamburg	90806	12	33	2	88868	30,5	54,0	15,5
Braunschweig	149988	21	33	3	145427	51,2	35,6	13,2
Lübeck	27350	14	36	3	26512	21,7	59,5	18,9
Schaumburg-Lippe	25809	35	41	6	24240	16,9	38,2	45,0

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	807620	33	35	7	751813 ¹	—	66,2	33,8
Oldenburg	89399	16	38	3	86591	42,5	37,7	19,9
Eutin	10859	11	37	3	10483	25,1	63,1	11,8

Reformierte Landeskirchen

Lippe	46866	19	36	6	44087	13,7	69,8	16,5
Nordwestdeutschland	28818	15	39	1	28559	61,9	33,7	4,4

1. darunter 31161 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen

Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1956

Landeskirche	Zahl der regelmäßigen Teilnehmer:							
	Kindergottesdienst				Vorkonfirmandenunterricht ¹			
	ohne Gruppensystem		mit Gruppensystem		insgesamt	darunter Knaben in %	insgesamt	darunter Knaben in %
	insgesamt	darunter Knaben in %	insgesamt	darunter Knaben in %				
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg								
Pommern	628	39	757	39
Schlesien	2152	44	1031	48
Kirchenpriv. Sachsen								
Westfalen	20345	44	88062	43	50864	51	49382	51
Rheinland	23364	43	78717	43	50869	51	45991	50
								7791
								4522

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	33048	45	28224	43	30276	50	29827	51	18876
Kurhessen-Waldeck	24383	44	16983	44	15971	51	18775	51	7566
Baden	30700	45	23017	45	—	—	16138	52	23188
Pfalz	9120	43	5689	42	9381	51	3770	49	3147
Anhalt	2565	38	1001	38	4326	.	4559	.	.
Bremen	2253	39	3054	39	6628	51	6730	49	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	57454	38	—	49697	48	47930	48	2628
Hannover	36692	44	48053	58788	50	60285	51	9446
Bayern	35860	44	34887	22382	51	33584	51	14123
Schleswig-Holstein	10731	41	15618	33832	51	37080	51	735
Thüringen	22510	39	6578	18183	49	18759	48	.
Mecklenburg								
Hamburg	1125	39	3899	10385	49	11275	50	—
Braunschweig	8056	42	5184	11632	50	11064	50	188 ²
Lübeck	.	.	.	—	—	3125	40	—
Schaumburg-Lippe	594	45	1722	1000	52	1010	49	285

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	28782	.	108189	44453
Oldenburg	4102	43	4477	8663	51	8726	51	315
Eutin	508	40	581	1447	51	1610	48	160

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2427	40	4269	3228	51	3216	52	55
Nordwestdeutschland	2848	41	5193	3556	52	3543	50	661

1. Stichtag 31. 12. 1956
2. ohne Gebietsteile in der DDR

Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1956

Landeskirche	Übergetretene				Religions- unmündige
	Erwachsene			Wieder- eingetretene ¹	
	insgesamt	und zwar			
		Männer			
		Anzahl	in %		
		1	2		

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg					
Pommern	224	109	48,7	93	7
Schlesien	146	74	50,7	103	1
Kirchenpriv. Sachsen					
Westfalen	6481	3498	54,0	2545	24
Rheinland	6613	3465	52,4	2714	247

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	2509	1227	48,9	923	160
Kurhessen-Waldeck	958	443	46,2	320	35
Baden	1411	645	45,7	384	198
Pfalz	772	413	53,5	180	140
Anhalt	415	182	43,9	.	9
Bremen	822	425	51,7	419	38

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	3397	1746	51,4	2495	113
Hannover	3639	1788	49,1	1512	155
Bayern	3321	1550	46,7	680	528
Schleswig-Holstein	2572	1293	50,3	1495	44
Thüringen	2017	.	.	1071	90
Mecklenburg	373	168	45,0	253	4
Hamburg	541	267	49,4	343	13
Braunschweig	1215	613	50,5	551	25
Lübeck	83	43	51,8	63	1
Schaumburg-Lippe	72	42	58,3	26	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	2160	.	.	1011	130
Oldenburg	552	281	50,9	240	20
Eutin	89	40	44,9	64	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	249	135	54,2	68	2
Nordwestdeutschland	173	98	56,6	12	11

¹ einschließlich Rücktritte

Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1956

Landeskirche	Ausgetretene			Religions- unmündige
	Erwachsene			
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in %	
		1	2	
4				

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg				
Pommern	2913	1965	67,5	152
Schlesien	1555	912	58,6	67
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	3732	1855	49,7	371
Rheinland	5713	3127	54,7	369

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	2057	1079	52,5	181
Kurhessen-Waldeck	722	385	53,3	69
Baden	1352	564	41,7	333
Pfalz	423	191	45,2	123
Anhalt	3373	2005	59,4	170
Bremen	544	281	51,7	50

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	42806	25128	58,7	1015
Hannover	3108	1640	52,8	287
Bayern	2360	1082	45,8	598
Schleswig-Holstein	2806	1422	50,7	93
Thüringen	10603	5732	54,1	563
Mecklenburg	5704	3417	59,9	276
Hamburg	3119	1600	51,3	26
Braunschweig	1109	648	58,4	131
Lübeck	171	75	43,9	14
Schaumburg-Lippe	43	16	37,2	7

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	4840	.	.	451
Oldenburg	588	318	54,1	31
Eutin	29	13	44,8	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	92	45	48,9	14
Nordwestdeutschland	91	48	52,7	9

III. Die Studierenden der evangelischen Theologie

Von Paul Zieger

Dieser Bericht schließt an die Veröffentlichung im Kirchlichen Jahrbuch 1956, S. 370, an, in der Dr. Annemarie Burger eingehend über die Entwicklung des Theologiestudiums seit dem zweiten Weltkrieg berichtet hat. Leider können nur einige der ins einzelne gehenden Aufstellungen für das Wintersemester 1956/57 gegeben werden, weil die Statistischen Landesämter mit Rücksicht auf andere umfangreiche statistische Arbeiten, unter anderem die Wohnungszählung, das Programm der Hochschulstatistik für das Wintersemester 1956/57 beschränkten und nur die von den Universitäten und Hochschulen selbst gemeldeten Zahlen der Kleinen Hochschulstatistik veröffentlicht haben. Die Erhebung und Aufbereitung der Großen Hochschulstatistik ist sehr viel umfangreicher, weil es sich um eine Erhebung mit Individualfragebogen handelt. Die Studenten sollen diesen Fragebogen ausfüllen, jedoch werden eine ganze Reihe von Fragebogen nicht zurückgegeben, so daß die Zahlen der Großen Hochschulstatistik fast immer etwas hinter denen der Kleinen Hochschulstatistik zurückbleiben. Das muß bei der Bewertung der Zahlen für das Wintersemester 1956/57 berücksichtigt werden.

Als bemerkenswertes Ergebnis der Hochschulstatistik in den letzten Semestern ist die Zunahme des Theologiestudiums festzustellen. Der Tiefpunkt von 1955/56 ist danach zunächst überwunden; es bleibt zu hoffen, daß die erfreuliche Aufwärtsbewegung, die sich aus Tabelle 1 ergibt, von Dauer ist, daß zumindest die Zahl der Studierenden insgesamt nicht sinkt¹.

Der Anteil der weiblichen Theologiestudenten ist mit nicht ganz 11% in den letzten Jahren fast unverändert geblieben. Dagegen hat sich, wie Tabelle 2 zeigt, die Verteilung der Theologiestudenten auf die einzelnen Universitäten und kirchlichen Hochschulen weiterhin etwas verändert. Bemerkenswert ist die konstante Entwicklung in Heidelberg und Göttingen, die beide anteilmäßig an der Spitze liegen. Vergleicht man die ersten Jahre, die in der Tabelle aufgeführt sind, mit den letzten, so wird die Entwicklung an den einzelnen Hochschulorten besonders deutlich. Fast so auffallend wie die Entwicklung in Göttingen und Heidelberg ist das Absinken des Anteils von Tübingen und der ständige Anstieg in Hamburg.

Besonders erfreulich ist die Verteilung der Studenten auf die Fachsemester. Die in Tabelle 3 gegebenen Verhältniszahlen lassen deutlich erkennen, daß die Studenten in den niedrigen Semestern ihren Anteil in den letzten Jahren vergrößern konnten. Das hängt damit zusammen, daß die Zahl der Studienanfän-

1. Die Zahlen für die DDR lauten: 1954: 965 Theologiestudenten
1955: 953 Theologiestudenten
1956: 937 Theologiestudenten
1957: 882 Theologiestudenten

Eine Aufgliederung auf die einzelnen Universitäten und Fachsemester ist nicht möglich.

ger, die sich für die einzelnen Universitäten und Hochschulen aus Tabelle 4 ergibt, 25 %² aller Theologiestudierenden ausmacht.

Das Bild der Herkunft der Studierenden nach dem Beruf des Vaters hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der Anteil der Studenten aus Akademikerfamilien ist weiter angestiegen. Trotz aller Bemühungen der Kirche, den Nachwuchs für die Theologen aus allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, geht die Entwicklung leider in den alten Gleisen fort, und es sind nur geringfügige Veränderungen in der Berufszugehörigkeit der Väter der Theologiestudenten gegenüber früheren Jahren festzustellen. Leider fehlen für neuere Zeit Angaben für die katholische Kirche. Die letzten im Kirchlichen Jahrbuch 1956, S. 380, veröffentlichten Zahlen müssen daher auch heute noch zum Vergleich herangezogen werden. Sie machen sehr nachdenklich. Da schlechte Berufsaussichten oder ungünstige Besoldungsverhältnisse heute keine Vorwände mehr sind, um das Theologiestudium trotz vorhandener Neigung abzulehnen und statt dessen etwa den Beruf des Lehrers oder des Juristen vorzuziehen, da außerdem die Gesamtzahl der Theologiestudenten angestiegen ist, bleibt nur der Schluß, daß die erhoffte innere Bereitschaft zum Pfarramt bei den Kindern bestimmter Berufsgruppen noch äußerst gering ist.

Die Angaben über die Finanzierung des Studiums sind weder mit den Vorjahrsergebnissen noch untereinander voll vergleichbar, weil nicht einheitlich gefragt worden ist. Auffällig ist allerdings, daß von den Theologiestudenten etwa 19 % angeben, daß sie vollständig oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln leben, daß ein Drittel das Studium teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert und fast die Hälfte (48 %) aus sonstigen Mitteln. Dieser Anteil ist erstaunlich hoch, er erreicht bei den Studentinnen sogar 60 %. Man muß vermuten, daß Stipendien der Landeskirchen oder der Heimatgemeinden nicht als öffentliche Mittel angesehen und daher nicht angegeben werden. Es ist zu hoffen, daß die Erhebung für das Wintersemester 1958/59 mit einheitlicher Fragestellung ein klareres Bild ergeben wird.

2. Für die DDR: Neuzulassungen	1954: 192 = 19,9 %	aller Theologiestudierenden in der DDR
	1955: 176 = 18,4 %	
	1956: 172 = 18,4 %	
	1957: 145 = 16,4 %	

Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der evangelischen Theologie¹ an den einzelnen Universitäten und kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den Wintersemestern 1955/56, 1956/57 und 1957/58

Universität Hochschule	Zahl der Theologiestudierenden									Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber Vorjahr		
	Wi.-Sem. 1955/56			Wi.-Sem. 1956/57			Wi.-Sem. 1957/58			1955/56	1956/57	1957/58
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Bonn	174	16	190	212	31	243	199	13	212	—45	+53	—31
Erlangen	157	5	162	165	6	171	172	6	178	—24	+9	+7
Göttingen	340	51	391	371	48	419	423	56	479	—15	+28	+60
Hamburg	134	10	144	149	14	163	176	13	189	+56	+19	+26
Heidelberg	424	25	449	394	49	443	462	64	526	+13	—6	+83
Kiel	76	5	81	66	4	70	82	11	93	+7	—11	+23
Mainz	59	13	72	67	11	78	66	12	78	—16	+6	± 0
Marburg	120	13	133	127	23	150	132	8	140	+7	+17	—10
Münster	125	9	134	115	12	127	104	9	113	+10	—7	—14
Tübingen	300	34	334	311	17	328	281	28	309	—48	—6	—19
Universitäten	1909	181	2090	1977	215	2192	2097	220	2317	—55	+102	+125
Berlin-Zehlendorf	165	51	216	180	56	236	184	68	252	+19	+20	+16
Bethel	116	10	126	159	19	178	118	17	135	+34	+52	—43
Neuendettelsau	62	—	62	68	1	69	105	3	108	—35	+7	+39
Wuppertal	92	9	101	106	15	121	88	7	95	+7	+20	—26
Kirchl. Hochschulen	435	70	505	513	91	604	495	95	590	+25	+99	—14
Insgesamt	2344	251	2595	2490	306	2796	2592	315	2907	—30	+201	+111

1. ohne Beurlaubte und Gasthörer

Tabelle 2: Die Verteilung der Theologiestudierenden auf die einzelnen Universitäten und Hochschulen

Universität Hochschule	Von je 100 Studierenden entfielen auf die Universität oder Hochschule im Wintersemester								
	1946/47	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bonn	6	5	4	5	6	9	7	9	7
Erlangen	16	9	9	8	7	7	6	6	6
Göttingen	14	12	14	15	15	15	15	15	16
Hamburg ¹	—	—	—	—	—	3	6	6	7
Heidelberg	6	12	13	15	17	17	17	16	18
Kiel	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Mainz	7	5	4	4	3	3	3	3	3
Marburg	7	7	7	5	6	5	5	5	5
Münster	5	8	6	5	6	5	5	5	4
Tübingen	13	15	16	17	17	15	13	12	11
Universitäten	78	76	76	79	80	82	81	78	80
Berlin-Zehlendorf	6	10	10	7	7	8	8	8	9
Bethel	9	5	5	5	4	4	5	6	5
Hamburg ¹	2	3	3	3	2	—	—	—	—
Neuendettelsau	—	3	3	4	3	4	2	2	4
Wuppertal	6	3	3	4	4	4	4	4	3
Kirchl. Hochschulen	22	24	24	21	20	18	19	22	20
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1. Seit Beginn des Wintersemesters 1954/55 besteht in Hamburg eine theologische Fakultät an der Universität an Stelle der früheren Kirchlichen Hochschule

Tabelle 3: Die Studierenden der evangelischen Theologie nach Fachsemestern in % (Universitäten und kirchliche Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, männliche und weibliche Studierende zusammen)

Fachsemester	Von je 100 Studierenden standen im vorbezeichneten Fachsemester		
	Wintersemester		
	1954/55	1955/56	1957/58
1.	6,7	5,3	6,9
2.	14,3	16,7	18,0
	21,0	22,0	24,9

Fachsemester	Von je 100 Studierenden standen im vorbezeichneten Fachsemester		
	Wintersemester		
	1954/55	1955/56	1957/58
Übertrag:	21,0	22,0	24,9
3.	6,2	7,4	7,4
4.	10,2	12,8	17,0
5.	9,3	6,8	4,4
6.	11,5	10,4	14,2
7.	11,7	9,3	6,0
8.	11,2	11,6	11,0
9.	8,0	8,4	5,0
10. und weiteres	10,9	11,3	10,0
Ohne Angabe	—	—	0,1
insgesamt	100	100	100
Anzahl insgesamt	2625	2595	2907

Tabelle 4: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfänger) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin (Männliche und weibliche Studierende zusammen)

Universität Hochschule	Studienanfänger des 1. und 2. Semesters im Wintersemester		
	1954/55	1955/56	1957/58
Bonn	21	19	20
Erlangen	45	14	40
Göttingen	30	36	54
Hamburg	27	49	46
Heidelberg	47	52	62
Kiel	13	19	27
Mainz	20	15	20
Marburg	35	32	40
Münster	10	21	16
Tübingen	76	77	104
Universitäten	324	334	429
Berlin-Zehlendorf	65	70	68
Bethel	63	85	104
Neuendettelsau	51	18	67
Wuppertal	49	65	56
Kirchliche Hochschulen	228	238	295
Insgesamt	552	572	724

Tabelle 5: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudenten stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester 1957/58
A. 1. Beamter	
Hochschullehrer	1,7
Lehrer	3,9
Geistlicher	22,2
Richter, Staatsanwalt	1,3
Höherer Medizinalbeamter	0,2
Sonstiger Beamter	4,1
2. Angestellter	
Lehrer	0,2
Jurist	0,2
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	0,2
Apotheker	0,1
Ingenieur, Architekt, Wirtschaftsprüfer	1,6
Sonstiger Angestellter ohne genaue Angabe	2,1
3. Freier Beruf	
Rechtsanwalt, Notar	0,8
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	1,9
Apotheker	0,1
Selbständiger Ingenieur Architekt, Wirtschaftsprüfer	0,6
Sonstiger freier Beruf	0,8
4. Selbständiger Landwirt	
	0,2
5. Handel- und Gewerbe- treibender	
	0,7
Akademiker zusammen	<hr/> 42,9
B. 1. Beamter	
Offizier, Wehrmachts- beamter	0,8
Lehrer	4,1
Sonstiger höherer Beamter	0,7
Beamter im gehobenen Dienst	6,1
Beamter im mittleren Dienst einfachen Dienst	5,1
	<hr/> 16,8

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudenten stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester 1955/56
2. <i>Angestellter</i>	
Leitender Angestellter	7,1
Sonstiger Angestellter	11,7
Werkmeister	0,9
3. <i>Arbeiter</i>	6,9
4. <i>Freier Beruf</i>	0,9
5. <i>Selbständiger Landwirt</i>	2,9
6. <i>Handel- und Gewerbe- treibender</i>	
Selbständiger Handwerker	3,8
Kaufmann, sonstiger selbst- ständiger Handel- und Ge- werbetreibender	5,3
7. <i>Nichtakademiker ohne Be- ruf oder ohne genaue Berufsangabe</i>	0,3
Nichtakademiker zusammen	56,7
C. Ohne Angabe	0,4
Insgesamt	100

IV. Kircheneintritte und Austritte in den Jahren 1950—1956

Von Hans Engelmann

1. ALLGEMEINE ÜBERSICHT

Im Kirchlichen Jahrbuch 1951 erschien ein längerer zusammenfassender Artikel von Herbert Reich über die Kircheneintritte und -austritte in den Jahren von 1884 bis 1949. Inzwischen liegen Unterlagen über sieben weitere Jahrgänge vor. Der Zeitraum ist also im Vergleich mit den von Reich behandelten 66 Jahren kurz; es handelt sich aber um Jahre, in denen sich nach den „unnormalen“

Jahren 1945–1949 die Verhältnisse in bestimmter Richtung wieder normalisieren, und in denen sich so etwas wie eine neue kontinuierliche Entwicklungslinie abzuzeichnen beginnt. Um diese Linie und ihren vermutlichen weiteren Verlauf soll es hier gehen.

Bei einer allgemeinen Übersicht über die kirchliche Lage und speziell auf unserem Gebiet empfiehlt sich eine Trennung: Landeskirchen in der DDR – Landeskirchen in der Bundesrepublik. Auf den ersten Blick scheint die Entwicklung der Ein- und Austritte in beiden Gruppen ganz unabhängig voneinander zu laufen; bei näherem Zusehen ergeben sich aber doch manche Zusammenhänge.

2. DIE KIRCHEN IN DER DDR

Die Austrittsziffer ist bei allen Kirchen im Bereich der DDR steigend und erreicht schließlich $\frac{1}{2}$ bis 1 %. Auch die „nordöstlichen“ Kirchen – Pommern und Mecklenburg –, die zunächst wesentlich unter dem Durchschnitt lagen, sind inzwischen vom Strom der Austritte erfaßt worden.

Die typische Austrittskurve, die sich bei den meisten Kirchen wiederfindet, steigt von 1950 bis 1953 nur langsam und durch gelegentliches Absinken unterbrochen, nimmt dann aber in den Jahren 1954 und besonders 1955 einen steilen Verlauf. 1956 zeigt sich dann teilweise wieder ein gewisses Absinken. Die Ursachen – 1954 begann zum Beispiel die Werbung für die Jugendweihe – sollen hier nicht weiter untersucht werden. Über den vermutlichen weiteren Verlauf der Kurve läßt sich ebenfalls schwer etwas sagen, doch dürften die Zahlen für 1957 und 1958 allgemein über denen für 1956 liegen.

Dem Ansteigen der Austritte entspricht ein – langsames – Absinken der Eintrittskurve. Mehr noch als bei den Austritten treten hier überraschend starke Unterschiede zwischen den einzelnen Kirchen auf. Da Übertritte von der katholischen Kirche nirgendwo in der DDR eine prozentual wesentliche Rolle spielen, handelt es sich um „echte“ Unterschiede, bedingt durch Eintritte aus der Konfessionslosigkeit. Diese sind in Thüringen zum Beispiel prozentual fünfmal so hoch wie in Pommern. Teilweise rührt das natürlich daher, daß in Thüringen der Prozentsatz der Konfessionslosen seit jeher größer ist als in Pommern (bei einem höheren Prozentsatz von Konfessionslosen steigen in dem betreffenden Bereich im allgemeinen auch die Eintritte bzw. Wiedereintritte von dieser Seite). Diese Erklärung reicht aber nicht aus, um die Höhe der Differenz oder zum Beispiel den Unterschied zwischen Thüringen und Sachsen zu deuten.

Vergleicht man die vorliegenden Prozentzahlen mit denen des Jahres 1939 – was natürlich nur bedingt möglich ist, da die Zusammensetzung der Bevölkerung sich ja seitdem geändert hat –, so zeigt sich, daß die damaligen Zahlen im ganzen noch wesentlich höher lagen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die Zahlen von 1939 bei vielen Landeskirchen einmalig hohe „Zacken“ darstellen, während es sich in der DDR um eine vermutlich kontinuierliche Entwicklung handelt. So liegt die *Gesamtsumme* der 1945–1956 Ausgetretenen in Sachsen bereits um 60 000 höher als die von 1933 bis 1944. Da die Bevölkerung ja gleichzeitig auch zugenommen hat, sagt das über die tatsächliche Prozentzahl

noch nicht viel aus. Vermutlich wird aber inzwischen, 1959, die damalige Gesamtprozentzahl in Sachsen und in der DDR überhaupt auch erreicht sein.

3. DIE KIRCHEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Verglichen mit den Verhältnissen in der DDR erscheinen die „Austrittssorgen“ der westlichen Landeskirchen minimal, zumal sie in den meisten Landeskirchen durch die Eintritte „kompensiert“ werden. Da man aber mit Menschen nicht rechnen kann wie mit Einnahmen und Ausgaben, so sind sie für die Kirchen eben doch eine Quelle der Sorge, oder sollten es jedenfalls sein, worauf besonders Reich in seinem Aufsatz hingewiesen hat. Aus- und Eintritte heben sich ja nicht gegenseitig auf, sondern bilden miteinander ein Symptom für die „konfessionelle Freizügigkeit“ des modernen Menschen, auf die sich die Kirchen im allgemeinen noch wenig eingestellt haben. Wenn also zum Beispiel ein junges Paar kurz nach der kirchlichen Trauung austritt, um Kirchensteuer zu sparen, dann die Mutter zur Taufe des Kindes wieder eintritt, im Zuge irgendeines Verwaltungsärgers wieder austritt, um dann vielleicht bei Gelegenheit der Konfirmation des Kindes wieder einzutreten, um mit zum Abendmahl zu gehen, so zeigt ein solches – konstruiertes, aber sicher nicht irreales – Beispiel, daß es mit dem einfachen Gegeneinanderaufrechnen von Aus- und Eintritten nicht getan ist – ja, nicht einmal mit dem „Zurückgewinnen“ allein. Das Charakteristische des konfessionell Freizügigen ist ja gerade, daß ihm der Kircheneintritt genausowenig Bedenken macht wie der Kirchenaustritt. Und umgekehrt wird sich der Vater, der, selber ausgetreten, doch energisch auf die Taufe des Kindes drängt oder sich einer Mischeirat in der Familie widersetzt, für gut evangelisch halten. Es gehört zur konfessionellen Freizügigkeit, daß sich mit der Gleichgültigkeit gegenüber einer kirchlichen Bindung durchaus nicht ohne weiteres eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Christentum bzw. dem, was man darunter versteht, verbindet. Das Beispiel der Niederlande, wo in manchen Gegenden über 50 % Konfessionslose gezählt werden, ohne daß man, wie neuere Untersuchungen gezeigt haben, in gleichem Maße von Entchristlichung sprechen könnte, kann da zu denken geben. Jedenfalls werden wir es bei unserer Untersuchung westdeutscher Aus- und Eintrittszahlen wesentlich mit diesem Phänomen der konfessionellen Freizügigkeit, dem verhältnismäßig zufälligen Ein- und Austreten, zu tun haben.

Ein- und Austrittszahlen liegen im allgemeinen um 10 pro 10000. Wesentlich höher liegen die Zahlen nur in Hamburg (etwa 40 pro 10000). Der Prozentsatz ist also so niedrig, daß man keinesfalls von einer akuten Gefahr für irgendeine westdeutsche Landeskirche sprechen kann. Verglichen mit den Spitzen von 1919 oder 1939 sind alle heutigen Zahlen, auch die Hamburger 3000, bescheiden. Nur handelte es sich damals um wirkliche Spitzen, Maximalzahlen, die unter besonderem propagandistischem, wirtschaftlichem oder politischem Druck zustande kamen, während heute Austritte in Westdeutschland im allgemeinen ohne jeden Druck, aus Gleichgültigkeit gegenüber kirchlichen Bindungen, geschehen. Diese Gleichgültigkeit mag sich weiter ausbreiten oder zurückgehen, in jedem Fall bleibt sie für die Kirche ein fast ungreifbarer Gegner. Insofern bedeuten

die zehn Menschen, die Jahr für Jahr in einer Gemeinde austreten, eine größere Beunruhigung, als es der einmalige von einigen Hunderten wäre.

Nachdem in den Jahren 1945–1948 die Austritte auf ein Minimum zurückgegangen waren, ergab sich 1949/50 eine kleine Spitze unter dem Eindruck der neuen Kirchensteuerregelungen. Seitdem sinkt die Austrittszahl langsam wieder. Umgekehrt steigen die Eintrittszahlen langsam an. In vielen Kirchen übertreffen die Eintritte die Austritte. Die Austrittszahlen liegen dabei teilweise immer noch höher als in den zwanziger Jahren; aber damals gab es eben noch keine so zahlreiche Gruppe von rücktrittbereiten Konfessionslosen.

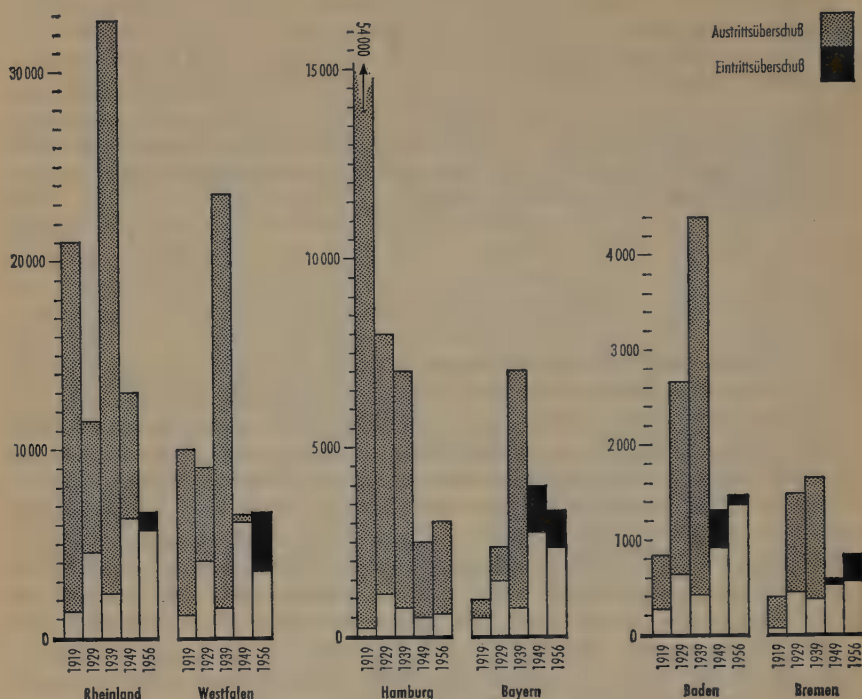
4. DIE AUSTRITTE IM EINZELNEN

Sinnvollerweise wird man bei der Einzelaufschlüsselung mit den Austritten beginnen – nicht nur, weil sie für den Bereich der EKD die Eintritte um mehr als das Doppelte übertreffen, sondern auch, weil die Eintritte immer noch zur Hälfte einfach zurückgenommene Austritte (Wiedereintritte bzw. Rücktritte) sind. Die Austritte, ihre Richtung, Häufigkeit und Verteilung, bestimmen noch das Bild.

Seitdem es Kirchaustritte in größerer Zahl gibt, unterscheidet man Kirchen mit ständig hohen und Kirchen mit ständig niedrigen Austrittszahlen, austrittsanfällige und weniger austrittsanfällige Kirchen. Dabei wirken natürlich verschiedene Ursachen zusammen, um eine Kirche austrittsanfällig zu machen. Zunächst standen Kirchen mit einem hohen Prozentsatz an Großstadtbevölkerung an der Spitze; daneben machte sich der Unterschied von Nord- und Süddeutschland bemerkbar. Für die zwanziger Jahre bleibt das Bild einigermaßen konstant, verschiebt sich dann aber nach 1933 gründlich: Während sich in vielen Gegenden jetzt erst eine nennenswerte Austrittsbewegung entfaltet, sinken in anderen, bisher austrittsstarke Kirchen die Zahlen zum Teil ganz erheblich. Musterbeispiel dafür ist die Hamburger Landeskirche (Schaubild 1). Hier zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, wie sie auch bei der Aufschlüsselung der Ausgetretenen nach Berufen deutlich wird: In den zwanziger Jahren sind es in der Mehrzahl Arbeiter, die austreten; nach 1933 schieben sich andere Berufsgruppen, zumal Staats- und Kommunalangestellte, in den Vordergrund (prozentual gerechnet). In der seit 1949 in Westdeutschland spürbaren Ära der Kirchensteuerausstritte sind es wieder andere Berufe (selbständige Gewerbetreibende), deren steigende Zahlen das Bild bestimmen.

Entsprechend ändert sich die Austrittsanfälligkeit der einzelnen Kirchen. In Verbindung mit der starken Bevölkerungsumschichtung seit 1945 ergibt sich so eine teilweise recht erhebliche Verschiebung der Zahlenverhältnisse (Abb. 1). Die vielfach noch aus den zwanziger und dreißiger Jahren stammenden Urteile über mehr oder weniger austrittsanfällige Kirchen stimmen heute einfach nicht mehr. Zur Zeit lassen sich die Kirchen nach ihrer Austrittsanfälligkeit – schematisch – etwa so einordnen: Wesentlich unter dem Durchschnitt liegen Eutin, Lippe, Nordwestdeutschland (reformiert), Schaumburg-Lippe, Pfalz. Leicht über dem Durchschnitt liegen Rheinland, Braunschweig, Württemberg; wesent-

Schaubild 1: Kircheneintritte und Kirchenaustritte in sechs Landeskirchen (absolute Zahlen)



lich über dem Durchschnitt Brandenburg, Hamburg, Pommern, Mecklenburg; sehr hoch Schlesien, Thüringen, Anhalt, Sachsen, vermutlich auch Provinz Sachsen. Schon in den Jahren von 1950 bis 1956 hat sich die relative Stellung einzelner Landeskirchen verschoben – unverhältnismäßig starkes Sinken zum Beispiel bei Rheinland, Westfalen, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig; unverhältnismäßige Steigerung bei Anhalt.

Daß sich bei Austritten die Austrittsrichtung, also der Prozentsatz der zur katholischen Kirche, zu Freikirchen oder zu Sekten Übertretenden, nicht feststellen läßt, ist oft bedauert worden. Im allgemeinen ist aber die Zahl der zu Freikirchen und Sekten Übertretenden verhältnismäßig gering¹ – mag es sich

1. Eine Spezialuntersuchung für Baden-Württemberg (Fiedler, Stuttgart 1955) gibt für 1950 für die Angehörigen „christlicher Sondergemeinschaften“ einen Prozentsatz von 1,1 %, für die Freikirchen von 0,6 % an. Dabei sind unter den Freikirchen die lutherischen und reformierten Freikirchen mitgerechnet. Die prozentuale Zunahme beziffert er für die Zeitspanne 1939–1950 für die Sondergemeinschaften auf 0,3 %, für die Freikirchen auf 0,1 %. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Württemberg den höchsten Prozentsatz für Freikirchen und Sekten im Bereich der EKD, den höchsten Prozentsatz an (echten) Übertritten von den Freikirchen und Sekten (1956 16,7 % der Gesamteintritte) und also wohl auch den höchsten Prozentsatz von Austritten zu ihnen hat.

dabei häufig auch um besonders aktive Gemeindeglieder handeln. Auch die Zahl der zur katholischen Kirche Übertretenden liegt im Durchschnitt unter der von dort kommenden. Mindestens 60% der Austretenden werden also konfessionslos. Genauere Zahlen sind nur schwer zu bekommen.

Zu genaueren Ergebnissen führt dagegen die Untersuchung des Prozentsatzes männlicher Austretender. Es zeigt sich, daß der Prozentsatz der Männer unter den Austretenden mit dem Steigen und Fallen der Austrittsziffer noch zusätzlich steigt bzw. fällt. Die Austrittskurve der Männer macht also alle Zacken der Austrittskurve in verstärktem Maße mit (Schaubild 2). Vereinfacht könnte man

Für die meisten Gebiete liegen Spezialuntersuchungen leider nicht vor. Doch dürften in den meisten Landeskirchen die Zahlen etwa bei einem Drittel der Württemberg-Badener Zahlen liegen.

Daß bestimmte Sekten nach dem Kriege unverhältnismäßig stark zugenommen haben und auch in den Jahren 1950–1956 noch zunehmen, steht außer Zweifel. Die für die Kirchen brennende Frage, wie stark diese Zunahme ist, wie weit sie auf Kosten der Landeskirchen gegangen ist und welche Kreise davon besonders betroffen wurden, läßt sich mit dem vorliegenden Material wohl noch nicht ausreichend klären. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Grenze zwischen Landeskirchen und Freikirchen, die zwischen Freikirchen und Sekten und auch die zwischen Sekten und Konfessionslosigkeit nicht immer scharf ziehen lassen; bekanntlich sind auch Doppelmitgliedschaften und unbestimmte Mitgliedschaften gar nicht selten.

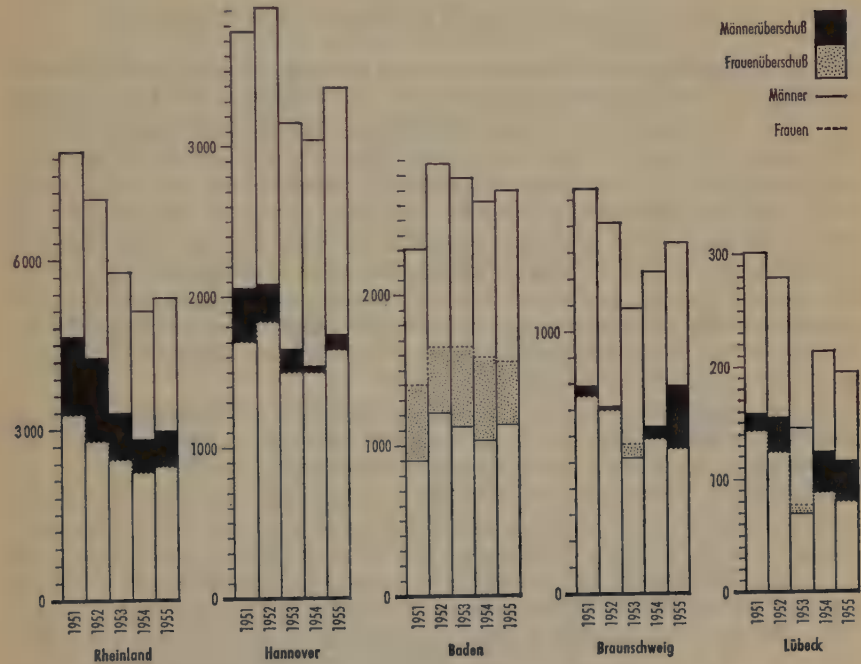


Schaubild 2: Aus der Kirche ausgetretene Männer und Frauen in fünf Landeskirchen (absolute Zahlen)

sagen: Die Austrittsanfälligkeit wird von den Männern bestimmt – treten viele Männer aus, so steigt die Kurve, treten wenige aus, so fällt sie; die Austrittsquote der Frauen ist demgegenüber viel konstanter, daher auch weniger bedeutsam für die Gestaltung der Austrittskurve.

Im Durchschnitt liegt der Prozentsatz der Männer wenig über 50%. Wesentlich höhere Zahlen weisen nur die drei ostdeutschen Landeskirchen Sachsen, Mecklenburg und Pommern auf. Dagegen liegen wesentlich unter dem Durchschnitt Pfalz, Baden, Bayern, Lippe, Schaumburg-Lippe und Eutin.

Daß in einer Landeskirche der Prozentsatz der Männer bei Austritten konstant unter 50%, zum Teil um 40% liegt, mag überraschen. Als Ursachen können angenommen werden: größere Bereitschaft der Frauen zum Übertritt zu einer Freikirche oder Sekte; teilweise größere Bereitschaft, bei einer Mischehe zur Konfession des Mannes überzugehen; schließlich nachgeholte Austritte da, wo der Ehemann schon in den großen Austrittsbewegungen der zwanziger oder dreißiger Jahre ausgetreten ist. Ganz dürfte damit das statistische Ergebnis aber noch nicht erklärt sein. Es fragt sich, ob die Anschauung: „Der Mann ist eher zum Kirchenaustritt bereit als die Frau“ heute bei der jüngeren Generation überhaupt noch zutrifft.

5. EINTRITTE, ÜBERTRITTE, WIEDEREINTRITTE, RÜCKTRITTE

Der Aufschlüsselung der Austritte sind enge Grenzen gesetzt. Im allgemeinen erfahren die kirchlichen Stellen nur Namen und Wohnung des Ausgetretenen. Steht eine entsprechende Kartei zur Verfügung, so können kirchlicherseits natürlich weitere Merkmale – besonders Beruf, Alter, Familienstand und eventuell „Vorgeschichte“ des Betreffenden – hinzugefügt werden, doch sind solche Arbeiten bisher selten in größerem Rahmen durchgeführt worden. Und das, was für die Auswertung der Ausgetretenenstatistik das wichtigste ist, läßt sich ohne persönliche Kenntnis des Falles im allgemeinen nicht in Erfahrung bringen: die Richtung des Austritts und seine Ursachen, bzw. der unmittelbare Anlaß. Daher beschränken sich die Ausgetretenenstatistiken im allgemeinen auf Angaben der Zahl, getrennt nach Religionsmündigen und -unmündigen, und auf Aufschlüsselung nach Männern und Frauen.

Anders bei den Eintretenden. Hier hat der Geistliche die Möglichkeit, weitere Einzelheiten festzustellen, vor allem also Herkunft der Eintretenden und eventuellen Anlaß des Eintritts (zum Beispiel Eheschließung). Weiter haben wir die Möglichkeit, den Prozentsatz von Wiedereintritten (aus der Konfessionslosigkeit) und Rücktritten (von vorher zu einer anderen Konfession Übergetretenen) festzustellen. Er wird im Durchschnitt mit 40% angegeben, in Landeskirchen mit hohem Prozentsatz von Übertritten aus der katholischen Kirche niedriger. Hier mögen allerdings Unklarheiten in der Zählung (zum Beispiel von Personen, die als Kinder mit ihren Eltern ausgetreten waren) das Bild etwas entstellen. Bei einem Durchschnittssatz von etwa 60% Eintrittten aus der Konfessionslosigkeit müßte die Zahl an sich höher sein.

Ähnliches gilt von der Zusammenstellung „Übertritte bzw. Aufnahmen an-

läßlich der bevorstehenden Eheschließung im Jahre 1953². Die Ergebnisse könnten für die Eintrittsstatistik von recht großer Bedeutung sein, aber die angegebenen Zahlen – durchweg unter 10% der Gesamtsumme – lassen erhebliche Lücken in der Zählung vermuten.

Betrachtet man die Eintritte nach ihrer Herkunft, so fällt auf, daß die Übertritte von der katholischen Kirche im Durchschnitt immer noch unter 40% der Gesamteintritte liegen. Die verstärkte Konfessionsmischung seit 1945 hat nicht zu einem Anwachsen der Übertritte geführt, im Gegenteil: Vergleicht man die absoluten Zahlen von 1932 und 1950 bzw. 1956 (was für den Gesamtbereich der EKD bzw. DEK ja seine Berechtigung hat), so ergibt sich sogar ein Rückgang – die Zahl von 1932 ist wahrscheinlich nicht einmal 1956 erreicht worden (18 891 gegenüber etwa 18 200), 1950 waren es wesentlich weniger (15 449). Mag nun dieser Vergleich voll beweiskräftig sein oder nicht, in jedem Fall ergibt sich, daß von einer wesentlichen Steigerung der Übertritte durch die Bevölkerungsumschichtung von 1945 nicht die Rede sein kann. Das schließt natürlich Verschiebungen zwischen den einzelnen Landeskirchen nicht aus; so ist etwa in Hannover die Zahl der Übertritte von 581 (1932) auf 1522 (1956) gestiegen, in der Rheinischen Landeskirche von 3688 (1932) auf 2966 (1956) gesunken. – Allgemein steigen aber *seit* 1945 die Übertritte ziemlich stetig von Jahr zu Jahr und sind damit, da die Eintritte aus der Konfessionslosigkeit nicht im gleichen Maße steigen und zum Teil fallen, Hauptursache für das Steigen der Gesamteintrittszahl (Schaubild 3).

Bei den Übertritten „von sonstigen christlichen Gemeinschaften“ ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten wie bei den entsprechenden Austritten. Die Zahlen lassen sich ohne genaue Kenntnis der einzelnen Landeskirchen kaum deuten. Jedenfalls gehen sie stark auseinander (Schaubild 3). Die hohe Quote in Württemberg ist erklärlich, Baden mag mitbetroffen sein. Bei den kleineren Kirchen werden allerdings die absoluten Zahlen so klein, daß sie kaum noch statistischen Wert haben. Auffallend ist jedenfalls, daß die Übertritte von Freikirchen und Sekten fast überall, zum Teil erheblich, steigen. Die absolute Zunahme von 1950 bis 1956 beträgt etwa 460 – man sieht freilich auch, mit wie kleinen Zahlen hier gerechnet werden muß.

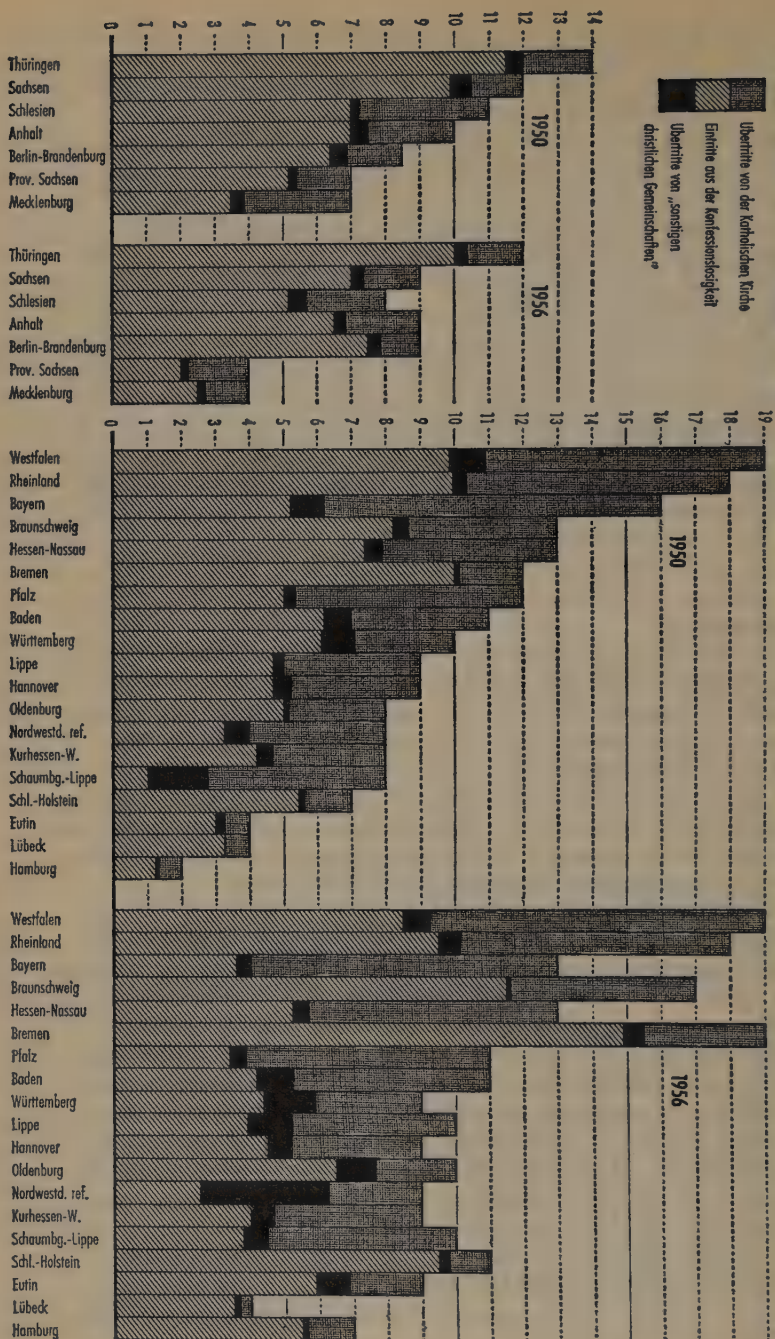
Die Eintritte aus der Konfessionslosigkeit betragen im Durchschnitt etwa 60% der Gesamteintritte. Der Prozentsatz ist natürlich abhängig vom Prozentsatz der Übertritte von der katholischen Kirche und ist deswegen am höchsten in Berlin-Brandenburg, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und Hamburg. Berechnet man aber die Eintritte aus der Konfessionslosigkeit unabhängig von denen von der katholischen Kirche – also nur im Verhältnis zur Größe der Landeskirche –, so ergibt sich ein erheblich anderes Bild: An der Spitze stehen dann Bremen mit fast 15:10 000 Eintritten aus der Konfessionslosigkeit, gefolgt von Braunschweig, Thüringen, Schleswig-Holstein, Rheinland und Westfalen (Schaubild 3). Es sind zum Teil die Landeskirchen, die zeitweilig besonders viel Austritte hatten, bei denen jetzt die Eintritte aus der Konfessionslosigkeit am höchsten liegen; aber der Vergleich von Hamburg und Bremen zeigt, daß diese Erklärung allein nicht ausreicht (Schaubild 1).

2. Kirchliches Jahrbuch 1955, S. 435.

Schaubild 3: Kirchenübertritte und Kirchengewinne 1950 und 1956 (auf 10000 Seelen)

OSTDEUTISCHE KIRCHEN

WESTDEUTISCHE KIRCHEN



Interessant ist, daß die Steigerung der Gesamteintritte von 1950 bis 1956 zwar bei den meisten westdeutschen Kirchen in gleicher Weise zu beobachten ist, im einzelnen aber auf verschiedene Faktoren zurückgeht. So ist etwa die Steigerung in Braunschweig auf Ansteigen der Eintritte aus der Konfessionslosigkeit zurückzuführen, während die Übertritte von der katholischen Kirche prozentual fast gleichgeblieben sind, während umgekehrt in Kurhessen-Waldeck die Eintritte aus der Konfessionslosigkeit fast gleichgeblieben, die Übertritte dagegen erheblich angestiegen sind (Schaubild 3). Im allgemeinen überwiegen die Übertritte als Ursachen der Steigerung.

Ein Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Kirchen ergibt, daß die Eintrittsbewegung in Ost und West gar nicht so sehr verschieden verlaufen ist – trotz der großen Unterschiede der beiderseitigen Austrittsbewegungen. Tatsächlich liegen die Eintrittszahlen im Osten wie im Westen um etwa 10:10000; allerdings fehlen im Osten die hohen Spitzen einiger westlicher Kirchen, und im Gegensatz zum Westen sinken die Zahlen langsam. Außerdem haben die ostdeutschen Kirchen im Durchschnitt einen geringeren Prozentsatz von Übertritten aus der katholischen Kirche. Doch treten alle diese Unterschiede nicht stark in Erscheinung (Schaubild 3).

Vergleicht man die heutigen prozentualen Eintrittszahlen mit denen von 1932, so ergeben sich bei den einzelnen Landeskirchen bezeichnende Unterschiede. Im Rheinland, in Westfalen und in den meisten ostdeutschen Kirchen liegen die heutigen Prozentzahlen unter denen von 1932, in Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Württemberg, Bremen, Pfalz zum Teil erheblich darüber. Auch hier spiegelt sich die verschiedene „Vorgeschichte“ der einzelnen Kirchen, daneben aber auch manches andere wider.

Betrachtet man schließlich das Verhältnis von Austritten und Eintritten, so ergibt sich allerdings auf den ersten Blick das Bild einer „seit langen Jahren erstmalig positiven Bilanz“ (Schaubild 1). Hier, wo man absolute Zahlen zugrunde legen kann und Bevölkerungsverschiebungen nicht weiter zu berücksichtigen braucht (da ja jeweils zwei auf gleiche Weise gewonnene Zahlen unter sich verglichen werden), wirkt der Abstieg der Austrittskurve und der langsame Anstieg der Eintrittskurve bei den westdeutschen Kirchen besonders eindrucksvoll. Zweifellos spiegelt sich darin auch die verbesserte Lage mancher Landeskirchen (Bremen, Bayern) auf unserem Gebiet. Im ganzen sollte man aber mit optimistischen Urteilen vorsichtig sein. Die steigende Eintrittskurve zeigt zunächst nur das Steigen der konfessionellen Freizügigkeit, die sich eben auch bei den Konfessionslosen, teilweise bei den Katholiken und selbst bei den Freikirchen und Sekten bemerkbar macht. Die Eintritte mögen – in den westdeutschen Kirchen – noch weiter ansteigen, die Austritte vielleicht noch weiter sinken. Das eigentliche Problem bleibt: die Haltung, die hinter Austritten *und* Eintritten steht. Man wird natürlich jeden Austritt bedauern, jeden Eintritt begrüßen und fördern; entscheidend ist aber, daß wir die Mentalität des konfessionell Freizügigen verstehen lernen.

Reich schloß seinen Aufsatz mit dem Hinweis auf die sich ausbreitende Gleichgültigkeit, den eigentlichen Gegner der Kirche in unserer Zeit. Man könnte das dahingehend weiterführen: dem konfessionell Freizügigen werden Kirchenzugehörigkeit wie auch Konfessionslosigkeit, gleichgültig, ohne daß er doch

darum der christlichen Botschaft in gleichem Maße gleichgültig gegenüberstände. Uns bleibt die doppelte Aufgabe: ihn, wenn möglich, neu und anders als bisher an die Kirche zu binden; gelingt das aber nicht, ihn auch in seiner „zufälligen“ Konfessionslosigkeit nicht loszulassen.

V. Das Religionsverzeichnis als Grundlage der Konfessionsstatistik

Von Paul Zieger

Die amtliche Statistik hat seit Bestehen des Deutschen Reiches die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung bei den Volkszählungen ermittelt und die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in konfessioneller Gliederung bekanntgegeben. Es ist nicht selbstverständlich, daß die staatliche Statistik die Konfession bzw. die Religionszugehörigkeit erfragt. Deutschland gehört seit 1871 zu den wenigen Ländern, die derartige Feststellungen regelmäßig treffen, ohne sich auf die Trennung von Kirche und Staat (in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg) oder darauf zu berufen, daß Religion Privatsache sei, die den Staat nichts angehe.

Die Konfessionsstatistik vermittelt Angaben über die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung zu bestimmten Stichtagen und läßt – wenn sie weiter ausgebaut ist – die Veränderungen im Bestand der Bevölkerung zwischen den großen Zählungen erkennen. In Deutschland fehlt eine Fortschreibung der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit, obwohl die Bevölkerungsstatistik die Feststellungen über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle auch nach der Konfession auszählt. Zur Fortschreibung wäre es aber notwendig, auch die Ergebnisse der Wanderungsstatistik nach der Konfession für die kleineren Verwaltungseinheiten auszuwerten. Daneben müßten die Erhebungen über die Ehelösungen sowie über die Kirchen-Ein-, Über- und Austritte herangezogen werden, um zu einer zuverlässigen Bevölkerungsfortschreibung nach der Religionszugehörigkeit zu kommen. Die damit verbundenen Kosten und die sehr umfangreiche Arbeit haben eine solche Fortschreibung bisher, obwohl sie theoretisch möglich wäre, nur vereinzelt zugelassen (Nordrhein-Westfalen und zum Teil Bayern). Gewisse Schwierigkeiten in der Erhebung (zum Beispiel Konfession der Kinder in Ehen mit konfessionsverschiedenen Eltern) und die Ungenauigkeiten der Wanderungsstatistik erschweren zudem die Fortschreibung, so daß es ein unbilliges Verlangen wäre, wenn die interessierten Kreise mit Nachdruck auf ihrem Wunsch, die Bevölkerung auch nach der Religionszugehörigkeit fortzuschreiben, bestehen würden.

Zur Konfessionsstatistik im weiteren Sinne gehören ferner einzelne Ergebnisse der Schul- und Hochschulstatistik, der Berufsstatistik und der sogenannten Moralstatistik, soweit das Merkmal der Religionszugehörigkeit Bestandteil der Erhebung ist.

Bei der Vielfältigkeit der Tatbestände, die im Rahmen der amtlichen Statistik erhoben und mit der Religionszugehörigkeit kombiniert werden, leuchtet es ein, daß die Feststellung der Konfession bzw. Religionszugehörigkeit nur dann von Wert ist, wenn sie in allen Erhebungen in der gleichen Weise durchgeführt wird. Das „Religionsverzeichnis“ hat für die Ergebnisse der amtlichen Statistik und für die Heranziehung dieser Zahlen zum Vergleich mit den Ergebnissen kirchlicher Erhebungen große Bedeutung; denn man kann getrennt ermittelte Zahlen nur dann zueinander in Beziehung setzen, wenn ihre Gruppierung nach gleichen Gesichtspunkten vorgenommen wurde. Daher hat sich die Kirche seit langem für die systematische Ordnung der Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften für Zwecke der Statistik interessiert. In jahrzehntelanger Zusammenarbeit sind die Religionsverzeichnisse immer wieder geändert und verbessert worden, wobei die Beteiligten bestrebt sein mußten, die Vergleichbarkeit zu wahren. Den Außenstehenden mutet es wahrscheinlich seltsam an, daß man um solcher scheinbar einfacher Feststellungen willen immer wieder Untersuchungen anstellen und die Ergebnisse der Statistik prüfen muß. Daran ist richtig, daß die Fragestellung an den einzelnen, der einen statistischen Fragebogen beantworten oder einen Meldezettel ausfüllen soll, so eindeutig und einfach ist, daß er den von ihm erfragten Tatbestand ohne Zweifel an der Richtigkeit seiner Antwort einträgt. Die Schwierigkeit liegt nun gerade darin, so zu fragen, daß diese Antwort sachlich richtig ist, und die Antworten dann zu deuten und statistisch zu verarbeiten. Es wäre sehr einfach, wenn es eine allgemeingültige Formulierung für bestimmte Gruppen von Bekenntnissen oder Zugehörigkeiten gäbe und wenn man sich allgemein auf drei oder vier klar voneinander zu unterscheidende Gruppen einigen könnte. Die tatsächliche Entwicklung ist aber in Deutschland Wege gegangen, die ein so einfaches System der statistischen Erfassung unmöglich machen.

Schon die Bezeichnung „katholisch“ ist nicht eindeutig; denn gelegentlich bezeichnen sich nicht nur die Glieder der römisch-katholischen so, sondern auch die Angehörigen der mit Rom unierten Riten.

Bei den Evangelischen ist die sichere Einordnung wesentlich schwieriger. Die Bezeichnung „evangelisch“ ist, selbst wenn man – zumeist mit Recht – annimmt, daß es sich um Glieder einer evangelischen Landeskirche handelt, nicht eindeutig, da wir unierte, lutherische und reformierte Landeskirchen haben und es innerhalb der unierten Kirchen verwaltungsunierte und consensusunierte Kirchen gibt. Daneben aber bestehen zahlreiche Freikirchen, deren Glieder sich zwar als solche bezeichnen, jedoch nicht immer zweifelsfrei für die richtige Gruppe ausgezählt werden können, insbesondere bei Eintragung der Bezeichnung „evangelisch-freikirchlich“, die der Bund Evangelischer-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland für seine Glieder in Anspruch nimmt, da die Bezeichnung „Baptist“ nicht mehr gebraucht werden soll; diese Angabe kommt aber auch für Angehörige anderer Denominationen vor.

Die Fülle von Gemeinschaften, die sich mit einseitiger Betonung bestimmter Aussagen meist von der evangelischen Kirche, gelegentlich auch von der katholischen Kirche abgespalten haben, erschwert bei der oft ungenauen und häufig wechselnden Selbstbezeichnung der Mitglieder dieser Gruppen deren richtige Zuordnung. Der Hinweis auf die unterschiedliche Religionszugehörigkeit der

in Deutschland lebenden Ausländer mag genügen, um die sich auch hier ergebenden Schwierigkeiten der richtigen Einordnung anzudeuten.

Für die Darstellung der Entwicklung der Religionssystematik in den amtlichen Volkszählungen haben wir die Ergebnisse und die ihnen zugrunde liegenden systematischen Gliederungen der Volkszählungen 1871, 1900, 1910, 1925, 1939 und 1950 ausgewählt; am Schluß wird eine Übersicht über die weiteren Arbeiten, die zugleich Vorarbeiten für die kommende Volkszählung sind, gegeben werden.

Die Ergebnisse der Volkszählung am 1. 12. 1871 geben nur eine recht knappe Gliederung, und die amtliche Statistik weist selbst darauf hin, daß die Gliederung noch unzulänglich sei. Wenn man damals Personen mit unbestimmter Religionsangabe wie freireligiös, konfessionslos, freigemeindlich gelegentlich bei den „sonstigen Christen“, in anderen Ländern bei den Personen ohne Angabe der Religion zählte, so zeigt sich die Unsicherheit, die damals noch herrschte. Selbst Deisten, Universalisten wurden als „sonstige Christen“ gezählt. Man hielt die Gruppe „ohne Angabe“ für so unbedeutend, daß man eher geneigt war, ungenaue Angaben an anderer Stelle unterzubringen als gerade dort, wo sie der Sache nach hingehört hätten. Die amtliche Statistik gibt selbst zu, daß die grobe Gruppierung unzulänglich ist und die auf kirchlichem Gebiet zu beobachtenden Bewegungen nicht im einzelnen erkennen läßt.

Die Tabellen mit den Ergebnissen der Volkszählungen von 1871 bis 1910 enthalten in der Überschrift das Wort „Religionsbekenntnis“. Diese Bezeichnung ist richtig, da man bis zur Weimarer Verfassung nach dem persönlichen Bekenntnis fragte, ohne damit verfassungsrechtliche Bestimmungen zu verletzen. Seit 1925 wird mit Rücksicht auf das Verbot, nach dem persönlichen Bekenntnis zu fragen, die rechtliche Zugehörigkeit ermittelt; das ist nach der Verfassung zulässig, wenn die Frage durch Gesetz angeordnet ist oder wenn davon Rechte und Pflichten abhängen. Trotz der geänderten Fragestellung ist die Vergleichbarkeit der großen Gruppen zwar etwas beeinträchtigt, aber nicht in Frage gestellt.

Die ortsanwesende Bevölkerung im Deutschen Reich nach dem Religionsbekenntnis am 1. 12. 1871¹

	Ortsanwesende Bevölkerung	Einschließlich Truppen in Frankreich	
		Anzahl	%
Evangelische Christen	25 546 855	25 579 709	62,3
Römisch-katholische Christen	14 851 846	14 867 463	36,2
Sonstige Christen	82 147	82 155	0,2
Israeliten	511 995	512 158	1,25
Bekenner anderer Religionen	176	176	0,0
Ohne Angabe der Religion	16 980	16 980	0,0
Zusammen:	41 009 999	41 058 641	100

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band II, S. 144, S. 188 b-d

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1900 sind etwas weiter gegliedert als bei der ersten Volkszählung im Deutschen Reich; die Gliederung ist etwas systematischer, wenn auch noch nicht befriedigend. Unter „evangelisch“ sind die Glieder der Landeskirchen mit denen einzelner Freikirchen in den Tabellen zusammengefaßt worden; jedoch sind die Herrnhuter, die Mennoniten, Baptisten, Methodisten, Englische und Schottische Kirche, Freireligiöse, Angehörige von Sekten, Dissidenten als „andere Christen“ gezählt. Bei den Katholiken hat man, obwohl es nahegelegen hätte, nur die Glieder der römisch-katholischen Kirche und die der unierten Riten zu zählen, unter „römisch-katholisch“ auch die Altkatholiken gezählt; das war systematisch falsch.

Die ortsanwesende Bevölkerung im Deutschen Reich nach dem Religionsbekenntnis am 1. 12. 1900¹

	Ortsanwesende Bevölkerung	
	Anzahl	%
I. Christen		
1. Evangelische (Lutheraner, Reformierte, Unierte)	35 231 104	62,5
2. Katholische		
a) Römisch-katholische	20 321 441	36,1
b) Russisch-orthodoxe	908	0,0
c) Angehörige anderer Griechisch-(orientalisch-) katholischer Kirchen	5 564	0,0
Katholische zusammen:	20 327 913	36,1
3. Andere Christen	203 793	0,4
II. Israeliten	586 833	1,0
III. Bekenner nichtchristlicher Religionen	995	0,0
IV. Personen anderen Bekenntnisses	10 602	0,0
V. Ohne Angabe des Rel.-Bekenntnisses	5 938	0,0
Insgesamt	56 367 178	100

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band 150, S. 104* ff.

Die Zählung vom 1. 12. 1910 hat wiederum anders gruppiert, wie sich aus der nachfolgenden Übersicht und der ergänzenden Auszählung ergibt. Durch die Verschiebungen innerhalb der Gruppen sind die Ergebnisse nicht mehr mit denen der vorhergehenden Zählungen voll vergleichbar; das kann bei der niedrigen Zahl der Gruppe „andere Christen“ hingenommen werden. Die Ergebnisse lassen das sprunghafte Ansteigen der Gruppe „Personen anderen Bekenntnisses“ gegenüber 1900 erkennen. Da hier im wesentlichen die aus der Kirche Ausgetretenen gezählt sind, zeigt sich deutlich der Umfang der ersten größeren Austrittsbewegung in den Jahren ab 1904 mit Höhepunkten in den Jahren 1906 und 1908.

Die ortsanwesende Bevölkerung im Deutschen Reich nach dem Religionsbekenntnis am 1. 12. 1910¹

	Ortsanwesende Bevölkerung	
	Anzahl	%
I. Christen		
1. Angehörige des evangelischen Bekenntnisses	39 991 421	61,6
2. Angehörige des römisch-katholischen Bekenntnisses	23 821 453	36,7
3. Andere Christen	283 946	0,4
II. Israeliten	615 021	0,95
III. Bekenner nichtchristlicher Religionen (ohne Israeliten)	2 114	0,0
IV. Personen anderen Bekenntnisses	205 900	0,3
V. Ohne Angabe des Rel.-Bekenntnisses	6 138	0,0
Zusammen:	64 925 993	100

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band 240, S. 134* ff.

Die Gruppe I, 3 „Andere Christen“ ist in der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts noch weiter unterteilt, stimmt allerdings im Gesamtergebnis wegen einer Differenz bei Hamburg und einiger anderer geringfügiger Abweichungen in der Aufrechnung nicht mit der oben angegebenen Zahl überein, so daß die Aufgliederung nur nachrichtlich hierunter gegeben werden kann. Zur Gruppe „Andere Christen“ sind gezählt:

Altlutheraner	33 001
Reformierte der niedersächsischen Konföderationen	7 103
Mennoniten	21 390
Baptisten	53 958
Methodisten und Quäker	21 088
Apostolische Bekenntnisse	76 490
Adventisten	6 536
Unitarische Protestanten (Freiprotestanten)	2 690
Andere evangelische Christen zusammen:	222 256
Russisch-orthodoxe Christen	1 857
Griechisch- (orientalisch-)katholische Christen	1 816
Sonstige	29 187
Andere katholische Christen zusammen:	32 860
Sonstige Christen	28 264
Andere Christen zusammen	283 380

Zu den anderen katholischen Christen sind Altkatholiken, „Neukatholische“ und Anhänger der Irischen Kirche gezählt worden. Bei den sonstigen Christen erscheinen Angehörige der Heilsarmee, der Christian Science, Templer, Darbysten,

kirchliche Dissidenten, Pfingstgeschwister, Separatisten, Ernste Bibelforscher, Nazarener, Deutsch-Religiöse, Freikirchler und dergleichen.

Bei den Personen ohne Angabe eines bestimmten Bekenntnisses sind unter anderem zusammengefaßt Agnostiker, Dissidenten, Freichristliche, Freievangeliſche, Freie Christen, Mormonen, Angehörige der Pfingstbewegung, protestantische Freidenker, Freireformierte usw.

Gegenüber den früheren Systematiken hat sich die Gruppierung also wiederum geändert. Sie ist von unserm heutigen Standpunkt aus nicht als systematisch anzusehen, weil sie zusammengehörige Gruppen auseinanderreißt und nicht vergleichbare zusammenfaßt. Angesichts der Tatsache, daß die kleineren Gruppen der christlichen Denominationen und der – wie wir heute sagen – christlich orientierten Sondergemeinschaften zum Teil sehr klein sind, leidet trotz des ständigen Wechsels der Systematik die Vergleichbarkeit für die großen Gruppen nicht.

Eine entscheidende Änderung in der Erhebung tritt in der ersten Volkszählung nach dem ersten Weltkrieg dadurch ein, daß nunmehr die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft erfragt wird. Zugleich ändert sich die Systematik, die gegenüber 1910 wesentlich verbessert und verfeinert ist. Die nachfolgende Tabelle enthält als Neuerung gegenüber früheren Tabellen die Gruppen IV und V, weil der Versuch gemacht wurde, die Angehörigen der Weltanschauungsgemeinschaften getrennt von den Gemeinschaftslosen auszuzählen. Es ist anzunehmen, daß die ermittelte Zahl der Wirklichkeit sehr nahekommt. Sie läßt erkennen, daß die aus der Kirche Ausgetretenen nur zu einem kleinen Teil, etwa einem Sechstel, sich in Gemeinschaften zusammengefunden haben. Bei dieser Berechnung muß man die Gruppe VI „Ohne Angabe“ mit zu den Gemeinschaftslosen zählen.

Bei den evangelischen Landeskirchen sind wieder die ausländischen Kirchen aufgeführt. Das ist unsystematisch und konnte erst in jüngster Zeit berichtigt werden. Immerhin läßt das Verzeichnis von 1925 erkennen, daß die amtliche Statistik bemüht war, in Zusammenarbeit mit der kirchlichen Statistik zu einer im Grunde guten systematischen Aufgliederung zu kommen. Allerdings wird man heute nicht mehr Trotschke folgen können, der in der Evangelischen Konfessionsstatistik Deutschlands, Heft 2/3, S. 5, nicht nur seiner Freude über den Fortschritt in der Anordnung des Schemas Ausdruck gibt, sondern auch darüber, daß nunmehr „die ganze deutsche evangelische Christenheit“ zusammengefaßt sei. Wir sind heute der Meinung, daß die Angehörigen von Sekten (christlich orientierten Sondergemeinschaften) von den Evangelischen getrennt ausgezählt werden müssen.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1939 sind anders gegliedert als die von 1925. Die Bezeichnung „gottgläubig“ taucht zum ersten Male in der amtlichen Statistik auf. 1933 hatte es diese Bezeichnung noch nicht gegeben, weil die Kirchnaustrittsbewegung im größeren Umfange erst später einsetzte. Der Versuch, den man 1933 gemacht hat, die Angehörigen der evangelischen Landeskirchen getrennt von den übrigen evangelischen Christen auszuzählen, war gescheitert. Das lag daran, daß die Systematik nicht sauber war, vor allem offenbar aber daran, daß die Angaben der Befragten nicht eindeutig waren. Man hat nunmehr 1939 die Freikirchen wieder mit den Landeskirchen zusammengefaßt und die übrigen christlichen Religionsgemeinschaften als „übrige

Die Bevölkerung im Deutschen Reich nach ihrer Zugehörigkeit zu Religionsgesellschaften am 16. 6. 1925¹

	Wohnbevölkerung	
	Anzahl	%
I. Christen		
A. Angehörige evangelischer Kirchen und Religionsgesellschaften		
Angehörige evangelischer Landeskirchen	39 481 141	63,3
Angehörige evangelischer Freikirchen		
Angehörige der ev.-luth. Freikirchen	178 078	0,3
Angehörige der ev.-ref. Freikirchen	9 559	0,0
Angehörige der Brüdergemeine	6 445	0,0
Angehörige sonstiger evangelischer Religionsgesellschaften		
Mennoniten	13 298	0,0
Baptisten	69 764	0,1
Methodisten	48 891	0,1
Angehörige des neuapostol. Bekenntnisses	138 149	0,2
Adventisten	30 073	0,0
Sonstige	39 279	0,1
A. Angehörige evangelischer Kirchen und Religionsgesellschaften insgesamt	40 014 677	64,1
B. Angehörige der römisch-katholischen Kirche (einschließlich unierter Riten)	20 193 334	32,4
C. Angehörige der griechisch-russisch- und orientalisch-orthodoxen Kirchen	18 943	0,0
D. Altkatholiken und verwandte Religionsgesellschaften	33 042	0,1
E. Angehörige sonstiger christlicher Religionsgesellschaften	35 595	0,1
C—E = Andere Christen	87 580	0,1
I. Christen insgesamt	60 295 591	96,6
II. Israeliten	564 379	0,9

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band 401, I, S. 9, S. 353, S. 358

	Wohnbevölkerung	
	Anzahl	%
III. Angehörige anderer nichtchristlicher Religionsgesellschaften	2 968	0,0
IV. Personen, die keiner Religionsgesellschaft der Gruppen I—III, aber einer Vereinigung zur Pflege gemeinschaftlicher Weltanschauung angehören	243 377	0,4
V. Personen, die keiner Religionsgesellschaft und keiner Vereinigung zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung angehören	1 140 957	1,8
VI. Ohne Angabe	163 347	0,3
III—VI zusammen	1 550 649	2,5
Zusammen:	62 410 619	100

Die Wohnbevölkerung im Deutschen Reich ohne Reichsgaue und Memelland nach der Religionszugehörigkeit am 17. 5. 1939¹

	Wohnbevölkerung	
	Anzahl	%
Angehörige einer Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschaulichen Gemeinschaft		
Angehörige evangelischer Landes- oder Freikirchen	42 104 705	60,6
Angehörige der römisch-katholischen Kirche (einschl. der unierten Riten)	23 166 971	33,4
Übrige Christen	336 079	0,5
Glaubensjuden	221 763	0,3
Angehörige sonstiger nichtchristlicher Religionsgesellschaften und religiös-weltanschaulicher Gemeinschaften	84 801	0,1
Zusammen:	65 914 319	94,9
Gottgläubige	2 465 002	3,5
Glaubenslose	1 054 313	1,5
Ohne Angabe	26 191	0,0
Zusammen:	69 459 825	100

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, 3

Die deutsche Wohnbevölkerung 1950 nach der Religionszugehörigkeit (Ergebnisse der Volkszählungen¹)

Gebiet	Wohnbevölkerung insgesamt	Von der Bevölkerung waren:									
		evangelisch ²		röm.-katholisch		Angehörige sonstiger Religionsgemeinschaften ³		freireligiös gemeinschaftslos usw. ⁴			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
		2	3	4	5	6	7	8	9		
Schleswig-Holstein	2 594 648	2 282 532	88,0	154 857	6,0	1 952	0,1	155 307	6,0		
Hamburg	1 605 606	1 265 695	78,8	104 486	6,5	3 806	0,2	231 619	14,4		
Niedersachsen	6 797 379	5 245 001	77,2	1 277 637	18,8	12 426	0,2	262 315	3,9		
Bremen	558 619	474 142	84,9	49 721	8,9	432	0,1	34 324	6,1		
Nordrhein-Westfalen	13 196 176	5 412 717	41,0	7 231 707	54,8	14 202	0,1	537 550	4,1		
Hessen	4 323 801	2 773 002	64,1	1 391 707	32,2	8 740	0,2	150 352	3,5		
Rheinland-Pfalz	3 004 752	1 224 541	40,8	1 734 425	57,7	1 827	0,1	43 959	1,5		
Baden-Württemberg	6 430 225	3 246 889	50,5	3 030 744	47,1	15 778	0,2	136 814	2,1		
Bayern	9 184 466	2 434 275	26,5	6 600 895	71,9	33 510	0,4	115 786	1,3		
<hr/>											
Bundesrepublik Deutschland	47 695 672	24 358 794	51,1	21 576 179	45,2	92 673	0,2	1 668 026	3,5		
Saarland ⁵	955 413	241 773	25,3	701 570	73,4	875	0,1	11 195	1,2		
<hr/>											
Bundesrepublik Deutschland und Saarland zusammen	48 651 085	24 600 567	50,6	22 277 749	45,8	93 548	0,2	1 679 221	3,5		

Brandenburg	2 579 675	2 207 526	85,6	224 193	8,7	1 539	0,1	146 417	5,7
Mecklenburg	2 027 124	1 739 803	85,8	225 882	11,1	1 157	0,1	60 282	3,0
Sachsen-Anhalt	4 071 856	3 274 701	80,4	549 268	13,5	2 613	0,1	245 274	6,0
Thüringen	2 837 641	2 200 623	77,6	428 594	15,1	2 176	0,1	206 248	7,3
Sachsen	5 682 802	4 668 599	82,2	472 155	8,3	3 124	0,1	538 924	9,5
<hr/>									
Deutsche Demokratische Republik ⁶	17 199 098	14 091 252	81,9	1 900 092	11,0	10 609	0,1	1 197 145	7,0
West-Berlin	2 146 952	1 571 591	73,2	240 587	11,2	7 956	0,4	326 818	15,2
Ost-Berlin	1 189 074	830 233	69,8	121 168	10,2	2 898	0,2	234 775	19,7
Groß-Berlin	3 336 026	2 401 824	72,0	361 755	10,8	10 854	0,3	561 593	16,8
Insgesamt:	69 186 209	41 093 643	59,4	24 539 596	35,5	115 011	0,2	3 437 959	5,0

1. in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin am 13. 9. 1950 (s. Statistik der BRD, Bd. 35, H. 2 u. 9); in der Deutschen Demokratischen Republik und in Ost-Berlin am 31. 8. 1950 (s. Statistisches Jahrbuch der DDR III, 1957); im Saarland am 14. 11. 1951 (s. Statistisches Handbuch für das Saarland 1955, S. 25)

2. Glieder der evangelischen Landes- und Freikirchen sowie Angehörige christlich orientierter Sondergemeinschaften

3. Angehörige abendländischer romfreier katholischer Kirchen, morgenländisch-katholischer Kirchen, der jüdischen Religionsgemeinschaft und anderer Volks- und Weltreligionen

4. Angehörige von Weltanschauungsgemeinschaften, Personen ohne Zugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, Personen ohne Angabe im Zeitpunkt der Zählung noch nicht bei der Bundesrepublik Deutschland aufzuführen

6. Gliederung nach früheren Ländern der DDR, da für die inzwischen gebildeten Bezirke Angaben fehlen.

Christen“ gezählt. Hier sind 1939 im wesentlichen die Altkatholiken und orthodoxen Christen zusammengefaßt mit den Apostolischen, Neuapostolischen und Adventisten. Diese Gruppe ist also ganz unsystematisch gebildet worden und erschwert Vergleiche.

Die erste Volkszählung nach dem Kriege, die aussagekräftig und ganz Deutschland umfassende Ergebnisse lieferte, war die von 1950 bzw. 1951. Durch Zusammenrechnung der Zahlen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, von Großberlin und vom Saarland läßt sich die Gesamtbevölkerung leicht feststellen. Schwieriger ist es, eine Konfessionsstatistik für alle Gebiete zu geben, weil das 1950 benutzte Religionsverzeichnis zwei Fassungen hatte, von denen die eine in der Bundesrepublik Deutschland, in Westberlin und im Saarland, die andere im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik und in Ostberlin verwendet wurde.

Das Religionsverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland hatte eine Gruppe für die Glieder der Gliedkirchen der EKD. Die Glieder der Freikirchen und die Angehörigen freikirchlicher Gemeinden, Sekten usw. wurden in einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. Die evangelischen Gemeinden ausländischer Herkunft erscheinen in dieser Gliederung – systematisch falsch – noch bei der EKD. Die Bezeichnung war ungenau, und die Gemeindeglieder, die hier gezählt wurden, gehörten nicht immer einer landeskirchlichen Gemeinde an, sondern der einer ausländischen Kirche. Sie hätten also besser mit den Freikirchen zusammen ausgezählt werden müssen; ihre Zahl war nicht groß.

Für die katholischen Christen sind drei Gruppen bei der Auszählung der Ergebnisse gebildet worden; die Glieder der römisch-katholischen Kirche und der unierten Riten wurden in einer Gruppe zusammengefaßt, für die abendländischen romfreien katholischen Christen und für die morgenländisch-katholischen Christen war je eine Gruppe vorgesehen. In besonderen Gruppen wurden die Angehörigen der israelitischen Religion, die Anhänger anderer Volks- und Weltreligionen sowie die Freidenker und Freireligiösen ausgezählt; Personen ohne Angabe wurden in einer Gruppe zusammengefaßt. Insgesamt hatte das Verzeichnis also neun Hauptgruppen.

Demgegenüber wies das Kennziffernverzeichnis für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik zehn Gruppen aus, nämlich: Evangelisch – Katholisch – Romfreie Katholiken – Apostolisch, Neuapostolisch – Adventisten – Methodisten, Baptisten – Israeliten – andere Volks- und Weltreligionen – Weltanschauung, glaubenslos und gemeinschaftslos – ohne Angabe. Beim Vergleich wird erkennbar, daß die Gruppen 4–6 dieses Verzeichnisses in dem Religionsverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Gruppe erscheinen. Es ergab sich also die Notwendigkeit, die Ergebnisse mit Rücksicht auf die unterschiedliche Einteilung der Denominationen in den beiden deutschen Gebieten in nur vier Gruppen zusammenzufassen. Da aber die Freikirchen und Sekten mit ihrem Gesamtbestand (etwas über 600 000) das Ergebnis nicht wesentlich beeinflussen, kann diese Ungenauigkeit in Kauf genommen werden, zumal nur auf diesem Wege Gesamtzahlen zu ermitteln waren.

Vergleicht man die in der Tabelle aufgeführten Prozentsätze mit denen in den Tabellen für frühere Zeitpunkte, so erkennt man, daß die Abweichungen bei den großen Gruppen für einen Zeitraum von 80 Jahren erstaunlich gering

sind. Noch immer ist der Anteil der evangelischen Bevölkerung mit etwa drei Fünfteln wesentlich höher als der der katholischen. Allerdings ist der prozentuale Anteil der Evangelischen durch die einschneidenden Gebietsveränderungen und durch die Außenwanderung sowie vor allem durch die Kirchenaustrittsbewegungen gesunken. Der Anteil der katholischen Bevölkerung hat sich dagegen prozentual erhöht. Die katholische Kirche ist von der Kirchenaustrittsbewegung nicht so betroffen worden wie die evangelische. Während 1871 noch etwa 600 000 Glaubensjuden in Deutschland gezählt wurden, waren es 1950 in ganz Deutschland knapp 26 000. Da nicht nur die Glaubensjuden von der Verfolgung durch den Nationalsozialismus betroffen wurden, sondern auch die zum Christentum übergetretenen, ist durch die Abwanderung und durch die Vernichtung dieses Personenkreises ein weiterer Rückgang gerade bei den Evangelischen eingetreten, weil der Übertritt der Juden zur evangelischen Kirche früher häufiger war als der zur katholischen und weil nur verhältnismäßig wenige ehemalige Juden Anschluß an eine Weltanschauungsgemeinschaft suchten oder gemeinschaftslos blieben. Entscheidend aber für die Veränderung der Prozentsätze bleibt letztlich die Auswirkung der Austrittsbewegung.

Leider ist es in diesem Rahmen nicht möglich, die Auswirkung der seit Gründung des Deutschen Reiches immer stärker gewordenen Binnenwanderung, einschließlich der durch die Kriegsfolgen erzwungenen Wanderungen, für das Gesamtgebiet darzustellen. Als Beispiel für die auffällige Tatsache, daß die konfessionelle Minderheit im Zuge der Wanderungsbewegung überall gestärkt wurde, daß sie aber bis auf Nordrhein-Westfalen (erst in den letzten Jahren) die herrschende Konfession nicht überflügeln konnte, sind hier die Zahlen von 1939 und 1950 für die Kreise in zwei Regierungsbezirken nebeneinandergestellt, von denen einer 1939 zu neun Zehnteln evangelisch und der andere zu 98 % katholisch war: Lüneburg und Niederbayern. Trotz der starken Zunahme der Gesamtbevölkerung und der konfessionellen Minderheit ist in beiden Bezirken die früher „herrschende“ Konfession die stärkere geblieben. In Niederbayern war der Zuwachs der konfessionellen Minderheit erheblich größer als in Lüneburg.

Da die Verzeichnisse für die Auszählung der Religionszugehörigkeit, die 1950 benutzt wurden, in ihrer systematischen Gliederung nicht befriedigten, haben sich die staatlichen und kirchlichen Stellen darum bemüht, eine verbesserte Systematik in gemeinsamer Arbeit aufzustellen. In der Bundesrepublik Deutschland wird seit 1954 ein Verzeichnis benutzt, das zehn Gruppen in folgender Einteilung hat:

- I. Evangelische Kirche in Deutschland,
- II. Evangelische Freikirchen,
- III. Römisch-katholische Kirche einschließlich der unierten Riten,
- IV. Ostkirchen,
- V. Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen,
- VI. Christlich orientierte Sondergemeinschaften,
- VII. Jüdische Religionsgemeinschaft,
- VIII. Andere Volks- und Weltreligionen,
- IX. Freireligiöse und Weltanschauungsgemeinschaften,
- X. Gemeinschaftslose und ohne Angabe.

Die Bevölkerung in den Regierungsbezirken Lüneburg und Niederbayern 1939 (ständige Bevölkerung) und 1950 (Wohnbevölkerung) nach der Religionszugehörigkeit¹

Kreis St = kreisfreie Stadt	Ständige Bevölkerung 17. 3. 1939	Von 100 der ständigen Bevölkerung waren				Wohn- bevölkerung 13. 9. 1950	Von 100 der Wohnbevölkerung waren		
		evange- lisch ²	römisch- katholisch	gott- gläubig	glaubens- los		evange- lisch ²	römisch- katholisch	freireligiöses Freidenker ohne Angabe
1. Regierungsbezirk Lüneburg									
Celle St	35 622	84,8	7,6	4,7	2,0	59 667	83,4	9,9	6,2
Lüneburg St	33 535	88,0	5,3	4,3	1,8	58 139	84,1	9,2	6,5
Burgdorf St	61 406	88,8	8,0	1,7	0,7	114 934	85,8	11,2	2,9
Celle	52 305	91,3	6,5	1,2	0,4	101 655	88,5	9,0	2,4
Lüchow-Dannenberg	40 530	95,6	2,6	1,1	0,2	72 741	92,2	5,9	1,9
Fallingb.ostel	39 985	90,3	7,5	1,3	0,4	72 482	89,0	8,5	2,5
Gifhorn	71 335	87,7	10,2	1,1	0,3	144 959	85,6	11,1	3,2
Harburg	65 031	95,2	2,0	1,5	0,8	120 270	88,2	7,1	4,3
Lüneburg	46 448	94,4	4,0	0,9	0,3	65 356	91,7	6,0	2,3
Soltau	32 469	93,2	4,8	1,0	0,3	64 480	88,3	8,7	2,2
Uelzen	61 382	90,4	7,8	1,1	0,2	117 614	89,0	8,8	2,1
Regierungsbezirk Lüneburg		90,9	6,2	1,7	0,6	992 297	87,7	8,9	3,2
540 048		= 183,7 % von 1939							
2. Regierungsbezirk Niederbayern									
Deggendorf St	11 155	5,5	93,6	0,7	0,1	16 328	16,4	82,3	1,0
Landshut St	31 573	5,4	93,1	0,9	0,1	46 785	15,1	81,9	1,3
Passau St	24 430	5,0	92,7	0,6	0,2	34 351	11,9	86,6	0,9
Straubing St	27 775	6,3	92,5	0,7	0,2	36 147	14,8	83,7	1,0

Bogen	31 386	0,4	99,4	0,2	0,0	39 893	8,6	91,2	0,2
Deggendorf	42 804	1,2	98,7	0,1	0,0	59 308	11,5	87,8	0,4
Dingolfing	24 487	1,0	98,8	0,2	0,0	35 347	9,5	89,9	0,3
Eggenfelden	41 296	0,9	99,0	0,1	0,0	57 691	10,9	88,6	0,3
Grafenau	22 964	1,1	98,7	0,2	0,0	30 071	6,2	93,4	0,3
Griesbach	32 252	0,7	99,1	0,2	0,0	48 597	9,7	89,9	0,3
Kelheim	37 059	2,3	97,2	0,4	0,1	51 940	13,1	86,4	0,4
Kötzting	28 602	0,6	99,2	0,1	0,0	37 169	7,5	92,2	0,2
Landau/Isar	25 169	1,1	98,7	0,2	0,0	36 992	9,5	89,8	0,5
Landshut	27 321	1,0	98,8	0,1	0,0	40 863	14,5	85,1	0,3
Mainburg	18 306	0,8	99,1	0,1	0,0	25 852	9,4	90,2	0,2
Mallersdorf	24 852	0,7	99,2	0,1	0,0	35 600	10,7	89,0	0,2
Passau	44 094	0,9	98,9	0,1	0,0	64 891	10,9	88,6	0,3
Pfarrkirchen	41 406	1,4	98,1	0,4	0,0	60 575	12,1	87,3	0,5
Regen	35 126	1,3	98,4	0,2	0,1	47 026	7,2	92,1	0,6
Rottenburg	19 008	0,6	99,3	0,1	—	28 127	12,4	87,4	0,2
Straubing	23 443	2,1	97,6	0,2	0,1	34 521	14,3	85,3	0,3
Viechtach	26 554	0,8	99,0	0,1	0,1	34 139	7,3	92,3	0,2
Vilsbiburg	31 734	0,6	99,3	0,1	0,0	45 531	12,1	87,6	0,2
Vilshofen	46 354	2,7	97,0	0,2	0,0	62 800	13,2	86,4	0,3
Wegscheid	18 736	0,1	99,1	0,1	0,0	25 119	7,1	92,6	0,2
Wolfstein	34 034	0,6	99,2	0,2	0,0	45 389	5,1	94,7	0,2
Regierungsbezirk Niederbayern									
	771 920	1,7	97,9	0,2	0,0	1 081 052	10,9	88,5	0,4
							= 140 %	von 1939	

= 100 %

1. Statistik des Deutschen Reichs, Band 552/3; Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35
2. Angehörige evangelischer Landes- und Freikirchen

Die ausländischen Kirchen werden bei den Freikirchen gezählt, und die Freikirchen sind von den Sondergemeinschaften (Sekten) getrennt. Das Verzeichnis hat sich in seiner Anwendung für die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik bewährt. Trotzdem haben Veränderungen gerade bei den Sondergemeinschaften und Ergebnisse weiterer konfessionskundlicher Untersuchungen dazu geführt, daß das Verzeichnis erneut überarbeitet und für die kommende Volkszählung (1960 oder 1961) in eine Fassung gebracht wurde, die Auszählungen einzelner Gruppen in sauberer Trennung voneinander ermöglicht und den Erfordernissen der Konfessionskunde gerecht wird. Die Hauptgruppen wurden nicht geändert, sondern lediglich die Untergruppen so deutlich wie möglich voneinander abgegrenzt.

Die Ergebnisse der künftigen Volkszählung werden für die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik voraussichtlich vergleichbar sein, da das Schlüsselverzeichnis für die Signierung der Religionen in der Deutschen Demokratischen Republik, das erstmalig bei einer Probeerhebung 1958 verwendet wurde, folgende Gruppen enthält:

1. Evangelische Kirchen,
2. Evangelische Freikirchen,
3. Römisch-katholische Kirche,
4. Romfreie Katholiken,
5. Anderschristliche Religionsgemeinschaften,
6. Jüdische Religion,
7. Andere Volks- und Weltreligionen,
8. Freireligiöse und Weltanschauungsgemeinschaften,
9. ohne Religion,
10. ohne Angabe.

Es ist daher zu erwarten, daß aus den Ergebnissen der kommenden Volkszählung die bedeutsamen Verschiebungen in der konfessionellen Gliederung der einzelnen Gebiete seit 1950 nicht nur für drei oder vier große Gruppen, sondern auch für die kleineren erkennbar werden. Es ist wichtig, nicht nur die Zahlen der aus der Kirche Ausgetretenen festzustellen, die sich in freireligiösen Gemeinden oder Weltanschauungsgemeinschaften zusammengeschlossen haben oder gemeinschaftslos bleiben, und sie in ihrer Entwicklung zu verfolgen, sondern auch die Zahl der wichtigsten Gruppen von christlich orientierten Sondergemeinschaften. Gerade einige dieser Gruppen haben in einer Zeit der Entpersönlichung des Lebens wegen der Hoffnung auf menschliche Kontakte starke Anziehungskraft. Es zeigt sich allerdings, daß die Rücktritte aus diesen Gemeinschaften in die Landeskirchen in den letzten Jahren zugenommen haben.

Es ist zu hoffen, daß die weitere gemeinsame Arbeit der Fachleute dazu führt, daß wir auch bei der nächsten Volkszählung wieder eine hinreichende Kenntnis der konfessionellen Gliederung gewinnen.

Thecla

351-

10290

BX
8020
A2
K5
v.85

10290

Kirchliches Jahrbuch

DATE DUE	BORROWER'S NAME

Kirchliches Jahrbuch
für die Evangelische Kirch ...1958

v.85

LIBRARY
SOUTHERN CALIFORNIA SCHOOL
OF THEOLOGY
CLAREMONT, CALIF.

